Pilet-Golaz und das Jahr 1940

Hanspeter Born

STAATSMANN IM STURM

Pilet-Golaz und das Jahr 1940

münsterverlag





Hanspeter Born

STAATSMANN IM STURM

Pilet-Golaz und das Jahr 1940



Die kapitale Mission des Bundesrates in den gegenwärtigen Zeitläufen besteht darin, das Land in der Unabhängigkeit und Freiheit zu erhalten. Sein Wille, hiefür seine ganze Energie und seine ganze Umsicht einzusetzen, braucht keinerlei besondere Erwähnung. Dinge, die sich aufdrängen und über jeder Diskussion stehen, verlieren, wenn man sie wiederholt.

Marcel Pilet-Golaz, Lausanne,
12. September 1940



Hanspeter Born

Staatsmann im Sturm

Pilet-Golaz und das Jahr 1940



Impressum

2. Auflage 2020

Umschlagsgestaltung:	Stephan Cuber, diaphan gestaltung, Liebefeld
Umschlagsbild:	KEYSTONE-SDA / Photopress-Archiv
Satz:	Stephan Cuber, diaphan gestaltung, Liebefeld
Lektorat:	Manu Gehriger
Druck und Einband:	CPI books GmbH, Ulm
Verwendete Schriften:	Adobe Garamond Pro, Copperplate
Papier:	Umschlag, 135g/m², Bilderdruck glänzend, holzfrei; Inhalt, 90g/m², Werkdruck bläulichweiss, 1,75-fach, holzfrei

ISBN 978-3-907146-72-9
Printed in Germany

www.muensterverlag.ch

Inhalt



« Les peuples n'aiment guère la vérité. Peut-être les historiens pas non plus… »
(Marcel Pilet-Golaz in einem Brief vom 30.12.1948 an Sir David Kelly, britischer Gesandter in der Schweiz von 1940–1942)



1. Wieder Krieg

Noch vor Morgengrauen schreckt das Geknatter von Fliegerabwehrkanonen Clare Hollingworth aus dem Bett. Es ist Freitag, der 1. September 1939. Aus ihrem Hotelzimmer im polnischen Kattowitz sieht die junge englische Journalistin deutsche Bomber nach Osten vorbeifliegen. Sie telefoniert der britischen Botschaft in Warschau, um den Beginn der Feindseligkeiten zu melden. Ein Diplomat am andern Ende der Leitung glaubt der Reporterin des *Daily Telegraph* nicht. Darauf hängt sie den Telefonhörer aus dem Fenster. Der Mann hört das Knallen der Geschütze. Es ist Krieg.

An jenem Freitag tritt die Schweizer Landesregierung um 10 Uhr zusammen. Der Bundesrat hat natürlich erfahren, dass in der Nacht Hitlers Luftwaffe polnische Flugplätze und Städte bombardierte. Deutsche motorisierte Divisionen und Panzerverbände sind in Polen eingefallen. Die Bundesräte – und nicht nur sie – fragen sich, ob Frankreich und Grossbritannien ihre Bündnisverpflichtung gegenüber Polen einhalten und Deutschland den Krieg erklären werden. Kommt es zu einem neuen Weltenbrand, der noch schrecklicher sein könnte als der Grosse Krieg 1914 bis 1918? Wird die neutrale Schweiz wie damals verschont bleiben oder gegen ihren Willen in das Kriegsgeschehen verwickelt werden?

An der Bundesratssitzung vom 1. September nimmt zeitweise auch der tags zuvor von der Bundesversammlung zum General gewählte und nachher vom Berner Volk begeistert gefeierte Henri Guisan teil. Per Flugzeug hat man ihn aus Lausanne kommen lassen. Post- und Eisenbahnminister Marcel Pilet-Golaz ist glücklich über die Wahl seines Waadtländer Landsmannes, unter dessen Kommando er als Offizier in der 1. Division einst Dienst geleistet hat. Einige Tage zuvor läutete in der Wohnung am Berner Scheuerrain das Telefon. Der 19-jährige Maturand Jacques, einziges Kind des Ehepaars Pilet-Golaz, ging an den Apparat. Am andern Ende der Leitung meldete sich «*le commandant de corps Guisan*». Guisan wollte vom Bundesrat wissen, wie seine Chancen bei der unmittelbar bevorstehenden Generalswahl stünden. Pilet konnte ihn beruhigen. Guisan war der Wunschkandidat sämtlicher Bundesräte. Die Bundesversammlung werde ihn mit grosser Mehrheit wählen, was sie dann auch tat.

An der Sitzung referiert Motta, dann unser Rudolf Minger über die aussenpolitische Lage, die sich in den letzten Tagen zugespitzt hat. «Er hält es für dringend notwendig, die Sicherheit der Landesgrenzen und den Schutz unserer Neutralität der Armee anzuvertrauen.» Minger kennt die Meinung des Generalstabs, wonach mit der Möglichkeit eines französischen Entlastungsangriffs durch Schweizer Gebiet zu rechnen ist. Der neue General, der gute Beziehungen zu hohen französischen Heerführern unterhält, teilt die Ansicht des Generalstabs nicht. Für Guisan wie für den Grossteil der schweizerischen Öffentlichkeit kommt die einzige Gefahr aus dem Norden. Der General schlägt dem Bundesrat vor, die Armee aufzubieten und ihr den Schutz unserer Neutralität anzuvertrauen.

Für Pilet-Golaz lassen die von der Nachrichtensektion festgestellten französischen Truppenkonzentrationen an der Westgrenze auf die Furcht Frankreichs «vor einem deutschen Überfallangriff auf die Schweiz schliessen.» Guisan und Pilet sind sicher, dass die auf Verteidigung eingestellte französische Armee unsere Neutralität respektieren wird. Wie Minger nimmt er an, dass die internationale Situation sich sehr rasch verschlimmern werde. Im Gegensatz zu Aussenminister Motta glaubt Pilet nicht an eine Verständigung zwischen London und Berlin in letzter Minute. Einmütig beschliesst der Bundesrat die sofortige vollständige Mobilmachung der Armee.

Im Anschluss an die Bundesratssitzung werden dem General die Instruktionen der Regierung für seine Aufgaben als Oberbefehlshaber ausgehändigt. Er hat die «Unabhängigkeit und Unversehrtheit des Landes mit allen möglichen militärischen Mitteln zu schützen». Alle seine Massnahmen soll er «unter dem Gesichtspunkt der Wahrung der Neutralität treffen». Die Instruktionen halten deutlich fest, dass «das Recht der Kriegserklärung und des Friedensschlusses» ebenso wie der «Abschluss von Allianzen» beim Bundesrat bleibt.

430 000 Mann Kampftruppen und 200 000 Hilfsdienstpflichtige rücken tags darauf geordnet und ohne wesentliche Komplikationen ein. Für ein Land von wenig über 4,2 Millionen Einwohnern ist dies eine enorm umfangreiche Armee. Die Schweiz ist auf einen Krieg vorbereitet, das Volk geeint, die aufgebotenen Soldaten entschlossen, ihre Pflicht zu tun:

> Samstag, den 2. September [illegible] Erste [illegible] Armee [illegible] Tag [illegible]
> bitter

Dies schreibt Markus Feldmann in sein Tagebuch. Der einflussreiche Nationalrat und Chefredaktor der *Neuen Berner Zeitung* ist wegen Herzschwäche dienstuntauglich.

Kanonier Max Frisch, im Privatleben Architekturstudent und angehender Schriftsteller, hat durch Glockengeläute erfahren, dass auch er an die Grenze muss. Sein Einrückungsort liegt «am andern Zipfel unseres Landes», im Tessin.

> [illegible]
> Redensarten. Was will man schon sagen?

Am 1. September, dem Tag des deutschen Einfalls in Polen, sprechen die Botschafter Frankreichs und Grossbritanniens an der Wilhelmstrasse in Berlin vor und fordern die Einstellung der militärischen Operationen und den Rückzug der deutschen Truppen aus Polen. Einflussreiche Politiker in Berlin, London, Paris und Rom suchen verzweifelt nach einer Verhandlungslösung, um die gefürchtete Katastrophe eines grossen europäischen Kriegs abzuwenden. Der italienische Aussenminister Ciano bemüht sich um die Organisation einer Friedenskonferenz in letzter Minute. Feldmarschall Göring streckt heimliche Friedensfühler nach England aus. Unter dem Druck des Unterhauses bleibt das Kabinett Chamberlain nach kurzem Zögern hart. Man hat 1938 Hitler Österreich und dann im vergangenen März auch noch die Tschechoslowakei schlucken lassen, obschon der Diktator sein in München gegebenes Wort nicht gehalten hatte. Premier Chamberlain und Ministerpräsident Daladier wollen sich nicht wieder täuschen lassen. Jetzt muss Hitlers neuer Aggression militärisch entgegengetreten werden.

Hitler selber glaubt nicht, dass die Engländer und Franzosen nur wegen Polen einen grossen europäischen Krieg vom Zaune brechen werden. Die beiden Alliierten sind in ihrer Rüstung gegenüber dem Reich zurückgeblieben und haben keine Möglichkeit, Polen militärisch wirksam zu unterstützen. Am Abend des 2. September erfährt Hitler von Botschafter Attolico, dass die italienischen Vermittlungsbemühungen gescheitert sind. Frankreich und England wollen nur dann verhandeln, wenn die deutschen Truppen Polen wieder geräumt haben.

Am Samstag, 3. September, um 9 Uhr spricht der britische Botschafter Henderson im Auswärtigen Amt an der Wilhelmstrasse vor. Ribbentrop, der Ungutes ahnt

lässt sich durch Dolmetscher Schmidt vertreten. «Ich muss Ihnen leider im Auftrage meiner Regierung ein Ultimatum an die Deutsche Regierung überreichen», sagt Henderson zu Schmidt. «Wenn die Regierung Seiner Majestät nicht vor 11 Uhr britischer Sommerzeit befriedigende Zusicherungen über die Einstellung aller Angriffshandlungen gegen Polen und die Zurückziehung der deutschen Truppen aus diesem Lande erhalten hat, so besteht von diesem Zeitpunkt an der Kriegszustand zwischen Grossbritannien und Deutschland.»

Dolmetscher Schmidt geht mit dem Ultimatum in der Aktentasche in die Reichskanzlei, wo Hitler und Ribbentrop gespannt auf seine Mitteilung warten.

> [illegible] überreichen werden.»

Als Schmidt den im Vorraum von Hitlers Arbeitszimmer wartenden Parteigrossen berichtet, dass in zwei Stunden zwischen England und Deutschland Kriegszustand sein werde, herrschte auch dort Totenstille:

> [illegible]

Als das Ultimatum Londons um 12 Uhr mittags abläuft, erklärt sich England im Kriegszustand mit Deutschland. Eine halbe Stunde später empfängt Ribbentrop den französischen Botschafter Coulondre, der ihm das erwartete, auf 5 Uhr nachmittags befristete Ultimatum aus Paris vorliest. Die Antwort der deutschen Regierung auf das Ultimatum ist negativ. Darauf erklärt Coulondre:

> [illegible] führen.

«Gut», antwortet Ribbentrop mit tonloser Stimme. «Frankreich wird der Aggressor sein.» «Die Geschichte wird urteilen», antwortet Coulondre und zieht sich zurück.

2. Einziger Romand im Bundesrat

Am Abend jenes schicksalsschweren Sonntags, 3. September, setzt sich Bundesrat Pilet in seiner Berner Wohnung am Scheuerrain 7 an den Schreibtisch, um seinem Waadtländer Landsmann General Guisan einen warmen Glückwunschbrief zu schreiben.

Obwohl erst 49-jährig, ist Marcel Pilet-Golaz nach dem schon 1911 gewählten Doyen, dem Tessiner Giuseppe Motta, der amtsälteste Bundesrat. Er gehört seit 1929 der obersten Landesbehörde an, zuerst als Vorsteher des Departements des Innern und dann während eines vollen Jahrzehnts als derjenige des Post- und Eisenbahndepartements. Die Kollegen respektieren ihn wegen seines Allgemeinwissens, seiner raschen Auffassungsgabe, seiner juristischen Kenntnisse, seiner sprachlichen Fertigkeit. Auch wegen seines Waadtländer *bon sens*. Diejenigen, die ihn näher kennen – und das sind nicht viele –, schätzen seine Loyalität und seine menschliche Wärme, die er allerdings gut verbirgt. Zu den Personen, denen er vertraut und die ihm vertrauen, gehören vor allem alte Kollegen aus der Studentenverbindung Belles Lettres oder dem Advokatenstand, politische Kampfgefährten aus der Waadt oder ehemalige Dienstkameraden. Die Bundesratskollegen Rudolf Minger und Philipp Etter, wohl auch Hermann Obrecht, schätzen ihn als Freund. Mit ihnen und mit Ernst Wetter ist Pilet per Du, mit den älteren Motta und Baumann per Sie.

Pilets selbstsicheres, gelegentlich überhebliches Wesen, seine Ungeduld mit schwerfälligeren Geistern und seine oft lose Zunge haben ihm im Verlaufe seiner langen politischen Karriere das Misstrauen von diversen Politikern, Verbandsvertretern und Journalisten eingetragen. Seine bissige, manchmal auch gegen sich selbst gerichtete Ironie kommt bei Deutschschweizern und auch einigen Romands schlecht an. Pilet ist ein eindrücklicher Redner, der ein welsches Publikum überzeugen und begeistern kann. Für den Durchschnittsdeutschschweizer allerdings sind sein kultiviertes Französisch und seine literarischen Anspielungen nicht leicht verständlich.

Wie es sich für einen nonkonformistischen Lausanner gehört, kleidet sich Pilet unkonventionell. An Militärmanövern erscheint er mit Béret, Pullover und Knickerbockers, was in der Deutschschweiz als frivol gilt. Wenn an einem offiziellen Ausflug

andere Bundesräte sich schwarz kleiden, zieht er statt Nadelstreifen- helle Hosen an und trägt manchmal – horribile dictu – weisse Gamaschen. Nicht zu vergessen die Nelke oder Rose, die er sich ins Knopfloch steckt, wenn er eine Rede hält. Der Doppelname Pilet-Golaz, den er sich 1915 bei seiner Heirat zugelegt hat, halten viele für angeberisch. Man kann ja nicht wissen, was er damit zeigen will. Für ihn sind Mann und Frau in der Ehe gleichwertig. Auch wenn er selbst private Briefe beharrlich mit Pilet-Golaz oder P.-G. signiert, nennen ihn die meisten Leute und Zeitungen einfach Pilet.

Wie seine freisinnigen Waadtländer Parteifreunde ist Pilet überzeugter Föderalist, Liberaler und Patriot. *Liberté et Patrie* ist das stolze Motto des grössten und einflussreichsten Kantons der welschen Schweiz. Pilet verabscheut wie fast alle welschen Bürgerlichen den Bolschewismus und sieht in ihm eine ständige Gefahr für Freiheit und Unabhängigkeit. Den Faschismus lehnt er ab, fürchtet ihn aber nicht. Hingegen ist ihm als Liberaler, Christ und Schweizer der Nationalsozialismus zutiefst zuwider. Von Haus und Erziehung aus ist er frankophil. Politisch allerdings hat er seine Vorbehalte gegenüber der grossen Nachbarrepublik mit ihren unablässigen Regierungswechseln, ihrer wirtschaftlichen und sozialen Instabilität, der Korruption ihrer Elite.

Pilet fühlt sich dem «lateinischen» Kulturkreis zugehörig und hat nur bedingte Sympathien für deutsches Wesen. Ein Studienhalbjahr in Leipzig 1910, kurz vor Ausbruch des Weltkriegs, hat seine Abneigung gegen deutschen Kollektivismus und Militarismus nicht mildern können. Mit teutonischen Sitten und Gebräuchen wird er sich nie anfreunden. Hingegen bewundert er deutsche Musik, deutsche Wissenschaft, deutsche technische Errungenschaften, deutsches Organisationstalent. Die Deutschen sind arbeitsam, methodisch, diszipliniert, mutig. Wenn sie sich nur nicht als «Herrenvolk» aufführten!

Als pragmatischer Traditionalist hängt er an der gewachsenen, spezifisch schweizerischen Form der Demokratie – Föderalismus, Exekutive in der Form eines kollegialen Direktoriums, Volksabstimmungen. Wenn der Bundesrat eine Volksabstimmung verliert, akzeptiert er das Verdikt des Souveräns. Gleichzeitig ist der der Meinung, dass es jedem Volk freistehe, die ihm passende Regierungsform zu wählen. Schon als Student in Leipzig konnte er verstehen, wenn die Sachsen ihrem König zujubelten. Er hält es nicht für die Aufgabe der Eidgenossenschaft, anderen Ländern Lehren in Demokratie zu erteilen. Aber was die Schweiz selber anbelangt, kann er sich keine andere Regierungsform vorstellen als die direkte Demokratie.

Mit der Bürde ständiger SBB-Defizite beladen, hat Pilet als Eisenbahnminister in den Dreissigerjahren manchen Strauss mit Gewerkschaftern und Sozialdemokra-

ten ausgefochten. Viele im linken Lager haben ihm seinen ersten grossen Auftritt als Nationalrat im Jahr 1926 nicht verziehen, als er rhetorisch gewandt, den Bundesbeamten das Streikrecht absprach. Mittlerweile hat sich Pilet mit dem mächtigen Gewerkschaftsführer Robert Bratschi und dem bedeutendsten aller Schweizer Sozialisten, Robert Grimm, versöhnt. Mit beiden hat er ein gutes politisches, wohl auch menschliches Einvernehmen gefunden.

Unter den sieben Bundesräten – vier Freisinnigen (die in der Westschweiz *radicaux* heissen), zwei Katholisch-Konservativen (wie die Vertreter der Konservativen Volkspartei genannt werden) und einem Mitglied der BGB (Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei) – herrscht ungewöhnliche Harmonie. Keine persönlichen Rivalitäten wie seinerzeit die zwischen Wirtschaftsminister Schulthess und Finanzminister Musy vergiften die Atmosphäre. In wichtigen Fragen ist man sich einig. Seit dem Anschluss Österreichs im März 1938, erst recht seit der Zerschlagung der Tschechoslowakei ein Jahr später, bereitet sich die Regierung gewissenhaft auf den von fast allen für unvermeidlich gehaltenen Kriegsausbruch vor. Die Unabhängigkeit der Schweiz muss unter allen Umständen verteidigt werden. Die Bundesräte wissen, dass ein neuer europäischer Krieg noch verheerender sein wird als der letzte. Fünf der sieben Bundesräte – Baumann, Obrecht, Minger, Etter und Pilet – haben zwischen 1914 und 1918 während Hunderten von Tagen als Bataillons- oder Kompaniekommandanten Dienst geleistet. Als höhere Offiziere a. D. bleiben sie an militärischen Fragen interessiert. Pilet hat die *Revue militaire suisse* abonniert. Er erhält in Bern den Kontakt mit ehemaligen Offizierskameraden und Vorgesetzten aufrecht. Im Bundesrat setzt er sich für die Anliegen des vornehmlich französischsprachigen 1. Armeekorps und seiner Chefs ein.

Nicht alle Landesväter haben bei der Kriegsvorbereitung gleich schwere Aufgaben. Die grösste Verantwortung lastet auf dem für die wirtschaftliche Kriegsvorsorge verantwortlichen Hermann Obrecht. Der tatkräftige Solothurner hat sich als erfolgreicher Unternehmer ein umfassendes Wirtschaftswissen angeeignet hat und verfügt in allen Kreisen über erstrangige Beziehungen. Ihm ist es gelungen, für den Kriegs- oder Mobilisationsfall eine Notverwaltung ins Leben zu rufen. Ausgewiesene Fachleute, die nicht im Bundesdienst stehen, stellen sich teilzeitlich als Führungskräfte für besondere Aufgaben zur Verfügung. Zu ihnen gehören nicht nur einflussreiche Wirtschaftsführer und Universitätsprofessoren, sondern auch Politiker, die sich in Stadt oder Kanton als tüchtige Verwalter bewährt haben. Zu den Letzteren gehört auch der Sozialistenführer Robert Grimm. Er ist Chef der Sektion «Kraft und Wärme», welche die Versorgung des Landes mit flüssigen und festen Brennstoffen sichern soll.

Am 17. März 1939, zwei Tage nachdem der nach Berlin beorderte, kranke tschechoslowakische Präsident Hácha eingeknickt war und den Einmarsch deutscher Truppen nach Prag gebilligt hatte, sprach Oprecht in einer Rede in Basel berühmt gewordene Sätze:

> [illegible] gehen

Die Worte haben Oprecht zum Symbol des schweizerischen Widerstandswillens gemacht.

Aussenminister Giuseppe Motta und seinem gut eingespielten Team im Politischen Departement kommt es zu, die Beziehungen zu allen Kriegsparteien korrekt und wenn möglich freundschaftlich aufrechtzuerhalten und zu erreichen, dass sie unsere Neutralität respektieren. Schon sofort nach Kriegsausbruch 1914 baten die verfeindeten Staaten die Schweiz um die Wahrnehmung ihrer Interessen bei der Gegenseite. Das Politische Departement übernahm die schwierige Aufgabe, die unserem Land hüben und drüben viel guten Willen brachte. Der kluge, umgängliche Motta spielte während Jahren im Völkerbund eine wichtige Rolle und ist europaweit anerkannt und geschätzt wie kein anderer Schweizer Bundesrat.

Mit der Ernennung des Generals muss Militärminister Rudolf Minger viele seiner Kompetenzen an die Armeeführung abgeben, bleibt aber Bindeglied zwischen Bundesrat und Armee. Der Berner Bauernbundesrat aus dem Seeland ist wegen seiner kernigen Sprüche und seines unermüdlichen Eintretens für Armee und Landwirtschaft beim Volk beliebt. Er ist der einzige Bundesrat ohne den damals für einen hohen Magistraten fast obligatorischen Doktorhut. Witze über den bauernschlauen, ungebildeten «Ruedi», meist frei erfunden, tun seiner Popularität keinen Abbruch, im Gegenteil.

Innenminister Philipp Etter, wie Minger auf einem Bauernhof (in Menzingen, Kanton Zug) aufgewachsen, kümmert sich um «die schweizerische Kulturwahrung und Kulturwerbung». Angesichts der intensiven Propagandatätigkeit aller Grossmächte und insbesondere der vom Reich inszenierten raffinierten psychologischen Kriegsführung hat die sogenannte geistige Landesverteidigung eine Bedeutung erhalten wie nie zuvor in der Geschichte der Schweiz. Der strikte Katholik Etter galt einst als eifernder Kulturkämpfer, hat sich als Bundesrat gemässigt und wird wegen

seiner umfassenden Bildung und seiner tiefen Heimatliebe geschätzt. Nicht zuletzt von Pilet, mit dem ihn die Liebe zur Literatur verbindet. Beide sind eingefleischte Föderalisten und gläubige Christen. Gerne unterhalten sich Pilet und Etter über philosophische und theologische Fragen und empfehlen sich gegenseitig Werke aus diesen Fachgebieten.

Der für die Finanzen zuständige Zürcher Ernst Wetter muss die durch die Mobilisation und die Zerrüttung des Welthandels entstandenen Mehrausgaben, das Bundesdefizit und die Inflation in erträglichen Grenzen halten. Er denkt sich Sparmassnahmen und neue Steuern aus, von denen er annehmen kann, dass sie sowohl von der Rechten wie von der Linken geschluckt werden. Als ehemaliger Handelslehrer kann er rechnen; als langjähriger Delegierter des «Vororts», wie der Schweizerische Handels- und Industrieverein gemeinhin genannt wird, hat er beste Beziehungen zu Zürcher Finanz- und Wirtschaftskreisen.

Für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Lande, für die Sicherung der Rechte und Freiheiten des Bürgers ist theoretisch Justiz- und Polizeiminister Johannes Baumann verantwortlich, doch in der Praxis tut dies jetzt die Armee. Der brave frühere Landammann von Appenzell-Ausserrhoden hat nicht die Statur seines Vorgängers Heinrich Häberlin, des «Gewissens des Bundesrats». Baumann hat die undankbare Aufgabe, sich in Zensurfragen mit der vielgestaltigen, unabhängigen und oft kritiksüchtigen Presse herumzuschlagen. Die wichtige Flüchtlings- und Fremdenpolitik fällt in seinen Bereich, wird allerdings faktisch vom Leiter der Polizeiabteilung, dem dominanten Heinrich Rothmund, gemacht. In Fragen des Staatsschutzes vertraut er auf seine Chefbeamten, Bundesanwalt Stämpfli und Bundespolizeichef Balsiger.

Und Pilet, der Vorsteher des PED, des Post- und Eisenbahndepartements? Er hat seine Abteilungen minuziös auf den Krieg vorbereitet. Die Pläne für den Mobilisationsfall sind ausgearbeitet und können sofort in Kraft treten. Die Verwaltung von Post, Telefon und Telegraf, die in der Schweiz ohnehin besser funktionieren als anderswo, ist für den Ernstfall gewappnet. Massnahmen für eine vorsichtige Überwachung von Postsendungen und Telefongesprächen sind – mehr oder weniger heimlich und ohne solide Verfassungsgrundlage – bereits in Kraft. Die verschiedenen Ämter im Departement Pilet können auch mit einem wegen der Generalmobilmachung beschränkten Personalbestand ihre Aufgabe erfüllen. Auf den 2. September tritt provisorisch ein Kriegsfahrplan in Kraft. Pilet übernimmt die im Mobilmachungsfall vorgesehene Kontrolle des Radios, das in den letzten zehn Jahren als Unterhaltungs-, Informations- und vor allem auch Propagandamedium eine ungeahnte Bedeutung erlangt hat.

Der Schweizer Bundesrat ist eine Kollegialbehörde und jedes Mitglied trägt für alle von ihm getroffenen Entscheide die Mitverantwortung. Mehr als seine Kollegen Bundesräte kümmert sich Pilet um die juristische und sprachliche Sauberkeit von Bundesratsbeschlüssen. Er misstraut allzu emsiger Betriebsamkeit und wird nicht müde, vor überstürztem Handeln zu warnen. Als Waadtländer Pragmatiker sucht er gangbare Lösungen, als eingefleischter Liberaler wehrt er sich gegen eine überflüssige Einmischung des Staats in das Privatleben des Bürgers.

In Pilets Notizen vom 3. September zu seinem persönlichen Gebrauch ärgert er sich über das «Fieber und den Totalitarismus des Generalstabs der Armee», die ihm schon am ersten Tag des deutschen Angriffs auf Polen aufgefallen sind. So wollte der Telegrafenchef der Armee «zweifellos im Auftrag des Unterchefs des Generalstabs Frick», dass die Verwaltung das wichtige Transitkabel Deutschland – Italien durch den Gotthard durchschneide. Haben die unbedarften Militärs denn keine Ahnung, was eine derartig drastische Massnahme wirtschaftlich und politisch bedeuten würde? Pilet befiehlt seinen Beamten, nichts ohne seine Zustimmung zu tun. Er telefoniert Minger, um Einwand zu erheben. Minger muss ihn enttäuschen: Die Armee befiehlt jetzt. Der Militärminister hat «nichts mehr zu sagen». Wenigstens kann Minger Pilet seinen Verbindungsoffizier Major Bracher schicken. Pilet erklärt Bracher, wieso die Durchschneidung des Kabels ein Fehler wäre, und sendet diesen zu Oberst Hans Frick. Mit Erfolg. Wenig später teilt Frick Pilet mit, dass er auf die Massnahme verzichte und «dass das Kabel wiederhergestellt sei». Wiederhergestellt? Pilet notiert spöttisch: «Der Arme, er glaubt, man hätte es durchschnitten!»

In den ersten Tagen nach der Mobilmachung widersetzt sich Pilet anderen unverständlichen Anordnungen oder Wünschen der Armeeleitung. So verlangt das Militär in Basel vierzig Eisenbahnwagen, um Schützengräben zu blockieren. Wissen die nicht, dass alles Rollmaterial gebraucht wird, um die aufgebotenen Truppen zu transportieren! Als Pilet tags darauf an der Bundesratssitzung die Geschichte den Kollegen erzählt, «heben sie die Hände zum Himmel».

Eine militärische Massnahme, die PTT-Generaldirektor Hans Hunziker und Pilet für unsinnig halten, ist das am 3. September verhängte Verbot aller privaten Telefongespräche mit dem Ausland. Schon am nächsten Morgen, einem Montag, klagen Gemüse-, Kohlen- und Getreideimporteure ebenso wie die Betreiber der Rheinschifffahrt, dass sie sich nicht telefonisch im Ausland über den Stand ihrer Transporte erkundigen können. Darauf hebt Hunziker auf eigenes Risiko das Verbot in vielen Fällen auf. Brieflich berichtet er am 6. September seinem Chef Pilet über die Schwierigkeiten, die das hastige Vorgehen der Armeestellen verursacht hat.

[illegible] wenn dies nicht der Fall ist, muss man extrem vorsichtig sein.

Hunziker fügt hinzu, man wundere sich in Mailand darüber, dass der Telefonverkehr zwischen dem nichtkriegführenden Italien und der neutralen Schweiz unterbunden sei, während man aus Italien problemlos via die Schweiz mit den Neutralen Belgien, Holland und sogar mit Grossbritannien, das im Krieg steht, telefonieren könne.

Dank dem Verständnis von Oberst Hasler, dem Chef der «Abteilung Presse und Funkspruch», werden die vom Armeekommando verhängten schädlichen Massnahmen bald wieder aufgehoben. Pilet wird den Militärs und ihrem oft voreiligen Vorgehen gegenüber misstrauisch bleiben.

Die Bundesräte sehen während des im Blitztempo ablaufenden Polenfeldzugs keine direkte Gefahr für die Schweiz. Am 11. September schreibt Bundespräsident Etter seinem mit Schmerzen im Bett liegenden Freund, dem mächtigen Luzerner Nationalrat Heinrich («Heiri») Walther, er solle sich schonen und der Septembersession fernbleiben:

[illegible]

3. Wie sich vor Spionage und Sabotage schützen?

Im April 1939, wenige Wochen nach dem Einmarsch der Wehrmacht in die Tschechoslowakei, lag auf dem Tisch des Bundesrats ein Entwurf einer «Verordnung über die Wahrung der Sicherheit des Landes». Sie sollte in Kriegszeiten Spionage und Sabotage bekämpfen. Im Bundesrat erinnerte man sich an die Zeit zwischen 1914 und 1918, als die Schweiz zu einem europäischen Agentennest geworden war. Mit Beunruhigung hatte man beobachtet, welche perfiden Methoden die Nazis in Österreich und der Tschechoslowakei anwandten, um diese Staaten auszulöschen. Der Bundesrat kannte auch die von Moskau gesteuerten Wühlereien der Kommunisten in Frankreich und Spanien. An der Notwendigkeit einer gegen Extremisten von links und rechts gerichteten Staatsschutzverordnung bestand «kein Zweifel».

So bat denn Bundespräsident Etter seinen Kollegen Pilet, den vorgelegten Gesetzesentwurf genau anzuschauen. Pilet, zweifellos der beste Jurist im Bundesrat, war entsetzt über das, was das Militärdepartement ausgebrütet hatte. Am 25. April teilte er Etter in einem vierseitigen Brief seine Bedenken gegenüber den geplanten Staatsschutzmassnahmen mit. Seiner Meinung nach ging die Vorlage in den «Verpflichtungen, die sie den Einwohnern des Landes im Interesse der nationalen Verteidigung auferlegt, sehr weit». Er verstehe dies, glaube aber, dass «gewisse Grenzen nicht überschritten, gewisse Prinzipien respektiert und gewisse Missbräuche vermieden werden müssten.»

Pilet strich im Entwurf mit dem von ihm gerne verwendeten blauen Farbstift vieles durch und formulierte einige Artikel neu. Er wollte die Befugnisse der Armee beschränken und sicherstellen, dass die letzte Verfügungsgewalt beim Bundesrat bleibt.

> [illegible] zivilen Behörden dazu aufgefordert.

Zum Schluss seines Briefs an den Bundespräsidenten wünscht Pilet, dass der vom Militärdepartement vorgelegte Entwurf vom Justiz- und Polizeidepartement und vom Gesamtbundesrat einer genauen Prüfung unterzogen werde. In der gegenwärtigen Form wäre es für ihn «mehr als schwierig», ihm zuzustimmen. Da keine Eile geboten war, wurde das Projekt im April auf die Seite gelegt.

Vier Monate später, am 2. September, kommt der Verordnungsentwurf «Wahrnehmung der Sicherheit des Landes» erneut vor den Bundesrat. Jetzt soll alles schnell gehen. Schriftlich warnt Pilet Bundespräsident Etter:

> [illegible] keiten bereiten würde.

Er schickt Etter ein eigenes Projekt mit einer Liste von Abänderungsvorschlägen. Der Waadtländer meint, es bestehe keine Notwendigkeit, die Verordnung sofort zu erlassen. Das Justiz- und Polizeidepartement solle zuerst noch einmal «die Sache sehr aufmerksam prüfen».

Die Hauptarbeit an der endgültigen Abfassung der Staatsschutzverordnung übernimmt Professor Walther Burckhardt, ein eminenter Staats- und Völkerrechtler. Schon als Jus-Student hat Pilet den weisen Rechtsgelehrten bewundert. Er teilt Burckhardts Ansichten über das Völkerrecht, über das Wesen und die Rolle der Schweiz und geht auch in Einzelfragen mit ihm einig. So etwa misstrauen beide dem Proporzwahlsystem und ziehen den Majorz vor.

Wenn der Bundesrat von seinem «Kronjuristen» Burckhardt etwas will, dann ist dieser zur Stelle. Wie er einmal sagte:

> [illegible]

Am 5. September schreibt Burckhardt dem «hochgeachteten Herr Bundesrat» Pilet:

> [illegible]

> [illegible] konnte, brauche ich nicht zu sagen.

Burckhardt hat seine «Bemerkungen» auf sechs maschinengeschriebenen A4-Seiten festgehalten und handschriftlich korrigiert. Das Dokument zeugt von der Gewissenhaftigkeit, mit welcher der 68-jährige Burckhardt seinen Gegenentwurf ausgearbeitet hat.

«Da ich dich telefonisch nicht erreichen konnte», schickt Pilet den Entwurf Burckhardts per Feldpost Oberst Logoz. Prof. Paul Logoz ist der juristische Berater des Armeekommandos, das eben nach Spiez übersiedelt ist. Er und Pilet kennen sich seit langem: 1928 hatten die Sozialdemokraten bei der Bundesratswahl den parteiunabhängigen Logoz als Gegenkandidat des Radikalen Pilet unterstützt. Nach der Wahl war Logoz spontan zu Pilet gegangen und hatte seinem siegreichen Gegner herzlich die Hand geschüttelt.

Logoz schlägt vor, den Entwurf Burckhardts noch einem *pénaliste* vorzulegen. Prof. Ernst Hafter, ein anerkannter Strafrechtler, arbeitet zusammen mit Logoz und Oberauditor Trüssel eine definitive Fassung aus. An einer Konferenz, an der Hafter, Logoz, Burckhardt, Oberauditor Trüssel und Bundesanwalt Stämpfli teilnehmen, wird der Text der Verordnung bereinigt. Bundeskanzler George Bovet gibt der französischen Fassung den sprachlichen Feinschliff. Pilets Vorstoss bei Bundespräsident Etter hat sich gelohnt. Die Vorlage ist nun «in Ordnung».

Am 22. September verabschiedet der Bundesrat den Entwurf und am gleichen Tag erhält die Presse ein erklärendes Communiqué. Erhaltene handschriftliche Notizen – mit Streichungen und Korrekturen – zeigen, dass Pilet die bundesrätliche Mitteilung verfasst hat. Gleich zu Beginn des Communiqués steht eine Bemerkung, die das Denken Pilets illustriert:

> [illegible] Verhältnissen gefahrlos ausgeübt werden können.

Pilet ist es auch – nicht Minger oder Baumann, in deren Departemente die Verordnung eigentlich gehört –, der an einer Pressekonferenz die erlassenen Massnahmen erläutert und die Journalisten beruhigt:

[illegible] Kontrolle gehalten.

Die Presse begreift das Vorgehen des Bundesrats, allerdings mit Vorbehalten. Der Chefredaktor der *Basler Nachrichten*, Nationalrat Albert Oeri, stellt fest, dass keine «einzige Massnahme» während der letzten Weltkriegszeit so weit gegangen ist wie in dem neuen Erlass. Oeri misstraut den «zuständigen militärischen Stellen» und meint, Artikel 1 statuiere «die Diktatur der Militärgewalt».

In der *Tribune de Genève* beruhigt ihr Berner Korrespondent Léon Savary seine welschen Freunde, die in der Verordnung bereits die Inquisition wittern:

> [illegible]

Savary hat das Gefühl, die Militärs erhielten «ein wenig allzu weite Kompetenzen». Um Überwachungen durchzuführen und Untersuchungen zu leiten, seien die zivilen Behörden mit ihrer darin geübten Polizei besser geeignet. Der vermutlich von Pilet selber eingeweihte Savary verrät seinen Lesern in diesem Zusammenhang noch ein Geheimnis:

> [illegible] ten kompetenter Fachmann sie leiten wird. *Tant mieux.*

Ein geheimer Bundesratsbeschluss hat sofort nach der Mobilmachung den Spionageabwehrdienst, SPAB, wie man ihn nennen wird, ins Leben gerufen und seine Führung dem mit Pilet eng befreundeten Waadtländer Polizeikommandanten, Oberst Robert Jaquillard, übertragen. Jaquillard wird seine Aufgabe in Zusammenarbeit mit den andern kantonalen Polizeichefs derart diskret erfüllen, dass ausserhalb der Waadt kaum jemand seinen Namen kennt. (Jaquillard hat bis zum heutigen Tag nicht einmal Einzug ins Historische Lexikon der Schweiz gefunden.) Jaquillard und Pilet waren früher im selben Regiment Bataillonskommandanten und duzen sich. Jaquillard wird als Chef der Gegenspionage Dinge erfahren, die auch Bundesräten verborgen bleiben. In den folgenden vier Jahren wird er es nicht unterlassen, seinen Freund Pilet regelmässig über trübe Vorgänge auf dem Laufenden zu halten – nicht zuletzt über gegen ihn persönlich gerichtete Intrigen.

Die Staatsschutzverordnung, die Professor Walther Burckhardt verfasst hat, ist jetzt in Kraft. Der Berner Ordinarius hat der Eidgenossenschaft zum x-ten Mal einen wertvollen Dienst erwiesen. Es wird sein letzter sein. Nachdem er sein Leben lang für die Völkerverständigung gekämpft hat, lässt ihn der Zusammenbruch der europäischen Friedensordnung verzweifeln. Er, der sich der deutschen Kultur verbunden fühlt, verabscheut den Nationalsozialismus und muss jetzt ohnmächtig zusehen, wie Hitler die westliche Zivilisation in den Abgrund zu stürzen droht. Seine vor ein paar Monaten verstorbene Frau fehlt ihm. Er besucht seinen Sohn, der in den Bergen Militärdienst leistet. Anfang Oktober hält Prof. Burckhardt für einen vom Tod früh aus dem Leben gerissenen begabten Studenten die einfühlsame Grabesrede.

Zwei Wochen später holt der zunehmend Vereinsamte und Verzweifelte seine Armeepistole aus der Schublade, verzieht sich in das Putzkämmerlein und gibt sich den Tod.

4. Tücken der Zensur

Am Samstag 2. September besprach der Bundesrat in einer dringlichen Sitzung ein vom Militärdepartement vorgelegtes Projekt zur Kontrolle «von Nachrichten und Äusserungen insbesondere durch Post, Telegraph, Telephon, Presse, Nachrichtenagenturen, Radio und Film zu überwachen». Angegebener Zweck der geplanten Massnahmen ist die «Aufrechterhaltung der Neutralität», weshalb Pilet das Ding «Neutralitätsverfügung» nennt.

Pilet hatte das Gefühl, die von der Armee gewünschte Zensurvorlage ersticke alles, sei «*une aberration*». Auf seinen Antrag hin verschob der Bundesrat den Entscheid. Die Kollegen gaben ihm Zeit, ein Gegenprojekt auszuarbeiten.

Wie im Fall der Staatsschutzverordnung schlug Pilet Änderungen vor, die er wiederum Oberst Logoz übermittelte. Der juristische Berater der Armee teilte auch hier die Auffassung des Waadtländer Bundesrats, der sich notierte:

> [illegible]
> kann.

Pilet konsultierte weitere Juristen. Zum Schluss einigte er sich mit dem Zensurbeauftragten des Armeekommandos, Oberst und Bundesrichter Hasler, auf eine neue Fassung, welcher der Bundesrat diskussionslos zustimmte. Der Bundesbeschluss über die Zensur tritt am 8. September in Kraft.

Pilet hat sich im Laufe Zeit beträchtliche staatsrechtliche Kenntnisse erworben. Auch in diesem Fall ist es dem Juristen Pilet gelungen, den Text substanziell zu verbessern und die Stellung des Bundesrats gegenüber dem Armeekommando zu stärken. Die von ihm durchgesetzte Hauptänderung betrifft die Vorzensur, deren Erlass nicht mehr im freien Ermessen des Armeekommandos liegt, sondern «nur mit Ermächtigung des Bundesrats verfügt werden» kann.

Der Erlass führt ein Beschwerderecht ein. Wer sich von der Überwachungsstelle ungerecht behandelt fühlt, kann bei einer Rekurskommission Einspruch erheben.

Vorsitzender ist ein Bundesrichter. Ihre Mitglieder sind geachtete Persönlichkeiten aus allen politischen Lagern. Auch zwei Sozialdemokraten sind in der Kommission: Regierungs- und Nationalrat Ernst Nobs und Prof. Max Weber, Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds. Beide betätigen sich publizistisch und verstehen etwas vom Pressewesen. Es sind gradlinige patriotische Politiker. Pilet kennt und schätzt sie. Nobs wird 1943 als erster Sozialdemokrat in die Landesregierung gewählt und Weber 1951 dessen Nachfolger als Bundesrat.

Die von zur Überwachung von Presse, Radio, Telegraf, Telefon, Post, Buchhandel und Film eingesetzte «Abteilung für Presse und Funkspruch» wird von Bundesrichter Oberst Eugen Hasler kommandiert. Das Departement Pilet ist für die Kontrolle von Telefongesprächen, Telegrammen, Postsendungen und Radioprogrammen zuständig. Die bestehende Überwachung von Telefonaten, Briefen und Paketen wird erweitert und verschärft. An der Praxis ändert sich wenig. Die Überwachungsarbeit liegt weiterhin bei Mitarbeitern der PTT-Verwaltung. Die Protokolle von abgehörten Telefongesprächen gehen zum Chef der Telegrafendirektion Dr. h.c. Alois Muri. Muri leitet Kopien von Berichten, die er für brisant hält, an Pilet weiter. Oft fügt er mit Rotstift kleine, manchmal ironische Randbemerkungen hinzu.

Als Oberst Hasler Pilet schriftlich über die von der Armeeleitung verfügten neuen Zensurmassnahmen für die Briefpost und den Telegrammverkehr benachrichtigt, legt Pilet sein Veto ein. Solche Massnahmen dürften nur mit seinem, Pilets Einverständnis erlassen werden:

> [illegible]
> [illegible]

Für Telefon, Telegraf und Radio sei die Lage geregelt. Für die Post im eigentlichen Sinne will Pilet sich an die Bestimmungen des Postgesetzes von 1924 halten. «Dies soll genügen.»

Besondere Bedeutung kommt der Beaufsichtigung des Radios zu. Das Radio – das deutsche Wort «Rundfunk» ist in der Schweiz verpönt – hat einen schwindelerregenden Aufschwung erlebt. Die Zahl der Radiohörer im Inland hat sich vervierfacht – aus 150 000, die 1930 für ihre Empfangskonzession Gebühren zahlten, sind 1939 fast 600 000 geworden. 80 Prozent der Haushalte haben einen Empfänger, bei dem es sich meist um ein massives, kunstvoll gefertigtes Möbelstück handelt. Die Besitzer sind stolz auf ihren teuren Apparat. Wenn in der Deutschschweiz um 12.30 Uhr nach dem «Zeitzeichen aus Neuenburg» die Mittagsnachrichten gesendet werden, läuft in den Wohnstuben das Radio, und die Familie schweigt.

Dann wird in den Wirtschaften auf den Einstellknopf gedrückt, die Gäste spit-zen die Ohren.

Das Radiowesen untersteht der «Telegraphen- und Telephondirektion» im Departement Pilet. Als der Waadtländer Bundesrat 1930 vom Departement des Innern zu Post- und Eisenbahn wechselte, hat er kaum vermutet, dass der Ausbau des Radios fast so viel von seiner Zeit und Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen würde wie das Sorgenkind Bundesbahnen. Die der Schweizerischen Rundspruchgesellschaft SRG erteilte Konzession von 1930 trägt Pilets Handschrift. Sie regelt die Beziehungen zwischen den sechs auf Privatbasis gewachsenen Studios von Genf, Lausanne, Zürich, Bern, Basel und Lugano, der Generaldirektion SRG und dem Departement.

In der Programmgestaltung und für die Anstellung der Mitarbeiter genossen die Studiodirektoren in den drei Landesteilen viel Freiheit. Sie sind allerdings auf das Wohlwollen von Vorständen und Programmkommissionen angewiesen. Auf die Zusammensetzung dieser Gremien wie auf die Nomination des SRG-Generaldirektors und des SRG-Zentralvorstandspräsidenten übt der Chef des Post- und Eisenbahndepartments einen entscheidenden Einfluss aus. Dafür hat Pilet gesorgt. Auch in anderen wichtigen Fragen behält er sich den letzten Entscheid vor.

Dr. h. c. Alois Muri – den Ehrendoktorhut verdankt er einer Empfehlung Pilets bei der ETH-Führung – leitet die Telegraphendirektion. Sie ist für die Sendeanlagen, die von den Studios benötigten technischen Einrichtungen und – vor allem – für die Verteilung der Konzessionsgelder zuständig. Wer das Geld hat und es verteilt, befiehlt. Muri denkt ähnlich wie sein Chef und er geniesst Pilets volles Vertrauen. Der letzte Entscheid hat immer der Departementsvorsteher. Ohne Übertreibung lässt sich sagen: Pilet ist Herr des Radios.

Der Waadtländer Bundesrat ist mit den von den sechs Studios über die Landessender Beromünster, Sottens und Monte Ceneri ausgestrahlten Sendungen im Grossen und Ganzen zufrieden. Im Grossen und Ganzen sind auch die Verantwortlichen in den Studios und an der Berner Neuengasse 30, dem Sitz der Generaldirektion, mit Pilet-Golaz zufrieden. Die starke Figur in der SRG, der als Rotkreuzdelegierter weit gereiste, umfassend gebildete Jurist Rudolf von Reding, seit 1931 ihr Generalsekretär, preist sich glücklich, einen liberalen Chef zu haben, der in Programmfragen kaum dreinredet.

Pilet nimmt die Programmverantwortlichen regelmässig gegen Kritik aus Parlament und Öffentlichkeit in Schutz. Für ihn ist das Radio Mittel zur Kulturwahrung, zur Volkserziehung und zur Unterhaltung. Der Informationsvermittlung soll es nur beschränkt dienen. Was Pilet und der Gesamtbundesrat unter keinen Umständen

worden ist ein Radio im Dienst der Politik. Politische Debatten sollen im Parlamentssaal ausgetragen werden, nicht über die Ätherwellen. Politische Kommentare und politische Auseinandersetzungen sind Sache der Zeitungen. Dies ist Auffassung des Bundesrats und – wen wundert's – die Auffassung der Zeitungsverleger. Sie und ihre Redaktoren sehen im Radio eine gefährliche, ja existenzgefährdende Konkurrenz. Der Widerstand der Zeitungen ist auch der Grund, wieso die Studios keine eigenen Nachrichten senden dürfen. Das Monopol für die lange Zeit nur zweimal am Tag ausgestrahlten Radionachrichten hat die Schweizerische Depeschenagentur SDA. Ihre Redaktoren stellen die kurzen Bulletins zusammen, und ihre Sprecher verlesen sie in trockenem Ton.

Noch am Tag des deutschen Einmarschs in Polen suspendierte Pilet die Konzession der SRG. Gestützt auf einen Bundesratsbeschluss unterstellte er den Rundspruchdienst der PTT-Verwaltung und ernannte den bisherigen Generaldirektor der SRG, Alfred Glogg, zum Direktor des nunmehr staatlichen «Schweizer Rundspruchs» (SR). Die PTT-Verwaltung gebietet jetzt über das Personal der SRG und über die Studios der Mitgliedgesellschaften. Wichtigster Artikel der Ausführungsbestimmungen:

> [illegible] diesem gegenüber für deren Beobachtung verantwortlich.

Als Verbindungsmann des Bundesrats zum Radio bestimmte Pilet den Journalisten Georges Perrin, Korrespondent verschiedener welscher Zeitungen in Bern, darunter des Parteiblatts von Pilets Waadtländer Radikalen *La Revue*. Er schätzt Perrin als gewissenhaften, unaufgeregten und um Objektivität bemühten Journalisten, auf den Verlass ist. Perrin sieht die Hauptaufgabe der Presse (wie er in einem Vortrag 1953 ausführen wird) in der «präzisen, exakten, vollständigen Information».

Die Unterstellung des Radios unter das Post- und Eisenbahndepartement und dessen Zentralisierung wird in der Romandie, besonders in Genf, nicht geschätzt. Pilets Mitarbeiter kopieren für ihren Chef kritische Zeitungsartikel. So einen aus der *Tribune de Genève* vom 22. September, in dem sich Pilet den folgenden Abschnitt anstreicht:

> [illegible]

> [illegible]

Auch einen Artikel des sozialdemokratischen Nationalökonomen Prof. Fritz Marbach (aus *La Lutte syndicale*) hat Pilet aufbewahrt. Marbach begreift, dass in Kriegszeiten die Sendestationen den Behörden zur Verfügung stehen müssen. Er kann jedoch nicht verstehen, dass man sie einem eidgenössischen Verwaltungsorgan unterordnet und jeden Kontakt zur Bevölkerung und zu den kulturellen Kreisen abbricht. Damit meint er den von Pilet suspendierten Zentralvorstand der SRG, dem Marbach selber angehört. Seiner Meinung nach wäre es besser und «schweizerischer» gewesen, diesen Vorstand als Beratungsorgan beizuziehen, statt ihn aufgrund der Vollmachten zu entlassen. Die Art, wie die dem Bundesrat vom Parlament gegebenen Vollmachten auf gewissen Gebieten angewandt würden, lasse nichts Gutes erahnen. Jeder Schweizer sei bereit zu tun, was das Vaterland von ihm verlange, aber schweizerische Traditionen sollten berücksichtigt werden.

> [illegible] diesem Punkt völlig einig. Es gibt keinen Graben.

Pilet lässt sich von Marbachs Argumenten überzeugen. Der aufgelöste Zentralvorstand wird schon bald wieder tagen.

5. Geistige Landesverteidigung im Äther

Welche Rolle soll dem Radio in einer Zeit der Kriegsbedrohung zukommen? Pilet kann nicht auf die Erfahrungen aus dem Weltkrieg zurückgreifen, denn damals war der Hörfunk Sache einiger weniger Radioamateure und noch kein wichtiges Kommunikationsmittel. Die Praxis im Ausland taugt auch nicht als Leitfaden. In Deutschland steht der Rundfunk unter der Fuchtel des Propagandaministeriums. Der schier allmächtige Dr. Goebbels befiehlt, was gesendet werden muss und was nicht gesendet werden darf. Zusammen mit dem Film, vor allem den Wochenschauen, und der Presse formt der deutsche Rundfunk die öffentliche Meinung im Sinne von Partei und Führer. Aus Überzeugung, Karriereerwägungen oder Furcht spuren die deutschen Journalisten. Von abweichenden Meinungsäusserungen ist **keine Rede mehr.**

Wie kann die Schweiz der antidemokratischen, antisemitischen, aggressiven deutschen Propaganda entgegentreten, die viele als für unser Land existenzgefährdend empfinden? Darüber macht sich der Gesamtbundesrat seit 1934 immer wieder Gedanken. Soll man den Fehdehandschuh aufnehmen, wie dies linke Politiker möchten, und Propaganda mit Gegenpropaganda beantworten? Soll das Schweizer Radio als Sprachrohr für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Völkerverständigung auftreten? Pilet und seine Kollegen haben da eine klare Meinung: David hat gegen **Goliath keine Chance.**

Aber das Radio kann erklären, was die Schweiz ist. Es kann ihren föderalistischen Staatsaufbau darstellen und diskret andeuten, wie er sich von demjenigen des Dritten Reichs unterscheidet. Es kann auch immer und immer wieder erläutern, was die Schweiz unter Neutralität versteht, und wie sie ihre Rolle in Europa sieht. Pilet will, dass dies nüchtern und unpolemisch geschieht. Es ist sinnlos, die Nazis oder die Faschisten zu reizen. Also keine Schulmeisterei, kein Besserwissertum, keine ver**balen Ausfälle gegen die Diktatoren.**

Schon am 13. September setzt sich Pilet mit dem Leiter der Radiosektion AHF, Hptm. Schenker, zusammen, um allfällige, durch die Kriegsbedrohung und die Mobilisation nötig gewordenen Programmanpassungen zu besprechen. Der Aargauer

Kurt Schenker, ursprünglich Jurist, dann Zeitungsjournalist, wurde mit [illegible] Jahren zum ersten Direktor von Radio Bern gewählt. Er führt es autoritär, aber mit viel Schaffenskraft und Fantasie, und macht es zu einer beliebten, vor allem von den Bernern geliebten Sendeanstalt. Schenker weiss, welche Programme in Bern und der Deutschschweiz beim Publikum ankommen und welche nicht. Reklamationen sind, wie er einmal schreibt, sein täglich Brot.

Geplant ist ein «nationales Programm», eine Gemeinschaftssendung für alle Landesteile. Als Vorbereitung auf das Gespräch mit Schenker macht Pilet sich Notizen. Sieben Themenkreise fallen ihm ein: 1. Schweizer Geschichte, 2. Schweizer Militärgeschichte, 3. Biographien von Schweizer Bürgern, 4. Schweizer Literatur, 5. Schweizer bildende Kunst, 6. Schweizer Musik, 7. Schweizer Wirtschaft. Spontan notiert sich Pilet die Namen von welschen Kapazitäten, oft auch von persönlichen Freunden, als mögliche Referenten.

Zur Erläuterung der Schweizer Geschichte will er zwei ihm persönlich gut bekannte, ehrwürdige Lausanner Historiker heranziehen, den 68-jährigen Maxime Reymond und den 74-jährigen Edmond Rossier. Reymond ist Waadtländer Kantonsarchivar, Redaktor am *Feuille d'Avis de Lausanne* und freisinniger Grossrat. Seine monumentale dreibändige «*Histoire de la Suisse*», «von den Anfängen bis heute», ist ein Standardwerk, klug und flüssig geschrieben, in einem Stil, der sich auch für den mündlichen Vortrag eignet. Pilet muss gefallen haben, was Reymond über die Ausübung des Vollmachtenregimes durch den Bundesrat im Krieg 1914–1918 schrieb:

> [illegible] klarsichtigen und sicheren Leitung vereinbaren lassen.

Die im September 1932 geschriebenen Worte Reymonds konnten auf die Gegenwart, auf September 1939 gemünzt sein. Pilet hätte sie vermutlich *tel quel* unterschrieben.

Der zweite, von Pilet als französischsprachiger Radioreferent vorgesehene Historiker ist Edmond Rossier. Der Ordinarius für Zeitgeschichte an der Uni Lausanne ist Verfasser einer «Histoire politique de l'Europe 1815–1919» und regelmässiger aussenpolitischer Kommentator der *Gazette de Lausanne*. Pilet, der als Student Rossiers Vorlesungen hörte, schätzt seine klaren, wöchentlichen Analysen des Weltgeschehens. Obwohl gemässigt in der Wortwahl, nimmt «Edm. R.» kein Blatt vor den

Mund. Am Tag nach Kriegsausbruch, am 4. September 1939, schreibt er im Leitartikel der *Gazette*:

> [illegible] worden.

Auch die anderen Männer – alles Männer, keine Frauen –, die Pilet Schenker als Referenten für das nationale Programm vorschlägt, sind Persönlichkeiten, die in der Romandie geschätzt werden, wenigstens von der bürgerlichen Mehrheit. Die Themen «Berühmte Schweizer» und «Schweizer Literatur» sollen bekannte Schriftsteller behandeln. Pilets Liste sieht so aus:

> [illegible] de Rougemont? – Grellet

Der feinsinnige Dichter Henri de Ziegler, Genfer Professor für italienische Literatur, und Charly Clerc, ETH-Professor für Literatur, setzen sich für den Kulturaustausch zwischen den Sprachregionen ein. De Traz und de Rougemont, zu denen Pilet Fragezeichen setzt, sind berühmte, allerdings umstrittene Intellektuelle von europäischem Ruf. Pierre Grellet und Léon Savary, einflussreiche Bundeshauskorrespondenten und Schriftsteller, werden von Pilet gerne zu sich nach Hause eingeladen. Beide sind wie er «*Bellettriens*».

Bellettrien? Der Romand weiss, was darunter zu verstehen ist. Ein Bellettrien ist ein gegenwärtiges oder ehemaliges Mitglied der in vier welschen Kantonen existierenden Studentenverbindung Belles-Lettres. Sie unterscheidet sich von den deutschen Burschenschaften oder deutschschweizerischen Verbindungen – den Zofingern, den Helvetern – durch den *esprit romand* und eine Abneigung gegen Teutonisches. Es wird nicht geschlagen, kein Comment, kein Fuchsmajor, kein

Wichs. Pilet ist als 17-Jähriger der Verbindung gegen den Willen seines Vaters beigetreten.

Der von Pilet als Radioreferent vorgesehene Henri de Ziegler singt in seinem Buch «Rouge et Vert ou Eloge de Belles-Lettres» das Loblied seiner geliebten Studentengesellschaft. Rot-Grün sind die Verbindungsfarben (ohne [illegible] politischen Beigeschmack). Als *Bellettrien* spottet man über Pedanterie, Wichtigtuerei, Heuchelei. Man singt, lacht, spaziert und diskutiert. Gewisse Werte, schreibt de Ziegler, wird man nie in Frage stellen: «Es sind dies die Liebe und die Jugend, der Wein, die Rose und der Frühling.» Die Menschen ändern sich, «aber ein Maiabend ist nicht weniger genussvoll als vor hundert Jahren.» «Auch ein schöner Vers nicht, auch ein delikater Gedanke nicht, auch ein geistvolles Wort nicht, auch nicht eine harmonische Landschaft, auch nicht ein charmantes Gesicht.»

Der Geist von Belles-Lettres ist der Geist der Romandie. Mit einem Hauch weniger Talent als der Poet de Ziegler hat Pilet immer wieder versucht, seinen Deutschschweizer Landsleuten und seinen Deutschschweizer Bundesratskollegen die Romandie zu erklären. Vermutlich mit wenig Erfolg. Die Romandie, ebenso wie Belles-Lettres, bleibt für viele *confédérés* ein Buch mit sieben Siegeln. Weil Marcel Pilet-Golaz in seiner Lebensweise, seiner Mentalität und seinem Sprachgebrauch ein *Bellettrien* geblieben ist, begegnen ihm manche Eidgenossen auf der anderen Seite des Röstigrabens mit Kopfschütteln. Was in Lausanne politisch ein Vorteil ist, kann in der Deutschschweiz zum Nachteil werden.

Zurück zu den Radiosendungen, die den Schweizern einhämmern sollen, wer sie sind. Was Militärschriftsteller und deutschschweizerische Referenten anbelangt, notiert Pilet «*voir* Schenker». Dieser hat seinerseits eine Liste mit 18 Namen aufgestellt – darunter nicht weniger als 13 Professoren. Auf Schenkers Verzeichnis stehen die Namen von Historikern wie Feller, Bonjour, Guggenbühl, Donath, Gagliardi, Nabholz. Wer dann allerdings im Frühjahr 1940 am Radio über Geschichte und Sinn der Schweiz sprechen wird, ist der St. Galler Werner Näf, Professor für allgemeine Geschichte an der Universität Bern. Sechs magistrale Radiovorträge des hervorragenden Historikers sagen den Zuhörern, worum es für das Land geht.

[illegible]

6. «Ein flotter Gruss an unsere Soldaten»

Neben den für die Gesamtbevölkerung bestimmten Radiosendungen sind spezielle Darbietungen «für und von der Truppe» vorgesehen. Eigens für die mobilisierten Soldaten zusammengestellte Programme sollen dem «Wehrmann ein willkommener Ausgleich sein». In einem ausführlichen Exposé legt Hptm. Schenker zuhanden von Pilet dar, wie ein einstündiges Programm für die Truppe aussehen soll, und zwar so genau, dass er die Stunde in achtzehn auf die Minute festgelegte Segmente unterteilt.

Auf «Marsch, fröhliches Lied» folgt «Dialektvorlesung heiteren Charakters», die eine «fröhliche Stimmung» festigen und eine «traute Atmosphäre» schaffen soll. Weiter geht's mit «Musikeinlage Ländlerkapelle», «Eine Bauernfrau erzählt», «Ein einfaches Dialektgedicht», «Ein schönes Lied», «Humoristische Erzählung», «Einige Scherzfragen». Fünf Minuten «Moderne Tanzmusik» befriedigen das Bedürfnis, «wieder einmal andere Tanzmusik zu hören, als sie der Grammophon des ‹Bären› vermittelt». Die Soldaten «begrüssen es, ab und zu mal bekannte Leute zu hören, z. B. Prof. Max Huber, Prof. de Quervain, Kunstflieger Horning, die Gilberte von Courgenay, den Fussballer Minelli u. s. w.» «Vaterländische Musik oder Marsch» beenden die Sendung, «gewissermassen ein flotter Gruss an unsere Soldaten».

Pilets Begeisterung für Schenkers geplante Militärsendungen hält sich in Grenzen. Dies zeigen die vielen Fragezeichen, die er mit dickem blauem Farbstift hinter den Entwurf setzt. In einer Notiz vom 2. Oktober an die Generaldirektion der PTT erlässt er dann seine Weisungen bezüglich der Sendungen für und von der Armee. Er will nicht, dass sie ausufern, und schreibt deshalb ihre «maximale Zahl und Länge» vor. Weiter betont er: «Wohlverstanden kann keine Rede von einer Vorzensur sein.» Schenkers Programmbeispiele, schreibt Pilet, seien keine «begrenzenden Vorgaben», sondern «Illustrationen der leitenden Denkweise». «Natürlich werden alle nützlichen Umsetzungen – nicht Übersetzungen oder Deckungsgleichheiten, sondern Analogien – von der welschen und italienischen Schweiz gemacht.» Der Föderalist Pilet will nicht, dass Sottens und Monte Ceneri am Gängelband von Schenker geführt werden.

Nachdem im Oktober die Sendungen für die Truppe angelaufen sind, bittet Pilet seinen im Grenzdienst stehenden Parteifreund Pierre Rochat, Major und Nationalrat, um Auskunft, wie diese Sendungen bei den Soldaten ankommen. Rochat antwortet:

> [illegible] kommen!

Im Januar 1940 wird Pilet in einer Notiz an Glogg sein Urteil über die Soldatensendungen abgeben. Generell könne man sagen, sie seien «nicht schlecht, überhaupt nicht, allerdings verbesserungsfähig». Zu wünschen hingegen liessen die Soldatensendungen von Studio Lausanne:

> [illegible]

Mindestens jede zweite Woche, ordnet Pilet an, müsse eine «etwas andere, ernsthaftere» Sendung ins Auge gefasst werden. «Man darf sich nicht auf *'catcon'* beschränken.» *Catcon* steht für *café concert*, eine Art Variétéprogramm, das in der Deutschschweiz unter dem Namen «Bunter Abend» läuft. Für Pilet galt schon bei Belles-Lettres: Unterhaltung ist gut, Kultur ist besser.

Die zeitweise Verstaatlichung des Radios ändert wenig an den Programmen der drei Landessender. Trotzdem sind kantige Persönlichkeiten wie Félix Pommier, Studiodirektor in Genf, und Felice A. Vitali, Studioredaktor in Lugano, über die Unterstellung des Radios unter den Bundesrat ungehalten. In seinen Erinnerungen schreibt Vitali:

> [illegible]

Für Pilet ist die Suspendierung der SRG-Konzession und die befristete Stilllegung der Studios Zürich, Basel und Genf ein Mittel zur Disziplinierung der eigenwilligen und oft untereinander zerstrittenen Studiodirektoren. In die Programmgestaltung schaltet er sich nur ausnahmsweise ein.

Als Chef duldet Pilet keine Schlamperei oder Nachlässigkeit. Dies erfuhren schon seine Soldaten bei der Grenzbesetzung im Weltkrieg und wissen die Mitarbeiter im Departement. Als er am Mittwoch, 13. September, seinen Radioapparat einschaltet und hört, wie die Abendnachrichten aus Sottens vom Sprecher mit einigen Minuten Verspätung fehlerhaft heruntergehaspelt werden, ruft er die Depeschenagentur (SDA) an, die für die Nachrichtensendungen zuständig ist. Der Mann, der die Nachrichten maltraitiert hatte, erklärt ihm, was passiert ist: Man habe ihm plötzlich mitgeteilt, dass keiner der vier oder fünf spezialisierten Sprecher da sei, um sich um die Nachrichten zu kümmern. So habe er es halt gemacht.

Am nächsten Morgen schreibt Pilet dem Direktor der SDA: Die französischsprachigen Nachrichten seien «lamentabel» gewesen. Der dafür Verantwortliche habe dies selber zugegeben. Die Schuld treffe gewiss nicht den Mann, der freiwillig bereit war, die Nachrichten zu verlesen. Pilet will wissen, wie eine solche *carence*, Unzulänglichkeit, möglich war. Er fügt ein paar kritische Worte zu den Nachrichtensendungen hinzu. In den ersten Tagen nach Kriegsausbruch seien sie «recht gut gemacht» gewesen, dann aber habe er ein deutliches Nachlassen festgestellt. Nachlassen betreffend «die Redaktion und Aktualität der Nachrichten und die Qualität der Sprecher». Selbst ein Belletrien kann pingelig sein. Pilet endet mit einer Drohung:

> [illegible]

Im Namen der Depeschenagentur entschuldigt sich Vizedirektor Boss schriftlich beim Bundesrat. Bei der Aufstellung des Dienstplans seien unglücklicherweise die Namen zweier Sprecher verwechselt worden. Deshalb seien beide Herren an jenem Abend leider daheim geblieben. Die Sprecher hätten die Gewohnheit, direkt in die Sprecherkabine zu gehen, ohne sich vorher beim Dienstchef zu melden. Deshalb habe der Dienstchef erst nach einigen Augenblicken der Funkstille gemerkt, dass kein Sprecher da war. Geistesgegenwärtig sei er eilig die Treppen zur Sprecherkabi-

nen hinaufgestiegen und habe selber das Bulletin verlesen. Da er ausser Atem im 5. Stock angekommen sei, «litt seine Diktion».

Vizedirektor Boss schreibt: «Es handelt sich um das erstmalige Vorkommen eines derartigen Arbeitsunfalls, der ersten bei uns, wie er [illegible] der andere Mal in irgend einem Betrieb vorkommen könnte.» In andern Worten: Alles nicht so tragisch. Die Erklärung genügt Eret nicht. Umgehend antwortet er nicht Vizedirektor Boss, sondern Direktor Lüdi persönlich:

> [illegible]
>
> [illegible] sich nicht wiederholt.

7. Abhörprotokolle

Pilet verfolgt die Nachrichtensendungen auch deshalb genau, weil er gut informiert sein will. Schon als Präsident der Lausanner Sektion von Belles-Lettres oder als Offizier lag ihm daran, mehr zu wissen als seine Kameraden. Man kann nur richtig entscheiden, wenn man genau Bescheid weiss.

Pilet erwartet von seinen Mitarbeitern, dass sie alle Aspekte der Frage gründlich studieren und ihm Bericht erstatten. Oft gibt er seine Weisungen schriftlich und erwartet schriftliche Antworten. Gegenüber Parlament und parlamentarischen Kommissionen besitzt er fast immer einen Wissensvorsprung, aus dem er kein Geheimnis macht. Nicht alle schätzen seine Neigung zu Rechthaberei.

Eine von Pilet regelmässig benutzte Informationsquelle sind die Zeitungen. Die grossen Schweizer Blätter geben die von den internationalen Nachrichtenagenturen verbreiteten offiziellen Meldungen, besonders die Heeresberichte aus dem Ausland, wieder. Sie drucken ausführliche Zusammenfassungen der Reden ab, die von den massgeblichen ausländischen Staatsmännern gehalten werden. Ihre Leser können sich dann selber einen Reim machen. Die wichtigsten Blätter beschäftigen kluge Kommentatoren und kompetente Militärexperten, die oft besser imstande sind, das Geschehen auf dem diplomatischen Parkett und den Kriegsschauplätzen zu analysieren als die Mitarbeiter von Oberst Massons Nachrichtendienst.

Marcel Pilet liest seit seiner Jugend die *Gazette de Lausanne*, die er zusammen mit dem Parteiblatt *La Revue* abonniert hat. Die *Gazette*, die unbestritten beste Zeitung der welschen Schweiz, ist Pilets Leibblatt, das er täglich sorgfältig liest. In Inhalt und Stil braucht sie den Vergleich mit den besten Pariser Blättern nicht zu scheuen. Redaktoren und Mitarbeiter zeichnen ihre Artikel mit Namen oder den Lesern bekannten Kürzeln. Dies unterscheidet die *Gazette* von der *Neuen Zürcher Zeitung*, die in der Deutschschweiz eine ähnlich dominierende Stellung hat wie sie. Die anonymen Artikel in der *NZZ* geben nicht die Meinung der einzelnen Artikelschreiber wieder, sondern die Meinung der Zeitung. Während sich die *Gazette* um eine allgemein verständliche Sprache bemüht, bildet sich die *NZZ* viel auf ihre kunstvoll aufgebaute Satzkonstruktion ein. Sie vermeidet die Nennung von Namen

als Quellen und spricht lieber von «gut unterrichteten Kreisen». Eigentlich ist das Blatt an der Falkenstrasse auch «alte Tante» genannt, nur für Eingeweihte wirklich verständlich. Wenn Pilet eine Deutschschweizer Zeitung liest, was er nicht regelmässig tut, zieht er die *Basler Nachrichten* Berns vor. Er durchblättert andere welsche Zeitungen und renommierte französische Publikationen. Zu wichtigen Fragen, die sein Departement oder den Gesamtbundesrat betreffen, schneiden seine Mitarbeiter für ihn einschlägige Zeitungsartikel aus.

Seit Kriegsbeginn sind auch ausländische Radiosendungen für Pilet eine Informationsquelle. Ende August 1939 ist im «Office» der Direktion des verstaatlichten Schweizer Rundspruchs eine Radioabhörstelle eingerichtet worden – wahrscheinlich auf Anordnung von Pilet persönlich. Die wichtigsten, von den offiziellen Rundfunkanstalten in Deutschland, Frankreich, Italien und England ausgestrahlten Meldungen werden an der Berner Neuengasse abgehört und auf Wachswalzen aufgenommen. Stenografinnen erstellen dreimal täglich einen «Abhörbericht». Pilet verlangt von den Abhörern, dass sie die Meldungen der ausländischen Sender sachlich und kommentarlos zusammenfassen. Die 23 gedruckten Exemplare gehen an teils namentlich genannte Personen in der SR-Direktion an der Neuengasse, in der PTT-Generaldirektion, im Bundeshaus und im Generalstab der Armee.

Pilet als Chef des Postdepartements kriegt noch andere Abhörprotokolle, nicht als gedruckte Berichte, sondern in der Form von Kohlekopien auf Transparentpapier. Sie sind geheim, denn die Öffentlichkeit darf nicht wissen, dass Telefonate heimlich abgehört werden. Seit bald zwei Jahren belauscht die von Muri geleitete TT-Direktion Telefongespräche ausländischer Gesandtschaften und verdächtiger Personen. Die Schweiz tut, was im Ausland gang und gäbe ist.

Dass Telefonleitungen angezapft und Briefe geöffnet werden, ist bald kein Geheimnis mehr. Dies zeigt das Gespräch eines Unbekannten mit dem Deutschen Generalkonsulat Zürich:

> [illegible]
> Wissen Sie, ob die Briefe geöffnet werden?
> *Konsulat:* Das kann sein, es werden Stichproben gemacht.
> *Herr:* Von welcher Seite?
> [illegible]

Im Konsulat in Zürich ist man der schweizerischen Zensur gegenüber noch misstrauischer als in der deutschen Gesandtschaft. Anfrage an die Gesandtschaft in Bern:

> [illegible]
> so mussten Sie es registriert haben.
> [illegible]
> von Frl. Starks Antwort.)

Pilet ist sich klar darüber, dass staatliche Schnüffelei Anlass zu scharfer Kritik geben kann. In der internen Diskussion über die Telefonabhörung hat er angemerkt:

> [illegible]

Die Protokolle, die bei Pilet landen, sind fast ausschliesslich deutsch abgefasst. Die Gefahr kommt von Norden und deshalb werden die Telefonanschlüsse von deutschen Amtsstellen und von verdächtigten Nazisympathisanten in der Schweiz besonders aufmerksam abgehört.

Im Oktober nach der Kapitulation Polens häufen sich die Durchschlagskopien auf Pilets Pult. Die meisten mitgehörten Gespräche sind belanglos. Ausländische Diplomaten ebenso wie Schweizer Sympathisanten von Nazis und Kommunisten haben erfahren, was gespielt wird, und sind vorsichtig geworden. Gelegentlich findet sich im Schlamm ein Goldkörnchen. So kann die Telephondirektion Zürich am 8. Oktober ein «dringendes Staatsgespräch» zwischen Eugen Dollmann in Rom und Jochen in Berlin abhören. «Jochen», Standartenführer Joachim Peiper, war Adjutant des mächtigen Reichsführers Heinrich Himmler und Dollmann SS-Beauftragter in Italien.

> [illegible]
> Interesse.

Vieles im Abhörprotokoll bleibt rätselhaft. Was ist das «Ganze», das sich am Lago di Como abspielen soll? Wieso wird das geplante Treffen Ciano–Hitler am Comersee streng geheim gehalten? Pilets blauer Federstrich am Anfang des Abhörprotokolls zeigt, dass er sich der Brisanz des Gesprächs bewusst ist. Aber hat er eine Ahnung, dass es in der italienisch-deutschen Geheimkonferenz vom 11. bis 13. Oktober 1939 um die hochpolitische Frage der Aussiedlung der Reichsdeutschen aus Südtirol gehen wird?

Am Schluss des Abhörprotokolls über das Gespräch Rom–Berlin findet sich die Bemerkung:

> [illegible] eigene in Rom!»

Auch die Nazis kochen nur mit Wasser.

In einem anderen aufgezeichneten Telefongespräch (17. Oktober) beklagt sich eine Frau Probst bei der Deutschen Gesandtschaft über die Schweizer:

> [illegible] was zu machen ist

Zwei blaue Randstriche beweisen, dass die Meldung Pilet interessiert. Ebenfalls einer seiner blauen Randstriche findet sich in der Abschnitt einer Mitteilung des Luftfahrtministeriums in Berlin an die Berner Gesandtschaft:

> [illegible] se, sind aber zu uns zurückgekehrt

Regelmässig belauscht werden die Leitungen des Hotels Bellevue in Bern, wo ausländische Diplomaten und Politiker absteigen. Der Abhördienst kann die Teilnehmer an einem offensichtlich brisanten Gespräch nicht eruieren. Er vermutet aber, dass einer der Abgehörten der vorübergehend im Hotel wohnende deutsche Militärattaché Oberst Ilsemann ist.

[illegible]
gisch.

[illegible]
es plötzlich doch ganz anders kommen

Datum des Telefonats: 20. Oktober 1939. Nach dem Polenfeldzug sind grosse deutsche Truppenverbände nach Westen verlegt worden. Geht es dort bald los? Für den Bundesrat ist aufschlussreich, wie der deutsche Militärattaché in Bern die Lage einschätzt:

[illegible]
ben, man konnte es auch anders machen

In einem abgehörten Gespräch (21. Oktober) möchte der freisinnige Nationalratsfraktionschef L. F. Meyer mit dem deutschen Gesandten Otto Carl Kocher vertraulich etwas besprechen. «Aber ja natürlich gern», sagt Kocher. Meyer berichtet, dass der deutsche Grossindustrielle und Reichstagsabgeordnete Fritz Thyssen «mit Frau, Schwiegersohn, Tochter und Enkel als politischer Flüchtling in die Schweiz gekommen ist». Thyssen, der Hitlers Aufstieg mitfinanziert hat, glaubt, der Krieg gegen England werde zum Untergang des Reichs führen. Er verlangt einen Waffenstillstand und Verhandlungen. Die Familie hat provisorisches Asyl erhalten. Thyssen sei nun zu ihm gekommen, vermutlich um die Sache mit dem definitiven Asyl einzufädeln. Meyer sagt dann weiter, «Thyssen ist schliesslich ein Name» und es liege weder in deutschem noch schweizerischem Interesse, dass die Familie als Flüchtlinge in der Schweiz bleibe.

[illegible]

> [illegible]

Meyer sagt weiter, Thyssen sei in grosser Aufregung. Ob Köcher mit Berlin Fühlung aufnehmen könne. Die nächste Passage ist von Muri rot angestrichen.

> [illegible]

Köcher ist bereit, mit Meyer über die Sache zu reden. Es ist Krieg, die Schweizer hassen die Deutschen, aber der Umgang zwischen dem einflussreichen Luzerner Politiker und dem in Basel aufgewachsenen Gesandten – seine Mutter ist Schweizerin – bleibt vertrauensvoll, fast freundlich. Gut zu wissen.

8. Nachrichten aus dem Reich

Am Sonntag, 2[illegible]. Oktober 1939 schreibt Pilet an General Guisan, *en campagne, strictement personnel*, dass er tags zuvor von einem Schweizer, der eine Deutschlandreise gemacht habe, einen vertraulichen Bericht über seine Erfahrungen erhalten habe:

> [illegible] vielleicht haben Sie ihn schon «ausfindig gemacht».

Pilet meint, der Bericht könne den General wegen der darin enthaltenen «Feststellungen und Überlegungen politischer Natur» interessieren:

> [illegible] übersehen.

Der Verfasser des Berichts über «eine Reise in Deutschland vom 7. bis 15. Oktober 1939» ist der Luzerner Nationalrat Ludwig Friedrich Meyer, genannt L. F., derselbe Meyer, der eben mit dem Gesandten Köcher die heikle Frage Thyssen besprochen hat. Der Fraktionschef der Freisinnigen hat vier Exemplare seines Berichts Pilet geschickt, mit der Bitte, sie den drei freisinnigen Bundesratskollegen zu zeigen und ihm dann zurückzugeben. Viele Stellen in der Bundesverwaltung seien undicht, er bitte um strenge Vertraulichkeit, da die enthaltenen Informationen «guten, treuen, in prominenten Stellungen sich befindenden Freunden» schwere Ungelegenheiten bereiten könnten.

Pilet hat das Exemplar im Zug gelesen und wie üblich Randstriche und Bemerkungen darin angekritzelt. Zur Stimmung in Deutschland sieht Meyer seit seinem letzten Bericht Ende August eine tiefgreifende Veränderung:

> [illegible] übergehen werden.

Meyer berichtet über seine Zugreise nach Berlin, über die Soldaten, die Verdunkelung. Er sah «bei Nacht die Städte Frankfurt, Köln, Essen, Berlin, eine so stockdunkel wie die andere», den erschwerten Verkehr. Aus Meyers Bericht notiert sich Pilet, dass Hunderte von Fabriken, die nicht der Kriegsführung oder der Ernährung des Volkes dienten, geschlossen seien. Er konstatiert auch, dass bis jetzt keine Generalmobilmachung erfolgt sei. Bedeutungsvoll – drei Randstriche! – erscheint Pilet, dass man bei den individuellen Aufgeboten berücksichtigt habe:

> [illegible]

Hier konnte man von den Deutschen lernen. Pilet muss immer wieder persönlich um die Dispensation von wichtigen Mitarbeitern anhalten. Interessant für die

Schweiz ist, dass in Deutschland die Preise zwar ansteigen, aber nur langsam und in bescheidenem Masse,

> [illegible] Ordnung nur im Geringsten gestort werden sollte.

Trotz des Verbots des Schlangenstehens vor den Laden und des Eingreifens von Polizeistreifen bildeten sich Schlangen von 40 bis 50 Hausfrauen

> [illegible] tel lesen, bloss lustig machen.

Aufmerksam liest Oberstleutnant Pilet die Bemerkungen von Oberstbrigadier Meyer uber Militarisches. Im Westen, ab Karlsruhe habe er Fliegerabwehrtruppen in grosser Zahl auf Bahnhofen, in den Strassen, in den Stadten und Dorfern gesehen, sie seien auch im Ruhrgebiet und Berlin zahlreich

> [illegible] vielleicht kommenden Fliegerangriff entgegenzutreten.

Drei Randstriche. Pilet weiss, dass die Schweiz mit der Fliegerabwehr straflich im Ruckstand liegt. Aus einem Gesprach «hoherer Offiziere und hochgestellter Personlichkeiten der massgebenden Ministerien, ohne Gegenwart irgend eines Fremden»

wurde Meyer «von ganz zuverlässiger Seite» über die militärischen Möglichkeiten im Westen folgendes berichtet:

> [illegible] zustossen.

Blieben also die Umgehungen durch Holland, Belgien oder die Schweiz. Dazu die Einschätzung der hohen Gesprächsteilnehmer, wie sie Meyer zur Kenntnis kam: Ein Vorstoss durch Holland bewege sich wohl anfänglich auf trockenem Boden, gerate aber bald in das «nasse» Holland, wo er, bevor er nur das Meer erreiche, zum «Ersaufen» verurteilt sei. Auch ein Vorstoss durch Belgien wäre mithin nur unter starken Verlusten durchführbar und seine Ergebnisse fragwürdig. Und wie beurteilen die hohen deutschen Gesprächsteilnehmer die Möglichkeit eines Durchmarsches durch die Schweiz?

> [illegible] Mann.

Für den Durchmarsch durch die Schweiz sei es schwer, «ein praktisches strategisches Ziel zu finden».

Aber um ein solches Unternehmen zum Erfolg zu führen, musste die deutsche Armee von bisher 4 Millionen auf 7 Millionen aufgestockt werden.

Diese Einschätzung ist tröstlich: Keine unmittelbare Gefahr für die Schweiz. Meyer sieht nach seiner Deutschlandreise die internationale Situation zusammenfassend so: England und Frankreich beabsichtigten keine Offensive gegen den «Westwall», sie hofften auf die Einschnürung Deutschlands durch die Blockade, die nach langer Kriegsdauer den Zusammenbruch der Wirtschaft herbeiführen würde. Das Kriegsziel der Westmächte sei «die Wiederherstellung von Polen, der Tschechoslowakei, Rettung der Freiheit in Europa, Beseitigung des Hitlerismus.» Deutschland habe offensichtlich nur das eine Kriegsziel: «Erhaltung der gemachten Eroberungen und Sicherstellung seiner mächtigen Position.» Auch Deutschland scheine sich auf eine lange Kriegsdauer einzurichten. Trotz Lieferung durch die Neutralen würden «die Vorräte in Deutschland schwinden und irgend eines Tages wird dort die nackte Not durchbrechen».

In solchen Fällen reagierten die Völker immer gleich: «Die bisherige Regierung wird beseitigt.» [illegible] setzt zu diesem Satz ein Fragezeichen. Eine Revolution könne von links oder von rechts kommen. Geschehe die Umwälzung bald, sieht Meyer eine dritte Möglichkeit. Es lasse sich denken, dass die Parteikreise um Göring die Extremen beseitigen. Man wisse in Deutschland, dass Göring immer gegen den Krieg gewesen sei:

Zur Möglichkeit einer Revolution von rechts durch die Armee in Verbindung mit dem Adel und den vorhandenen Resten des deutschen Bürgertums schreibt Meyer:

> [illegible]

Diesen letzten Satz markiert Pilet wiederum mit drei Strichen und schreibt per Bleistift an den Rand:

> 1934 habe ich die Gleichung aufgestellt: A = B = C.

Pilet sieht keinen Unterschied zwischen den totalitären Ideologien wie Nationalsozialismus, Kommunismus und Faschismus. Diese Gleichsetzung, die er schon früher erwähnt hat, können überzeugte Linke und auch überzeugte Rechte, die zwischen den drei Ideologien einen Unterschied machen, nicht verstehen.

L.F. Meyer schreibt in seinem Bericht weiter:

> [illegible] ihr Glück und Wohlergehen zu suchen.

Pilet stimmt mit seinem Parteifreund in der theoretischen Zielsetzung überein, warnt aber vor Meyers konkretem Vorschlag mit der Randbemerkung *«Attention!»*

> [illegible]
> zufuhren

Zu diesem Vorschlag setzt Pilet, der die Geschichte der glücklosen Hoffmann-Friedensmission von 1917 kennt, nicht nur ein, sondern zwei grosse Fragezeichen. Der Bundesrat hat keine Lust, sich die Finger zu verbrennen.

9. Der Novemberalarm

Während E. F. Meyer in Berlin Gespräche führt, die für ihn und die Schweiz beruhigend sind, bleiben die Armeeleitung und das Politische Departement auf der Hut. An einer Sitzung mit der Generalstabsabteilung erfährt Nationalrat Feldmann am 9. Oktober, wie Nachrichtendienst-Chef Oberst Roger Masson die Lage beurteilt. Noch sei in Berlin «über die Art und Weise des weiteren Vorgehens an der Westfront» kein Beschluss gefasst worden.

> [illegible]

Massons Einschätzung der Lage ist falsche Spekulation. Weder Goebbels noch Himmler «reden» von einem Durchmarsch durch die Schweiz, der «Reichsrat» hat nichts mehr zu sagen. Das Vorgehen Deutschlands an der Westfront hängt allein von Hitler und der Generalität ab. Was Hitler beabsichtigt, weiss man auch in England und Frankreich nicht.

Der Schweizer Spionagechef ist über die Vorgänge in Deutschland schlecht informiert. In den Zwanzigerjahren, als man immer noch auf einen dauerhaften europäischen Frieden hoffte, glaubte man in der Schweiz auf einen Nachrichtendienst verzichten zu können. Erst nach dem Anschluss Österreichs sahen Bundesrat und Armeeleitung den Nutzen eines funktionierenden Geheimdiensts ein. Oberst Roger Masson wurde mit dem Ausbau der Sektion 5 des Generalstabs betraut. Seither bemüht er sich – nicht immer mit Erfolg – um eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung seines Nachrichtendiensts. Instruktionsoffizier Masson doziert Militärwissenschaft an der ETH Zürich und betreut als Chefredaktor die *Revue Militaire Suisse*. Pilet kennt und mag ihn. Masson war einst Leutnant in dem von Major Pilet kommandierten Bataillon.

Masson vertraut dem Nachrichtenoffizier Hptm. Hausamann, der über langjährige Erfahrung in Militärfragen und gute Kontakte verfügt. Nicht so Massons Vorgesetzter Oberst Hans Frick. Der Unterstabschef Front schrieb schon Ende September Masson:

> [illegible]

Masson wollte nicht auf Hausamann verzichten. Er hat dessen Meldungen unbedingt nötig und versprach, sie künftig besser zu überprüfen. Frick liess sich umstimmen. Das Büro in Teufen wurde nicht geschlossen und Hausamann nicht versetzt.

Inzwischen tut sich in Deutschland einiges. Am 16. Oktober erklärt Hitler dem Oberkommandierenden des Heers von Brauchitsch, er habe nun endgültig die Hoffnung aufgegeben, mit den Engländern und den Franzosen eine Verständigung zu erreichen. Er werde die Westmächte militärisch besiegen, vorher sei mit ihnen nicht zu verhandeln. Die Offensive müsse so früh wie möglich, zwischen dem 15. und 20. November, beginnen. Am 19. Oktober gibt Brauchitsch eine erste Aufmarschanweisung «Gelb» heraus. Ziel, «starke Teile des französischen Heers und seiner Verbündeten zu schlagen» und «möglichst viel holländischen, belgischen und nordfranzösischen Boden als Basis für eine Luft- und Seekriegsführung gegen England und als weites Vorfeld des Ruhrgebiets zu gewinnen». Kein Wort zur Schweiz.

Am 24. Oktober besucht der aus Paris hergereiste Schweizer Gesandte Walter Stucki General Guisan im Schloss Gümligen. Dort hat der General eben das Hauptquartier für sich und seinen persönlichen Stab aufgeschlagen. Minister Stucki kommt mit beunruhigenden Nachrichten. In Frankreich sei man der Überzeugung, dass die Deutschen bald angreifen werden, voraussichtlich mit einem Zangenangriff durch Belgien und die Schweiz. Stucki schlägt vor, für den Fall eines deutschen Eindringens in die Schweiz, sofortige Vorbereitungen für eine französische Hilfe zu treffen. General Guisan verschweigt Stucki, dass er diesbezüglich vorgesorgt hat. Er hat den Nachrichtenoffizier Hptm. Bernard Barbey, einen in Paris lebenden Waadtländer Schriftsteller, mit der geheimen Mission beauftragt, direkte Verbindung zu der höchsten französischen Armeeführung aufzunehmen. Weil diese Geheimkon-

takte neutralitätspolitisch fragwürdig sind, hat Guisan nur vier Offiziere aus seinem persönlichen Umfeld und vielleicht noch Bundesrat Minger eingeweiht. Die andern sechs Bundesräte, den Generalstab inklusive Chef Labhart und nun auch **Minister Stucki lässt der General im Dunkeln.**

Am Tag nach dem Gespräch mit dem Gesandten zitiert Guisan Generalstabschef Labhart, Nachrichtenchef Masson und Unterstabschef Front, Frick, zu sich nach Gümligen, um ihnen von Stuckis Warnung zu berichten. Selber schätzt Guisan die Lage als «bedrohlich» ein. Frick hingegen hält die Gefahr eines Grossangriffs von Deutschland gegen Frankreich für gering und Labhart sieht auch keine unmittelbare Bedrohung. Masson legt sich nicht fest.

Am Sonntag, 3. November, schreibt Labhart eine Notiz:

> [illegible] Sprengobjekte verfügt.

Einer von Massons Mitarbeitern, Major Charles Daniel, Leiter des Büros «Andere Länder», berichtet [rückblickend in einem Bericht vom Sommer 1945], wie am 3. November 1940 ein von der Zensur abgehörtes Gespräch zwischen dem Berliner *NZZ*-Korrespondenten Reto Caratsch und der Redaktion in Zürich für Aufregung gesorgt habe. Caratsch redete darin von einem unmittelbar bevorstehenden deutschen Angriff auf die Schweiz. Die Aussenposten des Nachrichtendienstes jedoch **melden: «Nichts Neues».**

Am selben Sonntagabend, 3. November, erkundigt sich der Stabschef des 3. Armeekorps beim Pikettoffizier des Nachrichtendiensts, wieso sein Korps in Alarmzustand versetzt worden sei. Dieser gesteht, er wüsste nichts von einer derartigen Massnahme. Seines Wissens habe sich die militärische Lage an unserer Grenze in den letzten Tagen nicht grundlegend verändert. Grosse Verwirrung. Die von der Zensur abgefangene Meldung Caratsch war direkt an verschiedene militärische Stellen weitergegangen. Einige erhielten die aufschreckende Nachricht von *NZZ*-Chefredaktor Willy Bretscher persönlich. Die Nervosität hielt einige Tage lang an. Daniel – in der Einschätzung [illegible] *«un officier réfléchi, pondéré et prudent»* – schreibt in **seinem Bericht:**

> [illegible]

Der Alarm erwies sich als falsch. Die Warnungen des belgischen und des französischen Geheimdiensts waren jedoch nicht aus der Luft gegriffen. Hitler hatte tatsächlich den Angriff im Westen – durch die Neutralen Holland und Belgien – auf den 12. November befohlen. Zwar erhoben die Generäle Einwände gegen diesen frühen Termin – unsicheres Wetter für die Luftunterstützung, fehlendes Material und Munition nach dem Polenfeldzug –, aber Hitler bleibt fest.

Die Spannung in der Schweiz verstärkt sich noch, als am 8. November Hitler im Münchner Bürgerbräukeller mit Glück einem Sprengstoffattentat entgeht, das sieben Todesopfer fordert. Himmler leitet die Untersuchungen. Die Schweizer Zensur fängt ein Staatstelegramm aus Berlin nach Bern ab:

> [illegible] ausgesetzt.

Die Deutschen schieben den Anschlag dem englischen Geheimdienst zu. Fälschlicherweise. Bereits am Abend des Attentats ist der Tischlermeister Georg Elser mit kompromittierenden Unterlagen in Konstanz an der Schweizer Grenze festgenommen worden. Wilde Verschwörungstheorien geistern herum. Der Ton der deutschen Presse verschärft sich, auch gegen die Schweiz. Niemand erfährt Näheres, weil die Untersuchungsbehörden an der Theorie eines britischen Mordversuchs an Hitler festhalten und schweigen. Erst nach dem Krieg wurde bekannt, dass Elser ein naiver Idealist war, der aus moralischen Gründen den Tyrannen Hitler töten wollte. Er wurde als «Sonderhäftling des Führers» und vermutlicher Zeuge gegen englische Geheimdienstler im Konzentrationslager verwahrt und am 5. April 1945 per Genickschuss unauffällig liquidiert.

Am 10. November nimmt der General an der Bundesratssitzung teil. Er schlägt vor, dass man Truppeneinheiten, deren Wiedereinberufung für den 27. November vorgesehen ist, bereits am Montag, dem 13. November, einrücken lässt. Er sieht allerdings «bis jetzt keine offensiven Konzentrationen gegen unser Land». Bundeskanzler Bovet protokolliert:

> [illegible]

> [illegible]

Die Aufregung von Minger und Etter ist verständlich. Sie können nicht wissen, dass Halder schon am Tag zuvor, am 9. November, eine Verschiebung des Angriffstermins befohlen hat. Nicht wegen des gescheiterten Anschlags auf Hitler, sondern aus Wettergründen. Der vorsichtige Vorschlag des Generals wird schliesslich vom Bundesrat gutgeheissen.

Am Ende einer ereignisreichen Woche, am Samstag, 11. November, präsidiert Nationalrat Markus Feldmann im Berner Restaurant Bürgerhaus eine Pressesitzung des Aktionskomitees für die am 3. Dezember bevorstehende Abstimmung über das Beamtengesetz. Beim Mittagessen führt er ein «angeregtes Gespräch mit Bundesrat Pilet», das er in seinem Tagebuch zusammenfasst:

> [illegible]

Die von den Polen gemachten bitteren Erfahrungen mit deutschen Spionen und Saboteuren haben Pilet zu denken gegeben. Telefonleitungen und Elektrizitätswerke fallen in den Bereich seines Departements. Feldmann weiter:

> [illegible] neuen Verhältnisse hineindenke.

In seinen öffentlichen Reden ist Pilet abwägend vorsichtig. Im persönlichen Gespräch kann er *la langue facile*, eine lose Zunge, haben – besonders, wenn beim Essen der Waadtländer Wein fliesst. So äussert er sich am 11. November «sehr abfällig» über Unterstabschef Hans Frick und bezeichnet diesen als «ausgesprochen dumm». Ein Fehlurteil. Der spätere Ausbildungschef der Armee (1945–55) ist einer der umsichtigsten Offiziere im Generalstab. Pilets negatives Urteil über Frick geht auf die ersten Tage nach Kriegsausbruch zurück, als er diesen für ein paar ihm unsinnig scheinende Massnahmen verantwortlich machte.

Als der ebenfalls am Mittagessen teilnehmende Nationalrat Bratschi meinte, es «sei eigentlich eine Heuchelei, dass der Bundesrat in Berlin Hitler anlässlich des Münchener Attentats gratuliert habe», erwiderte Pilet,

> [illegible] reizen.

Auch dieses von Pilet leichtfertig hingeworfene Urteil über den Führer ist falsch. Zwar lassen Hitlers berüchtigte Wutanfälle ihn für verrückt erscheinen, aber er verfolgt seine Ziele mit grosser Konsequenz. Durch Worte, ob schmeichelnd oder beleidigend, lässt er sich nicht von dem aus strategischen Gründen gewählten Weg abbringen.

In der dritten Novemberwoche legt sich die Spannung. Am 13. November 1939 schreibt der von Pilet regelmässig informierte Léon Savary:

> [illegible]

Für Savary – und bestimmt auch für Pilet – bestand kein Grund zu einer Kriegspsychose und zur Furcht vor einer Invasion. 1942 wird Pilet in einem Bericht an seinen Nachfolger als Aussenminister, Max Petitpierre, schreiben:

> [illegible] keiner besonderen Gefahr ausgesetzt gewesen.

Erst nach Ende des Kriegs wird die Welt erfahren, dass in der ersten Novemberwoche 1939 eine Gruppe von deutschen Oppositionellen in der Heeresleitung, der Abwehr und im Aussenamt bereit waren, einen Staatsstreich zur Beseitigung des Hitler-Regimes auszulösen. Kein hoher Offizier im Heer glaubte an den Erfolg der von Hitler befohlenen Westoffensive. Einige sprachen von Wahnsinn. Als Hitler allen militärischen und politischen Gegenargumenten gegenüber taub blieb, sah Generalstabschef Halder nur noch eine Beseitigung des Regimes als Mittel zur Verhinderung der von ihm für sicher gehaltenen Katastrophe. Mit Tränen in den Augen sagte er Ende Oktober einem Mitverschwörer, «er sei seit Wochen mit der Pistole in der Tasche zu Emil gegangen, um ihn evtl. über den Haufen zu schiessen». Emil war der Deckname, den seine Gegner Hitler gaben.

Halder suchte im Heer, in der Abwehr unter Admiral Canaris und im Auswärtigen Amt nach Bundesgenossen für den Putsch. Hohe Heerführer, Geheimdienstleute und Diplomaten waren eingeweiht und gewillt, sich der Verschwörung anzuschliessen, so, wenn auch zögernd, Staatssekretär Ernst von Weizsäcker. Über Mittelsmänner bemühte man sich, von Chamberlain die Zusicherung zu erhalten, dass die Engländer mit einer neuen Regierung einen gerechten Frieden schliessen würden. Als interimistischer Staatschef war der von Hitler abgesetzte Vorgänger Halders als Generalstabschef des Heers vorgesehen, Generaloberst a. D. Ludwig Beck.

Alles war für den Staatsstreich bereit, der ausgeführt werden sollte, sobald Hitler den Befehl für den Angriff im Westen geben werde. Am 5. November gab der Führer diesen Befehl. Tags darauf ging der in Halders Pläne eingeweihte und zum Mitmachen bereite Oberbefehlshaber des Heers, von Brauchitsch, zu Hitler, um ihm ein letztes Mal seine Bedenken gegen die Westoffensive vorzutragen. Hitler unterbrach ihn sofort, überhäufte ihn tobend mit Vorwürfen und drohte den «Geist von Zos-

sen» erbarmungslos auszurotten. Zossen war das Hauptquartier des Heers. Dann drehte Hitler sich brüsk um und verliess den Saal. Sekunden später rannte ein kreidebleicher und zitternder Brauchitsch zu dem draussen wartenden Halder und berichtete ihm von Hitlers Drohung. Für Halder war das Spiel aus. Sofort gab er Anweisung, alle kompromittierenden Dokumente zu vernichten. Die Verschwörung brach in sich zusammen.

Halder und seinen Gesinnungsgenossen blieb als einziger Ausweg, mit allerlei List und neuen Argumenten über ungenügendes Material oder schlechtes Wetter bei Hitler immer wieder Verschiebung des Angriffsdatums auf den Frühling zu erreichen. In den Wintermonaten 1940 wird dann der gleiche Halder als Generalstabschef den von Hitler gewünschten Plan «Gelb» verändern und verfeinern, bis auch er selber an die Möglichkeit eines von ihm zuvor für unwahrscheinlich gehaltenen Erfolges glaubt.

10. Alltag

Während die Schweizer Armeezeitung und die Presse immer wieder in Aufregung versetzt werden, während immer noch über hunderttausend Soldaten im Feld ihren eintönigen Dienst tun – hauptsächlich Gräben ausheben und Befestigungen bauen – nimmt das Alltagsleben in Stadt und Dorf seinen Lauf. Nach sechs Wochen Krieg schreibt Léon Savary, es brauche schon ein «Auge von aussergewöhnlichem Scharfblick», um festzustellen, dass wir in schweren Zeiten leben. Vielleicht bringe die Mobilmachung am Rande des Landes im täglichen Leben aller Art Veränderung, aber in der Bundesstadt Bern seien sie fast nicht bemerkbar.

> [illegible]

Die Stadt sei von unerschütterlicher Ruhe, findet der Journalist. Seit Ende August keine Kundgebungen, keine Unruhe, keine Panik. Die bernische Bevölkerung sei besonnen, diszipliniert und zuversichtlich. Höchstens, dass die Zeitungen aufmerksamer gelesen und die Kioske gestürmt werden, wenn Extrablätter auftauchen.

> [illegible] ausgerichteten Standpunkt ein.

Die Bernerinnen, stellt Savary fest, bewiesen besondere Stärke, besonderen Fleiss. Um eine Tasse Tee versammelt, schneidern und nähen sie unermüdlich Hemden fürs Rote Kreuz. Vor dem Bundeshaus und anderen öffentlichen Gebäuden sind die Wachen verschwunden. Man braucht keine Sonderbewilligungen und Ausweise mehr, um in Ämter hineinzugehen.

Das Armeekommando hat Bern verlassen, ist aufs Land hinausgezogen – an einen Ort, den jeder kennt, aber den zu nennen verboten ist: Spiez am Thunersee.

Mitte November, zehn Wochen nach Kriegsbeginn. Die anfängliche patriotische Entschlossenheit beginnt zu erlahmen und macht helvetischem Missmut und Nörgelei Platz. Die Armee arbeitet an der Befestigung der vom General befohlenen Limmat-Verteidigungslinie. Die militärische Führung bemüht sich um die Moral der Truppe. Ausbildung und Übungen sollen Schlamperei verhindern. Die Soldaten träumen von der Rückkehr zu Familie und Beruf.

Der befürchtete Konjunktureinbruch hat sich nicht eingestellt. Die Versorgungslage bleibt zufriedenstellend, jedenfalls besser als in Deutschland. Frauen und Jugendliche verrichten Arbeiten, die bisher Männern vorbehalten waren. Im Departement Pilet hat man gelernt, mit reduziertem Personalbestand zu improvisieren. Die Post bewältigt anstandslos den Anfall von Briefen und Paketen, die den im Dienst stehenden Wehrmännern von den Lieben geschickt werden.

Ernsthafte Pannen sind im Departement Pilet selten. Die unvermeidlichen Reklamationen halten sich in Grenzen. Der Chef nimmt sie ernst. Aufmerksam liest Pilet die Kopien von drei Briefen, die ihm Militäreisenbahndirektor Paschoud, ein persönlicher Freund, den er 1931 aus Lausanne in die Generaldirektion SBB geholt hatte, zur Kenntnisnahme übermittelt hat. Erster Brief: Der bernische Regierungsstatthalter Matti beschwert sich über den Kriegsfahrplan. Er rechnet vor, dass die Strecke Meiringen – Zürich, die im Auto bequem in zwei Stunden durchfahren würde, für jemanden, der Geschäfte in Zürich zu erledigen hat, unter Umständen zwei Tage braucht. In der gleichen Sekunde nämlich, um 23 Uhr 04, in der der letzte Zug aus Meiringen in Luzern eintrifft, fährt dort der letzte Schnellzug nach Zürich ab.

> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> musste sie riskieren, bevormundet zu werden

Solche Zustände müssten verschwinden, denn schliesslich bezahle das Schweizervolk die Defizite der Bahn. Adressat der Beschwerde ist der kantonalbernische Eisenbahndirektor, Regierungs- und Nationalrat Robert Grimm. Der einflussreiche Magistrat und Sozialistenführer schickt eine Abschrift von Mattis Brief an Paschoud und fügt eine höfliche Bitte hinzu:

> [illegible]
> bindungen angeordnet werden konnte

Wie Pilet den Konflikt löst, ist unbekannt. Vermutlich im persönlichen Gespräch. Mit Grimm wird er sich nicht angelegt haben, aber auch Paschoud will er nicht verärgern. Dieser, wie aus anderer Korrespondenz ersichtlich, leistet nämlich sonst einwandfreie Arbeit. Als Paschoud im Januar 1940 dem Bundesrat seinen «Bericht über das militärische Eisenbahnwesen im Aktivdienst von Ende August bis Dezember 1939» zustellt, wird ihm Pilet antworten.

> [illegible]
> beizufügen erlaube, mit Befriedigung

Hohes Lob eines Chefs, der spärlich lobt. Ungewöhnliches Lob eines Bellettriens für seinen Couleurbruder Paschoud.

11. Ein Elefant im Porzellanladen

Trotz Krieg in Europa nimmt die Schweizer Innenpolitik scheinbar ihren gewohnten Lauf.

Nach Konsultation massgeblicher Politiker aus allen Parteien hatte der Bundesrat kurz nach Kriegsausbruch beschlossen, dass die Parlamentswahlen vom 29. Oktober normal stattfinden sollen. Im Vorfeld dieser Wahlen diskutierten die Parteigewaltigen in den Kantonen über einen politischen Waffenstillstand. Zu stillen Wahlen kommt es in neun Kantonen, darunter in Pilets Waadt. Umkämpft bleiben vor allem Genf und Zürich. Im September schlossen die Sozialdemokraten den Genfer Volkstribun Léon Nicole aus der Partei aus, weil er nach dem Hitler-Stalin-Pakt weiter den Kurs Moskaus verteidigt. Die meisten Sozialisten in Genf und der Waadt schlossen sich der von Nicole neu gegründete *Fédération socialiste suisse* (FSS) an.

Als am 29. Oktober 1939 die Stimmen gezählt werden, bleiben grössere Überraschungen aus. Gottlieb Duttweilers Landesring gewinnt je einen Sitz in Bern und Zürich und kommt auf 9 Mandate. Die Kommunisten verlieren ihre zwei Sitze, die Frontisten ihren einen. Die FDP mit 50, die SP – die vier Sitze an Nicoles FSS abgeben muss – mit 45, die KK mit 43 und die BGB mit 22 Nationalratsmandaten bleiben die stärksten Parteien. Die Schweiz ist ein stabiles Land. Weltpolitische Erdbeben können die Parteienlandschaft nicht erschüttern.

Am 3. Dezember ist das Volk an die Urnen gerufen, um über ein Gesetz zu urteilen, das die Löhne des SBB-Personals und die Sanierung seiner verschuldeten Pensionskassen regelt. Das «Verständigungsgesetz», wie Bundesrat, Parteien und Gewerkschaften es gerne nennen, wurde im Juni von beiden Kammern mit jeweils einer einzigen Gegenstimme angenommen. Nach enorm zähen Verhandlungen zwischen Bundesrat und Personalverbänden hatte ein Kompromiss dem Streit um den vom Bundesrat verhängten Lohnabbau, der seit dem Ausbruch der Krise vor sieben Jahren das Klima zwischen Regierung und Bundespersonal vergiftete, ein Ende gesetzt. Betroffen von der Lohn- und Pensionskassenfrage sind in erster Linie 29 000 Eisenbahner. Ihr «General», Robert Bratschi, handelte mit Pilet den Kompromiss aus. Das Gesetz ist Bratschis und Pilets Kind.

Trotz der Einmütigkeit in den Räten war damit gerechnet worden, dass das Referendum gegen das Gesetz ergriffen würde. Eines jedoch hatten weder Bundesrat noch Verbandsführer vorausgesehen: die Form, die der Abstimmungskampf annehmen würde. Eine Gruppe von 22 nicht parteigebundenen Bürgern, die sich «Bund der Subventionslosen zur Erhaltung der freien Wirtschaft» nannten, sammelte Unterschriften und startete eine Werbekampagne, wie die Schweiz sie noch nie gesehen hatte.

Die führenden Figuren im Aktionskomitee waren, was man «Erzliberale» nennen konnte: der Unternehmer Christian Gasser, der Reklameberater Bolliger – «dem schon recht nette Anzeigen für duftende Zigaretten, unschädliche Kaffeebohnen und angenehmes Rasieren gelungen sind» –, der PR-Mann Robert Eibel, nach dem Krieg berühmt für seine «Trumpf Buur»-Inserate, und Pierre Béguin.

Die Wege von Pilet und des 13 Jahre jüngeren Pierre Béguin – nach dem 2. Weltkrieg Chefredaktor der *Gazette de Lausanne* und später Verwaltungsratspräsident der Depeschenagentur SDA – werden sich bis ans Lebensende Pilets kreuzen.

Béguin wuchs als Sohn eines Apothekers in La Chaux-de-Fonds auf und studierte in Genf und Wien Jurisprudenz. Er ist Bellettrien. Die Leidenschaft des beleibten, fast 1,90 m grossen Manns gilt der Musik, er ist ein begabter Pianist, liebt Mozart. Der Kunst und Literatur zugetan, liest er Rilke und Thomas Mann, kann gut Deutsch. In der Wiener Schlosskirche heiratete er eine Österreicherin aus guter Familie, versuchte sich in Genf lustlos als Anwalt und schlitterte per Zufall in den Journalistenberuf. Man muss ja leben, er hat jetzt Frau und Kind. Als ihm der Besitzer der *La Suisse* die Korrespondentenstelle in der Bundesstadt anbot, zog er mit Familie nach Bern an die Morillonstrasse. Um ein Zubrot zu verdienen, aber auch aus politischer Überzeugung, verdingte er sich als Polemiker für Zürcher Finanz- und Wirtschaftskreise beim «Bund für Volk und Heimat», später beim «Redressement national». Er schrieb Brandartikel gegen das Getreidemonopol, die AHV, die Richtlinienbewegung, die Gewerkschaften und gegen Gewerkschaftsführer wie Bratschi. Béguin ist zudem Korrespondent für die katholische Freiburger Zeitung *La Liberté* und stand Bundesrat Musy nahe, der ihn als liberalen, antietatistischen, antibürokratischen und antikommunistischen Gesinnungsgenossen schätzte. In *La Suisse* verteidigt Béguin Pilet, wenn dieser sich für Liberalismus, die freie Wirtschaft, die Landesverteidigung und den Föderalismus einsetzt, und greift ihn an, sobald er als Mitglied des Bundesrats Staatseingriffe ins Wirtschaftsleben, Subventionen und Steuererhöhungen vertritt.

Pilet erfuhr erst im September, dass Béguin einer der Motoren des Referendumskomitees gegen das Beamtengesetz ist. Zuerst nahm man im Bundeshaus die Geg

ner des von von allen Parteien gebilligten Gesetzes nicht ernst. Wer sind schon diese politischen Aussenseiter, die gegen den Staat als «ungeheure Ausbeutungsmaschine» wettern?

Nach Zustandekommen des Referendums brüsteten sich die «Subventionsbosse» in einem ganzseitigen, vor allem in der NZZ geschalteten Inserat:

> [illegible]

Dann sei die Wende zwar gekommen, aber nicht von den «zahlreichen Handels- und Industrievereinen, sondern wie gewöhnlich von den ‹Kleinen und Unbekannten›»:

> [illegible] für eine gerechte Sache ins Zeug legen.

Es folgte eine Serie von weiteren Grossinseraten, in denen der erwachte «schlafende Elefant» – ein auf dem Rücken liegendes Elefäntchen ist die Signatur des Aktionskomitees – gegen die «Pensionskassenmilliarde» vom Leder zog. Immer wieder wurde dieselbe einfache Botschaft dem Leser in den Kopf gehämmert: Die Schweiz kranke an Staatsverschuldung – genannt wird die «astronomische Zahl von über 10 000 Millionen» –, Hauptübel seien die Verstaatlichung, der Bürokratismus, die Subventionen «und letzten Endes das Versagen der Elite!» Unsinnige Steuern brächten die Fleissigen, Intelligenten und Tatkräftigen um die Früchte ihrer Arbeit. Man habe dem Volk eingeredet, die Verstaatlichung der Eisenbahnen wäre ein Segen, und jetzt seien «die Bundesbahnen ein Mühlstein an seinem Hals». Obschon die SBB längst konkursreif seien, «schanzt sich das Bundespersonal Vergütungen zu, die weit über jenen der schweizerischen Maschinenindustrie stehen».

Unablässig wiederholte der schlafende Elefant seine einfache Botschaft:

> [illegible] nehme.

In einer Karikatur auf der Titelseite von Beguins *Bulletin commercial* sitzt ein bequemer Herr mit Eisenbahnermütze auf einem aus den Buchstaben «*milliarde*» gebildeten Sofa – mit einer langen Zahl als Lehne – und liest mit übereinander geschlagenen Beinen seine Zeitung. Legende: «1 Milliarde für die Pensionierten des Bundespersonals? Nein.» Ein Nein in ganz dicken Buchstaben.

Beguin polemisiert in seinem Blättchen besonders vehement gegen «General Bratschi», «vor dessen Wort im Departement Pilet und in der Bundesversammlung manche sonst so stolze Sache umfalle». Bratschi wehrt sich geschickt gegen die demagogischen Angriffe Beguins. Auch Pilet leistet seinen Teil. Den ihm nahestehenden welschen Journalisten erklärt er die historischen Umstände und die versicherungstechnischen Fehlrechnungen, die kurz nach dem Weltkrieg zur Schaffung zweier insolventer Pensionskassen für Bundesangestellte führten.

Wegen der Mobilmachung finden wenig Abstimmungsveranstaltungen statt. Pilet, der 1935 mit zahlreichen starken öffentlichen Auftritten mithalf, der Wehrvorlage seines Freundes Minger zum Sieg zu verhelfen, beschränkt sich auf eine Versammlung, natürlich in seinem Lausanne. Er erklärt dem Publikum im «Métropole», wieso die von den Gegnern ins Feld geführte «Milliarde» eine «Phantommilliarde» sei. Das durch die längere Lebensdauer und die tiefer als erwarteten Zinsen entstandene technische Defizit der beiden Versicherungskassen sei kleiner.

> [illegible]

Unendlich wichtiger als die paar Millionen, die der Bund für die Kassensanierung ausgeben müsse, «sei die ehrliche Mitarbeit des Staatspersonals, um die zunehmend schwieriger werdenden Aufgaben, die sich aus dem Kriegszustand ergeben, zu einem guten Ende zu führen.» Langer Applaus am Ende der «glänzenden Schlussworte» (*Gazette*), und dann darf sich das Publikum einen langweiligen Film anschauen, der die von den Bundesbeamten auf den verschiedensten Gebieten geleistete tüchtige Arbeit illustriert.

Als am Sonntagnachmittag die Abstimmungsergebnisse hereintropfen, ist bei Bund, Parteien und Beamtenverbänden die Ernüchterung gross.

Bei einer Stimmbeteiligung von 62 % wird das «Verständigungsgesetz» mit 451 035 Nein zu 280 238 Ja klar abgelehnt. Nur Genf, Tessin, Basel-Stadt und Uri stimmen Ja. Pilets Waadt, auch Pilets Lausanne, sagen Nein. Eine Ohrfeige für den Bundesrat.

12. Der Nationalrat muckt auf

Als die Bundesversammlung Ende August dem Bundesrat beinahe unbeschränkte Vollmachten erteilte, machte sie es ihm zur Pflicht, zweimal jährlich dem Parlament Bericht zu erstatten. Danach können die Räte entscheiden, ob diese Beschlüsse weiter in Kraft bleiben. Ihren ersten Bericht lieferte die Regierung am 21. November ab.

Vielen Parlamentariern ist der Bundesratsbeschluss vom 8. September über das Nachrichtenwesen ein Dorn im Auge. Gegen den Willen der mächtigen Vollmachtenkommission, welche die «Zensurdebatte» auf die Februarsession verschieben wollte, erzwingen sie eine sofortige Diskussion. Verschiedene Nationalräte, vor allem solche, die selber journalistisch tätig sind, kritisieren weniger den Bundesratsbeschluss an sich als die von der Abteilung Presse und Funkspruch angewandte Praxis. Johannes Huber, der scharfsinnige «Kronjurist» der SP:

> [illegible]

Arthur Schmid (Oberentfelden), der in Zensurfragen hellhörige Redaktor des sozialistischen *Freien Aargauers*, ist «grundsätzlich» mit dem Bundesrat nicht einverstanden:

> [illegible] sprechen.

In Pressefragen hört der Rat gerne auf den 64-jährigen Chefredaktor der liberalen *Basler Nachrichten* Albert Oeri. Zensor zu sein, meint Oeri, sei eine «schwierige und undankbare Sache», deshalb gelüste es ihn nicht, selber «Zensor des Zensors» zu

sein. Er bestreitet auch nicht die Nützlichkeit der Zensur in gewissen Zeiten. Oeri fragt sich allerdings, was mit einer Mahnung der Zensur anzufangen sei, keine «unkontrollierten Nachrichten» zu bringen.

> [illegible]

Oeri befürchtet, dass der Bundesrat «ausländischen Beeinflussungsversuchen» nachgeben und damit den Weg zur «Gesinnungsneutralität» öffnen könnte.

> [illegible] fest bleiben werde.

Es ist für Rat und Öffentlichkeit kein Geheimnis, dass deutsche Amtsstellen und Zeitungen der schweizerischen Presse vorwerfen, sie sei nicht neutral, sondern franko- und anglophil. Dies begann 1933 mit der Machtübernahme Hitlers. Ernst von Weizsäcker klagte schon als Gesandter in Bern, die Lektüre der Schweizer Zeitungen versalze ihm den Morgenkaffee. Obschon eigentlich ein Freund der Schweiz, liest er als Staatssekretär dem Gesandten Hans Frölicher ständig die Leviten über die Sünden der Schweizer Presse. Seit Kriegsbeginn beschweren sich deutsche Diplomaten regelmässig beim Politischen Departement. So protestierte am 22. November 1939 Legationsrat Freiherr von Bibra, de facto Landesgruppenleiter der NSDAP und starker Mann in der Berner Gesandtschaft, gegen einen Artikel des polnischen Gesandten Thytus Sas Komarnicki in der *Gazette de Lausanne* und redete von einem «grotesken Verstoss gegen die Neutralität». Darauf wurde ihm mitgeteilt, die Presseabteilung werde dafür sorgen, «dass solche Publikationen nicht mehr vorkommen». Schon früher hatte Bibra die Worte fallen lassen, «dass der Führer gegen die Schweiz sehr schlecht gestimmt sei, und dass die jüngsten Entgleisungen der Schweizer Presse ihn zu Äusserungen veranlasst hätten, die, wie der Berliner sage, bis zu äusserst an die Palmenspitze gingen».

Am Schluss der Dezember-Nationalratsdebatte beteuert Bundesrat Johannes Baumann, dass niemand die «Presse neutralisieren» wolle. Er bestreitet, dass eine «ausländische Beeinflussung» zu einer Verschärfung der Pressekontrolle geführt habe. In seinem Schlusswort mahnt er:

> [illegible]
> heit unseres Landes gefährden können

Er hat in dieser Beziehung eine ähnliche Auffassung wie General Guisan und Nachrichtenchef Masson.

Die Ratsdebatte endet, aber das Misstrauen gegenüber der Presseüberwachung bleibt. In der *Gazette* nennt Pierre Grellet die Zensur durch das Militär einen Fehler, der ins Auge springe.

> [illegible]
> chischen Vorgesetzten ausführen muss.

Bundeshauskorrespondent Georges Perrin, nebenamtlich Pilets Verbindungsmann zum Radio, zieht folgendes Fazit über die Zensurdebatte, die Bundesrat und Vollmachtenkommission lieber vermieden hätten:

> [illegible]

Pilet wird die Meinung seines Vertrauensmanns Perrin geteilt haben.

13. Zum zweiten Mal Bundespräsident

Für Journalisten und Politiker mag die Zensurfrage brennend sein, das Volk hat andere Sorgen. Pilet erhält Zuschriften von gewöhnlichen Bürgern und Kantonsregierungen, die eine grosszügigere Praxis bei der Zuteilung von kostenlosen oder verbilligten Zug- und Postautofahrten für Militärpersonen fordern, die aus familiären oder beruflichen Gründen heimreisen müssen. Das innenpolitisch wichtigste Thema für Bundesrat und Bevölkerung ist die Lohnausfallentschädigung für Soldaten. Ihr Fehlen war ein Hauptgrund für die sozialen Spannungen im Weltkrieg 1914–18. Am 20. Dezember beschliesst der Bundesrat eine provisorische Regelung einer staatlichen Lohnausfallentschädigung für Arbeitnehmer im Aktivdienst. Ein sozialpolitischer Meilenstein.

Was die schweizerische Öffentlichkeit aufwühlt, ist der von Stalin am 30. November 1939 entfesselte Winterkrieg gegen Finnland. Nach der Aufteilung Polens hat die Sowjetunion auf harte Weise die baltischen Staaten geschluckt und ultimativ die Abtrennung finnischer Gebiete gefordert. Als Helsinki das russische Ultimatum ablehnt, marschiert die zahlen- und waffenmässig hoch überlegene Rote Armee in Karelien ein. Die Finnen leisten heldenhaften Widerstand. Das Schweizervolk – Neutralität hin oder her – nimmt leidenschaftlich Partei für das bewunderte «Brudervolk» im Norden. Die Zeitungen berichten begeistert von den ersten Erfolgen der finnischen Verteidiger. Selbst die Fachzeitung *Der Sport* vernachlässigt Fussball und Eishockey, um die Taten der auf Skiern kämpfenden, weiss uniformierten finnischen Patrouilleure in Eis und Schnee zu schildern. Die *Gazette* veröffentlicht eine Serie betitelt «Finnland im Kampf mit den moskowitischen Banditen».

Der Bundesrat sorgt sich um die Gesundheit zweier verdienstvoller Mitglieder. Obrecht hat der unmenschlichen Arbeitslast, die er im Volkswirtschaftsdepartement bewältigt, Tribut zahlen müssen. Eine Herzattacke bindet ihn ans Krankenbett. Motta, der nach einem Schlaganfall im Frühjahr seine Arbeit im August wieder aufgenommen hat, erleidet einen zweiten Hirnschlag und fällt ebenfalls aus. An der Gesamterneuerungswahl der Regierung am 13. Dezember fehlen beide.

Die Bundesversammlung bekundet den zwei Bettlägerigen ihre Sympathie und wählt sie wieder: Obrecht mit der höchsten Stimmenzahl von allen, 1[illegible]. Der seit Jahren von der Linken angefeindete Motta bringt es immerhin auf 140 Stimmen. Die Sozialisten, die den Parteiausschluss von Nicole und Genossen und die damit verbundene Abwanderung vieler welscher Wähler noch nicht verkraftet hatten, markieren bloss Präsenz. Die von ihnen gegen die Freisinnigen Baumann und Wetter ins Feld geschickten Pro-forma-Kandidaten Johannes Huber und Emil Klöti kommen bloss auf 4[illegible] respektive 4[illegible] Stimmen. Schlecht schneiden Baumann mit 132 und Minger mit 13[illegible] Stimmen ab. Von beiden weiss man, dass sie an Rücktritt denken. Pilet, vor vier Jahren noch Klassenletzter, ist mittlerweile unangefochten. Er macht gute 151 Stimmen.

Nach seiner ebenfalls ehrenvollen Wahl als Bundespräsident kann sich Pilet über die lobenden Artikel von Béguin, Grellet und Savary freuen. In *La Suisse* schreibt Pierre Béguin, er kenne kaum einen Magistraten mit einer derartigen Aufnahmefähigkeit und Anpassungsgeschmeidigkeit. Béguin gibt zu, dass man wenig weiss über die Rolle, die Pilet in den Beratungen des Bundesrats spielt. Die Geheimnispflicht werde gut gehütet, ebenso wie der Respekt der bundesrätlichen Solidarität.

> [illegible]
> weil er sich gerne dessen rühmt

Béguin legt den Finger auf Schwachpunkte des neuen Bundespräsidenten. Der «ausgezeichnete Techniker» habe nicht die «Natur eines Volksführers». Eine gewisse Reserviertheit des Charakters halte ihn von der für die Regierenden so nützlichen «parlamentarischen Geselligkeit» fern und er habe «wenig Lust an Intrigen». Im Bundesrat gebe es keine undankbarere Aufgabe als diejenige Pilets und keine schwerere Hinterlassenschaft als diejenige, die er angetreten hat. Béguin meint damit die Sanierung der hoch verschuldeten Bundesbahnen. Man habe manchmal das Gefühl gehabt, dass all das Unverständnis und all der Widerstand Pilet zwar nicht entmutigt, aber enttäuscht habe. Gleichwohl setzte er sein Werk fort, ohne auf Beifall zu schielen oder Dankbarkeit zu erhoffen.

> [illegible]

In der *Gazette* betont Pierre Grellet einen andern Aspekt von Pilets Charakter:

> [illegible] tons herrührt.

Pilets vielfältige, offene, umfassende Bildung schöpfe «aus einem autochthonen, aus den überlagerten Schichten sich folgender Generationen geformten Grund». Grellet erinnert an den schönen Satz des grossen französischen Sozialistenführers Jean Jaurès, wonach wir durch die «Unverrückbarkeit der Gräber und das Schaukeln der Wiegen» zutiefst mit unserer Heimaterde verbunden sind:

> [illegible] hängen kann.

Vielleicht noch klarer als Béguin und Grellet durchschaut ein dritter Schriftsteller, Journalist und Belletrien, Léon Savary, das Wesen des nicht leicht zu ergründenden Pilet. Er schildert ihn als Schwerarbeiter, der gleichwohl wenig Zeit brauche, um seine Geschäfte zu erledigen. So bleibe ihm die Musse, sich mit der allgemeinen Politik zu befassen, den «Lauf der Ideen durch die Welt zu verfolgen», zu lesen und nachzudenken.

> [illegible]

Der neue Bundespräsident sei ein guter Menschenkenner:

diejenige Talleyrands.

Am Samstag 16. Dezember 1939 feiert Lausanne seinen Sohn, der zum zweiten Mal das Amt des Bundespräsidenten antritt. Empfang im Schloss hoch oben in der Cité. Begleitet vom Waadtländer Regierungspräsidenten Ferdinand Porchet – seinem väterlichen Freund und Mentor – und von General Guisan, inspiziert Pilet die Ehrentruppe. Darauf begibt sich der von dicht gedrängten Zuschauern applaudierte Umzug zur festlich beflaggten Kathedrale. Dort entbietet Porchet die Wünsche des Kantons, der Gemischte Chor singt die Waadtländer Hymne und dann schreitet Marcel Pilet-Golaz zur Rednertribüne.

Letztmals hat Pilet zum Reformationsjubiläum 1936 in dem ehrwürdigen gotischen Münster gesprochen. Er wird nicht vergessen haben, dass ihm damals Henry Vallotton, der Präsident der Waadtländer Radikalen, eine fast dreissigjährige enge Freundschaft aufkündigte. Vallotton nahm Freund Marcel übel, dass dieser nach der Abwertungsdebatte im Nationalrat, in der Vallotton als Fraktionsführer der Radikalen dem Bundesrat aus der Patsche half, sein Verdienst nicht entsprechend würdigte, ihn sogar verspottet haben soll. In der Reformationsrede griff Pilet zu allem noch das «Parteienregime» an, was Vallotton auf sich bezog. Die Freundschaft zerbrach endgültig, als Henry Marcel (ungerechterweise) vorwarf, seine Bewerbung für den heiss begehrten Pariser Gesandtenposten ungenügend unterstützt zu haben. Seither begegnen sich die beiden einflussreichsten Waadtländer Bundespolitiker, die sich eine Zeitlang nicht einmal mehr duzten, mit eisiger Höflichkeit.

Vier Jahre später, in der gleichen Kathedrale mit ähnlich dramatischen Worten, malt der Bundespräsident jetzt das Bild einer vom Kriegsgeschehen umbrandeten neutralen Schweiz:

> [illegible] ein und auf ewig allmächtig ist

Obschon die Armee ausschlaggebend ist, sagt Pilet, genügt sie in Zeiten, wo der Krieg *total* geworden ist, allein nicht. Ein wichtiges Industriezentrum ist heute so exponiert wie die Front. Krieg wird auch im Hinterland gewonnen. Enge Zusammenarbeit zwischen Militär und Zivil ist unerlässlich. «Was haben wir als Zivilisten zu tun? Zahlen.» Es genüge nicht zu zahlen, warnt Pilet, man müsse auch arbeiten, denn einzig die Arbeit halte die Produktion in Gang. Unsere Wirtschaft leide schwer unter den gegenwärtigen internationalen Umwälzungen. Der Einzelne dürfe nicht zu sehr auf die Hilfe des Staats bauen, sonst breche dieser unter der Last zusammen. Je länger der Krieg dauere, so Pilet weiter, desto grösser das Leiden und die Entbehrungen. Dann werde die geistige Landesverteidigung wichtig. Was heisst geistige **Landesverteidigung?**

> [illegible] Berge den nationalen Zusammenhalt behält.

Pilet kommt, wie schon in früheren Reden, auf die Mission zu sprechen, die von der Schweiz auf der Welt zu erfüllen ist – «trotz ihrer Neutralität oder eben gerade wegen ihrer Neutralität». Diese sei nicht, wie «oberflächliche Geister» glaubten, ein egoistischer Schutzschild, sondern eine innere und äussere Notwendigkeit. Drei Jahrhunderte Geschichte zeigten dies. Die Neutralität sei gewollt – nicht nur in unserem Interesse, sondern im Interesse ganz Europas.

> [illegible] in Frieden und Liebe zusammenarbeiten können.
>
> [illegible] und möge er unser Land schützen.

Eine eindrückliche Rede. Unter ihrem unmittelbaren Eindruck schreibt der Lausanner Anwalt Jean Spiro dem befreundeten Bundespräsidenten:

> [illegible]

14. Durchzogene Festtage

Die Pilets feiern Weihnachten 1939 in ihrem Bauernhaus in Essertines-sur-Rolle. Der Bundesrat hat das 14 Hektaren Land umfassende Gut *Les Chanays* 1932 im Namen seiner Frau gekauft und in verschiedenen Etappen renoviert. Es ist kein stolzer Hof, wie ihn sein Kollege Minger in Schüpfen besitzt. Kein herrschaftlicher Landsitz wie derjenige von General Guisan in Pully. Eher ein bescheidenes Bauernhaus ohne Komfort, ohne spektakuläre Sicht, abgelegen hinter der Hügelkette des Genfersees, abseits der Hauptverkehrswege. *Les Chanays* ist Pilets Refugium, in das er sich zurückzieht, um nachzudenken und zu lesen. Er macht dort gerne Spaziergänge und plaudert mit den Bauern.

Zuerst liess er das Gut durch einen Pächter bewirtschaften, seit April 1938 tut er dies mit Hilfe Frédérics, seines *maître valet* – Meisterknechts – selber. Er bestimmt, was auf welchen Feldern angesät oder gepflanzt wird – Weizen, Hafer, Gerste, Kartoffeln. Er sagt Frédéric, welche landwirtschaftlichen Geräte und welche Düngemittel er kaufen muss, wie die Obstbäume zu behandeln sind. Besondere Beachtung schenkt Pilet den Tieren – 2 Pferde, 3 Rinder, 5 Kühe, 1 Stier, 5 Schweine, 30 Geflügel. Am Heiligen Abend macht er sich Notizen über nennenswerte, den Betrieb betreffende Ereignisse der vergangenen Wochen:

> [illegible]

Pilet hat selber seinen Kühen ihre Namen gegeben. Warum «Gameline»? Generalissimus Maurice Gamelin ist der Oberbefehlshaber der französischen Armee, auf den man auch in der Romandie grosse Stücke hält. Pilets Stier heisst Franco. Heimliche Bewunderung für den Diktator oder – wohl eher – weil man Stiere unweigerlich mit dem spanischen Stierkampf in Verbindung bringt?

> 5.1.39 [illegible] wird. (Lungenentzündung?)

Nachdem Anfang Dezember ein weiteres Jungkalb wegen Lungenentzündung abgetan werden muss, verschreibt der Veterinär für das nächste Kalben Desinfektion des Stalls und Impfung. Er pflegt die unglücklich ausgerutschte *Brunette*, die sich am Knie verletzt hat, mit Heilsalbe und Kalzium. Die Heilung wird dauern. Die Stute *Negrette* wird am 4. Dezember ins Militär eingezogen und einem Füsilierbataillon in Schwyz zugeteilt.

Am 31. Dezember 1939 feiert Marcel Pilet-Golaz seinen 50. Geburtstag. Schon am nächsten Tag reist er nach Bern zurück, um am strahlend schönen Neujahrstag die Gäste zum traditionellen Neujahrsempfang zu begrüssen. Tags darauf rückt der 19-jährige Jacques in Lausanne in die Infanterierekrutenschule ein. Es wird einsam werden im Scheuerrain. Die Mutter, die ihm beim Packen geholfen hat, macht sich Sorgen wegen der Gesundheit des Juniors. Der Winter ist besonders kalt und nass. Die Pilets erinnern sich an den Grippe-November 1918. Die Eltern ermahnen Jacques, keine feuchten Kleider zu tragen und die Wäsche zu wechseln. Der angehende Füsilier wird das ganze Jahr 1940 im Dienst stehen: Rekrutenschule, Unteroffiziersschule, Abverdienen, Offiziersschule, Abverdienen. Nicht immer kommt er an Wochenendurlauben nach Bern, sondern bleibt in Lausanne bei Verwandten.

Auf den Bundespräsidenten wartet eine grosse Arbeitslast. Obrecht, der Vizepräsident und Chef des mit Aufgaben überhäuften Volkswirtschaftsdepartements, fällt weiter aus. Der Solothurner erholt sich nur langsam von seinem Herzinfarkt und wird in den Protokollen der Bundesratssitzungen als «abwesend (leidend)» gemeldet. Minger vertritt ihn.

Seit Kriegsausbruch verhandelt die Schweiz separat mit Deutschland, Frankreich, England und dem «nichtkriegführenden» Italien, um Abkommen über Handels-, Transport- und Kreditfragen abzuschliessen. Der Bundesrat bemüht sich, die Handelswege ins Ausland offen zu halten, um Nahrungsmittel und Rohstoffe in die Schweiz zu bringen. Die Schweiz ist nicht selbstversorgend. Ohne eingeführtes Getreide würde das Volk hungern, ohne eingeführte Kohle Fabriken stillstehen. Die Ausfuhr von in der Schweiz produzierten Halb- und Fertigfabrikaten hält die Wirtschaft in Gang und bringt Arbeit.

Es ist im Interesse des Reichs, den Handelsverkehr mit der Schweiz auch im Krieg aufrechtzuerhalten. Bereits am 24. Oktober einigt man sich auf ein Abkommen, das die deutschen Clearingschulden abbauen soll, was der Schweiz erlaubt, ihre Warenlager zu füllen. Für den Gegenwert seiner für die Schweiz lebenswichtigen Kohlen- und Eisenlieferungen kann Deutschland beliebig schweizerische Waren einkaufen.

Viel schwieriger gestalten sich die Verhandlungen mit Frankreich und England. Weil die Westmächte militärisch zu schwach sind, um an der Westfront offensiv zu

werden, konzentrieren sie sich auf den See- und Handelskrieg. Sie versuchen, die deutsche Wirtschaft zu schädigen und den Feind in Versorgungsschwierigkeiten zu bringen. Engländer und Franzosen wollen nicht wieder einen langjährigen blutigen Schützengrabenkrieg wie 1914–1918, bei dem sie eine ganze Generation verloren. Besser man hungert die Deutschen aus. Vielleicht stürzt das Volk dann sein verbrecherisches Regime.

In ihrer Blockadepolitik gegen das Reich gehen die Alliierten mit den Neutralen nicht zimperlich um. Frankreich konfisziert Handelsgüter mit Bestimmungsort Schweiz. Die Westmächte wollen der Schweiz ein sehr restriktives Abkommen aufzwingen, das die Einfuhr einer ganzen Reihe von Waren verhindern soll. In Paris muss sich Minister Stucki mit der französischen Bürokratie herumschlagen.

Seit dem 22. November sind die Verhandlungen unterbrochen. Als Stellvertreter des kranken Obrecht lädt Minger Bundespräsident Pilet-Golaz, Finanzminister Wetter und die von Minister Jean Hotz geführte Ständige Verhandlungsdelegation auf den 3. Januar zu einer Sitzung. Für Pilet, der sich in seinem Departement nur am Rande mit Handelsfragen befassen muss, erhalten die Verhandlungen mit den Westmächten plötzlich Priorität. Als Bundespräsident studiert er die Dossiers und notiert sich die Hauptpunkte aus den Referaten der Schweizer Unterhändler. In Abwesenheit von Obrecht nimmt er selber das Heft in die Hand. Am 11. Januar lässt er sich von Minister Hotz über die von Frankreich und Grossbritannien gestellten Forderungen unterrichten. Er macht sich Aufzeichnungen über die Entwicklung der Handelsbeziehungen zu den beiden Blöcken und über die wichtigsten Import- und Exportprodukte.

Zuvor hat er sich neun Punkte aufgeschrieben, die es seiner Meinung nach bei den kommenden Gesprächen zu beachten gilt. Er empfiehlt, «mit Herzlichkeit zu handeln, jede Brüskierung zu vermeiden, aber Festigkeit» zu zeigen. Vor allem gelte es, «nicht zu verzweifeln». Die Schweiz habe Trümpfe in Frankreich, zu denen Ministerpräsident Daladier gehöre, der zwar noch nicht auf dem Laufenden sei, «aber keinen Bruch mit der Schweiz will». Käme es trotzdem zum Bruch, dann solle man dies akzeptieren und zwei oder drei Monate warten, bevor man die Verhandlungen wieder aufnimmt.

15. In den Fettnapf getreten

Kaum hat Pilet sein Amt als Bundespräsident angetreten, wartet in seinem Departement eine lästige Überraschung auf ihn.

Jeden Dienstag um 19 Uhr 15 liest Herbert Moos (ursprünglich von Moos) im Studio Zürich seine Weltchronik. Dieser fünfzehnminütige Bericht ist die einzige von Radio Beromünster regelmässig ausgestrahlte aussenpolitische Sendung. Moos verfasst diesen Ueberblick über die internationale Lage seit vier Jahren. Seine sachlichen, gut verständlichen Orientierungen über das Weltgeschehen werden weitherum geschätzt. Wahrscheinlich hat seine Popularität als Radiochronist dazu beigetragen, dass er im Oktober als politischer Neuling überraschend in den Nationalrat gewählt wurde – als einziger Vertreter von Duttweilers Unabhängigen im Kanton Bern. Duttweiler hat ihn auch als aussenpolitischen Redaktor der Zeitung *Die Tat* angestellt.

Am Schluss seiner Weltchronik vom 2. Januar 1940 verabschiedet sich Moos mit Wünschen zum Neuen Jahr und fügt hinzu:

> [illegible] erstattung verzichten.
>
> [illegible]

Die geschickt formulierte Mitteilung hat die von Moos bezweckte Wirkung. Enttäuschte Hörer schreiben spontan dem Bundespräsidenten. So Frau Lisa Straub, Frauenfeld:

> [illegible]
> pro Woche nicht missen.

J. Breitenstein, Olten, lobt Moos' «kaum zu übertreffende Objektivität».

> [illegible]
> bekommen über die Opportunität dieser Massnahme.

Zum letzten Satz setzt Pilet Randstrich und Fragezeichen. Spürt er, dass er einen Fehler machte, als er den neu gewählten Nationalrat als aussenpolitischen Chronisten absetzte? Kaum. Es liegt nicht in seiner Natur, eigene Fehler einzusehen. Und schon gar nicht, sie einzugestehen. *Qui s'excuse s'accuse.*
Wenn Pilet in den nächsten Tagen die vielen kritischen Artikel liest, die man ihm im Departement ausgeschnitten hat, muss er allerdings merken, dass er sich in die Nesseln gesetzt hat. Die *Neue Bündner Zeitung* kann nicht verstehen, wieso ein Nationalrat im Radio nicht über aussenpolitische Fragen sprechen solle.

> [illegible]
> und besinnt sich eines Besseren.

Der Winterthurer *Landbote* und die Basler *National-Zeitung* – wie die *Neue Bündner Zeitung* eher regierungskritische linksbürgerliche Zeitungen – hauen in die gleiche Kerbe.

Am 5. Januar bittet Pilet Moos brieflich, «am 11. Januar um 14.15 Uhr bei mir vorzusprechen». Am 9. Januar fällt die «Weltchronik» aus. Stattdessen ertönt Grammo-

tenmusik, was die Presse erst recht auf den Sprung bringt. Unter dem Titel «Nicht mehr zu überbietende Angstmeierei» brandmarkt das *Volksrecht* das «Redeverbot Bundesrat Pilets». Das Zürcher Sozialistenblatt wittert «Liebedienerei gegenüber gewissen Grossmächten». Die *National-Zeitung* vermutet, man wolle die aussenpolitische Übersicht überhaupt aus dem Programm streichen.

Pilet ist sich einiges an Kritik gewohnt, aber Protestnoten aus dem eigenen bürgerlichen Lager sind eine Überraschung. Kein Wunder, ist er verstimmt. Am 11. Januar spricht Moos ordnungsgemäss bei Pilet vor. Der Bundesrat liest dem Nationalrat die Leviten und gibt ihm Anweisungen für seine nächste Sendung. Er müsse den Hörern erklären, dass der Ausfall der Weltchronik vom 9. Januar keineswegs auf Geheiss des Postdepartements, sondern auf Moos' eigenen Wunsch geschehen sei. Er müsse «aufs Kategorischste den Irrtum zerstreuen», dass Pilets Anweisungen auf Druck des Auslandes erfolgt seien. Moos werde dann seinen Vortrag halten, «als wäre nichts geschehen». Moos' Nachfolge werde in Etappen und «in Übereinstimmung mit mir» erfolgen. Er, Pilet, denke nicht an einen Nachfolger, sondern mindestens an zwei.

Pilet fasst die Unterredung in einem spröden Brief zusammen. In seinem Antwortschreiben fügt sich Moos, widerspricht jedoch Pilets Meinung, dass die Stellung eines Nationalrats nicht mit der Anstellung als wöchentlicher Radiokommentators vereinbar sei.

Wie befohlen, fügt Moos seinem Brief an Pilet die Sätze hinzu, mit denen er die nächste Weltchronik am 16. Januar beginnen wird:

> [illegible] der heutigen Lage.

Ein paar Tage später äussert sich Léon Savary in der *Tribune de Genève* zum Fall Moos. Er bezieht sich dabei auf eine «sichere Quelle», die nur Pilet selber gewesen sein kann. «Man» wolle keineswegs auf einen Vortrag verzichten, der auf objektive Weise die internationale politische Lage erkläre, beruhigt Savary. Allerdings sei das für das Radio zuständige Departement «in allem, was die Aussenpolitik betrifft, an grosse Vorsicht gebunden».

Savary hält es für unangebracht, einem Parlamentarier auf Dauer eine feste Sendenrubrik zuzugestehen. Dies verschaffe diesem gegenüber seinen Ratskollegen einen Vorteil, den er in einer Wahlperiode zu seinen Gunsten ausnützen könnte. Obwohl man diesen Vorwurf Moos nicht machen dürfe, müsse das Departement verhindern, «dass sich die Parteipolitik der Ätherwellen bemächtigt». Anderseits wäre es übertrieben, Bürger, die ein legislatives Mandat ausüben, vom Radio auszuschliessen. Als Mittellösung könnte man Parlamentarier gelegentlich zu Problemen aus ihrem Expertenbereich als Mitarbeiter beiziehen, ohne jedoch einen unter ihnen exklusiv zu bevorzugen. Savary gibt Pilets Meinung wieder. Für einmal ist der eigenwillige Literat *his master's voice*.

Pilet macht sich sofort auf die Suche nach einem oder mehreren Nachfolgern für Moos. Sein Auge fällt auf den als vorsichtig geltenden ETH-Geschichtsprofessor Jean Rudolf von Salis. Wie Moos schreibt auch von Salis aussenpolitische Berichte für *Die Tat*. Als militärischer Hilfsdienstpflichtiger ist er der Pressestelle des Politischen Departements zugeteilt, die sein Studienfreund Rezzonico leitet. Am 8. Februar 1940 beauftragt Pilet von Salis, vorerst stellvertretend einzuspringen, wenn Moos verhindert sei. Der Bundespräsident erteilt ihm keine Weisungen, sondern sagt ihm, er solle einfach so sprechen, wie er bisher in Zeitungen und Zeitschriften geschrieben habe. Da von Salis noch anderweitig beschäftigt ist – er schreibt Bundesrat Mottas Biographie –, wird Moos bis zum Oktober die Weltchronik weiter allein lesen.

16. Gäste aus West

Am 6. Januar nimmt Bundespräsident Pilet das Beglaubigungsschreiben des neuen britischen Gesandten David Victor Kelly (später Sir David Kelly) entgegen. Kelly hat auf Posten in Argentinien, Portugal, Mexiko, Belgien, Schweden, Ägypten und zuletzt im Foreign Office in London reiche diplomatische Erfahrung sammeln können. Die Schweizer Gesandtschaft in London beschreibt ihn als einen «der liebenswürdigsten Beamten des Foreign Office». Minister Kelly ist irischer Herkunft und Katholik. Die Schweiz kennt er gar nicht, aber er erklärt sich glücklich, in ein geschichtsträchtiges Land zu kommen, «dessen hohe Zivilisation und Hingabe an humanitäre Werke seiner Freiheitsliebe gleichkommen». Kelly wird in den nächsten beiden Jahren viel mit Pilet zu tun haben.

Als Bundespräsident verfasst Pilet Spendenaufrufe für Hilfswerke wie Pro Infirmis. Zeitungen und Zeitschriften wünschen von ihm Beiträge. Meist muss er aus Zeitgründen absagen. Immerhin schreibt er einen kleinen Aufsatz für *L'écolier romand*, in dem er sich an die eigene Jugend erinnert – lang ist's her. Als *vieux monsieur* will er – keine Angst! – nicht moralisieren, sondern fordert die Kinder auf, im Schnee zu spielen und sich des Lebens zu freuen.

Ein Bundespräsident wird mit Briefen von Unbekannten überhäuft, die Ratschläge geben, kritisieren oder etwas von ihm wollen. Er verwaltet eine aus einer privaten Spende gespeiste Schatulle zur Unterstützung von notleidenden Bittstellern und muss abklären, ob diese einen Zustupf verdienen oder nicht. Pilet hat dies schon 1934 gewissenhaft getan.

In der ersten Januarwoche 1940 erhält der Bundespräsident ein Empfehlungsschreiben von André Siegfried, einem namhaften französischen Soziologen und Historiker, der später ein Standardwerk über die Schweiz verfassen wird. Siegfried kennt Pilet von früheren Begegnungen. Er bittet ihn, James Hyde, einen seit Jahren in Frankreich lebenden Amerikaner, zu empfangen. Hyde, «der Beste unter den Amerikanern und auch der Beste unter den Franzosen», habe «in den kulturellen Beziehungen zwischen Europa und Amerika eine beträchtliche Rolle gespielt». So stellte der Multimillionär – Mehrheitsaktionär der Equitable Life Assurance Society, der

von seinem Vater gegründeten zweitgrössten Versicherungsfirma der USA – im Weltkrieg sein Pariser Haus dem Roten Kreuz zur Verfügung und fuhr selber Ambulanzen, wofür er mit dem Grosskreuz der Ehrenlegion ausgezeichnet wurde.

Nach seinem Treffen mit Mr. Hyde schreibt Pilet vertraulich an Minister Stucki in Paris:

> [illegible] haben. Merci zum Voraus.

Stucki wird verstanden haben. Will Hyde als inoffizieller Abgesandter der amerikanischen oder der französischen Regierung über die Möglichkeit einer Schweizer Friedensmission sondieren? Im Verlauf der nächsten Jahre werden immer wieder ausländische Persönlichkeiten zu Pilet kommen, deren wirkliches Ansinnen nicht klar ist, die ihn jedenfalls aushorchen möchten. Es gilt, auf der Hut zu bleiben.

Es wird sich herausstellen, dass James Hyde ein ehrlicher Freund ist, der in Genf das IKRK materiell unterstützt. Ein paar Monate später (März oder April) wird der Bundespräsident an einer Einladung der amerikanischen Gesandtschaft erneut Mr. Hyde treffen. Man redet über den zu erwartenden Kriegsverlauf, die Maginot-Linie und die Widerstandskraft der Franzosen. Darauf soll Pilet plötzlich eingeworfen haben: «Ich glaube nicht an diese Widerstandskraft. Innerhalb von drei Monaten werden die Deutschen in Paris sein, aber der Krieg wird noch Jahre weiter dauern.» Betretene Stille. Für den Rest des Essens schneidet Mr. Hyde den Bundesrat. Nach dem Krieg wird der Millionär Alt-Bundesrat Pilet-Golaz ein Telegramm schicken: «*You were right and I was wrong.*» Als das Ehepaar Pilet 1946 nach Amerika reist, wird es von Hyde zu sich eingeladen und fürstlich bewirtet.

Pilets Prognose über eine rasche französische Niederlage widerspricht der Lagebeurteilung von fast allen massgeblichen Politikern und Militärs in Frankreich und

England. Selbst die deutschen Heerführer glauben lange Zeit nicht an den Erfolg der von ihnen vorbereiteten Offensive. Bloss Hitler ist siegesgewiss.

Jules Romains – Verfasser der Romanreihe «*Les Hommes de bonne volonté*», des Erfolgsstücks «*Docteur Knock*», Präsident des PEN-Clubs – ist auf Vortragstournee in der Schweiz. Im Saal sitzt auch der Bundespräsident. Romains kennt Pilet ein wenig, schätzt ihn als «soliden Geist, zutiefst ein Freund Frankreichs, ganz von unserer Kultur imprägniert». Am Ende des Vortrags sagt Pilet zu ihm: «Kommen Sie mich morgen besuchen, wir können dann plaudern.» Tags darauf geht Romains ins Bundeshaus. Der Bundespräsident fragt seinen Gesprächspartner über alles Mögliche aus, besonders über Romains' persönliche Einschätzung der Zukunftsaussichten. Nachdem er dem Schriftsteller nachdenklich zugehört hat, sagt Pilet:

> [illegible]
> dem offiziellen Weg zu warnen.

Romains bittet Pilet um eine nähere Erklärung. Er garantiert ihm, dass seine vertraulichen Mitteilungen nicht verloren gehen werden. Er werde davon auch keinen indiskreten Gebrauch machen. Darauf Pilet:

> [illegible]

Zurück in Paris ersucht Romains den mit ihm befreundeten Ministerpräsidenten Daladier telefonisch um eine Unterredung. Weil dieser gerade im Parlament beschäftigt ist, bittet er Romains, vorerst mit X, seinem aussenpolitischen Berater, zu reden. Der Schriftsteller geht zu X, um ihn über Nachrichten von «ausschlaggebendem Interesse» zu informieren. Doch X lässt ihn gar nicht erst zu Wort kommen und meint:

> [illegible]
> Flammen aufgehen wird. Etwas sehr Wagnerianisches

X erzählt Romains, dass Hitler kürzlich vor der holländischen Grenze einen riesigen Zusammenzug von Panzern und Fahrzeugen inszeniert habe. Ein Desaster sei es gewesen: Wagen seien stecken geblieben oder explodiert, an Brennstoff habe es gemangelt, ein allgemeines Chaos habe geherrscht. Auch für eine «Pseudo-Offensive» brauche Hitler zuerst noch ein paar Hauptproben! X, der wichtige Berater Daladiers, ist siegesgewiss. Romains solle sich doch von seinem Gespräch mit «dem braven Staatschef», der vielleicht Bauchweh habe, nicht demoralisieren lassen. Drückt ihm **die Hand und verabschiedet ihn.**

Jules Romains, inzwischen in die Académie française gewählt, wird die Geschichte 1954 in der *Aurore* erzählen und Alt-Bundesrat Pilet-Golaz einen Durchschlag des Artikels schicken. Es ist leicht zu erraten, bei wem es sich um Romains' mysteriösen X handelte. Es war Alexis Léger, Generalsekretär im Quai d'Orsay und dort der eigentliche Aussenminister. Der damals engste Vertraute Daladiers schrieb unter dem Pseudonym «Saint-John Perse» Gedichte; 1960 erhielt er den Nobelpreis für Literatur. Verständlich, dass Romains den Namen seines Schriftstellerkollegen nicht preisgab. Eingeweihte werden ihn erraten haben.

Am 23. Januar 1940 empfängt der Bundespräsident den Sonderkorrespondenten der viel gelesenen *Daily Mail*, George Ward Price. Der prominente Journalist hat Hitler und Mussolini beide mehrmals interviewt und gewann von ihnen anfänglich einen positiven Eindruck. Nach München revidierte er seine Meinung. Pilet benützt die Gelegenheit, um der englischen Öffentlichkeit den Schweizer Standpunkt zur internationalen Lage verständlich zu machen. In seinem Artikel erklärt Ward Price seinen Lesern, wie sich die einzigartige Schweizer Neutralität von derjenigen anderer Staaten unterscheide und wie sie tief in den Herzen aller Schweizer verwurzelt **sei. Er zitiert «M. Pillet-Golaz» [sic!]:**

> [illegible]
> auf ein anderes Land zu benutzen.»

Die Schweizer, schreibt Ward Price weiter, begriffen, dass auch sie in Kriegszeiten wirtschaftliche Entbehrungen auf sich nehmen müssten. Jetzt versuche Grossbritannien ein neues Handelsabkommen mit der Schweiz auszuhandeln, das «vorübergehende Unannehmlichkeiten» überwinden soll. Der «Schweizer Präsident» erklärt seinem Gesprächspartner, dass die alliierte Blockade, wenn sie aus Angst, «die Kriegsbedürfnisse Deutschlands zu erfüllen», die Versorgung unserer Fabriken verhindere, diese stillstehen würden. Es käme zur Arbeitslosigkeit mit all ihren Übeln. Pilet wörtlich:

> [illegible] sionen und Vertretern der Schweizer Regierung diskutiert wird.»

Das Gespräch mit den englischen Journalisten führte Pilet auf Französisch. Zu dieser Zeit ist Französisch immer noch die einzige Diplomatensprache. Die Zahl der Schweizer, die der englischen Sprache mächtig sind, ist verschwindend klein. Keiner der sieben Bundesräte kann Englisch. Ward Price schickt den Entwurf zu seinem Artikel Pilet, der ihn vom Politischen Departement übersetzen lässt und dann autorisiert.

Das Interview, das Pilet am Nachmittag jenes 23. Januars mit dem englischen Journalisten führt, ist seine geringste Sorge. Er hat zuvor eine traurige Nachricht erhalten und nachher eine bedrückende Bundesratssitzung geleitet.

17. Abschied von einem Grossen

Nach seinem Schlaganfall im März 1939 erholte sich Bundesrat Motta langsam, aber er musste im Sommer und Herbst längere Kuraufenthalte machen. Am 16. Oktober schickte er Piet aus dem Hotel Eden in Montreux einen wie immer von Hand geschriebenen Brief. Die oberste Zeile ist etwas verwischt, was Motta zu einem PS veranlasst:

> [illegible]

Mitte November erlitt Motta einen zweiten Schlaganfall. Auf der linken Seite war er teilweise gelähmt. Nachher musste er im Auto ins Bundeshaus gefahren werden, wo er sich mit Stock und fremder Unterstützung mühsam die Treppe hinaufschleppte. An einer Bundesratssitzung im Januar doziert Motta eine Stunde lang über das eben in Frankreich erschienene Buch *«Hitler m'a dit»* von Hermann Rauschning. Die Enthüllungen des ehemaligen Danziger Senatspräsidenten über Hitlers Denken, Reden und Handeln sind aufschlussreich – auch wenn Rauschning seine im Buch wörtlich wiedergegebenen «Gespräche mit Hitler» (wie die deutsche Fassung heissen wird) aus dem Gedächtnis sehr frei zusammengefasst hat. Rauschnings Buch ist ein Alarmruf. Der Pariser Germanist und Diplomat Marcel Ray schreibt im Vorwort:

> Wenn dieser Mann eines Tages [illegible] werden [illegible] Geschichte [illegible] verschwinden [illegible] Menschen [illegible]
> hatte.

Motta empfahl den Kollegen das Buch zur Lektüre, es zeige «die eigentlichen Triebkräfte und Beweggründe des Nationalsozialismus» auf.

Am Ende der Bundesratssitzung vom Freitag, 19. Januar, plaudert Motta angeregt mit den Journalisten: «Nie habe ich mich schwungvoller und munterer gefühlt.» Sein gelber Teint und seine gebrochene Stimme beunruhigten hingegen die Presseleute. Am selben Abend, beim Tischgespräch mit der Familie, wollte der Papa

aus seinem Lieblingsgedicht von Giacomo Zanella zitieren, konnte sich aber nicht an die Worte erinnern. Sein Sohn will ihm eine italienische Anthologie holen, doch plötzlich fallen ihm die Zeilen ein. An den Arm seiner Frau geklammert, steigt er zum Schlafzimmer hinauf und wiederholt dabei immer wieder die letzten Worte des Gedichts:

> [illegible]

Ein dritter Schlaganfall streckt ihn nieder. Vier Tage schwebt er zwischen Leben und Tod. Seine zehn Kinder wachen am Bett. Am 23. Januar, noch vor Morgenanbruch stirbt er. Vor der Bundesratssitzung geht Bundespräsident Pilet-Golaz, begleitet von Bundeskanzler Bovet, zu Frau Motta, um ihr sein Beileid auszudrücken.

Um 9 Uhr eröffnet Pilet die Bundesratssitzung mit der traurigen Nachricht. Er würdigt den Toten:

> [illegible] burgers fortleben.

In den nächsten Tagen überfluten viele Hunderte von Briefen, Karten und Telegrammen das Haus der Familie Motta im Berner Kirchenfeld. Hermann Obrecht entschuldigt sich bei Frau Motta. Sein Arzt hat ihm verboten, an der Trauerfeier für den «lieben verstorbenen Kollegen» teilzunehmen.

> [illegible] borer Liebenswürdigkeit und Treue.

Philipp Etter versichert Frau Motta, dass das ganze Land um ihren «lieben Gatten», um den «herzensguten Vater», den «treuen edlen Freund» trauert.

> [illegible]

Auch unter Ausländern hatte Motta viele Freunde. Der Beileidsbrief des deutschen Gesandten Otto Köcher ist frei von diplomatischen Floskeln.

Bereitwilligkeit zur Hilfe gefunden hatte

Am Freitagmorgen ertönt aus einem Berner Nebengässchen ein Pfiff und eine Kavallerieschwadron setzt sich in Bewegung. Schweigend schaut die auf dem Bundesplatz versammelte Menschenmenge dem Leichenzug zu. Die Berner Stadtmusik mit rot-schwarzem Federbusch auf der Schirmmütze schlägt die ersten Takte von Chopins Trauermarsch an. Hinter ihr marschieren die Studentenverbindungen mit ihren farbigen Mützen und Bannern, allen voran die katholische. Das Soldatendetachement mit den Kränzen gleicht einem marschierenden Blumenbeet. Durch ihre Grösse und Pracht fallen die Blumentribute des französischen Ministerpräsidenten Daladier und des bulgarischen Königs Boris auf. Ribbentrops Kranz hat ein Hakenkreuz auf der roten Schlaufe.

Auf dem von zwei stämmigen Rossen gezogenen Karren liegt ein einfacher eichener Sarg. *«La voilà la vraie grandeur»*, raunt ein französischer Journalist. Hinter dem Leichenwagen schreiten die Bundesräte und Mottas ehemalige Regierungskollegen Musy, Calonder, Meyer, Häberlin und Schulthess. Es folgen der General allein, die höchsten Schweizer Heerführer, die Mitglieder des Diplomatischen Corps, hinter ihren Weibeln in bunten Kantonsuniformen die Vertreter der Standesregierungen, voran der Tessiner Staatsrat. Zum Klang der Glocken erreicht der Zug die katholische Dreifaltigkeitskirche, vor der behelmte Soldaten in Achtungstellung Spalier stehen. Sechs von ihnen tragen den mit einer Schweizerfahne bedeckten Sarg im rötlichen Schein der Kerzen durch das Kirchenportal.

Die Soldaten legen den Sarg sanft zwischen grünen Pflanzen beim Choreingang nieder. Hinter dem Chor hat man ein kleines Podium errichtet, auf das nun Bundespräsident Pilet-Golaz steigt. Mit einer Stimme, die tönt, als sei sie «in Krepppapier gehüllt», zeichnet er auf Französisch die wichtigsten Stationen von Mottas Laufbahn nach. Motta habe begriffen, dass das Wohl des eigenen Volkes und der Menschheit nur im Frieden liegen könne. Deshalb habe er der Schweiz ihren Platz im neu

gegründeten Völkerbund gesichert und dann in Genf eine bedeutende Rolle gespielt:

> [illegible] Bundesrat auf

Mit seiner einmaligen Erfahrung und seinen reichen Beziehungen hätte Motta eine persönliche Aussenpolitik betreiben können. «Nie hat er dies gewollt. Im Gegenteil, er trug ständig Sorge, in völligem Einklang mit uns zu bleiben.»

Pilet, der annimmt, dass er Mottas Nachfolge im Politischen Departement übernehmen wird, formuliert mit diesen Worten Führungsgrundsätze, die einzuhalten er fest entschlossen ist. Wie sein grosses Vorbild will er keine persönliche Aussenpolitik führen, nur diejenige des gesamten Bundesrats. Auch er will auf den Rat der Kollegen hören und ihre Zustimmung einholen. Die Schweizer Aussenpolitik werde bleiben, was sie war – «Meisterschaft in der Umsetzung ausgenommen» –, wie Pilet nachdenklich hinzufügt. Motta habe sein Departement inspirierend und wachsam geführt:

> [illegible]

Gegen Ende der Rede überwältigen den Bundespräsidenten seine Gefühle. Nur schwer unterdrückt er ein Schluchzen:

> [illegible]

Die Trauergemeinde ist ergriffen. Mit seiner Abdankungsrede hat Pilet sich seinen Landsleuten, vor allem den Deutschschweizern, die ihn wenig kennen, als Redner von Format und umsichtiger Staatsmann vorgestellt. Ausländische Diplomaten, für die ein Eisenbahn- und Postminister wenig bedeutet, werden auf ihn aufmerksam.

18. Drôle de guerre

Als Bundespräsident will Marcel Pilet-Golaz sich persönlich vom Armeekommando über die für den Kriegsfall vorgesehenen Massnahmen berichten lassen. Angetan «mit einem pelzgefütterten Umhang und einer Fellmütze» fährt er am Montagnachmittag, 31. Januar 1940, nach Langnau zum Generalstab. Dort wird er in der Villa [illegible] von Oberst Logoz, dem juristischen Berater der Armeeleitung, und dem der Nachrichtenabteilung zugeteilten Hptm. Barbey empfangen.

Zu Beginn des Langnauer Gesprächs erinnert Pilet Barbey beiläufig an die alten Zeiten, als sie im Schloss Montcherrand, dem bei Orbe liegenden Sommersitz der reichen Genfer Familie Barbey, zusammentrafen. Bernard war ein Knirps, der vom Studenten Henry Vallotton, dem jetzigen Nationalrat, als Hauslehrer unterrichtet wurde. Pilet, damals mit Vallotton befreundet, ist ihm dort begegnet. Pilet bemerkt scherzend zum 40-jährigen Barbey – er ist jetzt praktisch glatzköpfig –, damals habe er noch Haare bis auf die Stirn gehabt. Dieser bemerkt in seinem Tagebuch:

> [illegible]
> Gesprächspartnern gut ankomme.

Man geht zu den ernsten Dingen über, zu den Stabarbeiten, die im Hinblick auf eine eventuelle ausländische Hilfe im Falle eines Angriffs auf die Schweiz vorgenommen werden. Logoz liest Pilet seinen Entwurf für einen Hilfsvertrag mit Frankreich vor und Barbey resümiert, was man von Seiten des Generalstabs militärisch den Franzosen vorschlagen und von diesen verlangen würde:

> [illegible]

Der Schriftsteller Barbey kann Personen genau beobachten und beschreiben. Er hat das Wesen Pilets gut erfasst:

> [illegible] sind

Pilet sagt seinen Gesprächspartnern, was im Fall einer «von uns verlangten und von den Franzosen akzeptierten Intervention» – «der einzigen in Betracht fallenden Hypothese», wie er betont – zu geschehen habe. Sofort müsse man dann Bevollmächtigte nach Paris schicken. An ihrer Spitze könne aber keinesfalls der Bundespräsident sein. Pilets Worte überraschen Logoz, der selber ein solches Vorgehen geplant hat.

Logoz schlägt Pilet, seinem Duzfreund, vor, er als Bundespräsident solle die Armeeleitung auffordern, die Vorarbeiten für den «Fall West» [die Verletzung unserer Neutralität durch Frankreich] zu beschleunigen. Im Hinblick auf eine – wohl rein theoretische – «Intervention der Wehrmacht auf unser Ansuchen hin» müsse nun auch mit den diesbezüglichen Studien begonnen werden. Pilet ist einverstanden. Er verrät noch, wohin sich der Bundesrat im Kriegsfall zurückziehen werde: Im «Fall Nord» nach Lausanne, im «Fall West» nach Luzern.

Ein paar Wochen später erhält der Bundespräsident überraschend einen brisanten politischen Bericht von Nationalrat Henry Vallotton, eben jenem ehemaligen Hauslehrer von Bernard Barbey.

Während Jahrzehnten war Henry Vallotton Marcel Pilets engster persönlicher und politischer Freund gewesen. Für den Gymnasiasten Marcel und seine Freundin «Tillon» (Mathilde Golaz) war der etwas jüngere Henry *frérot* – das «Brüderchen». Man war unzertrennlich, schrieb sich lange intime Briefe und philosophierte in die Nacht hinein. Seit drei Jahren sind die beiden verkracht, was allerdings nur wenige wissen. Vallotton, Präsident der Waadtländer Radikalen, ehemaliger Rallye-Fahrer, berühmter Afrikareisender, Erfolgsschriftsteller und gesuchter Gesellschaftsanwalt, ist im Welschland eine Grösse. Als Präsident der Vereinigten Bundesversammlung hat er am 30. August Henri Guisan zu seiner Wahl zum General gratuliert und seine Ernennung in dessen Dienstbüchlein mit seiner Unterschrift bestätigt.

Im Sommer zuvor plante Vallotton eine abenteuerliche Expedition ins Herz von Afrika – Tschad, Kongo, Sudan –, die dem ausbrechenden Krieg zum Opfer fiel. Seine

ungebremste Reiselust und sein Hunger nach starken Erlebnissen führten ihn im Dezember als Beobachter und Berichterstatter ins finnische Kriegsgebiet. Dort hat er die Front besucht und den finnischen Oberbefehlshaber Marschall Mannerheim getroffen. Auf der Rückreise, die ihn über Berlin führt, stattet er Staatssekretär Ernst Freiherr von Weizsäcker einen Besuch ab.

Weizsäcker, ein ehrgeiziger, fachlich kompetenter Diplomat, war vier Jahre lang deutscher Gesandter in Bern. Hitler hat ihn 1938 an die Wilhelmstrasse geholt. Zuvor hatte der Führer den umsichtigen Aussenminister von Neurath durch seinen draufgängerischen aussenpolitischen Ratgeber Joachim von Ribbentrop ersetzt. Unter Aufsicht Hitlers, der sich alle wichtigen Entscheide vorbehält, gestaltet jetzt Ribbentrop die deutsche Aussenpolitik. Ribbentrop ist durchsetzungsfähig, weltgewandt und betreibt eine opportunistische Weltpolitik in der Tradition des wilhelminischen Imperialismus. Hitler hat ihn der «Verschwörergesellschaft» im Auswärtigen Amt als Chef vor die Nase gesetzt. Viele der dortigen Diplomaten alter Schule – oft sind es Aristokraten – fürchten und verachten den Parvenu, der durch seine Heirat mit der Tochter des Sektmagnaten Henkell zu Reichtum und gesellschaftlichem Ansehen gelangt ist.

Ernst von Weizsäcker besorgt an der Wilhelmstrasse die Tagesgeschäfte und verkehrt mit den Gesandten im Ausland. Er, der keinen Krieg mit England wollte, ist mit Ribbentrop nicht immer einig. Aber als gehorsamer Staatsdiener führt er pflichtgemäss dessen Politik aus. In seinen nach dem Krieg geschriebenen Erinnerungen schob Weizsäcker Ribbentrop alle Schuld an der aggressiven hitlerschen Expansionspolitik in die Schuhe. Mit Hilfe von teils gefälschten Dokumenten wollte er beweisen, wie tapfer er dem «Verrückten» Widerstand geleistet habe. Trotz allem war er Ribbentrops folgsamer Gehilfe und blieb ihm bis ans bittere Ende verbunden. Im Februar 1940 hofft Weizsäcker immer noch, dass die Offensive im Westen zu stoppen sei und dass ein Verständigungsfriede die Katastrophe verhindern könne.

Davon sagt er selbstverständlich nichts, als er Henry Vallotton zu einem längeren Gespräch empfängt. Über diese Unterredung verfasst der Waadtländer Nationalrat zu handen von General Guisan und des Bundesrats nachher einen Bericht.

Der Staatssekretär habe einmal mehr bedauert, dass die Schweizer Presse sich ständig in die Angelegenheit Deutschlands einmische und «Lektionen» erteile. Er, Vallotton, habe darauf seinen Gesprächspartner daran erinnert, dass die Presse in der Schweiz völlig unabhängig sei. Sie kritisiere auch die eigene Regierung, Parteien und Politiker heftig. Vallotton protokolliert weiter:

[illegible]

ganz klar ist.

Die von Weizsäcker angegebenen Gründe, wieso Deutschland die Schweiz «unversehrt» lassen will, sind einleuchtend. Wenn er sagt, dass das Reich ein militärisches und politisches Interesse an der schweizerischen Neutralität hat, dann wiederholt er bloss, was im Auswärtigen Amt offizielle Politik ist. Der entscheidende Punkt in Weizsäckers Erklärung: Es sei nicht seine persönliche Überzeugung, sondern auch die klare Meinung des Staatschefs Hitler.

Auf Weizsäckers skeptische Frage, ob die Welschschweizer allenfalls auch gegen Frankreich kämpfen würden, antwortet Vallotton dem Staatssekretär:

[illegible]

In seinem Bericht schreibt Vallotton: «Das Gespräch war sehr herzlich und entspannt.» Die Schweiz habe in Weizsäcker einen «bewährten Freund». Die Einschätzung Vallottons liegt insofern richtig, als Weizsäcker – selber kein überzeugter Nazi – von seiner Zeit als Gesandter in Bern die Schweiz recht gut leidet und bei uns auch viele Freunde hat. Allerdings ist der Freiherr ein treuer Staatsdiener und deutscher Nationalist, der die Interessen des eigenen Landes über alles stellt. Zudem hat der adlige Diplomat alter Schule wenig Einfluss auf Ribbentrop und schon gar keinen auf den allmächtigen Führer.

Henry Vallottons einleuchtender Bericht aus Berlin leistet Bundesrat und General einen wertvollen Dienst. Er hat wohl auch noch einen Nebenzweck: Sein ehemaliger lieber Freund Marcel soll sehen, dass der Bundesrat einen Fehler beging, als er ihm, Vallotton, den Solothurner Frölicher als Berliner Gesandten vorzog. Schaut nur, wie ich es besser mache als dieser farblose, schwache Frölicher.

Nachdem an der Westfront ausser einem gegenseitigen Abtasten seit fünf Monaten nichts geschehen ist, beginnt man von einer *drôle de guerre* zu reden – deutsch auch Sitzkrieg genannt, englisch *phoney war*. Keine besonderen Vorkommnisse – *rien à signaler* – liest man oft in den Kriegstagebüchern. Wann wird es richtig losgehen? Wer wird zuerst zuschlagen, die Deutschen oder die Alliierten? Und wo werden sie es tun? Auf beiden Seiten wird geplant. Die Vorbereitungen für Operationen, von denen man die Entscheidung erhofft, laufen auf Hochtouren. Die Wehrmacht, angetrieben von Hitler, verfeinert die Pläne für eine Offensive gegen Frankreich, die aus Wettergründen immer wieder verschoben wird. Tatsächlich verunmöglicht der geradezu arktische Winter 1940 kriegerische Handlungen auf dem Land. Auf Seiten der Alliierten diskutiert man Möglichkeiten zur Verschärfung der Blockade. Frankreich und England diskutieren Pläne zur militärischen Unterbindung der Transportwege für schwedisches Eisenerz. Dieses erreicht die deutschen Häfen via die norwegische Atlantikküste und ist für die deutsche Schwerindustrie unerlässlich.

In der Schweiz wird weiter am Ausbau der Armeestellung gearbeitet, die sich von der Festung Sargans, den Gewässern des Walensees, der Linth, des Zürichsees folgend, über die Kämme des Aargauer- und Basler Juras bis zum Plateau von Gempen erstreckt. Man diskutiert über die eventuelle Evakuation der Zivilbevölkerungen. Auch in Pilets Post- und Eisenbahndepartement übt man den Ernstfall. Was tun, wenn Sender oder Studios zerstört oder unterbrochen sind? Pilet will nichts schriftlich festhalten, weil er Indiskretionen, die dem Feind helfen könnten, vermeiden will.

> [illegible]
> [illegible]
> ausser der General will mit mir selber sprechen

Der General will in den Eisenbahnwagen ein Plakat hängen lassen mit der Aufschrift «Wer nicht schweigen kann, schadet der Heimat». Es soll Wehrmänner vom Ausplaudern militärischer Geheimnisse abhalten. Eisenbahnmilitärdirektor Paschoud hält nichts von der Massnahme, Pilet auch nicht. Er bringt das Anliegen des Generals gleichwohl vor den Bundesrat, der es – «zumindest in der vorgesehenen Form» – verwirft.

Obschon die Schweiz vorerst vom Krieg verschont bleibt, leiden viele Not. Die Stiftung «Schweizerische Nationalspende für unsere Soldaten und ihre Familien» unterstützt kranke oder verunfallte Wehrmänner. Auf Bitte des mit ihm befreundeten Journalisten Léon Savary schreibt Pilet einen Artikel für eine der Nationalspende und dem Roten Kreuz gewidmete Sondernummer der *Tribune de Genève*. Die Zeitung druckt den handgeschriebenen Aufruf des Bundespräsidenten gross auf zwei Seiten als Faksimile ab.

Viele Auslandschweizer, die seit Kriegsausbruch in die Heimat zurückgekehrt sind, haben ohne eigenes Verschulden ihre Stelle verloren oder sind sonst in Not geraten. In Lausanne hat ein umtriebiger Geschäftsmann namens Charles Beck einen «Landesverband der heimgekehrten Auslandschweizer» ins Leben gerufen. Er knüpft Kontakte im ganzen Land, errichtet Zweigstellen, sammelt Geld bei Firmen und Privaten. Der Verkauf eines Hefts von sogenannten Verschlussmarken – *timbres-vignettes* – soll die Kassen des Hilfswerks füllen. Beck schreibt Pilet mit der Bitte um eine Audienz. Er höre sich täglich die Klagen von Hunderten von Heimkehrern an, die Gefahr liefen, gegen das eigene Land verbittert zu werden. Er könne dem Bundespräsidenten Dinge mitteilen, die den «offiziellen Diensten» verborgen blieben.

Pilet zieht Erkundigungen ein. Er erfährt, dass bereits eine offizielle «Zentralstelle für Beratung und materielle Unterstützung der Rückwanderer» existiert. Ihr Präsident, Gymnasiallehrer A. Latt, warnt vor Becks Organisation, die mit ihren Sonderaktionen die Sympathien des Publikums missbrauche. Robert Jaquillard, Waadtländer Polizeikommandant, schickt seinem Freund Pilet ein Resümé des Dossiers, das über Charles Beck – *«un individu très suspect»* – angelegt worden ist. In jungen Jahren ist der Neuenburger Beck in Berlin wegen Veruntreuung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hat später in Frankreich Firmen in der Automobilbranche gegründet, die Konkurs machten. 1937 wurde er in Lausanne

wegen Waffenschmuggels nach Spanien verhaftet und zu 500 Franken Busse verurteilt.

Der so gewarnte Pilet bleibt zu Beck auf Distanz, teilt ihm jedoch mit, dass in Bern «unter dem Patronat meiner Frau» eine Veranstaltung zugunsten der Rückkehrer vorbereitet werde. Auf Wunsch Pilets hat der Geschäftsträger von Panama, der bisher jeden Winter im Hotel Bellevue ein Galadiner für das diplomatische Korps gegeben hat, angesichts der internationalen Lage dieses durch ein Wohltätigkeitskonzert ersetzt. Die von Mme Pilet patronierte Veranstaltung bringt einen Sammelertrag von 7300 Franken ein – mehr als das Doppelte der von Pilet geschätzten Summe.

Im April erhält Pilet einen dreisten Brief, in dem Beck sich erstaunt zeigt, dass sein Verband bisher von Madame Pilet-Golaz keinen Scheck erhalten habe:

> [illegible]

Postwendend informiert Pilet Beck, dass er persönlich die erwähnte Summe von Madame Pilet erhalten und dann das Geld an die Zentralstelle und die Pro Juventute überwiesen habe.

Beck lässt sich nicht entmutigen. Er druckt sein Büchlein mit 20 Marken, auf denen Soldaten in fremden Diensten – «Reproduktionen aus der berühmten Pochon-Sammlung in der Landesbibliothek» – abgebildet sind, und verkauft es für 2 Franken. Um die hundert, meist erstrangige Schweizer Unternehmen, angeführt von Nestlé, haben die Druckkosten bezahlt. Über die Verwendung des bei der Aktion erzielten Gewinns braucht Monsieur Beck niemandem Rechenschaft abzulegen.

19. Umschiffte Klippen

Zwei Fragen beschäftigen im Februar 1940 die eidgenössischen Räte: 1. Wer soll als Nachfolger Mottas in den Bundesrat gewählt werden? 2. Soll der Bundesratsbeschluss über die Ordnung des Pressewesens – auch Neutralitätsverfügung oder Zensurartikel genannt – in Kraft bleiben oder aufgehoben werden?

Die Motta-Nachfolge ist Gegenstand von Rangeleien und Ränkespielen. Aus staats- und aussenpolitischen Erwägungen drängt sich die Wahl eines Tessiner Konservativen auf. Im allseits geachteten Finanzexperten Ruggero Dollfus, dem Generaladjutanten der Armee, hat die Tessiner Kantonspartei einen Mann von Format zur Verfügung. Doch dann bringen Rivalen in der eigenen Kantonspartei, Tessiner Liberale, Walliser und Freiburger Konservative, die selber gerne einen eigenen Bundesrat hätten, die Kandidatur des in einem Schloss im bernischen Kiesen wohnenden schwerreichen, überdies protestantischen Bankiers zu Fall.

Es wird über mögliche weitere Vakanzen diskutiert. Kann der kranke Obrecht weitermachen? Ist Minger oder Baumann amtsmüde? Allerhand Kombinationen wären bei einer Zweierwahl denkbar, auch der Einbezug der Sozialisten. Weil jedoch kein anderer Bundesrat zurücktritt, präsentiert «Königmacher» Heinrich Walther den in Bern kaum bekannten Tessiner Staatsrat Enrico Celio. Walther trägt den Ruf des Königmachers zurecht. Der 78-jährige Luzerner ist seit 1919 Fraktionschef der Katholisch-Konservativen und als solcher steuert er seither erfolgreich die Bundesratswahlen. Pilet wie auch die Kollegen Minger, Etter, Wetter und Baumann verdanken ihre Wahl der Unterstützung durch Walther. Der Luzerner ist zudem Verwaltungsratpräsident der SBB und des Parteiblatts *Vaterland*.

Celio, dessen Name Walther gewissermassen aus dem Ärmel geschüttelt hat, ist ein Verlegenheitskandidat. Freisinnige halten ihn für «eine wahre Null». Er sei einzig fähig, «einige schöne Phrasen zu dreschen, den Damen Augen zu machen und zu nichts anderem». Walther kann den sprachgewandten Juristen schliesslich dem Parlament als «Persönlichkeit von hoher Kultur» und vornehmem Charakter verkaufen. Am 22. Februar wird Celio mit 118 Stimmen gewählt. Die Journalisten, denen er sich später vorstellt, finden ihn «sympathisch».

Die Auseinandersetzung um die von der Abteilung Presse und Funkspruch ausgeübte Zensur schlägt weiter hohe Wellen. Muss die Presse «Gesinnungsneutralität» üben, um die Nazis, vor allem den allmächtigen «Führer», nicht zu reizen? Können «freche» Zeitungsartikel gar einen deutschen Einmarsch in die Schweiz provozieren oder zumindest rechtfertigen?

Im Nationalrat kritisieren führende Sozialdemokraten das «Übergewicht der bürgerlichen Behörden über die Militärgewalt». Eine neuerliche heftige Debatte über die heikle Zensurfrage droht das Klima zwischen Presse und Armee wie auch zwischen Parlament und Bundesrat zu vergiften.

Im Vorfeld der Zensurdebatte im Nationalrat versucht Markus Feldmann in einem Gespräch mit Pilet die «dramatisch zugespitzte Situation» zu entschärfen. Der Bundesratsbeschluss über das Nachrichtenwesen, meint Feldmann, sei «unpraktikabel geworden, da politisch ungenügend orientierte Offiziere mit Befehlsgewalt durchsetzten, was ihnen geeignet scheine, die Beziehungen zu Deutschland positiv zu beeinflussen». Man müsse einen Eclat im Plenum des Nationalrats «wenn irgendwie möglich verhindern».

Wie Feldmann in seinem Tagebuch festhält, zeigt Pilet «grosses Verständnis» und ist im Übrigen «sehr offenherzig». Der Bundespräsident habe ihm ungefähr Folgendes erklärt:

> «[illegible] Lösung sie in keiner Weise geeignet ist.»

Pilet hält nichts von der sogenannten «Blutschuldthese», wonach böse Zeitungsartikel eine Kriegsursache werden könnten. Feldmann zitiert ihn so:

> [illegible]

Am nächsten Tag findet eine von der parlamentarischen Pressegruppe verlangte «dringende» Aussprache statt, an der die Bundesräte Pilet, Baumann und Etter den Nationalräten Feldmann und Meierhans und Oberst Hasler, Chef der APF, gegenübersitzen. Pilet fasst das Ergebnis der Diskussion zusammen: Eine Klärung müsse unbedingt kommen, aber aussenpolitischer oder militärischer Schaden sei unter allen Umständen zu vermeiden. Insbesondere dürfte die Stellung des Generals nicht in eine Krise hineingeraten, «die ihn vielleicht zu weittragenden Entschlüssen veranlassen könnte». Feldmann versteht Pilets Bemerkung so, dass General Guisan auf eine Misstrauenskundgebung des Parlaments mit Rücktritt reagieren könnte. Pilet sichert Feldmann und Meierhans zu, dass der Bundesrat vor dem Parlament eine beruhigende Erklärung abgeben werde.

Tags darauf, Mittwoch, 21. Februar, die Debatte im Rat. Sie ist lang und viele der an Pressefragen interessierten Nationalräte melden sich zu Wort. Der Ton bleibt meist sachlich. Natürlich gibt es Kritik an der Praxis der militärischen Zensoren. Beispiele von absurden Entscheiden werden aufgetischt. Sozialistischen Nationalräten geht es vor allem darum, dass die Armee sich nicht in politische Dinge einmische. Bundesrat Baumann gibt die gewünschte und von Pilet versprochene Erklärung, «wonach wir die Gesinnungsneutralität ablehnen». Er weist aber auch darauf hin, dass «in schweren Zeiten, wie wir sie erleben, freundliche Beziehungen zu allen Nachbarn «doppelt wertvoll» seien.

Johannes Huber erklärt sich befriedigt, dass der Bundesrat die Forderungen auf eine Sicherstellung der Suprematie der zivilen über die militärischen Behörden und auf einen verstärkten Einfluss der Presse angenommen hat, und fügt hinzu:

> [illegible] unserer Aussprache erreicht.

Huber zieht seinen Antrag zurück. Es gibt keine Abstimmung.

20. Erste Tage als Aussenminister

Am 1. März teilt der Bundesrat die Departemente für die laufende Amtsdauer neu zu. Wie erwartet übernimmt Pilet das Politische Departement, und Celio ersetzt ihn bei Post und Eisenbahnen. Als Stellvertreter des Aussenministers löst Etter Baumann ab. Auf Antrag Pilets wird noch eine bedeutsame Änderung vorgenommen: Die «Weisungen über die Gestaltung der Radioprogramme», die bisher durch das Post- und Eisenbahndepartement erteilt worden sind, gehen ans Innere über. Man traut dem Neuling und Tessiner Celio die politisch heikle Überwachung vor allem der deutschschweizerischen Radiosendungen offenbar nicht zu. Der ehemalige Journalist Etter ist die gegebene Person.

Die Telefondirektion unter ihrem Chef Muri behält die Zuständigkeit für technische Anlagen, Organisation, Finanzen und Personal des Schweizer Rundspruchs. Muri bleibt Pilets engster Vertrauter in der Bundesverwaltung, auch wenn er ihm nicht mehr unterstellt sein wird. Als eine seiner letzten Handlungen als Postminister empfiehlt Pilet General Guisan einen von Muri abgefassten Bericht zur Lektüre. Er handelt von der Vorbereitung des Telefonnetzes und der Radioinstallationen für den Kriegsfall. Im persönlichen Brief an *mon cher Général* lobt Pilet Muri als seinen «besten Mitarbeiter»:

> [illegible]
> zu verheimlichen, was er denkt.

Der 61-jährige Muri hat von seinem scheidenden Chef eine ebenso hohe Meinung wie dieser von ihm. Er schreibt ihm – von Hand und in gewähltem Französisch – einen sentimentalen Abschiedsbrief:

> [illegible]

[illegible]

Pilet kann sein Departement dem Nachfolger Celio in befriedigendem Zustand übergeben. Die Betriebe des EPED werden von fähigen Leuten geführt und funktionieren gut. Erstmals seit Ausbruch der Wirtschaftskrise schrieben die SBB wieder schwarze Zahlen. Als Eisenbahnminister musste Pilet mit teils horrenden Defiziten kämpfen. Für 1939 war immer noch eines von 57,7 Millionen veranschlagt, doch stattdessen verzeichnet die Bahn dank der «Landi» und dem wegen des Kriegsausbruchs angestiegenen Güterverkehrs einen kleinen Gewinn von 3,5 Millionen. Zum Abschied bedankt sich der scheidende Chef bei Beamten und Angestellten der PTT und der SBB. Durch seine Tätigkeit habe er nicht nur gelernt, die Beamten und Angestellten zu schätzen, «langsam, aber sicher» ist er dazu gekommen, sie zu «lieben».

Wird Pilet im Politischen Departement auf ähnlich fähige und loyale Mitarbeiter wie Dr. honoris causa Marti zählen können? Der mit ihm befreundete Journalist Léon Savary hat seine Zweifel. Er meint, Pilet müsse, um seine wichtige Aufgabe erfüllen zu können, gut sekundiert sein. Dies könne nicht geschehen, ohne dass er neue Mitarbeiter hole:

> [illegible] zu ihren Eignungen steht, müssen verschwinden.

Savary steht mit dem Chef der Abteilung für Auswärtiges, Pierre Bonna, auf Kriegsfuss. Er hält Bonna für einen übervorsichtigen, folgsamen, pedantischen Beamten, der auf seinem «enormen Hintern» sitzt und wenig Ideen entwickelt.

Bevor er sein neues Amt antritt, stattet Pilet zusammen mit Minger dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz in Genf einen offiziellen Besuch ab. Dabei wird ein vom IKRK verfasster Aufruf besprochen, der die kriegführenden Staaten auffordert, keine Luftangriffe auf die Zivilbevölkerung auszuführen. Dann gönnt sich der Bundespräsidenten zusammen mit seiner Frau eine Erholungswoche im «Verenahof» in Baden. Am Samstagabend, 15. März, nimmt das Ehepaar Pilet an ei

nem Unterhaltungsabend der 8. Division teil. Zum Andenken schickt ihm der protestantische Feldprediger Hptm. Hatt ein selbst verfasstes Gedicht:

> [illegible]
> *sich heregah ohni End? / Doch Sie, Herr Bundespresident!*
> [illegible]
> *Liebi, wo nud laht / Und immer wider uferstaht*
> [illegible]
> *Muet / und duckt si vor kem Gesslerhuet*
> [illegible]
> *Oberschtdivisionär / Und all die Herre chrüz und quer.*
> [illegible]
> *seigi glych / I Heimetliebi starch und rych.*
> [illegible]
> *und guet / Z'bizahle mit em rote Bluet.*
> [illegible]
> *Volch un Heer / Und euseri uralt Schwyzerehr!*

Haben Monsieur und Madame Pilet die gut gemeinten Verse in Luzerner Dialekt verstanden?

Am Montag, 18. März, nimmt Pilet seine Arbeit im Politischen Departement auf. Bestrebt, sich über alles Wichtige auf dem Laufenden zu halten, liest er einen 20-seitigen (französisch geschriebenen) Bericht des «Politischen Informationsdiensts», der beginnt:

> [illegible]
> apan.

Wie die Bleistiftstriche am Rand belegen, hat der neue Aussenminister den Text genau gelesen. In der Schlusszusammenfassung «am Ende des sechsten Kriegsmonats» streicht sich Pilet einige Punkte speziell an:

> [illegible]

gonnen

Das Exposé ist eine nüchterne, leidenschaftslose Analyse. Gezeichnet ist der «*Berne, le 28 février 1940*» datierte Bericht nicht. Im Departement kennt man den Autor, einen Mann von hoher Bildung und reicher internationaler Erfahrung: Daniel Secretan, Jahrgang 1895, Literaturstudium an der Uni Lausanne, zehn Jahre Legationsattaché im EPD, französischsprachiger Sekretär des Ständerats und dann von 1929–1939 Generalsekretär des IICI (Internationalen Instituts für geistige Zusammenarbeit) in Paris, das nach dem Krieg als Unesco neu auferstehen wird. Motta hat ihn als Direktor der Sektion für internationale Vereinigungen ins Departement geholt.

Tags darauf liest Pilet einen Brief von Georges Wagnière, der die Schweiz von 1918 bis 1936 als Minister in Rom vertreten hat. Im Brief zitiert Wagnière während aus der ersten Rede, welche der junge faschistische Abgeordnete Benito Mussolini 1921 im Parlament hielt. Darin hat der spätere Duce die «deutsche Durchdringung» des «bastardisierten und germanisierten» Kantons Tessin kritisiert und den Gotthard als «die reale und sichere Grenze Italiens» bezeichnet. Als Mussolini dann ein Jahr später Ministerpräsident wurde, habe Wagnière seinem ersten Treffen mit ihm mit mulmigen Gefühlen entgegengesehen. Mussolini habe sich dann aber äusserst freundlich gezeigt und auch bei späteren Audienzen immer wieder seine «völlige Loyalität» gegenüber der Schweiz betont. Er habe unser Land als die «beste Freun-

die Italiens» gesucht. Oft habe Wagnière sich mit Mussolini über den «Irredentismus» unterhalten:

> [illegible] zeugen, dass diese Gefahr illusorisch sei.

Wagnières Brief schliesst mit warnenden Worten:

> [illegible] teidigen.

In seiner Antwort an Wagnière schreibt Pilet:

> [illegible] [Mussolini heute] meine Gedanken machen werde.

Mussolini habe in den letzten Jahren unserem Land gegenüber seine «sehr lebhafte Sympathie» bekundet. Zweitens hätten die Veränderungen in Europa ihn von der Notwendigkeit unserer Neutralität und Unabhängigkeit überzeugt.

> [illegible] seller Brüderlichkeit skeptisch gemacht hat.

An seinem dritten Tag im neuen Amt erhält Pilet Besuch vom deutschen Gesandten Köcher, der in seinem Telegramm ans Auswärtige Amt in Berlin die Begegnung zusammenfasst:

> [illegible]

> [illegible]
> wendungen erheben könne.

Sagt Pilet Köcher hier die volle Wahrheit oder die relative Wahrheit, so wie sie ihm damals als Bundespräsident bekannt war? Was oder wie viel wusste er von den von Hptm. Barbey in Guisans Auftrag mit der französischen Armeeführung geführten geheimen Gesprächen und den zwischen schweizerischen und französischen militärischen Stellen getroffenen Vorbereitungen für den Fall eines deutschen Angriffs auf die Schweiz?

Köcher in seinem Telegramm weiter:

> [illegible]
> in dieser Hinsicht liege ausschliesslich beim Bundesrat.

Zuhanden seiner Vorgesetzten an der Wilhelmstrasse fügt Köcher hinzu:

> [illegible]
> deren Zuverlässigkeit ich nicht zweifle.

Otto Köcher, 1884 in St. Louis geboren und in Basel zur Schule gegangen, versteht die Schweiz. Er ist 1912 in den Auswärtigen Dienst eingetreten und war zwischen 1918 und 1923 Konsul in St. Gallen und Legationsrat in Bern. Nach den Stationen Berlin, Mexiko, Barcelona wurde er 1937 Nachfolger Weizsäckers als Gesandter in Bern. Köcher ist ein aufrechter, zuverlässiger, genauer, deutsch denkender Diplomat alter Schule. Wie viele seiner Kollegen aus der Kaiser- oder Weimarerzeit misstraut er dem Nationalsozialismus.

21. Wieder vollzählig

Am 19. März – einen Tag, nachdem Hitler und Mussolini sich am Brenner getroffen haben – findet eine fast fünfstündige Bundesratssitzung statt, an der Neuling Celio und Rekonvaleszent Obrecht dabei sind. Zur Besprechung militärischer Dinge hat Pilet den General an die Sitzung eingeladen:

> [illegible]
> Herr General schliessen sich diesen Ausführungen an

Pilet hat sich – so darf man annehmen – die Erklärung, die er erstmals als Aussenminister im Bundesrat abgibt, genau überlegt.

Sich auf eine «sichere Quelle» berufend, berichtet der General, man befürchte in Deutschland, die Schweizer Regierung könne «angesichts einer derart deutschlandfeindlichen öffentlichen Meinung nicht neutral bleiben». Die Schweizer Presse werde im Ausland viel gelesen und könne deshalb die Meinung von gewissen Ländern wie Rumänien oder Jugoslawien, aus denen Deutschland einen Teil seiner Rohstoffe beziehe, beeinflussen:

> [illegible]
> ben mir im gleichen Sinn und verlangen sogar die Vorzensur.

Es sei eine allzu verbreitete Meinung, dass die Haltung unserer Presse und öffentlichen Meinung keinen Einfluss auf die Sicherheit des Landes habe. «In dieser Illu-

sion zu verharren könne uns teuer zu stehen kommen.» Gemeint ist die von Masson beharrlich vertretene «Blutschuldthese».

Im Anschluss an die Diskussion beschliesst der Bundesrat, dass die Abteilung Presse und Funkspruch bei der Armee bleibt. Aber:

> [illegible] Rücksicht auf die allgemeine Politik dies rechtfertigt.

In seiner nächsten Sitzung behandelt der Bundesrat den ersten wichtigen Spionagefall seit Beginn des Kriegs. Im Januar ist der 65-jährige Journalist und Oberstbrigadier a. D. Dr. phil. Arthur Fonjallaz verhaftet worden. Die gerichtliche Voruntersuchung ergab, dass Fonjallaz ein Agentennetz aufgezogen und Nachrichten zum Nachteil von Frankreich und England an den deutschen Nachrichtendienst übermittelt hat. Bei Fonjallaz' Verhaftung sind eine Menge von Aktenstücken konfisziert worden, darunter seine gesamte Korrespondenz mit dem Schweizer Nachrichtenchef Oberst Masson. Darunter befand sich ein Brief Massons vom 25. Oktober 1939, in dem dieser sein Interesse an einer von Fonjallaz geplanten Reise nach Süddeutschland und seinen dort gemachten Beobachtungen bekundete. Es ging Masson um «die Dichte der Truppen zwischen der Schweizer Grenze und München (wenn möglich Zusammensetzung und Identifizierung)», und mehr allgemein um den «materiellen und geistigen Zustand der Bevölkerung sowie die verschiedenen politischen Strömungen in Deutschland.»

Als mögliche strafbare Handlung – «zum mindesten ein Versuch der Verletzung militärischer Geheimnisse» – sehen die Untersuchungsbehörden das Mitnehmen seiner Korrespondenz mit Masson nach Deutschland. Weiter heisst es im Sitzungsprotokoll des Bundesrats:

> Ein A[illegible] seine Verhaftung unterbrochenen Reise berichten wollte.

Etter kennt seinen Waadtländer Landsmann Fonjallaz. Nach einer raschen militärischen Karriere trat dieser im Streit aus der Armee aus, dozierte dann an der ETH und

machte unglückliche Geldgeschäfte. Ursprünglich Mitglied der Bauernpartei gründete er in Rom die «Schweizerische Faschistische Bewegung» und lancierte die Volksinitiative gegen die Freimaurerei, für die im Nationalrat nur der Frontist Tobler und Gottlieb Duttweiler stimmten und die vom Volk wuchtig verworfen wurde. Pilet hat den faschistischen Oberst nie ernst genommen. Schon 1934 liess er gegenüber Feldmann die Bemerkung fallen, es sei kein Wunder, dass Fonjallaz in einer Irrenanstalt zur Welt gekommen sei, wo seine Mutter eingewiesen worden war. Nachdem die Spionageaffäre aufflog, bemerkte Pilet – wiederum zu Feldmann –, wenn Masson sich von Fonjallaz wirklich fahrlässig habe brauchen lassen, «sei er allerdings ein schlechter Nachrichtenchef».

Propaganda – geistige Landesverteidigung – wird immer wichtiger. Mit Stolz und Wehmut erinnern Redner im Parlament an die grossartige «Landi», als sich ein einig Volk seiner Geschichte, seiner Bräuche, seiner Errungenschaften und Leistungen bewusst wurde. Wie können Geist und Mut hochgehalten werden, wenn die Eintönigkeit des Aktivdienstes, die Trennung der Väter und Söhne von den Lieben, die Störungen von Handel und Geschäftsleben die Stimmung trüben? Nach dem Willen des Bundesrats sollen patriotische Veranstaltungen und Vorführungen die Öffentlichkeit bei Laune halten.

In der ersten Aprilwoche wird der mit Unterstützung des Militärdepartements gedrehte Film «Die Schweiz in Waffen» von Hauptmann Hans Hausamann, Fotounternehmer und Nachrichtenoffizier, vorgestellt. «Didaktisch und mit der unseren *Confédérés* lieben Genauigkeit und Gründlichkeit» – so leicht spöttisch die *Gazette* – wird darin unsere Armee von den Rekrutenschulen bis zu den Wiederholungskursen, von der Infanterie bis zur Luftwaffe vorgestellt. Der Film ist lang, nach «unverbesserlich welschem Geschmack» – *goût de «Welche» impénitent* – enthält er zu viele wortreiche Vorträge:

> [illegible] zu bewahren».

Fraglich, ob der Film ein ähnlicher Renner wird wie das gleichzeitig in Lausanner Kinos laufende englische Rührstück *Au revoir Mr. Chips* oder die neueste Disney-Trickfilmsammlung *La grande parade*.

Einen «Triumph» (*Gazette*) hingegen feiert im Berner Kursaal Schänzli die Erstaufführung des dramatischen Singspiels *La Gloire qui chante* von Gonzague de Reynold, in dem anhand alter Soldatenlieder «in grossen Zügen die Geschichte der Schweiz und der Schweizer» auflebt. Die von Soldaten einer jurassischen Brigade aufgeführte Neufassung des Werks von 192[illegible] «ist von einem ausserordentlichen Hauch beseelt, der einem im Laufe des Abends immer wieder die Tränen an den Rand der Augenlider treibt». Lang anhaltender Beifall der anwesenden Bundesräte Pilet, Etter, Minger, des Generals und der «höchsten militärischen, politischen, musikalischen und literarischen Persönlichkeiten bis zu den extra hergereisten ausländischen Journalisten». Zuvor konnten die Berner ein von einem berittenen Militärspiel angeführtes militärisches Defilé bestaunen: begeisterter Applaus für General Guisan, hoch zu Ross.

22. «Euse General»

Für die geistige Landesverteidigung ist der populäre General wohl der wichtigste Trumpf. Er stattet den Kantonsregierungen der Reihe nach seinen Besuch ab, was immer ein Anlass zum Festen ist. Er inspiziert Truppenverbände, schaut den Soldaten mannvoll in die Augen, hört den Liedern der Schulklassen zu, grüsst artig die zu seinen Ehren aufgebotenen Trachtenmädchen, schüttelt Fussballgrössen und Skikanonen die Hand, lässt die ihm zuhauf geschickten Briefe mit persönlicher Unterschrift beantworten. Der General ist leutselig, spricht mit den *Confederés Schwyzertütsch*, das er beim Besuch militärischer Schulen gelernt hat. Das Porträt des Generals – herb-gütiges Charaktergesicht, manchmal stolz aufrecht im Sattel seines Gauls – hängt als modernes Heiligenbild in Wirts- und Wohnstuben. Die Mitglieder seines Persönlichen Stabs, mit denen er gemütlich das Mittagessen einnimmt, mit denen er singt und jasst, beten ihn an.

Der Autor einer biographischen Studie wird schon bald einmal schwärmen:

> [illegible]
> in allen Gegenden einfach «öise General».

Öise oder je nach Dialekt *euse*, use: unsere, üise General.

Am 14. Februar ist der General mit Madame Guisan bei Monsieur und Madame Pilet-Golaz am Scheuerrain zum *déjeuner* eingeladen gewesen. Bis um vier Uhr (!) seien die Guisans geblieben, schreibt Frau Pilet-Golaz dem im Waadtland seine Rekrutenschule absolvierenden 20-jährigen Sohn Jacques, der im Herbst zuvor am Literargymnasium Kirchenfeld die Matura bestanden hat. Was sich der Bundesprä-

sident und der General [illegible] zweifellos [illegible] seiner guten [illegible] aus Minggers eigenem [illegible] einander zu sagen hatten, wissen nur die beiden. Aber die anfängliche Harmonie zwischen den zwei Waadtländern scheint bereits gestört.

[illegible] hatte [illegible], dass Guisan Dinge tat, die in politischen Bereich hineingehören und den Bundesrat [illegible] oder später [illegible]. Am 1[illegible] Februar soll [illegible] zu Markus Feldmann folgende Bemerkung gemacht haben:

> [illegible]
> nicht von Gutem ist»

Feldmann ist gleicher Meinung. Über eine Besprechung, die er mit Generalstabsoffizier Oberst Michel Plancherel [Mathematikprofessor an der ETH, 1942 wird er Chef der APF] führt, schreibt der Berner Pressemann und Nationalrat:

> [illegible]
> Interesse zu finden

Oberst Plancherel, ein Freiburger, ist ebenfalls kritisch:

> [illegible]

Boulanger, ein vom Volk bejubelter schneidiger französischer General, hatte 1889 mit einem bonapartistischen Staatsstreich geliebäugelt, sich dann aber aus dem Staube gemacht, als die Justiz hinter ihm her war.

Im höheren Offizierskorps ist der bei Volk und Soldaten beliebte General umstritten. Unmittelbar nach seiner Wahl durch die Bundesversammlung diskutierte der General im Bundeshaus mit seinem Freund Militärminister Minger die Beset-

zung des Generalstabschefs, des zweitwichtigsten Postens im Armeekommando. Der «Generalstabschef» im Kriegsfall braucht nicht die gleiche Person zu sein wie der «Chef des Generalstabs» zu Friedenszeiten. Gleichwohl schlug Minger den bisherigen Chef, Oberstkorpskommandant Labhart, vor. Gemäss Hptm. Hans Bracher, damals Sekretär der Landesverteidigungskommission, der bei der Besprechung dabei war, antwortete Guisan, dass «er sich mit Labhart nicht sehr gut verstehe» und ihn nicht als «nächsten Mitarbeiter sehen könne». Mingers Gegenargument: Da man doch bald mit einer Generalmobilmachung rechnen müsse, sei es besser, wenn der amtierende Generalstabschef «das Heft in der Hand behalte», weil ein Neuer «weniger wüsste» als Labhart. Bracher, im nach dem Krieg redigierten Tagebuch,

> [illegible]
> einen Wechsel vornehmen.

Es ging nicht. Von Beginn an prallten die beiden regelmässig aufeinander.

Als das Verhältnis des Generals zu seinem Generalstabschef sich weiter verschlechterte, fand Guisan zusammen mit Minger eine Lösung, um Guisan «von der Anwesenheit Labharts zu befreien», ohne diesen «allzu sehr zu kränken». Labhart wurde zum Kommandanten eines neu zu schaffenden 4. Armeekorps ernannt. Gleichzeitig wurde er *ad interim* als Generalstabschef durch Oberstdivisionär Jakob Huber ersetzt. Guisan, der bei aller Offenherzigkeit über beträchtliche machiavellistische Fähigkeiten verfügte, liess Labhart glauben, Huber sei bloss sein Stellvertreter und seine Versetzung ins 4. Armeekorps geschehe nur vorübergehend. Guisan täuschte auch Oberstkorpskommandant Ulrich Wille, dem er «versprochen» hatte, dass er ihn dem Bundesrat als neuen Generalstabschef vorschlagen werde, was er nicht tat. Beide, Labhart und Wille, fühlen sich von Guisan hintergangen und werden künftig versuchen, es ihm heimzuzahlen.

Verschiedene hohe Offiziere, allen voran Ulrich Wille, Sohn des Weltkriegs-Generals, hatten keine hohe Meinung von Guisan als Heerführer und Strategen. Der Gegensatz rührte auch daher, dass der deutschfreundliche Wille auf die in der Wehrmacht herrschende Doktrin des modernen Bewegungskriegs schwor, die sich im Polenkrieg offensichtlich bewährt hatte. Guisan hingegen vertraute den seit dem Weltkrieg von den französischen Militärschulen dozierten Lehren über den Verteidigungskrieg.

Auch Rudolf Miescher, Kommandant des für die Verteidigung des wichtigsten Abschnitts der Limmatlinie zuständigen 3. Armeekorps, bekundete Mühe mit Gui-

sans Vorstellungen über die Kriegsführung. Für Guisan war die Limmat ein panzersicheres Hindernis. Er wollte deshalb die Abwehrfront mit ihren Befestigungen direkt an das Flussufer legen:

> [illegible]

Miescher hingegen glaubte, dem Feind könne das Überschreiten der Limmat nicht verwehrt werden. Seiner Meinung nach müsste die Abwehrfront «durch die bewaldeten südlichen Höhen» hinter dem Fluss gezogen werden. Guisan und Miescher hielten an ihrer Auffassung fest. (Erfahrungen aus dem Polen- und später dem Frankreichfeldzug zeigen, dass Miescher richtig lag und Guisans Auffassung überholt war.)

Nachdem keine Kredite für den Bau der ständigen Befestigungen gesprochen worden sind, ist Anfang April 1940 noch nicht entschieden, wie die Verteidigungslinie genau gestaltet werden soll. Und was soll mit der Zürcher Bevölkerung geschehen, wenn im Falle eines deutschen Angriffs an der mitten durch die Stadt laufenden Front ein erbitterter Häuserkampf entbrennen würde?

Im Westen nichts Neues. Man erwartete, dass Hitler im März zuschlagen werde, so wie er es im März 1936 mit der Besetzung des Rheinlands, im März 1938 mit dem Einmarsch in Österreich, im März 1939 mit der Einnahme Prags getan hatte. Doch die Grossaktion gegen Frankreich bleibt weiter aus.

In Frankreich ist ein Kriegskabinett gebildet worden. Der als entscheidungsfreudig geltende Paul Reynaud hat den abwägenden Daladier als Ministerpräsident abgelöst. Winston Churchill, als *First Lord of the Admiralty* verantwortlich für den Seekrieg, freut sich über Frankreichs Neuorientierung und gratuliert Reynaud:

> [illegible] haben.

In seiner von der Schweizer Presse ausführlich zitierten Antrittsrede verspricht Reynaud dem französischen Volk den Sieg:

> [illegible]

23. Weckruf

Seit Ausbruch der Wirtschaftskrise 1932 sind die Ausgaben des Bundes ständig gestiegen. Subventionen für notleidende Branchen, Arbeitslosenunterstützung, Arbeitsbeschaffungsprogramme und die Aufrüstung der Armee können nicht mehr mit den Zolleinnahmen gedeckt werden. Neue Bundessteuern sind unvermeidlich geworden. Bisher hat sich der Bundesrat mit notrechtlichen Übergangsfinanzprogrammen beholfen. Jetzt will die Regierung eine dauerhafte Finanzordnung gesetzlich verankern. Der Chef des Finanz- und Zolldepartements Ernst Wetter hat im Herbst 1939 eine ausgeglichene Vorlage zusammengestellt und ins Vernehmlassungsverfahren gegeben. Der Ständerat billigt das Projekt am 28. Februar mit 22 zu 4 Stimmen.

In der dreiwöchigen Frühjahrssession will der Bundesrat das Finanzloch in der Bundeskasse mit dem Abwertungsgewinn der Nationalbank, einem Wehropfer, einer Wehrsteuer, einer Kriegsgewinnsteuer und einer Warenumsatzsteuer stopfen. Das Wehropfer ist eine einmalige Abgabe auf hohe Vermögen, und die Wehrsteuer schöpft die Erträge von Wertpapieren an der Quelle ab.

Die Sozialdemokraten halten das Projekt für asozial und warnen vor seiner inflationären Wirkung. Der Beitrag des Kapitals zur Sanierung des Bundeshaushalts sei «lächerlich» gering. Die Warenumsatzsteuer treffe die grosse Masse der kleinen Steuerzahler, die Konsumenten und die Arbeiter viel härter als die direkten Steuern die Reichen. Auch den welschen Liberalen gefällt das Projekt nicht. Sie sehen in direkten Bundessteuern eine Gefahr für die Haushalte der Kantone und damit für den Föderalismus.

Der Gründer und mächtige Chef des Landesrings der Unabhängigen, der dynamische Unternehmer Gottlieb Duttweiler wirft dem Bundesrat vor, nicht an die Zukunft zu denken. Wie die Sozialisten will Duttweiler das Wehropfer von maximal 4½ auf 6 Prozent des Vermögens erhöhen. Er möchte das Geld zweckgebunden für den Bau einer Maginot- oder Siegfried-Linie an der Rheingrenze einsetzen. Der Migros-Chef bestürmt den «phantasielosen» Bundesrat gerne mit Vorschlägen zur Landesverteidigung und Landesversorgung. 1937 forderte er – erfolglos – die Be-

schaffung von 1000 Militärflugzeugen. Jetzt verlangt er den Bau von unterirdischen Tanks in den Seen, in denen Vorräte von flüssigen Brennstoffen und Nahrungsmitteln zu lagern seien.

Während die Schweiz mit sich selbst beschäftigt ist, gerät der europäische Kriegsschauplatz in Bewegung. England und Frankreich machen mit der seit Monaten geplanten Aktion zur Unterbindung der schwedischen Eisenerzlieferungen an Deutschland Ernst. Lange hatten die Franzosen bei den Engländern für die Entsendung eines alliierten Expeditionskorps zur Unterstützung Finnlands plädiert. Beim Durchmarsch durch Nordschweden konnten dabei die dortigen für Deutschland lebenswichtigen Eisengruben in Besitz genommen oder zerstört werden. Der sowjetisch-finnische Friedensschluss vom 12. März beerdigte das Projekt. Stattdessen legen die Engländer am Morgen des 8. April in den norwegischen Territorialgewässern Minen. Norwegen protestiert. Die Alliierten rechtfertigen ihre Aktion damit, dass Deutschland mit der Versenkung alliierter Schiffe in norwegischen Territorialgewässern die Neutralität des Landes missachtet habe. Am Abend berichtet die englische Nachrichtenagentur Reuter, dass 90 bis 100 deutsche Kriegsschiffe im Kattegat Richtung Norden unterwegs sind.

Hitler hat den Befehl für eine seit Monaten geplante Aktion – Deckname «Weserübung» – gegeben. In den frühen Morgenstunden des 9. Aprils teilt Berlin der dänischen und der norwegischen Regierung mit, das Reich werde ihre Neutralität unter seinen «militärischen Schutz» nehmen. Deutsche Truppen überschreiten die dänische Grenze. Dänemark ergibt sich unter Protest der deutschen Herrschaft. Um 8 Uhr früh ist Kopenhagen besetzt. Deutsche Kriegsschiffgruppen erzwingen den Zugang zu den grossen norwegischen Atlantikhäfen von Narvik, Trondheim und Bergen. Stavanger wird von Luftlandetruppen besetzt. Die norwegische Regierung weist das deutsche Ultimatum zurück, erklärt die Mobilmachung und zieht sich aus Oslo zurück. Derweil ruft in der Hauptstadt «ein gewisser Quisling» sich zum Ministerpräsidenten aus. Major Vidkun Quisling ist ein ehemaliger Verteidigungsminister und Chef der unbedeutenden norwegischen Rechtsaussenpartei *Nasjonal Samling*.

In der Schweiz ist man über den deutschen Handstreich gegen die neutralen skandinavischen Länder erschüttert und empört. Dänemark, das nach dem Weltkrieg abgerüstet hatte und kaum eine Armee besitzt, leistet keinen Widerstand. Das Land hatte sich aufs Völkerrecht und einen Nichtangriffspakt mit Deutschland verlassen. Auch Norwegen glaubte nicht, je in einen Krieg verwickelt zu werden, und hat seine Rüstung vernachlässigt. Es kann nur schwache Kräfte – geschätzte 50 000 Mann – mobilisieren, die von den deutschen Truppen überrannt werden.

Die Lehre für die Schweiz ist klar: Wachsam und gerüstet bleiben. Leitartikler und Geschichtsprofessor Edmond Rossier kommentiert (Gazette, 10. April):

> [illegible] erhalten.

Derartig scharfe Worte gegen den deutschen Diktator kann sich nur ein Welscher vom Range Rossiers erlauben.

Seit Monaten kündigt man an, der Krieg werde in eine aktive Phase treten, grosse Ereignisse stünden bevor. Rossier schreibt:

> [illegible]

Britische Regierungsstellen, die ihr eigenes Versagen rechtfertigen müssen, schreiben das Gelingen des deutschen Überfalls dem Verrat von in Norwegen lebenden Deutschen und norwegischen Nazifreunden zu. Die «5. Kolonne» sei schuld und vor allem der Statthalter von deutschen Gnaden, Major Quisling, der dem König und der eigenen Regierung in den Rücken gefallen sei. Quisling weilte allerdings zur Zeit des Überfalls in Kopenhagen und war vom Einmarsch der deutschen Truppe ebenso überrascht wie alle anderen Norweger. Trotzdem wird sein Name in vielen Sprachen zum Begriff für Kollaborateur oder Verräter.

Die Verbreitung der Wortschöpfung ist dem sprachgewaltigen Churchill zuzuschreiben, der von einer «schmählichen Rasse von Quislingen» sprach – «um ein neues Wort zu brauchen, das über die Jahrhunderte hinweg die Verachtung der Menschheit mit sich schleppen wird». Quislinge – sagte Churchill – «sind angeheuert worden, um dem Eroberer zu liebdienern, mit seinen Plänen zu ‹kollaborieren› und dessen Herrschaft über seine Landsleute durchzusetzen, während sie selber niedrig katzbuckeln.»

General Guisan macht dem Bundesrat einen «Vorschlag betreffend die Sicherung der Mobilmachung und der Ruhe und Ordnung im Landesinnern beim Überfall durch eine feindliche Macht». Nach seiner Auffassung haben «die Erfahrungen mit dem Einfall in Österreich, in der Tschechoslowakei, in Polen, ganz besonders die

betrüblichen Erscheinungen in Dänemark und Norwegen» gezeigt, dass das heutige System der Mobilmachung «nicht ausreicht, um den neuesten Formen des Überfalls entgegenzutreten»:

> [illegible]

Den einrückenden Soldaten sei bekannt zu geben, «dass sie schon auf dem Wege zum Korpssammelplatz unter Umständen zum Schutze der Heimat kämpfen müssen». Es werde zur Beruhigung des Volkes beitragen, wenn es die Gewissheit habe, dass alle Versuche, den Widerstand im Innern zu brechen, zerschlagen würden. Der General will vom Bundesrat die sofortige Zustimmung zu einem von ihm entworfenen Bundesbeschluss für eine «Kriegsmobilmachung bei Überfall» und für «Weisungen über die Pflichten des Wehrmanns bei Überfall».

Auf Antrag Pilets ersetzt der Bundesrat eine umständlich formulierte Einleitung in Guisans Entwurf mit dem einfachen Satz: «Im Falle eines Überfalls wird die ganze Armee wieder aufgeboten».

Der Bundesrat ist nicht damit einverstanden, dass der «Oberbefehlshaber ohne weiteres und unter allen Umständen die Ermächtigung und somit die alleinige Kompetenz» erhält, den Mobilmachungsbeschluss sofort in Kraft zu setzen. Der Bundesrat will dem General dies nur gestatten, «wenn die Verhältnisse es erfordern». Pilet lässt Guisan wissen, dass er im Normalfall zu warten habe, bis der Bundesrat über eine Mobilmachung beraten hat. Zumindest müsse er vorgängig den Bundespräsidenten oder seinen Stellvertreter kontaktieren. Nur bei einer unmittelbar bevorstehenden, schwerwiegenden Gefahr könne der General in eigener Kompetenz handeln.

Pilet erklärt in seinem Brief an Guisan, was der Bundesrat unter «Angriff bei Überfall» versteht: Ein «vorsätzlicher Angriff, der über die feindseligen Absichten des Aggressorlands uns gegenüber keine Zweifel lässt.» Er warnt den General:

> [illegible] ausgelösten Angriffs ergriffen wird

Pilet hat den Brief geschrieben und vom Bundesrat absegnen lassen, weil er befürchtet, der zu Eigenmächtigkeit neigende General könnte bei einem unbedeutenden Grenzzwischenfall die Generalmobilmachung befehlen, obschon er diese gemäss den ihm bei seiner Ernennung erteilten Weisungen dem Bundesrat nur beantragen kann. Der Brief, unterschrieben im Namen des Gesamtbundesrats vom Bundespräsidenten und vom Bundeskanzler, zeugt vom Misstrauen der Zivilbehörde gegenüber dem Armeekommando.

Die Abteilung Presse und Funkspruch sammelt jetzt das «gesamte Material anhand der Radioberichte und Agenturmeldungen», das über die «deutschen Verräter- und Aushöhlungsmethoden» Aufschluss gibt. Die Polizeisektion des Armeestabs schenkt der «inneren Front» ebenfalls vermehrte Aufmerksamkeit. Dazu Feldmann:

> [illegible]

Im Nebel des Kriegs ist es schwierig, zuverlässige Informationen von Propaganda, Tatsachen von Gerüchten zu trennen. Eine von der späteren Forschung bestätigte Analyse des Kriegsgeschehens im Norden zeigt, dass die massive Überlegenheit der deutschen Truppen und nicht Verrat einer fünften Kolonne Hitlers Erfolg in Norwegen ermöglichte.

Kocher berichtet am 22. April dem Auswärtigen Amt über die vom Bundesrat und Armeekommando ausgegebenen Weisungen, deren Wortlaut «die ins tiefste gehende Erregung» widerspiegle, die das Land ergriffen habe. Im Verlaufe der militärischen Operationen sei man in der Schweiz zum Glauben gelangt, dass die beiden nordischen Länder «das Opfer einer abgefeimten unterirdischen Propaganda geworden seien»:

> [illegible]

[illegible]

[illegible] mung so:

[illegible]

[illegible] und [illegible] auf der [illegible] sind.

24. Abkommen mit den Alliierten

Die seit Kriegsbeginn dauernden, komplizierten und zähen Blockade-Verhandlungen mit den Westmächten waren Ende März so weit fortgeschritten, dass nur noch wenige unüberbrückbare Differenzen zu überwinden sind. Die Schweizer Unterhändlern brachten die Westmächte, die anfänglich allen Handel mit dem Feind unterbinden wollten, von ihrer starren Haltung ab. Die Handelsattachés Frankreichs und Grossbritanniens in Bern, welche die Verhandlungen führen, begreifen die Zwangslage der Schweiz und erkennen den Nutzen eines neutralen Staates mitten in Europa. Die Zentralen in London und in Paris, wo die einzelnen rivalisierenden Ministerien unterschiedliche Interessen vertreten, verzögerten jedoch den Abschluss eines Abkommens. Ungenügend informierte untere französische Instanzen bereiteten Schwierigkeiten, indem sie für die Schweiz bestimmte Waren beschlagnahmten. Energische Demarchen von Minister Stucki in Paris konnten jedoch viele bürokratische Hindernisse aus dem Weg räumen.

Haupttrumpf der Schweiz bei den Verhandlungen mit den Westmächten sind die Waffenlieferungen. Bereits am 6. September 1939 hatte der Bundesrat einen im April zuvor etwas eilfertig getroffenen Beschluss aufgehoben, der im Kriegsfall die Lieferung von Waffen, Munition und anderem Kriegsmaterial an Kriegführende verbot. Er verfügte, «dass im Prinzip Kriegsmaterial an Deutschland ebenso wie an Frankreich geliefert werden kann». Die Aufhebung des Waffenembargos erfolgte damals auf Drängen der rüstungsmässig im Rückstand liegenden Westmächte. Grossbritannien und Frankreich wollten sich mit Fliegerabwehrgeschützen, Bombenzündern und anderem kriegswichtigem Gerät eindecken, das einzig, oder in bester Qualität, nur in der Schweiz erhältlich war. Der Bundesrat stützte sich bei seinem Entscheid, wieder Waffen an Kriegführende zu liefern, auf die Haager Konvention von 1907. Diese erklärt solche Lieferungen für mit der Neutralität vereinbar, sofern keine der Kriegsparteien bevorzugt wird.

Noch im September platzierte Frankreich, das schon Ende 1938 bei der Maschinenfabrik Oerlikon 400 20-mm-Flabgeschütze bestellt hatte, Aufträge für 85 weite-

re Grossbritannien bestellte sogar 1000 Geschütze, von denen bis im April 1940 immerhin 110 geliefert werden konnten.

Anfänglich hatte sich das Militärdepartement gegen die Wünsche der Alliierten nach sofortiger Lieferung von Flabgeschützen gesträubt. Die eigene Armee benötigte sie selber dringend. Trotzdem lieferte die Schweiz in den ersten neun Monaten nach Ausbruch der Feindseligkeiten den Alliierten Kriegsmaterial im Wert von knapp 100 Millionen Franken. Deutschland, im Vergleich, bezog solches für weniger als eine halbe Million. Die Engländer drängten darauf, die für die Waffenfabrikation tätigen Arbeitskräfte vom Militärdienst zu beurlauben. Das Militärdepartement kam ihnen entgegen, da eine Produktionserhöhung auch im Interesse der Schweizer Armee lag. Die Waffenfabrik Oerlikon, die zu Beginn des Kriegs etwa 2000 Mitarbeiter beschäftigte, steigerte ihren Personalbestand innert Jahresfrist um beinahe das Doppelte.

Die Grosszügigkeit des Bundesrats bei der Erteilung von Ausfuhrbewilligungen für das von den Alliierten bestellte Kriegsmaterial trug entscheidend dazu dabei, dass ihre Unterhändler ihrerseits für die schweizerischen Anliegen Verständnis zeigten.

Am 25. April 1940 unterzeichnen Bundespräsident Pilet-Golaz und Minister Kelly in Bern, Premierminister Reynaud und Minister Stucki in Paris das sogenannte *War Trade Agreement* oder Blockadeabkommen. Der Vertrag gesteht der Schweiz grundsätzlich den Handelsverkehr nach allen Seiten zu, auch zu Deutschland, solange er nicht über den *courant normal*, der an der Aussenhandelsstatistik von 1938 gemessen wird, hinausgeht. Die Schweiz macht Scheinkonzessionen. So erklärt sie sich bereit, Waren wie Getreide, Kaffee, Tee, Kakaobohnen, Baumwolle, Wolle, Rohseide nicht zu exportieren, was sie normalerweise ohnehin nicht tat.

Wichtig für die Schweiz ist, was nicht auf einer der im Abkommen aufgeführten Listen verbotener Exportwaren steht: Maschinen, Werkzeuge, Kugellager, Uhren, Aluminium, Pharmazeutika und Kriegsmaterial darf sie frei liefern. Gerade an solchen, oft kriegswichtigen Waren ist Deutschland, der grösste Kunde der Schweiz, interessiert. Die am meisten umstrittene Konzession, welche die Schweiz den Engländern machen musste, ist die Einräumung eines Kredits von 100 Millionen. Alt Bundesrat Edmund Schulthess, jetzt Präsident der Eidgenössischen Bankenkommission, warnte Bundespräsident Pilet in einem Brief vom 4. April vor diesem Zugeständnis an England. Sein Argument: Deutschland könnte dann ähnliche Kreditforderungen stellen. Um das Abkommen zum Abschluss zu bringen, stimmt der Bundesrat gleichwohl dem Kredit zu.

Für die Schweiz und ihre Neutralität ist entscheidend, dass die von den Blockademächten an den Warenimport und -Export geknüpften Bedingungen von einer

rein schweizerischen staatlichen Stellen kontrolliert werden. Im Weltkrieg war dies anders gewesen. Damals mischten sich ausländische Funktionäre in die Überwachung des Aussenhandels ein.

Das War Trade Agreement ist ein bemerkenswerter Erfolg für die Schweizer Handelsdiplomaten und den Bundesrat. Allerdings hängt man diesen nicht an die grosse Glocke. Eine dürre Mitteilung orientiert die Presse über den für beide Parteien befriedigenden Abschluss der «schwierigen Verhandlungen». Einzelheiten fehlen. Für den Aussenhandel herrscht Geheimhaltungspflicht. Immerhin sickert aber das Verhandlungsergebnis so viel durch, dass die *Neue Berner Zeitung* zwei Wochen nach Vertragsunterzeichnung befriedigt schreibt:

> [illegible] Arbeit um das ganze Volk verdient gemacht.

Minister Kelly erklärt in einem Vortrag vor der britischen Handelskammer in der Schweiz:

> [illegible]

Die Diskretion, mit der die Unterzeichnung des Abkommens bekannt gegeben wird, rührt daher, dass der Bundesrat Berlin nicht aufschrecken will. Die Zeitungen schreiben nichts über die umfangreichen schweizerischen Waffenlieferungen an die Alliierten. Allerdings bleiben diese deutschen zuständigen Stellen nicht verborgen. Ministerialdirektor Karl Ritter, der für das Auswärtige Amt schon seit zehn Jahren die Wirtschaftsverhandlungen mit der Schweiz beaufsichtigt, wird bald einmal der Schweizer Verhandlungsdelegation vorhalten, ihr Land erscheine ihm «als eine grosse Rüstungswerkstatt, die fast ausschliesslich für England und Frankreich arbeite».

Das Verdienst am erfolgreichen Abschluss des War Trade Agreement kommt auch Bundespräsident Pilet zu. Während des Krankheitsurlaubs von Obrecht erteilte er der von Jean Hotz und Heinrich Homberger geführten Verhandlungsequipe die erforderlichen Instruktionen.

25. Aprilwetter

Der Bundespräsident und neue Aussenminister Pilet-Golaz ist zur dominierenden Figur im Bundesrat geworden. Er leitet die Bundesratssitzungen souverän und in umstrittenen Fragen setzt er sich fast immer durch.

So im Fall des über ein halbes Jahr diskutierten und schliesslich im April von den Räten genehmigten Finanzprogramms. Ursprünglich plante der Bundesrat, dieses der Volksabstimmung zu unterstellen. Angesichts der verschärften internationalen Lage änderte er seine Meinung und beschliesst, die wichtigsten Teile des Projekts – Wehrsteuer, Wehropfer, Warenumsatzsteuer – durch Bundesbeschluss in Kraft zu setzen. Damit wollte er einen das Land spaltenden Abstimmungskampf vermeiden. Die Umgehung des Volksentscheids war im Bundesrat umstritten, und Pilet musste abstimmen lassen. Die einzige Gegenstimme kam entweder von Baumann, der es mit den Sozialdemokraten nicht verderben will, oder von Obrecht, der notrechtliches Regieren prinzipiell ablehnt. Die Sozialdemokraten sind über den autoritären Entscheid empört.

Die Linke hat einen weiteren Grund zur Entrüstung. Nach Kriegsausbruch begann sich im Parlament und im Bundesrat die Ansicht durchzusetzen, dass im Interesse der nationalen Einheit die sozialistische Opposition in die Regierungsverantwortung eingebunden werden sollte. Grundsätzlich sind vor allem deutschschweizerische Freisinnige für eine sozialistische Regierungsbeteiligung. Aber wie soll sie in der Praxis zustande kommen? Die Freisinnigen sind bereit, einen, jedoch nicht zwei ihrer vier Bundesratssitze zu opfern. Da die Sozialisten aber mindestens zwei Sitze beanspruchen, hätten die Konservativen auf einen ihrer beiden oder die Bauern auf ihren einzigen Sitz verzichten müssen. Beides ist politisch unmöglich. Die Sozialisten verheimlichten selber nicht, dass sie dem Bundesrat «nur mit dem Gedanken beitreten würden, in der Opposition zu verbleiben».

International steht der Monat April ganz im Zeichen des Kriegsgeschehens in Norwegen. Beide Parteien, vor allem aber die vom deutschen Überfall überraschten Engländer, übertreiben in ihrer Informationspolitik die eigenen Erfolge. In der

Schweiz fällt es schwer, sich ein Bild über den Verlauf der Kämpfe zu machen. Am 23. April glaubt der Militärexperte der *Gazette* immer noch, dass die Alliierten mit ihren kraftvoll und methodisch geführten Landeunternehmen an verschiedenen Punkten der Küste die «erste Runde gewonnen haben». In London sieht man die Lage realistischer. Am 26. April beschliesst das Kabinett, die Truppen aus Mittelnorwegen abzuziehen. Unterstaatssekretär Cadogan im Tagebuch: «Es ist ein schreckliches Debakel. *But there it is, it must be faced.*»

Der Schweizer Nachrichtenchef Masson ist pessimistisch. Am 21. April trifft er «in einem Ecksalon des Hotels Savoy, 1. Stock» Nationalrat Feldmann zu einer über zwei Stunden dauernden Besprechung unter vier Augen. Er teilt ihm vertraulich mit, wie sein Nachrichtendienst die Gefahrenlage einschätzt:

> [illegible]

Dies zeigt, dass Masson den Oberkommandierenden der Wehrmacht falsch beurteilt. Der Führer führt Krieg nach strategischen Überlegungen und nimmt keine Rücksicht auf die Volksstimmung.

26. Fingerspitzengefühl

Bereits am Tag seines Amtsantritts als Aussenminister ist Pilet von Minister Stucki vertraulich auf eine Personalie aufmerksam gemacht worden, die ihn in den nächsten beiden Monaten beschäftigen wird. Der wohlgelittene langjährige Botschafter in Bern Charles Alphand ist gesundheitlich angeschlagen und soll aus Altersgründen abgelöst werden. Ministerpräsident Daladier hat Raymond Patenôtre, den er im September als Wirtschaftsminister ersetzte, die Berner Stelle als Trostpflaster versprochen. Patenôtre besitzt eine Gruppe von Regionalzeitungen, ist sehr reich und einflussreich. Stucki nimmt an, dass der Zeitungsmagnat, dem es in erster Linie um den begehrten Ambassadorentitel geht, bereits nach sechs Monaten den Berner Posten wieder verlassen würde, um sein ruhendes Abgeordnetenmandat nicht zu verlieren. Im Quai d'Orsay, dem Aussenministerium, will man den Quereinsteiger nicht und erzählt Stucki Böses über ihn. Patenôtres Schwiegervater, der auch Pilet bekannte Millionär James H. Hyde, hat Stucki anvertraut, dass der entlassene Wirtschaftsminister unfähig und so faul sei, dass er kaum je vor Mittag aufstehe.

Stucki weiss auch, dass der Quai d'Orsay viel lieber den erfahrenen Berufsdiplomaten Robert Coulondre in Bern sähe. Coulondre war Botschafter in Moskau und Berlin, wo er mit den Diktatoren Stalin und Hitler umgehen musste. Stucki über ihn:

> [illegible]
> im Urlaub und ist disponibel.

Pilet und Stucki stellen sich die Frage, wie man Coulondres Ernennung fördern und diejenige von Patenôtre hintertreiben könne. Keinesfalls will man den der Schweiz wohlgesinnten Immer-noch-Kriegsminister Daladier verärgern. Fingerspitzenge-

fühl und Diskretion sind gefordert. Pilet ist sich dessen bewusst, als der französische Legationsrat Héloïse, den er von früher kennt, sich bei ihm meldet. Héloïse bemerkt, er komme im Auftrag seines bettlägerigen Chefs Alphand und mit Instruktionen aus Paris. Dort wäre man froh, wenn man einen Vorwand hätte, um sich aus der gegenüber Patenôtre eingegangenen Verpflichtung zu befreien. Könnte Herr Stucki in Paris nicht diskret andeuten, dass die Schweiz den Berufsdiplomaten Coulondre dem Politiker Patenôtre vorziehen würde? Pilet lässt sich nicht aufs Glatteis führen. Er finde es amüsant, dass man ihn, den Schweizer Bundespräsidenten, ersuche, gewissermassen den nächsten französischen Botschafter in Bern zu ernennen. Pilet sagt klipp und klar, dass dessen Nachfolger «glücklicherweise» nur von der französischen Regierung bezeichnet werden könne. Fügt jedoch hinzu, er wolle die ganze Frage noch mit Stucki besprechen.

Brieflich mahnt Pilet Stucki zu Vorsicht. Wenn man eine Vorliebe für Coulondre ausdrücke – und geschehe das noch so diskret –, dann riskiere man, sich den Groll eines beleidigten Abgeordneten [Patenôtre] zuzuziehen, der sehr wohl zukünftige Regierungsbildungen beeinflussen oder bei ihnen beteiligt sein könnte. Pilet und Stucki einigen sich auf das weitere Vorgehen.

Im Quai d'Orsay erklärt Stucki formell, dass die Schweiz gegen keinen der beiden Kandidaten Einwendungen habe, dass sie beide Ernennungen «als für sie ehrenvoll» betrachten würde. Dann fügt er hinzu:

> [illegible] zu lernen.

Das von Pilet und Stucki ausgeheckte Vorgehen führt zum Erfolg. Patenôtre sieht ein, dass der Berner Posten nichts ist für ihn. Die französische Regierung sucht um das Agrément für Coulondre nach, der Anfang Juni sein Amt antreten wird.

Ende April 1940 liest Pilet aufmerksam einen Bericht von Professor William G. Rappard, des Gründers des Genfer Institut des Hautes Etudes Internationales und langjährigen Beraters des Bundesrats. Rappard, der in Amerika aufgewachsen und eben von einer Reise aus den Staaten zurückgekehrt ist, rapportiert über die dortige Stimmung. Er spricht von einer allgemeinen Feindseligkeit gegenüber den Diktaturen, die besonders gegenüber Deutschland als beinahe «universell und leidenschaftlich» erscheine:

Allgemein sei man überzeugt, dass Grossbritannien und Frankreich für eine Sache kämpften, die definitiv auch die der Vereinigten Staaten sei. Trotzdem stellt Rappard in den USA einen starken Isolationismus fest. «Wenn man sich auf den äusserlichen Schein begrenzt, stellt sich das amerikanische Volk zur gegenwärtigen Stunde beinahe einmütig gegen eine militärische Intervention in Europa.» Dies, meint Rappard, könnte sich rasch ändern, falls die deutschen Waffen siegten, Paris und London zerstört und der Nazismus sich in Kanada, Mexiko oder Brasilien aggressiv zeigen würde. Die Meinung, die er hier ausdrücke, sei wahrscheinlich nicht diejenige der Mehrheit der Amerikaner, aber sie sei ihm von den «bestinformierten und intelligentesten» seiner Gesprächspartner auseinandergesetzt worden und werde von unserem Minister in Washington [Carl Bruggmann] geteilt. Zu dieser Bemerkung Rappards setzt Pilet zustimmend zwei Randstriche.

Rappard verweist auf eine Gallup-Umfrage, wonach die Schweiz unmittelbar hinter Grossbritannien und Frankreich von allen europäischen Ländern die grösste Sympathie geniesse. Diese Sympathie erkläre sich aus den Erfahrungen, die von den Amerikanern mit «unserer zahlreichen, aktiven, intelligenten und ehrlichen Schweizer Kolonie» gemacht worden seien. Man habe eine sehr hohe Meinung von «unseren wirtschaftlichen Fähigkeiten und unserer kommerziellen Moral». Dazu gelte es Sorge zu tragen. Rappard rät von jeder aufdringlichen Propaganda, etwa durch die Entsendung von Vortragsreisenden ab. Höchste Diskretion sei angebracht. Diese Bemerkung **verdient zwei Randstriche Pilets.**

Innenpolitisch gibt es für den Bundesrat und ganz besonders für Minger in der zweiten Aprilhälfte Ärger. Am 17. des Monats ist der Sekretär und juristische Berater des Militärdepartements, Oberstleutnant Dr. Hans Trüb, wegen Spionageverdachts verhaftet worden. Der Fall ist noch ernster als die Festnahme von Oberstdivisionär a. D. Fonjallaz, denn er zeigt, dass selbst im Herzen der Bundesverwaltung im Trüben gefischt wird. Die sozialistische Presse, die schon seit ein paar Jahren die Entfernung frontistischer Offiziere aus hohen Armeestellen fordert, schreitet zu einem Frontalangriff. Ein gross aufgemachter polemischer Leitartikel von Nationalrat Ernst Reinhard in der *Tagwacht* nimmt Bundesrat Minger persönlich aufs Korn, auf dessen Sitz die Berner Sozialdemokraten spekulieren. Reinhard weist darauf hin, dass Oberst Trüb «in unmittelbarer Nähe des Departementschefs arbei-

tete und oft seine rechte Hand war». Dieser, obschon als «moralisch nicht sauber» bekannt, habe bleiben können, weil er die vielen Frontler im Instruktionskorps beschützt und einen «grimmigen und unnachsichtigen Krieg gegen die Sozialisten» geführt habe.

Reinhard spricht von einem «System im Bundeshaus und auf dem Militärdepartement», das «den Fall Trueb gebar» und nun in jeder Beziehung «Schiffbruch gelitten» habe. Jetzt müsse aufgeräumt werden:

> [illegible]
> wegzufegen.

Der Ruf nach Säuberung erschallt nicht nur in der sozialdemokratischen Parteipresse, sondern wird auch von anderen Blättern, die gerne Opposition gegen den Bundesrat machen, aufgenommen. Dazu gehören die linksfreisinnige *National-Zeitung*, Duttweilers *Tat* und die am Zürcher Bahnhofkiosk viel verkaufte, aufsässige Wochenzeitung *Die Nation*. Das Blatt publiziert eine Namensliste von angeblichen «Frontler-Offizieren», worauf die APF die Nummer konfisziert.

Am 29. April rückt eine Presseorientierung durch Armeeauditor Oberst Trüssel den Fall Trueb in ein neues Licht. Die Untersuchung hat ergeben, dass ein Zürcher Hotelangestellter von einem Engländer angefragt wurde, ob er ihm nicht militärische Nachrichten aus Deutschland verschaffen könne. Dieser erinnerte sich, dass der Ehemann seiner Cousine, eben Trueb, beim Militärdepartement arbeite und über solche Nachrichten verfüge. Der Hotelangestellte reiste nach Bern und unterbreitete dem Ehepaar Trueb den Vorschlag des Engländers. Darauf missbrauchte Trueb seine amtliche Stellung, machte sich Notizen und kopierte Akten – es handelte sich um geheime Nachrichtenbulletins –, die seine Frau gegen Bezahlung an den unbekannten Engländer weiterleitete.

Auditor Trüssel stellt klar, dass Trueb keine *schweizerischen* militärischen Geheimnisse verriet und kein «Schutzpatron der frontistischen Offiziere» war. Die Festnahme ist ein Erfolg von Jaquillards Spionageabwehr (SPAB). Der naive Militärdepartementssekretär hatte keine Ahnung gehabt, dass der Herr, der mit ihm abendlich in seinem Tessiner Ferienhotel Karten spielte, ein Agent dieser SPAB war.

Auch wenn Trueb kein Frontist und kein «Quisling» ist, lässt die Kampagne gegen deutschfreundliche Offiziere in der Linkspresse nicht nach. So muss der Bundesrat auf Anfrage Oprechts Divisionär Birchers Besuch in Warschau rechtfertigen. Eugen Bircher hat als Direktor des Kantonsspitals Aargau an einem deutschen Arz

tekongress teilgenommen und dies ausgenützt, um im besetzten Polen Krankenhäuser mit Kriegsverwundeten zu besuchen.

Die schon seit Jahren anhaltende linke Kampagne gegen frontistische oder germanophile höhere Offiziere zeitigt schliesslich Früchte. An einem Armeerapport Ende April erklärt General Guisan:

> [illegible]

Am 10. Mai befiehlt der General die Einleitung einer Untersuchung gegen rechtsextremistische Offiziere in der Armee.

27. Ribbentrop droht

Am 2. Mai – es ist Auffahrt – bestellt Reichsaussenminister Ribbentrop den schweizerischen Gesandten Frölicher in seine Gemächer im Präsidentenpalais. Frölicher ist seit seiner Akkreditierung vor zwei Jahren von Ribbentrop kein einziges Mal mehr empfangen worden. Der diplomatische Verkehr mit der Schweiz läuft über Staatssekretär Weizsäcker. Was Frölicher anschliessend Departementschef Pilet-Golaz berichtet, lässt in Bern die Alarmglocken klingeln:

> [illegible] werde, falls das Agreement tatsächlich erteilt würde.

Ribbentrop begründet seine Forderung damit, «dass ein selbständiges Polen nicht existiere und diese Scheinregierung in Angers keine Legitimität habe».

> [illegible]

Ribbentrop ist für seine Arroganz und Taktlosigkeit berüchtigt. Der englische Diplomat Henderson, der ihn gut kennt, nennt ihn eine seltene «Verbindung aus Eitelkeit, Dummheit und Oberflächlichkeit». Viele Nazigrössen – Himmler macht eine Ausnahme – verachten den Parvenu. Für Göring ist er der «Papagei». Goebbels spottet im Tagebuch, Ribbentrop habe seinen Namen gekauft [er wurde «von Ribbentrop», indem er sich adoptieren liess], sein Geld geheiratet und seinen Weg ins Amt

und Würden durch Schwindeleien erreicht. Hitler hingegen hält grosse Stücke auf das «Genie». Er sieht in ihm den «zweiten Bismarck».
Wenn also der mächtige Ribbentrop mit der Rückberufung des deutschen Gesandten aus Bern droht, muss man dies ernst nehmen. Im Gespräch mit Frölicher hat der deutsche Aussenminister noch anderes grobes Geschütz aufgefahren. Er sagte ihm, das Reich werde «eine weitere Beschimpfung des deutschen Volkes durch die Schweizer Presse» nicht hinnehmen:

> [illegible] dieser Richtung zu machen.

Was will Ribbentrop mit seinen Drohungen? Den Bundesrat einschüchtern, gewiss. Und wieso diese ungewöhnliche Einbestellung Frölichers zu einem Zeitpunkt, als die deutschen Truppen in Norwegen siegen? Was kann es die deutsche Regierung kümmern, wenn ein Gesandter der polnischen Exilregierung vom Schweizer Bundesrat das Agrément kriegt? Hält nicht selbst das mit Deutschland verbündete Italien seine Beziehungen zu dieser «Scheinregierung» aufrecht?

Die Exilpolen sind dem Reich ein Dorn im Auge. Die polnische Flotte, die sich fast vollständig hat retten können, kämpft auf der Seite der Alliierten. Ebenso einzelne Fliegergeschwader. Die Zahl der polnischen Soldaten, die sich in eigenen Verbänden den Alliierten angeschlossen haben, beläuft sich auf etwa 80 000. Am Auffahrtstag hat der polnische Ministerpräsident Sikorski in einer aus seinem Exil gehaltenen Radioansprache die Taten seiner Landsleute im Skandinavienkrieg gepriesen und gesagt:

> [illegible] erheben

Die Regierung Sikorski will den bisherigen Gesandten in Bern, Komarnicki, einen Mann des diskreditierten, nach Rumänien geflohenen Regimes, durch einen Mann ihres Vertrauens ersetzen. Alexander Ładoś, Staatsminister in der Exilregierung, soll Sikorski in der wichtigen Nachrichtenzentrale Bern vertreten.
Der liberale Waadtländer Nationalrat Gorgerat hat in dieser Frage persönlich bei Pilet sondiert – beide sind Juristen und Bellettriens. Er tat dies im Auftrag von Ignacy Paderewski, des in Morges lebenden weltberühmten Pianisten, der jetzt den Poln

schen Nationalrat, das Beratungsorgan der Exilregierung, präsidiert. Paderewski, Ehrenbürger von Morges und Lausanne, ist in der Schweiz hoch angesehen und hat hier einflussreiche politische Freunde wie Gorgerat und Henry Vallotton, der ihn als Anwalt vertritt. Die für ihre Freiheitsliebe bekannten Polen sind in der Schweiz ohnehin beliebt.

Pilet teilt diese Sympathie, aber er weiss auch – und dies noch vor der Standpauke Ribbentrops an Frölicher –, dass die Akkreditierung eines prominenten polnischen Exilpolitikers als Gesandter in der Schweiz dem Reich missfallen werde. In seinem Departement bestand deshalb schon vorher die Absicht, den Empfang des Beglaubigungsschreibens des neuen Gesandten ohne die übliche offizielle Zeremonie in aller Stille über die Bühne zu bringen.

Bereits am Samstag, 4. Mai verlangt Köcher von Pilet eine Audienz und teilt ihm offiziell mit, «dass die deutsche Regierung die Anerkennung eines neuen polnischen Ministers in Bern als einen unfreundlichen Akt betrachte». Dies sind ungewöhnlich scharfe Töne. Pilet antwortet laut Köcher, «er könne nicht verstehen, wie ein Personalwechsel in der Gesandtschaft Polens von der deutschen Regierung für unfreundlich gehalten werden könne». Wichtig sei, dass im Verkehr zwischen zwei Staaten diplomatische Vertretungen bestanden. Personelle Fragen seien zweitrangig. Bisher habe die deutsche Regierung eine polnische Gesandtschaft in Bern nicht für untragbar gehalten. Er könne sich nicht erklären, wieso sie sich gegenüber der Schweiz weniger entgegenkommend zeige als gegenüber anderen neutralen Staaten wie namentlich Italien. Hat nicht der italienische Aussenminister Ciano «vorgestern den polnischen Gesandten zitiert», um ihm eine Mitteilung zuhanden der polnischen Regierung zu machen? Die Neutralität, argumentiert Pilet, verpflichte die Schweiz, die Lage von Ende August 1939 einzufrieren und die zu diesem Zeitpunkt existierenden Staaten anzuerkennen, bis ein Friedensschluss erfolgt sei.

Köcher antwortet, er werde Berlin Bericht erstatten und sein Möglichstes tun, um die ihm vom Bundespräsidenten gegebenen Erklärungen dort verständlich zu machen. Nachdem jedoch Herr Frölicher mit Herrn von Ribbentrop ein Gespräch geführt habe, sei wünschenswert, dass der schweizerische Standpunkt vom Schweizer Gesandten direkt in Berlin erläutert werde. Köcher will sich nicht in die Nesseln setzen.

Im Verlaufe des Gesprächs macht Pilet – gemäss Köcher – einige Bemerkungen, die «undiplomatisch» erscheinen mögen:

> [illegible]

Wenn Pilet über den bisherigen polnischen Gesandten Komarnicki spottet, tat er dies, um Kocher für sich einzunehmen. Allerdings weiss er auch, dass Paderewski und Sikorski, die wichtigsten Persönlichkeiten der polnischen Exilregierung, keine gute Meinung von Komarnicki haben.

Minister Bonna, der dem Gespräch Pilet–Kocher beigewohnt hat, bemerkt in seiner Aktennotiz:

Die deutsche Regierung lässt jedoch nicht locker. Legationsrat von Bibra, de facto NSDAP-Landesgruppenleiter Schweiz und heimlicher Chef des ihm hierarchisch übergeordneten Kocher, verlangt im Bundeshaus Auskunft zur Agrémentfrage. Protokollchef Karl Stucki notierte dazu:

> Gesandtschaft zugegangen sei.

Pilet findet schliesslich eine Lösung. Der neue Mann Ładoś soll seinen Posten in Bern vorläufig in der Funktion eines interimistischen Geschäftsträgers antreten. Er behält den Titel Minister. Für die Polen bleibt die Form gewahrt: der neue Minister behält seine Position in der Hackordnung des Berner Diplomatischen Korps.

Frölicher wird am 14. Mai in Berlin Staatssekretär Weizsäcker im Auftrag des Bundesrats mitteilen, dass die schweizerische Regierung, «um auf das von dem Herrn Reichsaussenminister an Herrn Frölicher ausgesprochene Ersuchen Entgegenkommen zu zeigen», «bis auf weiteres» einem Polnischen Gesandten kein Agré-

ment erteilen werde. Damit ist der Forderung Ribbentrops zumindest formell Genüge getan. Inzwischen hat Hitler den Krieg gegen Frankreich eröffnet. Ribbentrop weilt an der Westfront, ist anderweitig beschäftigt und hat vermutlich die Sache mit der polnischen Gesandtschaft in Bern vergessen. Am 18. Mai kann Minister Ladós in Bern offiziell als Geschäftsträger akkreditiert werden. Die polnische Exilregierung ist zufrieden, weil sie von der Schweiz weiter anerkannt wird. Ihre Gesandtschaft in Bern, die als Informations- und Spionagezentrum eine wichtige Rolle spielt, wird wieder von einem Diplomaten vertreten, dem Sikorski vertraut.

Pilet hat seine erste ernsthafte Prüfung als Aussenminister bestanden. Er nimmt sich Zeit, die Buchhaltung für seinen Bauernhof Les Chanays, die ihm sein Meisterknecht Frédéric Schick zugesandt hat, bis ins kleinste Detail nachzuprüfen. Hofbesitzer Pilet findet darin Fehler und Versäumnisse und lässt Frédéric dies brieflich wissen. Der Bundesrat sieht zwar ein, dass der Meisterknecht bis Mitte März im Militärdienst weilte, bemängelt aber gleichwohl, dass dieser bei seinen Urlauben die Buchhaltung nicht in Ordnung gehalten habe. «Dies sind Dinge, die man nicht vernachlässigen darf, andernfalls kommt es zu Irrtümern und Schreibereien.» Pilet – Rechenkünstler und ehemaliger Lehrer an der Waadtländer landwirtschaftlichen Schule – nimmt es genau, besonders wenn es um Inventar und Amortisationen geht:

> [illegible] erinnern.

Oder:

> [illegible]

Sieben Seiten umfasst Pilets Brief an den Meisterknecht, dessen wichtige Punkte er mit ihm bei seinem nächsten Besuch in Les Chanays an Pfingsten besprechen will.

Am Dienstag, 7. Mai besucht Alt-Bundesrat Häberlin die Pilets am Scheuerrain

> [illegible]

Am Mittwoch, 8. Mai, wohnt Pilet zusammen mit General Guisan Manövern irgendwo im Jura bei. Am späteren Nachmittag nehmen der höchste Magistrat und der General in La Chaux-de-Fonds ein Defilee ab, wobei auffällt, dass Pilet wieder einmal unstandesgemäss mit Baskenbaret, Knickerbockers und Pullover bekleidet ist.

Tags darauf kann der Bundespräsident in der Gazette ausführliche Berichte über die Unterhaus-Debatte zum Norwegen-Fiasko lesen. Premier Chamberlain erklärte den Rückzug des Gros des alliierten Expeditionskorps damit, dass es an Truppen und Material gefehlt habe, um dem Feind erfolgreich entgegenzutreten. Admiral Keyes, ein konservativer Abgeordneter, kann nicht begreifen, dass man nicht die Navy geschickt habe, um Trondheim, den wichtigsten Hafen des Landes, in Besitz zu nehmen. Labourchef Clement Attlee stellte fest, im Kampf um seine Existenz könne «das Schicksal des Landes nicht Leuten anvertraut werden, die Ruhe brauchen». Noch deutlicher wurde der konservative Abgeordnete Leo Amery: «Ein Wechsel muss kommen; die Führung des Kriegs verlangt vorab einen Kopf, der führt, und einen raschen Entscheid.» Gazette-Leitartikler Edmond Rossier ist von Chamberlain enttäuscht:

> [illegible]

Rossier glaubt aber, dass der Premier sich noch «ein paar Wochen» halten werde. Sein Schlusswort:

> [illegible] ge Mann sei vorhanden.

Die Schweiz geniesst das strahlend schöne Frühlingswetter. In den Zeitungen erinnern die Inserate der Blumenhändler daran, dass der kommende Sonntag Pfings-

ten, auch Muttertag ist. Die Pilet-Golaz' dürfen sich auf den Pfingstbesuch in Les Chanays freuen. Im Frühling pflegt der Bundespräsident dort auf den Wiesen Blumen zu pflücken, zu trocknen und zu sammeln. Die Pflanzen bestimmt er anhand Botanikbüchern. Manchmal bindet er Feldblumensträusse.

In Paris lässt die Sonne die Knospen platzen und das Grün aufblühen. Ein Zeitungbericht beschreibt das friedliche Leben in der *ville lumière*:

> [illegible] werden siegen, weil wir die Stärkeren sind»?

Die internationale Lage scheint ruhig. Aus Den Haag berichtet eine Agenturmeldung, man sehe dort keine Anzeichen einer Gefährdung der holländischen Neutralität.

28. Sturm nach der Stille

Dann schlägt der Blitz ein.

Freitag, 10. Mai, 7 Uhr, Frühnachrichten. Das Schweizer Radio meldet aus Berlin: Die deutsche Wehrmacht erhielt den Befehl, «die Neutralität Belgiens und Hollands mit allen militärischen Mitteln zu schützen». Es folgt ein Memorandum von Goebbels: Deutschland ist nicht gewillt, einen «unmittelbar bevorstehenden englisch-französischen Angriff gegen die Ruhr tatenlos abzuwarten». Die von Holland und Belgien getroffenen militärischen Massnahmen und die feindselige Haltung der holländischen und der belgischen Presse gegenüber dem Reich hätten keinen «Willen zur Neutralität» erkennen lassen.

Wie die meisten Schweizer, die diese Nachricht hören, glaubt Markus Feldmann den Deutschen kein Wort. Er schreibt im Tagebuch von den «üblichen verlogenen Phrasen, man komme nicht als Feind».

In den frühen Morgenstunden haben deutsche Truppen die lange erwartete Grossoffensive eingeleitet. Hitlers Tagesbefehl schliesst mit den Worten:

> [illegible]
> [illegible]
> Das deutsche Volk ist mit seinen Segenswünschen bei euch.

Der Angriff auf Frankreich, zu dem sich Hitler bereits im Oktober 1939 entschlossen hatte, war aus Wetter- und anderen Gründen 29 mal verschoben worden. Inzwischen haben die Generalstäbler des Heers den Plan für «Operation Gelb» abgeändert, verfeinert und in Planspielen immer wieder überprüft. Er scheint einwandfrei und hat für den Feind eine Überraschung bereit. Selbst die Skeptiker unter den deutschen Generalen geben ihm Erfolgschancen.

Noch im November zuvor war der Generalstabschef des Heers, Generaloberst Franz Halder, über Hitlers Kriegspläne derart bestürzt gewesen, dass er zusammen mit anderen Oppositionellen einen Staatsstreich plante. Inzwischen haben sich Halder und die meisten hohen deutschen Generale mit der Ausweitung des von ih-

[illegible]en nicht gewollten Kriegs abgefunden. Als im Sonderzug, der die Heerführer zum Gefechtsstand «Felsennest» in die Eifel fährt, ein Offizier die Notwendigkeit des Kriegs bezweifelt, weist ihn Halder zurecht: «Dieser Krieg ist notwendig wie der von 1866, und an seinem Ende stehen die Vereinigten Staaten von Europa.» Der preussisch-österreichische Krieg von 1866 ebnete den Boden für die Schaffung des Deutschen Reichs fünf Jahre später.

In Berlin ist Weizsäcker erst um [illegible] Uhr früh in die Vorbereitung zum Einmarsch eingeweiht worden. Er zitiert sofort den belgischen Botschafter Graf Davignon zu sich und erklärt diesem, dass jeder Widerstand seines Landes nutzlos sei. Davignon antwortet, sein König sei ein Mann von Mut und werde sein Wort halten. Belgien werde sich verteidigen. Er fügt noch hinzu: «Hitler hat seinen ersten Fehler begangen. Es gibt einen Gott. Dieser Tag ist kein Glück für Deutschland.»

Weizsäcker, der gehofft hat, es komme nicht zum Grosskampf im Westen, sieht immerhin einen Vorteil in der jetzigen Offensive:

> [illegible]

In Paris wendet sich der Oberkommandierende, General Gamelin, an die Truppe:

> [illegible]

Der *Generalissime* ist überzeugt, dass sein strategischer Plan die Deutschen in Belgien aufhalten und besiegen wird. Rüstungsminister Dautry meint zu einem Abgeordneten:

> [illegible] reinigender Windstoss wird durch das Land ziehen.

Die Meldung vom deutschen Angriff hat die Schweizer Armeeführung überrascht. Noch tags zuvor schien sich die Lage an der niederländisch-deutschen Grenze eher entspannt zu haben. Doch jetzt ist klar: Der Krieg nähert sich gefährlich unserem Land.

Sobald Bundespräsident Pilet-Golaz frühmorgens vom deutschen Angriff erfahren hat, ruft er den General an und lädt ihn in die Bundesratssitzung ein. Zu Beginn der Sitzung, die werktäglich um 9 Uhr beginnt, berichtet Pilet, seine Leute hätten in den ersten Morgenstunden ein Telefongespräch zwischen Berlin und Köcher in Bern abgehört. Wortlaut: «Alles bereithalten. Es stehen wichtige Aktionen bevor.» Zum Thema «Vergewaltigung Holland und Belgien» will Pilet Presse und Radio Weisungen über die zulässige Kommentierung des Ereignisses erteilen.

> [illegible]
>
> [illegible] werden.
>
> [illegible] zu unterlassen.

In der ursprünglichen Fassung schrieb Pilet von der tiefen «Sympathie für Holland und Belgien». Aus Neutralitätserwägungen streicht der Bundesrat diese Formulierung. Die Worte «würdige Haltung» fügte er auf Anregung Etters hinzu.

Um 10.30 Uhr fährt der Wagen des Generals vor das Bundeshaus. Er kommt aus Langnau, wo er mit dem Generalstab die Lage besprochen hat. Der Oberkommandierende wird in den Sitzungssaal geführt. Er berichtet, was in der Nacht geschehen ist. Dabei macht er auf die «an unseren Grenzen erfolgten Truppenansammlungen» aufmerksam. Er «beantragt die Generalmobilmachung der Armee auf morgen Samstag 9 Uhr». Diese wird vom Bundesrat beschlossen.

Pilets Frage an Guisan, ob die Wehrmänner im Ausland ebenfalls einrücken müssten, beantwortet der General mit Nein. Der Presse soll mitgeteilt werden, dass es sich bei der erneuten Mobilmachung um eine Vorsichtsmassnahme handle. Der General meint, man müsse sagen, dass zur Wahrung unserer Neutralität alle unsere Grenzen beschützt werden sollen – gegen jeglichen Angreifer, von welcher Seite er auch kommen möge. Etter schlägt vor, der Bundespräsident solle «am Radio sprechen, heute am Mittag». Pilet hat Bedenken, weil er die Invasion von Belgien und Holland verurteilen müsste, was zusätzliche Spannungen in die Beziehungen zu Deutschland hervorrufen könnte. Obrecht hält die Rede für unerlässlich. Die Presse werde ohnehin Artikel schreiben. Auch Etter meint, man sollte mit der Rede nicht warten. Der Bundespräsident brauche Belgien und Holland ja nicht ausdrücklich zu erwähnen.

Der General beantragt die Schliessung der Grenze zwischen der Schweiz und Deutschland. Pilet: «Müsste man dann nicht auch auf französischer Seite die Grenze schliessen? Aus Neutralitätsgründen?» Daran hat der General nicht gedacht. Er gibt nach: «Wenn der Bundesrat die Grenzen nicht ganz schliessen will, dann wenigstens alle Züge kontrollieren.» Die Grenzschliessung ist vom Tisch. Aus Neutralitätsgründen würde Etter die von Guisan beantragte Kontrolle der Züge für «beide kriegführenden Staaten» ergreifen. Der Bundespräsident fasst zusammen:

> [illegible] Kraft gesetzt. So beschlossen.

Die Notizen von Vizekanzler Leimgruber enden mit den Worten:

> Der [illegible] Der Pr[illegible] Bundesrat [illegible] Lage für gefährlich. Schluss.

Nach Sitzungsende setzt sich Pilet hin, um seinen Radioaufruf zu verfassen. Er hat Übung im raschen Denken und raschen Schreiben. Um 13.30 Uhr verliest er auf Französisch über die drei Landessender seine Proklamation. Der Bundespräsident sagt (in der nicht besonders glücklichen offiziellen deutschen Übersetzung):

> [illegible] Westfront [illegible] bereit zu halten!

Die Mobilmachung sei eine «unerlässliche Vorsichtsmassnahme», die «ihr begreifen und befürworten werdet». Pilet gibt seinen Landsleuten, wie er dies in seinen Reden gerne tut, einige mahnende Worte mit auf den Weg:

[illegible]

Einheit!

[illegible]

uns Kraft verleihen!

Pilet hat offenbar die richtigen Worte gefunden. Alt-Bundesrat Häberlin findet die Ansprache «bewundernswert».

Der an dramatischen Ereignissen reiche 10. Mai – Freitag vor Pfingsten – hat noch eine Überraschung bereit. Nachdem Premier Chamberlain die Norwegen-Debatte im Unterhaus nur mit einer stark verminderten Mehrheit gewonnen hat, sehen er und sein Kabinett ein, dass eine Regierung der nationalen Einheit gebildet werden muss. Die Labourführung ist dazu bereit, aber viele in der Partei lehnen ihren alten Widersacher Chamberlain ab.

Am späten Nachmittag erhält Chamberlain vom Labourparteitag in Brighton die Meldung, die Partei weigere sich, unter ihm als Premier in die Regierung einzutreten. Für den Mann von München ist das Spiel aus. Im engsten Führungskreis der Tories hat man schon vorher über einen Wechsel an der Downing Street 10 beraten. Chamberlain selber, die Mehrheit der Tory-Abgeordneten und der König wünschen sich den erfahrenen Lord Halifax als Premierminister. Dieser lehnt ab. Er sieht sich selber nicht als Kriegsherr.

Es gibt nur eine Lösung: «Winston». Obschon der heissblütige, sprunghafte Winston Churchill als Erster Lord der Admiralität die Hauptschuld am norwegischen Fiasko trägt, sind jetzt sein kämpferisches Temperament, seine Arbeitskraft und seine Entschlossenheit gefragt. Am Abend fährt Chamberlain in den Buckingham Palast, erklärt König George VI. seinen Rücktritt und schlägt Churchill als Nachfolger vor.

Samstag, 11. Mai. Ein strahlend schöner Frühlingstag. Die Schweizer Armee rückt ein: 450 000 Mann sind unter die Waffen gerufen, dazu 300 000 Hilfsdienstpflichti-

ge. Die Truppen sind besser ausgebildet als im September. Operationspläne liegen bereit. Tagesbefehl General Guisan:

> [illegible] wir freie Menschen bleiben.

Schon am Abend des Einrückungstags glaubt der Nachrichtendienst, es gebe entscheidende Anhaltspunkte für einen unmittelbar bevorstehenden deutschen Einmarsch in die Schweiz. Masson erwartet den Angriff in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch, 14. auf 15. Mai.

Der ehemalige deutsche Spitzendiplomat Ulrich von Hassel, jetzt eine wichtige Figur in der Opposition gegen Hitler, reist am 11. Mai trotz abgelaufenem Visum mit Bewilligung der St. Galler Fremdenpolizei in die Schweiz ein. Auf der Fahrt von St. Margrethen nach Arosa, wo seine Frau in Kur weilt, spürt er eine wahre Panikstimmung:

> [illegible]

Pfingstsonntag, 12. Mai. Die Meldungen überstürzen sich. Die von den Schweizer Zeitungen angeheuerten militärischen Fachleute versuchen das undurchsichtige Geschehen an der Westfront ihren Lesern zu erklären. Oberstdivisionär Gosselin, einst direkter Vorgesetzter von Pilet in der 1. Division und mit ihm befreundet, tut dies im *Journal de Genève*. Er sieht für Holland und Belgien gute Chancen, dem deutschen Ansturm zu widerstehen. Ihre Befestigungssysteme, die Gosselin genau beschreibt, hätten «grossen Wert»:

> [illegible]

> [illegible]

Für die Schweiz sieht Divisionär Gosselin keine unmittelbare Kriegsgefahr. Die Chance auf einen von den meisten Schweizern erhofften Sieg der Alliierten sei intakt.

Der Schweizer Gesandte in London, Walter Thurnheer, kommentiert in einem Brief an Pilet die Ernennung Churchills zum Premier:

> [illegible]

Pfingstmontag, 13. Mai. Pilet geht auf einen Sprung nach Les Chanays. Was er dort sieht, macht ihm wenig Freude:

> [illegible] dünn. Boden trocken.

Pilet schaut nach den Kühen im Stall. Fr[illegible]ette hat Mitte Monat ein weibliches Kalb geworfen. Chamois hat seit 99 Tagen ein geschwollenes rechtes Bein. Beim Essen berichtet Marie, die Frau des in den Dienst eingerückten Meisterknechts, der Tierarzt habe von einer langwierigen, aber ungefährlichen Sache geredet und für die Kuh Ruhe verordnet.

Wichtigste Notiz in dem von Pilet geführten Journal:

> [illegible] Kalb (Fr. 1.90 das Kilogramm).

Der Bundespräsident hat ein Kalb verkauft.

Dienstag, 14. Mai 1940. Die holländische Königin ist mit ihrer Regierung nach London geflüchtet. Der Ansturm der Deutschen auf Belgien und die Niederlande hält an, aber die von französischen und britischen Truppen unterstützten Armeen der tapferen Benelux-Staaten leisten Widerstand. Zumindest scheint es so. Es fällt schwer, in den offiziellen Verlautbarungen der kriegführenden Staaten zwischen Tatsachen und Propaganda zu unterscheiden.

Zu früher Stunde erhält Bundespräsident Pilet Besuch von Oberst Masson. Er findet ihn «im Zustand bedenklicher Erregung». Sein Nachrichtendienst hat starke Truppenbewegungen im Schwarzwald und in anderen süddeutschen Gebieten beobachtet, weshalb er mit einem bevorstehenden deutschen Angriff auf die Schweiz rechnet.

Um 09.00 tritt der Bundesrat zur ordentlichen Dienstagssitzung zusammen. Pilet erklärt, wieso man im Armeekommando eine deutsche Invasion der Schweiz für möglich halte. Anhand einer Landkarte beschreibt Minger die deutschen Truppenansammlungen an der Grenze. Es handle sich um 20 ausserhalb der Dörfer stationierte Divisionen, unter ihnen motorisierte Truppen und Fallschirmjäger.

Auf Antrag des Justizdepartements beschliesst der Bundesrat die Entwaffnung der in der Schweiz lebenden Ausländer. Dies vor allem wegen der «psychologischen Wirkungen»:

> [illegible]

Unter das Waffenverbot fallen auch Flobertgewehre.

Pilet berichtet über den am Freitag erfolgten, vermutlich irrtümlichen Abwurf von 17 Bomben auf Courrendlin im Jura, bei denen es sich um deutsche Erzeugnisse handle. Er hat Frölicher angewiesen, bei der Reichsregierung zu protestieren und Schadenersatz zu fordern:

> [illegible]

Die Schweiz lässt sich von Deutschland nicht einschüchtern.

Als Entgegnung auf «germanophobe Zeitungsartikel» legt der Bundespräsident den Kollegen den Entwurf eines Communiqués vor, das der Angst vor der ominösen «5. Kolonne» und dem Deutschenhass entgegentreten soll. Seit Kriegsbeginn beklagt sich die deutsche Gesandtschaft über die Anrempelung und Beleidigung von deutschen Reisenden oder in der Schweiz lebenden Reichsbürgern. Pilet will solche Übergriffe abstellen.

Das vom Bundesrat gutgeheissene Communiqué warnt die Bevölkerung davor, aus «gewissen alarmierenden Zeitungskommentaren» falsche Schlüsse zu ziehen. Die Zahl der in der Schweiz lebenden Ausländer habe seit der Volkszählung von 1930 «einen gewissen Rückgang» erfahren. Ausserdem dürfe man nicht vergessen, «dass diese Ausländer zum grossen Teil in der Schweiz geboren und aufgewachsen sind und die Mehrzahl von ihnen sich assimiliert haben». Die Tatsache, dass «gewisse kriegführende Mächte» ihre Staatsbürger nicht unter die Fahnen gerufen hatten, bedeute nicht, dass «diese Personen für Sabotageakte in ihren Aufenthaltsländern benutzt werden».

Während der Bundesrat tagt, erhält Markus Feldmann auf seiner Redaktion Telefonmeldungen eines Berner Gemeinderats und eines Offiziers, wonach im Infanterieregiment 45 das Gerücht über «eine deutsche Bereitstellung zum Angriff auf die Schweiz» kursiere:

> In den [illegible]

Das von Masson um 11 Uhr herausgegebene Nachrichtenbulletin Nr. 107 – «geheim» – bestätigt, was der Nachrichtenchef schon Pilet gesagt hat:

> Man befürchtet, dass der Krieg in naher Zukunft [illegible] vor ernsteste Wachsamkeit und Bereitschaft.

Zwischen Badisch-Rheinfelden und dem Untersee stünden deutsche Truppen «fast überall» in «nächster Nähe» zur Grenze. Infolge der Grenzsperre habe man zwar nur «beschränkten Einblick in den badischen und württembergischen Hintergrund», könne aber an verschiedenen Orten einen regen militärischen Verkehr beobachten, vor allem entlang des Rheins. Im Wiesen- und Kandertal sind «anscheinend» Verstärkungen eingetroffen, 3 bis 4 Divisionen sollen dort versammelt sein.

[illegible] ist stark belegt mit Kampf- und Jagdflugzeugen.

Vom schweizerischen Ufer des Bodensees hat man in der Nacht vom 12./13. ein «andauerndes dumpfes Rollen» gehört. Anscheinend fahren Motorfahrzeugkolonnen auf der Strasse Friedrichshafen–Radolfzell. Bedenklich sind die bereits in den Tagen zuvor beobachteten zahlreichen Pontonierübungen im Brückenschlag.

Hptm. Barbey hat am Morgen einen mit Dokumenten und Karten gefüllten Koffer in Gümligen geholt und in einem alten Packard nach Neuenegg gefahren. Das Material ist für unsere Verbindungsoffiziere bestimmt. Sobald deutsche Truppen die Schweizergrenze überschreiten, sollen sie es den französischen Kameraden aushändigen. Die Vorkehren sind getroffen, damit die französische 45. Armee die für sie bestimmten Stellungen auf dem Gempen-Plateau und im Raum von Olten beziehen kann.

Der St. Galler Schularzt und Luftschutz-Hauptmann Hans Richard von Fels schreibt am späten Abend in sein Tagebuch:

[illegible]

Das Genfer Infanterieregiment 3 ist in der Nacht zum Dienstag aus der Gegend von Estavayer nach Bremgarten im Kanton Aargau verlegt worden. Die welschen Divisionen sollen die an der Limmatstellung stationierten Bestände verstärken. Oberstdivisionär [illegible] hat die Truppe vor ihrer Abfahrt mit den Worten entlassen: «Ich hoffe, Messieurs, dass ihr in eurem Sektor ankommt, bevor man euch bombardiert.» In den Abendstunden steigen die Füsiliere des 10. Bataillons [illegible] auf eine Waldlichtung irgendwo im Kanton Zürich. Ihr Kommandant, Hptm. Privat, notiert in sein Tagebuch: «Um Mitternacht ist alles bereit. Jeder schläft. Es ist nicht mehr nötig, Befehle zu geben.» Dann legt er sich schlafen, um für den in den ersten Morgenstunden erwarteten Kampf «in Form» zu sein.

Gross ist die Unsicherheit in dem als besonders bedroht geltenden Basel. Das Stadtkommando rechnet stündlich mit dem deutschen Angriff und trifft die nötigen Abwehrmassnahmen an den Rheinbrücken. Auf den Ausfallstrassen von Basel bilden sich lange Kolonnen von hoch beladenen Automobilen, die sich Richtung Innerschweiz, Berner Oberland und Waadtland fortbewegen. Die Billett- und Gepäckschalter am Bundesbahnhof werden stundenlang von Scharen Ungeduldiger belagert.

Angst um die Familie bedrückt auch Bundesrat Etter. Für den Fall einer deutschen Invasion treffen die Etters Vorsorge. Bundesratstochter Maria Stockmann-Etter wird sich nach dem Krieg erinnern:

> [illegible] Handschuhe, alles was es brauchte.
>
> [illegible] konnte Kräfte und konnte so vieles helfen.
>
> [illegible]

Über Lausanne, wo Tochter, Etter und der Fahrer im Restaurant das Nachtessen einnehmen, geht es zurück nach Bern.

Oberst Jaquillard, Chef der Spionageabwehr, hat während des ganzen Pfingstdienstags in Zivilkleidung die Situation entlang der Grenze in der Region Basel ausgekundschaftet. Er hat die Autokolonnen gesehen, die Frauen und Kinder, die vor den «Hunnen» flüchten, die Gerüchte gehört, «die allenthalben zirkulieren».

Jaquillard hat den Badischen Bahnhof besucht, «eine wahre Festung – man würde glauben, er sei zu diesem Zweck gebaut worden –, ein Vorposten des Nazismus, er ist ein Spionagenest». Der vom Reich betriebene Bahnhof liegt auf Schweizer Staatsgebiet, aber die Deutschen haben sich dort eingerichtet wie in einer eroberten Stadt. Ihre Züge treffen direkt und ungehindert ein. Sie reisen hinein und hinaus, ganz wie es ihnen beliebt. Über 350 Deutsche sind am Badischen Bahnhof beschäftigt, dazu ein paar Dutzend «sorgfältig ausgewählte Schweizer, hundertprozentige Nazis», die nichts von den andern unterscheidet.

Am Abend – «in der Dunkelheit, um die allgemeine Nervosität nicht zu verschlimmern» – ist Pilet in die «Befehlsstelle» des Bundesrats gegangen, um dort die Nacht zu verbringen. Die «Befehlsstelle», die mit einer Sendeanlage ausgestattet ist, befindet sich im herrschaftlichen Von-Wattenwyl-Haus an der Junkerngasse 59. Das «Palais» ist 1934 – unter Pilets erster Präsidentschaft – der Eidgenossenschaft als

Legat zugefallen. Für den Fall eines deutschen Angriffs hält sich der militärische Berater des Armeekommandos, Oberst Logoz, im benachbarten Hotel Bellevue bereit. Zusammen konnten Fiat und Logoz für den Fall des deutschen Angriffs sofort die vertraglichen Massnahmen für den Abschluss eines französisch-schweizerischen Militärabkommens treffen und mit Paris Verbindung aufnehmen.

Eben zurück im Hauptquartier in Langnau erfährt STAB-Chef Jaquillard, dass Meldungen auf einen deutschen Angriff zwischen 02 und 04 Uhr hindeuten. Am gleichen Abend, um 22.05, berichtet das Deuxième Bureau, der französische Geheimdienst, dem Grand Quartier Général, dass in der Schweiz grosse Unsicherheit herrsche:

> [illegible] befinden.

Viele der wachenden Schweizer Soldaten schreiben in der Nacht Abschiedsbriefe an ihre Lieben. Sie rechnen mit Kampf und dem möglichen Tod. Die meisten sind gefasst, wenigstens äusserlich.

Mittwoch, 15. Mai. Im Armeestab in Langnau führt Pikettoffizier Hptm. Frei das Tagebuch. Immer wieder läutet das Telefon. Um 3.40 fragt der St. Galler Regierungsrat Römer an, wieso die Evakuation im Grenzabschnitt noch nicht befohlen worden sei, wenn doch ein Angriff in einer Stunde erwartet werde. Oberst Werner Müller, Stellvertreter Massons, beruhigt den Regierungsrat. Eine Evakuation würde die bereits herrschende Panik komplett machen. Müller meint, die Panik rühre von Prof. Meyer her, «der seine Greuelmeldungen in der ganzen Schweiz herumtelefoniere». [Karl Meyer, Ordinarius für Geschichte an der Universität Zürich, bekannt für seine vaterländischen Reden]

Um vier Uhr früh taucht in Lucelle, einem halb auf französischem, halb auf schweizerischem Gebiet stehenden Dorf am Grenzflüsschen Lucelle (Lützel), ein französischer Verband in voller Kampfmontur auf. Die beiden das Detachement befehlenden Offiziere melden dem ihnen entgegentretenden Schweizer Oberleutnant:

> Gemäss den Befehlen, die wir erhalten haben [illegible] Schweizer Armee [illegible]

> [illegible]

Der erstaunte Schweizer Oberleutnant hat keinen diesbezüglichen Befehl erhalten. Er muss sich zuerst bei seinen Vorgesetzten erkundigen. «Kommt nicht in Frage, dass ich euch durchlasse.» Antwort des französischen Kameraden: «Wissen Sie denn nicht, dass die Schweiz diese Nacht angegriffen worden ist? Die Deutschen sind in Basel.» Der Schweizer Oberleutnant telefoniert mit dem KP seiner Brigade. Dort sagt man ihm, dass die französische Armee bis auf weiteres nicht ermächtigt ist, auf Schweizer Gebiet einzumarschieren. Alles ein Missverständnis. Der Vorfall müsse unbedingt geheim gehalten werden.

Um 7 Uhr früh wird Gonzague de Reynold in seinem Schloss im freiburgischen Cressier vom Telefon aus dem Schlaf geschreckt. Seine Tochter Elisabeth aus Genf ist am Apparat. Sie ist mit Prof. C.J. Burckhardt verheiratet, dem mächtigen IKRK-Chef und ehemaligen Hochkommissar für Danzig. Sie teilt dem Vater mit, die Enkel würden nicht zum angekündigten Besuch nach Cressier kommen. «Wieso? Sind sie krank?» – «Nein, aber Cressier ist zu exponiert.» – «Exponiert? Weshalb?» – «Weisst du denn nicht, dass die Schweiz von einer Invasion bedroht ist? Wir haben alle Massnahmen getroffen, um die Kleinen nach Frankreich zu verbringen, notfalls sogar nach Portugal.»

Die Morgensonne ist aufgegangen. Nichts ist geschehen. Barbey schreibt in sein Tagebuch:

> [illegible]
> Laufe der letzten zwanzig Jahren erlebt habe.

Am Morgen des 15. Mai erlässt General Guisan einen Armeebefehl, in dem er eine erste Lehre aus dem Kriegsverlauf an der Westfront zieht. Eine der Ursachen «des täglichen Verdrängens gewisser Truppen» sei das «Versagen Einzelner». Der Soldat habe die Pflicht, an Ort und Stelle erbittert Widerstand zu leisten:

> [illegible]

> [illegible] zu bedienen vermag, ergibt er sich nicht.

Keiner wird in den nächsten Tagen bedingungslos Widerstand leisten und mit der blanken Waffe kämpfen müssen. Die Deutschen kommen nicht.

Die masslose Aufregung, die in der Nacht Teile von Volk und Armee erfasst hat, wird nicht allseitig geteilt. «Gut ausgeschlafen», schreibt Hptm. Edmund [illegible], Kommandant eines Zürcher Füsilierbataillons in der Limmatstellung, am Donnerstag, 16. Mai, um 7 Uhr seiner Frau:

> [illegible]

29. «Fall Gelb»

Im September 1945 verfasste Marcel Pilet-Golaz ein «Aperçu» über die «Gefahren, denen die Schweiz im Weltkrieg 1939–1945 ausgesetzt war». In dem für seinen Nachfolger Bundesrat Max Petitpierre bestimmten Essay erinnerte er sich – gewöhnlicher Bürger und Anwalt – an die aufregenden Tage Mitte Mai 1940. Er schrieb von den damals alarmierenden Gerüchten, «die gierig aufgenommen und von ausländischen Agenten genährt wurden». Die Flucht Tausender aus der Ostschweiz und der Basler Region hatten ebenfalls zur allgemeinen Beunruhigung beigetragen.

> [illegible] weckt, sondern von Flugzeugen aufgeschreckt zu werden.

Die Meinung von General und Bundesrat, dass bei einem Scheitern der «Blitzoffensive im Nordosten» Hitler einen Durchbruch über das schweizerische Mittelland oder den Jura versucht hätte, galt noch viele Jahre nachher als gesicherte Wahrheit. Guisan glaubte bis an sein Lebensende, dass nur der unerwartete Erfolg des deutschen Durchstosses bei Sedan die Schweiz vor einem Angriff bewahrte. Pilet-Golaz schrieb in seinem Bericht von 1945:

> [illegible] Plans zu verschieben.

Den von Hitler angenommenen, «vorbereiteten», ausgearbeiteten Plan zum Angriff **auf die Schweiz gab es nicht.**

Erst Jahre nach dem Krieg wurden die Einzelheiten der Operation Gelb bekannt. Statt zu versuchen, wie im Weltkrieg die französischen Befestigungen über Belgien zu umgehen (Schlieffen-Plan), legte Hitler den Schwerpunkt des Angriffs auf die Ardennen. Da die Ardennen mit ihren Wäldern und Schluchten als für Panzer unpassierbar galten, glaubten die Alliierten nie an eine solche Operation. Die Deutschen wären ja verrückt, dies zu versuchen.

Sie taten es. Während die Heeresgruppe B den Hauptharst der alliierten Streitkräfte nach Belgien und Holland lockten und banden, stiess Heeresgruppe A mit ihren Panzern durch die Ardennen und schaffte am 13. Mai bei Sedan den Durchbruch über die Maas. Vom sicheren Maasübergang stiessen die Panzer Guderians Richtung Nordwesten gegen den Ärmelkanal vor und umklammerten die nach Belgien vorgerückten alliierten Truppen. Die das Gebiet von Luxemburg bis zur Schweizer Grenze abdeckende Heeresgruppe C hatte für einen eventuellen späteren Durchbruch durch die Maginot-Linie bereitzustehen. Befehligt vom 63-jährigen General Ritter Wilhelm von Leeb, bestand die Heeresgruppe C – spöttisch auch «das Museum Leeb» genannt – aus bloss 19 Divisionen von mittlerer Qualität und verfügte weder über Panzer noch Luftlandetruppen. Sie wäre viel zu schwach gewesen, um gegen eine kampfwillige, gut eingegrabene Schweizer Armee den Durchstoss **durch den Jura zu wagen.**

Hingegen verstand es die Armeegruppe C vortrefflich, die Geheimdienste der Alliierten und Massons Nachrichtendienst in die Irre zu führen. Kaum kriegstaugliche Truppen täuschten besonders in den Tagen vom 10. bis 15. Mai massive Truppentransporte Richtung Schweiz vor. Landesschützen und Wachbataillone wurden tagsüber an die Grenze befördert und mussten in der Nacht wieder zurückmarschieren. Tags darauf wiederholte sich das Spiel. Der Täuschung dienten auch Aufklärungsflüge, Vorbereitungen für Quartierbezüge, Bereitstellung von Brückenelementen und Übersetzmaterial, Lancierung von Gerüchten, Verteilen von **Munition etc.**

Unterdessen nahm im Nordwesten und Westen Europas ein den Kontinent in den Grundfesten erschütterndes Drama seinen Lauf.

Donnerstag, 16. Mai: Churchill fliegt nach Paris, um – erstmals als Premier – am Obersten Alliierten Kriegsrat teilzunehmen. Im Quai d'Orsay trifft er Reynaud, Daladier, Gamelin und andere. Später wird er sich erinnern:

> [illegible]
> bei Sedan eine kleine, aber unheilvolle Beule eingezeichnet

Nachdem General Gamelin einen ruhigen Überblick über die Lage gegeben hat, herrscht eine Weile Schweigen. Churchill in seiner Erinnerung:

> [illegible]
> zucken: «*Aucune*.»

Churchill ist sprachlos:

> [illegible]
> bens.

Zurück in der britischen Botschaft telegrafiert Churchill nach London:

> [illegible]
> französische Armee für entscheidend

Er schlägt dem Kabinett vor, die von den Franzosen angeforderten Kampffliegerstaffeln noch am nächsten Tag zu entsenden, damit sie gemeinsam mit französischen Fliegerkräften den Luftraum über der «Beule» beherrschen können. Dies soll der französischen Armee «die letzte Chance geben, ihre Tapferkeit und Stärke wiederzufinden».

Um 23.30 Uhr erhält Churchill vom Kabinett die erhoffte Zustimmung. Er geht in die Privatwohnung von Reynaud, der im Morgenrock aus seinem Schlafzimmer kommt. Churchill liest Reynaud das Telegramm vor, das er nach London geschickt hat. Reynaud findet es *admirable*. Dann verkündet der Engländer dem Franzosen die frohe Botschaft: Er kriegt die zehn Fliegerstaffeln. Reynaud soll jetzt Daladier holen. Als auch der Kriegsminister da ist, hält Churchill, im Zimmer auf und ab tigernd,

den Verbündeten eine Art Ermunterungsrede: «Nicht den Mut verlieren! Habt ihr geglaubt, ihr könnt den Siegeslorbeer [illegible] nach Hause [illegible]?»

Freitag, 17. Mai: In seinem Kriegstagebuch schreibt CNE (*capitaine*) Minart von einer weiterhin fieberhaften Atmosphäre im Hauptquartier Vincennes. Es wird von einer Ablösung Gamelins als Oberkommandierender gemunkelt.

> [illegible]

Samstag, 18. Mai: Die Alliierten räumen Belgien schrittweise. Auf dem Rathaus von Antwerpen weht die deutsche Flagge, Brüssel ist in deutscher Hand. Das Panzerkorps Guderian hat auf dem Weg zur französischen Kanalküste Cambrai und St. Quentin erreicht. 10 Uhr: Besprechung im Führerhauptquartier zwischen Hitler, von Brauchitsch und Halder. Halder, der ehemalige Zögerer, hält den Durchbruch für gelungen und möchte, dass die Operation Richtung Südwesten «ohne den geringsten Aufenthalt» fortgesetzt wird. Hitler, der Hasardeur, zweifelt plötzlich. Halder notiert ins Kriegstagebuch:

> [illegible] [Brauchitsch] und mir andererseits im Führerhauptquartier.

Gamelin ist besser *en forme* als am Vortag, Capitaine Minart:

> [illegible] sich aufdrängen.

Gamelin verfasst einen Rapport, den Kriegsminister Daladier von ihm verlangt hat. Darin stellt er fest: «Das Erscheinen grosser deutscher gepanzerter Einheiten mit

ihren Möglichkeiten zu breiten Durchbrüchen ist das grosse strategische Ereignis der letzten Tage.» Das deutsche Oberkommando hatte sich von französischen Ideen über den massenhaften Einsatz gepanzerter Einheiten inspirieren lassen. Als Erster hatte der junge Artillerieoffizier Charles de Gaulle über diese moderne Kriegsführung geschrieben. Wenn seine Ideen nicht zur Ausführung gelangten, lag dies gemäss Gamelin an der «von der Politik diktierten» französischen Konzeption des Verteidigungskriegs.

Reynaud hatte Gamelin schon am 9. Mai auswechseln wollen. Der deutsche Überraschungsangriff verunmöglichte die Massnahme. Jetzt hat Reynaud genug von seinem *généralissime*. Um 21 Uhr teilt ein Abgesandter des Kriegsministers ihm seine Entlassung mit. Tags darauf um 8 Uhr verlässt Gamelin Vincennes, ohne einem seiner Mitarbeiter die Hand zu schütteln oder ein Wort zu sagen. Ein paar Sekretärinnen schauen ihm aus den Fenstern nach, die Wachen salutieren.

Sonntag, 19. Mai. Der britische Unterstaatssekretär Sir Alexander Cadogan vermerkt im Tagebuch:

> [illegible] ganze Welt sieht aus wie das Paradies – und die Hölle ist los.

Angesichts der katastrophalen Lage übernimmt Ministerpräsident Reynaud selber das Kriegsministerium und schiebt Daladier in den Quai d'Orsay ab. Gamelins Nachfolger als Oberkommandierender wird der 73-jährige General Maxime Weygand, der seit Kriegsbeginn in Beirut die französischen Streitkräfte in der Levante kommandiert. Reynaud macht den 84-jährigen Marschall Pétain zum Vizeministerpräsidenten und Staatsminister ohne Portefeuille. Er hofft, dass die beiden alten Haudegen – Pétain, «Sieger von Verdun», Weygand, Stabschef des siegreichen alliierten Oberkommandierenden im 1. Weltkrieg Foch – das Blatt wenden können.

Die in ihrem Ausmass nicht erwarteten deutschen Erfolge im Westen erzeugen in Berlin eine Hochstimmung. Minister Frölicher kann sich der Siegeseuphorie nicht entziehen und schickt folgendes Telegramm nach Bern:

> [illegible]
> sieges unsere Aussichten verbessern.

Drei Tage später erhält Frölicher Pilets trockene Antwort:

> Ihre Anregung ist undurchführbar. Erörterung unerwünscht.

Montag, 20. Mai. Offiziell bemühen sich die Schweizer Diplomaten um eine strikt neutrale Haltung. Privat verbergen sie ihre Gefühle nicht. René de Weck ist seit 1933 Gesandter auf dem heiklen Posten in Bukarest. Mit einer Französin verheiratet, fünfzehn Jahre Legationsrat in Paris, in seiner Mussezeit Dichter und Literaturkritiker, sehnt sich der Freiburger nach Frankreich zurück. Seinem Duzfreund und jetzigen Chef Pilet – beide sind Bellettriens – hat er den Wunsch, aus Rumänien wegzukommen, schon verschiedentlich angedeutet. In den unübersichtlichen Maitagen versucht der Schweizer Minister, sich am Radio auf dem Laufenden zu halten. De Weck schreibt ins Tagebuch:

> [illegible]
> vernichten?

Am selben Montag, an dem sein Kollege de Weck mit Gott hadert, schickt Minister Stucki einen vertraulichen Brief an Pilet, in dem er – gestützt auf eine «sichere» Quelle – die dramatische Entwicklung der militärischen Lage in der Vorwoche schildert:

> [illegible]

> [illegible]

Stucki schreibt weiter, dass das «grosse Hauptquartier» jetzt wisse, dass zwischen Laon und Reims, den von den Deutschen bereits besetzten Städten, und Paris «nichts mehr den deutschen Vormarsch aufhalten könnte». Das Oberkommando sieht bloss eine Lösung:

> [illegible] noch kolossal übertrieben wurde, ist nicht verwunderlich.

Die Lage ist noch ernster als Stucki annimmt. Die Deutschen hätten schon am Freitag, 17. Mai, ungehindert in Paris einmarschieren können. Hitler hat andere Absichten.

30. Verschnaufpause

Nach der Aufregung von Mitte Mai fasst sich das Schweizervolk. Man beginnt zu glauben, dass die befürchtete deutsche Invasion, wenn nicht aufgehoben, so doch aufgeschoben worden ist. Die Zeitungen predigen weiter Wachsamkeit. Duttweilers *Tat* organisiert Schiesskurse für die «Frauen und Töchter von Zürich». Auszug aus einem Soldatenbrief:

> [illegible] Katzen in Sicherheit zu bringen.

Im Zürcher Corso-Theater hat am 18. Mai die Neuinszenierung des «ebenso heiteren wie ernsten militärischen Volksstücks» *Gilberte de Courgenay* Premiere. In der Hauptrolle die beliebte Kabarettistin Elsie Attenhofer, in Nebenrollen Alfred Rasser und Margrit Rainer. Elsie Attenhofer leistet während der Woche in Brunnen Dienst als Rotkreuz-Fahrerin und kann nur am Wochenende auftreten. Ihrem Verlobten Karl Schmid, Gymnasiallehrer und Generalstabsoffizier (später ETH-Professor und prominenter Literaturkritiker), schreibt sie:

> [illegible]

> [illegible]

Die geplanten Zürcher Opernwochen «unter Heranziehung bedeutender Gäste» müssen «angesichts der allgemeinen Lage» abgesagt werden. Immerhin fällt *Der Vetter aus Dingsda* nicht aus. Das Schauspielhaus gibt *Faust I* und *II*. Im Kino Excelsior läuft das Dialektlustspiel *Mer lönd nöd lugg* mit Frauenschwarm Paul Hubschmid.

Frau Burckhardt-de Reynold und die Kinder mussten nicht nach Portugal fliehen. Am 23. Mai berichtet IKRK-Führungsmitglied Prof. Burckhardt Pilet in einem «persönlich vertraulichen» Brief von einem Gespräch, das er mit dem deutschen Generalkonsul in Genf, Wolfgang Krauel, geführt hat. Krauel ist ein Diplomat alter Schule, Nazigegner und Vertrauter von Weizsäcker. Er ist eben aus Berlin zurückgekehrt, wo Weizsäcker ihn beauftragt hat, Burckhardt mitzuteilen, für die Schweiz bestehe «kein Risiko». Spöttisch habe der Staatssekretär beigefügt: «Übrigens, wenn es eins gäbe, hätte die Partei dies bereits dementiert.» Gemäss Burckhardts Brief an **Pilet hat Krauel ihm spontan weitergesagt:**

> [illegible]

Postwendend dankt Pilet Burckhardt:

> [illegible]

Am 23. Mai liefert Hptm. Gut, der Verbindungsoffizier der Abteilung Presse und Funkspruch zum Bundesrat, seinen täglichen Rapport nicht wie üblich Etter, sondern dem Bundespräsidenten ab. Theodor («Teddy») Gut ist im Zivilleben Herausgeber und Chefredaktor der *Zürichsee-Zeitung*, ausserdem Nationalrat und Präsident der Zürcher FDP. Hptm. Gut protokolliert Pilets Bemerkungen:

> [illegible]

> [illegible] Volk.

Pilet sagt Gut, er solle dies «privatim» und ohne Bezug auf den Bundesrat «seinen Herren» (in der APF) sagen. Ebenso inoffiziell soll Gut «gesprächsweise» anfügen, «dass nach wie vor das Verhältnis zu Italien diskret zu behandeln ist». Die offenbar freundliche Gesinnung des italienischen Königs dürfe nicht «ausgebeutet werden». Pilet will nicht, dass die Presse von einem Gegensatz König – Mussolini schreibt. **Weiter verlangt Pilet:**

> [illegible]

Am Morgen des 24. Mai erscheint der im Nachtzug aus Mailand hergereiste Gonzague de Reynold in Pilets Büro. Er war im Auftrag des Bundesrats nach Rom gefahren. Die Vorgeschichte: Am am 15. Mai, um 7 Uhr früh, klingelte in Cressier das Telefon. Die tiefe Stimme von Bundesrat Etter bat ihn, unverzüglich ins Bundeshaus zu kommen. Nach einigem Hin und Her fuhr Marie-Louise de Reynold ihren 60-jährigen Gatten durch viele militärische und polizeiliche Strassensperren nach Bern. Im Bundeshaus führte der Weibel de Reynold zu Etter, «der bleich war wie der Tod» – wie de Reynold sich in seinen Memoiren erinnern wird.

> [illegible] fen werden.»

Der konservative Schriftsteller und Denker de Reynold kennt den Duce und ist bei ihm gut angeschrieben. Deshalb wollten Etter und Pilet ihn nach Rom schicken, um Näheres über Mussolinis Kriegsabsichten und seine Haltung zur Schweiz herauszubekommen. Darauf reiste de Reynold nach Rom. Neun Tage später ist er zurück und berichtet Pilet über seine in Rom gemachten Beobachtungen.

> [illegible]

> [illegible] hingegen, und besonderes die Jungen, sind dafür

De Reynold hat das Gefühl, die Italiener würden besiegt werden, weil ein Kriegseintritt an der Seite Deutschlands zutiefst unpopulär ist. «Schwung und Moral werden fehlen.» Die Botschaft für die Schweiz, so wie sie de Reynold aus seinen Gesprächen mit hohen Beamten herauszuhören glaubt, ist die: Die Schweiz solle sich ruhig verhalten und ihre Presse zügeln.

Der Denker aus Cressier sagt Pilet nichts, was dieser nicht schon weiss. Tags darauf führt der Bundespräsident ein recht beruhigendes Gespräch mit dem italienischen Gesandten Attilio Tamaro. Allerdings beklagt sich Tamaro über Zwischenfälle, die sich im Tessin zwischen Einheimischen und Italienern abgespielt hatten. Anschliessend schreibt Pilet dem *cher collègue* Celio:

> [illegible] rungskollegen zu reden

Am Dienstag, 28. Mai, kapituliert Leopold III., König der Belgier. Seine im Kessel von Dünkirchen eingeschlossenen 22 Divisionen mit etwa einer halben Million Mann fallen in Gefangenschaft. Die schon am Sonntagabend von Churchill befohlene Evakuation des in Dünkirchen eingekesselten britischen Expeditionskorps ist angelaufen. Am Montag und Dienstag erreichen 65 000 Mann in Kriegsschiffen und andern Booten die englische Kanalküste.

An diesem Tag schreibt Feldmann ins Tagebuch:

> [illegible]

[illegible] in Russland zu vergleichen ist

Der fatale 2[illegible]. März ist auch der Tag der Verabschiedung des französischen Botschafters Alphand. Pilet entschuldigt sich schriftlich bei ihm, dass er nicht dabei sein kann:

> [illegible] ger — gefangen.

Am Donnerstag, 3[illegible]. März ist Pilet so weit genesen, dass er vor der nationalrätlichen Kommission für Auswärtige Angelegenheiten ein Referat über die internationale Lage halten kann. Es ist sein erster Auftritt vor der Kommission, die immer noch von ihrem Gründer Henry Vallotton präsidiert wird. Zu Beginn mahnt Pilet die Nationalräte zur Verschwiegenheit. Eine öffentliche Diskussion der Weltlage wäre entweder »gefährlich oder farblos«. Dann beschreibt Pilet, wie es zur gegenwärtigen Lage in Europa gekommen ist:

> [illegible]

> [illegible]
> ungenügend oder zu spät

Schlussfolgerungen des Bundespräsidenten:

> [illegible]
> tänischem Gebiet. Dies ist nicht der Fall.

Wie Pilet dies in seinen Reden regelmässig tut, rät er zu «Würde, Ruhe, Ueberlegtheit». Die Neutralität müsse aktiv sein. Die Schweiz soll sich für das Rote Kreuz, für die Kriegsgefangenen und Kriegsverwundeten einsetzen und dabei Opfer bringen. Man hüte sich vor Feilscherei, Geringschätzung und Schw[illegible]. Wir müssen «tapfer und generös» sein.

Pilets staatsmännische Worte beeindrucken die Kommissionsmitglieder, auch Markus Feldmann:

> [illegible]
> mit grosser Umsicht und Sorgfalt erfüllt.

31. Debakel

In den frühen Morgenstunden des 4. Juni durchquert der britische Zerstörer HMS Shikari zum siebten Mal innert einer Woche den Ärmelkanal. Er bringt das letzte noch verbleibende Kontingent eingeschlossener alliierter Truppen in England in Sicherheit. Die Royal Navy hat mit Unterstützung zahlreicher privater Boote 224 318 britische und 111 172 französische Wehrmänner »aus dem Rachen des Todes« herausgeholt. Die Soldaten retteten ihr nacktes Leben, aber ihre Tanks, Kanonen und Fahrzeuge blieben zurück.

Premierminister Churchill erstattet noch am gleichen Tag dem Unterhaus Bericht über die verlorene Schlacht. Er würdigt das »Wunder der Errettung, das durch die Tapferkeit, den Durchhaltewillen, die perfekte Disziplin, den tadellosen Einsatz, das Geschick und die unbezwingbare Treue vollbracht wurde«. Gleichzeitig warnt er Parlament und Land, dass Kriege nicht durch Evakuationen gewonnen werden. Churchill strömt Entschlossenheit und Zuversicht aus:

> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> und Befreiung der Alten einschreitet.

In der Schweiz, wo die Kriegsereignisse mit Bangen verfolgt werden, verfehlen Churchills Worte ihre Wirkung nicht. *Journal de Genève*:

> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]

> [illegible]

Nach der amierten Niederlage in Flandern und dem Abzug des britischen Expeditionskorps gibt man sich in Paris Anfang Juni ein paar Tage lang der Illusion hin, dass der neue Oberkommandierende Weygand mit einer neuen Verteidigungsfront den deutschen Durchmarsch nach Paris stoppen kann.

Nachdem Hitler am 31. Mai seine Weisung für die 2. Phase des Frankreichfeldzugs ausgegeben hat, verbringt er einige Tage mit Besuchen von Schlüsselorten des vergangenen Feldzugs, aber auch von Soldatenfriedhöfen und anderen Stätten des Weltkriegs, die ihm in Erinnerung geblieben sind. Er besichtigt Brüssel, Lille, Arras und Cambrai, hält Besprechungen mit verschiedenen Generälen ab und bezieht sein neues Hauptquartier «Wolfsschlucht» im belgischen Dorf Brûly-de-Pesche.

Die Heeresgruppe B beginnt am 5. Juni mit ihrer Offensive, die sie über Paris nach Süden führen soll. Am 9. Juni erreichen deutsche Truppen bei Rouen die Seine.

Montag, 10. Juni. Um 11 Uhr berichtet Weygand Ministerpräsident Reynaud, dass im Fall eines deutschen Durchbruchs in der Champagne und einer Umfassung von Paris die Armee bis zur Erschöpfung ihrer Kräfte weiterkämpfen würde. Jedoch sei ihre Auflösung dann nur noch eine Frage der Zeit. Die Regierung entschliesst sich, Paris zu verlassen und nach Tours überzusiedeln.

In Rom empfängt Aussenminister Galeazzo Ciano den französischen Botschafter François-Poncet, um ihm die Kriegserklärung zu überreichen. Ciano hält die Besprechung in seinem Tagebuch fest:

> [illegible]

Tags darauf fliegt Ciano nach Pisa, wo er persönlich das Kommando über ein Fliegergeschwader übernimmt. Unter den einrückenden italienischen Soldaten ist auch

der 20-jährige Radchampion Fausto Coppi, der am Sonntag in Mailand als Überraschungssieger des Giro d'Italia mächtig gefeiert worden ist.

Dienstag, 11. Juni. Die französische Regierung verlässt Paris. Am Abend trifft sich der Oberste Alliierte Kommandorat in Briare an der Loire. General Weygand tönt mit: «Nichts mehr kann den Feind daran hindern, Paris zu erreichen. Ich bin hilflos. Ich kann nicht einschreiten, denn ich habe keine Reserven.» Darauf antwortet Churchill:

> [illegible]

Mittwoch, 12. Juni. Französischer Ministerrat in Cangé in der Touraine. Weygand stellt fest, dass «der Gott der Heere entschieden» hat. Die französische Regierung müsse die deutsche Führung um einen Waffenstillstand ersuchen. Der Oberkommandierende befiehlt den allgemeinen Rückzug. Grössere deutsche Truppenmassen überschreiten die Seine. Der britische Informationsminister Harold Nicolson trifft den Schriftsteller André Maurois, der am Vortag aus Paris geflüchtet ist:

> [illegible]

Donnerstag, 13. Juni. Minister Stucki, der wie die Regierung und das diplomatische Korps Paris am Montag verlassen hat, schreibt aus Ballan bei Tours, wo er Unterkunft gefunden hat, einen längeren Brief an Pilet:

> [illegible]

> [illegible]
> und die Weiterfahrt vorübergehend verstopften

Stucki schildert, wie in der nächtlichen Fahrt «ununterbrochen Fahrzeuge aneinanderprallten», wie überall links und rechts der Strasse zusammengebrochene Last- und Personenwagen lagen und wie sich zwischen zertrümmerten Vehikeln aller Art eine unendliche Zahl von Radfahrern und Fussgängern fortbewegte.

> [illegible]
> auf weitere Beschreibungen verzichten.

Stuckis Bericht an Pilet sieht wenig Anlass zu Optimismus. Die Masse des französischen Volkes, die nicht flüchten konnte, habe zusehen müssen, wie «die besitzenden Klassen sich mit ihren Autos, ihrer Habe und ihren Wertsachen in eine allerdings relative Sicherheit begeben konnten».

> [illegible]

Freitag, 14. Juni. Deutsche Truppen marschieren in Paris ein. [illegible] im Tagebuch

> Paris besetzt. Nicht das Herz, um mehr zu schreiben.

René de Weck, Schweizer Gesandter in Bukarest, im Tagebuch

> [illegible]

Die deutsche Wochenschau filmt den Einmarsch. In ihrer Ausgabe vom 20. Juni zeigt sie lachende Wehrmachtssoldaten, die den Eiffelturm besteigen, auf dem die deutsche Kriegsflagge weht. Die siegreichen Truppen defilieren unter den Augen ausdrucksloser *parisiens* zu munterer Marschmusik auf den Champs-Élysées. «Der Geburtsort der Demokratie und des Liberalismus ist in deutscher Hand und steht unter deutscher Ordnung.»

Samstag, 15. Juni. Im Büro von Oberleutnant Denis de Rougemont, der bei der Abteilung «Heer und Haus» in Bern Dienst tut, erscheint dessen Ordonnanz. Im Privatleben ist der 33-jährige Neuenburger Offizier bereits ein europaweit bekannter Schriftsteller, der auch das vertonte Singspiel «Nicolas de Flue» geschrieben hat. De Rougemonts Ordonnanz schlägt die Absätze zusammen und meldet, dass die Deutschen in Paris sind. «Merci, ruhn!» De Rougemont blickt eine lange Weile regungslos. Dann schreibt er auf zwei Blättern seine Gedanken zu «Hitler in Paris» nieder, lässt den Artikel kopieren und an die Redaktion der *Gazette de Lausanne* schicken, die ihn unzensuriert abdruckt:

> [illegible]
> Wüste von hohen Steinen ohne Seele, Friedhof …
> [illegible]

De Rougemont stellt sich vor, wie der Kriegsherr Hitler die «bewegendsten Strassen der Welt» durchquert, die er nie kennen wird, weil sie nur noch blinde Fassaden sind

> können, etwas Undefinierbares, das wir Paris nennen.

In den nächsten Tagen erfährt de Rougemont, dass sein Artikel das Missfallen der deutschen Gesandtschaft und seiner Vorgesetzten erregt hat. Im Häuschen, das Rougemont mit seiner Frau im Berner Spiegelquartier bewohnt, taucht ein Oberst auf, der in jeder Hand ein kleines Paket hält:

> tranken zusammen ein Gläschen.

Zurück in Paris. Sonntag, 16. Juni. Ministerpräsident Paul Reynaud erhält von den Präsidenten der beiden Parlamentskammern die Zustimmung zu einer Verlegung der Regierung nach Nordafrika, um von dort den Kampf fortzusetzen. Weil die Regierung mit einem Waffenstillstandsgesuch immer noch zögert, droht Pétain mit Rücktritt. Telegramm aus London: Churchill schlägt eine Vereinigung von Frankreich und Grossbritannien zu einer Nation, mit einer Regierung und einer Armee vor. Reynaud ist einverstanden. Als er in der Abendsitzung dem Kabinett das Projekt präsentiert, stösst er auf Schweigen. In die Minderheit versetzt, demissioniert er. Präsident Lebrun beauftragt Pétain mit der Regierungsbildung.

Montag, 17. Juni. In Brûly-de-Pesche, seinem Hauptquartier, erfährt der Führer – auf dem Weg zwischen Kirche und Schulhaus –, dass Frankreich die Bedingungen für einen Waffenstillstand erbittet. Er schlägt sich vor Freude auf die Schenkel, eine Szene, welche die Deutsche Wochenschau filmt und damit der Nachwelt erhält. Hitlers Stabschef Keitel glaubt, die zu dem historischen Augenblick passenden Worte zu finden: «Mein Führer, Sie sind der grösste Feldherr aller Zeiten.»

32. Luftgefechte über dem Jura

Seit Beginn der deutschen Westoffensive, in der Görings Luftwaffe eine wichtige Rolle spielt, muss die Schweiz ihre Neutralität nun auch im Luftraum verteidigen. Als neutrale Nation ist sie völkerrechtlich verpflichtet, keine Verletzung ihres Territoriums zu dulden. Sie muss ausländische Flieger entweder zur Landung zwingen oder abschiessen. Bei Kriegsanfang erhielten die Schweizer Piloten Weisung, einfliegende Flugzeuge mit Signalen zu warnen, bevor sie sie angriffen. Am 31. März 1940 änderte General Guisan den Befehl: Auf alle einer kriegführenden Macht angehörigen Militärflugzeuge wird ohne vorherige Warnung geschossen.

Die Schweizer Flieger- und Flabtruppe – man meidet das Wort Luftwaffe – besteht im Mai 1940 aus etwa 300 Jagd-, Erdkampf- und Beobachtungsflugzeugen, von denen jedoch viele nicht einsatzfähig sind. Die meisten haben keinen Funk oder sind nur notdürftig mit Funkgeräten ausgerüstet. Stolz der Fliegertruppe sind die 78 Jäger vom Typ Me 109 E. Mehr als die Hälfte dieses hochmodernen Kampfflugzeugs hat die Firma Messerschmitt noch kurz nach Kriegsausbruch in die Schweiz geliefert.

Am 10. Mai griff erstmals ein Schweizer Pilot mit seiner Me109 zwischen Brugg und Basel einen deutschen Jagdbomber an, der über die Grenze entweichen konnte. Gleichentags wurde ein deutscher Aufklärer Dornier Do 17 von zwei Schweizer Me 109 schwer getroffen und musste gegenüber von Altenrhein im österreichischen Schilf notlanden. Die beiden Besatzungsmitglieder wurden schwer verletzt ins Spital gebracht. Ein deutscher He 111, der in der Gegend von Epinal Bomben abgeworfen hatte, verflog sich am 16. Mai im Schneesturm. Er wurde von der Schweizer Fliegerabwehr und zwei Schweizer Me 109 beschossen und schwer getroffen. Zwei verletzte Besatzungsmitglieder sprangen mit dem Fallschirm ab und wurden ins Kantonsspital Winterthur gebracht. Dem Piloten gelang eine abenteuerliche Bruchlandung bei Kemleten. Er und sein Beobachter, beide schwer verletzt, steckten die Flugzeugtrümmer in Brand und versuchten Richtung Deutschland zu entkommen. Eine Schweizer Patrouille stellte sie. Tags darauf besuchte eine Abordnung der Fliegerkompanie 21 die internierten Deutschen im Spital mit einem Blumenstrauss

Im Juni häuften sich die Grenzverletzungen. Manchmal flogen grosse deutsche Flugzeugverbände auf dem Weg nach Südostfrankreich durch die Schweiz. Am 1. Juni drangen drei Staffeln mit insgesamt 36 He 111, die Eisenbahnknotenpunkte in Savoyen bombardieren sollten, bei Basel in die Schweiz ein. Einer dieser Bomber wurde von einem Schweizer Me 109 so schwer getroffen, dass er steuerlos bei Lignières in eine Bergkuppe flog und zerschellte. Alle fünf Besatzungsmitglieder kamen um. Gleichentags wurde ein anderer He 111 über Les Rangiers von zwei Schweizer Piloten kampfunfähig geschossen und musste bei Delle notlanden, wo seine Besatzung in französische Gefangenschaft geriet. Die vom Einsatz heil nach Deutschland zurückgekehrten Flieger glaubten, dass Schweizer Jäger ihre Kameraden über französischem Gebiet grundlos angegriffen hatten. Sie schworen Rache.

Tags darauf, 2. Juni, einem strahlend schönen Sonntag, spitzt sich die Lage im Luftraum zu. Ein über Bourg in Frankreich angeschossener He 111 empfängt den Funkspruch: «Befehlsgemäss Rückmarsch durch die Schweiz». Die «lahme Ente» mit nur einem funktionierenden Motor fliegt über Genf Richtung Neuenburgersee. Sie wird von einer Schweizer Me 109-Patrouille gestellt, von Schüssen getroffen und notlandet bei Ursins. Alle fünf Besatzungsmitglieder sind verletzt, eines von ihnen stirbt im Spital in Yverdon. Der ohne Warnung erfolgte Abschuss des havarierten deutschen Bombers, der sich durch die Schweiz ins Reich retten wollte, erzürnt die deutsche Luftwaffenführung. General Hans Jeschonnek, Görings Generalstabschef, fordert das Auswärtige Amt auf, beim Bundesrat energisch zu protestieren.

Am 3. Juni erhält die Abwehr, der für Sabotage zuständige Geheimdienst des Admiral Canaris, den Sonderauftrag, «schweizerische Jagdflieger auf schweizerischen Flughorsten s[Sabotage]mässig anzugehen». Keitel, Generalstabschef der Wehrmacht, erteilt diesen Auftrag zu einer kriegerischen Infiltration auf Wunsch von Luftwaffenchef Göring, der über den tags zuvor erfolgten Abschuss des über Schweizer Gebiet zurückkehrenden, schwer havarierten He 111 empört ist. Der Kommandant der 3. Fliegerdivision, General Robert Ritter von Greim, gibt seinerseits einen «Sonderauftrag an der Schweizergrenze». Deutsche Staffeln sollen an der Schweizer Grenze provozierend auf- und abfliegen, die Schweizer Jäger zum Luftkampf herauslocken und möglichst viele von ihnen abschiessen.

Am Nachmittag des 4. Juni steigen insgesamt 29 deutsche Flugzeuge in die Luft. Auf die Meldung «vier fremde Flugzeuge über Pruntruterzipfel» starten Schweizer Patrouillen zur Abwehr. In den nächsten Stunden kommt es zu mehreren dramatischen Luftkämpfen zwischen deutschen Me 110 einerseits und Schweizer Me 109 und D 3800 (in Lizenz in Thun gebaute französische Morane-Jäger) andererseits. Bei den Gefechten verliert die Schweiz einen Me 109, wobei der Pilot Oblt. Rudolf

Rickenbacher umkommt. Zu seiner Beerdigung in Lotzwil am 7. Juni wird Göring einen Kranz schicken. Aufgebrachte Trauergäste zerfetzen ihn. Ein anderer Schweizer Me 109 muss bei Binningen notlanden, mehrere unserer Flugzeuge werden durch Einschüsse beschädigt. Die Deutschen verlieren zwei Me 110, die auf französischem Gebiet bei Maîche und Le Russey niedergingen. Beide Piloten wurden getötet.

Das Auswärtige Amt erfährt noch am gleichen Abend von den Luftgefechten im Jura. Weizsäcker lässt die Meldung an Aussenminister Ribbentrop weiterleiten, der sein Quartier in Himmlers Sonderzug «Heinrich» hat. Die Nachricht sorgt in der Umgebung des Führers für Erregung. Der von den deutschen Erfolgen an der Front begeisterte Goebbels bemerkt im Tagebuch (7. Jun.):

> [illegible] men.

Weizsäcker hat die von General Jeschonnek verlangte Protestnote Ribbentrop geschickt, der sie ergänzt und verschärft. Am Abend des 6. Juni übergibt Köcher die neugefasste Note dem Bundespräsidenten. Sie enthält eine Liste von schwerwiegenden Vorwürfen. Der unvermittelte und ohne Warnung erfolgte Abschuss von aus Frankreich zurückkehrenden zwei deutschen Flugzeugen, die von ihrem Kurs abgekommen seien, wird von der Reichsregierung als «unverständlich und durch nichts zu rechtfertigen» gebrandmarkt.

Die Reichsregierung beschwert sich ferner darüber, dass am 1. Juni ein deutscher Flugverband auf französischem Gebiet von sechs bis acht Schweizer Me 109 angegriffen worden sei, wobei ein deutsches Flugzeug über dem französischen Morvilliers getroffen wurde und abstürzte. Der deutsche Verband sei von zwei Schweizer Me 109 bis in die Gegend von Mülhausen weiterverfolgt und überdies von französischer und bei Basel stehender Schweizer Flak beschossen worden. Das Verhalten der Schweizer Flieger habe auf den deutschen Flugverband den Eindruck «eines gewollten Zusammengehens mit der französischen Fliegerabwehr» gemacht. Die Vorfälle vom 4. Juni werden in der deutschen Note als «unerwarteter und herausfordernder» Angriff bezeichnet, bei dem eine deutsche Messerschmitt 110 auf französischem Boden abgeschossen wurde. Nebenbei erwähnt die Note, dass beim sich entwickelnden Luftkampf dann auch vier Schweizer Flugzeuge abgeschossen worden seien.

Berlin wertet die beschriebenen Vorfälle als «feindselige Akte, die von Seiten eines neutralen Staates beispiellos sind»:

> [illegible]
> Verhinderung derartiger Angriffsakte alles weitere vor.

In Gegenwart Kochers liest Pilet aufmerksam die Protestnote. Er sagt dem Gesandten, er sei durch deren Ton überrascht und tief betroffen. Die Tatbestände verhielten sich anders, als sie in den Berichten, die offensichtlich der Reichsregierung zur Unterlage gedient hatten, zum Ausdruck kämen. Wie könne die Reichsregierung annehmen, dass die Schweiz angesichts der heutigen Kriegslage Deutschland gegenüber neutralitätswidrige Handlungen oder sogar Angriffe vornehme?

Gemäss dem Bericht, den Kocher Weizsäcker schriftlich erstattet, soll Pilet bekümmert fortgefahren haben: «Wenn Deutschland etwas anderes bezweckt, dann sagen Sie es mir bitte, aber auf diese Frage können Sie mir ja keine Antwort geben.» Tatsächlich ist Kocher von Weizsäcker angewiesen worden, sich nicht zur Note zu äussern. Pilet legt dem Gesandten nahe, die Note zurückzunehmen, damit sie nach Aufklärung der offenbar bestehenden Missverständnisse von der Reichsregierung anders gefasst werden könne. Kocher lehnt dies ab. Pilet geht in die Gegenoffensive und kommt auf die deutschen Grenzverletzungen allgemein zu sprechen. Auf einwandfreien Beobachtungen beruhend, seien in letzter Zeit nicht weniger als 97 festgestellt worden. Flugwaffenkommandant Oberstdivisionär Bandi habe dem deutschen Luftwaffenattaché Hanesse (der eigens aus Rom hergereist war) genaue technische Angaben über die Vorfälle gegeben. Er, Pilet, habe seinerseits eigentlich beabsichtigt, in Berlin Protest einlegen zu lassen.

Im Gegenzug kommt Kocher einmal mehr auf die Schweizer Presse zu reden. Diese habe die Konsequenzen aus der offiziellen Regierungsneutralität nie gezogen. Wie tief diese unerhörte Haltung in das Bewusstsein des deutschen Volkes eingedrungen, ergebe sich aus den Berichten von Heimgekehrten. In Süddeutschland sei unter dem Eindruck der schweizerischen Zeitungen der Hass gegen die Eidgenossenschaft «fast grösser als gegen Frankreich und England».

Die Note aus Berlin und das freimütige Gespräch mit Kocher machen Pilet Eindruck. Er ist zwar überzeugt, dass die Schweiz bei den Fliegerzwischenfällen im Recht ist, und er verteidigt sich bei Kocher juristisch und diplomatisch geschickt. Gleichzeitig gibt er sich über die militärische Lage in Europa keinen Illusionen hin: Frankreich ist im Begriff, den Krieg zu verlieren. Am gleichen Donnerstag, 6. Juni, an dem Kocher bei Pilet vorspricht, notiert Feldmann:

> [illegible]

Am Abend des 6. Juni schreibt Generalstabschef Huber in sein Kriegstagebuch:

> [illegible] sungserscheinungen geltend machen.

An der Bundesratssitzung vom Samstag, 8. Juni, berichtet Pilet den Kollegen über die Luftzwischenfälle und die deutsche Protestnote. Er legt dem Bundesrat den vom Politischen Departement «im Benehmen mit dem Armeekommando» ausgearbeiteten Entwurf einer Antwort vor. Die Note wird vom Bundesrat mit zwei geringfügigen Änderungen gutgeheissen.

Noch am gleichen Samstag kann Pilet Köcher zu sich rufen und ihm die ausführliche Antwortnote des Bundesrats übergeben. Sie fasst zuerst die Darstellung der Reichsregierung der «Fliegerzwischenfälle in der Westschweiz vom 1., 2. und 4. Juni» zusammen und äussert sich zum deutschen Begehren nach Entschuldigung und Schadenersatz:

> [illegible]

Anschliessend gibt Pilets Antwortnote eine genaue Darstellung der Luftzwischenfälle, die sich «auf Berichte der beteiligten schweizerischen Flieger» stützt und auf «zahlreiche Bodenbeobachtungen, die zum gleichen Ergebnis gelangen». Zum Luftkampf zwischen deutschen und schweizerischen Jagdstaffeln, den die deutsche Note als «unerwarteten und herausfordernden Angriff» seitens der Schweizer bezeichne, schreibt der Bundesrat:

> [illegible] sischem Boden niedergegangen

Diese Ausführungen mit genauen Zeit- und Ortsangaben tragen Pilets persönliche juristische Handschrift. Ebenso die nachfolgenden sehr dezidierten Worte, die Berlins Version in Zweifel ziehen:

> [illegible]

Zum Schluss schlägt Pilets Note vor, für den Fall, dass man «die bestehenden Meinungsverschiedenheiten über den Tathergang» nicht beseitigen könne, die Aufklärung im Sinne des deutsch-schweizerischen Vergleichsvertrags von 1931 einer Untersuchungskommission zu übergeben. Mündlich erläutert er Kocher, wie sich der Bundesrat diese Kommission vorstellt. Sie soll aus Technikern bestehen, je einem Deutschen, einem Schweizer und einem Neutralen, der ein Italiener sein könne.

Noch während er mit Kocher redet, wird Pilet ans Telefon gerufen. Er erfährt, dass in den letzten Stunden neue, noch grössere deutsch-schweizerische Luftkämpfe mit noch mehr eingesetzten Flugverbänden stattgefunden haben, bei denen es zu Abstürzen und Todesfällen gekommen ist. In seinem noch am gleichen Abend geschriebenen Bericht beschreibt Kocher Pilets Reaktion:

> [illegible]
> pflichtungen so genau als eben möglich einzuhalten.

Pilet muss an jenem Samstagnachmittag befürchtet haben, dass eine weitere Eskalation der Luftkämpfe zu einem deutsch-schweizerischen Krieg führen konnte. Angesichts der deutschen Übermacht und des Ausfallens Frankreichs als möglichen Verbündeten musste ein solcher Krieg mit der raschen totalen Niederlage der Schweiz enden. Pilet tut nun alles in seiner Macht Stehende, um das Verhängnis abzuwenden. Telefonisch gibt er General Guisan Anweisung, die schweizerischen Flieger «in Fällen entschuldbaren Irrtums» bei Verletzung des schweizerischen Luftraums zu grösster Zurückhaltung anzuhalten.

Pilet ruft nachher Kocher an, um ihm dies mitzuteilen. Auf Kochers Frage, was dieser Befehl bedeute, antwortet Pilet, dass in solchen Fällen – also bei irrtümlichen Hoheitsverletzungen – nicht geschossen werden solle.

Die Zwischenfälle vom 8. Juni, die sich unmittelbar vor dem Treffen Pilet–Kocher ereignet haben, sind von den deutschen Fliegern provoziert worden. Sie hatten Befehl, die Schweizer Jagdflieger an der schweizerisch-französischen Grenze zum Kampf zu stellen und möglichst viele ihrer Me 109 abzuschiessen. Den Kampf eröffneten sie, indem zwei ihrer Me 110 einen Schweizer C-35, der auf einem Aufklärungsflug über Pruntrut flog, unvermittelt angriffen und abschossen. Pilot und Beobachter kamen um.

Über den Ablauf der Luftkämpfe, an denen 28 deutsche Me 110 und 10 schweizerische Me 109 beteiligt waren, weichen die schweizerische und die deutsche Darstellung voneinander ab. Nach (glaubwürdiger) Schweizer Version wurden zwei deutsche Zerstörer abgeschossen, wobei vier Flieger den Tod fanden. Zwei weitere deutsche Flieger wurden durch Einschüsse tödlich verletzt. Ein Me 110 wurde von der Schweizer Flab schwer getroffen und musste bei Oberkirch auf Schweizer Gebiet notlanden. Pilot und Bordfunker wurden interniert. Auf Schweizer Seite beklagt man den Verlust eines C-35 und den Tod der beiden Besatzungsmitglieder. Ein lebensgefährlich verwundeter Pilot musste notlanden und mehrere Flugzeuge wurden durch Einschüsse beschädigt.

Die Lektion, welche die deutsche Luftwaffe den Schweizern erteilen wollte, ist missglückt. Die kriegsunerfahrenen, aber furchtlosen und gut ausgebildeten Schweizer Piloten behaupteten sich im Kampf gegen die erprobten deutschen Flie-

ger. Acht Monate hatten sie ungeduldig darauf gewartet, zu zeigen, was sie konnten. Die Erzählung eines Schweizer Flugoffiziers illustriert ihre Stimmung:

> [illegible]
> *um schusset ihr dö Schwob nod ab.»*

Die Nachricht über die neusten Luftkämpfe dringt zu Hitler, der am 9. Juni «selbst die Weiterbearbeitung der Angelegenheit» in die Hand nimmt. Alles eingehende Material über die Luftkämpfe mit Schweizer Fliegern «soll unmittelbar dem Führer zugeleitet werden». Der erzürnte Hitler befiehlt den kommandierenden General des hauptsächlich beteiligten «Fliegerkorps 1» zum mündlichen Vortrag zu sich. Unterlagen über diesen Vortrag existieren keine. Angesichts des in jenen Tagen stattfindenden blitzartigen Vormarschs seiner Truppen gegen Paris hat Hitler als Oberkommandierenden der Wehrmacht kaum Zeit gehabt, um sich mit strategisch bedeutungslosen deutsch-schweizerischen Luftscharmützeln abzugeben. Beide Seiten, die schweizerische und die deutsche, vermeiden nach dem unglücklichen 6. Juni tunlichst neue Zwischenfälle.

Die Stimmung entspannt sich. Der telefonische Bericht, den der Gehilfe des deutschen Luftattachés aus Bern nach Berlin übermittelt, rückt die Zwischenfälle in ein neues, für das Reich ungünstiges Licht:

> [illegible]
> grosse Erbitterung hervorgerufen haben.

In Rom staunt man über die kühnen Taten der Schweizer Flieger. Schon am Tag nach den Luftkämpfen vom 4. Juni hat der italienische Gesandte Tamaro seinem Aussenminister Ciano berichtet:

> [illegible]
> chem Sektverbrauch gefeiert haben

Die Nachricht von der ausgelassenen Feier ist Tamaro von einem «Vertrauensmann» zugetragen worden, der im Zug ein Gespräch von drei Mädchen belauscht hat, von denen zwei an der Feier teilgenommen haben sollen. Der deutsche Botschafter in Rom, H. G. von Mackensen, gibt die Mär von der «Orgie mit Damen» nach Berlin weiter. Divisionär Bandi untersucht die Angelegenheit. Er kann feststellen, dass solche Feierlichkeiten «weder angeordnet noch stattgefunden haben». Dies stimmt nur bedingt. Die Chronik der beteiligten Fliegerstaffel schreibt zum 8. Juni:

> [illegible]
> bereitschaft befahl

Am nächsten Tag, 9. Juni, sind Pilet und das Politische Departement weiter bemüht, die gefährliche Krise mit dem Reich zu entschärfen. Pilet redet mit Guisan und Bandi und lässt sich alle einschlägigen Unterlagen geben. Wie seine Notizen zeigen, hält er es für möglich, dass bei den Luftkämpfen schweizerische Piloten, wie dies Deutschland behauptet, auf französisches Gebiet eingedrungen sind. Die Grenze sei sehr gewunden und schwer ausmachbar, weshalb ein in einer Höhe von über 3000 Meter fliegender, schwierige Flugmanöver durchführender Pilot sie überqueren könne, ohne sich dessen gewahr zu werden.

An der Wilhelmstrasse nimmt Weizsäcker den neuerlichen Luftzwischenfall nicht besonders ernst. Sein Chef Ribbentrop ist von Berlin abwesend und hat Wichtigeres zu tun, als sich mit Protestnoten an die Schweiz abzugeben. Ihn beschäftigen der eben erfolgte Kriegseintritt Italiens, der Druck Moskaus auf verschiedene Balkanstaaten, die Ausarbeitung der Bedingungen für den erwarteten Waffenstillstand mit Frankreich. Angelegenheiten, welche die geopolitische Strategie nicht betreffen, überlässt Ribbentrop Weizsäcker, der sie im eigenen Sinn erledigen kann.

Der Staatssekretär hat kein Interesse an einer Verschärfung der Beziehungen mit der Schweiz. Aus seiner Zeit als Gesandter in Bern hat er in der Bundesstadt immer noch zahlreiche Freunde. Sein Sohn Richard (der spätere Bundespräsident) hat am Literargymnasium Kirchenfeld die Schulbank gedrückt und dort *Bärndütsch* ge-

lernt. Nach einer Aussage von Jacques Pilet schwärmte seine Mutter Mme Pilet-Golaz für die «blauen preussischen Augen» Weizsäckers (der zwar in Baden-Württemberg beheimatet ist).

Am Nachmittag des 12. Juni besucht der Chef der Kriegstechnischen Abteilung, Oberst Robert Fierz, der in Berlin Kriegsmaterial einkaufen will, Weizsäcker privat. Wie Fierz seinem Vorgesetzten Minger berichtet, habe sich Weizsäcker «mit einem feinen Lächeln», aber doch sehr ernst, über die internationale Lage der Schweiz geäussert:

> [illegible] rungen eintreten.

Als Fierz sich verabschiedet, lässt der Staatssekretär die Bemerkung fallen:

> [illegible]

Weizsäcker hat Frölicher absichtlich drei Tage hingehalten, bevor er ihn empfängt. Als Frölicher am 12. Juni endlich vorsprechen kann, drückt er «Besorgnis, Beileid und Bedauern» über die Luftzwischenfälle aus. Weizsäcker notiert:

> [illegible] die Zukunft vorzubeugen.

Tags darauf, 13. Juni, informiert Pierre Bonna, Chef der Abteilung für Auswärtiges, General Guisan, Frölicher habe bei seinem Gespräch mit Weizsäcker den Eindruck erhalten, dass die schweizerisch-deutschen Luftzwischenfälle keine ärgerlichen Konsequenzen haben werden. Vorausgesetzt sei allerdings, neue Zwischenfälle werden vermieden. Guisan erlässt sofort einen neuen Befehl an seine Flieger. Bei unbedeutenden Verletzungen des schweizerischen Luftraums würden sie nicht mehr alarmiert. Schweizer Jäger sollen über Schweizer Gebiet zurückfliegende Flugzeuge nicht mehr beschiessen, es sei denn, sie eröffneten das Feuer selber. Im Pruntruter Zipfel übernimmt die Flab anstelle der Flieger den Luftraumschutz.

33. Englische Bomben, deutsche Bombenleger

Am 12. Juni, gegen 1 Uhr früh, werden in stockdunkler, wolkenschwangerer Nacht – eben ist ein heftiges Gewitter niedergegangen – die braven Bürgerinnen und Bürger von Genf durch ein unheilvolles Dröhnen aus ihrem Schlaf geweckt. Sie gehen an die Fenster. Man hört, wie Fliegerstaffeln in drei Wellen das Gebiet überfliegen. Um 1 Uhr 50 erschüttern drei Explosionen die Stadt. Die Leute stürzen auf die Strassen. Eine getroffene Gasleitung erleuchtet die Gebäude. An verschiedenen Orten sind Bomben niedergegangen, so im Wohnquartier Champel. *La Suisse* berichtet:

> [illegible] zersplitterten [illegible] in die Polyklinik und ins Kantonsspital transportiert.

In einem als Kantonnement benutzten Nebengebäude des Hotels Beau-Séjour wird ein auf Stroh schlafender Soldat getötet.

Auch in Renens und Daillens in der Nähe von Lausanne hat ein fremdes Flugzeug Bomben abgeworfen. Bilanz der nächtlichen Fliegerangriffe: 4 Tote, 18 Schwerverletzte, grosser materieller Schaden. Die Aufregung ist enorm. Die Armeeleitung verspricht eine rasche Untersuchung. Noch am gleichen Morgen ist das Ergebnis bekannt: Die Bomben sind englischer Herkunft. Das Politische Departement weist die Schweizer Gesandtschaft in London an, Protest zu erheben. Minister Thurnheer geht persönlich zu Richard A. («Rab») Butler, dem Under-Secretary of State for Foreign Affairs, und übergibt ihm die Note, in welcher der Bundesrat gegen «die schwerwiegende Verletzung der schweizerischen Neutralität» protestiert.

Die britische Regierung untersucht die Zwischenfälle und beantwortet die Schweizer Proteste: Einheiten des «Bomber Command», die Operationen gegen Ziele in Norditalien unternahmen, seien wegen des schlechten Wetters über den Alpen von ihrem Kurs abgekommen und versehentlich über Schweizer Gebiet geflogen. Die Regierung Ihrer Majestät übernehme die Verantwortung. Sie drücke ihr tiefes Bedauern für diesen unglücklichen Zwischenfall und ihre Trauer über dessen tragische Folgen aus. Sie sei bereit, für Verluste an Menschenleben, persönliche Verletzungen und materielle Schäden aufzukommen.

Wie sich herausstellt, haben drei verirrte Flugzeuge, die einer Formation von 36 Whitley-Bombern angehörten, die Bomben abgeworfen. Sie operierten im Rahmen des ersten britischen Bombenangriffs gegen Italien nach Mussolinis Kriegserklärung. Die Formation hatte kriegswichtige Einrichtungen in der Lombardei und im Piemont zerstören sollen, doch zwei Drittel der Bomber kehrten unverrichteter Dinge zurück. Die Besatzung des Whitley, der Renens und Daillens bombardierte, hatte Lausanne mit Genua verwechselt.

Am Sonntag, 16. Juni, telefoniert Generalstabschef Huber dem General: «Man hat zehn deutsche Saboteure verhaftet!» Sie hatten auf unsere Militärflugplätze angesetzt werden sollen.

Was war geschehen? Im Zug von Kreuzlingen nach Zürich fielen Zugführer Albert Stöckli vier in Knickerbocker gekleidete Reisende auf, die eine vom Vortag stammende, abgelaufene Fahrkarte vorzeigten und nachzahlen mussten. Jeder legte eine nagelneue Fünfziger- oder Hunderternote hin. Die Passagiere sprachen Französisch, allerdings schlecht. Die Sache schien Stöckli faul. Noch bevor der Zug am Hauptbahnhof Zürich zum Stehen kam, sprang er ab, eilte zum Polizeiposten. Dort hatte Wachtmeister Joseph Torti bereits die Signalemente von zwei Verdächtigen in der Hand. Der Schweizer Spionageabwehr war ein Tipp aus Berlin zugegangen. Wie Torti nach dem Krieg erzählte, spürte er die beiden Kerle in der *Drittklasswirtschaft* des Bahnhofbuffets auf:

> [illegible]

Unter den Pamphleten lag Sprengstoff. In kürzester Frist konnten daraufhin an verschiedenen Orten weitere Saboteure geschnappt werden. Alle zehn hatten falsche

Fasse auf sich. Sie besassen je ein Paket mit Sprengkörpern, eine Pistole mit 25 Patronen, ein Stilett, einen Kompass, eine Drahtzange, eine Taschenlampe, 500 Schweizerfranken und 50 Reichsmark.

Das Armeekommando befürchtet weitere Sabotageakte, vielleicht gar einen Anschlag auf sein Hauptquartier. Erhöhte Alarmbereitschaft wird befohlen, die Berner Ortswehren werden aufgeboten, Brücken und wichtige Strassen werden durch Hindernisse und Maschinengewehrstellungen gesichert. Nachrichtenoffizier und *Bund*-Feuilletonredaktor A. H. Schwengeler sagt Feldmann, die recht plumpe Aktion sei von untergeordneten Stellen – ohne Veranlassung durch offizielle Instanzen – ausgegangen und habe beabsichtigt, «Zwischenfälle zu provozieren». Die Nachricht ist falsch: die Saboteure waren keine auf eigene Faust handelnde Einzelgänger. Die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft ergeben, dass zehn Angehörige der Einsatzgruppe Brandenburg – 8 Deutsche, 2 Auslandschweizer – in einem Fachkurs auf einem Flugplatz in der Nähe von Berlin für die Sabotageaktion ausgebildet worden waren. Sie hatten «von einem Major» den Auftrag erhalten, in der Nacht vom 16. auf den 17. Juni in vier Gruppen auf den Flugplätzen Spreitenbach, Bözingen, Payerne und Lausanne je ein oder zwei Militärflugzeuge zu zerstören. Bei seiner Einvernahme hatte der verhaftete Schweizer Erwin Leu ausgesagt:

> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> Franzosen ruhig die Schweiz überfliegen durften.

Leu hatte die Deutschen Loos und Karsten am 13. Juni nach Spreitenbach geführt, wo sie in den Wäldern übernachteten. Da sie auf dem dortigen Feldflugplatz keine Militärflugzeuge vorfanden, vergruben sie die Sprengkörper und machten sich auf die Heimreise. Die beiden Deutschen wurden im Bahnhof Weinfelden, der Schweizer Leu auf dem Bahnhof Lausanne verhaftet.

Aus heutiger Sicht, die sich auf nach dem Krieg zugängliches Archivmaterial (insbesondere auf Erwin von Lahousens Kriegstagebuch) stützen kann, lässt sich der Hergang des «Unternehmens Adler» – wie deutsche Stellen die Sabotageaktion nannten – einigermassen zuverlässig rekonstruieren. Ausgeführt wurde «Adler» von der eigens für solche Aktionen aus Freiwilligen, meist Auslandsdeutschen, zusammengesetzten Spezialtruppe, die den Tarnnamen «Lehrregiment Brandenburg z.b.V. 800» trug. Die «Brandenburger» unterstanden dem von Admiral Wilhelm Ca-

naris geführten militärischen Geheimdienst der Abwehr Ausland. Für Sabotage und Propaganda war Abteilung II unter Oberstleutnant Erwin von Lahousen zuständig, einem Vertrauten des Admirals. Lahousen, ein österreichischer Geheimdienstoffizier, der nach dem Anschluss in die Wehrmacht übernommen wurde, war gegen die Nazis und wird am 9. März 1943 persönlich eine Kiste Sprengstoff für ein geplantes (gescheitertes) Attentat gegen Hitler auf einen Flug nach Smolensk mitnehmen.

Lahousens Abwehr II, welche den Auftrag am 3. Juni von Keitel erhalten hatte, unterbreitete dem Wehrmachtsoberkommando einen Plan, der den «gleichzeitigen Sabotageansatz für alle vorgesehenen Objekte an einem Tag» vorsah. Am 7. Juni, dem Tag nach den schweren schweizerisch-deutschen Luftkämpfen im Jura, erhielt die Abwehr vom Luftwaffenführungsstab die Meldung, dass das Unternehmen «Adler» jetzt durchzuführen sei. Die Abwehr, die sich der politischen Tragweite des zweifelhaften Unternehmens gegen die neutrale Schweiz bewusst war, nahm Rücksprache mit Göring und Keitel. Das Ergebnis war:

> [illegible]
> [illegible]
> Einsatzbefehl ab.

Bereits am Spätnachmittag des 8. Juni kam die Mitteilung, dass «der Führer die Durchführung des Unternehmens genehmigt hat». Am 11. Juni reisten die mit der Sabotageaktion beauftragten «V-Leute» von Berlin ab, um noch in der Nacht über die Schweizer Grenze geschleust zu werden.

Nach allem, was heute über die Abwehr – und über die Nazigegner Canaris, Oster und Lahousen – bekannt ist, hat sie den völkerrechtswidrigen Befehl Hitlers widerwillig ausgeführt. Der dem Widerstandskreis um Oster angehörende Hans Bernd Gisevius, zeitweise deutscher Vizekonsul in Zürich, erzählte 1946 dem *Weltwoche*-Journalisten Peter Schmid, Canaris habe das Talent gehabt, bei besonders heiklen Aufgaben, deren Erfüllung er verhindern wollte, einen «Weihnachtsmann» zu finden, «das heisst irgend einen ‹bewährten Offizier›, der in Wirklichkeit ein Trottel war und bestimmt seine Mission auf die schiefe Ebene brachte». Dies scheint beim Unternehmen «Adler» der Fall gewesen zu sein. Canaris oder einer seiner Mitarbeiter sorgten für das Scheitern von «Adler». Höchstwahrscheinlich waren es auch Abwehr-Mitarbeiter, welche die Schweizer Spionageabwehr oder die Zürcher Polizei rechtzeitig warnten und so den Schweizer Stellen ermöglichten, die Saboteure dingfest zu machen.

34. Frankreich kapituliert

Auf den 18. Juni hat Hitler kurzfristig Mussolini nach München bestellt. Der Führer ist während der Nacht im Sonderzug aus seinem Hauptquartier in Brûly-de-Pesche angereist. Erstmals seit Beginn des Westfeldzugs zeigt er sich seinen Landsleuten. Eine junge Münchnerin hat den Tag miterlebt:

> [illegible]

Hitler ist überzeugt, dass der Krieg im Westen gewonnen ist. Er glaubt, dass England ohne den «Festlanddegen» Frankreich klein beigeben und mit ihm zu einem Ausgleich kommen wird. Sein Ziel ist zu verhindern, dass die französische Regierung sich nach Nordafrika absetzt und von dort den Krieg weiterführt. Er will die starke, weiterhin intakte französische Flotte neutralisieren, damit sie nicht den Engländern in die Hände fällt. Deshalb will er die Forderungen bei den Kapitulationsverhandlungen nicht zu hochschrauben. Er bringt Mussolini dazu, seine eigenen territorialen Forderungen bis zu den erwarteten Friedensverhandlungen zurückzustellen.

Am Rande kommt Hitler auf die Schweiz zu sprechen. Sie

> [illegible] müssen.

Von einer militärischen Aktion gegen die Schweiz ist in der Münchner Besprechung nicht die Rede. Die von Hitler geplante völlige Abschneidung der Schweiz setzt allerdings voraus, dass italienische Truppen in den Alpen so weit vormarschieren, dass sie deutschen Verbänden, die von Lyon aus bis Chambéry und Grenoble dringen sollen, die Hand reichen können. All dies wird die Welt aber erst viel später erfahren. Über den Inhalt der Besprechung Hitler–Mussolini verlautet nichts. Minister Frölicher und Pilet sind auf Vermutungen angewiesen.

Am Nachmittag desselben 18. Juni zieht Churchill im Unterhaus eine schonungslose Bilanz über den bisherigen Verlauf des Kriegs. Seine Schlussworte

> [illegible] wird: *«This was their finest hour.»*

Immer noch am selben 18. Juni um 20 Uhr spricht General Charles de Gaulle über Radio Londres der BBC. Der in Frankreich wenig bekannte 49-jährige de Gaulle hat als Kommandant einer Panzerdivision erfolgreich den Deutschen Trotz geboten und ist von Reynaud zum Unterstaatssekretär im Kriegsministerium ernannt worden. Er gehört zu jenen Regierungsmitgliedern, die sich einem Waffenstillstand widersetzen. Im Einverständnis mit dem zurückgetretenen Reynaud ist de Gaulle tags zuvor aus Bordeaux heimlich nach London geflogen, um von dort aus die Weiterführung des Kampfs zu organisieren. In seinem Appell ruft er zum Widerstand auf: Noch sei in diesem Krieg das letzte Wort nicht gesprochen, noch sei Frankreich nicht verloren. Er fordert alle französischen Offiziere und Soldaten, die sich in Grossbritannien befinden oder noch dorthin kommen werden, auf, sich mit ihm in Verbindung zu setzen:

> Denn [illegible]

> [illegible] löschen

Der Appell de Gaulles wird in der Schweizer Presse, wenn überhaupt, nur kurz wiedergegeben. Das ganze Interesse konzentriert sich auf Hitler, Mussolini, Pétain und Churchill. Wie wird es nach dem Treffen in München weitergehen? In der *Gazette de Lausanne* kommentiert Edmond Rossier:

> [illegible]

Der 18. Juni, Tag des Münchner Treffens Hitler–Mussolini, Tag der dramatischen Ansprachen von Churchill und de Gaulle, stellt die Schweiz vor ein unerwartetes neues Problem. An der morgendlichen Bundesratssitzung berichtet Bundespräsident Pilet, dass laut Mitteilung des Generals grössere, in «sehr schlechter Verfassung sich befindende» französische Truppenteile um Einlass in die Schweiz bäten. Dieser Wunsch könne angesichts der humanitären Mission der Schweiz und des Präzedenzfalls von 1871, als die «Bourbaki-Armee» ins Land gelassen wurde, «kaum abgelehnt werden». Deshalb habe er, Pilet, seine grundsätzliche Zustimmung gegeben, «wobei selbstverständlich eine vollständige Entwaffnung an der Grenze und nachherige Internierung im Landesinnern zu erfolgen hatte». Pilet hat den General wissen lassen, dass der endgültige Entscheid beim Bundesrat liege. Der Rat ist einverstanden.

Am Nachmittag des 18. Juni begleitet der eben zum Chef von Guisans persönlichem Stab ernannte Hptm. Barbey den General zu Pilets Privatwohnung. Es ist das dritte Mal in zwei Wochen, dass der General von Pilet in seine Wohnung gebeten worden ist. Am Scheuerrain wird er vom halben Bundesrat – Pilet, Minger, Etter und Baumann – erwartet. Zugegen sind auch Logoz und Minister Bonna. Barbey beschreibt die Szene:

> [illegible]

> [illegible]

Der General sieht eine doppelte Gefahr für die Schweiz. Einerseits im Norden die ausgedehnten Truppenansammlungen im Schwarzwald, die je nach Verlauf der Schlacht auch versuchen könnten, auf Schweizer Gebiet die rechte Flanke der französischen Streitkräfte zu umgehen. Andererseits im Westen die in Richtung Besançon, Pontarlier zur Schweizer Grenze vorstossenden Panzermassen.

General Heinz Guderian, dessen Panzer im Rekordtempo vorgestürmt sind, ist schon am 17. Juni persönlich in Pontarlier eingetroffen und hat sich die Schweizer Grenze angeschaut. Der französische General Marius Daille muss den Versuch, sich mit seinem 45. Armeecorps dem Jura entlang zu den französischen Alpentruppen durchzuschlagen, aufgeben. Seine Truppen sind eingeschlossen und so ersucht er die Schweizer Behörden, sie aufzunehmen. Fast überall löst sich die Front auf. Die meisten französischen Soldaten sehen nicht ein, wieso sie nach dem Waffenstillstandsgesuch Pétains weiterkämpfen sollen. Im Clos du Doubs allerdings liefern Dailles Truppen – vor allem die 2. polnische Schützendivision und die 7. algerische Spahi-Brigade – den Deutschen einen tapferen letzten Abwehrkampf, einen «Kampf um die Ehre».

In der Nacht vom Mittwoch, 19., auf Donnerstag, 20. Juni, überschreitet ein beträchtlicher Teil des Armeekorps Daille am Doubs die Schweizer Grenze. Es handelt sich um schätzungsweise 29 000 Franzosen, 12 000 Polen, mit 5000 Pferden, 1000 Lastwagen, Raupenfahrzeugen, Artilleriegeschützen und weiterem Material. 800 Verwundete werden nach Saignelégier in Spitäler verbracht.

Der Berichterstatter des *Feuille d'Avis de Neuchâtel* erkennt den Ernst der Stunde:

> [illegible] tragen werden.

Der Reporter beschreibt, wie das ländliche Freiberger Dorf Saignelégier von einer menschlichen Flut überschwemmt wird:

> [illegible] stumpft – bejammernswert.

Die Soldaten sind verdattert und niedergedrückt. Viele wissen nicht einmal, dass die Deutschen bereits Paris eingenommen haben.

> [illegible] schen wie im Jahr 1940.»

Für *La Suisse* fährt René Henri Wüst ins Seeland und den Berner Jura. Er ist ein Dienstkamerad von Jacques Pilet und wird später «Alerte en pays neutre», ein beachtetes Buch über den Aktivdienst im 2. Weltkrieg verfassen. Die Zensur gestatte ihm nicht – schreibt er ironisch –, «das reizende Städtchen M.» zu nennen, in dem eben «ein grosser Sieg von 1476 über einen gewissen burgundischen Herzog» gefeiert wird. Die dort internierten Soldaten seien beinahe zu müde, um sich schlafen zu legen. Sie hätten gerne Nachrichten von ihren Lieben daheim, die ihnen niemand geben kann. Alle loben die herzliche Aufnahme, die ihnen die Schweizer bereiten. Ein Wachtmeister der Fliegerabwehr, ein Pariser Arbeiter, bemerkt zum Journalisten:

> «[illegible] de, war vom jetzigen gewiss verschieden!»

Es gibt auch viele Zivilflüchtlinge. Um die 7500 sind in den letzten Tagen über die Grenze gekommen. Auf Schritt und Tritt begegnet Reporter Wüst menschlichen Schicksalen:

[illegible] sen werden, was die Schweizer für uns getan haben.»

Ein Internierter erzählt Wust, dass man bei den Deutschen «keinen Hass gegen den Feind» gefunden habe. Frankreich bezahle jetzt für «zwanzig Jahre Irrtümer und Sichgehenlassen»:

[illegible]

In Bukarest verfolgt Minister René de Weck am Radio den französischen Zusammenbruch. Tagebuch, 20. Juni:

[illegible] ben, auch wenn die Beweislage klar ist.

Tags darauf fügt er hinzu:

[illegible] den General de Gaulle

35. Die Schlinge um den Hals

Als General Guisan am Abend des 19. Juni von der Grenze zurückkehrt, erfährt er, dass ihn Bundespräsident Pilet um 23 Uhr bei sich am Scheuerrain erwartet. Die zu besprechende Sache muss sehr ernst sein. [illegible] dabei sind auch Minister Bonna, Jurist Logoz und Verbindungsoffizier Henry Vogel. Barbey im Tagebuch:

> [illegible]

Die scharfe deutsche Antwortnote (auf Pilets Note vom 5. Juni) bestreitet rundweg die Schweizer Schilderung der Luftkämpfe und hält an der eigenen Version «in allen wesentlichen Punkten» fest:

> [illegible] biet stattgefunden hat

Für ein Schiedsgerichtsverfahren sieht die deutsche Regierung keinen Anlass und verlangt, dass ihre Forderungen [Entschuldigung und Schadenersatz] «unverzüglich erfüllt» werden. Die deutsche Note bringt dann «einen weiteren ernsten Vorfall zur Sprache», den Luftkampf vom 8. Juni. Nach deutscher Darstellung wurde «eine Anzahl deutsche Flugzeuge während eines Grenzüberwachungsflugs über französischem Gebiet von vier Schweizer Flugzeugen, die sich dann auf etwa 15 vermehrten, angegriffen». Schwerwiegender noch ist aus deutscher Sicht

> [illegible] rum nur als ein flagranter feindseliger Akt bezeichnet werden.

Die scharfe deutsche Note vom 19. Juni endet ominös:

> [illegible] nehmen wird.

Was ist unter «andere Weise» zu verstehen? Nichts Gutes. Es ist eine unverhüllte Drohung mit militärischen Massnahmen gegen die Schweiz. Am nächtlichen Treffen in Pilets Haus einigt man sich, wie Bundesrat und General auf die deutsche Drohung reagieren sollen.

Bereits um 8 Uhr am nächsten Morgen, Donnerstag, 20. Juni, bespricht sich Guisan mit Fliegerkommandant Bandi. In der Folge entwirft Divisionär Bandi neue Weisungen an seine Piloten. Den Schweizer Jagdflugzeugen soll verboten werden, die Ajoie, den Südtessin, den Kanton Genf und die Zone entlang der Grenze zu überfliegen. Weiter:

> [illegible]

Pilet, dem der Text vorgelegt wird, ändert von Hand die letzten Worte «von mehr als drei Flugzeugen» zu «von drei und mehr Flugzeugen».
In der Folge erlässt der General – immer noch am gleichen 20. Juni – einen Befehl, der in der Konzession ans Reich bedeutend weitergeht als die Weisungen des angeblichen Deutschlandfreunds Bandi:

> [illegible] gebiet überfliegende Flugzeuge eingesetzt.

In einem Begleitschreiben an den Generalstabschef und die vier Korpskommandanten erklärt Guisan, der Befehl erfolge «auf Verlangen des Bundesrats». Der General – schlauer Waadtländer Bauer, der er ist – weiss natürlich, dass ein solcher Befehl, der einem Einknicken vor Hitler-Deutschland gleichkommt, bei seinen Fliegern kein Verständnis finden wird. So schiebt er die Verantwortung für den Rückzieher dem Bundesrat in die Schuhe. Zu Unrecht.

Am Freitag, 21. Juni, lässt Pilet erneut Köcher kommen, um mit ihm über die neue deutsche Note zu reden. Im Hinblick auf das Gespräch hat sich der Bundespräsident notiert:

> [illegible] Anweisung [illegible]
> [illegible]

In Pilets Notizen findet sich fast wörtlich der Befehlsentwurf Bandis. Es ist anzunehmen, dass sich Pilet im Gespräch mit Köcher an diesen Text hielt und nicht an Guisans weitergehenden Befehl vom Vortag, der nicht weniger bedeutet als die Aufgabe des Neutralitätsschutzes in der Luft.

Was Pilet unter vier Augen mit Köcher geredet hat, können nur die beiden wissen. Immerhin existiert ein Bericht des Gesandten an Weizsäcker. Köcher schreibt, Pilet habe versucht, «die deutschen Feststellungen über den Hergang der Zwischenfälle nochmals in Zweifel zu ziehen»:

> [illegible]
> Schweiz auch nichts tun werde, was gegen ihre Ehre verstosse.

Pilet zeigt Rückgrat. Er ist im Gespräch mit Köcher in die Offensive gegangen, indem er auf die geplante Aktion der 10 vom Reich in die Schweiz entsandten Saboteure zu sprechen kam. Köcher schreibt dazu:

> Der [illegible]
> [illegible]
> ganze Angelegenheit sehr unglaubwürdig erscheine.

Kocher ist über das geheime Sabotageunternehmen «Adler» nicht informiert worden. Das «Schriftstück», das ihm Pilet überreicht, muss die Vorgänge um die geplanten Flugzeugsprengungen überzeugend dargestellt und den Gesandten in einige Verlegenheit gebracht haben. Als Vertreter des Deutschen Reichs kann Kocher jedoch nicht gut anders, als die illegale Aktion abzustreiten. Auf jeden Fall will er mit der peinlichen Angelegenheit, die kein gutes Licht auf die Wehrmachtsführung und auf die Fähigkeiten der deutschen Geheimagenten wirft, seinerseits nichts zu tun haben:

> [illegible] Vorfälle überhaupt zur Sprache zu bringen.

Kochers Worte lassen erahnen, dass Pilet mit dem Gesandten übereingekommen ist, die ebenso dreiste wie kläglich misslungene deutsche Sabotageaktion unter den Teppich zu kehren. Kocher hat Weizsäcker das «Schriftstück» übersandt und dieser wird sich seinen Reim gemacht haben. Persönlich hat der Staatssekretär kein Interesse daran, Keitel, Göring und Ribbentrop – und schon gar nicht den Führer – an das peinliche Fiasko eines Unternehmens zu erinnern, das die Nazimächtigen in ihrem gegenwärtigen Siegesrausch vergessen oder verdrängt haben.

Nach seinem Gespräch mit Kocher geht Pilet in eine wichtige, bereits laufende Sitzung, an der das weitere Vorgehen in der schwierigen Aussenhandelssituation beraten wird. Der Bundespräsident erscheint gerade rechtzeitig, um das Votum von Direktor Heinrich Homberger zu hören, der einen Überblick über den Stand der Verhandlungen gibt, die Minister Jean Hotz und er in den letzten Tagen in Bern mit dem deutschen Delegationsleiter Hemmen geführt haben.

Die Niederlage Frankreichs hat die Verhandlungsposition der Schweiz ungemein erschwert. Die Schweizer Delegation versucht jetzt, «auf dem Gebiet der Kriegsmateriallieferungen so schnell wie möglich eine Lösung zu finden, um die Kohlelieferungen nicht unterbrechen zu lassen». Die Schweiz, so meint Homberger, müsse «die äussersten Anstrengungen machen, um Deutschland mehr Ware, inklusive Kriegsmaterial, zu liefern»:

> [illegible]

Sowohl Hotz wie Homberger legen dem Bundespräsidenten nahe, persönlich «an die diplomatischen Vertreter der Westmächte heranzutreten» und gleichzeitig unsere Gesandten in Bordeaux, wohin Frankreichs Kabinett und Parlament geflüchtet sind, und London anzuweisen, bei den dortigen Regierungen vorstellig zu werden. Sie sollen um Verständnis für die «Notlage der Schweiz nachsuchen».

Pilet bringt die Diskussion auf den Punkt:

> [illegible] chen ergeben haben.

Minger, der in Vertretung des kranken und soeben offiziell zurückgetretenen Obrecht die zweitägige Sitzung geleitet hat, zeigt sich zum Schluss befriedigt, «dass in allen Teilen eine Verständigung erzielt worden und die vorgeschlagenen Richtlinien der Unterhandlung die Billigung des Bundesrats gefunden hatten».

Ebenfalls am Freitag, 21. Juni, wird Masson in Gümligen vorstellig und beklagt sich heftig über die «Unmässigkeit unserer öffentlichen Meinung». Barbey im Tagebuch:

> Armer Ma[illegible] Seele und man würde sagen in seinem Fleisch.

Die Verhaftungen Massons zeigen bei Guisan Wirkung. Noch am gleichen Tag schreibt er Minger:

> [illegible] erlegt

Im Brief an den Bundesrat verlangt der General – nicht zum ersten Mal – die Einführung der «totalen Vorzensur»:

> [illegible] ner wie auf externer Ebene.

Guisan sieht wie der Bundesrat die «zwingende Notwendigkeit, an der Grenze und in unserem Luftraum jeden Zwischenfall zu vermeiden, der diplomatische Komplikationen provozieren könnte». Er habe dementsprechende Befehle erteilt und es wäre jetzt «paradox, nicht auch auf dem Gebiet der Presse analoge Massnahmen zu ergreifen».
Dazu fehlten jedoch die Mittel. Am Schluss seines an Minger adressierten Briefs stellt der General dem Bundesrat ein Ultimatum – oder was einem Ultimatum gleichkommt:

> [illegible]

Der Bundesrat gibt Guisan eine Absage. Die Presse habe sich bisher allgemein «an die Richtlinien der Abteilung Presse und Rundfunk» gehalten. Die wirksame Durchführung einer Vorzensur würde einen «grossen Apparat von Zensurbeamten erfordern» und hätte auch «den Nachteil, dass die Abteilung Presse und Funkspruch und damit das Armeekommando die Verantwortung für nicht beanstandete Artikel tra

[illegible] Der Bundesrat zweifelt, ob die eidgenössischen Räte eine so tiefgreifende Massnahme billigen würden».

[illegible] am Ende der tumultuösen dritten Juniwoche den Bundesrat beschäftigt, ist die militärische Umklammerung durch die Achsenmächte. Im Gespräch mit ein paar BGB-Parteifreunden skizziert Minger am 22. Juni die neue Lage:

> [illegible] legenheit ausgenutzt werden.

Ebenfalls am Samstag, 22. Juni, hält Guisan mit seinen direkten Untergebenen – Generalstabschef Huber, den vier Korpskommandanten Lardelli, Prisi, Miescher, Labhart und Ausbildungschef Wille – Kriegsrat. Der General hält eine militärische Aktion der Deutschen gegen die Schweiz für unwahrscheinlich, aber nicht für ausgeschlossen. Man müsste dann mit einem Angriff von allen Seiten rechnen. Die Meinungen, wie einem solchen Angriff zu begegnen sei, gehen auseinander.

Bereits im Winter hat der Operationsspezialist Oberst Oscar Germann, im Zivilleben Ordinarius für Strafrecht an der Uni Basel, die Frage eines allfälligen Rückzugs in eine «Festung Alpen» oder «Festung Gotthard» geprüft. Der Gedanke eines solchen «Reduit» ist plötzlich aktuell geworden. Die Meinungen gehen auseinander: Wille, Labhart und Miescher sind für einen konsequenten Rückzug in die Alpen, Huber, Lardelli und vor allem Prisi wollen an der bisherigen Armeestellung festhalten. Prisi:

> [illegible] reine Armeeverteidigung

Für Wille kann die Armee im Zentralraum länger Widerstand leisten als in der Armeestellung:

> [illegible] bewaffneten Macht besser entgegenstehen.

Guisan legt sich nicht fest. Die Frage eines Rückzugs in die Alpen soll weiter studiert werden.

Am dritten Juniwochenende greift in der Schweiz Defaitismus um sich. Was nützt militärischer Widerstand, wenn die *grande armée*, die angeblich stärkste Armee der Welt, innert sechs Wochen überrollt worden ist? Barbey, der im Auftrag des Generals die internierten französischen Truppen besucht, trifft auf dem Chaumont General Daille. Dieser sagt ihm, dass die Fehler seiner Vorgesetzten ihm nichts anderes übrig liessen als die Internierung:

> [illegible] ten.»

Als Barbey am Abend an den Kommandoposten zurückkehrt, wird er von Briefen und Telefonaten von Kameraden überschwemmt:

> [illegible] Sag ihm dies, respektvoll, von unserer Seite…»

36. Waffenstillstand

Die Regierung Pétain, mittlerweile nach Bordeaux geflohen, schickt General Huntziger mit einer Delegation nach Paris. Die Unterhändler werden jedoch nach Compiègne umgeleitet. Hitler hat den Salonwagen des Marschall Foch, in dem Staatssekretär Erzberger am 11. November 1918 den »demütigenden« Waffenstillstand unterzeichnen musste, aus dem Museum holen und, wie damals, in der Waldlichtung von Rethondes aufstellen lassen.

Samstag, 22. Juni. Im Eisenbahnwaggon hört der Führer zu, wie Generaloberst Keitel den Franzosen die Präambel zu den Waffenstillstandsbedingungen vorliest. Wortlos verlässt er nachher den Wagen. Er schreitet die Ehrengarde ab, die Musik spielt »Deutschland über alles« und das »Horst-Wessel-Lied«. Dann reist der Führer in sein Hauptquartier zurück.

Um 18 Uhr 50 unterzeichnen die Generale Keitel und Huntziger den deutsch-französischen Waffenstillstandsvertrag. Der Norden des Landes und die gesamte Atlantikküste bis zur spanischen Grenze ([illegible] Prozent des französischen Territoriums) fallen unter deutsche Besetzung. Die französische Armee ist »in einer noch zu bestimmenden Frist« zu demobilisieren und abzurüsten. Die Flotte muss »in noch näher zu bezeichnenden Häfen« unter deutscher oder italienischer Kontrolle abgerüstet werden. Eine deutsch geführte Waffenstillstandskommission überwacht und regelt den Waffenstillstand. Frankreich zahlt die Besatzungskosten. Die französischen Kriegsgefangenen (um die 1,8 Millionen) bleiben bis zum Abschluss eines Friedensvertrags in Gefangenschaft.

Der Vertrag tritt erst in Kraft, nachdem auch zwischen Frankreich und Italien die Einstellung der Feindseligkeiten vereinbart worden ist. Zu diesem Zweck begibt sich General Huntziger mit seiner Delegation in einem von den Deutschen zur Verfügung gestellten Flugzeug sofort zu Verhandlungen nach Rom.
Abends spät ruft Hitler Goebbels in Berlin an, der in seinem Tagebuch schreibt:

> [illegible]

[illegible]

Selbst der skeptische Staatssekretär Ernst von Weizsäcker ist beeindruckt. Der Freiherr, der [illegible] im 1. Weltkrieg in der Marine gedient hat, schreibt seiner Mutter:

[illegible]
die «Faust im Sack» machen

Dass die [illegible] Vernunft annehmen und [illegible] ist zwei [illegible] Waffenstillstandsbedingungen bekannt [illegible] General de Gaulle [illegible] Churchill [illegible] Erlaubnis [illegible] Uhr über den [illegible] Sender der BBC zum Widerstand aufzurufen. Die Ehre [illegible] und das [illegible] Interesse des Landes [illegible] de Gaulle [illegible] es nicht [illegible] [illegible] Frankreich [illegible] zu betrachten:

[illegible]

> [illegible] tausend Flugzeugen den Sieg geben.

De Gaulle schliesst seinen Aufruf mit den Worten:

> [illegible]

Noch schärfer als der abtrünnige französische General verurteilt Churchill den Waffenstillstand und das Nachgeben von Pétains Regierung. Nicht nur Frankreich, sondern das französische Empire sei jetzt «der Gnade und der Macht der deutschen und italienischen Diktatoren» ausgeliefert. Der Boden Frankreichs könne jetzt mit der Billigung der Bordeaux-Regierung für einen Angriff auf seine Alliierten benutzt werden. Die Ressourcen des französischen Reichs und die französische Marine würden rasch in die Hände des Gegners fallen. Doch was immer auch geschehen möge, das britische Königreich werde den Krieg bis zu seinem erfolgreichen Abschluss weiterführen:

> [illegible] reichs und der Freiheit seines Volks.

Kurz vor drei Uhr früh ist am nächsten Morgen, Sonntag, 23. Juni, Tagwacht im Führerhauptquartier «Wolfsschlucht» zu Brûly-de-Pesche. Um 3 Uhr startet auf dem benachbarten Flugfeld eine Ju-52-Maschine und steuert Richtung Le Bourget. Hitler will Paris sehen. Nicht als siegreicher Feldherr und Eroberer, sondern als Kunstliebhaber und als Bauherr des modernen Deutschlands. Den Begleitern sagt er:

> Paris hat mich immer fasziniert. [illegible]

Seine Künstler, das sind die Architekten Albert Speer und Hermann Giesler und der Bildhauer Arno Breker. Speer soll Berlin in eine prunkvolle Welthauptstadt verwandeln. Giesler ist mit dem Aus- und Neubau der Hitler besonders am Herzen liegenden Städte München, Linz und Nürnberg beauftragt. Breker soll die Monumentalbauten Speers und Gieslers mit Riesenskulpturen schmücken.

Erste Station von Hitlers Touristenvisite ist in der Morgendämmerung die Opéra Garnier. Er umschreitet das eigens beleuchtete neobarocke Gebäude und betritt dann die prunkvollen Räumlichkeiten. Zum Erstaunen seiner Begleiter weiss der Führer genau Bescheid über die Architektur und Innenausstattung der Oper. Er hat in seiner Jugend Paris, seine Strassenführung und seine Bauwerke, studiert. Man schreitet die von Skulpturen, Leuchtern, Fresken und viel Gold umrandete Marmortreppe hinauf und kommt in den mächtigen hufeisenförmigen Zuschauerraum. Hitler ist überwältigt: «Das schönste Theater der Welt».

In rascher Fahrt geht es weiter durch die fast menschenleeren Strassen von Paris. Eingehend besichtigt der Führer den Arc de Triomphe. Speer hat den Auftrag, in Berlin einen ähnlichen, doppelt so hohen, gigantischen Triumphbogen zu errichten. Und soll dies nach Hitlers aus den zwanziger Jahren stammenden Zeichnungen tun.

Höhepunkt ist der Besuch des Invalidendoms. Giesler:

> [illegible]

Nach knapp drei Stunden endet der Besuch auf dem Montmartre, wo Hitler sich an Speer, Breker und Giesler wendet:

> [illegible] Städte und Monumente, die Ihnen anvertraut sind.

Noch ist Krieg. Hitler fliegt bereits um 9 Uhr zurück nach Bruly. Am Nachmittag findet eine Besprechung mit den Militärs statt. Es geht um die Gefangenenfrage. Sie werden in Arbeitskolonnen getrennt nach Technik und Landwirtschaft nach Deutschland gebracht. Weitere Themen: die Rückwanderung der Flüchtlinge und die Organisation der Militärverwaltung Frankreichs. Halder vermerkt im Kriegstagebuch auch noch, dass die Aufgaben der von Generaloberst List geführten 12. Armee «gedanklich» vorzubereiten sind. Diese Aufgaben kämen für den Fall in Frage, dass sich die Waffenstillstandsverhandlungen mit Italien zerschlagen. Die Wehrmacht müsste dann «doch noch einen ernsten Angriff in den Rücken der französischen Alpenbefestigungen und gleichzeitig einen Vorstoss gegen die Mittelmeerküste» durchführen.

Zur gedanklichen Planung gehört in diesem Zusammenhang auch die Verfassung einer «Vortragsnotiz» über einen eventuellen Angriff gegen die Schweiz, der diesen Vorstoss gegen die Mittelmeerküste erleichtern würde. Oberst von Greiffenberg, Chef der Operationsabteilung im Generalstab des Heeres, gibt den Auftrag zu dieser Studie dem 32-jährigen Oblt. von Menges. Menges stellt sie – seine «erste grosse selbstständige Arbeit» – bis zum übernächsten Tag «zur vollständigen Zufriedenheit des Abteilungschefs» fertig.

Die Befürchtung, wonach die bei Rom geführten Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Italien und Frankreich scheitern könnten, erweist sich als unbegründet. Für Mussolini beweisen die «massvollen» deutschen Waffenstillstandsbedingungen Hitlers Willen nach einer «schnellen Verständigung». Laut Aussenminister Cianos Tagebuchaufzeichnung wagt es der Duce nicht mehr, Ansprüche auf die Besetzung gewisser Zonen auszusprechen, weil dies «und unsere Beziehungen zu Berlin zerplatzen lassen» würde.

Pilet hat Minister Frölicher nach Bern zitiert, um vom Gesandten persönlich zu hören, wie dieser die in Berliner Führungskreisen herrschende Stimmung gegenüber der Schweiz einschätzt. Was bedeuten die Drohungen in der scharfen Note vom 19. Juni zu den Flugzeugzwischenfällen? Wird es nach den misslungenen Anschlagversuchen gegen Schweizer Militärflugzeuge zu neuen gewaltsamen Racheaktionen des Reichs kommen? Der Blitzbesuch des Gesandten wird geheim gehalten. Die vertraulichen Gespräche, die Frölicher am Wochenende in Bern mit Pilet und separat mit dem deutschen Gesandten Köcher führt, finden keinen Niederschlag in offiziellen Dokumenten. Jetzt nur kein Geschirr zerschlagen, scheint die Devise zu sein beim Bundespräsidenten, beim Schweizer Gesandten und auch bei Köcher. Alle drei – wie auch Weizsäcker in Berlin – haben ein politisches und persönliches Interesse an einer raschen diplomatischen Beilegung der gefährlichen deutsch-schweizerischen Krise.

Aufgrund von Frölichers mündlichem Bericht über dessen Sondierungen bei Köcher entscheidet Pilet, die internierten deutschen Flieger nach Deutschland zurückzuschicken. Er rechnet damit, dass diese unilaterale Geste des guten Willens von Berlin honoriert werden wird. Die Freilassung der insgesamt 17 internierten Flieger und Rückgabe eines noch intakten in der Schweiz notgelandeten Flugzeugs ist allerdings aus Neutralitätsgründen fragwürdig und innenpolitisch delikat. Darf die Schweiz dies tun, während der Krieg zwischen Deutschland und England weitergeht? Und wird die Presse die Geste, wenn sie – was nicht zu vermeiden ist – in der Schweiz bekannt wird, nicht als Bückling gegenüber dem siegreichen Deutschland anprangern?

37. Genesis einer Rede

Mit dem Abschluss des Waffenstillstands hält Pilet den Zeitpunkt für gekommen, um seinen Landsleuten über die neue Lage in Europa und deren Auswirkungen auf die Schweiz Bericht zu erstatten. Am Sonntag, 23. Juni, setzt sich der Bundespräsident am Scheuerrain an seinen Schreibtisch, um den Entwurf zu einer Rede niederzuschreiben. Er will sie halten, sobald auch der Waffenstillstand zwischen Italien und Frankreich abgeschlossen ist und an unseren Grenzen die Waffen schweigen.

Als er sich Inhalt und Worte seiner geplanten Radioansprache überlegt, ahnt er nicht, dass diese Rede dereinst von Historikern seziert und verurteilt werden wird. Wenn er gewusst hätte, dass die «Rede vom 25. Juni 1940» auf alle Zeiten das Bild prägen wird, das sich die Nachwelt vom «Anpasser Pilet-Golaz» machen wird!

Pilets handschriftlicher, natürlich französisch geschriebener Entwurf, datiert 23. Juni, beginnt:

1. Schweigen von einigen Wochen – sehen, voraussehen – entscheiden.
   Handeln, nicht reden.
   Wenn ich mich ans Schweizervolk wende, ist dies, weil
   ein wichtiges Ereignis geschehen ist
2. Waffenstillstand
   [illegible]
   [illegible]
   [illegible]
   [illegible]
   [illegible]
   Neutralen, [dürfen uns]
   nicht gefährlichen Illusionen hingeben.
   Die vergangene Zeit wird nicht wiederkehren.
3. Der Waffenstillstand bedeutet noch nicht den Frieden in Europa.

Was heisst dies für die Schweiz? Pilet in seinen Notizen

> [illegible] mehr an unseren Grenzen wütet.

Im Entwurf warnt der Bundespräsident, dass Stille und Ruhe in Europa noch lange nicht eingekehrt sind, dass «die Feindseligkeiten mit dem britischen Empire auf dem Meer und in der Luft andauern»:

> [illegible] strebte.

Das *redressement*, die Stabilisierung, heisst es in den Notizen weiter, werde auf allen Gebieten mächtige Anstrengungen erfordern, die ausserhalb «ausgedienter Formeln» (*formules périmées*) unternommen werden müssten:

> [illegible] finden.

Dies, befindet der Bundespräsident, werde nicht «ohne Entbehrung und ohne Opfer» gehen. Pilet braucht das Wort *dépouillement*, das ursprünglich die Enthäutung eines Tiers bedeutete. Es wird auch für die Entblätterung des Baums gebraucht, der dann am Ende nackt und arm dasteht. Pilet denkt an die Paulus-Worte «*Il vous faut abandonner votre premier genre de vie et dépouiller le vieil homme*», auf Deutsch in Epheser 4,22: «Legt von euch ab den alten Menschen mit seinem früheren Wandel, der sich durch trügerische Begierden zugrunde richtet.» Im Entwurf fehlt der Satz, der dann in der deutschen Schlussfassung der Rede so erscheint:

> Die Zeit der inneren Wiedergeburt ist gekommen. Jeder von uns muss den alten Menschen ablegen.

Wenn Pilet in seinen Notizen von «anpassen» schreibt, dann geht aus dem Zusammenhang hervor, dass er damit die Anpassung der Schweizer Wirtschaft an die neue

Lage meint. Keineswegs denkt er, wie ihm Kritiker und Historiker dies später vorhalten werden, um eine politische Anpassung an den Nationalsozialismus. «Den alten Menschen ablegen» bedeutet nicht, wie man ihm das später auslegen wird, dass sich der Schweizer als «neuer Mensch» in Hitlers «neues Europa» einfügen solle. Was er damit meint, verdeutlicht er an anderer Stelle in seinem Redeentwurf:

> [illegible]

Im Redeentwurf schreibt Pilet von den beträchtlichen Hindernissen, die zu überwinden seien. Resolut müsse man nach vorne blicken, «um bei der Wiederaufrichtung unserer zerrütteten alten Welt mitzuwirken»:

> Ich habe die Wahrheit versprochen.
> Die Zeit der Ablegung des alten Menschen ist gekommen.
> Nicht lange reden (*disserter*), sondern tätig sein (*œuvrer*).
> Nicht geniessen (*jouir*), sondern produzieren.
> Nicht fordern, sondern geben.
> [illegible] *cuter*)

Dies werde nicht ohne materielles und psychologisches Leiden gehen. Man werde auf viele Annehmlichkeiten verzichten, viel Mühe aufbringen müssen, um ein bescheidenes Ergebnis zu erreichen:

> [illegible] *la joie. Demandez-le aux sportifs.*)

Pilet ist kein Sportsmann. Er sieht sich gelegentlich einen Fussballmatch an, aber er ist körperlich linkisch und wenig sportlich. Erinnert er sich bei der Anspielung auf die *sportifs* an die eigene Pariser Studienzeit? Dort ging er fast täglich in die *manège* zu einem Reitlehrer ins Training und brachte dank seiner Hartnäckigkeit einmal gar eine «Voltige» zustande. Bescheidener Erfolg für grosse Mühe.

Die Notizen für die Rede enthalten zum Schluss einen Appell zu Solidarität (der «Taten, nicht der Worte»), Ordnung, Disziplin, Einheit, «Vertrauen in die andern, die Chefs und die Untergeordneten»:



Die Notizen, rasch hingeworfen, lassen auf eine gut aufgebaute, klare Rede schliessen, die sich Pilet ausgedacht hat. Die Worte sind verständlich, die Absicht ersichtlich. Ein verunsichertes Volk soll auf schwere Zeiten vorbereitet werden und gleichzeitig neuen Mut fassen. Der Bundespräsident will die Rede halten, sobald die Waffen ruhen. Noch wird nämlich in Frankreich gekämpft. Eben haben die Deutschen Tours eingenommen.

Am Montag, 24. Juni, verbreitet die Schweizerische Depeschenagentur die Meldung, dass der französisch-italienische Waffenstillstandsvertrag unterzeichnet worden ist. Am nächsten Morgen, 25. Juni, um 1 Uhr 35 werden die Feindseligkeiten zwischen Frankreich einerseits, Deutschland und Italien andererseits eingestellt werden. Für Pilet ist jetzt klar, dass das wichtige Ereignis geschehen ist und dass er seine Ansprache am nächsten Tag halten muss. Er lädt die Kollegen Etter und Minger sowie Verbindungsoffizier Gut zu sich an den Scheuerrain ein, wo er mit ihnen die von Gut aufgesetzten Weisungen des Bundesrats an die Presse und die Radiorede besprechen will.

24. Juni. In ihrer abendlichen Diskussion in der Privatwohnung des Bundespräsidenten legen sich Pilet, Minger und Etter für die zu haltende Ansprache drei Hauptpunkte fest: Erstens Bekämpfung des in Armee und Land um sich greifenden Defaitismus, zweitens Entschlossenheit des Bundesrats, für Arbeit zu sorgen, drittens Stärkung des Vertrauens in den Bundesrat. Nachdem sich seine Gäste verabschiedet haben, macht sich Pilet an die Abfassung des vereinbarten Texts. Er nimmt Anregungen auf, die während der abendlichen Diskussion gemacht worden sind, und bettet sie in seine Rede ein.

Das Versprechen «Die Arbeit! Der Bundesrat wird sie dem Schweizervolk unter allen Umständen beschaffen, koste es, was es wolle» fehlt in Pilets sonntäglichem Redeentwurf. Die Anregung könnte von Minger, dem interimistischen Chef des Volkswirtschaftsdepartements, gekommen sein. Pilet selber benutzt den Ausdruck *coûte que coûte* gerne. Er hat wie Minger und Etter das Jahr 1918 in Erinnerung und weiss wie sie, dass ein Waffenstillstand nach langem Krieg von Arbeitslosigkeit und sozialen Unruhen gefolgt sein kann.

Die in der Schlussfassung vorhandene Ausdeutung von Pilets lapidarem Leitwort «Nicht palavern, sondern planen, anordnen und ausführen» muss auf die Dis-

kussion ums [illegible]terrain zurückgehen. In der deutschen Endfassung wird es heissen, dass «wichtige Entscheidungen» nötig sein werden.

> [illegible]
> [illegible]
> befugnisse (*décisions prises d'autorité*) sein werden.

Haben die «eigenen Machtbefugnisse» auf Vorschlag Etters den Weg in die Rede gefunden? Der Zuger Konservative hat eine Vorliebe für straffes Regieren und pflegt enge Beziehungen zu Gonzague de Reynold, der die Diktatoren Mussolini, Franco und Salazar schätzt. Auch Pilet legt Wert auf Autorität. Er hat schon in jungen Jahren – als Belles-Lettres-Präsident und als militärischer Kommandant – gerne die natürliche «*autorité*» betont, die eine Führungspersönlichkeit haben müsse, um sich durchsetzen zu können.

In ihren Beratungen, die bis gegen Mitternacht dauern, beschliessen Pilet, Etter und Minger, dass die Ansprache des Bundespräsidenten am nächsten Tag im Radio, und zwar nach den Mittagsnachrichten, in den drei Landessprachen verlesen werden soll. Von Pilet auf Französisch, Etter auf Deutsch, Celio auf Italienisch.

Nachdem er spätabends seine Gäste verabschiedet hat, macht sich Pilet an die Abfassung des vereinbarten Texts. Er würzt die Rede mit ein paar Formulierungen, die er für elegant, ironisch oder besonders treffend hält.

38. Lost in Translation

Am nächsten Morgen wird im Bundeshaus die Rede übersetzt. Etter erhält den verdeutschten Redetext knapp eine Stunde bevor er ihn verlesen muss. Er bringt noch ein paar Korrekturen und stilistische Retuschen an. Die meisten Schweizer hören um 12 Uhr 45 – unmittelbar nach den in allen Haushalten und Wirtschaften lauten den Mittagsnachrichten – die von Etter gesprochene deutsche Fassung. Der Zuger Bundesrat beginnt:

> [illegible]
> ben Wochen – das Stillschweigen beobachtet habe

Im Vergleich dazu die Originalversion Pilets:

> [illegible]
> sept bientôt – j'ai gardé le silence.

Schon der erste Satz zeigt den Unterschied zwischen französischer und deutscher Fassung. «Das Stillschweigen beobachtet» ist Papierdeutsch für das alltägliche *garder le silence*. Pilet sagt «je», weil er sieben Wochen nicht mehr am Radio gesprochen hat. Etter spricht von «ich», obwohl am 10. Mai das Radio nur Pilets kurze französische Ansprache sendete und er selber nichts sagte. Wenn Pilet schon bald beiläufig spöttisch bemerkt, «*on a que trop tendance à parler chez nous, ce qui ne fait pas dévier d'une ligne le cours des choses*», hat der welsche Zuhörer keine Mühe, dies zu verstehen. Bei Etter heisst dies: «Man liebt das Reden bei uns viel zu sehr, das den Lauf der Dinge um keinen Zollbreit zu beeinflussen vermag.» Der angehängte Relativsatz ist schwer zu entschlüsseln.

Kommentatoren und Historiker werden später die Rede als «sibyllinisch», «orakelhaft», «verschwommen» oder «konfus» bezeichnen. Dies liegt an der wenig eingängigen deutschen Version. Welschen Zuhörern oder Lesern gibt die Rede kaum Rätsel auf. Der Bundespräsident wiederholt Dinge, die er schon früher mit ähnli-

[illegible] gesagt hat. Seine literarischen oder biblischen Anspielungen gehören für den gebildeten Welschen zu einem bedeutenden Vortrag.

Eine Stelle ist Pilet gerne angekreidet worden:

> [illegible]
> den wir die Zukunft bewahren können.

Die Übersetzung des Worts «*guide*» mit «Führer» mag Deutschschweizer Zuhörer an Hitler erinnert haben. Böswillige Gegner des Waadtländer Bundesrats können ihm dieses Wort als Kompliment an den deutschen Reichskanzler auslegen. Bei *guide sûr et* [illegible] denkt Pilet jedoch an einen trittsicheren Bergführer, der den Weg weist. In jugendlichen Liebesbriefen an Tillon, seine spätere Frau, hat er den Abendstern «unseren Stern», den die beiden einst in inniger Zweisamkeit an den Gestaden des Léman bestaunten, «einen *guide sûr et confident*» genannt.

Der Hinweis auf die «schnell marschierenden Ereignisse» und die Notwendigkeit, diesen «Rhythmus» zu «übernehmen», ist Pilet von Historikern als «anpasserisch» übelgenommen worden. Pilet will damit sagen, dass die sich überstürzenden militärischen, politischen und wirtschaftlichen Ereignisse den Bundesrat zu raschem Handeln zwingen. Dass «die Ereignisse schnell marschieren», ist unbestreitbar: Dünkirchen, italienischer Eintritt in den Krieg, deutscher Vormarsch nach Paris, Flucht der französischen Regierung, 40 000 die Schweizer Grenze überquerende Soldaten, Waffenstillstand. Es ist selbstverständlich, dass der Bundesrat sich dem rasanten Rhythmus anpassen und rasch handeln muss. Pilet denkt keinen Augenblick an eine «Übernahme» deutscher politischer Muster oder gar an die Aufgabe der Neutralität.

Pilet las seine Rede in lockerem Ton. Etter hingegen sprach – so Celio später – «wie es seine Art war, etwas feierlich und etwas hart». Hans Konrad Sonderegger wunderte sich im *Demokrat* und im *Landschäftler*:

> [illegible]
> Eindruck, dass unversehens ein ganz grosses Unheil drohe.

Der originelle Freiwirtschaftler H. K. Sonderegger, früher Ausserrhoder Ständerat, der jetzt für Basel-Land im Nationalrat sitzt, hat eine eigene, treue Lesergemeinde.

Emil Klöti, damals Zürcher Stadtpräsident, wird sich 1947 erinnern, dass die durch patriotische Lieder eingerahmte Rede auf ihn einen «erschütternden Eindruck gemacht» habe:

> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> um die Ansprache zu entwerfen.»

Wegen der mittäglichen Radioansprache musste die reguläre Dienstagssitzung des Bundesrats auf Nachmittag 16 Uhr verschoben werden. Zu Beginn fragt Pilet, ob die Ansprache am Abend wiederholt werden solle. Minger: «Ja.» Der Gesamtbundesrat ist einverstanden und nimmt

> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> und beschliesst deren Wiederholung heute abend

Etter schlägt vor, dass der General zur bevorstehenden teilweisen Demobilmachung einen «motivierten» Tagesbefehl herausgibt, dessen Text er «in Übereinstimmung mit dem Bundespräsidenten» festlegen soll. Die militärisch Internierten, so Etter, müsse man im Interesse der inneren Sicherheit «absolut beschäftigen». Etter will mit den kantonalen Behörden Kontakt aufnehmen, «um alle öffentlichen Versammlungen zu verbieten». Baumann möchte die Verantwortung für das Verbot nicht den Kantonen überlassen, der Bund müsse handeln. Celio: «Bevor man zur Demobilmachung schreitet, muss man wissen, wie die entlassenen Soldaten beschäftigt werden können, oder man gestehe ihnen Lohnausfallentschädigungen zu.» Celio möchte auch, dass man das Ausland über dessen Haltung zur Schweiz sondiere. Wetter ist gegen eine Befragung des Auslands.

Zum Schluss der Sitzung bringt der Bundespräsident – ganz nebenbei, scheint es – noch die neutralitäts- und innenpolitisch fragwürdige «Freilassung der deutschen Internierten» aufs Tapet. Gemeint sind die 17 Flieger, deren Abschiebung ins Reich Pilet schon zwei Tage vorher eigenmächtig angeordnet hat. Nach einem lan-

gen. [illegible] Am darauffolgenden Tag wird Pilets zweifelhafte Massnahme diskussionslos gutgeheissen.

Wie ist die bundesrätliche Rede aufgenommen worden? In der von der AFF erstellten Zusammenfassung der Inlandpresse vom 2[illegible]. Juni heisst es:

> [illegible]
> Bemerkungen.

Aufschlussreich ist der Leitartikel «Autoritäres Regime?» in der *Tagwacht*, den nur Robert Grimm geschrieben haben kann:

> [illegible]

Die Kritik ist milde. Grimm kennt und begreift Pilets Hang zu einsamem Handeln. Er weiss auch, dass der Waadtländer null Sympathien für den Hitlerismus hat. Seine Kritik, die Rede hätte «kürzer sein können und dafür aufschlussreicher», trifft ins Schwarze.

Auf linker Seite begrüsst man allgemein das Versprechen des Bundesrats, unter allen Umständen – *coûte que coûte* – Arbeit zu beschaffen. Das *Volksrecht* dazu: «Das Volk vertraut auf dieses Wort und erwartet, dass die neuen und schnellen Methoden vor allem diesem Ziele dienen werden.» Die Kraft des Bundesrats müsse sich darin zeigen, wie es ihm gelinge, den Besitz zu vermehrten Opfern heranzuziehen. Das

Volksrecht will aber keinen Bundesrat, «der über das Parlament hinweg oder gar unter Missachtung des Parlaments» regiert.

Erstaunlich positiv wertet die Basler *Arbeiterzeitung* die bundesrätliche Rede:

> [illegible]

Keine der drei sozialdemokratischen Zeitungen unterstellt dem Bundesrat die Absicht – wie spätere Kritiker und Historiker es tun werden –, dem deutschen Druck nachgeben oder sich politisch dem Nationalsozialismus anpassen zu wollen. Die meist sehr regierungskritische linksfreisinnige *National-Zeitung* ist gar des Lobes voll für «Die Stimme der selbstbewussten Schweiz», wie sie ihren Artikel überschreibt:

> [illegible] werden zu lassen.

Positiv aufgenommen wird «Die Kundgebung des Bundesrats» auch vom *Bund*. Chefredaktor Ernst Schürch, der Pilets Einschätzung der neuen, durch die Gefährdung unserer Einfuhren geschaffenen Situation teilt. Schürch billigt den Willen des Bundesrats zu raschem Handeln:

> [illegible] werden.

Am 25. Juni, dem Tag der Rede, hat APF-Chef Oberst Perrier «im Auftrage des Bundesrats» vertrauenswürdigen Zeitungen «eine vertrauliche und nicht zum Abdruck bestimmte Orientierung allgemeiner Art» zugeschickt. Es handelt sich dabei um

die vom Verbindungsoffizier Gut redigierte und am Tag vorher am Schreibertisch abgesegnete bundesrätlichen Weisungen. Guts 6-Punkte-Text beginnt:

> [illegible]

Die Chefredaktoren der massgeblichen Zeitungen werden angehalten, «in der Beurteilung der Verhältnisse und Geschehnisse ... äusserste Vorsicht und Zurückhaltung» zu üben. Es sei nicht die erste Erschütterung der Schweiz, «wohl aber vielleicht die gefährlichste», was jedoch kein Grund zu Pessimismus und Ratlosigkeit sei. Man müsse sich auf «unseren nüchternen Schweizergeist» besinnen, «der die Tatsachen ohne Zagen, ohne Angst und mit Anstand nimmt, wie sie sind». Punkt 4:

> [illegible] volle und wichtige Mission erfüllen.

Aufgabe der Presse sei es, «den Mut und das Vertrauen des Schweizervolks zu festigen». Die darauffolgenden staatspolitischen Betrachtungen sind in Guts ursprünglichem Entwurf (vom 18. Juni) nicht enthalten. Sie tragen Etters geistige Handschrift:

> [illegible] starker Opferbereitschaft durch eine harte Zeit zu gehen.

Verbindungsoffizier Hptm. Theodor Gut, schon bald Präsident der aussenpolitischen Kommission des Nationalrats, geht mit Etter einig: Eine feste Führung durch den Bundesrat und das Vertrauen des Volks in seine Regierung sind das Gebot der Stunde.

Neu wohl auf Anweisung Etters in Guts Text aufgenommen ist folgendes Gebot:

> [illegible] mit Gezänk und Zerrissenheit vertrodeln durften

Kein Parteienhader, kein kleinliches parteipolitisches Gezänk: Vom Zwist unter den Parteien leben ja gerade die rund [illegible] Schweizer Zeitungen, die fast alle an eine politische Partei gebunden sind.

Die Zeitungsleute, denen Pilets Rede zweideutig oder verschwommen schien, können sich nicht über Unklarheit in Guts Weisungen beklagen. Sie legen unmissverständlich die Haltung einer Regierung dar, die weiss, was sie will und wohin sie gehen will.

39. Tatsachen

Am Mittwoch, 26. Juni, besucht Pilet um 18 Uhr die nationalrätliche Vollmachtenkommission mit ihren 25 Mitgliedern. Sie kontrolliert in Kriegszeiten den Bundesrat. Die Parteien delegieren ihre wichtigsten Mitglieder in den Ausschuss, dessen Sitzungen geheim sind. Ein Bundesrat kann in der Vollmachtenkommission Dinge sagen, die er aus aussenpolitischen Gründen der Öffentlichkeit verschweigen muss.

In seinem Referat sagt Pilet den Nationalräten, der Waffenstillstand vermindere das Risiko, dass eine der kriegführenden Armeen unsere Grenzen verletze.

> [illegible]
> gung dieses Waffenstillstands ist möglich.

Die Demobilmachung eines grossen Teils der Armee, so Pilet weiter, verursache immer wirtschaftliche Verwirrung. Wenn man internen Schwierigkeiten vorbeugen wolle, müssten die entlassenen Männer eine Beschäftigung finden.

Bis Mitte Juni sei die Schweizer Volkswirtschaft von einem Gleichgewicht abhängig gewesen, das sich zwischen den beiden Kriegsparteien herausgebildet habe. Dieses schon zuvor unstabile Gleichgewicht sei heute «total zerstört». Die Folgen für die Schweiz:

> [illegible]

Pilet beantwortet eine von Grimm gestellte Frage über die Neutralitätspolitik und die wirtschaftlichen Folgen der Ereignisse der letzten Wochen. Mit Deutschland seien Verhandlungen in die Wege geleitet, mit Italien erfolgreich abgeschlossen worden.

Angesichts der «wechselhaften und ungewissen Zukunft» gehe es darum, sich nicht von einem Wirtschaftsblock unterwerfen zu lassen. Man werde wirtschaftlichen Druckversuchen, die vom Norden, Süden oder Westen kommen könnten, Gegendruck geben müssen. Pilet fasst zusammen:

In der Diskussion gratuliert der für seine Deutschlandfreundlichkeit bekannte Aargauer BGB-Nationalrat Roman Abt dem Bundespräsidenten zur gestrigen «Proklamation». Eben kehrt er zurück von einer Geschäftsreise durchs Deutsche Reich, wo man sich überall über die «deutschfeindliche Haltung der meisten unserer Zeitungen» beklagt habe und die Stimmung gegen die Schweiz schlecht sei.

Der Liberale Charles Gorgerat glaubt mit Pilet, dass eine deutsche Invasion [illegible] strategischen Gründen wenig wahrscheinlich sei, warnt aber vor dem [illegible] Dynamismus [illegible], der seine Aspirationen auf die Einverleibung aller von [illegible] gen deutscher Rasse bewohnten Gebiete ins Reich kaum aufgegeben [illegible].

Der sozialdemokratische Parteipräsident Hans Oprecht ist enttäuscht [illegible] Rede. Er kritisiert «schwer erhaltene Wendungen» und besonders in der [illegible] sung «eigentümliche Formulierungen»:

> [illegible]

Oprecht [illegible] «grösste Bedenken» gegen «eine weitgehende Dem[illegible] res Heeres». Auch berührt es ihn, dass in der Rede des Bundespräsidenten [illegible] nem Wort die Demokratie erwähnt worden ist». Oprecht [illegible] falls «vom Bundesrat eine eigentliche Gleichschaltung des Schweizer [illegible] werden sollte».

Für den Waadtländer Henry Vallotton besteht die militärische Gefahr [illegible] Entlang der bisherigen französisch-schweizerischen Grenze stehen [illegible] deutschen Divisionen. Die dortige Front ist «weit weniger gut» [illegible] verteidigt. Vallotton hält mit dem Bundesrat eine [illegible] se» Demobilmachung für richtig.

Dann spricht Grimm. Pilet hat als junger Nationalrat und [illegible] Chronist für *La Revue* Grimm oft scharf angegriffen und [illegible] Art verspottet. Inzwischen hat er den Berner Sozialisten [illegible] Vorsteher des Eisenbahndepartements hätte er ihn gerne [illegible] der SBB-Generaldirektion gesehen [illegible] Grimm ist Chef der Sektion «Kraft und Wärme» [illegible] kriegswirtschaftlichen Apparat. [illegible] hat der Bundesrat [illegible] gerlichen gehassten «Landesstreik-General» zum [illegible] köpfigen Arbeitsbeschaffungskommission ernannt.

Grimm sieht Gefahr für die Schweiz kaum [illegible] sondern durch «das schrittweise Stellen von Zu[illegible] Wege und durch den Vormarsch der 5. Kolonne». Dieser Gefahr [illegible] Bekämpfung der Arbeitslosigkeit» begegnet werden.

[illegible] kosten auf die Länge nicht mehr leisten.

Mehr Bundes[illegible] seien unvermeidlich. Mit besonderer Sorge müsse man sich des Problems der Intellektuellen und der arbeitslosen Akademiker annehmen:

[illegible]

Zum Schluss meint Grimm, man müsse sich eine Rückkehr zum Wirtschaftssystem, das noch bis Anfang September letzten Jahres bestanden habe, «aus dem Kopf schlagen». Der selbstdeklarierte Marxist und Pragmatiker ist für «einen staatlich dirigierten Verbrauchs- und Produktionsprozess», nicht für eine «brutale Verstaatlichung».

Migros-Chef Duttweiler rät der Regierung, auch in kleinen Dingen dem Ausland nicht nachzugeben: «Man wird, wenn wir uns hartnäckig und unverdaulich zeigen, uns am ehesten respektieren oder vielleicht sogar fürchten.» Er warnt «vor einem Dirigieren oder Bevormundung der Wirtschaft». Duttweiler erwähnt die Bundesratsrede nicht. Er hat sie im Zürcher «Zunfthaus zur Waag» angehört und soll sie laut Augenzeugen gelobt haben: «Endlich ein neuer Ton.»

Pilet beginnt sein Schlusswort mit einer seiner herablassenden Bemerkungen, mit denen er sich keine Freunde macht:

[illegible] militärische Gefahr weiter besteht.

Nach dieser lehrerhaften Rüge stellt der Bundespräsident fest:

> [illegible]
> Man wird ein unterschiedliches Dispositiv übernehmen müssen.

Pilet verteidigt sich gegen den ihm von Vallotton gemachten Vorwurf, in seiner Rede kein Wort über die Demokratie gesagt zu haben – und dies wiederum im schulmeisterlichen Ton:

> [illegible]
> habe von Autorität und von Entscheiden aus Autorität gesprochen.

40. «Fall Schweiz zur Zeit nicht akut»

Hitler will – wie er Mussolini gesagt hat – die Schweiz «durch einen Gürtel besetzten Gebiets» von Frankreich völlig abschneiden. Nun lässt aber die im Waffenstillstandsvertrag vereinbarte Demarkationslinie ein kleines Stück Grenze zwischen dem nicht besetzten Frankreich und der Schweiz offen. Der an die 12. Armee ergangene Auftrag, die «Bahnlinie La Roche–Annecy nachhaltig zu zerstören», konnte vor Eintreten der Waffenruhe nicht mehr ausgeführt werden. Die Nebenverkehrslinie von Genf nach Annecy bleibt auf einem Gebiet, das die Deutschen nicht kontrollieren.

Um Hitlers Wunsch nachzukommen, fordert der Oberbefehlshaber des Heers, Generaloberst von Brauchitsch, an der morgendlichen Lagebesprechung des 25. Juni – die Waffen schweigen bereits – die Sprengung der Bahnlinie La Roche–Annecy durch ein Patrouillen-Unternehmen des Heers. Stabschef Halder widerspricht: «Wenn man einmal Waffenruhe hat in Kraft treten lassen, dann ist ein solcher militärischer Auftrag unmöglich.» Höchstens, so meint er, könne dies «durch Canaris» geschehen, durch die für Sabotage zuständige Abwehr Ausland. Halder nimmt Rücksprache mit Keitel, der den Vorschlag gutheisst. Keitel gibt Canaris den Auftrag zur geheimen Sprengung der störenden Bahnlinie. Es wird bis zum 4. September dauern, bis das Eisenbahnviadukt von Lavillat zerstört wird.

An jenem Tag fuhren als Sanitäter verkleidete belgische «Rexisten», Mitglieder der wallonischen faschistischen Bewegung Rex, mit einem Rotkreuzwagen zum Viadukt und liessen es mit einer 800 kg schweren Bombe in die Luft fliegen. Die wallonischen Agenten gehörten zum «Lehrregiment Brandenburg z.b.V. 800», dem Terrorarm der Abwehr. Damit war an jenem 4. September 1940 die einzige noch von den Deutschen nicht überwachte Eisenbahnlinie zwischen der Schweiz und dem unbesetzten Frankreich für anderthalb Monate ausser Betrieb gesetzt worden.

Die Wehrmacht benutzt die ersten beiden Wochen nach der am 25. Juni erfolgten Waffenruhe dazu, abgenutztes und beschädigtes Material zu reparieren, die Verwaltung des besetzten Frankreich zu organisieren und die Truppenverbände im Hinblick auf eine mögliche Invasion der britischen Insel umzugruppieren. Die Kom-

mandanten der Heereseinheiten halten Lobreden, verteilen Orden und gedenken der Gefallenen. Als Belohnung für die Offiziere und Soldaten organisieren sie militärhistorische, kulturelle oder touristische Besichtigungsreisen. Dabei kommt die Gastronomie nicht zu kurz. Viele vom einfachen Soldaten bis zu den höchsten Generälen kriegen endlich den ersehnten Heimurlaub.

Hitler gönnt sich eine dreitägige Ruhepause und besucht in Begleitung von zwei alten Frontkameraden Kampfstätten aus dem Weltkrieg. Im Dörfchen Fromelles geht er zu Fuss zu einem Bauernhaus, in dem er einst einquartiert war, und fragt auf dem Weg eine Einheimische: *«Me reconnaissez-vous encore? Mon nom est Hitler.»* Ein Mitglied seiner Entourage schildert den Führer als «nachdenklich, mild und sentimental».

Vom 28. Juni bis zum 5. Juli weilt Hitler im eben notdürftig fertiggestellten Führerhauptquartier «Tannenberg» im nördlichen Schwarzwald. Er überdenkt seine nächsten politischen und militärischen Schritte, bespricht sich mit seinen Beratern im Wehrmachtsführungsstab, empfängt Besucher, macht Ausflüge zur Besichtigung der Maginot-Linie und von Orten im Elsass, die in der Schlussphase des Frankreich-Feldzugs umkämpft waren. Der Führer denkt über ein Friedensangebot an die Engländer nach.

Am 3. Juli erhält Hitler Besuch von Goebbels. Der Propagandaminister hat zwei «tolle» Tage hinter sich: Besuche von Dünkirchen – «Gänzlich unbeschreiblich. Dünkirchen das Inferno.» – und von Paris – «Herrliche Stadt. Es ist wie ein Traum.» Der Führer kommt ihm «strahlend entgegen»:

> [illegible] ausbrüten.

In London sind Churchills Regierung und die Chiefs of Staff mit Vorbereitungen zur Abwehr einer möglichen deutschen Invasion beschäftigt. Mit seinen Beratern prüft Churchill Verteidigungspläne, inspiziert die Strände, an denen die Deutschen lan-

den konnten, bespricht sich mit den Divisionskommandanten, welche die Invaso-
ren ins Meer werfen sollen. Beim Abendessen mit einem dieser Generäle, Montgo-
mery, schaut der Prime Minister durchs Fenster zu, wie Soldaten an einem Kiosk auf
dem Brighton Pier eine Maschinengewehrstellung aufbauen. Erinnerungsfetzen
aus der Vergangenheit kommen hoch. Churchill erzählt «Monty», dass er als kleiner
Junge, als er in der Nähe in der Schule war, an eben diesem Kiosk einen Flohzirkus
bestaunte.

In Frankreich herrscht Chaos. Geschätzte 10 Millionen französische und 2 Mil-
lionen belgische Flüchtlinge irren durchs Land oder warten in notdürftigen Unter-
künften auf die Rückkehr in ihre heimatlichen Dörfer und Städte. In Bordeaux fällt
es Minister Stucki schwer, sich über die Lage ein Bild zu machen. Die Kabinettsmit-
glieder und Beamten sind nicht zu erreichen. In einer Dachkammer diktiert der Ge-
sandte am 29. Juni einen an Bundespräsident Pilet-Golaz adressierten Brief über das
«Ungeheure der letzten 12 Tage»:

> [illegible] mehr zu spüren ist.

Man beugte sich dem Schicksal und empfindet gar eine unverhohlene Bewunde-
rung für die Sieger und ihren Führer:

> [illegible] det unsäglich.

Die Mehrheit des Volkes, insbesondere der Mittelstand, scheine aber weiter in den
Tag hinein zu leben. Sie plündere Geschäfte und sorge für gutes Essen:

> [illegible]

> [illegible]

Stucki hat beobachtet, dass die Hassgefühle des Franzosen, soweit er deren noch fähig sei, sich gegen die früheren Ministerpräsidenten Daladier und Blum sowie den abgesetzten Generalissimus Gamelin richteten, vor allem aber gegen England.

> [illegible]

General de Gaulles Aufruf am Radio, berichtet Stucki, werde – von den meisten, allerdings nicht von allen, heftig kritisiert. Es sei bisher nicht zu erfahren gewesen, wer mit ihm das «Comité National» in London bilde. Mit Skepsis betrachtet der Gesandte die neue Regierung. Auf der Strasse erzähle man, dass die neu ins Kabinett Pétain berufenen Laval und Marquet Faschisten seien und Frankreich längst an Deutschland und Italien verraten hätten. Man rege sich darüber aber nicht sonderlich auf, sondern nehme es gleichsam als Schicksalsschlag hin. Die Regierung verstecke sich hinter der «Fassade des greisen Marschalls, der begreiflicherweise weder die physische noch die moralische Kraft hat zu führen.»

Pilet ist von Stuckis Bericht derart eingenommen, dass er ihn im Departement zirkulieren lässt und am 1. Juli in der Sitzung der Aussenpolitischen Kommission speziell erwähnt.

Wie jeden Monat liefert im Politischen Departement Daniel Secretan am 27. Juni seinen Überblick über die Weltlage ab. Er betrachtet den Waffenstillstand als eine Art Wegscheide oder Kreuzung, die verschiedene Perspektiven eröffne, je nachdem, ob die Grossmächte diesen oder jenen Weg einschlagen werden. Seiner Meinung nach sind drei Möglichkeiten ins Auge zu fassen:

> [illegible] nügendes Gleichgewicht bestehen lassen würde.

> [illegible] Französische Revolution Republiken geschaffen hat.
>
> [illegible] rigkeiten und am Ende noch seiner sowjetischen Gefahr.

Zwischen den Zeilen kann man herauslesen, dass Seretan den Kompromissfrieden [illegible] Als Generalsekretär der [illegible] hat er [illegible] Generation [illegible] Aussöhnung und Zusammenarbeit der Grossmächte mitverfolgt [illegible] die Meinung Seretans. Ein totaler [illegible] die ganze Welt [illegible] der Krieg mit den zu erwartenden ungeheuren Verwüstungen wäre für ihn das Ende der europäischen Zivilisation.

Am 28. Juni reist der Chef des Generalstabs des Heers Franz Halder ins neue Hauptquartier der Heeresgruppe B in Versailles. Dort weist er den Ersten Generalstabsoffizieren und Oberquartiermeistern der Heeresgruppen und Armeen ihre neuen Aufgaben zu. Anschliessend unterhält sich Oberst v. Greiffenberg – Erster Generalstabschef des Heers – mit Oberstleutnant Adolf Heusinger, Erster Generalstabsoffizier der unter dem Kommando von Leebs stehenden Heeresgruppe C. (Heusinger wird 1957 der erste Generalinspekteur der neu gegründeten Bundeswehr.) Greiffenberg teilt Heusinger mit, «zur fraglichen Angelegenheit» habe der Führer bisher lediglich geäussert, «dass unter gewissen Bedingungen eine Besetzung in Frage kommt». Bei der «fraglichen Angelegenheit» handelt es sich um einen möglichen Angriff auf die Schweiz, über den Oberleutnant von Menges eben eiligst ein Exposé verfassen musste. Kriegstagebuch Halder:

> [illegible] ben, sich scharf ins Zeug zu legen.

Am gleichen Abend informiert Heusinger seinen Chef von Leeb über die künftige neue Gliederung des Heers. Als Leeb erfährt, dass die ihm zugeteilte 12. Armee

«viele motorisierte Einheiten und zwei Gebirgsbrigaden» erhält, fragt er sich in seinem Tagebuch: «Soll sich das Ganze gegen die Schweiz richten?»

Soll es?

Am Sonntag, 30. Juni, ist Franz Halder wieder in Berlin, wo er seinen 56. Geburtstag feiert und Staatssekretär Weizsäcker trifft. Die beiden Süddeutschen sind befreundet und haben ähnliche politische Ansichten. Sie besprechen die militärische und politische Lage, wie sie sich nach dem Waffenstillstand mit Frankreich ergibt. Die Schweiz ist für sie kein Thema.

Im Führerhauptquartier «Tannenberg» untersucht ein Grüppchen von Offizieren des Führerstabs, «wie gegebenenfalls ein Einmarsch in die Schweiz durchgeführt werden könnte». Die Studie soll ihrem Chef Jodl als Vortragsunterlage dienen, falls Hitler einen Schlag gegen die Schweiz planen würde. Das Dokument ist verloren. Der an ihrer Mitarbeit beteiligte Oberstleutnant Bernhard von Lossberg wird sich (in einem in der Kriegsgefangenschaft geschriebenen, 1949 veröffentlichten Bericht) an Einzelheiten dieser «flüchtigen Studie» erinnern. Lossbergs Gruppe kam zum Schluss, dass die Besitznahme des «militärisch einigermassen zugänglichen» schweizerischen Mittellands durch leichte motorisierte Truppen nicht besonders schwierig wäre. Die in diesem Raum befindliche Uhren-, Maschinen-, Textil- und Aluminium-Industrie würden in deutsche Hände fallen. Lossbergs Studie sah vor allem den Nachteil einer Besetzung der Schweiz:

> [illegible] rungen gerechnet werden.

Lossberg, einer der einflussreichsten Planer im Oberkommando der Wehrmacht, wird 1949 zusammenfassend schreiben:

> [illegible] erreicht.

41. Seelisches Durcheinander

Am 2[illegible]. Juli liefert Hptm. Theodor Gut dem Bundesrat den 6. Wochenbericht des «Büros der Psychologen», so mit einer von Prof. Karl Weber, dem Bundeshausredaktor der NZZ, geschriebenen Zusammenfassung:

> [illegible]
> druck einer historischen Wegscheide.

Zur Aufnahme von Pilets Rede schreibt der 6[illegible]-jährige Zeitungswissenschafter Weber:

> [illegible]
> Arbeitsversprechen sehr gut gewirkt.
>
> [illegible]

Ausgangspunkt für die Beurteilung der Stimmungslage nach der Bundesratsrede ist für Weber die Frage: Was wird aus der Schweiz? Er konstatiert ein «seelisches Durcheinander», dessen Behebung das Ziel der Führung des Volkes sein muss.

Über die Reaktionen auf die Rede in der Bevölkerung gibt auch Dr. Ernst von Schenck, der Leiter des Psychologenbüros, Aufschluss. Gemäss seinem Bericht hal-

ten sich zustimmende und ablehnende Reaktionen die Waage. Positiv habe man in den konservativen Kantonen der Urschweiz und in Appenzell sowie in «stark zentralistisch orientierten Kantonen» wie vor allem «Solothurn, aber auch Zürich, Schaffhausen, Thurgau und grossenteils Bern» auf die Ansprache reagiert. Der «weitaus oppositionellste Kanton» sei das «mehrheitlich antigouvernementale und föderalistische» Basel, wo man von links bis rechts, von Sozialdemokraten bis Liberalkonservativen «demokratisch und antitotalitär» denke. Dazu kamen in Basel noch «besonders stark empfundene stilistische Aversionen gegen als zu lang empfundene und pathetisch bezeichnete Reden» hinzu. Von Schenck muss es wissen. Der in Dresden geborene, seit fast zwanzig Jahren in Basel lebende Philosoph ist Assistent an der Uni Basel.

Am 30. Juni, «wieder so einem stinklangweiligen Sonntag», schickt Hptm. Edmund Wehrli seinen Eltern, «mit Kopie an meine Frau», einen Feldpostbrief. Er schimpft darin über seinen neuen Kommandanten, «eine derartige Null, ein richtiger schweizerischer Oberst, dass man nie wusste, sollte man lachen oder weinen.

> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> ordonnanzmässige *Fudliburger* sind.

Wehrli, der mit seinem Bataillon immer noch an der Limmatlinie steht, fragt sich, wieso «wir aus Gott weiss was für Überlegungen nicht heim dürfen». Eltern und Frau sagt er unverhohlen, was er denkt:

> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> kann

Ob dieses «Ausmisten» aus «eigener Kraft und rechtzeitig» geschehe, sei vielleicht die Schicksalsfrage für die Schweiz. «Aber daneben», spottet Wehrli, «sind wir sonst ja *ganz gesund* und lassen uns den Humor nicht verderben.»

In der letzten Juni-Woche tut sich innenpolitisch in der Schweiz einiges. Eine Gruppe gutgesinnter Patrioten gründet am Sonntag, 30. Juni, den überparteilichen Gotthard-Bund. Sie nennen zwei Beweggründe für ihren Zusammenschluss:

1. [illegible] und äusseren Landesverteidigung.
2. [illegible] von «links» und «rechts».

Der Gotthard-Bund ist eine zusammengewürfelte Gesellschaft. Zu den Initianten gehören der Zürcher Romanistikprofessor Theophil Spoerri und der junge Genfer Literat Philippe Mottu, beides aktive Mitglieder der christlichen Oxford-Bewegung, Christian Gasser und Robert Eibel, führende Figuren des «Bunds der Subventionslosen», genannt «Elefantenklub», der Schriftsteller Denis de Rougemont, der christlichsoziale Gewerkschafter René Leyvraz, der Landesring-Nationalrat Heinrich Schnyder, der Instruktionsoffizier Walter Allgöwer. Unterstützt wird der Gotthard-Bund auch von Theologieprofessor Emil Brunner, dem sozialdemokratischen Bieler Stadtpräsidenten Guido Müller, Gonzague de Reynold, dem Agronomen Fritz Wahlen – bald einmal populärer «Vater der Anbauschlacht». Und dem unvermeidlichen Gottlieb Duttweiler.

Die etablierten Parteien befürchten, dass die überparteiliche Gruppierung zu einer gefährlichen Konkurrenz werden könnte. Massgebliche Männer der Freisinnigen, der Sozialdemokraten, der Katholisch-Konservativen und der BGB sind ohnehin zum Schluss gekommen, dass in der gegenwärtigen Notsituation Regierungsparteien und Sozialdemokraten in Einzelfragen näher zusammenrücken sollten.

Am Abend des 20. Juni treffen die Nationalräte Gut und Feldmann im «grünen Salon» des feinen Berner Lokals Du Théâtre zu einer zweieinhalbstündigen, «sehr herzlichen» Aussprache über die innen- und aussenpolitische Lage. Die beiden bürgerlichen Politiker sehen keine Anzeichen, die auf militärische Absichten gegen die Schweiz deuteten. Das Schwergewicht verschiebe sich deshalb auf die innenpolitische Entwicklung:

[illegible]

tenen Einzelfragen

In der Folge schlägt Feldmann eine solche interparteiliche Organisation vor. Gut wird in der gleichen Frage bei Etter vorstellig. Die beiden Bundesräte sind mit der Bildung eines solchen aus etwa einem Dutzend Personen bestehenden Vertrauensrats einverstanden.

Hitlers Siege haben den mit dem Nationalsozialismus sympathisierenden «Fronten», die praktisch von der Bildfläche verschwunden waren, neuen Auftrieb gegeben. Ihre lange unter sich zerstrittenen Führungsfiguren schliessen sich zusammen. Am 28. Juni notiert Feldmann:

Bewegung auf den Plan getreten.

Der mit «Schweizervolk!» überschriebene Aufruf der Frontenführer beschwört eben dieses Schweizervolk:

Vaterlandes!

Der «Führungskreis» fühlt sich vom Lauf der Geschichte bestätigt:

Hauptforderung des «Führungskreises» ist die «Wiederherstellung aufrichtiger und freundschaftlicher aussenpolitischer Beziehungen zu Deutschland und Italien – und damit die Voraussetzung für die Freiheit und Selbständigkeit unseres Volkes und Landes!»

Die Frontisten sind nicht die grösste Gefahr für den Zusammenhalt der Schweiz. Auch Nichtnazis, die von der Familie her oder aus kultureller Verbundenheit deutschfreundlich sind, freuen sich über den Sieg der Wehrmacht. In der Deutschschweiz lässt sich ein Teil der Jugend, vor allem Studenten, von den militärischen und organisatorischen Taten beeindrucken, die ein diktatorisch regierter Staat vollbracht hat. Der 19-jährige Walther Hofer (der spätere Historiker und Nationalrat), der an der Uni Bern Geschichte studiert, staunt, wie viele einst nazifeindliche Kommilitonen umkippen: «Sie fingen an zu sagen: ‹Schon sensationell, was die gemacht haben. Von denen können wir etwas lernen›.»

Pilet überlässt in diesem bewegten Sommer 1940 die innerschweizerischen Angelegenheiten dem Kollegen Etter. Selber hat er mit aussenpolitischen und aussenhandelspolitischen Geschäften alle Hände voll. An den Bundesratssitzungen vom 28. Juni (und vom 2. Juli) befasst sich die Landesregierung (ohne Obrecht, «leidend») mit den Wirtschaftsverhandlungen mit Italien, Dänemark und besonders Deutschland. Der mit allen Wassern gewaschene deutsche Delegationsleiter Hemmen nimmt eine sehr harte Haltung ein. Den Schweizer Unterhändlern ist es bisher nicht gelungen, die Kohlensperre zu lockern oder Lieferungen von landwirtschaftlichen Hilfsstoffen wie Phosphaten zu erreichen. Das Reich will in der Schweiz grosse Mengen von landwirtschaftlichen Produkten, von Kriegsmaterial, Werkzeug- und Uhrenmaschinen sowie Aluminium auf Kredit kaufen. Pilet gibt Minister Hotz und seiner Delegation in ihrer zähen Verhandlungsführung rückhaltlose Unterstützung.

Am Morgen des Samstags, 29. Juni, erhält Pilet einen persönlichen Brief des an der Berner Alpenstrasse lebenden, pensionierten Diplomaten C. R. Paravicini. Der 68-jährige «Para», wie man ihn nennt, war von 1920–1939 Gesandter in London mit erstklassigen Kontakten in den sozialen und politischen Kreisen, die im Königreich zählen. Pilet, der Grossbritannien nicht aus eigener Anschauung kennt, zieht «Para» gerne für englische Fragen zu Rate. Dieser schreibt nun *Monsieur le Président*

> [illegible]
> Ihnen persönlich folgende Botschaft zu übermitteln.

Es folgt in der Handschrift Burckhardts:

> [illegible]
> wird

Burckhardt erklärt, wieso Paravicini ihm, Pilet, die Botschaft übermittle:

> [illegible]
> langt wurde

Wieso muss Burckhardt jetzt so dringlich nach Berlin? Und wieso schickt die Reichsregierung ein Flugzeug, um den Ex-Hochkommissar für Danzig in Genf abzuholen? Geht es nur um die Rückführung französischer Flüchtlinge in ihre Heimstätten oder beabsichtigt Weizsäcker, Burckhardt mit einer Vermittlungsmission zu beauftragen?

42. Die Ehre bewahren, die Zukunft retten

Montag, 1. Juli. General Guisan ist telefonisch gebeten worden, auf 15 Uhr an den Scheuerrain zu kommen. Als der General und sein Stabschef Barbey dort durch die Türe treten, treffen sie auf ihren Rechtsberater Oberst Logoz, der sie zur Seite nimmt und ihnen zuflüstert, es gehe einmal mehr um die Flugzeugkämpfe von Anfang Juni. Die Mission der Luftwaffenobersten Isler und Magron sei abgesagt. Die beiden Offiziere hätten in Berlin den schweizerischen Standpunkt zu den Luftzwischenfällen erklären, über den Ankauf von Fieseler «Storch»-Beobachtungsflugzeugen verhandeln und allgemein gut Wetter machen sollen. Die Reichsregierung hat ihnen das Visum verweigert.

Der General und Barbey werden in den Salon geführt, wo dicke Rauchschwaden sie empfangen: Zigarrenzeit. Der Bundesrat ist *au grand complet*, abgesehen vom kranken Obrecht. Die Herren haben bei Pilet, der von seinem gestrigen Besuch in Les Chanays Waadtländer *Saucissons* mitgebracht haben wird, gut zu Mittag gespeist und den Flaschen aus Mme Pilets Weingut an der Côte zugesprochen. Die Bundesräte sind ausnahmsweise ganz unter sich und ohne Protokollführer.

Man geht auf den Balkon, frische Luft zu schnappen, bevor es zum ernsthaften Teil übergeht. Barbey führt das Protokoll. Der Bundespräsident eröffnet das Prozedere mit der Mitteilung, dass der deutsche Gesandte Köcher noch heute Abend 18 Uhr 30 eine Antwort auf die bedrohliche Note über die Fliegerzwischenfälle erwarte, und fährt fort:

> [illegible]

[illegible]
zung, usw. … Pfandnahme (Basel zum Beispiel).
[illegible]
Deutschland mit der Note Nummer 8 zu antworten.

Pilet liest die Note vor. Sie hat die Nummer 8, weil es die achte Fassung der Antwort auf die deutsche Note vom 19. Juni ist, in der die Reichsregierung bei einer Wiederholung der Luftzwischenfälle droht, die deutschen Interessen «auf andere Weise» wahrzunehmen als mit einer schriftlichen Note.

Das Politische Departement hatte sich mit der Formulierung der Note schwer getan. Nach einer Unterredung mit Weizsäcker hatte Frölicher am 29. Juni aus Berlin gekabelt und «ungefähr» folgende Antwort empfohlen:

[illegible]
aufzukommen.

Gestützt auf diese Angaben formulierte der im Departement für Deutschland zuständige Peter Anton Feldscher einen Entwurf, der von Etter überarbeitet und von Pilet in die nun vorgelesene Schlussfassung gebracht wurde. Im Unterschied zu den Versionen Feldschers und Etters kann diejenige Pilets kaum mehr als Entschuldigung gelten. Bereits am Anfang der Note heisst es, die schweizerische Regierung habe die in Rede stehenden Ereignisse «einer nochmaligen eingehenden Prüfung unterzogen, welche die früheren Ergebnisse bestätigt hat»:

[illegible]
Gebiet befanden, sich in aller Form zu entschuldigen.

In seiner Schlussfassung hat Pilet das Zugeständnis, wonach «die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden», gestrichen. Für ihn sind die Schweizer Piloten keine Schuldigen. Deshalb verweist er auf den komplizierten «Verlauf der Grenze in der Ajoie und die damit verbundenen Irrtumsmöglichkeiten», die in Etters Entwurf fehlen. Etters «schmerzlichen Vorkommnisse» werden bei Pilet zu blossen «Ereignissen». Es widerstrebt ihm offensichtlich, die stolzen Abwehrerfolge der Schweizer Piloten «schmerzlich» zu nennen.

Nach Verlesung der Note sagt Pilet, er möchte den General anhören. Es sei gegenwärtig schwer, «die führenden deutschen Persönlichkeiten, die ständig in Bewegung sind» – gemeint sind Hitler, Ribbentrop, Göring – zu erreichen. Der Bundespräsident nimmt an, dass die «Barone» (Weizsäcker) bloss «Weisungen mit festgelegten Ablauffristen» ausführen. Dann gibt das Protokoll [illegible] den Wortwechsel Pilet – Guisan wörtlich wieder.

[illegible] scheid des Bundesrats wenden.»

[illegible] wäre sie nicht die eines Soldaten gewesen.»

[illegible]

werden, wenn dies notwendig sein sollte.»

meinen Fliegern, der Armee. Ich füge mich und dies ist alles.»

Am Abend, nachdem die informelle Bundesratssitzung den Notentext gebilligt hat, lädt Pilet Köcher zu einer Besprechung ins Bundeshaus. Von diesem Treffen existiert ein Bericht Köchers, der «sofort Herrn Staatssekretär vorzulegen ist». Danach übergab Pilet dem Gesandten die Verbalnote, «aus der hervorgeht, dass die schweizerische Regierung unseren Forderungen entsprochen hat». Köchers Formulierung vermittelt den Eindruck, dass die Schweiz in allen Belangen nachgibt. Der Gesandte wird den Satz so gefasst haben, um Ribbentrop und allenfalls Hitler vor weiteren Schritten abzuhalten. Wie Pilet, wie auch Weizsäcker will Köcher einen militärischen Konflikt zwischen Deutschland und der Schweiz vermeiden. Es ist zudem in Köchers wie in Pilets Interesse, dass der Bundespräsident in Berlin für vertrauenswürdig gehalten wird. Diesem Zweck dient Pilets Mitteilung, wonach es dem Bundesrat schwerfiel, «die deutsche Darstellung des Hergangs der Zwischenfälle anzunehmen». Es sei ihm aber gelungen, den Bundesrat für seinen Standpunkt zu gewinnen (was, bestenfalls, bedingt stimmt):

Der Notenwechsel zwischen Berlin und Bern bleibt geheim. Allerdings geht in der Folge das Gerücht von einem deutschen Ultimatum um. Pilet versucht vergeblich, die Freilassung der deutschen Flieger zu verheimlichen. Zu viele Personen wissen davon, und nicht alle halten den Mund. Dies wird Ärger verursachen, so bei dem für

die Spionageabwehr tätigen Berner Polizeikommandanten Krebs, den man über die Rückführung der internierten Piloten nicht informiert hat.

Pilet diktiert jetzt das Geschehen im Bundesratskollegium. An der Dienstagssitzung, 2. Juli, genehmigt der Bundesrat den Text zweier Antwortbriefe an den General. Zu Guisans Vorschlag auf Einführung der Vorzensur schreibt der Bundesrat, dass das Mittel zu weit gehe. Eine verschärfte Praxis der APF gegenüber Verfehlungen werde genügen.

Im andern Brief hat Guisan am 25. Juni den Bundesrat aufgefordert, die ihm am 31. August 1939 erteilten «Instruktionen entweder zu bestätigen oder zutreffendenfalls einzelne Punkte darin abzuändern oder zu ergänzen». Der an jenem Tag in Kraft getretene Waffenstillstand hat den General verunsichert. Kommt jetzt der Friede und es braucht keinen General mehr?

Der Bundesrat antwortet trocken, dass «die Unterbrechung der Feindseligkeiten unter unseren Nachbarn im Moment keine Modifikation dieser Instruktionen erfordert». Auf Vorschlag Pilets ändert der Bundesrat die vom General gewählte Formulierung *cessation des hostilités* zu *suspension des hostilités* und fügt die Worte *pour le moment* hinzu. «Für den Moment» lässt der Regierung die Möglichkeit offen, Guisan jederzeit neue Instruktionen zu geben.
Der Antwortbrief fährt im gleichen, leicht herablassenden Ton fort:

> [illegible] mo rechtzeitig zu informieren.

Wie schon am Vortag bei der Sitzung in Pilets Wohnung macht der Bundesrat dem General klar, wer Chef ist.

Am nächsten Tag, Mittwoch, 3. Juli, gibt Pilet vor der aussenpolitischen Kommission des Nationalrats Auskunft über die internationale Lage. Er gesteht gleich zu Beginn ein, dass es momentan schwerfällt, zuverlässige Nachrichten zu erhalten und dass in gewissen Punkten die Lage «sehr konfus» bleibt. Dies gelte für die Beziehungen Deutschland – England und Deutschland – Russland. Pilets Notizen [frei übersetzt]:

> [illegible]

Eine gewisse Schuld für die schlechten Beziehungen zu Deutschland sieht Pilet auch auf schweizerischer Seite:

> [illegible]

So störte Pilet der Empfang der in die Schweiz übergetretenen alliierten Soldaten: «Schreie – Komplizität – Immoralität.» Mit «Schreien» meint er die bösen deutschfeindlichen Zurufe an die einmarschierenden Franzosen und Polen und mit «Immoralität» die fast penetrante Aufmerksamkeit, die einzelne Schweizer Frauen und Mädchen den flotten fremden Soldaten entgegenbrachten. So könne man unsere Pflichten als Neutrale nicht unparteiisch erfüllen. Dies sei keine Frage der Menschlichkeit, sondern der Disziplin, der Vorsicht und des Anstands.

Pilet versteht seine Darstellung der Lage als Diagnose, vergleichbar derjenigen eines Arztes, der konstatiere. Er will sie nicht als polemische Kritik und auch nicht als Sündenerlass – *pas une diatribe – pas une absoute* – verstanden wissen. Die Gegenwart ist für ihn «sehr düster». «Die Zukunft? – Sie gehört Gott.» Es fällt ihm ein historisches Beispiel ein, das ihm und vielleicht auch den Nationalräten in diesen schweren Tagen ein Lichtschimmer sein konnte. Pilets Stichworte dazu:

die Politik an – Italien bereitet seine Einheit vor.

1815, am Ende von Napoleons grossen Kriegszügen und Eroberungen, hatten die Mächte, die gegen ihn kämpften, die Oberhand. Wird es Hitler ähnlich ergehen wie dem Korsen? Pilet sieht einen blutigen Feldzug Hitlers nach Russland voraus. Auch der weitblickende Bundespräsident kann nicht ahnen, dass am 3. Juli, genau dem Tag, an dem er die Nationalräte an Napoleons katastrophalen Russland-Feldzug erinnert, Generalstabschef Halder seinen Operationschef von Greiffenberg anweist zu prüfen, »wie ein militärischer Schlag gegen Russland zu führen [sei], um ihm die Anerkennung der beherrschenden Rolle Deutschlands in Europa abzunötigen«.

Die Stichworte seiner Schlussausführungen sind typisch Pilet:

43. Mers-el-Kébir

Um einen befürchteten Zugriff der Deutschen auf die französische Kriegsflotte zu verhindern, schickt Churchill einen starken Verband der Royal Navy in die Bucht von Oran, wo im Hafen Mers-el-Kébir einige der stärksten französischen Kriegsschiffe vor Anker liegen. Am 3. Juli stellt der britische Vizeadmiral Somerville dem französischen Admiral Gensoul ein Ultimatum. Er kann entweder mit seiner Flotte zu den Briten überlaufen oder seine Schiffe in einen britischen oder entfernten französischen Hafen, beispielsweise Martinique, führen, um dort abgerüstet zu werden, oder – dritte Variante – die eigenen Schiffe selbst versenken. Andernfalls werde die Royal Navy seine Flotte vernichten.

Anstatt mit den Engländern zu verhandeln, befiehlt Gensoul, dieser *imbécile*, wie de Gaulle ihn später nannte, seinen Schiffen auszubrechen. Nach Ablauf des Ultimatums um 16 Uhr 53 eröffnet die schwere britische Schiffsartillerie das Feuer. Das Schlachtschiff *Bretagne* explodiert und 997 Seeleute kommen im Inferno von brennendem Öl um. Die Panzerkreuzer *Dunkerque* und *Provence* und fünf Zerstörer werden schwer beschädigt. Der Angriff fordert gegen 1300 Todesopfer.

Am nächsten Tag berichtet Churchill dem Unterhaus über die Kriegshandlung gegen den ehemaligen Verbündeten. «Jock» Colville, sein Privatsekretär, ist zugegen:

> [illegible] ston verliess das Haus sichtbar bewegt.

Zu einem Kabinettskollegen bemerkte der Premier: «Dies ist für mich herzzerbrechend.» Er hat feuchte Augen.

In Vichy, wo Pétains Regierung eben gerade ihren Sitz eingerichtet hat, möchte der empörte Oberkommandierende der Marine, Admiral Darlan, den Engländern

den Krieg erklären. Pétain beruhigt ihn: «Eine Niederlage ist genug» – und begnügt sich mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Aussenminister Baudoin nennt die Aggression von Mers-el-Kébir «einen unauslöschlichen Fleck auf der englischen Ehre».

Die französische Presse, die im besetzten Paris und die im unbesetzten Frankreich, reagiert wütend. Allgemeiner Tenor: Indem er seinem ehemaligen Verbündeten in den Rücken fällt, hat das «perfide Albion» sein wahres Gesicht gezeigt. Zuerst haben die Engländer uns in einen ungewollten Krieg gezerrt, dann hauen sie ab und lassen uns allein. Der Schriftsteller François Mauriac, beileibe kein Deutschlandfreund, schreibt im *Figaro*:

> [illegible] bracht

Die Versenkung der französischen Kriegsschiffe erschüttert auch viele Schweizer. Die *Gazette de Lausanne* nennt den Angriff die «schmerzhafteste Episode in den beklemmenden Monaten», welche Europa erlebe.

In der Romandie sind die Sympathien fast vollständig auf der Seite der Franzosen. Eine Ausnahme ist der Freiburger René de Weck, Gesandter in Bukarest:

> [illegible] den erkennen, dass er recht gehabt hat.

Am 5. Juli schreibt Goebbels:

> [illegible]

> [illegible]
> direkt nach dem Krieg mit England

[illegible] senheit nach Berlin zurück. Goebbels:

> [illegible]
> unser wunderbares Volk

[illegible]

> [illegible]
> Basis voll zu schätzen.

Kelly trifft an jenem 8. Juni auch mit Burckhardt zusammen. In seiner Depesche fasst er den mündlichen Bericht des IKRK-Manns über seine Berlin-Reise zusammen:

> [illegible]
> der Gesprächspartner brauchten diese Formulierung).

(Der Frieden nach der epochalen Schlacht von Königgrätz 1866, in der Österreich besiegt wurde, sicherte Preussen die Vormachtstellung in Europa.)
Beiläufig erwähnt Burckhardt, er werde wegen des Flüchtlingsproblems bald nach Berlin zurückgehen. Damit gibt er Kelly zu verstehen, dass er bereit ist, allfällige britische Friedensbedingungen an zuständige deutsche Stellen weiterzuleiten. Burckhardt sieht sich wie zu Danziger Zeiten als ehrlicher Makler.

Kelly erklärt Burckhardt, dass «unser Misstrauen gegenüber Hitler, neben allem andern, ein fatales Hindernis zu jedem Frieden» sei. Als der Nuntius in Bern im Auftrag des Vatikans Friedensfühler ausstreckte, instruierte Churchill Kelly (am 28. Juni), «dass wir keine Erkundungen über Friedensbedingungen mit Hitler zu machen wünschen und dass es allen unseren Agenten strikte verboten ist, solche Vorschläge in Erwägung zu ziehen». Kelly glaubt aber zu wissen, dass in dem von Lord Halifax geleiteten Foreign Office Leute wie Unterstaatssekretär «Rab» Butler heimlich einen Ausgleichsfrieden mit Deutschland befürworten. Als langjähriger Beamter im Foreign Office, nordirischer Katholik und Gatte einer Belgierin wünscht wohl auch Kelly einen Ausgleichsfrieden. In seinem Bericht nach London schlägt Kelly vor, dass man ihm bezüglich des künftigen Umgangs mit Burckhardt keine Instruktionen geben solle. Er will seine Handlungsfreiheit bewahren. Gleichzeitig deutet er aber an, dass er Burckhardt hinhalten werde. Völliges Schweigen britischerseits, schreibt er, «kann in keiner Weise unsere Kriegsanstrengungen schwächen, während dem es diejenigen unseres Feinds schwächen könnte, indem es bei ihm Zögern verursacht.»

44. Réduit

Demobilmachung. Am 2. Juli werden die Truppen des Zürcher Stadtkommandos auf Pikett entlassen. Mit einem Défilé verabschieden sie sich von ihrem Kommandanten, der versammelten Zürcher Kantons- und Stadtregierung und den Leuten, denen sie während neun Monaten Schutz boten. Bericht eines Augenzeugen:

> [illegible]
> lich weiterexistieren.

Dasselbe idyllische Bild in Wipkingen, wo die in der Waldhalde stationierten Truppen zum Abschied mit Kuchen, Torten und allerhand Süssigkeiten beschenkt werden. In Basel sprechen hohe Magistraten und Offiziere Mahnworte zu den mit Musik und Gesang zurück ins Zivilleben ziehenden Soldaten.

Die festliche, jedoch ernste Stimmung macht bald Zweifeln Platz. In Zürich und Basel ist auf Befehl der Armeeleitung die Arbeit an den Befestigungsbauten eingestellt worden. Die Stacheldrahtverhaue werden entfernt. Manche fragen sich, ob bei einem Angriff der Deutschen jetzt kein Widerstand mehr geleistet werde. Sollen im Kriegsfall Zürich und Basel, wie in den Wochen zuvor Brüssel und Paris, zu «offenen Städten» erklärt, die Bevölkerung kampflos der Willkür der Besetzer ausgeliefert werden?

In der Truppe gehen die Meinungen auseinander über das, was Regierung und Armeeleitung tun sollen. Anspannung, Eifer, Entschlossenheit weichen Gleichgültigkeit, Verdrossenheit, Wankelmut. Viele Zivilisten, darunter nicht die Dümmsten, beginnen sich mit der neuen Lage abzufinden. Leutnant René-Henri Wüst, Journalist bei der *Suisse*, wird sich 1966 an die Worte eines Genfer Industriellen erinnern, mit dem er in jenen frühen Julitagen geredet hat:

> [illegible]
> gen Deutschland aufreizen. Man muss Realist sein.»

Guisan ist in jenen frühen Julitagen unschlüssig, wie es weitergehen soll. Die Ansammlung starker deutscher Truppenverbände in Nähe der Schweizer Grenze beunruhigen ihn. Ein Rapport des Nachrichtenchefs Masson ist alarmierend. Am 4. Juli schreibt Guisan dem Bundesrat, dass «das Dispositiv der deutschen Truppen sowohl auf deutschem wie auf besetztem französischem Gebiet (…) uns zwinge, innert kürzester Frist Entscheide über das eigene Dispositiv zu treffen und über den Grad der Mobilmachung, der jetzt noch aufrechterhalten werden muss.»

Guisan beschreibt die «allerneueste» Lage: Im Schwarzwald steht eine Gruppe von Divisionen, darunter eine Panzerdivision, im Elsass zwei Infanteriedivisionen, in der Zone Ajoie–Besançon–Faucille eine Gruppierung bestehend aus 3 Panzerdivisionen, 2 motorisierten Divisionen, «deren Charakter klar offensiv ist». Guisan kommt zu seinem Anliegen:

> [illegible]

Guisan schlägt vor, man könne eine solche diplomatische Démarche damit begründen, dass angesichts des Waffenstillstands «der Bundesrat zusammen mit dem General» Frist und Umfang der stufenweisen Demobilmachung prüfe, weil die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Truppenbestände für das Land eine schwere Belastung bedeute. In anderen Worten: Wenn ihr Deutsche uns eine «beruhigende Erklärung» für die versammelten Truppen geben könnt, dann werden wir schneller und stärker demobilisieren.

Pilets Beamte im Politischen Departement entwerfen eine Antwort, die dem General erklärt, wieso eine derartige diplomatische Anfrage keine gute Idee ist:

> [illegible]

> [illegible]
> tig, jedes falsche Manöver zu vermeiden.

Besser wäre es, wenn der General Oberst Masson beauftragen würde «auf dem Boden der militärischen Kameradschaft» den deutschen Militârattaché Oberst von Ilsemann in ein Gespräch zu verwickeln.

Der Briefentwurf ist eine Absage an den General. Für Pilet ist sie offenbar nicht klar genug. Er hält die Anfrage Guisans für überflüssig und «kindisch» – wie er in einer privaten Notiz schreibt. Sie verdient, seiner Meinung nach, keine Antwort. Unter den Briefentwurf des Departements schreibt er:

> [illegible]
> licher Anfang gewesen.

Der Brief wird nicht abgeschickt. Pilet überlässt es Minger, den General im persönlichen Gespräch zu beruhigen.

Am Morgen des 5. Juli zeigt Barbey dem General die am Vorabend endlich eingetroffene Antwort Pilets auf Guisans Anfrage vom 25. Juni. An jenem Tag, an dem der Waffenstillstand in Kraft trat, bat Guisan den Bundesrat formell, die «Mission der Armee entweder zu bestätigen oder sie allenfalls zu präzisieren». Er bezog sich dabei auf die ihm vom Bundesrat gegebenen Instruktionen vom 31. August 1939. Der General muss Barbey seinen Brief in einem Anflug von Verunsicherung diktiert haben. Guisan konnte nicht wissen, ob er nach Eintreten der Waffenruhe überhaupt weiterhin die ihm als Oberkommandierenden zugestandenen Befugnisse behalten werde.

Die knappe Antwort des Bundesrats lautet dahin, dass sich an den Instruktionen nichts geändert habe. Barbey ist froh, dass man dies jetzt «schwarz auf weiss» hat.

Der in Amt und Kompetenzen bestätigte General kann nun handeln. Auf Samstag, 6. Juli, ruft er die höchsten Armeeführer zu einer neuerlichen Konferenz nach Worb. Die Vorschläge für ein neues Verteidigungsdispositiv werden diskutiert. Drei Projekte – ausgearbeitet von den Generalstabsobersten Germann, Gonard und Strüby – stehen zur Diskussion. Guisan macht sich Notizen. Zum Votum von Korpskommandant Miescher kritzelt er:

[illegible]

Der General empört sich über die *opposition systématique du triumvirat des jaloux*. Die drei Neidischen oder Eifersüchtigen sind für ihn die Korpskommandanten Jakob Labhart, den der General als Generalstabschef abgesetzt hat, Ulrich Wille, den er auf dem Abstellgleis des Armeeinspektors versauern lässt, und Rudolf Miescher, der ihm in taktischen Detailfragen zu widersprechen wagt. Die drei halten an ihrer Meinung fest, wonach die gesamte Armee mit Ausnahme des Grenzschutzes in ein Réduit in die Alpen zurückgenommen werden solle. Der Plan leuchtet Guisan nicht ein:

> [illegible] Gebiets protestiert

Prisi und Lardelli teilen die Skepsis des Generals gegenüber dem Réduit. Auch Generalstabschef Huber ist gegen einen radikalen Rückzug ins Alpenmassiv. Persönliche Animositäten und unterschiedliche Einstellungen zu Deutschland verschärfen den Gegensatz.

Wille will keinen Rappen für Befestigungsbauten ausgeben, ausser für diejenigen, deren Wert schon heute unter allen Umständen feststeht. Er findet, die Demobilmachung des Grossteils der Armee, die in den letzten zwei Wochen durchgeführt wurde, sei zu früh erfolgt. Es wäre besser gewesen, die Truppen zuerst in den Zentralraum zu führen, sie dort das Material deponieren zu lassen und dann erst nach Hause zu schicken. Das Wichtigste für Wille ist es, «einen klaren Entscheid über die künftige Kriegsführung zu fällen».
Prisi widersetzt sich leidenschaftlich dem Réduitkonzept.

> [illegible]

> [illegible] dem Feinde preisgegeben wird

Generalstabschef Huber, der das Wort «Reduit» bewusst vermeidet, weil er sich mit dem Konzept nicht anfreunden kann, geht mit Prisi einig: Felsen und Gletscher zu verteidigen ist sinnlos. Aber er sieht ein, dass die bisherige Armeestellung jetzt ohne Aussicht auf fremde Hilfe einem deutschen Angriff nicht standhalten kann. Er schlägt einen Kompromiss vor: Mit einer möglichst beschränkten Zahl von Truppen soll zwischen Sargans und St. Maurice eine rückwärtige Stellung aufgebaut werden, während die restlichen Truppen in ihren vertrauten bisherigen Stellungen bleiben. Für Wille, Miescher und Labhart bringt Hubers Vorschlag bloss «eine Zersplitterung der Kräfte».

Guisan rekapituliert die unterschiedlichen Voten und schliesst den Kriegsrat: «Die heutige aufschlussreiche Aussprache wird dem Oberbefehlshaber gestatten, seinen Entschluss bald zu fassen.» Operationschef Gonard, Unterstabschef Strüby und Generalstabschef Huber müssen jetzt einen Kompromissplan für das neue Dispositiv ausarbeiten.

Guisan selber tut, was er am besten kann: Er spricht Truppe und Volk Mut zu. Am Sonntagmorgen, 7. Juli, präsidiert er, begleitet von Generalstabschef Huber und Flugwaffenkommandant Bandi, eine feierliche Fahnenübergabe an seine Fliegertruppe. Die Flieger haben den Befehl des Generals vom 20. Juni, der weitere Luftkämpfe über Schweizer Hoheitsgebiet verbot, nicht goutiert. Sie brauchen eine Moralspritze.

Auf dem Berner Flugplatz Belpmoos hört das zahlreiche Publikum zuerst Predigten in drei Sprachen, bevor der General elastischen Schrittes auf die Rednertribüne steigt und mit energischer Stimme das Lob der tapferen Schweizer Flieger anstimmt, die «im Krieg von 1940 eine wesentliche Rolle» gespielt haben. Vor allem in den «gegenwärtigen Zeiten, wo man sich manchmal fragt, wohin man geht», sei ihre Mission wichtig:

> [illegible] weissen Kreuz auferlegt.

Der General gedenkt der Piloten, die ihr Leben für das Land hingegeben haben. Stolz überreicht er den Fliegertruppen ihre eigene spezielle Fahne, «die mit einem Tau an

der Stange befestigt ist, die einen aufrechtstehenden Flegel als Spitze hat». Zu den Klängen der Nationalhymne (immer noch «Rufst du, mein Vaterland») empfängt eine nach der andern von sieben Abordnungen aus der Hand des Oberbefehlshabers ihr Banner. Ende der von Georges Perrin in der *Kamera* beschriebenen Zeremonie.

> [illegible]

Weiter geht es für den General nach Sempach, wo er am späten Nachmittag an der traditionellen Schlachtfeier eine volkstümliche und von den Zuhörern begeistert aufgenommenen Ansprache hält. Er feiert den Heldentod Winkelrieds als leuchtendes Beispiel für die heutige Schweiz. Guisan ist wieder *unser General*, ganz so wie das Land ihn liebt.

45. Solothurner folgt auf Solothurner

Die Nachfolge von Bundesrat Obrecht gab schon in der Junisession zu reden, obschon der Solothurner seinen Rücktritt noch gar nicht eingereicht hatte. Grimm sondierte bei bürgerlichen Kollegen, ob nicht auf dem Vollmachtenwege die Zahl der Bundesräte von 7 auf 9 erhöht werden und gleichzeitig die Kantonsklausel aufgehoben werden könnte. Dies würde es ihm selber und dem Zürcher Stadtpräsidenten Klöti ermöglichen, Bundesräte zu werden, obschon mit Minger und Wetter schon ein Berner und ein Zürcher in der obersten Landesbehörde sitzen. Der «vom Zaun gerissene Tank Grimm-Klöti», wie Feldmann das Unterfangen nannte, scheiterte schon in der sozialdemokratischen Fraktion. In *Le Travail* mokierte sich Nicole über seine ehemaligen Genossen:

> [illegible] Wirkung einer Spielzeugpistole hatte, k.o. liegen lassen.

Die sozialdemokratische Bundesratsbeteiligung war damit – auch zur Freude Pilets – vom Tisch.

In der Sitzung vom 9. Juli einigten sich die verbleibenden sechs Bundesräte auf den Basler Industriellen und liberalen Grossrat Carl Koechlin als ihren Wunschkandidaten. Koechlin hat das Chemieunternehmen J. R. Geigy zu einer Firma von Weltruf gemacht. Als Präsident der Basler Handelskammer kennt er viele massgebliche Wirtschaftsführer in Deutschland, Frankreich, England und den USA. In der Kriegswirtschaftsorganisation des Bunds leitetet er die Sektion Chemie und Pharmazeutika. Der Bundesrat schätzt ihn als Mann von hoher Intelligenz, Verhandlungsgeschick, sozialem Verantwortungsgefühl, Charme, Witz und Integrität.

Bundesratswahlen sind Sache des Parlaments. Amtierende Bundesräte können die Wahl eines Neuen hinter den Kulissen beeinflussen, wie dies Pilet 1934 bei der Wahl Etters getan hat. Aber dass der Bundesrat in corpore einen Kandidaten auf den

barkeit oder eigene Befangenheit sofort erkennen lassen.

mann meint:

der Grenze

schweizerischen [illegible], die er seit 19[illegible] leitet. Im Nationalrat kennt man ihn als schlagfertigen Redner. Die NZZ sieht im Solothurner den Mann, der alle Qualitäten besitzt, um den Anforderungen des hohen Amtes in hervorragender Weise zu genügen.

> [illegible] volkswirtschaftliches Verständnis

Stampfli aber will nicht. Schon 1935, als es um die Nachfolge von Schulthess ging, hat er die ihm vorgeschlagene Kandidatur abgelehnt. Er möchte seine Stelle als Chef eines wichtigen Industriebetriebes nicht mit einem weniger gut bezahlten, in Kriegszeiten besonders undankbaren und Anfechtungen aller Art ausgesetzten Posten als Volkswirtschaftsminister vertauschen. Auch will der gesellige Jassfreund nicht auf die «Stammtischrunden» verzichten, zu denen er sich mit seinen Solothurner Freunden zweimal wöchentlich trifft. Er will nicht ins unvertraute Bern ziehen. Seine Frau schon gar nicht.

Er gibt der Partei einen Korb. Am 1[illegible]. Juli spricht eine dreiköpfige freisinnige Delegation bei ihm vor und versucht ihn umzustimmen. Sein Freund, der Luzerner Stadtpräsident Max Wey, hält Stampfli vor, dass in einer Zeit, wo jeder Soldat Opfer bringe und an der Grenze Aktivdienst leiste, er sich dem Ruf des Vaterlands nicht entziehen dürfe. Unwirsch meint der Solothurner: «Macht, was ihr wollt. Sucht einen andern, ich sag nicht ja.» Wey: «Aber auch nicht nein.» Darauf verlässt Stampfli, die Türe zuschmetternd, das Lokal. Er wird sich also fügen. Die bürgerliche Presse atmet auf. Die Wahl ist eine Formalität. Stampfli wird im 1. Wahlgang mit guten 142 Stimmen gewählt, auf den sozialdemokratischen Ständerat Wenk entfallen 51 Stimmen, auf Koechlin 15.

46. Es gibt auch «gute» Deutsche

Am Sonntag, 14. Juli, ereignet sich auf der kurvenreichen Strasse, die von Plaffeien nach Guggisberg hinaufführt, ein schwerer Verkehrsunfall. Der 58-jährige Totengräber von Guggisberg rast auf seinem Fahrrad in Schussfahrt talwärts Richtung Sense, stösst dabei frontal mit einem Personenwagen zusammen und prallt auf dem Kühler auf. Der Velofahrer ist sofort tot. Passanten sammeln sich. Der Untersuchungsrichter von Schwarzenburg wird telefonisch herbeigerufen. Am Steuer des am Unfall beteiligten Wagens sass der deutsche Gesandte Minister Kocher. Begleitet von seiner Frau und seiner Privatsekretärin, befand er sich auf der Rückfahrt von einem Sonntagsausflug auf die Kaiseregg.

Tags darauf meldet sich Kochers Sekretärin im Auftrag des sich dienstlich in Genf befindenden Gesandten telefonisch beim Politischen Departement. Sie berichtet Legationsrat Feldscher vom gestrigen Unfall im Schwarzenburgerland. Es sei «dabei zu keinerlei Zwischenfällen oder auch nur zu unangenehmen Bemerkungen gekommen», obwohl Frau Kocher und sie selber «hochdeutsch gesprochen hatten». Der in der Rheinstadt aufgewachsene Minister Kocher redet das *Baseldytsch* seiner Schweizer Mutter. Die Privatsekretärin ist froh, dass «die anwesenden Schweizer im Gegenteil sich sehr dienstfertig und bereitwillig gezeigt haben». Dies ist nicht selbstverständlich. Seit der Machtübernahme Hitlers werden *Sauschwoben* in der Schweiz gerne angepöbelt. Weiter teilt die Sekretärin mit, der Gesandte bitte das Politische Departement, sich darum zu bemühen, dass die Presse «keinerlei Meldung von dem Vorfall veröffentliche».

Feldscher erkundigt sich beim Kommandanten der Berner Kantonspolizei, der bestätigt, dass nach dem vorläufigen Bericht des Untersuchungsrichters Kocher kein Verschulden treffe. Die Presse wird von der Polizei nicht benachrichtigt. Tags darauf telefoniert Kocher selber Feldscher, um die Meldung seiner Sekretärin «über das sehr bedauerliche Unglück» zu bestätigen:

> Herr Kocher [illegible]
> [illegible]

[illegible]

[illegible] für Pilet abgefasste Notiz zeugt vom Vertrauensverhältnis zwischen dem deutschen Gesandten und dem Politischen Departement.

Wenn Köcher sich am 15. Juli nicht selber bei Pilet meldete, ist dies seiner dienstlichen Abwesenheit in Genf zuzuschreiben. Er war nämlich bei C. J. Burckhardt zu einem privaten Essen eingeladen. Ging es dabei einzig um Fragen des IKRK oder kamen allfällige Friedensfühler zur Sprache? Zweifellos wird Burckhardt, so wie er dies eine Woche zuvor bei Pilet und Kelly getan hat, von seiner Berlin-Reise berichtet haben. Natürlich gibt es keine Aufzeichnungen vom Genfer Diner.

Die wenigen aussenpolitischen Karten, die Aussenminister Pilet in der Hand hat, muss er geschickt spielen. Ein As in seinem Spiel ist das IKRK in Genf, das für die Registrierung – wenn möglich auch den Schutz – der im Frankreichkrieg gefangen genommenen Soldaten zuständig ist. Pilet weiss, dass das Rote Kreuz auch in Deutschland geschätzt wird, angeblich sogar von Hitler. Aus humanitären wie aus machtpolitischen Gründen lohnt es sich für den Bundesrat, dem IKRK finanziell, personell und diplomatisch unter die Arme zu greifen.

Jacques Chenevière, ein feinfühliger Genfer Schriftsteller und Mitglied des IKRK, leitet dessen Zentralstelle für Kriegsgefangene. Als er eines Nachmittags das Telefon abnimmt, meldet sich zu seinem Erstaunen Bundespräsident Pilet-Golaz persönlich. Er bittet ihn, so rasch wie möglich im Politischen Departement vorbeizukommen. Am nächsten Tag nimmt Chenevière den Zug nach Bern und steigt kurz vor Mittag die Bundeshaustreppe hinauf, wo er von einem Weibel in Pilets Büro geführt wird. In einem Memoirenbändchen wird er sich später erinnern:

> [illegible] des Roten Kreuzes.

Bald unterbricht Pilet seinen Gesprächspartner und lobt selber das «bedeutende Werk», welches das IKRK für die gefangenen und verschollenen Soldaten tue. Kona

te sich die Genfer Institution eventuell auch um Zivilpersonen kümmern, die von den Konventionen vorläufig noch nicht geschützt werden? Chenevière ist nicht klar, was Pilet mit dieser Frage bezweckt. Was will der Bundespräsident von ihm eigentlich? Pilet fährt mit der «gemessenen Leichtigkeit des Anwalts, der sich selber ein bisschen zuhört», fort:

> [illegible] Opfer.»

«Ich stelle mir vor», «nehmen wir an» … Seine ihm einst im Militärdienst unterstellten Offiziere und Soldaten kennen Pilets Hang zu Geheimnistuerei und sibyllinischen Aussagen. Im Gespräch mit dem IKRK-Mann erwähnt der Bundespräsidenten noch, dass er selbstverständlich die «totale Unabhängigkeit» der Genfer Institution respektiere und ihm seine Mitteilung «unter vier Augen» vertraulich gemacht habe. Chenevière weiss immer noch nicht, was für einen hypothetischen Fall der Bundespräsident meinen konnte, und hakt nach: Worum genau geht es, kann er präzisieren? Pilet:

> [illegible] gekommen sind.»
>
> [illegible] weg, heute.»

Wenige Tage später meldet sich der deutsche Generalkonsul Wolfgang Krauel bei Chenevière mit einem «wichtigen Anliegen»: Auf der niederländischen Insel Curaçao sind sechzig Mitglieder der deutschen Handelsmarine interniert worden. Kann das IKRK sie besuchen, obschon es sich um Zivilisten handelt? Vom Schweizer Konsulat in Bogotá erfährt Chenevière, dass die deutschen Seeleute auf der Insel Bonaire festgehalten werden. Ein in Curaçao lebender Schweizer wird zum improvisierten Rotkreuzdelegierten, fliegt auf die Insel, besucht die Gefangenen und telegrafiert eine Liste nach Genf mit der Mitteilung, dass es den Deutschen gut gehe. Als der herbeigeeilte Konsul Krauel das Telegramm in die Hand kriegt, strahlt er: «Bravo für das Rote Kreuz ... und für Ihr Land.»

47. Trumps unerwünschte Einmischung

In der leidigen Pressefrage lässt Berlin nicht locker. Am 17. Juli schreibt Frölicher, Kocher sei beauftragt, wieder einmal vorstellig zu werden:

> [illegible]
> Land nicht ungefährlich.

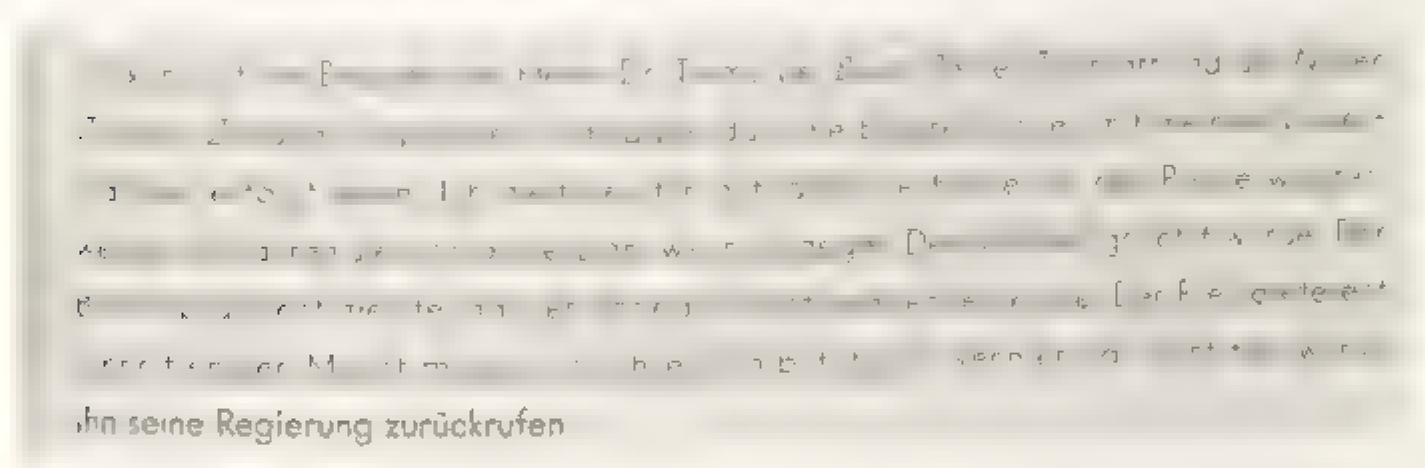
Der deutschen Presse – d. h. Goebbels – genügt es nicht, dass Schweizer Zeitungen Beschimpfungen gegenüber Deutschland und deutschkritische Artikel unterlassen. Sie sollen gefälligst die gesellschaftspolitischen, wirtschaftlichen und militärischen Leistungen des Reichs anerkennen und sich für das «neue Europa» aufgeschlossen zeigen. Gefragt ist nicht eine mürrisch neutrale, sondern eine freundschaftliche Berichterstattung.

Das Reich wünscht schon seit Monaten personelle Veränderungen bei den für das Reich bedeutsamen grossen bürgerlichen Deutschschweizer Zeitungen *Bund*, *Neue Zürcher Zeitung*, *Basler Nachrichten* und *National-Zeitung*. Berlin hat ein Interesse daran, dass deren Berliner Korrespondenten und deren Chefredaktoren, wenn nicht deutschfreundlich, so zumindest neutral sind. Der Mann, der dies bewerkstelligen soll, ist Georg Trump, seit Februar Pressereferent an der deutschen Gesandtschaft.

Trump beschwerte sich schon im Mai beim Chefredaktor der einflussreichen christlichsozialen *Neuen Zürcher Nachrichten*. Der militärische Berichterstatter der Zeitung hatte in einem mit «Kampfmethoden» betitelten Artikel die Wehrmacht kritisiert. Er schrieb, «in der Zeit, als sich die Männer noch Auge in Auge im ritterlichen Kampf gegenüberstanden», habe sich ein «Ehrenkodex für das Waffenhandwerk» gebildet, der seinen Weg vor allem auch zu den deutschen Offizieren fand. Der Leitartikel der *NZN* schloss mit der Feststellung:

Gleichzeitig mit Trump protestierte damals der deutsche Militärattaché bei Oberst Masson wegen des die Wehrmacht beleidigenden Artikels. General Guisan befahl der APF, das Erscheinen der *NZN* für zehn Tage zu verbieten. Es war die bisher schärfste gegen eine bürgerliche Zeitung ausgesprochene Sanktion. *NZN*-Chefredaktor Odermatt beklagte sich umgehend brieflich bei seinem Parteifreund Etter und nahm dabei kein Blatt vor den Mund.

Verbindungsmann Hptm. Gut sprach damals in seinem Tagesrapport bei Bundespräsident Pilet von «schweren Bedenken» der APF über Trumps Intervention bei den *NZN*. Trump hatte sich auch bei anderen Blättern eingemischt. Pilet redete darüber mit Köcher, wobei er ein gewisses Verständnis für die deutsche Verärgerung zeigte. Er erklärte, dass Angriffe gegen eine fremde Armee in der Schweiz nicht zugelassen würden. In dieser Frage «sei jeder besonders empfindlich». Befriedigt konnte Köcher am 27. Mai nach Berlin melden:


ihn seine Regierung zurückrufen

Sechs Wochen später, am 9. Juli, kurz nachdem Berlin den unliebsamen *NZZ*-Korrespondenten Reto Caratsch ausgewiesen hat, verlangt Trump vom Verleger des Berner *Bund*, Fritz Pochon-Jent, die Entlassung von Chefredaktor Ernst Schürch. *Der Bund* gilt gemeinhin als Hofblatt des Bundesrats und ist die Zeitung, die vom gehobenen Berner Bürgertum und von den Diplomaten zuerst gelesen wird. Schürch, ehemaliger Lehrer, Gerichtspräsident und Staatsanwalt, Chefredaktor seit 1925 und Verfasser geschätzter Leitartikel, ist eine stadtbekannte Berner Persönlichkeit.

Den Deutschen ist Schürch wegen seiner Warnungen vor der berüchtigten «5. Kolonne» ein Dorn im Auge. Er schrieb einmal von der Gefahr, dass bei einem Angriff auf die Schweiz «das Ausland uns im Innern mit seinen Zivilisten überfällt, die hier ihr Brot haben». Vor zwei Jahren hatte Schürch mit einem unvorsichtigen

Artikel eine pogromartige Demonstration vor dem Juwelierladen eines seit langem in Bern ansässigen deutschen Geschäftsmanns ausgelöst. Darauf hängte ihm die deutsche Gesandtschaft einen Zivilprozess an.

Als Ergebnis der Besprechungen mit Trump legt Pochon dem [illegible]-jährigen Scharch ein Vertragskonzept vor, das dessen «freiwilligen» Rücktritt mit «sehr anständigen» Pensionsbedingungen vorsieht. Für Scharch ist dies eine Entlassung. Er verreist verärgert in die Ferien in sein Elternhaus in Grosshöchstetten.

Die «Entlassung» Scharchs verbreitet sich wie ein Lauffeuer durch Berns Lauben. Anlässlich der zweitägigen Sondersession zur Wahl des neuen Bundesrats erfahren Parlamentarier von der Affäre. Die Nationalräte Oeri, Gut, Feldmann, alle wie Scharch Chefredaktoren bürgerlicher Blätter, sind alarmiert. Feldmann, Vizepräsident der Gemischten Pressepolitischen Kommission (GPK), notiert am 17. Juli:

> [illegible] beginnt ...

Gut und Feldmann organisieren den Widerstand und verlangen vom Bundesrat, dass er sich der GPK stellt. In Bern plant der Romanistikprofessor Karl Jaberg, ein Freund Scharchs, mit einigen «Herren aus Hochschulkreisen» Pochon zu schreiben, dass sie «ihr Interesse am Bund verlieren» würden, wenn Scharch entlassen würde. Darauf druckt Pochon am 26. Juli wieder einen mit Scharchs Kürzel *E. Sch.* gezeichneten Leitartikel ab. Titel: «Freiheit»:

> [illegible] und Redens aber erstickt die Glaubens- und Gedankenfreiheit.

Die Druckversuche der Achse in Sachen Presse reissen nicht ab. Am 16. Juli teilt Pilet den Kollegen mit, dass die API die Tessiner Zeitungen *Avanguardia* und *Libera Stampa* mit Erscheinungsverboten von zwei und drei Wochen bestraft hat. Sie seien in ihrer Berichterstattung über den Seekrieg im Mittelmeer gegenüber Italien respektlos gewesen. In Rom hat Aussenminister Graf Ciano wegen der beiden Artikel

den Schweizer Gesandten Paul Ruegger zu sich zitiert. Dieser berichtet Pilet per Kurier:

> [illegible]
> gefährden?»

Berlin und Rom stimmen sich in ihrer gegen die Schweizer Presse gerichteten Politik sorgfältig miteinander ab. Am 17. Juli schickt Deutschland und am 18. Juli Italien dem Politischen Departement Protestnoten gleichen Inhalts. Wortlaut der Note der Deutschen Gesandtschaft:

> [illegible]
> Druck erschienen ist und zurzeit in der Schweiz vertrieben wird.

Die Gesandtschaft zitiert wörtlich zwei Stellen in Grimms Schrift, die ihr aufgestossen sind:

> [illegible]

> [illegible]
> Bonzentum verkörpert, von dem früher etwa die Rede war.»

Die Note schliesst mit einer kaum verhüllten Forderung:

> [illegible]
> verleumden.

Die deutsche Regierung verlangt somit die Entlassung des «untragbaren» Nationalrats Grimm aus seinen «leitenden Stellungen» – die alle ausdrücklich erwähnt werden: Regierungspräsident des Kantons Bern, Präsident der Eidgenössischen Arbeitsbeschaffungskommission, Chef der Sektion für Kraft und Wärme. Berlin weiss, wer Grimm ist. Der deutsche Vorstoss richtet sich gegen die europaweit bekannteste Persönlichkeit der Schweizer Linken, den Mann von Zimmerwald und St. Petersburg, den «Landesstreikgeneral», die legendäre historische Figur.

Die Demarche ist gefährlicher als alle bisherigen gegen die Schweiz unternommenen diplomatischen Schritte der Achsenmächte, ausgenommen vielleicht die deutsche Drohnote nach den Flugzeugkämpfen. Das Reich tastet mit seiner Forderung die schweizerische Souveränität an. Kein Wunder, dass der Bundesrat den Eingang der drohenden Noten vor der Presse, aber auch vor der Vollmachtenkommission, geheim hält.

48. Weisungen an den General

Am 12. Juli schickt Guisan Minger zuhanden des Bundesrats einen Brief, in dem er das von ihm in Aussicht genommene neue Verteidigungsdispositiv vorstellt. Guisan beschreibt, wie der Verlauf des Kriegs im Westen die militärische Lage ständig verändert hat und wie sie sich jetzt nach Abschluss des Waffenstillstands vom 25. Juni präsentiert. Guisan glaubt nicht, dass die Achsenmächte «solange sie nicht mit dem englischen Widerstand fertig geworden sind, ein Interesse daran haben, einen neuen Konflikt zu provozieren.» Andererseits hatte Deutschland ein indiskutables Interesse an den direkten Verbindungswegen durch die Alpen, was es dazu bewegen könnte auf die Schweiz «einen wirtschaftlichen, politischen und sogar militärischen Druck auszuüben, um freien Gebrauch dieser Verbindungswege zu erhalten»:

> [illegible] führung seiner Pläne behindern würde.

Guisan bewegt sich sachte auf die von Wille, Labhart und Miescher bevorzugte Dissuasions- oder Abhaltungsstrategie zu. Allerdings geht er nicht so weit, dass er die bisherigen Stellungen an der Limmatlinie zugunsten eines totalen Rückzugs ins Réduit aufgibt. Guisan befiehlt eine Landesverteidigung, «die sich gemäss einem neuen Prinzip, demjenigen einer Abstufung in die Tiefe organisieren wird». Wie bisher ist die erste Stufe der Grenzschutz. Die zweite Stufe ist diejenige «einer vorgeschobenen oder Deckungsstellung, welche die Einbruchsachsen ins Innere des Landes versperrt.» Die dritte Stufe schliesslich besteht aus den Truppen der Alpenstellung

oder des nationalen Reduits die «ohne Geist des Rückzugs standhalten werden», mit für eine Maximaldauer bestimmten Vorräten».

Das Verteidigungssystem soll an den Fronten aus «Panzerabwehrstützpunkten oder Widerstandsnestern» bestehen, deren «Kampfmethoden sich von jenen der Guerilla sowie den jüngsten Lehren des Kriegs inspirieren lassen». Die Verteilung der Truppen sieht der General wie folgt:

> [illegible]
> Réduits zu ernähren).

Guisans neues Dispositiv ist ein Kompromiss zwischen dem Plan Wille und dem Plan Frick – weder Fisch noch Vogel, könnten unfreundliche Kritiker sagen. Immerhin hat er Zeit, das Dispositiv in die Tat umzusetzen. Weder er noch der Bundesrat erwarten, dass Hitler zu einem Angriff gegen die Schweiz schreiten wird, bevor er – in Guisans Worten – «mit den Engländern fertig geworden ist». Niemand glaubt, dass dies vor Oktober der Fall wird. Dann kommt der Winter, der sich für einen Feldzug gegen die Schweiz nicht eignet. Für die Umgruppierung der Armee und die Einrichtung des Reduits bleiben demnach gut acht Monate. Panik ist nicht am Platz.

Pilet studiert übers Wochenende sorgfältig den «geheimen» Brief des Generals. An der Sitzung vom Dienstag, 16. Juli – Minger ist dienstlich entschuldigt –, gibt er den Kollegen vom Inhalt des Briefs Kenntnis und macht dazu seine Bemerkungen. Nach Ende der Sitzung schreibt er dem abwesenden Minger, den die Sache von allen Bundesräten am meisten angeht, einen «persönlichen und vertraulichen» Brief:

> *Mon cher,*
> [illegible]
> 1. [illegible] Kandersteg vor.)
> 2. [illegible] die Tiefe und Ausbildung

> [illegible]
> zum Beispiel, um eine Rotation in der Zeit und im Raum zu haben.
> [illegible]
> und gewisse Regimenter).

> [illegible]
> auf aufmerksam gemacht werde

Pilet, Oberst a. D. und Leser der *Revue militaire suisse* (Jahresabo Fr. 12.50), beschäftigt sich gerne mit strategischen und operationellen Fragen. Die Anträge, die er in seinen vier Punkten dem General macht, finden die Zustimmung der vier anwesenden Bundesräte. Pilet kann damit rechnen, dass auch Minger mit ihm einig gehen wird.

Anders als im Mai befürchten Mitte Juli weder der Bundesrat noch der General eine bevorstehende Invasion der Schweiz – trotz der bedrohlichen Nähe motorisierter Wehrmachtsverbände.

In seinem Schreiben an den Bundesrat hatte Guisan beiläufig darauf hingewiesen, dass nach dem Zusammenbruch Frankreichs eine «automatische» Hilfeleistung durch den Feind unseres Feinds jetzt wegfalle. An dieser Stelle in Guisans Brief unterstrich Pilet das Wort *automatiquement* und fügte die Randbemerkung hinzu: «Nie war davon die Rede. Ganz im Gegenteil.» Im Brief an Minger erklärt Pilet, weshalb er diese Worte hingekritzelt hat:

> [illegible]
> erlauben.

Pilet war immer der Meinung, dass eine französische Hilfe erst nach einem telefonischen Anruf des Bundespräsidenten in Paris erfolgen würde.

49. Hitler spricht

Am Abend des Freitags, 19. Juli, hält Hitler in einer Reichstagssitzung in der Kroll-Oper endlich seine ungeduldig erwartete Rede. Vor immer wieder in Applaus ausbrechenden Abgeordneten und Generalen, von denen er elf zu Feldmarschällen befördert, erzählt er den erfolgreichen Verlauf des bisherigen Kriegs nach. Allerdings sei es nicht seine Absicht gewesen, «Kriege zu führen, sondern einen neuen Sozialstaat von höchster Kultur aufzubauen». Jedes Jahr dieses Krieges, dessen Ursache «lächerliche Nullen» seien, die man «höchstens als politische Fabrikware der Natur bezeichnen» könne, beraube ihn dieser Arbeit:

> [illegible] getroffen wird

Er habe, sagt Hitler weiter, bisher auf diese Angriffe «kaum antworten lassen». Dies könne sich ändern und dann würde «namenloses Leid über die Menschen hereinbrechen»:

> [illegible]

> [illegible]
> England sein.

Nachdem Hitler so massiv gedroht und die britische Führung so grob beschimpft hat, richtet er, «verpflichtet vor meinem Gewissen, noch einen Appell an die Vernunft auch in England». Er sehe keinen Grund zur Fortführung dieses Kampfes. Zwar glühten Millionen deutscher Männer und Jünglinge beim Gedanken, sich «endlich mit dem Feind auseinandersetzen zu können, der uns ohne jeden Grund zum zweiten Male den Krieg erklärte». Aber er wisse auch, dass «zu Hause viele Frauen und Männer sind, die trotz höchster Bereitwilligkeit, auch das Letzte zu opfern, doch mit ihrem Herzen an diesem Leben hängen».

William L. Shirer ist seit sechs Jahren amerikanischer Radiokorrespondent in Berlin. Zuvor hat Hitler ihn nie beeindruckt. Jetzt fasziniert ihn der glanzvolle Auftritt des Führers:

> [illegible]
> wenn sie wissen, dass ein Mann ganz oben ist.

In Rumänien empört sich der Schweizer Gesandte René de Weck, dass nun «überall – sogar in Frankreich – Stimmen sich erheben, um den ‹Führer› zu feiern». Wenn das Los der Waffen Hitler nicht hold gewesen wäre, würde man ihn heute «für den grössten Verbrecher aller Zeiten» halten:

> [illegible]
> gen zu bringen. Ah! Es ist nicht die Intelligenz, die die Welt regiert!

Hitlers unbestimmtes «letztes Friedensangebot», mehr Drohung als Versprechen, stösst in London auf Verachtung. Keine britische Regierung kann einem Kompromiss zustimmen, der die deutschen Eroberungen nicht rückgängig macht. Churchill würdigt den Redeschwall des Reichskanzlers keiner Antwort. Am Montag wird der als Taube geltende Aussenminister Lord Halifax «Herrn Hitler» eine Absage er-

teilen: «Wir werden nicht aufhören zu kämpfen, bis die Freiheit für uns und andere sicher ist.»

Wenn Pilet Hitlers über zweistündige Ansprache nicht am Radio gehört hat, kann er am nächsten Tag, als er im Zug nach Lausanne fährt, lange Auszüge daraus in der Gazette lesen. Er weiss jetzt, dass mit einem langen Krieg zu rechnen ist, der die Schweiz vor grosse Herausforderungen stellen wird.

An jenem Samstag sitzt der Bundespräsident im Zug, weil er das Wochenende wieder einmal in seinem Bauerngut Les Chanays verbringen will. Dort muss er sehen, dass die Dinge nicht gut bestellt sind:

> [illegible] weiss es noch nicht. Aber eine Änderung wird es geben

Immerhin kann Pilet dem Metzger Baud ein 79 kg wiegendes Milchkalb zu Fr. 1.70 das Kilo und die kranke Kuh «Chamois» zum Preis 370 Franken verkaufen.

50. Die Verschwörung des Lull zu Luzern

Am Sonntag, 21. Juli, findet im Luzerner Schweizerhof ein geheimes Treffen von zwanzig Offizieren statt – alles Deutschschweizer, mehrheitlich Generalstäbler im Hauptmannsrang und Nachrichtenoffiziere. Zwei der wichtigsten Schweizer Geheimdienstleute, Hptm. Max Waibel, Leiter der Nachrichtensammelstelle 1, und Hptm. Alfred Ernst, Leiter des Büro Deutschland, haben vertrauenswürdige Offizierskameraden zum Rapport nach Luzern aufgeboten.

Hauptredner Hptm. Alfred Ernst beschreibt die herrschende defaitistische Stimmung im Land und in der Armee. Seit der Kapitulation Frankreichs habe der Bundesrat bedenkliche Schwächezeichen gezeigt: Die verantwortungslose Demobilmachung, wenn an der Grenze angriffsbereite deutsche Truppen stehen, Pilets verschwommene Rede, die neutralitätswidrige Auslieferung abgeschossener deutscher Flugzeuge und die Freilassung ihrer Piloten. Um Gegensteuer zu geben, will Hptm. Ernst einen geheimen «Offiziersbund» ins Leben rufen. Sein Zweck:

> [illegible]
> [illegible]
> arbeiten für den Aufbau der Armee nach dem Krieg

Die meisten anwesenden Offiziere teilen Ernsts Lagebeurteilung. Einige sind skeptisch. Auf Hptm. Uhlmann wirkt die Rede «schwulstig» und zu «pessimistisch». Als Kommandant eines Gebirgsfüsilier-Bataillons kennt er seinen Kameraden Ernst von früher «als impulsiv und zur Übertreibung geneigt». Hptm. Heberlein seinerseits findet den Vortrag «reichlich romantisch».

Als zweiter Redner beschreibt Hptm. Hausamann aus dem Stegreif und in grellen Farben, die ihm brenzlig scheinende internationale Lage. Die Zuhörer erhalten den Eindruck, ein deutscher militärischer Einmarsch stehe unmittelbar bevor. Für die Organisation des Widerstands ist laut Hausamann kaum mehr Zeit.

Dann wird den Teilnehmern eine von Ernst entworfene Erklärung herumgereicht:

> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> fragt, ist ein Verräter

Wer einverstanden ist, schreibt auf der Rückseite seinen Namen ein. Hptm. Walter Allgöwer, Dr. phil. und Instruktionsoffizier, flüstert scherzhaft zu seinem Nebenmann, ob Tinte wohl genüge oder ob man mit dem eigenen Blut unterschreiben müsse.

In der Diskussion wird besprochen, was zu tun sei, wenn der Bundesrat kapitulieren wolle. Man werde zuerst dem General die Beweise für den «unmittelbar bevorstehenden Verrat» vorlegen. Sollte der General unterlassen, den Befehl zum Kampf zu geben, werde man selber mit dem am Radio ausgegebenen Stichwort «Nidwalden» den Kampf auslösen.

Am Ende der Versammlung gehen die Teilnehmer mit unklaren Instruktionen nach Hause. Wie soll der Staatsstreich, und um einen solchen würde es sich im Fall einer Kapitulation des Bundesrats handeln, genau ablaufen? Hptm. Ernst will Einzelheiten bis zum 4. August, der nächsten Geheimtagung, geklärt haben. Zu den provisorischen Plänen gehört, dass eine von Hptm. Allgöwer geführte Rekrutenkompanie den Bundesrat in «Schutzhaft» nimmt und handlungsunfähig macht. Oblt. Gerhart Schürch, Sohn des *Bund*-Chefredaktors, will mit seiner Kompanie den Kurzwellensender Schwarzenburg besetzen.

Wer ist Hauptmann Ernst, Kopf und Herz des Offiziersbunds? Der jetzt 35-jährige Alfred Ernst – von seinen Freunden «Lull» genannt – wuchs als Sohn eines Oberrichters und einer aus dem *Daig* stammenden Baslerin im Berner Kirchenfeld auf. Er studierte Jus und war ein Lieblingsschüler des eminenten Staatsrechtsprofessors Walther Burckhardt. Als juristischer Beamter in Pilets Eisenbahndepartement arbeitete er am «Verkehrsteilungsgesetz» mit. Nach seiner Heirat mit der Tochter eines preussischen Finanzbeamten eröffnete er in Bern ein Advokaturbüro. Ernst ist ein «Militärkopf», der, obwohl körperlich unbeholfen und kurzsichtig, leidenschaftlich gern Dienst tut. Seine Gebirgsinfanteristen verehren ihren Kompaniekommandanten, der nichts von ihnen verlangt, das er nicht selber auf sich nimmt. Bei Kriegsausbruch holte ihn Oberst Masson in den Generalstab und machte ihn zum Chef des in Luzern angesiedelten «Büros Deutschland».

Der von Ernst ausersehene «Führer» des Offiziersbunds ist am 21. Juli nicht dabei. Ernst will seinen noch geheim gehaltenen Namen an der nächsten Sitzung bekannt geben. Ursprünglich hatten Ernst, Schürch und Allgöwer Oberst Gustav Da-

niser als Chef des Bundes ausersehen. Däniker, Leiter der Schiessschule Walenstadt, ist ein hervorragender Truppenausbildner, glänzender Vortragsredner und aufrecht [illegible] Geist. Am 17. Juni, dem Tag, an dem Frankreichs Niederlage besiegelt war, schrieb Ernst an Däniker:

> [illegible] länger als 30 – 40 Jahre dauern.

Däniker hielt nichts von Ernsts Idee. Eine Kampfaufnahme im Innern würde dem Land unermesslichen Schaden bringen. Er antwortete dem Kameraden am 18. Juni:

> [illegible] recht. Wir müssen zu einer Erneuerung von grundauf kommen.

Nachdem Ernst und seine Mitverschwörer gemerkt hatten, dass Däniker deutschfreundlich eingestellt ist, hielten sie Ausschau nach einer anderen Führungspersönlichkeit. Ihre Wahl fiel auf Wilhelm Werder, Stabschef in der 5. Division. Er ist Oberstleutnant und steht hierarchisch zwei Stufen höher als die eigentlichen Führer der Verschwörung Ernst, Hausamann und Waibel.

Für Alfred Ernst – seine Freunde nennen ihn «Lull» – genügt Widerstand allein nicht. Er will das Schweizer Milizsystem radikal überholen, wie er in einem Brief an seinen Chef Oberst Masson ausführt. Die neuen Rekruten-Jahrgänge sollen zwei Jahre lang ununterbrochen Dienst tun und von einem «aus den besten Elementen zusammengesetzten Korps von Berufsoffizieren» zu einer professionellen, kampfbereiten Truppe ausgebildet werden. Die Milizarmee hätte bloss eine unterstützende Rolle. Eine kriegerischen Anforderungen gewachsene Armee könne allerdings nur von einem «autoritär geleiteten Staat» verwirklicht werden.

> [illegible]
> versagen würde, käme sofort weg oder ins Gefängnis.

Mit seiner Forderung nach einer Verjüngung des Offizierskorps befürwortet Ernst indirekt auch die Ersetzung des mittlerweile 6[illegible]-jährigen General Guisan.

> [illegible]
> können? Deutsche Generale haben es gekonnt.

Der Idealist Ernst – «ich hasse die Politik» – sieht die Chance für die Schaffung des von ihm herbeigewünschten «neuen, besseren Staats» anfänglich im überparteilichen Gotthard-Bund, dem er die beträchtliche Summe von 50 000 Franken spendet. Es ist fast sein ganzes Privatvermögen – «wenn die Nazis kommen, ist sowieso alles zum Teufel».

Ernsts Offiziersbund operiert zweigleisig. Einerseits wird in der Armee das geheime Gerüst einer «Widerstandsarmee» aufgebaut. Andererseits wird propagandistisch auf die öffentliche Meinung eingewirkt. Die Organisation des geheimen Widerstands ist Sache Ernsts. Für die Propaganda sorgen hauptsächlich Hausamann und mit der Zeit zunehmend auch Korporal August R. Lindt.

Lindt ist der einzige Nichtoffizier unter den Verschwörern. Lindt und Ernst – «Gus» und «Lu[illegible]» – kennen sich, seit sie im Berner Freien Gymnasium wegen Unmusikalität vom Singen dispensiert wurden und die freie Stunde zu gemeinsamen Museumsbesuchen und literarischen Gesprächen benutzten. Lindt gehört der gehobenen Berner Bourgeoisie an. Die Familie ist durch ihre Schokoladefabrik, die am Jahrhundertende mit Sprüngli in Zürich fusionierte, reich geworden. Lindt studierte Jus und arbeitete dann als Bankangestellter und Journalist. Von Jugend auf von Entdeckungsreisen fasziniert – der berühmte schwedische Schriftsteller Sven Hedin war sein Held –, liess er sich als Reporter nach Afrika und Asien entsenden. Bei Kriegsausbruch lebte er mit seiner englischen Frau und zwei Kindern in Richmond. Er kehrte in die Schweiz zurück, um als Fahrkorporal – Pferde zogen die Kanonen – bei seiner Artilleriebatterie Aktivdienst zu leisten. Als Ende 1939 die Landwehrjahr

gange entlassen worden, zog es den Journalisten in den Winterkrieg nach Finnland. Von dort berichtete er für Schweizer Zeitungen – hauptsächlich direkt aus seinem Hotel – über die letzten Tage des heldenhaften Widerstands der Finnen.

Nach seiner Rückkehr in die Schweiz sah er ein, dass «die schale Schreiberei» für ihn nicht der richtige Beruf sei: «Ich sehnte mich danach, auf die Geschehnisse Einfluss nehmen zu können.» Und jetzt hockte er (nach der 2. Mobilmachung vom 10. Mai) tatenlos im Gasthof von Aubonne herum. Verzweifelt schrieb er seinem alten Schulfreund Lull: «Weiss die Armee wirklich nichts Gescheiteres für mich zu tun, als mich in diesem Mannschaftsdepot vor Langeweile verfaulen zu lassen?» Sie wusste etwas Gescheiteres.

Ein halbes Jahrhundert später wird sich August Lindt, mittlerweile Botschafter a. D. und ehemaliger UNO-Flüchtlingshochkommissar, erinnern, wie er zum Nachrichtendienst nach Luzern kam. Ausschlaggebend soll die Pilet-Rede vom 25. Juni gewesen sein:

> [illegible] denten ankündigte.
>
> [illegible] fort sehen.»

Aus dem Lautsprecher des Marzilibads wird Etters und nicht Pilets Stimme ertönt haben. Es ist möglich, dass der eben der Aare entstiegene Lindt genau hinhörte und die deutsche Version der Rede tatsächlich «unmöglich» fand. Falsch hingegen ist, dass Pilets Rede den Ausschlag für die Offiziersverschwörung gab. Ernst hatte seinen Plan schon ausgeheckt, als sich die französische Kapitulation abzeichnete, und Lindt hatte schon vorher um eine Versetzung nachgesucht.

Am 9. Juli tritt Landsturmkorporal Lindt im Büro Deutschland seinen Dienst an. Er liest die deutschen Zeitungen und Illustrierten und schreibt täglich einen zusammenfassenden Bericht. Dabei lernt er die von Goebbels gesteuerte Triumph-

und Giftpropaganda kennen. In Luzern machte Korporal Lindt die Bekanntschaft der schneidigen Hauptleute Waibel und Hausamann. Als über 90-Jähriger wird er sich an die beiden längst verstorbenen Kameraden erinnern:

> [illegible]

Lindt beschreibt Hausamann als «gütigen, verständnisvollen Chef», als «Kenner guter Weine und edler Zigarren». Im Benehmen «etwas förmlich» soll der Leiter des privaten Nachrichtenbüros «Ha» im Kreise seiner Freunde fast bubenhaft lustig gewesen sein:

> Seine Berichte [illegible] nach dem Inhalt, sondern auch stilistisch kleine Meisterwerke.

Eines der Meisterwerke Hausamanns ist der «aus sehr gut informierter Quelle» stammende Bericht, der ihm am 28. Juni «zugegangen» war und dessen «Abschrift» er an Masson weiterleitet. Darin heisst es:

> Am vergangenen Montag [illegible] Gangart.

Der Bericht skizziert die «zwei Auffassungen», die sich gegenüberstanden. Ribbentrop habe «einen sofortigen Zugriff gegen die Schweiz und deren Besetzung durch deutsche Truppen» entlang einer von ihm genau beschriebenen Grenze verlangt.

Vertreter der Wehrmacht, insbesondere der eigens zu dieser Besprechung in Berlin eingetroffene Keitel», waren sich nicht sicher, ob die Schweiz kampflos aufgeben würde. Bei bewaffnetem Widerstand würde ein Feldzug gegen die Schweiz wegen ihrer sehr günstigen natürlichen Verteidigungslage «einige hunderttausend Mann deutsche Verluste» kosten, die «zur Endabrechnung mit England» benötigt seien. Allerdings:

Die von Ribbentrop und von Keitel für «unentbehrlich» gehaltene Annexion der deutschsprachigen Schweiz könne gemäss deutscher oberster Heeresleitung durch Propaganda erreicht werden. Der Schweizer Bevölkerung müsse «auf alle mögliche Art» suggeriert werden, dass ein «Widerstand gegen Deutschland aussichtslos und nutzlos sei». Auch müsse mit dem weiteren raschen «Ausbau der illegalen Organisation der Schweiz» der Boden vorbereitet werden, damit ein «plötzlicher deutscher Druck, unter Androhung sofortiger Einmarschhandlungen, mit Sicherheit Erfolg haben werde, «ohne irgendwelche verlustreiche Kampfhandlungen notwendig zu machen»:

Nichts stimmt an Hausamanns meisterlichen Bericht. Gar nichts.
Hitler ist seit dem 10. Mai nicht mehr in Berlin gewesen. Am 24. Juni hielt er keine Besprechung ab. Es gab in den Monaten Mai und Juni 1940 nie eine Sitzung, an der Göring, Ribbentrop, Keitel, Hess und Goebbels anwesend waren. Hitlers Besprechungen bestanden hauptsächlich aus seinen Monologen. Die beschriebene Diskussion über die Schweiz hat nie stattgefunden.

Hausamanns «sehr gut informierte Quelle» ist er selber gewesen. Der Teufener «Meisterspion» will Masson und dem General weismachen, dass Deutschland die Schweiz mittels Drohungen und Propaganda weichklopfen wolle, um sie dann

kampflos in Besitz zu nehmen. Sein frei erfundenes Hauptquartiergespräch soll auch den weiteren Abbau der umfangreichen militärischen Massnahmen verhindern. Für den Patrioten Hausamann heiligt der Zweck die Mittel. Die Empfänger seiner Fantasiegeschichte – allen voran Ernst [illegible] und Masson – schenken ihm Glauben. Auch der General scheint Hausamanns Erzählungen ernst zu nehmen.

Nach dem Krieg werden massgebliche Historiker und leichtgläubige Journalisten Hausamanns Berichte kritiklos als Quellen verwenden. Edgar Bonjour wird 197[illegible] den zitierten Bericht Hausamanns vom 3. Mai 1940 auf den Seiten 42–43 in Band VIII (Dokumente 1939–1945) seiner «Geschichte der Schweizerischen Neutralität» kommentarlos nachdrucken.

51. Auf Kapitulationskurs?

Die Luzerner Verschwörer warnen vor einer bevorstehenden deutschen Aggression gegen die Schweiz. Der Bundesrat hält einen militärischen Angriff für unwahrscheinlich. Am Dienstag, 23. Juli, beschliesst er, ein Rundschreiben über die «Evakuation der Zivilbevölkerung im Fall von Feindseligkeiten» auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Das für die Kantonsregierungen bestimmte Zirkular untersagt bei unmittelbarer Kriegsgefahr die Evakuation der Zivilisten – ausser in Ausnahmefällen. Der Bundesrat begründet die Nichtversendung des Zirkulars mit der «Entspannung, die sich auf internationalem Gebiet eingestellt hat». Es soll keine «unberechtigte Beunruhigung» in der Bevölkerung provoziert werden. Minger, der den Entwurf vorgelegt hat, «insistiert nicht», meint aber, die Vorlage müsse wieder aufgenommen werden, «wenn sich die Lage verschlimmern» sollte.

Für Pilet hat der Abschluss eines Handelsabkommens mit Deutschland Vorrang. Er hat sich darüber auch schon mit dem ehemaligen Chef des Volkswirtschaftsdepartements Edmund Schulthess unterhalten. Schulthess, 1912 in den Bundesrat gewählt, war während des Weltkriegs und der Krise der Dreissigerjahre für die Wirtschaftspolitik der Eidgenossenschaft zuständig. Als Alt-Bundesrat gelang es ihm 1937 in einem persönlichen Gespräch, Hitler zur Abgabe einer Erklärung zu bewegen, in der der Reichskanzler versprach: «Zu jeder Zeit, komme, was da wolle, werden wir die Unverletzlichkeit und die Neutralität der Schweiz respektieren.» Der 72-jährige *Grand Old Man* der Schweizer Politik hat als Direktor der Bankenkommission immer noch ein einflussreiches Amt inne.

In einem Brief vom 22. Juli teilt Schulthess Pilet seine Meinung mit, dass Deutschland im Hinblick auf die Gestaltung des «neuen Europa» Verhandlungen mit der Schweiz verlangen werde, die unweigerlich «unter dem Druck bestimmter und energischer Zumutungen» stattfinden würden. Die Vorbereitung auf solche Verhandlungen seien «dringend notwendig». Der Alt-Bundesrat hält die deutsche Herrschaft über Europa für dauerhaft.

Schulthess plädiert für ein entspanntes Verhältnis zum Reich

> [illegible]

Schulthess schlägt vor, einen Emissär nach Deutschland zu schicken. Der vom Bundesrat zu bestimmende «Vertrauensmann» solle Reichswirtschaftsminister Funk treffen, «der ein liebenswürdiger und ich glaube der Schweiz wohlgesinnter Mann ist». Schulthess rät davon ab, sich an Hitler zu wenden:

> [illegible] bei ihm mit Anstand übergangen werden.

Wer wäre der ideale Emissär, der vielleicht für die Schweiz «eine gewisse Sonderbehandlung» erreichen könnte? Schulthess im Brief an Pilet:

> [illegible] se geführt werden müssen.

Die «geeignete Person» – gemäss Schulthess – ist offenbar Schulthess. Er hat immer noch politisches Gewicht, besitzt reiche Wirtschaftskenntnisse und ist ein erfahrener Unterhändler. Pilet weiss das. Pilet erinnert sich aber auch, dass der eigensinnige Schulthess im Bundesrat immer eigene Wege ging und sich nicht unterordnen liess. Deshalb hält sich der Bundespräsident an seine alte Devise: Abwarten.

Braucht es überhaupt einen Sondergesandten, der nach Berlin reist? Die Verhandlungsdelegation Hotz/Homberger leistet gute Arbeit. In einem vertraulichen Schreiben vom 24. Juli teilt Jean Hotz Pilet mit, dass Botschafter Ritter, Leiter der Wirtschaftsabteilung im Auswärtigen Amt, ihm unter vier Augen einen gangbaren Lösungsvorschlag für die umstrittene Blockadefrage gemacht hat. Eigentlich, so Ritter zu Hotz, müsste die deutsche Delegation verlangen, «dass die Schweiz eine de jure Verpflichtung eingehe, keine Ausfuhr mehr nach den Ländern zu tätigen, mit denen Deutschland im Kriege steht». Ritter ist aber mittlerweile klargeworden, dass die Schweiz aus Neutralitätsgründen ein vertraglich festgehaltenes Ausfuhrverbot nach England und seinen Verbündeten unmöglich akzeptieren kann.

Da die eingeschlossene Schweiz in der Praxis ohnehin keine kriegswichtigen Güter nach England liefern kann, ist Etter bereit, auf ein formelles Verbot zu verzichten. Er schlägt die Aufstellung einer «sehr kleinen» Freiliste von Waren vor, die die Schweiz weiterhin nach England exportieren kann. Exporte in neutrale Länder sollen der Schweiz nicht verboten werden, vorausgesetzt, sie beschränken sich auf einen gewissen *courant normal*.

Pilet kann aus dem Bericht von Hotz ersehen, dass es der Delegation in Kürze gelingen würde, ein annehmbares Abkommen mit Deutschland zu erreichen. Eine Sondermission Schulthess drängt sich nicht auf.

Neben dem Handelsabkommen beschäftigt der Druck der Deutschen Gesandtschaft auf die Presse den Bundesrat. Pilet bringt an der Bundesratssitzung vom 22. Juli die Demarche des Presseattachés Trump beim *Bund*-Verleger und die Entlassung Schürchs zur Sprache. Was soll er an der bevorstehenden Aussprache mit Vertretern der Pressepolitischen Kommission dazu sagen? Etter sieht folgende Lösung:

> [illegible]

Minger pflichtet Etters korporatistisch wirkendem Vorschlag grundsätzlich bei, betont aber, dass der Bundesrat die «Anmassungen Deutschlands» nicht zulassen dürfe:

> [illegible] schaft direkt sagen, dass wir sie nicht tolerieren werden.

Baumann ist mit einem Protest gegen das «Vorgehen Trumpfs» [sic] einverstanden, Wetter auch. Pilet fasst zusammen:

> [illegible] standen, Protestdemarche zu machen.

Wer sind die gewissen Journalisten, die nach Pilets Ansicht «verschwinden» müssen? Er sagt es nicht. Wohl absichtlich nicht. Schürch, Bretscher und Oeri werden jedenfalls ungestört weiterschreiben. Und Trump wird künftig in den Verlagshäusern nicht mehr personelle Veränderungen verlangen.

Am 25. Juni schickt Albert Oeri ein feierlich-ernstes Schreiben an den Bundesrat der Schweizer Eidgenossenschaft:

> [illegible]

In Deutschland sei die Vorstellung entstanden, dass man die Schweiz bis «zum Verzicht auf ihre staatliche Unabhängigkeit gefügig machen könne».

> [illegible]

Ebenso bedenklich wie die «Unterdrückung der Pressefreiheit» erscheint dem Basler Warner die «nahezu völlige Ausschaltung der parlamentarischen Äusserungen».

«Sehr gute und ganz frische Informationen» lassen Oeri zum Schluss kommen: «Das Ausland beginnt die Schweiz für fallreif zu halten.» Deutschland sei überzeugt, dass nur noch wenige Druckverstärkungen nötig seien, um uns «über den Haufen zu werfen». Oeri räumt ein, dass Deutschland, «wenn England nicht plötzlich schlapp macht», mit jedem Soldatenleben sparsam umgehen müsse und deshalb die Schweiz militärisch nur dann angegriffen werde, «wenn mit einem Minimum an Verlusten zu rechnen ist, à la Einmarsch in Österreich».

Die grösste Gefahr für die Schweiz sei, dass man in Deutschland zur Überzeugung komme, unser Land sei «gratis und franko ohne ernsthaften Widerstand zu gewinnen». Der nächste Satz Oeris scheint auf Pilet gemünzt:

> [illegible] infolge mangelnder Instruktion.

Der sonst so besonnene Oeri mahnt in alarmiertem Crescendo:

> [illegible] riotischer Ungehorsam notwendig werden konnte.

Es hat den Anschein, dass Oeri von den Luzerner Plänen der verschwörerischen Offiziere Wind gekriegt hat und mit diesen sympathisiert.

Am Schluss seines Briefs kommt Oeri noch auf einen «für mich heiklen Punkt» zu sprechen, nämlich, dass «die Entfernung der Chefredaktoren der Zeitungen *Bund*, *Neue Zürcher Zeitung* und *Basler Nachrichten* vom gebietenden Herrn in der Deutschen Gesandtschaft verlangt wird». Mit dem «gebietenden Herrn in der Deutschen Gesandtschaft» meint Oeri Legationsrat von Bibra, den von der NSDAP nach Bern entsandten Aufpasser. Wenn Bibra dies durchsetzen könne, schreibt Oeri, «so wird im ganzen Lande der Eindruck, dass der Bundesrat nicht mehr Herr im eigenen Hause sei, katastrophale Ausmasse annehmen».

Oeri, der der Zensur noch nie Anlass zum Einschreiten gegeben hat, schlägt dramatische Töne an. Dabei gibt er dem Bundesrat zu bedenken, dass er nicht etwa «pro domo plädiere». Diesbezüglich habe er ein reines Gewissen:

> [illegible]

Was denkt sich Pilet bei der Lektüre dieser apokalyptischen Zeilen? Wenn der Altmeister des deutschschweizerischen Journalismus, der liberal und föderalistisch denkende Oeri, den Pilet aus dem Nationalrat und aus der Lektüre seiner Artikel kennt und schätzt, von «Versagen unserer Diplomatie» und «mangelnder Instruktion» schreibt, muss ihn dies verletzen.

Oeri schickt eine Kopie seines Briefs auch Feldmann. Feldmann wertet diesen als

> [illegible]
> stellte Politik des Bundesrates.

Der Berner Nationalrat teilt die Analyse des Basler Kollegen

> [illegible]

Feldmann hat schon bei einer Veranstaltung in Lyss festgestellt, es treffe

> [illegible]
> aber Kraft ausgeräumt werden.

Als Feldmann dies am Sonntag, 28. Juli, in sein Tagebuch einträgt, erreicht ihn um 17 Uhr 30 ein Telefon von Hptm. Hausamann «folgenden Inhalts»:

> [illegible]

Eine Viertelstunde später meldet sich Hausamann noch einmal, um ihm das Gerücht mitzuteilen, wonach sich Ludwig Friedrich Meyer, der Präsident der radikaldemokratischen Fraktion, schon am nächsten Dienstag nach Deutschland begeben werde.

Am Montag, 29. Juli, Punkt 10 Uhr beginnt im Zimmer 86 des Parlamentsgebäudes eine Konferenz von Spitzenvertretern der Parteien, die der Regierungsmehrheit angehören. Es soll ein freier Meinungsaustausch sein. Das Hauptthema ist die Schaffung eines interparteilichen Gremiums, einer Art «Kronrat» von führenden Parteivertretern unter Einbezug der Sozialdemokratie. Die Idee stammt von Feldmann, dem es eben gelungen ist, im Kanton Bern eine derartige «politische Arbeitsgemeinschaft» ins Leben zu rufen, in der Sozialistenführer Grimm eine wichtige Rolle zugedacht ist.

Oben am Konferenztisch nimmt Bundespräsident Pilet Platz, umgeben von den Kollegen Etter, Minger, Baumann und Celio. Pilet kennt die 13 anwesenden Parteienvertreter, alles Schwergewichte mit wichtigen Ämtern. Seine Freisinnigen sind durch Parteipräsident Ernest Béguin, Theodor Gut, L. F. Meyer und Pierre Rochat vertreten, gut Bekannte, denen er vertraut.

Pilet eröffnet die Sitzung. Zum «Charakter der Konferenz» bemerkt er, sie sei «offiziös, diskret, vorbereitend». Ihr Ziel sei, «wie eine Konzentration der nationalen Kräfte hinter der Regierung zu organisieren ist». Die Notwendigkeit dieser Konzentration erklärt der Bundespräsident mit der «schwierigen, gefährlichen Lage des Landes» und plädiert für eine «straffe, handlungsbereite Leitung, die vom Volk akzeptiert werde». Wegen der prekären Lage müssten «zahlreiche Entscheide rasch ohne sofortige Erklärung und ohne vorangegangene Diskussion» getroffen werden. Es dürfe kein Bruch zwischen Regierung und Volk entstehen. Deshalb brauche es ein Organ der «Liaison» und der «Koordination».

Nach Pilet redet Etter, der den «gegenwärtigen Augenblick als den gefährlichsten seit Bestehen der Schweiz» bezeichnet. Wie Pilet will Etter eine «starke, aktionsfähige und aktionsfreudige Führung durch den Bundesrat». Die Neugestaltung des Landes dürfe nicht durch das Parlament gestört werden, das sich auf die «Wahl, das Budgetrecht und die Kontrolle der Regierung» beschränken solle. Etter ist gegen eine Beteiligung der Sozialdemokraten an dem zu schaffenden Organ. Die Partei sei innerlich zerrüttet, und einzelne sozialistische Führer seien nicht kreditwürdig. Namentlich nennt er den Parteipräsidenten Hans Oprecht und den mehrfach gescheiterten Bundesratskandidaten Johannes Huber.

In der Diskussion befürworten die Freisinnigen Meyer und Gut, die BGBler Weber und Feldmann sowie der Liberale Ludwig eine Beteiligung der Sozialdemokra-

ten am zu bildenden Ausschuss. Die Katholisch-Konservativen sind wie ihr Bundesrat Etter dagegen.

Pilets Waadtländer Parteifreund Rochat verweist auf defaitistische Stimmungen in Volk und Armee, die namentlich auch von gewissen militärischen Umgruppierungen herkämen – die Grenze sei zu einem blossen Vorhang geworden. Das Vertrauen in den Widerstandswillen des Bundesrats sei nicht mehr überall vorhanden. Darauf greift Minger ein und geht, wie Feldmann notiert, «frisch und munter ins Zeug»:

> [illegible] tenden Ausschusses.

Während die Diskussion läuft, steckt Pilet Gut einen Zettel zu:

> [illegible] *Nous irons ensemble*

Gut schreibt zurück:

> [illegible] grossem Dank an.

Eine alte Gewohnheit des Waadtländer Bundesrats: Er lädt gerne ein paar Leute zum Mittagessen zu sich an den Scheuerrain, wo zwanglos geplaudert werden kann. Vorerst jedoch schliesst der Bundespräsident die Konferenz, indem er das Ergebnis zusammenfasst:

> [illegible]

[illegible] in die Wege zu leiten.

Mit [illegible] lässt Pilet zu[illegible] sein. Der Bundesrat, das heisst konkret er selber, kann entscheiden, ob die Sozialdemokraten im Koordinationsausschuss vertreten sein werden. Alles hängt davon ab, ob sie eine Delegation bestellen, die das Vertrauen des Bundesrats geniesst. Das heisst vor allem das Vertrauen Pilets, Etters und Mingers.

Nach dem privaten Mittagessen mit E. F. Meyer und Gut kriegt Pilet in seinem Büro Besuch von Oberstkorpskommandant Ulrich Wille. Pilet kennt Wille seit vielen Jahren, weil beide sich in leitenden Funktionen für das Jugendhilfswerk Pro Juventute engagieren. Er schätzt den Berufsmilitär, weiss aber auch, dass Wille deutschfreundlich ist. In den Pressegesprächen hat Pilet kein Geheimnis daraus gemacht, dass für ihn der Sohn des Weltkriegsgenerals als Oberkommandierender in einem neuen Krieg nicht infrage kommt.

Wille, dessen fachliche Kenntnisse unbestritten sind, hat Pilet schon früher seine Besorgnis über «unbedachte Massnahmen der Armeeführung» mitgeteilt. Jetzt, am Nachmittag des 29. Juli – Pilet hat an diesem Tag bereits die bürgerliche Parteienkonferenz geleitet, mit Gut und Rochat gespeist –, führen der Bundesrat und der hohe Offizier ein offenes Gespräch von Mann zu Mann. Pilet äussert sein Erstaunen über das «Sich-gehen-lassen» gewisser Offiziere und anderer Leute. Das Schweizer Volk sei realistisch veranlagt und habe schon lange erkannt, dass heute wirtschaftliche, nicht militärische Massnahmen der Achsenpartner unsere Existenz bedrohen. Pilet will von Wille Näheres über den Rütli-Rapport erfahren, von dem ihm Guisan geschrieben hat, über den jedoch die Armee in der Presse noch nichts hat verlauten lassen. Wille gesteht, er sei zum Rapport «nicht zugelassen gewesen». Deswegen und wegen seiner «übrigen Kaltstellung in der Armeeleitung» stehe er vor dem «Entschluss meiner Demission». Pilet bittet den Ausbildungschef, «im Interesse des Landes auszuharren und in den Kader- und Rekrutenschulen weiterzuarbeiten». Wille will es sich überlegen.

Am späteren Nachmittag – immer noch am 29. Juli – wird Pilet ein Zettel gereicht, auf dem er liest: *«Monsieur le Dr Steinmann téléphone pour demander une audience.»* Ernst Steinmann, seit 1919 Generalsekretär der Freisinnigen Partei, hat Pilet Verschiedenes mitzuteilen. Steinmann hat von Feldmann erfahren, dass SP-Präsident Oprecht sich bei ihm erkundigt habe, ob er wisse, dass «Monsieur Meyer in Kürze nach Berlin abreise, um Monsieur Schacht zu treffen». Dies liest Pilet auf dem ihm gereichten Zettel. Steinmann habe die Sache E. F. Meyer weitererzählt, der sich

nun frage, ob er unter diesen Umständen nicht gescheiter auf die Reise verzichte. Meyer habe Steinmann beauftragt, den Namen der Person ausfindig zu machen, der für diese Indiskretion verantwortlich sei. Pilet ist nun ebenfalls beunruhigt und **lässt Steinmann auf 18 Uhr 15 zu sich kommen.**

Was ist geschehen? Am 20. Juli hatte L. F. Meyer dem Bundespräsidenten geschrieben, er beabsichtige vom 29. Juli bis zum 3. August Berlin zu besuchen. Da ihn keine dringlichen Geschäfte nach Berlin riefen, würde er die Reise nur antreten, wenn der Bundesrat daran ein gewisses Interesse hätte.

> [illegible]

Meyer erkundigte sich bei Pilet, ob angesichts der Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten einer solchen Reise, das Aussendepartement ihm nicht behilflich sein könne. Beim Kurierdienst habe er sich schon gemeldet, aber vielleicht gebe es noch andere Möglichkeiten. Pilet, der Meyers Reiseberichte schätzt, ermutigte ihn zur geplanten Deutschlandreise, die geheim bleiben soll, damit nicht das Gerücht einer Wallfahrt aufkommt. Das Geheimnis blieb keines. Hausamann erfuhr vom Reiseplan Meyers und erzählte dies überall herum. Darauf blies Meyer die Reise ab. Die undichte Stelle im Departement war Legationsrat Walter Rufenacht, ein Cousin von Kpl. Lindt. «Walterli» und «Gus» hatten schon im Sandkasten zusammengespielt.

Steinmann spricht, wie geheissen, um 18 Uhr 15 bei Pilet vor. Was sie geredet haben, ist unbekannt. Das Verhältnis zwischen dem Generalsekretär und dem Bundesrat hat seine Höhen und seine Tiefen. Einmal lobt Steinmann an einem Vortrag in Lausanne Pilet über den Klee, dann wieder beklagt er sich beim Waadtländer Bundesrat und Parteikollegen, weil dieser ihn schneide. Gegenwärtig schimpft der Generalsekretär gerne bei Feldmann über Pilets autoritäres Verhalten.

52. «Ich will nicht mehr»

Nach dem Gespräch mit Steinmann geht Pilet heim zum Nachtessen. Nachher macht er sich Notizen über die Themen, die er an der morgigen Bundesratssitzung behandeln will. Die Stichworte «Sozialisten – Unabhängige – Müller Grosshöchstetten – Programm» verraten, dass Pilet die Zusammensetzung des Koordinationsausschusses der Parteien – des «Kronrats» – und dessen Aufgaben diskutieren will. Soll man die Sozialisten einladen? Duttweilers Unabhängige? Die Jungbauern des abtrünnigen Müller-Grosshöchstetten?

Unter der Rubrik «*Politique étrangère*» schreibt der Bundespräsident nieder, was ihm seit einiger Zeit auf dem Magen liegt: «*Pas de confiance dans le chef du Dépt. Je le sens, je le sais. Je n'en veux plus.*» Pilet «spürt», meint er, «weiss», dass er kein Vertrauen mehr geniesst. Er hat genug, er will nicht mehr.

Den ganzen Tag hindurch hat Pilet Kritik einstecken müssen. Er wird gemerkt haben, dass die Stimmung an der Konferenz der Parteienvertreter gereizt war. Beim Mittagessen werden L. F. Meyer und Theodor Gut ihm vom Misstrauen erzählt haben, das sie unter Parlamentariern, Presseleuten und jüngeren Armeeoffizieren vorgefunden haben. Willes Bemerkungen über das Zerwürfnis unter den höchsten Armeekommandanten hat die Laune des Bundespräsidenten nicht gehoben. Und schliesslich noch Steinmanns Bericht über die scharfe Reaktion auf die geplante Meyer-Reise.

Pilet zählt die Gründe auf, wieso er das Vertrauen verloren hat – oder glaubt, es verloren zu haben. Die Hauptschuld gibt er der Armee. Wörtlich notiert er:

> Habe mich ihren Eingriffen widersetzt.
>
> [illegible]
>
> Protestierte gegen gewisse Sorglosigkeiten.
>
> Flugzeuge – Tessin – Isler
>
> [illegible] unterneh-men, welche die Armee verlangte.

[illegible]

[illegible]

ein Schein ist, welche nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmt.

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

Die Mission in Rom.

Unerträglich *(inadmissible)*

Zu den Übergriffen der Armee, die Pilet seit seiner Übernahme des Politischen Departements geärgert haben, gehören die Versuche Massons, die eidgenössischen Konsularbeamten als Spione einzusetzen; die eigenmächtige Unterbindung des Luftverkehrs zwischen dem Tessin und Italien durch die Armee. Der erwähnte Arnold Isler ist Direktor des Eidgenössischen Luftamts und Stabschef der Flieger- und Flabtruppen; die nach einem unglücklichen Grenzzwischenfall erfolgte offizielle Entschuldigung, die ein hoher Generalstabsoffizier einem deutschen Offizier im Namen der Eidgenossenschaft abgab, ohne dass der Bundesrat zuvor gefragt wurde; die von Masson auf eigene Faust geplante Entsendung eines mit Mussolini bekannten Waadtländer Arztes nach Rom, die Pilet verhindern konnte.

Für Bundespräsident und Aussenminister Pilet geht es nicht an, dass «man» eine eigene, vom Bundesrat unabhängige Aussenpolitik machen will. «Man» ist der General. Pilet hat zur Frage der Unterordnung der militärischen unter die politische Gewalt eine feste Meinung: Solange auf dem schweizerischen Staatsgebiet nicht Krieg ist, befiehlt der Bundesrat dem General.

Pilet soll Guisan einmal wörtlich gesagt haben: *«L'armée c'est vous, la politique c'est moi.»* Zitiert wird der Satz im Buch «Alerte en pays neutre» (1966) des Journalisten und Offiziers René-Henri Wust. Wust war ein Freund und Dienstkamerad von Pilets Sohn Jacques und konnte nach dem Krieg General Guisan *off the record* interviewen.

In seinen nächtlichen Notizen erwähnt Pilet als zweiten Grund für seinen Überdruss die «ultra-demokratischen und germanophilen Milieus» – die Pressemilieus. Er schreibt von den «ständigen undankbaren Anstrengungen», um die Presse zu «disziplinieren». Das Resultat seien Reaktionen wie diejenigen von Oeri oder Bircher, die «unsinnige Gerüchte kolportieren». Beispiel: «Meyer – Meyerhans». Eines der Gerüchte, auf das Pilet anspielt, betrifft die geplante Geschäftsreise von Nationalrat L. F. Meyer, die als «Entsendung einer offiziellen Delegation zur Entgegen-

nahme deutscher Wünsche» missdeutet wird. Davon hat ihm Meyer beim Mittagessen und nachher auch noch Steinmann erzählt. Pilet kann nicht wissen, dass das Gerücht von den Nachrichtenleuten Hausamann, Ernst und Lindt in Umlauf gebracht worden ist. Er schreibt es Meierhans zu, der geruht hat, von der bevorstehenden «Wallfahrt» im *Volksrecht* zu berichten.

Notizen Pilet:

> [illegible]

Ausdeutung. In der Öffentlichkeit wird Pilet der Ruf eines «Kapitulanten» angehängt. Persönlich ist ihm dies egal, aber für die Volksstimmung ist eine derartige Einschätzung des Bundespräsidenten fatal. Ohne das Vertrauen des Volks kann er keine «Aussenpolitik machen».

Weil es so nicht weitergehen darf, kommt Pilet zum Schluss, dass drei Dinge geschehen müssen. Erstens: Der Bundesrat soll ihm das Vertrauen erklären und dies protokollarisch festhalten. Pilet wird sich erinnert haben, dass drei Jahre zuvor der gleiche Meierhans, der ihm jetzt in den Rücken fällt, versuchte, seinen Vorgänger mittels einer Petition aus dem Amt zu heben. Damals war der Bundesrat bereit, sich öffentlich mit Motta und seiner Politik zu solidarisieren. Zweitens: Dem General soll schriftlich mitgeteilt werden, dass er sich nicht in die Aussenpolitik einmischen darf. Drittens: Ein Pressecommuniqué – wohl mit der Vertrauenserklärung für den Bundespräsidenten – soll herausgegeben werden. Pilets nächtliche Notizen enden wörtlich:

> Wenn nicht: Sofortiger Rücktritt. Herzbeschwerden.
> Kein éclat – das Land
> [illegible]
> und am 1. August zu sprechen. Meine Rede ist bereit.

Hat Pilet tatsächlich die Absicht zurückzutreten? Beschleichen ihn, den ewigen Pessimisten, nicht einfach düstere Gedanken, wie sie dies zu nächtlicher Stunde gerne tun? Oder – eine weitere Hypothese – will er mit einer offen ausgesprochenen Rücktrittsdrohung die Kollegen im Bundesrat zwingen, ihm öffentlich ihr Vertrauen auszudrücken? Es kann sich auch um eine Kombination von Motiven gehandelt haben.

Bei Tageslicht sieht vieles anders aus. Pilet eröffnet am nächsten Morgen, Dienstag, 30. Juli, die Bundesratssitzung wie üblich um 9 Uhr. Obrecht fehlt an seinem zweitletzten Tag als Bundesrat krankheitshalber, Wetter ist in den Ferien. Pilet macht eine Anzahl Routineankündigungen. Man kommt zur «Parteienkonferenz». Pilet fragt, ob künftig pro Partei zwei oder drei Personen eingeladen werden sollen und wie diese Delegierten zu bestimmen seien. «Wenn man mit den Sozialisten Kontakt aufnimmt, muss man dies nicht auch mit den Unabhängigen tun?» Minger meint, es sei an den Parteien, Namen vorzuschlagen, und am Bundesrat, die Vertreter zu bestimmen. Baumann möchte drei Vertreter für die grossen, zwei für die kleinen Parteien. Etter warnt, dass der Beizug der Kleinen zu einer Zersplitterung führen würde. Pilet widerspricht: «Wenn wir die Sozialisten nehmen, müssen wir auch die Unabhängigen nehmen.» Er möchte die Sozialisten nur in einer Beobachterrolle. Minger schlägt eine Lösung vor, die für Pilet und Etter akzeptabel ist.

Beschluss: Drei Vertreter für die grossen Parteien, zwei für die kleinen. Mit den Sozialisten wird geredet. Wenn sie offiziell in den Ausschuss einziehen, müssen es auch die Unabhängigen. Die Bundeskanzlei wird die Parteipräsidenten Béguin, Aeby, Reichling, Gorgerat schriftlich einladen und ihnen den 7. August als Datum vorschlagen. Die Sozialdemokraten Grimm, Bratschi, Ilg, Nobs und Marbach sollen auf Freitag, 2. August, 16 Uhr in den grünen Saal bestellt werden. Minger kriegt den Auftrag, Grimm dementsprechend zu informieren, der dann die Einladung an die vier andern weitergeben soll. Etter arbeitet das Programm für die Sitzung aus. Die Diskussion im Bundesrat ist, wie fast immer, sachlich verlaufen, der Entscheid einmütig gefällt worden.

Pilet kommt zur Frage, die ihn in der vergangenen Nacht umgetrieben und zu der er sich auf drei Seiten Notizen gemacht hat: Das mangelnde Vertrauen in ihn als Aussenminister und in seine Person. Eigentlich hat er sich vorgenommen, den Kollegen eine Art Ultimatum zu stellen. Bei einem negativen Bescheid würde er wegen Herzbeschwerden, an denen er tatsächlich leidet oder zu leiden glaubt, zurücktreten.

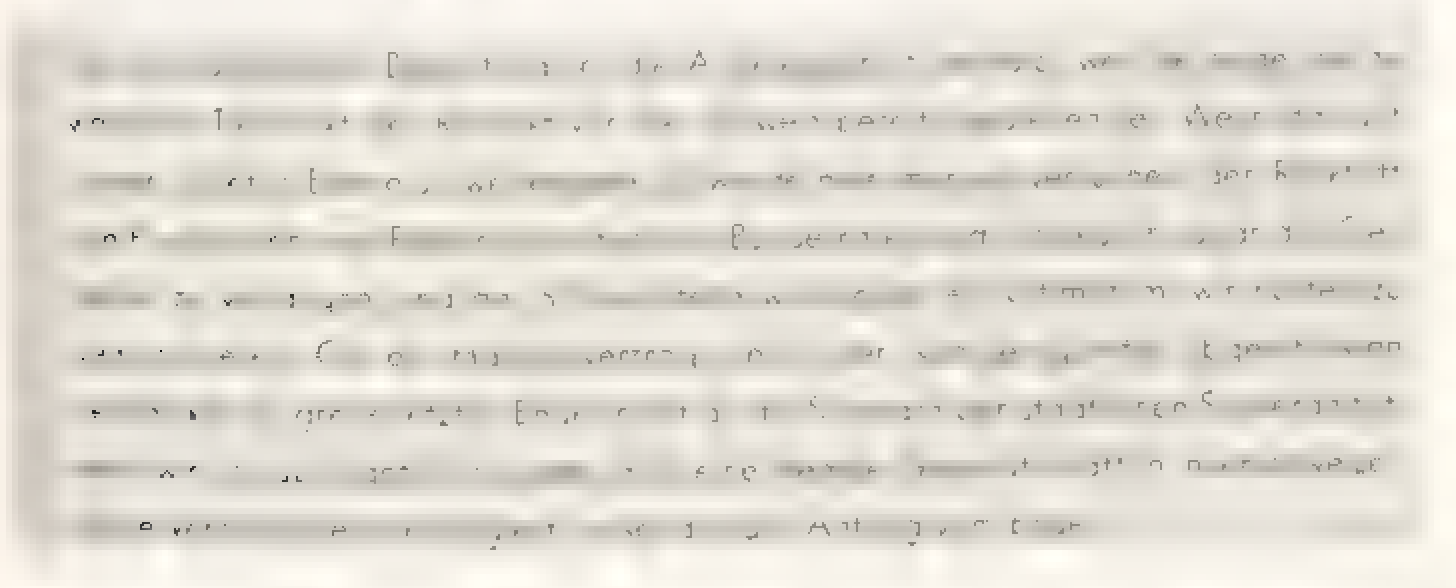
Was sagt Pilet nun den Kollegen in der Sitzung wirklich, nachdem man eben sachlich und umgänglich über die Zusammensetzung des Parteiengremiums diskutiert hat? In Bovets Notizen ist nichts von einer Rücktrittsabsicht Pilets zu lesen. Es heisst hier bloss:

> Präsident legt die Kritiken vor, deren [illegible] Minger,
> General und Untersuchung Meierhans.

Das offizielle Protokoll der Bundesratssitzung schweigt zu Pilets Ausführungen über die «Kritik», deren Gegenstand er ist. Pilet gibt sich damit zufrieden, dass Minger den General zur Rechenschaft zieht und dass die «Affäre Meyer – Meiermans» [illegible] die Herkunft des [illegible] untersucht wird.

Mit gestärktem Rücken geht Pilet am Nachmittag in die von ihm in der Vorwoche einberufene «Besprechung aktueller Pressefragen» – er lässt sich also nicht, wie in seinen nächtlichen Notizen angedeutet, von Vizepräsident Minger vertreten. Im Zimmer des Bundespräsidenten sind dabei: Innenminister Etter, Sartorius und Feldmann, Präsident und Vizepräsident der Gemischten Pressepolitischen Kommission, Oberst Perrier, Chef der APF.

Vor der Sitzung hat sich Feldmann mit Sartorius abgesprochen und ihm gesagt, er werde [illegible] «den deutlichen und scharfen Ton» anschlagen. Dies tut er denn auch, wie er selber im Tagebuch erzählt. Er nennt den Fall Trump-Schürch «symptomatisch und grundsätzlich wichtig». Deutschland glaube, es könne sich gegenüber der Schweiz alles erlauben. Grund dafür: Die bisherige, ausschliesslich für Deutschland günstige Pressepolitik des Bundesrats.



Etter als nächster Redner findet auch, die Übergriffe der deutschen Gesandtschaft seien abzustellen. Der Innenminister fordert, dass «der journalistische Beruf unbedingt geordnet werden müsse». Feldmann notiert dazu misstrauisch:

> [illegible] wärtigen Schweiz, geflissentlich übersieht.

Ganz unrecht hat Feldmann nicht. Im Bundesrat ist der Zuger Katholisch-Konservative der energischste Anhänger einer «Staatsreform», wie sie etwa dem rechten Vordenker de Reynold vorschwebt. Die anderen Bundesräte denken pragmatischer. Pilet hat schon immer die Meinung vertreten, dass Probleme sachlich und nicht **ideologisch angepackt werden müssen.**

Pilets Votum wird von Feldmann ausführlich wiedergegeben:

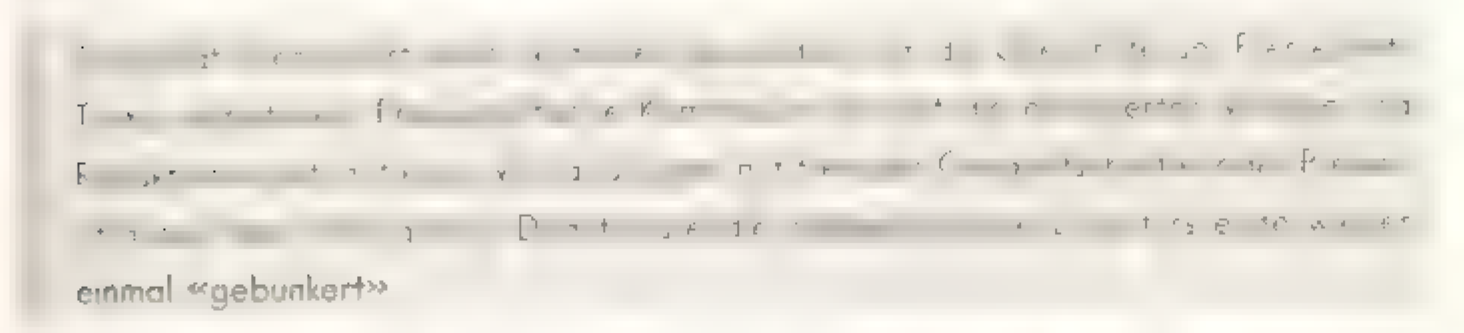
> [illegible] gen unterhalte.

Pilet schätzt die Haltung der Nazigrössen Ribbentrop, Göring und Goebbels gegenüber der Schweiz richtig ein. Ribbentrop und Göring ist die Schweiz ziemlich egal. Goebbels verachtet den lästigen neutralen Kleinstaat mitten im «neuen Europa». Pilets Beurteilung der Gesandtschaftsmitglieder Kocher, Bibra und Trump stützt sich auf eigene Erfahrung. Kocher hat in den äusserst heiklen Fragen der Sabotageaktion «Adler» und der Flugzeugzwischenfälle dem Bundespräsidenten diskret geholfen – ohne dabei seine Aufgabe als Vertreter der Reichsregierung zu vernachlässigen oder gar zu verraten. Der Gesandte verdient Pilets Prädikat *sincère*.

Für Feldmann ist wichtig, dass Pilet an der Sitzung erklärt, er werde in der Sache Trump-Schürch «den deutschen Gesandten neuerdings kommen lassen und ihm das Unzulässige im Vorgehen des deutschen Pressechefs vorhalten»:

> [illegible]

Feldmann fasst das «praktische Ergebnis der Pressesitzung» vom 30. Juli zusammen:



einmal «gebunkert»

Befriedigt kann er auf einen «sehr bedeutungsvoller Tag für die schweizerische Pressepolitik» zurückblicken.

Bedeutungsvoll war der Tag auch für Pilet. In der Nacht zuvor hat er sich mit Rücktrittsgedanken getragen oder mit ihnen gespielt. Zwei lange Sitzungen, die des Bundesrats am Morgen, die mit der Führung des Presseverbands am Nachmittag, haben ihm gezeigt, dass er sich in wichtigen Fragen immer noch durchsetzen kann. Marcel Pilet-Golaz ist und bleibt der unverzichtbare Bundesrat.

53. Die Schweiz bleibt im Völkerbund

Ferienzeit auch für den Bundesrat. Wetter ist bereits weg, Stampfli noch nicht da. Die Regierung arbeitet zu fünft. In den ersten Augusttagen überquillt Pilets Agenda. Am Donnerstag, 1. August, empfängt er im Auftrag des Bundesrats eine fünfköpfige Delegation des einflussreichen «Volksbunds für die Unabhängigkeit der Schweiz». Einige Tage zuvor hat der Vorstand des Volksbunds dem Bundesrat ein Telegramm geschickt, in dem er den Austritt der Schweiz aus dem Völkerbund verlangte und zwecks Erörterung weiterer aussen- und innenpolitischer Fragen «dringlich» um eine Unterredung bat.

Der 1921 gegründete, aus dem Abstimmungskomitee gegen den Beitritt zum Völkerbund hervorgegangene Volksbund hat zurzeit von Aussenminister Motta immer gute Beziehungen zum Bundesrat gehabt. 1938 setzte er sich erfolgreich für eine Wiedergewinnung der integralen Neutralität ein. Eingaben des Volksbunds sind ernst zu nehmen.

Unter seinen Mitgliedern befinden sich einflussreiche Industrielle, Bankiers, Juristen, Publizisten und Lehrer – Stützen der Gesellschaft. Die Gründer des Volksbunds waren germanophil, seine jetzige Führung macht aus seiner Sympathie für Deutschland kein Geheimnis.

Es sind fünf Herren, die am Nachmittag um 14 Uhr 30 beim Bundespräsidenten vorsprechen: Andreas von Sprecher, Gründungsmitglied des Vereins, Verwaltungsrat in der Zürich Versicherung, Sohn des Generalstabschefs Theophil von Sprecher; Hektor Ammann, Staatsarchivar des Kantons Aargau; Heinrich Frick, Mathematikprofessor an der Kantonsschule Zürich; Caspar Jenny, Textilfabrikant in Ziegelbrücke; Samuel Haas, Herausgeber der rechtsbürgerlichen Nachrichtenagentur *Schweizer Mittelpresse*. Die Sitzung ist – im gegenseitigen Einvernehmen – streng vertraulich. Der Bundesrat will vermeiden, dass eine aussen- und innenpolitisch schädliche öffentliche Polemik entsteht. Protokoll wird keines geführt.

Am Tag danach resümiert ein von Ammann und Sprecher unterzeichneter, an Pilet gerichteter Brief die Sitzung. Die Briefschreiber zeigen sich befriedigt, dass

> [illegible] vorgebrachten Punkte einer ähnlichen Auffassung zuneigen.

[illegible] Sprecher und Ammann gestehen ein, dass bezüglich ihres Hauptanliegens – sofortiger Austritt der Schweiz aus dem Völkerbund – deutliche Meinungsverschiedenheiten bleiben. Die Auffassung des Volksbunds hat Ammann schon in den *Schweizer Monatsheften* so zusammengefasst:

> [illegible] schweizerischer Aussenpolitik endlich den Schlussstrich ziehen

Diesen Schlussstrich will Etter nicht ziehen. Er hat seine Kollegen überzeugt, abzuwarten und zu sehen, wie sich die Dinge weiterentwickeln. Er erklärt den Volksbundvertretern, wieso er ihrer Forderung nicht nachkommen will. Ammann und Sprecher schreiben im Brief vom 2. August:

> [illegible] zur Folge haben könnte

Etters Argumente konnten die beiden Briefschreiber nicht überzeugen:

> [illegible]

[illegible]

Pilet wird festbleiben. Er hält einen überstürzten Austritt für falsch und wird sich im Bundesrat weiter dagegen aussprechen.

Die zweite Forderung der Volksbundleute betrifft die Haltung der Schweizer Presse gegenüber Deutschland. Wie Staatssekretär Weizsäcker, Minister Frölicher, General Guisan und Nachrichtenchef Masson wünscht der Volksbund ein schärferes Vorgehen gegen pressepolitische «Sünder». Pilet kennt das Lied. Der Volksbund verlangt personelle Konsequenzen, nennt Namen von missliebigen Journalisten. Die Forderung deckt sich mit ähnlichen deutschen Begehren.

> [illegible] unerlässlich.

Dies sind andere Töne, als Pilet sie zwei Tage vorher von Chefredaktor Feldmann und Verlagsdirektor Sartorius gehört hat. An der Pressesitzung mit den beiden hat Pilet zugesagt, bei Köcher deutsche Bemühungen zur Ausschaltung unliebsamer Schweizer Journalisten abzustellen. Jetzt verlangen rechtsbürgerliche, deutschfreundliche Schweizer Kreise vom Bundesrat noch radikalere Schritte als diejenigen, welche die deutschen Gesandtschaftsmitarbeiter Trump und von Bibra gefordert haben.

Wie reagiert der Bundespräsident auf die Forderung nach einem «unerlässlichen, richtunggebenden Eingreifen der Bundesbehörden» gegen die Presse? Am 2. August, dem Tag nach der Unterredung, hat auch der an der Sitzung anwesende Industrielle Caspar Jenny an Pilet geschrieben:

> [illegible]
> angepackt werden soll.

Jennys Wiedergabe von Pilets Bemerkungen lässt erraten, dass der Waadtländer Bundesrat sich ausweichend geäussert hat. Er teilt die Meinung des Volksbunds über die Notwendigkeit einer Anpassung der Schreibweise der Presse an die neuen «Machtverhältnisse». Dies finden übrigens auch Feldmann und Sartorius. Nach Pilets Meinung hat die Anpassung auf «geschickte Weise» zu geschehen. Die welsche Presse tut dies ohnehin, und deshalb geben ihre massgeblichen Blätter fast nie zu Beanstandung Anlass. Pilet liest die Deutschschweizer Zeitungen kaum. Er beschränkt sich darauf, die Ausschnitte anzuschauen, die man ihm vorlegt. Wochenblätter wie *Nation*, *Weltwoche*, *Beobachter*, deren Verbot der Volksbund wünscht, nimmt er vermutlich nicht ernst. Es sind ja keine etablierten Parteiorgane.

In seinem Brief rät Jenny Pilet, anstatt mit Feldmann und Sartorius in der Presse [illegible] «etwas aufziehen» zu wollen, sich besser von Samuel Haas beraten zu lassen. Jenny ist Präsident, Haas Herausgeber der rechtsbürgerlichen *Mittelpresse*. Haas bestürmt den Bundesrat gerne mit scharf antikommunistischen Eingaben. Pilet wird auf Jennys Vorschlag nicht eingehen und weiter mit der von Sartorius und Feldmann geführten GPK zusammenarbeiten.

Ein dritter Punkt, den die Volksbund-Delegation am 1. August vorgebracht hat, sind die Nachstellungen, Untersuchungen und Massnahmen – polizeilicher, politischer, militärischer Art –, die gegen einzelne Persönlichkeiten und Offiziere eingeleitet worden sind, bloss weil ihre Haltung oder Gesinnung zu Zweifeln Anlass gibt.

> [illegible]
> das schwere Verheerungen anrichten konnte.

Der Volksbund verlangt eine «unabhängige Kommission», die «unbeschwert von den bisherigen Vorurteilen» einen «billigen Ausweg aus der gänzlich verfahrenen Lage» finden soll. Was Pilet zu der «Wiedergutmachungsforderung» gesagt hat, ist

aus den Quellen nicht ersichtlich. Die Frage betrifft das Justiz- und Polizeidepartement, einzelne kantonale Regierungen und die Armeeführung. Pilets Departement ist nicht betroffen. Er selber hat keinen seiner Beamten wegen der Gesinnung gemassregelt oder gar entlassen.

Der vierte und wohl heikelste Punkt betrifft die Forderung der rechtsbürgerlichen Delegation, dass die schweizerische Ausgangsposition «für die unausweichlich kommenden diplomatischen Auseinandersetzungen bei der Neuordnung Europas» auch «in personeller Hinsicht» verbessert werden solle. Hier nennt der Volksbund einen Namen. Im Brief Ammann/Sprecher heisst es:

> [illegible] Herr Grimm [illegible]
> [illegible]
> mann des Bundesrats verschwinden solle.

Deutlich wird auch Jenny. Zur «Affäre Grimm» schreibt er:

> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> [illegible] Grimm [illegible]
> wendet, müssen sich rächen.

Das Ansinnen nach einer Entlassung Grimms aus dem Bundesdienst deckt sich mit den deutschen und italienischen Noten von Mitte Juli, die ebenfalls seine Ausschaltung fordern. Zufall oder Absprache? So wie man ihn kennt, wird Pilet an der Sitzung zu diesem Punkt entweder geschwiegen oder mit nichtssagenden und unverbindlichen Floskeln geantwortet haben.

Hingegen äussert sich anderswo Pilets Bundesratskollege Wetter sehr deutlich zur «Affäre Grimm». Die Beantwortung des Briefs von Caspar Jenny hat Pilet nämlich dem Finanzminister überlassen, der aus seiner Zeit beim «Vorort» diesen persönlich kennt. Wetter macht Ferien im appenzellischen Gais. Dort nimmt er die Feder in die Hand, um dem Textilunternehmer offenherzig seine eigenen und die vom Gesamtbundesrat vertretenen Ansichten zu schildern. Als er Jenny seinen «Ferienbrief» schreibt, ist der Zürcher Bundesrat guter Laune.

> [illegible]

Wetter kommt zur Forderung des Volksbunds nach Entlassung Grimms:

> [illegible] fig waren.

Wetter meint weiter, auch dem «einen oder andern patriotischen Eidgenossen» könnten bestimmte Äusserungen, «die er heute nicht mehr machen würde», angekreidet werden. Die Berufung Grimms zum Chef der Sektion Kraft und Wärme erklärt Wetter so: «Sie wissen, dass bis zum Einbruch in Holland das Gefühl in der Schweiz wohl vorherrschte, die Sozialdemokratie müsse zur Regierung beigezogen werden.» Er wisse, so Wetter, dass Jenny diese Auffassung nicht teile, er selber übrigens auch nicht: «Sonst wäre ich ja nicht, wo ich bin.» Damit spielt Wetter darauf an, dass er sich im Dezember 1938 – eher unwillig zwar – als Gegenkandidat zum sozialdemokratischen Stadtpräsidenten von Zürich, Emil Klöti, zum Bundesratskandidaten hat aufstellen lassen und auch gewählt wurde. Im Brief weiter:

> [illegible] und zwar bis in die rechts stehenden Kreise hinein.

Um dieser Stimmung entgegenzukommen, habe Obrecht Grimm in die Kriegswirtschaft berufen:

> [illegible] nicht bestritten werden können.

Wetter weiss nicht, was genau Pilet den Volksbund-Vertretern gesagt hat. Aber die Antworten, die der Zürcher Bundesrat Jenny gibt, decken sich weitgehend mit Pilets Ansichten. Dies betrifft grosso modo auch die Pressefrage.

> [illegible]

Wetter steht der Presse sehr kritisch gegenüber, kritischer als Pilet, der sich in jungen Jahren als Bundeshauschronist betätigte und dabei mit seiner Meinung nicht zurückhielt. Wie die anderen Bundesräte missbilligt Wetter die Interventionen Bibras und Trumps bei schweizerischen Verlegern. Seiner Meinung nach liegt es an den «Verwaltungsräten unserer grossen Blätter», eine «gescheitere Einstellung zum Dritten Reich» zu fordern. «Der Bundesrat hat monatelang darauf gewartet, ob ihm von dieser Seite her Unterstützung kommen werde. Und er hat vergeblich gewartet.»

Die freisinnigen Bundesräte Pilet und Wetter sind sich in allen wichtigen innen- und aussenpolitischen Fragen einig. Dies erklärt, wieso Pilet Jennys Brief dem Zürcher Kollegen Wetter zur Beantwortung überliess.

Am 2. August, dem Tag nach seiner Besprechung mit der Volksbund-Delegation, empfängt Bundespräsident Pilet den scheidenden Generalsekretär des Völkerbunds Joseph Avenol. Anschliessend gibt der Bundesrat ihm ein Abschiedsmittagessen im Von-Wattenwyl-Haus. Was – ausser Höflichkeits- und Dankesreden – dabei zur Sprache kommt, ist nicht bekannt. Allerdings wird Pilet sich in seiner Politik des Abwartens bestätigt gefühlt haben. Avenol möchte nämlich seinen Rücktritt, der ihm von der Vichy-Regierung aufgezwungen worden ist, hinausschieben, bis seine Demission von den zuständigen Instanzen des Völkerbunds angenommen worden ist. Da die Kriegslage ein Zusammentreten der Kontrollkommission und der Generalversammlung verunmöglicht, rechnet der schlaue Diplomat damit, dass er vorläufig weiter im Amt bleiben kann.

Sein Stellvertreter, der Ire Sean Lester, wird ihm allerdings bald einen Strich durch die Rechnung machen. Er ernennt sich zum «Generalsekretär ad interim» und reisst Avenols Funktionen und Kompetenzen an sich. Die juristische Lage im Palais des Nations ist verworren. Dies erlaubt es Pilet, Zeit zu gewinnen. Er will aus Rücksicht auf Grossbritannien und die USA den von Etter und [illegible] herbeigewünschten Austritt aus dem Völkerbund vermeiden. In der Bundesratssitzung vom Vormittag hat er erwähnt, dass in den USA eine «der Schweiz feindliche Tendenz» zu Tage tritt, welche die schweizerischen Wertpapiere gefährdet. Dieser angeblichen feindlichen Tendenz, die auch den Handel mit Amerika gefährdet, soll nicht noch durch den Austritt aus dem Völkerbund Vorschub geleistet werden.

Der Bundespräsident ist über die Vorgänge in Genf gut orientiert. Edmund de Haller, Schwager von Pilets rechter Hand Bonna, war Direktor der Abteilung Völkerbundsmandate in der Genfer Institution. Er kennt dort die wichtigen Persönlichkeiten und wird nach seinem jetzt erfolgten Übertritt ins Eidgenössische Politische Departement weiter ein Auge auf die Vorgänge in den ziemlich verwaisten Korridoren des Palais des Nations halten. Pilet teilt die Hoffnung de Hallers und der Genfer Behörden, dass die Rhonestadt nach Ende des Kriegs weiterhin als Sitz des Völkerbunds oder einer etwaigen Nachfolgeorganisation dienen werde.

54. Bundesfeiertag

Endlich Premiere der «Schweizer Filmwochenschau». Bereits am 16. April hat der Bundesrat die Schaffung einer subventionierten schweizerischen Aktualitäten-Sendung beschlossen – kurz nach Beginn des deutschen Einfalls in Skandinavien. Das in Genf von einer Privatfirma produzierte, dreisprachige *Ciné-Journal suisse*, dessen Ausstrahlung für Schweizer Kinos obligatorisch ist, soll die erfolgreiche «Deutsche Wochenschau» konkurrenzieren.

Die Spiesse sind ungleich. Ein Heer von Journalisten, Kameraleuten, Regisseuren und Tonmeistern produziert die deutsche Sendung. Goebbels überwacht jede Ausgabe persönlich, oft sieht sich Hitler die Rohfassung an. Für die frischgeborene Schweizer Wochenschau hastet ein einziger Operateur durchs Land, um wöchentlich Filmchen zu drehen. Gesamtlänge einer Ausgabe: 100 Meter, 3 Minuten 40 Sekunden. Dies ist wenig im Vergleich zur hochprofessionellen Deutschen Wochenschau, die eine halbe Stunde oder mehr dauert.

Im Departement Etter macht sich der zuständige Beamte Dr. Gustav Mellinger keine Illusionen:

> [illegible]
> [illegible]
> den enttäuscht sein – mit Recht.

«Nach dem geräuschvollen Tanz, der seit Jahren um die Sache aufgeführt» werde, habe der Berg ein «Horazsches *ridiculus mus*» geboren, schreibt Mellinger seinem Chef.

Wochenschau-Chefredaktor Paul Ladame hatte Pilet angefragt, ob er bereit wäre, als Auftakt zur ersten Nummer eine einminutige Erklärung auf Deutsch, Französisch und Italienisch abzugeben. Man würde ihn sitzend an seinem Arbeitstisch filmen und dazu würden seine Worte, synchronisiert mit dem Film, aufgenommen. Pilets Sekretärin Mme Nelly Hunziker antwortete, der Bundespräsident weile gerade in Les Chanays. Ohne seine Antwort vorwegnehmen zu wollen, könne sie sagen, dass «er generell diese Sorten von Mitarbeit ablehnt». Etter seinerseits zog es vor,

den Bundespräsidenten für die 2. Ausgabe zu filmen, wenn er am 1. August vor dem Radiomikrofon zum Schweizervolk spreche. Dieser «Gegenvorschlag» missfällt Chefredaktor Ladame. Das Volk habe dann Pilet bereits gehört. Ein Redner vor dem Mikrofon sei «filmisch kein dankbares Thema». Pilet verpasst die Chance, mit einem wirksamen Auftritt sein Image aufzupolieren.

Am Abend des 31. Juli sehen Pilet und die andern Premierenbesucher Aufnahmen von französischen und polnischen Uniformierten, die entmutigt die Grenze überschreiten. Nächstes Bild: Die Internierten schlafen in warmen Wolldecken, kriegen nahrhafte Kost, die von lachenden Kolonialsoldaten lustvoll verzehrt wird. Sie liegen nicht auf der faulen Haut: Männer in Einerkolonne schleppen auf ihren Schultern halbe Baumstämme ins Tal oder riesige Schweinskeulen in die Metzgerei. Das Bild eines französischen Soldaten, der aus dem Lager seiner Familie schreibt, leitet über nach Genf zur Internationalen Zentralstelle für Kriegsgefangene. Begleitet von einer munteren Melodie des Komponisten Hans Haug, sortieren emsige Frauenhände Abertausende von Gefangenenkarteien. IKRK-Präsident Max Huber liest stolpernd ein paar Sätze ab: Die Schweiz hilft den Kriegsopfern aller Länder. Drittes Sujet: Sprengung in einem Walliser Steinbruch. Knall. Felsmassen krachen hinunter, dicke Staubwolke. Tausende Tonnen Granit werden die Baustellen des Landes füttern. Die Schweiz arbeitet. Nach weniger als 4 Minuten ist die Herrlichkeit vorbei.

In schweren Zeiten kommt dem Bundesfeiertag besondere Bedeutung zu. Der Bundesrat hat den Kantonen Weisungen über die Durchführung einer «würdigen» und «einfachen» Feier gegeben. Der Berner Radiodirektor Kurt Schenker schickt Bundespräsident Pilet eine «Ideendisposition» für eine Gemeinschaftssendung, betitelt «Eidgenössische Tagwacht». Zwischen 06.20 und 06.30 spräche zuerst der Bundespräsident, gefolgt von Wortmeldungen eines «jungen Schweizers», eines «Intellektuellen», einer «berufstätigen Frau vom Land», eines «Feldpredigers», der Vortrag eines «dem Arbeiter gewidmeten» Gedichts und ein Schlusswort des Generals – alles umrundet von musikalischen Einlagen. Pilet lässt Schenker kommen und empfiehlt ihm, die geplante Frühsendung durch ein militärisches Kurzkonzert und eine Rede des Generals zu ersetzen. Er selber will nach Feierabend zum Volk sprechen.

Der 1. August ist ein Arbeitstag. Beim Frühstück hören Herr und Frau Schweizer die knappe Rede ihres Generals:

> [illegible]

> [illegible]

In der abendlichen Gemeinschaftssendung von Beromünster, Sottens und Monte Ceneri singt der Berner Pfarr-Cäcilienverein je ein Lied auf Französisch, Deutsch und Italienisch sowie zum Schluss den Schweizerpsalm mit je einer Strophe in einer verschiedenen Landessprache. Pilet hätte lieber direkt gesprochen, liess sich aber überreden, dass aus technischen Gründen die Rede zuvor auf Band aufgenommen wurde.

Nach Jacques-Dalcrozes *Hymne à la patrie* ertönt gegen 15 Uhr 45 auf der Welle des Senders Beromünster Pilets Stimme: *«Confédérés, hommes et femmes des cantons, En ce soir solennel…»*

Nachdem dem Bundespräsidenten vorgeworfen worden ist, er habe am 25. Juni den Dank an die Soldaten vergessen, holt er dies jetzt nach. Die deutsche, von einem Sprecher verlesene Übersetzung lautet:

> [illegible] zu wahren.

Bewegende Worte, vorausgesetzt, jemand kann den komplizierten Schachtelsätzen folgen. Deutschschweizer Zuhörer werden bloss halb hingehört haben – wenn überhaupt.

Wie von ihm am Bundesfeiertag erwartet, preist Pilet die Taten der Vorfahren und landet schon bald im Jahr 1444:

> [illegible]
> schont

Französisch tönt dies besser, aber die Botschaft ist klar: Wenn es sein muss, kämpfen wir. Wir werden niemals kapitulieren. Der «arglistige Kronprinz» – *astucieux Dauphin* – ist von der Tapferkeit der Unsrigen derart *frappé* gewesen, dass er angehalten hat. Der Hörer kann sich seinen Reim machen: Wird nicht auch der «Führer» durch unseren Todesmut vom Einmarsch abgehalten werden? Eine Niederlage auf dem Schlachtfeld ist nicht das Ende:

> [illegible]
> moralisch als Ruhm erstrahlte
> [illegible]
> vermag dagegen aufzukommen

Wie in seinen staatsmännischen Reden – zur Wehrvorlage 1934, zum Reformationsjubiläum 1936 – schöpft Pilet Trost aus der Vergangenheit. Die Schweiz hat schon immer Prüfungen und Herausforderungen gemeistert:

> [illegible]

Pilet braucht die Parallelen zur Gegenwart nicht zu ziehen. Wiederum hat eine «Revolution» – diesmal ist es die faschistisch-nationalsozialistische – mit ihren Truppen und Ideen den Kontinent überflutet. Warum soll sich die Schweiz nicht auch dieses Mal die neue Ordnung aneignen – *assimiler l'ordre nouveau* – und doch «sich selbst bleiben».

Unser Land hat schon immer Männer hervorgebracht, sagt Pilet, «die ihm auf Erden Grösse verliehen und es gegen den Himmel erhoben». Zwei Beispiele nennt er: Henry Dunant und «einen der grössten, vielleicht der allergrösste», Niklaus von Flüe

> [illegible]
> eigen sind und ausserhalb denen wir auf Sand bauen würden.

Die Grundlagen des «grossen Eremiten» sind auch Pilets Grundlagen: «Freiheit in der Eintracht», «Zusammengehörigkeit», «Einfachheit». Heute sei es «geboten mehr denn je, dass man den kleinlichen Zank zurückstellt, um das Wesentliche zu erhalten: das Wesentliche ist das Land». Der Reformierte Pilet macht den katholischen Heiligen gar noch zum Schutzpatron der Neutralität.

> [illegible]
> zu öffnen. Nun sollen sie sich nicht mehr schliessen.

Henry Dunant, Pilets zweites Vorbild, hat «für den Ruf der Schweiz nach aussen getan, was kein anderer vermochte». Dunant habe, sagt Pilet, «das Hoheitszeichen unseres Landes zum Symbol der edlen, ritterlichen und christlichen – weil universellen – Nächstenliebe» umgewandelt. Millionen von Menschen segneten heute sein Werk.

Die richtigen Worte zur richtigen Zeit – oder so sollte man meinen. Hat überhaupt jemand zugehört? Am 1. August, (damals noch) einem normalen Werktag, zieht sich der Herr Schweizer nach Arbeitsschluss, 18 Uhr, sein *Sonntagsgwändli* über und spaziert am Arm seiner Frau, die sich schön gemacht hat, zum Festplatz. Dort lauscht man den vaterländischen Reden, nicht am Radioapparat. Man bewundert den abbrennenden, kunstvoll aufgebauten Scheiterstoss und guckt nachdenklich in die Glut. Es gibt Bratwurst und Bier.

55. Rütli

Am 1. August erst, am Radio direkt vom General, erfuhr das Schweizervolk, dass sich vor einigen Tagen auf der Wiese des Rütli die Truppenkommandanten der Armee versammelt hatten. Dem General gegenüber standen 650 Offiziere aller Waffengattungen, jeden Alters, jeden Grades, verschiedenen Glaubens, verschiedener Berufe und Sprachen. Alle Brüder, alle geeint im gleichen Gedanken: Dienen. General Guisan schilderte, wie vor dem Hintergrund des Sees die Schweizer Fahne sich abhob, eskortiert von vier stämmigen Füsilieren des Urner Bataillons, Nachkommen derer, die sechseinhalb Jahrhunderte vorher am gleichen Ort den Eid schworen, der uns bindet:

> [illegible]

Barbey hatte die Gedanken des Generals wieder einmal *mis en musique*. Der fantasievolle Stabschef war es auch, der die Idee eines Rapports auf dem Rütli hatte, nachdem Guisan sich am 6. Juli für eine Neugruppierung der Armee im Zentralmassiv entschieden hatte. Das Réduit, welches das Aufgeben der von den Soldaten in langen Monaten im Schweisse ihres Angesichts befestigten Armeestellung bedeutete, musste den Truppenführern plausibel gemacht werden. Dem General selber war klar, dass dies nicht bloss mit einem schriftlichen Befehl geschehen konnte. Er wollte seinen Offizieren in die Augen schauen, wenn er ihnen seine Botschaft überbrachte.

So kamen Passanten in Luzern am Donnerstag, 25. Juli, in den Genuss eines «Goldregens», wie der Volksmund eine Ansammlung hoher Offiziere nennt. Am Schiffsteg warteten um halb elf Hunderte von Hochrangigen – von den lorbeerbekränzten Korpskommandanten, Divisionären und Brigadiers bis hinunter zu den Obersten und Majoren mit «Nudeln» am Hut. Tagebuch Barbey:

> [illegible]
> der Kommandanten der kämpfenden Truppe versammelt

Spionageabwehr-Chef Oberst Jaquillard hatte Sicherheitsmassnahmen angeordnet. Die Stadt Luzern war auf Spione [illegible] abgesucht worden. Zwei oder drei Jäger vom Typ Morane wurden den schwarzen Raddampfer auf seiner Fahrt an den Bestimmungsort, das Rütli, begleiten. Trotzdem war es ein Risiko, [illegible] Offiziere [illegible] wie Guisan [illegible] der Gefahr eines deutschen Fliegerangriffs auszusetzen.

Auf dem Rütli meldete der dienstälteste Korpskommandant Miescher die vor ihm im Viertelkreis aufgestellten Offiziere dem General. «Rütli»-Guisan brauchte für seine Rede nicht [illegible] seitigen Entwurf, sondern sprach mit einem Notizheft in der Hand, frei – Französisch natürlich. Die von ihm verlesenen Soldatenbriefe, welche die Stimmung in der Armee illustrieren sollten, auf Deutsch. Der Text der zwischen 20 und [illegible] Minuten dauernden Rede ist nicht übermittelt.

Der Guisan wohlgesinnte Oberst Du Pasquier schrieb in seinem Journal:

> [illegible]
> hatte, seinem Wort eine eindrücklichere Form zu geben

Noch kritischer äusserte sich der Zürcher Bataillonskommandant Edmund Wehrli, der ein paar Tage zuvor an Hauptmann Ernsts Luzerner Verschwörerrapport dabei war:

> [illegible]

Auch Korpskommandant Labhart und Divisionskommandant Constam sollen den Appell für unnötig gehalten haben. Labhart im Tagebuch: «Ich fahre mit Artilleriechef um 09.45 zum Armeerapport auf dem Rütli. Rückkehr um 16.00.»

Am 1. August bilden verschiedene Zeitungen erstmals eine zensurierte Aufnahme vom Rütlirapport ab, die den unter einem prächtigen Laubbaum versammelten Offizierspulk zeigt. Dazu stellen sie den «Rütlibrief an einen Schweizer Soldaten». Der anonyme Briefschreiber schildert mit poetischem Schwung die Szene:

> [illegible] bettet

Der «Schweizer Offizier» schreibt seinen «lieben Kameraden»:

> [illegible] hintersten Seelenwinkel

Nach diesem flammenden Aufruf kehrt der Briefschreiber zurück auf die einsame Wiese am Berghang:

> [illegible] unser Gelöbnis an die Heimat

Schlusswort:

> [illegible] strahlend weisse Kreuz auf blutigrotem Grund.

Die Abteilung Presse und Rundspruch hat den richtigen Berichterstatter an den Rütlirapport geschickt. Seine Kollegen im Armeestab kennen den Briefschreiber, Oblt. Hugo Faesi, Redaktor beim «Schweizer Soldat». Der Öffentlichkeit wird sein Name verschlossen bleiben.

Mehr als die nie schriftlich festgehaltene Ansprache des Generals werden die Worte des unbekannten Offiziers das Ereignis ins Gedächtnis des Schweizervolks einprägen. Ein Mythos – noch ahnen es die Zeitgenossen nicht – ist geboren.

56. Berlin ist verstimmt

Am Samstag, 3. August, findet eine Aussprache zwischen den Bundesräten Minger und Pilet und dem General statt. Es geht um Meinungsverschiedenheiten zwischen Pilet und der Armeeführung, über die sich der Bundespräsident bei den Kollegen beklagt hatte. Darauf beauftragte der Bundesrat Minger, mit Guisan zu reden. Der Militärminister hat es jetzt offenbar vorgezogen, Pilet beim Gespräch dabeizu haben.

Mitten in die Unterredung der drei wird ein um 17 Uhr eingetroffenes Telegramm Frölichers aus Berlin hereingebracht:

> Geheim. Berlin, 3. August 1940
> [illegible]
> [illegible]
> belastende Dokumente gefunden.

Wie die beiden Bundesräte und der General auf die recht alarmierende Meldung aus Berlin reagiert haben, ist nicht bekannt.

Am Sonntagabend, 4. August – dem Tag nach der Besprechung mit dem General – beantwortet das Departement Pilet Frölichers Telegramm vom Vortag ebenfalls telegrafisch:

> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> von mehreren Elitedivisionen in Aussicht stellen.

Am 7. August verschwindet Pilet in die Ferien. Eine Woche später, am Dienstag, 13. August, um 11 Uhr 30 erscheint Kocher bei Pilets Stellvertreter Etter und übergibt diesem ein Memorandum, in dem sich die deutsche Regierung über die Rütli-Rede des Generals beschwert. Die Demarche Kochers kommt für Etter nicht überraschend. Schon am Freitag hatte Frölicher aus Berlin telegrafisch gewarnt:

> [illegible] ten.

Die deutsche Note zitiert wörtlich Stellen aus Guisans Armeebefehl. So den Satz:

> [illegible] zu stehen.»

Diese «Kundgebung» des Generals wird im deutschen Memorandum als «erneute Aufhetzung der schweizerischen öffentlichen Meinung gegen Deutschland und Italien» gewertet. Die Note endet mit der kaum versteckten Drohung, dass die Achsenmächte gegenüber der Schweiz andere Saiten aufziehen können:

> [illegible] schweizerischen Armeeführers entstehen sollten.

In einem tags darauf zuhanden des Politischen Departements abgefassten Bericht beschreibt Etter ausführlich das Gespräch mit dem Gesandten. Etter sagte Kocher, die Rede Guisans sei in Berlin falsch interpretiert worden.

> [illegible] Schweizer Volk nicht in diesem Sinne aufgefasst worden.

Der General, so Etter zu Kocher, habe bloss die Soldaten aufgefordert, ihre Pflicht zu erfüllen, komme was wolle. «Er dachte einfach positiv an die Behauptung der Neutralität unseres Landes, und diese zu verteidigen sei ja gerade die Pflicht des Generals und der Armee.»

Kocher versprach, diese Erklärung Etters nach Berlin weiterzugeben. Sie könne beruhigend wirken. Hingegen wies er Pilets Stellvertreter darauf hin, dass der General «von der jederzeitigen Möglichkeit eines Angriffs gesprochen» habe. Als Angreifer könnten unter den gegenwärtigen Umständen nur die Achsenmächte gemeint sein. Die Äusserungen Guisans müssten das Misstrauen gegen Deutschland und Italien schüren:

> [illegible] zu haben.

Zur Sprache kamen auch die Truppenansammlungen in der Nähe der Schweizer Grenze. Kocher meinte, diese seien kein Anlass zu Beunruhigung. «Diese Truppen müssen ja doch irgendwo stehen.»

Etter verfasst in Zusammenarbeit mit dem juristischen Berater Logoz einen Antwortentwurf auf die deutsche und italienische Protestnote. Diesen unterbreitet er am Freitag, 23. August, dem ohne Pilet, Minger und Celio tagenden Bundesrat, der diskussionslos zustimmt.

Am Montag, 26. August, übermittelt der aus Baden zurückgekehrte Pilet Kocher mündlich die vom Bundesrat genehmigte Antwort. Kocher fasst sein Gespräch mit Pilet schriftlich zusammen:

> [illegible]

[illegible]

ten an die unbedingte Pflichterfullung zu erinnern

57. «Kronrat»

Der mit Vollmachten ausgestattete Bundesrat regiert immer autoritärer. Unter Berufung auf den tatsächlichen Staatsnotstand verkündet er pausenlos neue Massnahmen, die oft einschneidend in den Alltag der Bevölkerung eingreifen. Die seit der Krise der Dreissigerjahre ohnehin eingeschränkte freie Marktwirtschaft weicht noch mehr einer staatlich gelenkten Planwirtschaft. Die kantonale, individuelle und politische Freiheit, drei Grundelemente der Bundesverfassung, werden fortlaufend ausgehebelt.

Die eidgenössischen Räte, die noch im Frühjahr rege debattierten, scheinen eingeschlafen. Die beiden Vollmachtenkommissionen, eine Art Rumpfparlament, überprüfen halbjährlich die bundesrätlichen Massnahmen auf ihre Legalität und ihre Zweckmässigkeit. Dem National- und dem Ständerat bleibt einzig das Recht, diese Massnahmen nachträglich zu billigen oder abzulehnen. Das Parlament ist zu einem zahmen Akklamationsinstrument geworden – beinahe wie in diktatorisch oder autoritär regierten Ländern.

Pilet hat kein Vertrauen in die Vollmachtenkommission. Ihr Präsident Emil Nietlispach ist eine schwache Figur und Oprecht ist in Pilets Augen ein Opportunist und Intrigant. Pilet schätzt es nicht, dass Henry Vallotton ihn in den Kommissionssitzungen genau beobachtet. Alle Bundesräte misstrauen dem Irrlicht Duttweiler. Der abtrünnige Jungbauernführer Hans Müller ist ein Ärgernis für Minger. «Dr. Müller-Grosshöchstetten», dem viele verarmte Kleinbauern im Berner Oberland nachlaufen, wollte früher mit der Linken zusammenspannen und liebäugelt jetzt mit den «Volksgemeinschafts»-Ideen der Nazis.

Da die Vollmachtenkommission wenig taugt, suchen initiative Parlamentarier wie Feldmann und Gut nach einem neuen Instrument, das den Bundesrat beraten und den Einfluss der Parteien absichern kann. Nach dem Muster der interparteilichen Zusammenarbeit im Kanton Bern soll ein «Führungsapparat» oder eine «Sammelstelle» – Feldmanns Ausdrücke – geschaffen werden. Der Bundesrat macht unter Vorbehalt mit.

In der Presse melden sich kritische Stimmen. Der Doyen der Bundeshauspresse Pierre Grellet redet von einem «Kronrat» oder «politischen Generalstab» und fragt sich:

> [illegible]

Die Schwäche des geplanten Bindeglieds sieht Grellet in seiner «Stummheit». Der «Reichshofrat» würde wahrscheinlich «hinter geschlossener Tür um einen grünen Teppich herum» tagen. Bei allen Fehlern, die man den Parlamentariern ankreiden könne, wäre es falsch, von «Exzessen der Geschwätzigkeit» ins Gegenteil zu verfallen, das Geheimnis:

> [illegible]

Am Freitag, 2. August, empfangen Pilet, Etter und Minger eine vom Bundesrat ausgesuchte Delegation von fünf ihm genehmen Sozialdemokraten. Die Genossen Robert Grimm, Ernst Nobs, Robert Bratschi, Konrad Ilg und Fritz Marbach kommen um 16 Uhr heimlich ins Bundeshaus, um mit dem Bundesrat die Frage der interparteilichen Zusammenarbeit zu besprechen. Pilet hatte als Chef des Post- und Eisenbahndepartements mit Grimm, Bratschi und Marbach zu tun. Er hält die drei für verlässliche Gesprächspartner. Ilg, Zentralpräsident des SMUV, ist als Schöpfer des bahnbrechenden Friedensabkommens von 1937 beim Bundesrat gut angeschrieben. Nobs arbeitet als Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Zürich einvernehmlich mit seinen bürgerlichen Kollegen zusammen.

Die Sitzung bleibt geheim und ohne Protokoll. Vor allem soll der mit Grimm verfeindete Parteipräsident Hans Oprecht nichts von dem Treffen erfahren. Zwei Wochen später wird Etter Feldmann verraten, man habe den Sozialdemokraten um Grimm «unter gewissen personellen Voraussetzungen die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mitgeteilt». Im Tagebuch fasst Feldmann Etters Bericht über das Treffen so zusammen:

> [illegible]
> soll. Die gesamte Situation ist demnach reichlich kompliziert.

Grimms Ahnung, dass die Geschichte schiefgehen könnte, ist begründet.

Am nächsten Tag, Samstag, 3. August, eröffnet im Parteisekretariat in Zürich der Vorsitzende Oprecht eine Sitzung der Politischen Kommission der SPS, der die einflussreichsten Sozialistenführer aus der ganzen Schweiz angehören. Auf der Präsenzliste fehlen die Namen der «Dissidenten», die tags zuvor im Bundeshaus mit Pilet, Minger und Etter geheim diskutiert haben. Grimm hat sich entschuldigt. Nobs scheint unentschuldigt zu fehlen. Oprecht berichtet, dass er Pilet schriftlich um die «Einberufung des Fünferausschusses» ersucht habe.

> [illegible]
> ren zu verhandeln.

Weiss Oprecht, dass Pilet sich tags zuvor in Bern geheim mit fünf seiner Parteigenossen besprochen hat? An der Zürcher Sitzung nimmt auch Oprechts Vorgänger als Parteipräsident, Ernst Reinhard, teil, der zur Geheimsitzung vom Bundesrat bewusst nicht eingeladen wurde. Es ist denkbar, dass der Berner Reinhard vom Geheimtreffen seiner Genossen mit dem Bundesrat Wind gekriegt hat. Prominente Politiker wie Grimm oder Ilg gehen nicht unbemerkt ins Bundeshaus. Wenn Reinhard vom «Verrat» Grimms weiss, wird er dies Oprecht zugetragen haben.

Oprecht meldet sonst noch Verdächtiges aus dem Bundeshaus:

> [illegible]

Reinhard ergeht sich in ähnlich wilden Spekulationen:

> [illegible]

Nach Reinhard meldet der eben aus Bern zurückgekehrte, verspätet eingetroffene Nobs, der einen optimistischen Ton anschlägt:

> [illegible]

Hat Nobs wegen seiner Teilnahme an der Geheimsitzung des Vortags ein schlechtes Gewissen? Sein Votum schaut nach einem Ablenkungsmanöver aus. Nobs' Vorschlag, den Bundesrat um eine Besprechung zu ersuchen, wird von Oprecht aufgenommen. In einem Expressbrief vom Montag, 5. August, teilt er dem Bundespräsidenten mit, die SPS möchte mit dem Bundesrat «Probleme der innen- und aussenpolitischen Lage der Schweiz» erörtern, von deren Lösung «das Schicksal des Landes wesentlich bestimmt» werde:

> [illegible]
> «Provokation» ausgelegt würde?
> [illegible]
> in den nächsten Tagen gewähren zu wollen.

Oprecht droht, dass von der Partei beschlossen worden sei, eventuell vom «Recht der Einberufung einer ausserordentlichen Session der eidgenössischen Räte Gebrauch zu machen». Er bittet Pilet, «auch den Herrn General Guisan einladen zu wollen». Er erlaube sich, dem General eine Kopie dieses Schreibens zu übermitteln. Pilet wird ersucht, «die Konferenz möglichst rasch anzusetzen».

Dies tut zwar nicht Etter, da er ja in die Ferien verreist ist, sondern Vizepräsident Minger. Er trifft Oprecht und seine Delegation bereits am 7. August. Tags darauf rapportiert er an der Bundesratssitzung:

> [illegible]
> 8. August konferenziell erledigt.

Als stellvertretender Bundespräsident hat Minger die Aussprache mit der SPS-Geschäftsleitung speditiv angesetzt und geführt – ohne den von Oprecht gewünschten General. Minger spielt auf zwei Klavieren. Die Woche zuvor hat er persönlich Grimm zur Geheimsitzung ins Bundeshaus eingeladen und dort mit ihm und seinen Freunden geredet. Vier Tage später besänftigt er Grimms Gegenspieler Oprecht und dessen Freunde. Nicht geklärt ist allerdings immer noch die entscheidende Frage, ob die Sozialdemokraten im «Kronrat» vertreten sein werden und, wenn ja, durch wen.

58. Das Kreuz mit der Armee

Frühmorgens am Samstag, 3. August, erhält General Guisan den unerwarteten Besuch des Kommandanten des 4. Armeekorps, Jakob Labhart. Labhart ist aus der Ostschweiz ins persönliche Hauptquartier des Generals nach Gümligen gereist, um ihm eine wichtige Mitteilung zu machen. Am Abend zuvor hat Labhart von Oberstbrigadier Gubler, dem ihm unterstellten Kommandanten der Festung Sargans, dokumentarische Hinweise auf das Bestehen einer verdächtigen Offiziersvereinigung erhalten. Ostschweizer Teilnehmer an Ernsts Luzerner Geheimtreffen hatten geplaudert. Labhart erhielt von Gubler auch die von Ernst verfasste und von den Teilnehmern unterschriebene Erklärung. Die Angelegenheit, die zumindest «militärisch nicht in Ordnung war», musste aufgeklärt werden. Labhart beschloss, die ihm zugekommenen Erkenntnisse über eine Verschwörung dem General persönlich mitzuteilen.

Nachdem General Guisan den Korpskommandanten angehört hat, ermächtigt er ihn, den Oberauditor der Armee, Friedrich Trüssel, über die aufgeflogenen Putschpläne ins Bild zu setzen. Labhart fährt ins Bundeshaus, trifft dort Trüssel, der sofort die Verhaftung der Hauptverdächtigen anordnet. Ihre Namen sind bekannt, weil zwei der Teilnehmer am geheimen Luzerner Offizierstreffen kalte Füsse gekriegt und ihren Vorgesetzten von Hptm. Ernsts Vorhaben erzählt haben. Als erster wird im Armeehauptquartier in Langnau Alfred Ernst festgenommen. Darauf telefoniert Oberst Werner Müller, der Stellvertreter Massons und Sicherheitschef der Armee, unverzüglich dem mit ihm befreundeten Hptm. Waibel in Luzern, um ihn zu warnen: «Die Violetten haben sich Ernsts angenommen.» Die Militärpolizei hat violette Achselpatten.

Im Schweizerhof in Luzern handeln Hptm. Waibel und Korporal Lindt. August R. Lindt wird ein gutes halbes Jahrhundert später – als hoch angesehener Ex-UNO-Flüchtlingshochkommissar – in seinen «Erinnerungen» die Vorgänge jenes denkwürdigen Samstags farbig schildern. Danach verbrannten Waibel und er die den Offiziersbund betreffenden Papiere, darunter die Mitgliederliste, in der «Porzellankachel der Toilette». Die Violetten erschienen und verhafteten Waibel, während der

unbeachtet gebliebene Unteroffizier Lindt unbehelligt zu Hausamann nach Kastanienbaum fahren konnte. Dort, «im Schatten einer alten Blutbuche sitzend», versuchten die beiden Verschwörer die Vorgänge, die zu den Verhaftungen geführt hatten, zu enträtseln. Sie glaubten, im Bundeshaus hätten «Anpasser die Oberhand gewonnen». Feuer im Dach. Hausamann hiess Lindt, schleunigst zu SPS-Parteipräsident Nationalrat Hans Oprecht zu fahren, mit dem er gut befreundet sei und von dem man Hilfe erwarten könne.

Lindt telefonierte in Oprechts Zürcher Büro, wo ihm mitgeteilt wurde, der Nationalrat sei «zur Zeit in Buchillon, einer Ortschaft, von der ich nie gehört hatte und die ich auf der Karte suchen musste». Lindt fuhr los Richtung Westen.

> [illegible]
> freundet sei und ihn jederzeit sprechen konnte.

Soweit die Ereignisse, wie sie sich in Lindts Gedächtnis eingeprägt hatten.
Am Nachmittag des gleichen Samstags, 3. August, begibt sich Guisan ins Bundeshaus zur [bereits zu Beginn von Kapitel 56 erwähnten] Aussprache mit Minger und Pilet. Pilet beklagt sich bei Guisan insbesondere über die Tätigkeit des von Oberst Masson geführten Nachrichtendienstes und dessen «Einmischung in politische Fragen». Dazu nennt er dem General vier Punkte:

> 1. Fall des Dr. Monfrini (Mission in Italien beim Duce).
> 2. [illegible] [eigentlich Jougnegna Flüsschen im Jura]
> 3. Fall Ketterer, Konsularbeamter in Stuttgart.
> 4. Fall Ritter, Schweizer Konsul in München.

Worum geht es?

Fall Dr. Monfrini. Am 20. Juli forderte Marcel Régamey, Führer der korporatistischen ultraföderalistischen Ligue Vaudoise, den mit Mussolini befreundeten Waadtländer Arzt Dr. Monfrini auf, zum Duce nach Rom zu reisen, um diesen ange-

sichts der beunruhigenden internationalen Lage um «seinen Schutz und seine Intervention in irgendeiner Form zu unseren Gunsten» zu bitten. Régamey unternahm diesen Schritt bei Monfrini entweder im direkten Auftrag oder mit Wissen von Nachrichtenchef Masson. Pilet weiss von dieser geplanten aussergewöhnlichen Demarche aus einem Brief, den ihm Dr. Monfrini am 27. Juli schickte und in dem dieser schrieb: «Wenn ich auf M. Régamey gehört hätte, wäre ich *toute affaire cessante* (unverzüglich) nach Rom abgereist.» Das Unternehmen kam nicht zustande, weil Monfrini selber an dessen Nützlichkeit zweifelte und deshalb Pilet informierte.

Grenzzwischenfall Gegend Jougnegna. Am 6. Juli überschritt eine deutsche Patrouille die Schweizer Grenze und wurde von einer Schweizer Patrouille angeschossen. Pilet weiss das, weil ein Telefongespräch aus dem Hotel Bellevue mit der deutschen Gesandtschaft abgehört worden ist. Der deutsche Offizier von Ostwald berichtet dem Gesandten Köcher, man habe nach dem Zwischenfall beobachtet, dass «ein deutscher Soldat gehinkt habe». – Schlimmeres war also nicht passiert. Telefonabhörbericht:

> [illegible]
> [illegible]
> *Köcher:* Die sind ja doch ganz von Gott verlassen hier.
> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> sie sehen, wie sie weiter kommen hier!

Gestützt auf dieses Abhörprotokoll wirft Pilet Masson vor, er habe sich bei der deutschen Militärdelegation im Namen der Regierung und des Generals entschuldigt. Seiner Meinung nach ist es unstatthaft für einen Offizier, sich «im Namen des Bundesrats» zu entschuldigen, wenn der Bundesrat ihm nicht ausdrücklich diesen Auftrag erteilt hat.

Fall Ketterer, Konsularbeamter Stuttgart. Fall Ritter, Konsul München. Pilet wirft Masson vor, dass er Schweizer Konsuln und Konsulatsbeamte beauftragte, sich Nachrichten über deutsche Truppenkonzentrationen und die Organisation der

Wehrmacht zu beschaffen, also nebenbei Spionagetätigkeit zu betreiben. Pilet hat allen ihm unterstellten Gesandtschafts- und Konsularbeamten eine solche Tätigkeit ausdrücklich untersagt.

Nachdem sich Guisan Pilets Vorwürfe angehört hat, erklärt er sich bereit, diese Masson zur Stellungnahme zu unterbreiten.

Ob die beiden Waadtländer Pilet und Guisan, deren Verhältnis sich seit September 1939 kontinuierlich abgekühlt hat, beim Gespräch vom 3. August ihre Meinungsverschiedenheiten ausräumen konnten, ist fraglich. Immerhin treffen sich die Ansichten von Bundespräsident und General in verschiedenen für das Land wichtigen Fragen. Guisan unterbreitet Pilet und Minger den vom Bundesrat gewünschten detaillierten Truppenablösungsplan für die Zeit vom 10. August bis zum 5. Januar 1941, den die Regierung an ihrer nächsten Sitzung genehmigen wird.

Schliesslich ist der Bundesrat bereit, die völkerrechtlich komplizierten diplomatischen Schritte zu unternehmen, um eine baldige Rückkehr der in Lagern internierten 30000 französischen Soldaten zu ermöglichen. Der General kann mit Recht darauf hinweisen, dass die Bewachung, Verpflegung und Beschäftigung dieser demoralisierten Truppen für ihn ein Problem sind, und drängt auf ihre rasche Abschiebung. Nationalrat Feldmann, der in diesen Tagen in Mürren Ferien macht, sieht, wie dort etwa tausend französische Internierte den 70 Mann des Berner Bewachungsbataillons Schwierigkeiten machen.

> [illegible]
> Truppen erwecken einen ganz ausgezeichneten Eindruck.

Um dem bedauerlichen Zustand abzuhelfen, hat der französische Botschafter Coulondre Pilet aufgesucht und ihm vorgeschlagen, General Walch [ehemaliger Militärgouverneur von Strassburg] kommen zu lassen, um die Disziplin wiederherzustellen. Pilet, dem die Idee missfällt, hat Coulondre gesagt, er müsse dazu zuerst die Ansicht des Militärdepartements einholen. Einmal mehr rechnet der Bundespräsident damit, dass sich Probleme durch Abwarten und Zeitgewinn lösen lassen.

In einem Brief vom 7. August wird Masson die Vorwürfe, die Pilet ihm im Gespräch mit Guisan gemacht hat, mit mehr oder weniger stichhaltigen Argumenten zurückweisen. So habe er, Masson, «Dr. Monfrini nie gesehen und habe ihn deshalb auch mit keiner Mission irgendwelcher Art beauftragt». Der von Pilet erwähnte Grenzzwischenfall habe sich in seiner, Massons, Abwesenheit ereignet, und er selber habe sich auf keine Weise entschuldigt. Was die Tätigkeit der Konsularbeamten

angehe, profitierten drei als Sekretäre den Konsulaten München, Stuttgart und Mannheim zugeteilte Offiziere von ihren Dienstreisen, um Beobachtungen über «eine Besetzung gewisser Zonen durch deutsche Truppen» anzustellen.

> [illegible]

Pilet wird an seiner Version der Dinge festhalten. Der zwischen Pilet und der Nachrichtenabteilung Masson bestehende ernsthafte Konflikt wird sich nach der Festnahme der Luzerner Putschisten noch verschärfen.

Am 4. August schreibt Hptm. Ernst aus seinem Zimmerarrest in Worb dem untersuchenden Justizoberst Herzog einen langen Brief, in dem er seine «Widerstandsbewegung» zu erklären versucht. Er verlangt entweder Aufhebung des gegen ihn und seine Mitstreiter eingeleiteten Verfahrens oder eine Überweisung ins Militärgericht:

> [illegible]

Ernst rechnet – wie aus einem gleichzeitigen Brief an seine Frau hervorgeht – mit einer Gefängnisstrafe und mit dem Ausschluss aus der Armee, also dem Ende seiner Karriere als Berufsoffizier. Er hat nichts mehr zu verlieren. So lässt er im Brief an den Untersuchungsrichter sein Soldatenherz sprechen. Dabei erhebt er eine Reihe schwerwiegender Vorwürfe gegenüber dem Bundesrat:

> [illegible]

Ernst schreibt weiter, ausser Minger wollten alle Bundesräte «dem Land vor allem die Schrecken des Kriegs ersparen». Vielleicht taten sie dies «aus edlen Motiven». Preis dafür sei eine «mehr oder weniger deutliche Gleichschaltung».

Ernst schwerste Bedenken betreffen Bundespräsident Pilet.

> [illegible]

Ernst unterlässt es, Stellen in der Rede zu erwähnen, die auf irgendeine Weise als «defaitistisch» gewertet werden könnten. Er verweist auf ein persönliches Gespräch mit dem EPD-Personalchef Karl Stucki. Auf Ernsts Drängen nach einer «energischen Haltung des Departements» soll ihm Stucki geantwortet haben:

> [illegible] Vorgesetzten gehört hat.

Ernst ist empört darüber, dass «trotz wiederholtem Bericht an meinen Chef», wonach Minister Frölicher und Legationsrat Kappeler in Berlin «ganz ausgesprochene Deutschfreunde» seien und eine «unschweizerische Einstellung» hätten, «die beiden Herren immer noch in Berlin» seien. Nachrichtenoffizier Ernst findet demnach, dass Pilet – aufgrund der Berichte des Büros Deutschland in Luzern – die Diplomaten Frölicher und Kappeler hätte abberufen müssen. Ein weiterer Vorwurf Ernsts betrifft die Demobilmachung, für die er dem Bundesrat und nicht dem General die Schuld gibt:

> [illegible] allgemein.

Auf diesen Vorwurf hätte Pilet antworten können, dass es damals nicht die geringsten Anzeichen dafür gab, dass diese «starken deutschen Kräfte» für einen Angriff gegen die Schweiz bestimmt waren.

Ernst schreibt weiter, «dank unserer sehr intensiven Propaganda» und der «Rütlirede des Herrn General» sei eine gewisse Besserung der Stimmung zu bemerken:

> [illegible]

> [illegible]

Einen Zwischenfall herbeiführen, um einen Krieg gegen die Wehrmacht ausbrechen zu lassen? Ohne Befehl des Armeekommandos? Dies wäre Insubordination oder Meuterei. Nachrichtenoffizier Hptm. Ernst und seine Kollegen in Luzern massen sich an, die aussen- und militärpolitische Lage besser einschätzen zu können als Bundesrat und General.

59. Blaupause für die «neue» Schweiz

Nachdem die Gefahr eines deutschen Einmarsches kaum mehr besteht, konzentriert sich das Interesse der politischen, wirtschaftlichen und akademischen Elite auf die Frage, wie die Schweiz im durcheinander geratenen «neuen» Europa zu gestalten sei. Kommentatoren, Professoren und Politiker verkünden in Artikeln und Schriften ihre Zukunftsvisionen.

Eine dieser Broschüren, «La Suisse de demain» von Henry Vallotton, erscheint auch als «*Die Schweiz von Morgen*» in deutscher Übersetzung. Vallotton hat als freisinniger Fraktionschef und Nationalratspräsident von 1939 bei umstrittenen Geschäften oft eine entscheidende Rolle gespielt. Der Nationalrat verdankt ihm einige fortschrittliche Reformen wie die Einführung eines mit Mikrofon ausgestatteten Rednerpults. Minger hat kürzlich Feldmann gesagt, Vallotton mache Pilet «das Leben sauer», so dass dieser mit Rücktrittgedanken spiele. Würde der Waadtländer Sitz im Bundesrat frei, wäre Vallotton haushoher Favorit.

Vallotton hat die Schrift in seinem Ferienchalet in Grimentz geschrieben und datiert sie sinnvollerweise auf den 1. August. Er schreibt (in der Übersetzung des Thurgauer Verlegers Eugen Th. Riemli):

> [illegible]

Revolutionäre Zeiten. Lobend zitiert Vallotton indessen Bundeskanzler Bovet, der ihm einmal gesagt hat: «Die Schweiz ist ein Land der Evolution und nicht der Revolution, das lehrt unsere ganze Geschichte.»

Vallottons Schrift gleicht einem Wahlprogramm. Er setzt sich für die Familien, für die Frauen, für die Jungen ein. Die Jugend muss «zum Leben in der freien Luft und zum Sport erzogen werden» durch «Turnen, Schiessen, Alpinismus und Skisport». Punkt 11 dürfte bei Fussballenthusiasten gut ankommen:

> [illegible]

Vallotton glaubt, die Bundesverfassung von 1872 sei überholt, eine neue Verfassung müsse ausgearbeitet werden. Er will nur wenig Änderungen. Der Föderalismus, das Zweikammersystem, der siebenköpfige Bundesrat, Initiative und Referendum sollen bleiben. Gemäss Vallotton müssen «Zusammensetzung und Mitgliederzahl des Nationalrats Gegenstand einer sorgfältigen Untersuchung sein». Geschickt bringt er die von Rechtskreisen gewünschte Umwandlung des Nationalrats in ein korporatistisches Gebilde ins Gespräch, ohne sich indessen festzulegen.

Vallotton will – wie Pilet und Etter – eine Verstärkung der Befugnisse und Autorität des Bundesrats. Die Regierung darf aber keine Diktatur werden, «was unserer Geschichte und unseren Auffassungen zuwiderlaufen würde». Die Stärkung des Bundesrats muss «im Rahmen der Demokratie und unter Kontrolle des Parlaments» erfolgen. Pilet würde hier, wie wohl in vielen andern Punkten, seinem früheren Weggenossen beipflichten. Mit Sicherheit jedoch nicht in Punkt 29:

> Besondere B[illegible]

Pilet hat sich im Bundesrat immer dezidiert gegen die Idee eines «Landammanns» ausgesprochen. Er spielt zwar gerne den Regierungschef, den *primus inter pares*, aber er sieht die Vorteile einer Rotation. Ende 1934 war er heilfroh, das lastenreiche Amt des Bundespräsidenten abgeben zu können.

In seiner Broschüre umschreibt Vallotton die Befugnisse, die er seinem Landammann geben würde:

> [illegible] zu verweigern.

Vallotton schickt sein Büchlein an Bundesrat Häberlin nach Frauenfeld, der am 1. September «aufrichtig dankt». Erfreut hat den Thurgauer, dass Vallotton an «das Problem der Schweiz von morgen ohne Verzagtheit» herangetreten ist:

> [illegible] wahrhaftig nicht.

Häberlin findet viele von Vallottons Anregungen «sympathisch», andere «zum mindesten diskussionsfähig», gesteht aber «der Ehrlichkeit halber», dass «Ihr Landammann für drei oder vier Jahre» ihm «wider den Strich geht»:

> [illegible]

Häberlin ist bei seinen Besuchen am Scheuerrain aufgefallen oder ist ihm von seinem Nachfolger Baumann geklagt worden, dass Pilet und Etter in der Regierung gerne die «*duumviri*» spielen – wie im alten Rom die beiden Konsuln genannt wurden –, während die fünf «*dii minores*» – die andern, von Häberlin ironisch als «mindere Götter» bezeichnet – wenig Einfluss haben.

Pilet wird bei der Lektüre der Broschüre gemerkt haben, dass einzelne Passagen auf ihn gemünzt sind. So die ehrfurchtsvollen Worte über «das Werk von Bundesrat Motta», den Vallotton als hervorragenden Diplomaten lobt. Er habe alles getan, «um die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu erleichtern»:

> [illegible] der näher zu bringen.

60. Grimm

Am Dienstag, 6. August, Tag der Bundesratssitzung, erscheint ein ungeduldiger Legationsrat von Bibra im Departement des Äussern und erkundigt sich bei Feldscher, «ob die deutsche Gesandtschaft mit einer baldigen Note betreffend Broschüre Grimm rechnen könne». Feldscher antwortet, dass er der Meinung sei, die Antwortnote sei bereits abgegangen. Er werde sich «unverzüglich nach deren Verbleib erkundigen». Pilet hat sich mit der Beantwortung der deutschen Protestnote vom 17. Juli Zeit gelassen und legt den Text erst drei Wochen später den Kollegen im Bundesrat zur Genehmigung vor. Wie bei der scharfen zweiten deutschen Note zu den Flugzeugzwischenfällen hat Pilet die Übergabe einer offiziellen Antwort bewusst verzögert. Eine heisse Suppe kühlt sich mit der Zeit ab. Und die «Affäre Broschüre Grimm», von der die Presse nichts weiss und nach Ansicht des Bundesrats auch nichts wissen darf, ist sehr heiss.

Oberflächlich geht es in der deutschen und einer fast gleich formulierten italienischen Note um zwei Stellen in der gedruckten Fassung eines Vortrags, den Grimm vor dem Parteitag der bernischen Sozialdemokratie am 18. Februar gehalten hat und der den Achsenmächten – fünf Monate später! – sauer aufgestossen ist. In Grimms wohldurchdachter, noch vor Beginn der deutschen Feldzüge in Nord- und Westeuropa verfassten Rede «Die Arbeiterschaft in der Kriegszeit» beanstandete die deutsche Gesandtschaft zwei Stellen, in denen der Schweizer Sozialistenführer Diktaturen als Rückfall in die Barbarei brandmarkte.

Der in den Noten der Achsenmächte erhobene Vorwurf, wonach die Schweizer Zensur die beleidigenden Worte Grimms habe durchgehen lassen, ist für den Bundesrat nicht wirklich gefährlich. Äusserst brisant ist hingegen die Forderung im Schlusssatz:

> [illegible]

Berlin und Rom verlangen die Entlassung Grimms aus seinen eidgenössischen Ämtern – Präsident der Arbeitsbeschaffungskommission, Chef der Sektion für Kraft und Wärme. Es ist dies die bisher dreisteste Einmischung des «Auslands» in innere schweizerische Angelegenheiten. Die deutsche Gesandtschaft hat nie in einer offiziellen Note die Entfernung missliebiger Chefredaktoren aus ihren Posten verlangt. Ihre Beamten von Bibra und Trump haben dieses Anliegen jeweils nicht beim Bundesrat, sondern direkt – in mehr oder weniger höflichen Weise – bei den Verlegern des *Bund* und der *National-Zeitung* vorgebracht.

Die Gesandtschaften der Achsenmächte sind nicht die einzigen, die eine Entfernung Grimms aus der Sektion Kraft und Wärme wünschen. Der Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz hat diese Forderung bereits gestellt. Duttweiler, der besser zu wissen glaubt, wie die Energieversorgung des Landes zu sichern ist, polemisiert in seiner *Tat* auf eine Weise gegen Grimm, die den Berner Nationalrat veranlasst, den Migros-Gründer vor Gericht zu ziehen. Sogar in der Armee melden sich Stimmen, die sich über die «Broschüre Grimm» entsetzen. In einem Schreiben an Minger (vom 25. Juli 1940) zitiert General Guisan aus dem Brief eines Generalstabs-Obersten:

> [illegible]
> zu wollen.

Der General schreibt Minger, er teile diese Auffassung und «unterstütze durchaus den Antrag dieses Offiziers», der eine «öffentliche Desavouierung dieses erbärmlichen Elaborates» verlangte.

Wird der Bundesrat dem massiven Druck der Achsenmächte nachgeben und Grimm opfern? Hier steht die Schweizer Regierung wirklich vor einer «unzumutbaren Forderung des Auslands», der zu widerstehen Pilet versprochen hat.

Grimm leitet die Sektion Kraft und Wärme tatkräftig und mit politischem Geschick. Mit der Einschliessung der Schweiz durch die Achsenmächte ist die Sektion zu der wichtigsten Stelle in dem von Bundesrat Obrecht geschaffenen Kriegswirtschaftssystem geworden. Das von Grimm geführte Lenkungsinstrument ist bestrebt, die lebenswichtige Einfuhr von festen und flüssigen Brennstoffen zu sichern. Es fördert die Produktion von in der Schweiz selbst vorhandenen oder hergestellten

Ersatzbrennstoffen. Schliesslich organisiert Grimms Amt eine volkswirtschaftlich optimale und gleichzeitig als gerecht empfundene Verteilung der knappen Brennstoffe. Wer erhält wie viel Kohle? Eine heikle Aufgabe, wenn zwischen den Ansprüchen des Staats, der Armee, der Privatwirtschaft und der Haushaltungen entschieden werden muss.

Grimm schreckt vor unpopulären Entscheiden nicht zurück. So veröffentlicht die Sektion Kraft und Wärme am 2. August – notabene dem Tag, an dem Grimm mit seinen sozialistischen Gesinnungsgefährten die Bundesräte Pilet und Minger trifft – neue einschneidende Rationierungsmassnahmen. Benzin, Petroleum, Dieselöl, Gas- und Heizungsöl können künftig nur noch gegen neue, ab Monatsbeginn allein gültige Rationierungsmarken gekauft und verkauft werden. Das Communiqué der Sektion schliesst mit dem Hinweis:

> Wer [illegible] strafbar und schadet sich überdies selber.

Grimms zweite Aufgabe, mit der ihn der Bundesrat Ende Juni betraut hat, ist nicht weniger wichtig. Er ist Präsident der Eidgenössischen Arbeitsbeschaffungskommission mit Generalstabschef Huber als Vizepräsidenten und drei Fachleuten als Mitglieder. Der Bundesrat hat versprochen, Arbeit zu schaffen, «koste es, was es wolle». Grimms Kommission soll praktische Lösungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Beschäftigung von Stellenlosen finden. In einem Brief an den Genossen Nobs (27. Juni 1940) begründete Grimm, wieso er den bundesrätlichen Auftrag angenommen hat:

> Das Hauptgewicht [illegible] Kampf gegen die Arbeits[illegible] [illegible] de Handlungsmöglichkeit besteht.

Weiter schreibt Grimm, es wäre «doch einfach ein Jammer, die Sache gehen und die Leute, die jetzt historische Entscheidungen zu treffen haben, unter sich zu lassen. Ich kann mir nicht helfen, aber diese Taktik scheint mir geradezu frevelhaft.»

Grimm möchte mitregieren. Deshalb hat er sich vor der Obrecht-Ersatzwahl zuerst für eine Erhöhung der Zahl der Bundesräte von 7 auf 9 und eine eigene Bundes-

ratskandidatur eingesetzt und nachher – gegen den Willen des Parteipräsidenten Oprecht – für die Aufstellung der Kandidatur Wenk.

Der legendäre Sozialistenführer sieht die Situation im Sommer 1940 sehr ähnlich wie Pilet. In der Sitzung der Politischen Kommission der SPS vom 29. Juni forderte er die Genossen «in der heutigen Zeit der Verwirrung» auf, den Kopf nicht in den Sand zu stecken und die neuen Tatsachen nicht zu ignorieren. Wie Pilet stellt Grimm fest, dass das europäische Gleichgewicht, seit dem Wiener Kongress 1815 Voraussetzung für die Schweizer Neutralität, nicht mehr vorhanden ist:

> [illegible]

In seiner realistischen Lagebeurteilung wies Grimm auf die Bedeutung des Aussenhandels und der Rohstoffversorgung hin:

> [illegible] kann.

Grimm machte den Parteigenossen klar, dass sich der schweizerische Aussenhandel inskünftig «nur noch unter der Kontrolle des Deutschen Reiches entwickeln» werde:

> [illegible]

Und weiter:

> [illegible] es zum Schluss nach Bern gelangt, das es ablehnt.

Den Vorsitz der Arbeitsbeschaffungskommission will Grimm nur dann definitiv übernehmen, wenn sie die Kompetenz hat, wirklich zu handeln.

Der Bundespräsident schätzt Grimm. Der als Kind in eher bescheidenen und dörflichen Verhältnissen aufgewachsene Pilet hat selber Verständnis für die Sorgen der «kleinen Leute». Wie Grimm misstraut er den nur auf den eigenen Gewinn erpichten Geldsäcken. Er respektiert den aus einer Arbeiterfamilie im Zürcher Oberland stammenden wissensdurstigen Autodidakten und Vollblutpolitiker Grimm. Wie dieser hat Pilet Sinn für Geschichte und Tradition. Pilet ist Liberaler, Grimm ist Marxist. Gemeinsam ist dem charismatischen Arbeiterführer und dem eher verschlossenen Magistraten ein echter Patriotismus und ein realistischer Pragmatismus. Pilet weiss, dass auf Grimms Wort Verlass ist. Beide haben einen Sinn für Macht. Pilet kann mit Grimm zusammenarbeiten, solange dieser ihm persönlich oder dem Bundesrat unterstellt ist. Grimm seinerseits will in seinen eidgenössischen Ämtern frei von Überwachung agieren können, so wie er es früher in der Berner Stadtregierung und jetzt in der Kantonsregierung tut.

Als am 6. August Pilet dem Bundesrat seinen Entwurf für eine Antwort an die Note der deutschen Gesandtschaft bezüglich «Affäre Grimm» vorlegt, ist sein Hauptziel, Grimm zu halten. Der Text der deutschen Übersetzung von Pilets Version verdient es, in extenso zitiert zu werden:

> [illegible]

schaft seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern

In Nebensächlichkeiten nachgeben, in entscheidenden Punkten festbleiben. Entscheidend an der Antwort Pilets ist, was in der Note nicht steht. Sie übergeht mit Schweigen die in der deutschen Note unmissverständlich gemachte Forderung nach einer Entfernung des «untragbaren» Politikers Grimm aus seinen «leitenden Funktionen». Pilets Antwortnote ist ein Meisterstück der Vernebelung. Die deutsche Gesandtschaft wird auf die Sache nicht weiter zurückkommen. Grimm bleibt in seinen Ämtern.

61. Gestörte Ferien

Nach hektischen vierzehn Tagen kann der Bundespräsident am Mittwoch, 7. August, endlich zusammen mit Madame Pilet auf seinen Bauernhof Les Chanays fahren, wo er die nächsten sechs Tage verbringt. Vor der Rückreise nach Bern notiert er in sein lange vernachlässigtes Rechnungsbuch:

> [illegible]

Im gleichen Eintrag vom 12. August schreibt Pilet, dass der «Wunsch – seien es auch nur für einige Stunden – der Politik zu entfliehen», ihn in die Chanays geführt habe.

> [illegible]

Das Politische Departement, dem Pilet seit März vorsteht, wird gefordert wie nie zuvor:

> [illegible]

Kommt dazu, dass die Beziehungen zur Armee «viel Zeit, Geduld und Nachsicht kosten»:

> [illegible] das Land, wenn etwas geschehen würde

Der Bundespräsident täuscht sich, wenn er hofft, in Les Chanays Entspannung zu finden. Der Hof ist vernachlässigt, dreckig, der Garten schlecht unterhalten. Pilets Bundeshauschauffeur Jaccoud «tut das Minimum», um wieder ein wenig Ordnung zu machen. Ärgerlich ist das Benehmen des Meisterknechts und seiner Frau. Marie ist gleichzeitig «impertinent und träge». Mit Frédéric hat Pilet eine recht heftige Auseinandersetzung. Der Meisterknecht ist aus dem Militärdienst «gleichgültig und *flâneur* (bummelig)» zurückgekehrt, er, der ein derart fleissiger Arbeiter war. Pilet teilt Frédéric mit, dass er nicht beabsichtige, seinen Vertrag *tel quel* zu verlängern.

Die Pilets fahren am Montag «enttäuscht, unzufrieden und wenig ausgeruht» zurück. Wenig ausgeruht auch wegen der englischen Bomberflotillen, die auf dem Weg nach Italien Les Chanays überflogen. Die Eheleute brauchen echte Erholung und beschliessen, sie bei einer Kur im «Verenahof» in Baden zu suchen. Ungestört ist der Bundespräsident auch dort nicht. Am Freitag, 15. August, liest Pilet den Bericht Etters über dessen Unterredungen mit den Gesandten Kocher und Tamaro über deren Protestnoten gegen Guisans Rütlirede. Eine Stelle wird ihm aufgefallen sein:

> [illegible]

Pilet kann aus dem Schlusswort in Etters Bericht schliessen, dass sein Stellvertreter sich gut aus der Affäre gezogen hat:

> [illegible]

> [illegible]
> müssen. *Durum officium!*

Am gleichen Tag, an dem er Etters Bericht liest, studiert er einen ihm ebenfalls nachgesandten Brief des Generals (vom 13. August), dem auch eine Stellungnahme Massons mit Unterlagen beigelegt ist. Nachdem er die Briefe gelesen hat, schreibt Pilet einen «persönlichen und vertraulichen» Brief an Minger – vertraulich ja, persönlich nein. Pilet schreibt nicht dem Freund Minger, sondern *Monsieur le Vice-Président*:

> [illegible]
> gestern angenommen hat.

Pilet schickt Minger auch den Brief des Generals zurück, der sich teilweise auf «unser gemeinsames Gespräch vom Samstag, 3. August, bezieht». Minger werde «sofort begreifen», dass er selber die «fragliche Affäre» – er meint damit die diplomatischen Folgen des Ruth-Rapports – nicht behandeln könne. In Pilets Entwurf zum Brief findet sich der Satz:

> [illegible]

Die weit vertretene Meinung, er sei auf Guisans Beliebtheit im Volk neidisch, wurmt ihn. Er hält sie für ungerecht. In der abgesandten Fassung seines Briefs an Minger verzichtet Pilet auf diesen persönlichen Schlenker. Er schreibt sachlich knapp:

> [illegible]
> um acht Tage zu verlängern. Ich habe ihn dringend nötig.

Die Kollegen erfüllen Pilets Wunsch. Sie antworten auf seinen formellen Brief am folgenden Mittwoch, 21. August, freundschaftlich und in wenig amtlichem Ton. Et-

ter berichtet, dass er am Montag mit Minger und am Dienstag mit G[illegible] über die «Angelegenheit» – die Beantwortung der Noten der beiden Achsenmächte – Rücksprache genommen habe.

Etter berichtet weiter, dass er den englischen Gesandten kommen liess, «um ihm über die wiederholten Verletzungen unseres Luftraums durch englische Flieger [illegible] ernste Vorstellungen zu machen». Kelly habe ihm versprochen, sein Möglichstes zu tun, die von der Schweiz in London unternommenen Schritte zu unterstützen. Am Dienstag sei die Antwort der englischen Regierung eingetroffen.

> [illegible]

Schliesslich hat Etter noch Trauriges zu vermelden.

> [illegible]
> lassen. Ich warte gern und harre ruhig aus, bis Du zurückkehrst.

Am gleichen Mittwoch, 21. August, meldet sich brieflich auch Minger, der im Emmental Ferien macht, bei Pilet:

> Mein Lieber,
> Zu Deiner vorläufigen Orientierung kurz folgendes:
>
> [illegible] ausländischer Herrschaften.
>
> - [illegible] geben.
> - [illegible] Bundesrats zu halten.

[illegible]

[illegible]

länger werden, weil der «Posteler» auf meinen Brief wartet.

Herzliche Grüsse!

Dein R. Minger

62. Professor Burckhardt und die germanische Kultur

Am Mittwoch, 14. August, schreibt der General einen ausführlichen «persönlichen und geheimen» Brief an den *Chef du Département militaire R. Minger*. Guisan stellt darin fest, dass angesichts der Hegemonie der Achsenmächte auf dem Kontinent die Schweiz von «überholten Methoden» wegkommen müsse:

> [illegible] ruktionen gehorchen.

Dies heisst im Klartext: Frölicher hat keinen Zugang zu Hitler, Göring, Ribbentrop etc. und kann bloss mit Weizsäcker reden. Guisan fügt hinzu:

> [illegible]

Soeben seien die deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen am 9. August erfolgreich abgeschlossen worden. Diese rein wirtschaftlichen Gespräche scheinen dem General zu begrenzt. Er schlägt einen «Meinungsaustausch von anderem Umfang» vor, der auf «politische, kulturelle, soziale, touristische etc.» Fragen ausgeweitet würde:

> [illegible] werden.

Frölicher ist in den Augen Guisans der falsche Mann dafür. Sollte man «unsern gegenwärtigen Minister aus Gründen, die der Armeekommandant nicht kennen muss, für eine gewisse Zeit noch auf seinem Posten belassen», sei zu prüfen, ob nicht eine ausserordentliche «Botschaft» errichtet werden könnte, die einem «neuen» Mann anvertraut würde, der mit zeitlich beschränkten Missionen bei der Regierung des Führers beauftragt würde. Guisan denkt an *M. C. J. Burckhardt, ex Haut Commissaire de la S.d.N. à Dantzig, membre du Comité International de la Croix-Rouge, et Professeur à l'Université de Genève*:

> [illegible]

Mehr noch:

> [illegible]

Der General zählt andere Eigenschaften auf, die Burckhardt zur idealen Besetzung für die vorgeschlagene Sondermission machen:

> [illegible]

Die Präsenz des parteiungebundenen Burckhardt in Berlin würde dem Dritten Reich zeigen, dass unser Land fähig sei, sich «von einem gewissen Routinegeist zu lösen, der heute unzeitgemäss und *mesquin* (kleinlich) erscheint»:

> [illegible]

> [illegible]
> zu suchen und eine Zusammenarbeit einzuleiten

Guisan weiss, wie man eine Mission Burckhardt der kritischen Schweizer Öffentlichkeit schmackhaft machen könnte:

> [illegible]
> *vent* (Wandschirm) dienen

Was hat den General am 14. August veranlasst, Minger den Vorschlag einer Sondermission Burckhardt zu machen und diesen sehr detailliert zu begründen? Wieso schreibt er Minger vertraulich und persönlich und nicht zuhanden des Bundesrats? Was verspricht sich Guisan von einer Entsendung Burckhardts nach Berlin?

Noch während seiner Unterredung mit Pilet und Minger am 3. August traf ein Telegramm Frölichers ein. Die Depesche sprach von einer «starken Missstimmung gegen General wegen kürzlichem Armeebefehl» und erwähnte, dass angeblich in Frankreich die «Armeeleitung belastende Dokumente» gefunden wurden. Guisan sah das Telegramm und wusste nun, dass seine Stellung gefährdet war. Am 13. August erhielt Etter von Kocher die deutsche Note, in der die Rütlirede als «unzeitgemässe Demonstration» des «Herrn General» verurteilt wird. Etter wird Guisan unverzüglich über den Inhalt der Note orientiert haben. Jetzt war die Situation für Guisan wirklich ernst geworden. Er braucht einen Fürsprecher in Berlin. Professor Burckhardt ist der richtige Mann, der bei den Nazigrössen ein gutes Wort für ihn einlegen könnte.

Guisan weiss auch, dass der Gedanke an eine Vermittlungsmission Burckhardt nicht neu ist. Im November 1939 berichtete Justizberater Oberst Logoz dem damaligen Generalstabschef Labhart, Göring habe Burckhardt zu einer Jagd eingeladen. Leider habe Burckhardt wegen «Arbeitsüberhäufung» verzichten müssen. Labhart schrieb damals in sein Tagebuch:

> [illegible]
> Vorteil wäre, solche vermitteln zu können

Der General wird erfahren haben, dass die Idee einer Mission Burckhardt im Bundeshaus neuerlich wieder herumspukt. Pilet hat am 29. Juli Korpskommandant Wille unverbindlich gefragt, was er von einer allfälligen Entsendung Burckhardts nach Berlin halte.

Wenn Guisan nicht selber auf den Namen Burckhardt gekommen ist, dann wird Barbey ihn darauf gebracht haben. Es ist erwiesen, dass Barbey den vom 14. August datierten Brief an Minger geschrieben hat und sich dabei auf eine eigene Notiz vom 12. August stützte.

Weshalb aber brachte Barbey schon in seiner Notiz vom 12. August – also noch vor dem Eingang der für Guisan bedrohlichen deutschen Note – Burckhardt ins Spiel? Es gibt einleuchtende Anhaltspunkte, wonach es C. J. Burckhardt selber war, der Barbey von der Nützlichkeit einer von ihm selbst unternommenen Sondermission nach Berlin überzeugte.

Der IKRK-Vizepräsident weiss, dass Bernard Barbey auf seinen Chef Guisan starken Einfluss hat. Als Burckhardt in den Zwanzigerjahren seine Richelieu-Biographie schrieb, hat er den neun Jahre jüngeren Romancier Barbey in Paris getroffen. Beide sind Literaten, Schöngeister, Musikliebhaber. Sie gehören der gleichen gehobenen sozialen Schicht an. Burckhardt kommt aus dem Basler *Daig*, Barbeys Vater ist ein Waadtländer Gutsherr, sein Grossvater der Genfer Banquier Alexis Lombard. Nach Kriegsausbruch haben Burckhardt und Barbey – dieser jetzt als Verbindungsmann Guisans zur französischen Armeeleitung – sich verschiedentlich getroffen, um Informationen auszutauschen. Der Brief Barbey-Guisan an Minger deutet darauf hin, dass anfangs August eine neuerliche Begegnung zwischen dem IKRK-Chef und Guisans Stabschef stattgefunden hat. Die im Schreiben enthaltene Bemerkung über Hitlers Wohlwollen für das IKRK – *institution estimée par le chancelier Hitler* – kann Barbey einzig von Burckhardt selber gehört haben. Wann und wo sich Burckhardt und Barbey trafen, ist nicht bekannt. Barbey hat fast alle Tagebucheinträge zwischen dem 31. Juli und dem 14. August – dem Datum des Briefs an Minger – verbrannt.

63. Dr. Grawitz besucht die Schweiz

C. J. Burckhardt sieht sich immer noch als möglicher Friedensstifter zwischen Deutschland und England. Ein totaler Weltkrieg, der in den Augen Burckhardts mit einer Bolschewisierung Europas enden würde, könnte vielleicht abgewendet werden. Burckhardt würde eine deutsche Hegemonie in Europa einer Fortdauer des Gemetzels vorziehen. Noch im Juni 1941, kurz vor Hitlers Einmarsch in Russland, wird er der *Weltwoche*-Redaktorin Mabel Zuppinger alias «Claudine» schreiben:

> [illegible]

Die andere Eventualität, das «Darauf-ankommen-Lassen», birgt für Burckhardt die Gefahr einer erhöhten Wiederholung des «Darauf-ankommen-Lassens» vom Herbst 1939, das zu den Kriegserklärungen Englands und Frankreichs an Hitler führte. Der Diplomat Burckhardt zieht das «Sichbesinnen» vor, den «Stillstand», der «alle Möglichkeiten frei werden lässt»:

> [illegible] ... der Weg des Verstandes.

IKRK-Chef Burckhardt wähnte sich offensichtlich auf dem «Weg des Verstandes», als er Anfang Juli dem Ruf Weizsäckers nach Berlin folgte. Er konnte damals den anderweitig beschäftigten Führer nicht besuchen. Nach seiner Rückkehr traf er in Bern Pilet und Kelly. Am 15. Juli folgte ein Gespräch mit Kocher, den er zusammen mit Frau nach Genf zum Essen eingeladen hatte. Darüber berichtete er dem EPD: «Der Besuch nahm einen sehr angenehmen Verlauf und am Tisch tauschte man in einer freimütigen und herzlichen Atmosphäre Meinungen aus.» Aus seinen Gesprächen mit dem englischen und dem deutschen Gesandten schloss Burckhardt, dass eine neuerliche eigene Mission nach Berlin nützlich sein könnte. Er hielt einen Frieden zwischen Deutschland und England immer noch für wünschbar und möglich.

Dies war einer der Gründe, wieso er den geschäftsführenden Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. med. Ernst Robert Grawitz, den er eben in Berlin kennen gelernt hatte, in die Schweiz einlud. Am 31. Juli führte er Grawitz im Auto auf den Bauernhof von Bundesrat Minger im seeländischen Schüpfen. Wie es sich gehört, dankte Burckhardt nachher Minger brieflich:

> [illegible] des Nationalsozialismus erkennen.

Er, Burckhardt, hat diese Vorzüge schon früh erkannt. Auf einer einwöchigen Reise im Mai 1936 – kurz nach dem deutschen Einmarsch ins Rheinland – durfte er als IKRK-Vizepräsident auf seinen ausdrücklichen Wunsch hin deutsche Konzentrationslager besuchen. Bei allen Vorbehalten über die Behandlung der in diesen Arbeits- und Umerziehungslagern Gefangenen zeigte der Professor Verständnis für die Errungenschaften des nationalsozialistischen Regimes. Der zu seiner Begleitung abgestellte Reichsarbeitsführer zitierte damals in einer dienstlichen Mitteilung an die Reichskanzlei wörtlich eine von Burckhardt gemachte Bemerkung:

> [illegible]

Weiter heisst es in dem Bericht des deutschen Begleiters an die Reichskanzlei:

> [illegible]

> [illegible] reichen wollte, unbedingt erfüllt hat.

War Burckhardt bei seiner Deutschlandreise 1937 von Hitlers Werk derart beeindruckt, wie dies der Reichsstudentenführer in seinem Bericht darstellt, oder wollte der IKRK-Delegierte bloss seinen Gastgebern schmeicheln? Nur Burckhardt selber konnte es wissen.

Beim Besuch auf dem Hof von Bundesrat Minger am letzten Julitag 1940 stellt Burckhardt den Rotkreuzdirektor Grawitz Minger «als unter anderem ein Freund Himmlers» vor. «Er hat das Herz am rechten Fleck, er spürt, was echt ist.» Wohlweislich verschwieg er dessen Stellung als «Reichsarzt SS» und SS-Obergruppenführer, der dem Rang eines General-Oberst im Heer entspricht. Burckhardt konnte nicht wissen, dass der sympathisch wirkende Grawitz auch in Hitlers geheimem Unternehmen zur «Vernichtung lebensunwerten Lebens» – der Ermordung körperlich und geistig Behinderter – eine führende Rolle spielt. Der Mann mit dem «Herz am rechten Fleck» sucht Ärzte aus, die bereit sind, die Tötungen vorzunehmen. Einem potenziellen Rekruten sagte er, man müsse auch bereit sein, unangenehme Arbeiten zu übernehmen. Er werde persönlich die Tötung des ersten Geisteskranken durchführen. Der gute Doktor ist ein pflichtbewusster Mensch. Er wird während des Kriegs führend bei grausamen medizinischen Versuchen an KZ-Häftlingen beteiligt sein. Im April 1945 wird Grawitz sich durch Selbstmord einem Kriegsverbrechensverfahren entziehen.

Am Abend nach dem Besuch in Schüpfen nahmen Burckhardt und Grawitz an einem Dinner teil, das Köcher in der deutschen Gesandtschaft zu Ehren des hohen Gastes gab. Am 1. August fuhren sie gemeinsam nach Genf. Zuvor, an einem der letzten Julitage, hatte der SS-Reichsarzt auf seiner Schweizer Reise auch einen Abstecher ins Berner Oberland gemacht. Grawitz stattete seinem Berufskollegen und Gesinnungsgenossen, Dr. Fritz Thönen, Spitalarzt in Zweisimmen, einen kurzen Besuch ab. Nachdem er Thönen Grüsse vom «gemeinsamen Freund», Reichsführer Heinrich Himmler, überbracht hatte, kam er zum Zweck seines Besuchs. Er erzählte Thönen, dass in den sogenannten La-Charité-Akten Briefe gefunden worden waren, die das schweizerische Armeekommando belasten.

Was es sich mit den sogenannten La-Charité-Akten auf sich hatte, wurde nun allmählich auch in der Schweiz bekannt. Am 19. Juni hatte eine deutsche Vorausabteilung auf dem Bahnhof von La Charité-sur-Loire einen Zug gestoppt und durchsucht. Sie stiess auf geheime Akten des Alliierten Obersten Kriegsrats, welche die flüchtende französische Regierung in Sicherheit hatte bringen wollen. Die deutsche

Presse berichtete am 4. Juli in grosser Aufmachung von dem Fund. In seiner Rede vom 19. Juli erwähnte Hitler die Dokumente als Beweis für die Pläne der Alliierten zur Kriegsausweitung:

> [illegible] mehr.

Nun befanden sich unter den La-Charité-Akten angeblich Briefe, die die Schweiz belasteten. Die indirekt von Himmler stammende Nachricht alarmierte Thonen. Der im Berner Oberland populäre, für seine Nazifreundlichkeit bekannte Arzt glaubte, Grawitz sei zu ihm geschickt worden, um die Schweiz zu warnen. Bewunderung für die Nazis schloss Schweizer Patriotismus nicht aus. Thonen erzählte seinem Schulfreund Oberstbrigadier Rudolf von Erlach von der Mitteilung über die gefundenen Dokumente, die er von einem deutschen Gewährsmann erhalten hatte. Von Erlach, zur fraglichen Zeit Chef der Operationssektion im Generalstab, spitzte die Ohren. Wieso wusste er in seiner hohen Stellung nichts von schweizerisch-französischen Generalstabsabkommen? Was für eine Rolle spielten Guisan und seine persönliche Entourage hinter dem Rücken des Generalstabs?

Wenn Grawitz mit Thonen über «La Charité» gesprochen hat, wird er erst recht Burckhardt Näheres über den Fund erzählt haben. Sein Vorgesetzter Himmler besitzt seinen eigenen Geheimdienst und weiss mindestens so viel wie Weizsäcker. Es ist deshalb denkbar, dass der Brief Guisans an Minger vom 14. August eine direkte Folge der Gespräche ist, die Burckhardt zuvor mit Weizsäcker und Grawitz geführt hat. Beim Besuch auf Mingers Bauernhof in Schupfen wird Burckhardt gemerkt haben, dass Minger für die Idee einer Sondermission nach Berlin empfänglich sein würde. Der IKRK-Vizechef hat schon Anfang Juli bei seinen Gesprächen mit Kelly und Pilet diskret angedeutet, dass er einer neuerlichen eigenen Berlinmission nicht abgeneigt wäre. Im Interesse der Schweiz natürlich, wie er sagt. Im Interesse des Weltfriedens, wie er denkt. Und im Interesse seines eigenen Rufs als diplomatischer Vermittler von Weltrang. Burckhardt weiss, dass ein von Barbey im Namen Guisans formulierter Brief an Minger, der für eine Berliner Mission des IKRK-Chefs plädiert, seinen eigenen ehrgeizigen Plänen nur förderlich sein kann.

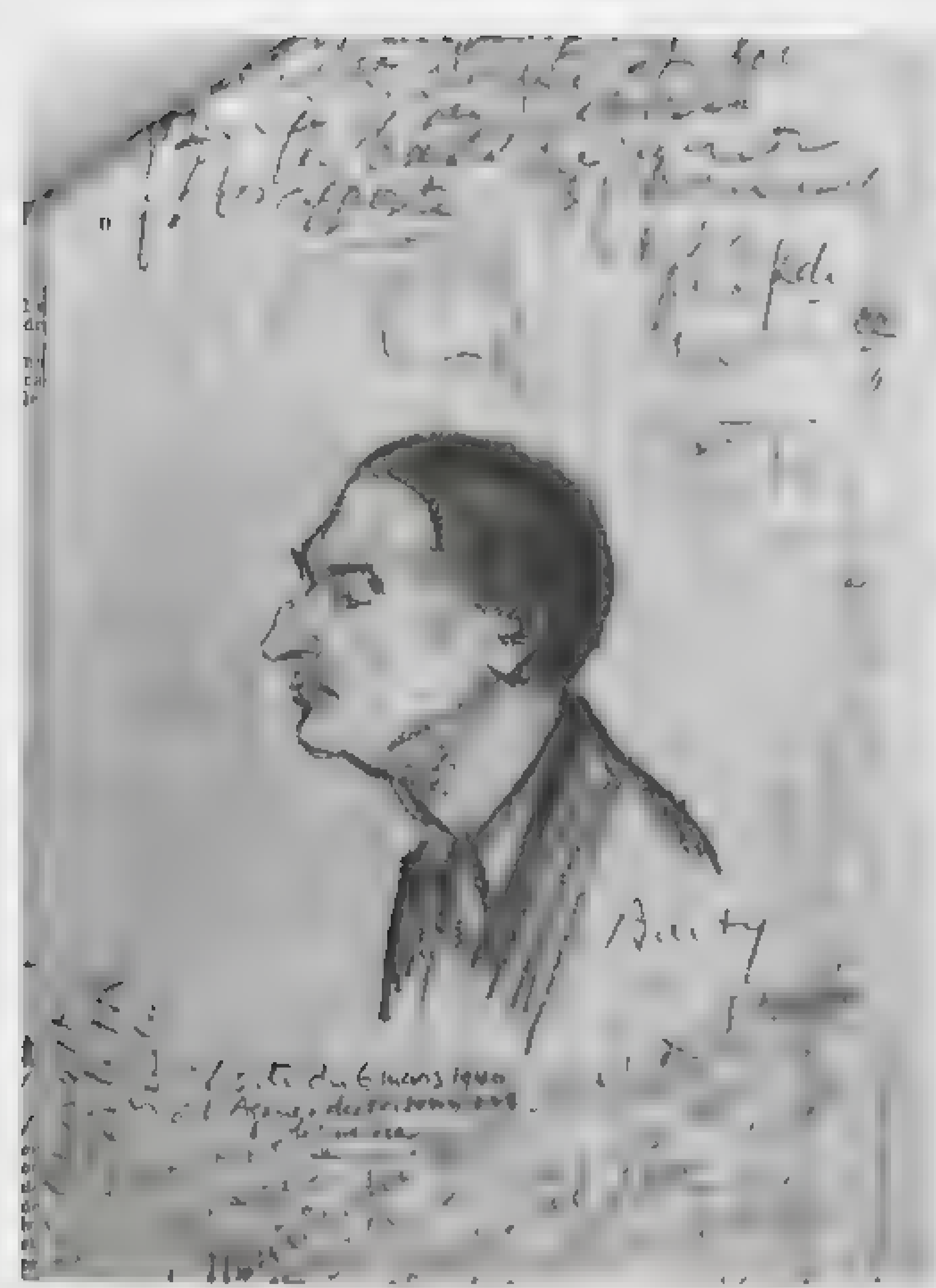


FV KMB. Dep GKS © GKS. Paul Senn

11 . Mai 1940, Bern:
Kriegsmobilmachung.
(Schweizerisches Bundesarchiv)



11. Mai 1940, Zürich:
Kriegsmobilmachung.
(Keystone / Photopress-Archiv)



Nach seinem Besuch beim IKRK in Genf erhielt Pilet-Golaz einen freundlichen Brief, Zeichnung und Notizen vom Berichterstatter des *Feuille d'Avis de Lausanne* Edouard Bauty. (Privatarchiv)

März 1940, Genf: IKRK-Präsident Max Huber, Bundespräsident Pilet-Golaz und Bundesrat Minger in der Zentralstelle für Kriegsgefangene. (IKRK Photoarchiv/Bolomey)



ARMÉE SUISSE — SCHWEIZERISCHE ARMEE — ESERCITO SVIZZERO

LE COMMANDANT EN CHEF DE L'ARMÉE — DER OBERBEFEHLSHABER DER ARMEE — IL COMANDANTE IN CAPO DELL'ESERCITO

30 August 1940:
Durchschlag eines Briefs von General Guisan an Bundesrat Minger zur Überfliegung der Schweiz durch fremde Flugzeuge. Randstriche und Fragezeichen von Pilet-Golaz

(Privatarchiv)





18. September 1940: Der Bundespräsident bei den grossen Manövern des 4. Armeekorps.

(©Theo Frey/Fotostiftung Schweiz/Schweizerisches Bundesarchiv)





8. Mai 1940: Bundesrat Minger, General Guisan, Bundespräsident Pilet-Golaz auf Truppenbesuch.
(Schweizerisches Bundesarchiv)

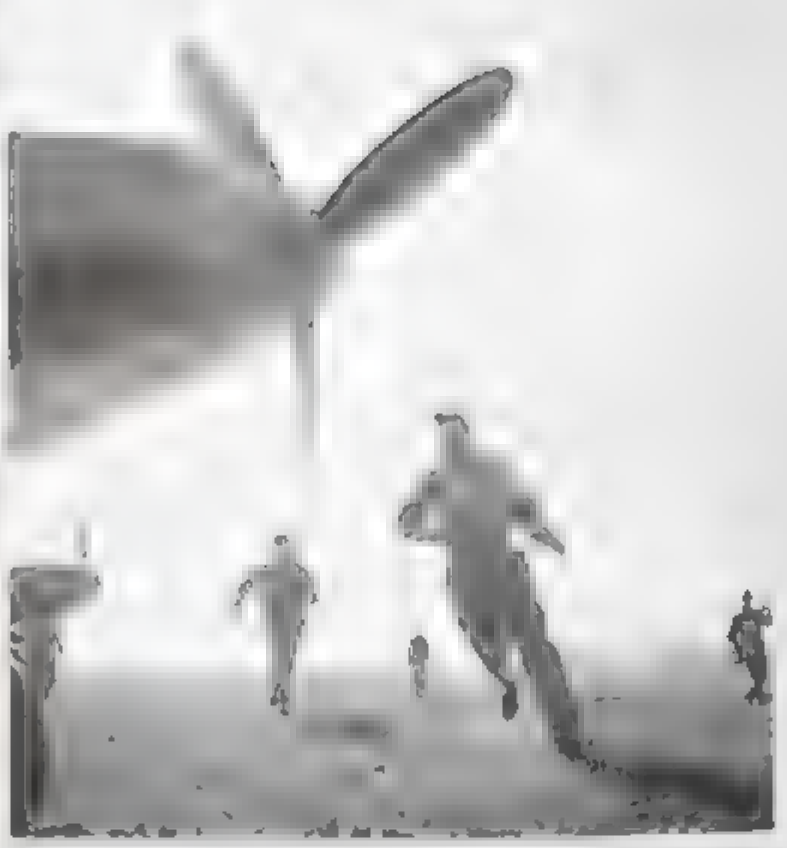
5. März 1940: Winter-Gebirgsausbildung.

(Schweizerisches Bundesarchiv)



Sommer 1940: Flieger- und Flabtruppen bereit für fremde Luftangriffe.

(©Theo Frey/Fotostiftung Schweiz/Schweizerisches Bundesarchiv)



(Schweizerisches Bundesarchiv)

Juni 1940: Über den Doubs geflüchtete fanzosische Spahis werden interniert. (Schweizerisches Bundesarchiv)



(Schweizerisches Bundesarchiv)

Januar 1940 Der Bundespräsident gibt in einem Artikel für *L'Ecolier romand* welschen Schülern väterliche Ratschläge. (Privatarchiv)



An seinem Pult im Berner Scheuerrain. (Privatarchiv © Max Kettel)

Brief aus den Ferien. Bundesrat Wetter schreibt zu den Verhandlungen mit Deutschland und Italien und bittet um Urlaubsverlängerung, die Bundespräsident Pilet-Golaz in einem Randvermerk bewilligt. (Privatarchiv)

Nach seinem Schlaganfall hat Bundesrat Motta Mühe beim Schreiben. Am Rand eines Briefs an Pilet-Golaz entschuldigt er sich für einen Tintenfleck, der ihm unterlaufen ist. (Privatarchiv)

Die Voliere

Erfolgsschriftsteller und Schiller-Preisträger Jakob Schaffner bewundert Hitler. (Nebelspalter)

Nationale Bewegung der Schweiz

18. November 1940. Persönlicher Brief der NBS-Führer Keller und Hofmann an Bundespräsident Pilet-Golaz. Tags darauf verbietet der Bundesrat die Nationale Bewegung der Schweiz. (Privatarchiv)

22. Juli 1940: Alt-Bundesrat Eduard Schulthess gibt Pilet-Golaz Ratschläge für die Handelsgespräche mit Deutschland. (Privatarchiv)



(Privatarchiv/C. Jost)

21. Oktober 1939: Abhörprotokoll eines Telefongesprächs zwischen FDP-Fraktionschef L.F. Meyer und Minister Köcher über die heimliche Einreise des Grossindustriellen Fritz Thyssen in die Schweiz. (Privatarchiv)

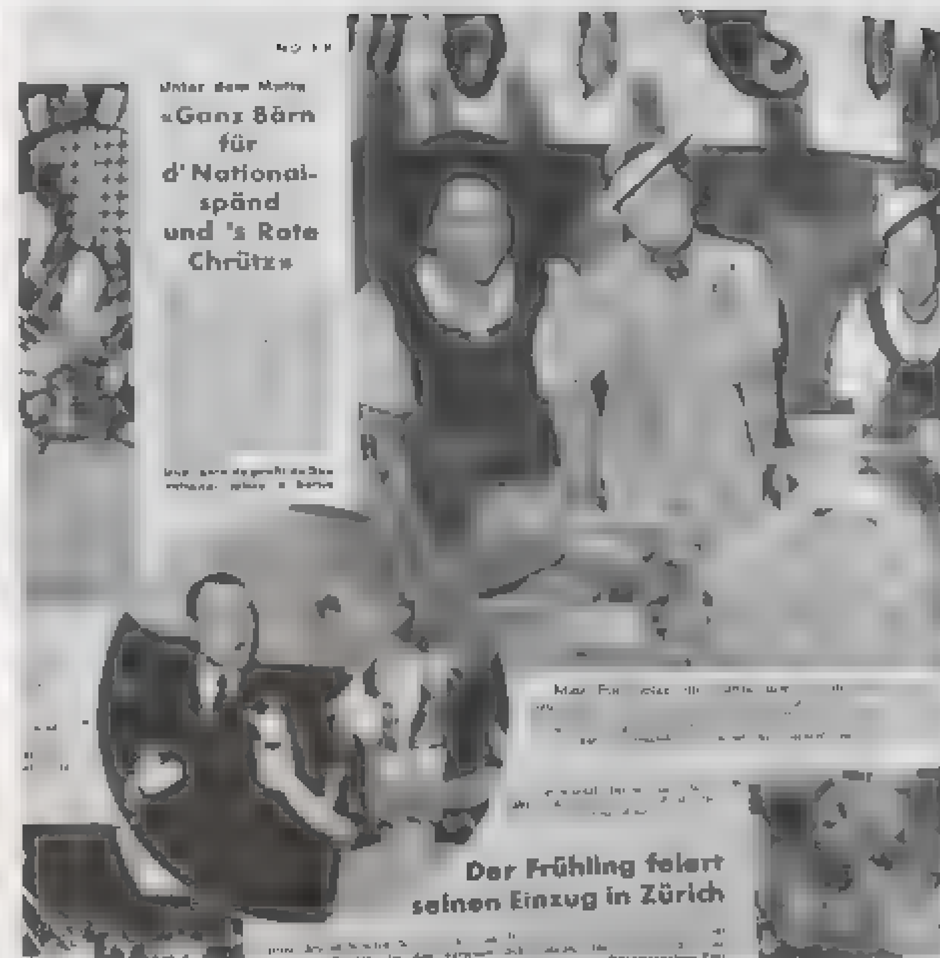


Politische Freunde und Gegner von Bundespräsident Pilet-Golaz (Nebelspalter)



Berlin verlangte seinen Rücktritt, Pilet-Golaz schützte den bedeutenden Arbeiterführer. Robert Grimm, SP-Fraktionschef, Berner Regierungspräsident, Chef «Kraft und Wärme». (Sozialarchiv)



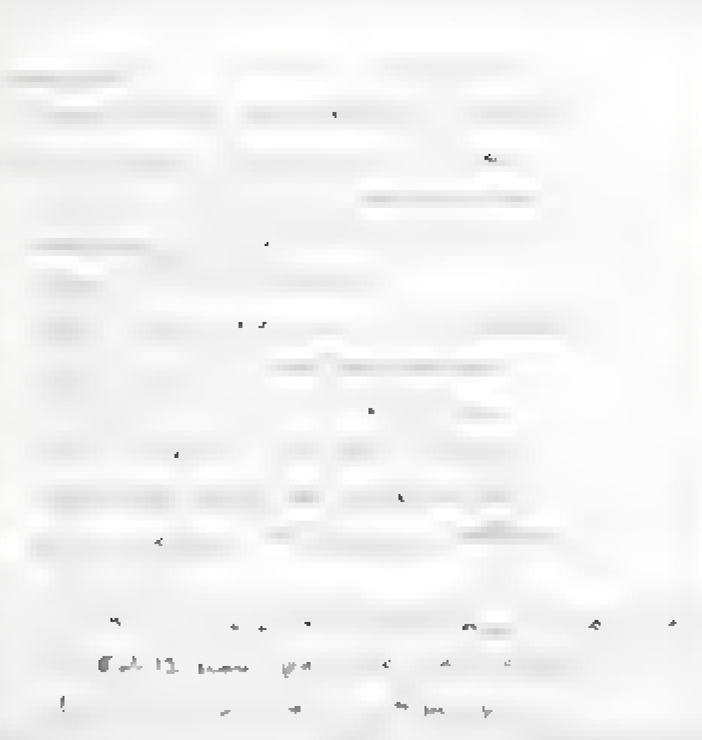


Unter dem Motto
«Ganz Bärn
für
d' National-
spänd
und 's Rote
Chrütz»

Der Frühling feiert
seinen Einzug in Zürich

Eine Waadtländerin in Bern. Mme Pilet-Golaz in ihrem Garten am Scheuerrain
und bei einer Wohltatigkeitsveranstaltung im Kursaal.
Im runden Bild Pilet mit Trachtenmadchen aus seinem Kanton.

Von-Wattenwyl-Haus Die feudale neue Wohnung der Pilets war im Parterre. (Privatarchiv)



2. November 1940: «Wer weiss, was die Zukunft bringt? » Eintrag ins *Livre de Raison* für Les Chanays. (Privatarchiv)



Bundesrat Philipp Etter mit Frau und Kindern im Berner Kirchenfeld. Für den Kriegsfall bot Pilet-Golaz der Grossfamilie seinen Bauernhof als Zufluchtsort an. (Keystone/Photopress-Archiv)

Les Chanays. Pilets Bauernhof im waadtländischen Essertines-sur-Rolle. (Privatarchiv)



Soldatenweihnacht 1940. (Privatarchiv/Alfred Rohrer)

64. Battle of Britain

Monsieur und Madame Filet erholen sich im feinen Verenahof zu Baden. Marger schnuppert auf der Lüdernalp frische Bergluft. In ihren nachgeholten Flitterwochen lässt sich Elsa Attenhofer an der Riviera von Ehemann Karl Schmid im Badekostüm ablichten. Wie sind die Jungverheirateten wohl gereist?

Während die meisten Schweizer Ferien genossen, tobt über dem Ärmelkanal und Südengland ein gigantischer Luftkampf. Anfang August hat Hitler Weisung 17 ausgegeben:

> [illegible] von Flakgerät zu richten.

Görings Flieger sollen die Luftherrschaft erringen, um für eine Invasion der Britischen Inseln den Weg zu bahnen. Die Schweizer Presse berichtet ausführlich über das dramatische Kriegsgeschehen in der Luft und zur See. Schön neutral druckt sie die Militärcommuniqués aus Berlin und London nach. Ihrer Leserschaft – und selbst Piet in Baden – fällt es schwer, sich ein klares Bild über den Verlauf des mehrere Tage andauernden Ringens zu machen. Die von den beiden Seiten bekannt gegebenen Zahlen klaffen auseinander.

Auftakt zur Offensive gab der «Adlertag», der 13. August. Am Abend meldet der Wehrmachtsbericht, 88 britische Jagdflugzeuge seien abgeschossen und weitere 84 Jäger am Boden zerstört worden – hauptsächlich Hurricanes und Spitfires. Goebbels schreibt ins Tagebuch:

> [illegible]

> [illegible]
> Wetter nicht besonders gut

Hugh Dowding, Kommandant des RAF Fighter Command, ist überrascht, als ihm seine Wing Commanders lediglich Verluste von 13 Jägern und 11 Bombern in der Luft sowie von 47 meist älteren und militärisch unwichtigen Flugzeugen am Boden berichten. Der Krieg läuft nicht wie von Hitler und Göring gewünscht, auch wenn die deutsche Propaganda dies mit ihren triumphalen Siegesmeldungen vertuscht. Am 15. August erleidet die Luftwaffe ihre bisher grössten Verluste. Nach englischer Rechnung wurden 180 Feindmaschinen zerstört, 158 durch die englischen Jäger, 22 durch die Fliegerabwehr.

Goebbels klagt über «dieses verrückte Wetter! Diesmal haben wir kein besonderes Schwein damit!» Zwar glaubt der Propagandaminister am 18. August an «Flugzeugverluste 89:31», aber die Euphorie der ersten Tage des Battle of Britain – wie der Luftkampf später getauft wird – ist weg. Tagebuch Goebbels:

> [illegible]
> überwinden um einer besseren und schönen Zukunft willen.

Es wird nicht besser für Goebbels. 19. August: «Gestern wieder schlechtes Wetter. Es ist zum Kotzen.» 20. August: «Das Wetter ist grauenhaft.»

Am selben Dienstagnachmittag spricht Churchill vor den gedrängten Rängen des Unterhauses. Die grosse Luftschlacht sei jetzt noch intensiver geworden. Ausmass und Dauer seien nicht abzuschätzen. Der Feind werde noch grössere Anstrengungen machen als bisher. «Herr Hitler», sagt Churchill, werde jetzt nicht einfach aufgeben, nachdem er «grauenerregende Berichte durch die Welt trompetet» und von einer riesigen Zahl abgeschossener Air-Force-Flugzeuge geprahlt habe. Wenn der Führer seine Luftattacke zahm versanden lassen müsste, wäre sein «Ruf für Wahrhaftigkeit ernsthaft angeschlagen». Hitler werde so lange fortfahren, «als er die Kraft dazu hat». Churchill erklärt dem Unterhaus plausibel, wieso das Land durchhalten kann:

> [illegible]

> [illegible] sie bald einmal wieder in Aktion.

Die tatsächlich zahlenmässig unterlegene Royal Air Force werde Parität erreichen und dann die Luftüberlegenheit, von der in grossem Ausmass der Ausgang des Kriegs abhänge. Schliesslich rühmt Churchill seine Piloten. Durch ihre Leistungen und ihre Hingabe wendeten die Flieger der Royal Air Force im Weltkrieg das Blatt («are turning the tide of the World War»). Prophetische Worte, die in die Geschichte eingehen werden und die im berühmten Satz gipfeln: *«Never in the field of human conflict was so much owed by so many to so few.»*

Schweizer Zeitungen wie die *Gazette* veröffentlichen lange Ausschnitte aus Churchills Rede, wohlverstanden ohne seine scharfen Angriffe auf Hitlers Person. Die Leser erhalten so einen Eindruck vom Widerstandswillen der britischen Nation und ihres War Leaders. Nicht jeder wird die gleichen Schlüsse gezogen haben wie René de Weck, der im fernen Bukarest den Luftkampf an seinem Radioapparat verfolgt:

> [illegible] grossartigen Moral. Es gibt Akzente, die nicht täuschen.

«Vielleicht», schreibt de Weck, würden «künftige Historiker den Ereignissen der letzten Tage eine mit der Schlacht von Trafalgar vergleichbare Bedeutung beimessen».

Am Samstag, 24. August, kehren die Pilets aus Baden nach Bern zurück. Ihre erste Nacht am Scheuerrain bringt wenig Schlaf. Feldmann notiert im Tagebuch:

> [illegible] tillerie hörbar.

Die englischen Bomberstaffeln hatten ihre Flüge über Norditalien wieder aufgenommen. Die Schweizer [illegible] in die Luft. [illegible] Nacht [illegible] zeigt man [illegible], dass wir es mit der Neutralität ernst nehmen.

Am Dienstag 27. August tritt Pilet nach drei Wochen erstmals wieder an die Bundesratssitzung. Jetzt ist Etter in den Ferien. Ein Hauptthema betrifft die neutralitätsverletzenden britischen Überflüge. In Pilets Abwesenheit hat Minister Thurnheer in London bereits zweimal protestiert. Die Antwortnote von Aussenminister Lord Halifax vom 19. August stellt fest, dass die Sache untersucht worden sei. Die Fliegergruppe der R.A.F. hätten das Schweizer Gebiet versehentlich [illegible] überflogen. Er spreche «im Namen der Regierung Seiner Majestät mein tiefes Bedauern über diesen Umstand» aus:

> [illegible]
> gung ihrer Neutralität zu unternehmen.

Dazu gibt Thurnheer in einem Telegramm vom 23. August Pilet einige Erläuterungen. Obwohl die britische Note von «versehentlichen» Überflügen spreche, hätten die britischen Flieger «wahrscheinlich» die Möglichkeit einer Überfliegung der Schweiz nicht zum vornherein ausgeschlossen, «wenn sie dies aus militärischen Gründen für eine zwingende Notwendigkeit hielten». Die Ausreden von Wind, Wetter und schlechten Sichtverhältnissen lässt Thurnheer nicht gelten:

> [illegible]
> für Flüge von Bombern nach Italien recht kurz sind.

Pilet weiss natürlich, dass gegen die britischen Neutralitätsverletzungen praktisch nichts zu machen ist. Die Schweizer Flab schiesst nicht hoch genug, es fehlt an Scheinwerfern, und die Schweizer Jäger können in der Nacht nicht aufsteigen. Immerhin erhält Pilet vom Bundesrat die Ermächtigung, folgendes Communiqué zu veröffentlichen:

> [illegible] schweizer'sche Neutralität zu achten, verlangt werde

Die Erklärung dient zur Beruhigung der Öffentlichkeit und vor allem Berlins. In London begnügt sich Thurnheer nicht mit der Übergabe der Protestnote. Aus eigenem Antrieb macht er Unterstaatssekretär Sir Alexander Cadogan den Vorschlag, die erzwungene Landung eines englischen Bombers zu inszenieren, um damit Deutschland zu zeigen, dass die Schweiz ihre Lufthoheit gegen alle verteidigt. Thurnheers Anregung wird vom britischen Kriegskabinett abgelehnt. Luftfahrtsminister Sinclair kann kein einziges Flugzeug, geschweige denn die Piloten entbehren. Sinclair schlägt vor, dass die Schweizer Armee den Abschuss mehrerer britischer Flugzeuge melden könnte, was dann das britische Kriegsbulletin sofort bestätigen werde. Thurnheer bleibt skeptisch. Deutschland und Italien würden wahrscheinlich Beweise für die angeblichen Flugzeugabschüsse verlangen. Cadogan meint darauf, man könne ja sagen, die Trümmer seien im See gelandet. Die allzu fantasievolle Idee von Scheinabschüssen wird fallen gelassen. Das Risiko, von den Deutschen, die in der Schweiz ihre Augen und Ohren haben, bei einer Lüge ertappt zu werden, ist zu gross.

In Bern lässt Pilet Kelly kommen und zählt ihm die jüngsten englischen Luftraumverletzungen auf. Falls die Einflüge weitergingen, werde die Schweiz die englischen Flugzeuge mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen. Es ist eine leere Drohung. Weder Flab noch Jäger können den in grosser Höhe fliegenden Bombern etwas anhaben.

Immerhin hat Pilets Strafpredigt zur Folge, dass Kelly in einem Telegramm in London anfragt, ob es «wirklich wesentlich sei, dass jeder Flug über die Mitte der Schweiz stattfindet». Er hoffe, dass das Luftministerium gründlich untersuchen werde, ob es nicht eine Möglichkeit gebe, unsere Ziele zu treffen, ohne die Schweiz zu überqueren.

Die sich häufenden Nachrichten über die von beiden Seiten vorgenommenen Bombardierung feindlicher Städte veranlasst den Bundesrat, zusätzliche Massnahmen für den Luftschutz zu diskutieren. Er will für Ortschaften von über 20 000 Einwohnern die Einrichtung von Luftschutzräumen obligatorisch machen. Finanzminister Wetter ist für eine «Empfehlung» statt einem «Obligatorium». Der Bundesrat ist mit ihm einverstanden. Das Militärdepartement soll eine weniger weitgehende Fassung finden.

Stampfli referiert über die britische Blockadepolitik, die der Schweiz immer grössere Sorgen bereitet. Zufuhren über die italienischen Häfen und über Marseille sind unterbrochen:

> [illegible] nien stösst auf grösste technische Schwierigkeiten.

Niemand weiss, wie sich die englische Blockadepolitik gegenüber der Schweiz entwickeln wird. Die britische Regierung will der Schweiz zwar weiter die Zufuhren «lebenswichtiger Güter» gestatten, aber deren Höhe von den jeweiligen schweizerischen Inlandvorräten abhängig machen. Selbst die britische Gesandtschaft in Bern kann keine Zusicherungen geben «über die künftige Versorgung der Schweiz mit Gütern, welche die britische Blockade zu durchlaufen haben».

Der Bundesrat beschliesst, unverzüglich Besprechungen mit den britischen Blockadebehörden in London aufzunehmen. Die Schweiz will die Freigabe der im Atlantik zurückgehaltenen Schiffe und «die Freigabe der Zufuhr zur See von festen und flüssigen Brennstoffen (Kohlen aus den Vereinigten Staaten, Benzin und Öle aus Rumänien und Amerika)» verlangen. Zudem soll eine Verständigung über «die künftige Zufuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten, welche in der Schweiz verarbeitet und wieder ausgeführt werden», gefunden werden. Als Unterhändler bezeichnet der Bundesrat Prof. Paul Victor Keller, Delegierter für Handelsverträge, der «unverzüglich» nach London reisen soll.

Ein heikles Geschäft ist im Sitzungsprotokoll vom 27. August nicht erwähnt. Der zur Diskussion stehende Austausch der im Juni festgenommenen Saboteure gegen in Deutschland angeklagte oder verurteilte Schweizer. Der Bundesrat beschliesst, der Oberauditor soll vorerst einmal einen Bericht über die deutschen Saboteure abliefern, während das Politische Departement einen Bericht über die in Deutschland angeklagten oder verurteilten Schweizer erstellt. Der Bundesrat spielt wieder einmal auf Zeit. Er weiss, dass ein Austausch der 10 im Gefängnis auf ihre Aburteilung wartenden deutschen Flugplatzsaboteure gegen in Deutschland inhaftierte Schweizer von Presse und Öffentlichkeit nicht verstanden würde.

65. Landammann Etter?

Als Pilet nach seiner Rückkehr aus Baden am Montag, 2[illegible]. August, die eingegangene Korrespondenz sichtet, findet ein Brieflein von Charles Gorgerat, Präsident der Waadtländer Liberalen, seine Aufmerksamkeit:

> Mon cher ami
>
> [illegible]
>
> Masson). All dies ist ziemlich seltsam…

Das «ziemlich seltsame» Dokument fasst die Beschlüsse zusammen, die an einer gemeinsamen Sitzung der Ligue vaudoise, der jungen Konservativen und des Redressement national, einer rechtsbürgerlichen Vereinigung, die Abstimmungskämpfe koordiniert, gefasst worden sind. Die im Entstehen begriffene rechtsbürgerliche Erneuerungsbewegung hat zum Ziel, «der Eidgenossenschaft eine standfeste Leitung zu geben, welche einmütiges Vertrauen geniesst und imstande ist, im Namen der Schweiz mit dem Ausland zu reden». Marcel Regamey, Gründer, Präsident und Vordenker der ultraföderalistischen Ligue vaudoise, befürwortet eine autoritäre Staatsauffassung nach dem Vorbild des Vordenkers der französischen Rechtsextremisten Charles Maurras. Regamey und seine Ligue bekämpfen Pilet wegen seines Eintretens für «antiföderalistische» Vorlagen wie die AHV und wegen seines fehlenden Widerstands gegen die bundesrätliche Weinsteuer. Unter den Waadtländer *vignerons* hat Regameys Ligue viele Anhänger (darunter auch den späteren freisinnigen Bundesrat **Paul Chaudet**).

Die rechtskonservative Sammelbewegung ist mit dem gleichzeitig gegründeten Gotthard-Bund vergleichbar. Sie will eine «einheitliche Machtausübung in der Zi

wehrbehörde sowie in der Armee.» Einzelne Punkte in dem aus dem Monat Juli stammenden Manifest zeigen, wie man sich dies vorstellt:

> [illegible] und das nötige Prestige.
>
> 4. [illegible]
>
> 5. [illegible]

Pilet schickt das kuriose Dokument «zur Orientierung» an Minger weiter und unterstreicht dabei den Punkt 5, der den prospektiven «Landammann Etter» mit neuen Männern umgeben will. Allerdings ist das Programm im Hinblick auf die Bundesratswahl vom 17. Juli ausgearbeitet worden und kaum mehr aktuell. Pilet streicht auch noch Punkt 21 an:

> [illegible] vaudoise im Beisein von *M. le colonel Masson* treffen.

Im Beisein des Nachrichtenchefs Masson? Pilet weiss, dass Regamey ein Anwaltsbüro mit Victor Perrier, dem Chef der Abteilung Presse und Funkspruch, teilt und dass er gute Beziehungen zu Perriers dienstlichem Vorgesetzten, Oberst Masson, hat. Pilet wird sich gefragt haben, was der Geheimdienstchef an einer Sitzung rechtsgerichteter Kreise zu suchen hat. Schwebt auch Masson ein nach pétainschem Muster eingerichteter Staat vor, der von einem persönlich mit Vollmachten ausgestatteten Landammann Etter regiert wird? Sind dies nicht Staatsstreichgelüste?

Weiter berichtet Pilet, er habe in der Sache der von den Achsenmächten beanstandeten Rütlirede den italienischen und deutschen Ministern die vom Bundesrat in seiner Abwesenheit genehmigte mündliche Antwort gegeben. Pilet hält den Fall damit für erledigt – «*Considère incident clos*», wie Bovet notiert. Schliesslich geht es auch noch um die bevorstehende Reise von Alt-Bundesrat Musy nach Deutschland. Musy bemühte sich bereits mehrere Male um eine Unterredung mit Etter, der ihn abwimmeln konnte. Der Bundesrat will vermeiden, dass der unberechenbare und

den faschistischen Regimes zugetane Musy sich in Berlin als schweizerischer Emissär aufspielt. Pilet wird dem Alt-Bundesrat klarmachen, dass er als Privatperson und nicht im Auftrag des Bundesrats reise, auch wenn er einen Diplomatenpass habe. Pilet fügt hinzu, dass er immerhin Musys Bericht nach dessen Rückkehr in die Schweiz «gerne anhören» werde.

An seiner Sitzung vom Dienstag, 10. September, diskutiert der Bundesrat die «Richtlinien», einen Massnahmenkatalog, den Etter in seinen Ferien ausgearbeitet hat. Das Kollegium bringt ein paar Retouchen an und beschliesst, die provisorischen «Richtlinien» vorläufig zurückzubehalten. Eine endgültige Fassung soll später erstellt werden. Dann wird man entscheiden, ob dieser neue Text der im Werden begriffenen Arbeitsgemeinschaft der Parteien, dem «Kontakt», auszuhändigen sei.

Vermutlich wäre es nützlich gewesen, wenn Parlament und Volk «Punkt 2» der Richtlinien gekannt hätten. Darin schreibt der Bundesrat, dass die «tiefgehenden politischen und geistigen Veränderungen» in Europa auch in der Schweiz «eine Reihe von Erneuerungsbewegungen auf den Plan gerufen» haben. Auffassungen seien nicht von ewiger Dauer und stetem Wechsel ausgesetzt. Sie dürften nicht erstarren und müssten sich den ändernden Verhältnissen anpassen.

> [illegible] gen Kampfes abspielen.

Die Bundesanwaltschaft hat in einem dem Bundesrat vorgelegten Bericht zwischen zwei Typen von Erneuerungsbewegungen unterschieden. Bewegungen, die illegale Mittel anwenden, sind polizeilich und gerichtlich zu verfolgen. Diejenigen, die sich bisher an die Gesetze gehalten haben, sind nicht zu verbieten, sondern bloss «sorgfältig zu beobachten». Zur ersten Kategorie wird Ernst Leonhardts «Schweiz. Gesellschaft der Freunde einer autoritären Demokratie» (SGAD) gezählt, deren Verbindung zu Nazi-Deutschland klar erwiesen ist.

Die NBS, Nationale Bewegung der Schweiz, ist in die zweite Kategorie von der Bundesanwaltschaft eingereiht worden. Sie gehört zu denen, die man bloss sorgfäl

[illegible] beobachtet. Man hört ihre Mitglieder telefonisch ab, besucht ihre Veranstaltungen, studiert ihre Proklamationen und Schriften. Aber man redet mit ihnen. Ihr Mitgründer Ernst Hofmann ist vom Bundesanwalt und am 30. Mai auch von Bundesrat Baumann empfangen worden.

Am Dienstag, 10. September, an dem der Bundesrat Etters «Richtlinien» diskutiert, empfängt nun Pilet eine Delegation der Nationalen Bewegung der Schweiz. Er tut das vor der ungewöhnlichen, von ihm auf 17 Uhr 30 anberaumten Fortsetzung der morgendlichen Bundesratssitzung. Als er die Vertreter der frontlerischen, deutschfreundlichen NBS begrüsst, hat er keine Ahnung, dass er sich auf Glatteis begibt. Für Pilet ist es eine Routinesitzung wie viele andere.

66. «Dürer»

Am 4. September hat Hitler in der Berliner Stadthalle über den Verlauf des jetzt ein Jahr dauernden Kriegs gesprochen. Die riesige Zuhörermenge lachte, wenn der Führer sich über Churchill lustig machte. Sie tobte, wenn er drohte. Hitler spottete über die wirkungslosen englischen Nachtluftangriffe.

> [illegible]

Drei Monate habe er geschwiegen, sagt der Führer, man habe ihm dies als Schwäche ausgelegt. Jetzt werde Deutschland seine Antwort geben.

> [illegible]

Nach der anfänglichen Bombardierung von Hafenanlagen und Flugzeugwerken in Südengland greifen am Morgen des 7. September 300 von Begleitjägern assistierte Bomber die Londoner Docks und das East End an. In der Nacht folgt ein zweiter Angriff durch 180 Bomber. Die britische Fliegerabwehr und britische Jäger können keine Gegenwehr leisten. Über 400 Tote und viele Verletzte. Der amerikanische CBS-Korrespondent Edward R. Murrow, der den ersten Bombenangriff zufällig von einem Rübenfeld oberhalb der Themsemündung aus beobachtet hat, berichtet seinen amerikanischen Hörern aus einem Kellerstudio des Broadcasting House:

> [illegible]
> schutzräume in den Armenvierteln

Am selben Dienstag wird auch Buckingham Palace zum zweiten Mal von Bomben getroffen. King George VI notiert in sein Tagebuch:

> [illegible]
> wir nicht tot waren.

Am Mittwoch, 11. September, beschreibt Goebbels die Wirkung der deutschen Bombenangriffe:

> [illegible]
> müssen abwarten, und angreifen, angreifen

Sinkende Moral? Nicht, dass Ed Murrow in *«This is London»* – den oft vom Trafalgar Square oder vom Dach des Broadcasting House gesendeten Direktreportagen – dies feststellen könnte:

> [illegible]

> [illegible]

Hitler bleibt laut Goebbels «bester Dinge»:

> [illegible] Frieden in Europa.

Am selben Mittwoch, 11. September, an dem Goebbels berichtet, «Buckinghampalast brennt an vielen Stellen» und Churchill als «Narr» beschimpft, tagt im Bundeshaus die Vollmachtenkommission des Nationalrats. Der von Etter und Stampfli begleitete Pilet gibt gleich zu Beginn eine Beurteilung der internationalen Lage, die sich nicht verbessert habe:

> [illegible] nationalen Komplikationen zugehen.

Der Bundespräsident bittet die Kommission «inständig», die Mitteilungen, die er ihr machen wird, «strikte vertraulich» zu behandeln. Es folgt ein Tour d'Horizon durch die akuten geografischen Gefahrenherde:

> [illegible]

> [illegible]
> worden sind
> [illegible]
> keine Unruhen zulassen

Im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen auf dem Balkan gibt Pilet eine beruhigende Erklärung über die Bedingungen, unter denen Carol von Rumänien in die Schweiz eingelassen wurde. Der König hat auf deutschen Druck zugunsten seines 19-jährigen Sohns Michael abgedankt und geht nun ins Exil. Pilet kann die Nationalräte beruhigen: Carol hat letzte Nacht unser Land wieder Richtung Spanien verlassen. Hätte man Carol Exil in der Schweiz gewährt, wäre dies von den Achsenmächten als Neutralitätsverletzung ausgelegt worden. Pilet fährt mit seiner Weltchronik fort:

> [illegible]
> Bedeutung offensichtlich ist
> [illegible]
> schen Truppen], beherrscht den Seeweg nach Indien.

Die Erwähnung Indiens bringt Pilet nach Asien:

> [illegible]

> [illegible]
> Gefahr liefe, zu einer Generalisierung des Konflikts zu führen.

Es ist fraglich, wie aufmerksam die Deutschschweizer Nationalräte den aus hoher Warte verkündeten weltpolitischen Erläuterungen des Bundespräsidenten und Aussenministers gelauscht haben. Was kümmert die Schweizer Afrika und Asien, die weit weg sind? Soll Pilet nicht lieber von den englischen Flugzeugen reden, die in der Nacht unser Gebiet überfliegen, oder vor allem von den deutschen Gebirgs- und Panzerdivisionen, die im Jura und Schwarzwald bedrohlich an unseren Grenzen stehen? Endlich, werden einige Nationalräte gedacht haben, kommt Pilet zur Lage der Schweiz in der in Bewegung geratenen Welt.

> [illegible]
> gewicht völlig verloren gegangen.
> [illegible]
> bloss Papier und Dekrete stellen.
> [illegible]
> grossen Nationen gegenüber den kleinen.

Pilet meldet den Nationalräten, dass der Bundesrat wegen des Überflugs englischer Maschinen sofort in London protestierte. Etter habe ernsthaft mit Minister Kelly gesprochen und Pilet habe dies nach seiner Rückkehr ins Bundeshaus erneut getan, und dies noch energischer. Man habe aber keine «völlige Genugtuung» erhalten. Deshalb seien die Communiqués, die veröffentlicht wurden, «nicht sehr klar» gewesen. Man habe vermeiden wollen, dass Deutschland und Italien durch diese Communiqués Kenntnis von Englands Haltung kriegten.

> [illegible]
> sehr schwierig, um nicht zu sagen unmöglich.

Vielleicht wünschten die Achsenmächte, mutmasst Pilet, dass die Schweiz angesichts ihres militärischen Ungenügens politisch reagiere. Man möchte, dass die Schweiz mit England breche. Der Bundesrat will einen derart drastischen Schritt vermeiden:

> [illegible]

> [illegible] neutrale Länder

Pilet nimmt die Sache sehr ernst. Was tun?

> [illegible]

Das von Pilet ausgegebene Motto «*durer*» kann auf Deutsch mit «überdauern» oder «fortdauern» übersetzt werden. Pilet erklärt zum Schluss seiner Rede, wie er sich «*durer*» vorstellt:

> [illegible] möglich, dass wi[illegible] und fest bleiben

Am Abend des gleichen Mittwochs, 11. September, an dem Pilet den Nationalräten so ins Gewissen redete, macht Winston Churchill in einer Radiorede den schwer geprüften Londonern Mut. Er erklärt, dass die deutsche Bemühung, die Luftherrschaft über «*this Island*» zu erringen, «natürlich die Crux des ganzen Kriegs» sei. Der Versuch sei bisher deutlich gescheitert. Die deutschen Verluste seien beträchtlich, drei zu eins in Flugzeugen, sechs zu eins in Piloten:

> [illegible]

Auch ohne Luftherrschaft gingen die Invasionsvorbereitungen in hohem Tempo weiter. Churchill beschreibt, wie Hunderte von deutschen Schiffen jeder Art sich in den nordfranzösischen Häfen ansammeln. Grosse Mengen deutscher Truppen warteten auf den Befehl, an Bord zu gehen und die unsichere Fahrt übers Meer anzutreten:

> [illegible]
> üblichen deutschen Gründlichkeit und Methode.

Wenn die Invasion kommen solle, sagt Churchill, könne sie nicht mehr lange aufgeschoben werden. Das Wetter könne jederzeit brechen und der Feind könne grosse Ansammlungen von Schiffen nicht unbestimmt lang warten lassen.

> [illegible]
> deutung als diese heldenhaften alten Tage.

Der Zufall wollte es, dass der britische Regierungschef und der Schweizer Bundespräsident am gleichen Tag in Reden die internationale Lage beurteilen. Churchill rüttelt in kräftigem Englisch sein Volk auf. Pilet beruhigt in elegantem Französisch einen kleinen Kreis von Parlamentariern. Der eine führt einen Krieg auf Leben und Tod, der andere tut sein Möglichstes, um den Krieg vom eigenen Land fernzuhalten. Beide, der unbeugsame Premier und der vorsichtige Bundespräsident, verkünden die gleiche Botschaft: Überdauern.

67. Waadtländer bon sens

Am nächsten Tag, 12. September, fehlt Pilet an der Sitzung der Vollmachtenkommission, denn er muss in Lausanne am Comptoir eine Grundsatzrede halten. Donnerstag ist der offizielle Tag der grossen Lausanner Herbstschau. Der Andrang ist gewaltig. Die SBB haben 7000 verbilligte Sonderbilletts Lausanne retour verkauft. Am Vormittag besuchen hohe Gäste, darunter der Bundespräsident und der General, die verschiedenen Hallen. Beide werden warm applaudiert. Ein Journalist beobachtet, wie Pilet am Stand des traditionsreichen Familienunternehmers Mauler ein Gläschen degustiert. Die Firma produziert im Val de Travers einen begehrten Champagner, wie alle Schaumweine damals noch genannt werden durften.

Der Bundespräsident wird ans Telefon gerufen. Etter am Apparat. Er kommt gerade aus der Sitzung der Vollmachtenkommission und tönt aufgeregt. Am Morgen hat der deutsche Rundfunk ein Communiqué der Nationalen Bewegung der Schweiz verlesen, das den Empfang dreier ihrer Vertreter durch den Bundespräsidenten als «Befriedung der politischen Verhältnisse der Schweiz» bezeichnet. Etter berichtet Pilet über die helle Empörung, die das Communiqué der NBS in der Vollmachtenkommission ausgelöst hat. Pilet ist nicht sonderlich beunruhigt. Er sagt Etter, er habe es Schaffner und Konsorten nicht verwehren können, eine Mitteilung herauszugeben. Vom Wortlaut habe er keine Kenntnis gehabt.

Am Mittagsbankett des Comptoirs ist der Bundespräsident Hauptredner. Er hat am Sonntag sorgfältig an seinem Text gefeilt. Neben seinen waadtländischen und eidgenössischen *compatriotes* wird auch das «Ausland» zuhören. In Pilets Nachlass ist ein Lausanner Zeitungsbericht über einen von ihm am 28. Juni 1933 gehaltenen Comptoir-Vortrag mit einer mittlerweile rostigen Büroklammer an eine Kopie seines Manuskripts angeheftet. Der Bundespräsident hat seine sieben Jahre alten Worte nachgelesen, bevor er seine Rede schrieb. Damals hatten in Hitlers Deutschland schon Massenverhaftungen von Kommunisten und Sozialisten stattgefunden. Juden waren aus dem Geschäfts- und Kulturleben verbannt worden. Pilet, obwohl als Bundesrat zu neutraler Vorsicht verpflichtet, liess es sich an jenem 28. Juni 1933 nicht nehmen, eindringlich zu warnen:

> [illegible]
> ein nicht der Wunsch nach Herrschaft?

Von dieser frühen Auffassung über Bolschewismus und Hitlerismus ist Pilet nicht abgekommen. Aber als Bundespräsident und Aussenminister (und angesichts der Dominanz Deutschlands auf dem Kontinent) muss er vorsichtig sein.

Der Bundespräsident beginnt mit der üblichen *captatio benevolentiae* an die Organisatoren des Comptoirs, die «mit der prächtigen Entwicklung ihrer Institution der Angst der Zeit eine erstklassige Antwort» gegeben hatten. Kokettierend sagt er:

> [illegible] *nous.*»

«Es gibt keine wie wir» ist ein geläufiger selbstironischer Spruch, den jeder Waadtländer kennt. Pilet fährt fort:

> [illegible]
> Sie kann durchhalten und ans Ziel kommen.

Das ist Pilets politisches Credo.

Wenn Reden Silber sei, dann Schweigen Gold, sagt Pilet. Nie habe er dies besser begriffen als jetzt. Das Wesentliche jedoch müsse gesagt sein. Seine Doppelfunktion als Bundespräsident und Aussenminister erfordere es allerdings, dass er seine Worte genau abwäge. Dieses «Wesentliche» lautet in der offiziellen – vor allem für Berlin bestimmten – deutschen Übersetzung:

> [illegible]

Französisch tönt das besser, aber – im Gegensatz zur übereilten Übersetzung der Rede vom 25. Juni – ist die deutsche Fassung immerhin verständlich. «Unerschütterliche Neutralität» bleibt der Leitstern der schweizerischen Aussenpolitik. Die strikte Neutralität, doziert Pilet weiter, sei nicht alles:

> [illegible]

Schon der neunjährige Schüler Marcel Pilet bewunderte seinen Lehrer, der auf Ordnung bestand. Als Belles-Lettres-Sektionspräsident verlangte er, dass die Sitzungen geordnet verliefen, bei aller Freude an studentischem Schabernack. Tanzte er nicht einmal auf der Bühne mit einem anderen Studenten einen begeistert applaudier-

ten wilden French Cancan.» Als Offizier verlangte er Disziplin, wenn ihm auch als Student in Leipzig der militaristische Ordnungsfimmel der «Teutonen» auf die Nerven gegangen war.

Als dritte «Widerstandskraft» des Landes – es ist eine rhetorische Marotte Pilets, alles in Dreizahlsätze aufzulisten – nennt der Bundespräsident den Realismus:

> [illegible]
> es zu verkennen, aber wäre gefährlich.

Pilet warnt jedoch vor «unbedachtem Vorgreifen», von «theoretischen Gedanken gebunden», und plädiert stattdessen für «feste Entschlossenheit zum Erfolg». Von einer grundlegenden Erneuerung der Institutionen, wie viele sie im Moment fordern, hält Pilet nichts:

> [illegible]
> Vielheit der Instanzen, sind sie in ihren Grundlagen gesund.

Die waadtländischen und die eidgenössischen Institutionen, wie sie im 19. Jahrhundert geschaffen wurden, sind für Pilet grundsätzlich gesund. Er räumt allerdings ein:

> [illegible]
> lichkeit zu vermeiden. Stillstand bedeutet, wie Sie wissen, Tod.

Hier spricht der Waadtländer Radikale, der Bewunderer des grossen Louis Ruchonnet, der als Kantons- und Bundesrat im 19. Jahrhundert bahnbrechende juristische und soziale Reformen durchsetzte.

Noch einmal fordert Pilet «nationale Disziplin», wobei er ironisch hinzufügt: «in dem Masse, als der Mensch dazu fähig ist»:

> [illegible] nen dankbaren und brüderlichen Gruss richte.

Dabei blickt Pilet zu dem in vorderster Reihe sitzenden General, der von Applaus überschüttet wird.

Im Predigerton, in den er gerne verfällt, endet der Bundespräsident mit der Aufforderung, nach vorne zu schauen. Bedauern und Jammern bringe nichts. Mit Mut und Zuversicht soll das Land arbeiten, «[illegible] *que partout ailleurs*, maintenant *plus que jamais*»:

> [illegible]

«Die Rede, wunderbar vorgetragen», schreibt tags darauf die *Gazette*, «wurde häufig vom Beifall des Publikums unterbrochen.» Als der Redner von der Tribüne herabsteigt, wird ihm eine lange Ovation zuteil. Die in FHD-Uniform gekleidete 20-jährige Kantinenserviererin Yvette Murisier drückt ihm ein Blumengebinde in die Hand. Am nächsten Tag ist er zurück in Bern. Dort erwarten ihn statt Beifall und Blumen Schimpf und Schande.

68. Dammbruch

Um 9 Uhr am Donnerstag, 12. September, während der Bundespräsident Pilet-Golaz ahnungslos im Zug von Bern ans Comptoir nach Lausanne fährt, schreibt ein aufgeregter Markus Feldmann in sein Tagebuch: «Die Schweiz ist möglicherweise soeben in eine Staatskrise eingetreten.»

Auf dem Pult des Chefredaktors der *Neuen Berner Zeitung* liegt eine Mitteilung:

> [illegible]

Eine kurze Nachschrift bemerkt, die Mitteilung an die Presse erfolge im Einverständnis mit dem Herrn Bundespräsidenten. Der deutsche Rundfunk hat das von der NBS herausgegebene Communiqué schon vorher um 6 Uhr früh verlesen. In Berlin herrscht Genugtuung darüber, dass die Schweizer Nazifreunde vom Bundespräsidenten offiziell empfangen worden sind.

Auf der Redaktion der *Neuen Berner Zeitung* läuft an jenem Morgen das Telefon heiss. *Bund*-Chefredaktor Schürch berichtet Feldmann, in der Vollmachtenkommission habe die Angelegenheit Nationale Bewegung der Schweiz «wie eine Bombe eingeschlagen». Hptm. Nef, APF-Verbindungsmann zum Bundesrat, hat mit Etter sprechen können und telefoniert um 10 Uhr 30 Feldmann:

> [illegible]

> [illegible] gende Erklärung Pilets oder Demission.

Nach weiteren Telefongesprächen mit anderen Journalisten ergibt sich für Feldmann folgende Situation:

> [illegible]

Feldmann, in seiner Eigenschaft als Präsident der Parlamentarischen Pressegruppe orientiert seinen BGB-Parteichef Reichling, KK-Fraktions- und Vollmachtenkommissions-Präsident Nietlispach und FDP-Generalsekretär Steinmann über seine Meinung, auf welche Weise entschlossen gehandelt werden könne. Pilets freisinniger Parteikollege Steinmann ist wie Feldmann der Auffassung, dass man in allen Parteisektionen «den Widerstand organisieren» müsse. «In seinen Kreisen sei man sehr besorgt, da man den Eindruck habe, die Affäre Pilet sei nur der Anfang einer Entwicklung. Pilet müsse demissionieren.»

Pilet, der von Etter am Telefon erfahren hat, was sich in Bern abspielt, hält um 13 Uhr im Palais de Beaulieu seine grosse Rede, als sei nichts geschehen. Er nimmt am anschliessenden Bankett teil und unterhält sich am Nachmittag zwanglos mit Waadtländer Mitbürgern. Offenbar nimmt er die Aufregung im Berner Bienenhaus auf die leichte Schulter. Für ihn war seine Unterredung mit dem «Dichter Schaffner und Begleitern» eines von vielen Gesprächen, das er routinemässig mit Abordnungen der verschiedensten Interessengruppen oder Privatpersonen führt.

Etter erkennt die Brisanz der Frontistenangelegenheit. Er hat in der Vollmachtenkommission die empörten Voten von Sozialdemokraten aber auch von einigen Freisinnigen ins Ohr bekommen. Fast einhellig haben die anwesenden Nationalräte den Empfang der Nazifreunde verurteilt. Johannes Huber überkam «das Grauen, wenn man bedenkt, wie es in anderen Ländern angefangen hat». APF-Vertreter Nef hat Etter bei seinem täglichen Rapport auf die ausserordentliche Schwere der Situation aufmerksam gemacht. Der Innenminister sieht die Notwendigkeit eines bundesrätlichen Communiqués. Die missverständliche Mitteilung der NBS muss sofort ins richtige Licht gesetzt werden. Er kann dieses Communiqué allerdings nicht ohne Mitwirkung Pilets abfassen. Erst nach dessen Rückkehr am Abend schustern

Etter und Pilet rasch eine kurze Richtigstellung zusammen. Die Depeschenagentur erhält das bundesrätliche Communiqué erst um 19 Uhr, zu spät für die Abendnachrichten. Feldmann schreibt um 20.30 Uhr in sein Tagebuch:

> [illegible]

«Leider zu spät.» Feldmann wie auch andere wichtige Deutschschweizer Journalisten haben ihre Artikel zum Frontistenempfang bereits in Druck gegeben. Die meisten Zeitungskommentare in den Freitagsausgaben gehen von der irreführenden Mitteilung der Nationalen Front aus, wonach die NBS-Mitteilung im Einvernehmen des Bundespräsidenten erfolgt sei.

Als Pilet am nächsten Morgen, Freitag, 13. September, sein Leibblatt *Gazette de Lausanne* aufschlägt, findet er zur Frontistenaudienz auf der zweiten Seite bloss eine kurze Agenturmitteilung mit dem Titel *«M. Pilet-Golaz reçoit des représentants du Mouvement national suisse»* und dem Untertitel *«Une mise au point»*. Die Mitteilung der NBS fehlt, einzig das Communiqué des Bundeshauses, das die Handschrift Pilets trägt, ist in der Nachmittagsausgabe abgedruckt. Darin heisst es, dass der Bundespräsident einer Vertretung der Nationalen Bewegung der Schweiz, die wünschten, ihm die Ziele ihrer politischen Bewegung zu erläutern, auf deren Ersuchen eine Audienz gewährt habe. Die deutsche Fassung des Communiqués lautet weiter:

> [illegible]
> über die Audienz der «Nationale Bewegung» orientiert.

Die *Gazette* hält die Angelegenheit für nebensächlich. Das «Regierungsblatt» *Bund* schweigt vorerst einmal.

Nicht so die überwältigende Mehrheit der Deutschschweizer Presse. Führende Figuren der SPS nehmen die Gelegenheit wahr, um die Audienz in aller Schärfe zu kritisieren.

Im *Freien Aargauer* geht der immer gern gelesene Nationalrat Arthur Schmid mit Pilet hart, aber nicht unfair ins Gericht:

> [illegible]

Ein nicht gezeichneter kurzer Kommentar in der *Berner Tagwacht* ist überschrieben mit «Innere Gefahr. Herr Pilet spielt mit dem Feuer». Er stammt zweifellos von Grimm:

> [illegible] te Gefahrdung der Schweiz ist.

Wie seinem Genossen Schmid geht es auch Grimm nicht darum, die *gaffe* Pilets parteipolitisch auszunützen. Beide sind gute Patrioten und sorgen sich ehrlich um die Zukunft der Schweiz.

Viel schärfer als Schmid oder Grimm nehmen prominente Freisinnige ihren eigenen Bundesrat aufs Korn. Das *Luzerner Tagblatt* bringt die Nachricht über die «Frontler»-Unterredung in grosser Aufmachung unter dem Titel «Eine Unmöglichkeit». Der von Bundeshausredaktor und FDP-Generalsekretär Steinmann mit st gezeichnete Artikel erinnert daran, dass die von Pilets Besuchern vertretene Bewegung dafür einstehen wollte,

> [illegible] schen Verhältnisse der Schweiz» getan sei.
>
> [illegible] — oder Herr Bundesrat Pilet ist unmöglich geworden.

Die ebenfalls freisinnige *Thurgauer Zeitung* – vermutlicher Autor APF-Verbindungsmann Nef – schreibt:

> [illegible] wirklich nicht.

Die *NZZ* erteilt wie üblich den Regierenden in Bern Ratschläge:

> [illegible]

Auch für Albert Oeri in den *Basler Nachrichten* ist es wenig verständlich, dass den Frontisten «eine Audienz überhaupt gewährt wurde, es sei denn, dass man ihnen einfach den Kopf waschen wollte».

Markus Feldmann erinnert in seinem Leitartikel in der *Neuen Berner Zeitung*, dem Organ der Regierungspartei BGB, dass die «Nationale Aktion» aus Kreisen be-

steht, «die zu den schärfsten Gegnern der freiheitlichen demokratischen Staatsordnung zählen und gegen deren Presse aus Gründen der Staatssicherheit eingeschritten werden musste». Wenn die vom Bundespräsidenten empfangenen «bevollmächtigten Vertreter einer solchen Bewegung» von einem ersten Schritt zur Befriedung der Schweiz redeten, täuschten sie sich. Das Gegenteil sei der Fall. Jetzt bestehe die Gefahr verschärfter Spannungen:

> Diese Gefahr kann nur beschworen werden
>
> 1. [illegible] Audienz vom 10. September nicht richtig wiedergegeben hat.
> 2. [illegible] zen gedenkt.
>
> [illegible] unklare Lage und keine Zweideutigkeit.

FDP-Generalsekretär Ernst Steinmann lässt im *Luzerner Tagblatt* den «Film der unmöglichen Audienz» abrollen. Er stellt in der Öffentlichkeit einen «Einbruch in das Vertrauen» fest, «dessen Herr Pilet sich bisher erfreuen konnte»:

> [illegible] benutzt worden.

Für Steinmann ist unbegreiflich, dass sich Pilet nicht einmal die Mühe nahm, sich über den Inhalt der zugestandenen Pressemitteilung zu informieren. «Dies angesichts der äusserst behutsamen Praxis in der Presseinformierung durch den Bundesrat!» Im Bundesrat bestehe immerhin Übereinstimmung, dass Pilet sich von den «besten Absichten leiten liess»:

> Aber er hat [illegible] so schnell als möglich zu reparieren.

In der Bundesratssitzung vom 13. September ist die Frontisten-Audienz das Hauptthema, auch wenn im offiziellen Protokoll kein Wort darüber steht. Es existiert immerhin das von Vizekanzler Leimgruber geführte Notizheft zur Sitzung:

> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> n Presse veröffentlichen
> Celio: Der Bundesrat muss Herrn Bundespräsident decken.
> [illegible]
> Ruhe und Zurückhaltung eingeladen werde
> [illegible]
> [illegible]
> unter Hinweis auf Kriegsgefahr, wenn wir…

Hier brechen die Notizen Leimgrubers ab. Hat er einen Wink gekriegt, dass die Diskussion nicht ins Protokoll gehört? Der Bundesrat scheint einig hinter Pilet zu stehen, mit Ausnahme vielleicht von Baumann, der Pilet wegen seinen «diktatorischen Tendenzen» manchmal auch privat kritisiert. Das Votum des Justizministers konnte grob so interpretiert werden: Pilet soll seine Suppe allein auslöffeln. Der Bundesrat einigt sich auf die Abhaltung einer Konferenz der Fraktionspräsidenten am folgenden Montag, 16. September – dem Tag, an dem auch die ordentliche Herbstsession der eidgenössischen Räte beginnt.

Am Samstag, 14. September, hält Enrico Celio als Vertreter des Bundesrats an der Festa von Locarno die Hauptrede. «In den ungewissen Stunden der Gegenwart» will Celio seine Tessiner beruhigen und ihnen Vertrauen einflössen. Das Schicksal des Vaterlands, erklärt er, hänge weitgehend von «unserem verständnisvollen Weitblick» ab:

> [illegible]

> [illegible] re Volkswirtschaft die notwendige Voraussetzung darstellen.

Celio erwähnt das Abkommen mit Italien, das die «Freundschaft in Wort und Tat unseres südlichen Nachbarn gegenüber der Schweiz» unterstreiche. Celio sagt in anderen Worten, was Pilet vier Tage vorher am Comptoir gesagt hat:

> [illegible] wollende Gesinnung pflegen.

Celios kluge Locarner Rede wird von den italienischen Zeitungen positiv kommentiert. In der deutschschweizerischen und welschen Presse findet sie kaum Widerhall. Dort stellt ein Thema alles andere in den Schatten. Oder wie Feldmann am Samstag, 14. September, im Tagebuch schreibt: «Die Angelegenheit Pilet – Nationale Bewegung der Schweiz beherrscht die innenpolitische Diskussion.»

Am Wochenende 14./15. September kann Pilet darüber nachdenken, was er angerichtet hat. Selbst die ihm wohlgesinnten welschen Bundeshauskorrespondenten Perrin, Grellet, Savary und Béguin verstehen nicht, dass er den Frontisten die Abfassung des Communiqués überlassen hat. Es stellt sich heraus, dass Heinrich Wechlin dieses «mitgeteilt» redigiert hat, nicht einer der drei Teilnehmer an der Unterredung. Wechlin, ehemaliger Privatsekretär von Bundesrat Musy und dessen Einflüsterer, war bis 1936 Chefredaktor des *Berner Tagblatts*. Nachher wirkte er als Redaktor verschiedener frontistischer Blätter und zuletzt der verbotenen deutschfreundlichen *Neuen Basler Zeitung*, die Max Leo Keller und er wieder auferstehen lassen möchten.

Viel Post flattert am Samstag auf Pilets Pult am Scheuerrain. Natürlich fehlen auch die anonymen Briefe nicht:

> [illegible]

Auf einer Ansichtskarte zum Bundesfeiertag 194[illegible] mit einem Wehrmännerstück stehen bloss die Worte «Pfui, Teufel! Sie Landesverräter.» Aus Kriens kommt ein Brief in einwandfreiem Französisch:

> [illegible] gouvernement, vous n'avez qu'a agir comme vous venez de le faire.

Eine Schweizerin aus Winterthur fragt den Herrn Bundespräsidenten:

> [illegible]

Die junge Briefschreiberin erinnert den Bundespräsidenten an den «guten General, der alle Kraft zusammenrafft, nur um seinem Volk zu dienen».

> [illegible]

Unter den von Pilet aufbewahrten Briefen findet sich einer aus St. Gallen:

> Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
>
> [illegible] trauen ausgelöst hat.
>
> [illegible] gen alles Völkerrecht dem deutschen Reiche ausliefert.
>
> [illegible]

[illegible]
anonyme Briefe bedrohen, uns den Garaus zu machen.

[illegible]
die Karabiner zu richten haben

Mit der schuldigen Hochachtung begrüsst Sie

Kobelt

Die Unterschrift lässt erraten, wer dem Bundespräsidenten derart massiv an den Karren fährt: Dr. sc. techn. Karl Kobelt ist St. Galler Regierungsrat, Nationalrat, Oberst und Stabschef von Labharts 4. Armeekommando. Pilet kennt ihn aus den frühen Dreissigerjahren, als Kobelt in dem seinem Departement unterstellten Amt für Wasserwirtschaft die Sektion für Seeregulierung leitete.

Drei Monate nach Abfassung dieses scharfen Briefs wird Karl Kobelt von der Bundesversammlung zum Nachfolger Rudolf Mingers gewählt werden. Pilet und Kobelt werden Kollegen im Bundesrat.

69. Schriftsteller Jakob Schaffner

Die Presse nennt den Empfang der Frontisten den «Audienzskandal». Für Pilet ist es die *Affäre Schaffner*. Presse und Öffentlichkeit kennen die Vorgeschichte nicht, die zum Empfang vom 10. September geführt hat. Diese Vorgeschichte, die zu allerlei Gerüchten und Verdächtigungen Anlass gab und die auch die Geschichtsschreibung bisher nicht vollständig erhellt hat, verdient es, chronologisch nacherzählt zu werden.

Nachdem sich Anfang Juni verschiedene frontistische Gruppen und Persönlichkeiten zur Nationalen Bewegung der Schweiz NBS zusammengeschlossen hatten, ersuchten Dr. Max Leo Keller und Fritz Hofmann «im Namen des Führerkreises» der NBS Bundespräsident Pilet-Golaz in Briefen vom 17. Juni und 26. Juni um eine «dringliche Unterredung». Pilet liess die Briefe unbeantwortet, worauf die beiden Herren am 22. Juli nachhakten. Sie zeigten sich pikiert vom bundesrätlichem Schweigen: «Über diese Art der Behandlung landeswichtiger Angelegenheiten wollen wir uns zu diesem Zeitpunkt nicht weiter aufhalten.» Weiter schrieben Keller und Hofmann:

> [illegible] geben, wann diese Unterredung mit Ihnen stattfinden kann.

Für den Fall «keiner oder einer abschlägigen Antwort in nützlicher Frist» drohten Hofmann und Konsorten mit dem Gang an die Öffentlichkeit. Wieder keine Antwort von Pilet.

Am 11. August veröffentlichte die deutsche Zeitschrift *Das Reich* einen Aufsatz des Schweizer Schriftstellers Jakob Schaffner mit dem Titel «Die Schweiz im neuen Europa». *Das Reich* ist, anders als das hetzerische Parteiorgan *Der völkische Beobachter*, eine literarisch anspruchsvolle, ja gediegene Wochenzeitung. Im *Reich* dürfen die besten, nicht verbotenen oder nicht ins Exil gedrängten deutschen Feuilletonis

ten relativ unabhängig schreiben. Relativ: Die Zeitschrift ist ein Lieblingskind Goebbels', der beweisen will, dass Deutschland auch unter den Nazis das Land der Dichter und Denker bleibt. Der Propagandaminister schreibt selber im *Reich* und bedient sich dabei einer feineren Sprache als sonst. Er war ja früher Schriftsteller.

Jakob Schaffner, der Autor des *Reich*-Aufsatzes, ist eine literarische Grösse ersten Ranges. Seine Werke erzielen grosse Auflagen. Von der Literaturkritik in der Schweiz und in Deutschland wird er ernst genommen. Schaffner wurde 1875 als Sohn eines Schweizers und einer Süddeutschen in Basel geboren. Sein Vater, ein Gärtner, starb, als Jakob acht Jahre alt war. Die Mutter wanderte nach Übersee aus, ohne ihn mitzunehmen. Der Junge wuchs in einem ärmlichen, streng pietistischen Waisenheim in Oberbaden auf, in das ihn die Grosseltern gesteckt hatten. Er lernte Schuhmacher und übte später in Basel, Wien und Deutschland die verschiedensten Berufe aus. In der Freizeit schrieb er Novellen und Romane, die beim Publikum Gefallen fanden.

Schon früh begeisterte Schaffner sich für Hitler und die nationalsozialistische Bewegung. 1937 schwärmte er, es sei «weltplanmässig kein Zufall, dass der Führer des neuen Reiches eine Baumeisterseele hat»:

> [illegible]
> Sinn entstanden.

Zwei Seelen wohnen, ach! in Schaffners Dichterbrust. Der 63-Jährige vergöttert Hitler und den deutschen Gemeinschaftsgeist, aber er liebt ebenso inbrünstig die alte Heimat Schweiz. In seinem *Reich*-Essay versucht Schaffner nicht ungeschickt, den Deutschen zu erklären, wieso es die Eidgenossen nicht wie die Sudetendeutschen oder die Österreicher heim ins Reich drängt. Das Schweizervolk habe «in Wahrung der uralten deutschen Bräuche, Rechte und Freiheiten» gegen den habsburgischen Feudalismus und gegen die wortbrüchigen habsburgischen Kaiser gekämpft. Die «Katastrophe des Dreissigjährigen Kriegs» und den «Untergang aller deutschen Stämme» habe die Eidgenossenschaft nicht mitgemacht. Im Westfälischen Frieden von 1648 wurde ihre Unabhängigkeit vom Reich und ihre Neutralität anerkannt.

> [illegible] beschlossen und als Bundesgrundsatz feierlich aufgerichtet.

Jetzt sind neue Zeiten angebrochen:

> [illegible] mung tun zu dürfen.

Die Eidgenossenschaft ist für Schaffner die «Möglichkeit und das Vorbild des neuen Europas» Hitlers:

> [illegible] geben

Was bedeutet dies für die Schweiz? Sie wird sich den

> [illegible] geniessen

Das Schweizer Feuilleton staunte über den Aufsatz des als unverbesserlicher Nazi abgestempelten Ex-Baslers. War er nicht vielleicht ein heimlicher Patriot?

Die linksfreisinnige *National-Zeitung* befand, der Aufsatz Schaffners könne «in wesentlichen Teilen ohne Bedenken unterschrieben werden». Immerhin missfielen dem Blatt «die kritischen Vorbehalte und gelegentlich sogar drohenden Untertöne». Schaffners Bemerkungen über die «Sonderstellung der Eidgenossenschaft» jedoch hätten Gewicht und seien richtig.

Nach Publikation seines Artikels reist Schaffner in die Schweiz, um zu erfahren, wie seine Worte in der Heimat angekommen sind. Er logiert im Badehotel Ochsen in Baden. Am 16. August schreibt Schaffner selbstbewusst dem Bundespräsidenten:

> [illegible]

Schaffner warnt Pilet, dass die Schweiz «zu Umstellungen, die wir nicht selber leisten wollen oder nicht mehr können, auf kaltem Weg gezwungen werden» könne. Er möchte, dass die Schweiz «das Nötige aus eigener Erkenntnis und eigener Kraft und aus freiem sittlichen Wille» leiste:

> [illegible] das in der Verfassung verankert ist.

Schaffner hat drei spezifische Forderungen:

> [illegible] sofort aufgehoben und 3. Dr. Zander freigelassen wird

Diese Passage und den folgenden Schluss des Briefs markiert Pilet mit blauem Randstrich:

> [illegible] suchen.
> Hochachtungsvoll ergebenst – Jakob Schaffner

Der Zufall will es, dass Pilet zur gleichen Zeit wie Schaffner ebenfalls in Baden zur Kur weilt – im Verenahof, der neben dem Ochsen liegt und unter gleicher Leitung steht. Wahrscheinlich hat der Bundespräsident Schaffners Brief erst nach seiner Rückkehr ins Bundeshaus gesehen. Dort erhält er einen neuerlichen Brief des Dichters, datiert 1. September. Schaffner ist diesmal kurz angebunden:

> [illegible] Bellevue eintreffen und erhoffe dort ihren gütigen Bescheid.

Der Wortlaut des Schreibens lässt darauf schliessen, dass Schaffner Pilet in Baden getroffen und mit ihm gesprochen hat. Pilet, der in seiner Kur nicht gestört werden wollte, muss den Dichter ersucht haben, sein Anliegen schriftlich zu formulieren. Weil Pilet ihm nicht geantwortet hat, setzt Schaffner ihn jetzt unter Druck.

Am [illegible]. September, dem Donnerstag, an dem Schaffner Pilet eigentlich sprechen wollte, antwortet der Bundespräsident schriftlich:

> [illegible] früher zu beantworten.
>
> [illegible]

Drängen lässt sich Pilet nicht. Schaffner wird sich einige Tage gedulden müssen. Der Schriftsteller sagt Pilets Sekretariat telefonisch zu und bestätigt schriftlich, dass er sich «mit zwei Herren im Arbeitszimmer des Herrn Bundespräsidenten einfinden» werde.

70. Ein Gespräch zu viert und ein Besuch am Scheuerrain

Um 16 Uhr 30 am Dienstag, 10. September wartet Jakob Schaffner wie abgemacht mit «zwei Herren» im Arbeitszimmer des Bundespräsidenten. Pilet erscheint wie üblich pünktlich. Der Briefwechsel zwischen Schaffner und Pilet lässt darauf schliessen, dass Pilet es vernachlässigt hat, Erkundigungen über die beiden Begleiter Schaffners einzuziehen. Möglicherweise hat seine Sekretärin dies für ihn getan.

Bei der Begrüssung stellt Pilet fest, dass er einen der beiden Begleiter seit zehn Jahren kennt. Dem jetzt 45-jährigen Ingenieur Dr. Max Leo Keller begegnete Pilet, als er als Verkehrsminister das Wasseramt unter sich hatte. Keller besitzt langjährige Erfahrung im Kraftwerkbau und der Energiepolitik. Er arbeitete bei verschiedenen grossen Firmen wie Brown Boveri in der Schweiz und einige Jahre auch in Amerika. Von 1932 bis 1939 leitete er in Bern erfolgreich die wegen der Wirtschaftskrise geschaffene kantonalen Zentralstelle für die Einführung neuer Industrien. Nebenbei promovierte er an der Uni Bern zum Dr. rer. pol. und schreibt nun als freier Journalist Artikel über Betriebswirtschaft. Der gebürtige Zürcher ist Direktor der verbotenen *Neuen Basler Zeitung*, deren Wiederzulassung für ihn ein ideelles und finanzielles Hauptanliegen ist. Man darf ihn ohne Übertreibung als Schweizer Nazi bezeichnen. Schliesslich redet selbst der deutsche Gesandte Otto Köcher von ihm **und seinen Freunden als «Nationalsozialisten».**

Der zweite der beiden Herren ist der 28-jährige Ernst Hofmann, der in der Führung der Nationalen Bewegung der Schweiz durch sein besonders eifriges Werben um bundesrätliches Wohlwollen hervortrat. Hofmann ist Elektromonteur, jetzt Journalist und Verleger in Kilchberg. Im «Führerkreis» des NBS ist er für «politische Fragen» zuständig. Er hat schon mit Polizeichef Balsiger, Bundesanwalt Stämpfli und Bundesrat Baumann geredet. An einer Veranstaltung von Zürcher Industriellen und Financiers trat Hofmann an Bundesrat Wetter heran, um von ihm eine Unterredung mit dem Bundespräsidenten zu erreichen.

Unmittelbar nach Ende des Gesprächs zwischen Pilet und den drei Besuchern machte sich Keller stenografische Notizen. Diese persönlichen Aufzeichnungen

wurden erst 1945 bei einem Gerichtsprozess bekannt. Da Pilet sich bei dem Treffen nur ganz wenige Stichworte aufschrieb, ist das Protokoll Kellers die einzige direkte Quelle für ein Gespräch, dem die deutschschweizerische Nachkriegsgeschichtsschreibung zentrale Bedeutung beimessen wird. Laut Keller verlief die Unterredung wie folgt:

Nach der Begrüssung gibt Pilet Schaffner als erstem das Wort. Der Schriftsteller erklärt, die NBS-Führung habe aus Sorge um das Land das Gespräch verlangt. Ernst Hofmann, der zweite Redner, versichert den Bundesrat der «unbedingten Treue und Loyalität der Bewegung zur Heimat». Er erwarte, dass die NBS «als Trägerin einer neuen Weltanschauung anerkannt und ihr die verfassungsmässigen Rechte gewährleistet» würden.

Darauf ergreift Pilet das Wort. In der Bundesratssitzung vom Vormittag hat Etter gesagt, dass es verfrüht wäre, wenn der «Bundesrat jetzt schon positiv oder negativ Stellung nehmen wollte zu Bewegungen und Erneuerungstendenzen». Pilet hält sich an diese bundesrätliche Vorgabe. Im Einvernehmen mit der Bundesanwaltschaft verlangt er von seinen Gesprächspartnern bezüglich ihrer Loyalität zur Schweiz vier schriftliche Zusicherungen:

> 1. [illegible] gige und freie
> 2. [illegible] zeugung tätig sei.
> 3. Dass sie kein Geld vom Auslande empfange.
> 4. [illegible]

Als letzter Redner verlangt Keller die Wiederzulassung seiner *Neuen Basler Zeitung* und kritisiert die deutschfeindliche Haltung der Schweizer Presse. Notizen Keller

> [illegible] Europa gefunden werde.

Pilet hört sich die Ausführungen der NBS-Herren an, ähnlich, wie er dies bei seiner Aussprache mit den Volksbundvertretern Anfang August getan hat, höflich und wohlwollend. Keller fasst Pilets Antwort so zusammen:

> [illegible] unterrichtet wurden.

Was Pilet den Frontisten sagt, denkt er auch. Seine Worte unterscheiden sich kaum von denjenigen, die er im Bundesrat äussert. Es war allerdings unklug, mit Schweizer Nazis von der Idee eines Sonderemissärs nach Deutschland zu sprechen und die Rütlirede Guisans zu kritisieren. Dem Kollegen Häberlin ist schon früh in Pilets Amtszeit aufgefallen, dass dieser sich etwas »gerne reden hört«. Der Bundespräsident hätte gutgetan, im Gespräch mit ausgesprochenen Freunden Nazideutschlands mehr Vorsicht walten zu lassen.

Man kann es Schaffner, Hofmann und Keller nicht verübeln, wenn sie zum Schluss kommen, dass der Bundespräsident weitgehend mit ihnen einiggeht. Die Unterredung, aus der Pilet wegen der auf 17 Uhr 30 angesetzten Fortsetzung der Bundesratssitzung vorzeitig weggehen muss, endet in gutem Einvernehmen.

Mit der Abfassung des Communiqués lassen sich die NBS-Leute Zeit bis zum nächsten Tag, Mittwoch, dem 11. September. Dichter Schaffner ist bereits abgereist. Keller und Hofmann tun dies in Zusammenarbeit mit dem erfahrenen Journalisten Heinrich Wechlin, der als »geistiger Kopf« im Führerkreis der Bewegung gilt. Die sich als Zündstoff erweisenden Bemerkungen, wonach die NBS »Trägerin des neuen politischen und sozialen Gedankens« sei und die Unterredung »einen ersten Schritt zur Befriedung der politischen Verhältnisse in der Schweiz« darstelle, gehen auf Wechlins Konto. Ebenso die falsche Behauptung, die Mitteilung an die Presse erfolge im »Einverständnis mit dem Herrn Bundespräsidenten«.

Am Abend des 11. September erhält neben der SDA und einigen andern Schweizer Redaktionen auch das DNB (Deutsche Nachrichtenbüro) die von Wechlin redigierte NBS-Meldung. Sie wird bereits in der Nacht vom Deutschen Kurzwellensen

der ausgestrahlt. Es folgt am Donnerstag, 12. September, die Aufregung in den Redaktionsstuben, der Vollmachtenkommission und bei einzelnen Bundesräten. Am Freitag, 13. September, der Sturm in der Deutschschweizer Presse, der am Samstag nicht abflaut. Pilet wird mit Schmähbriefen überschüttet.

Am Samstag, 14. September telegrafiert ein vorzüglich informierter Kocher nach Berlin:

> [illegible]

Gleichentags schickt Legationsrat Rezzonico im Auftrag Pilets Frölicher eine Mitteilung über die Audienz. Die *chefs du Mouvement National Suisse* hätten seit langem versucht, von *M. le Président de la Confédération* empfangen zu werden, um ihm ihre *aspirations et leurs buts* darzulegen. Die Bewegung habe nach der Unterredung der Presse ein Communiqué versandt, das in «unglücklichem Wortlaut» gefasst worden sei, der geeignet war, «eine Verwirrung hervorzurufen». Der Bundesrat habe sich seinerseits zu einer nötigen Richtigstellung veranlasst gesehen. In der Mitteilung des Departements heisst es weiter wörtlich:

> [illegible] Aussenpolitik ausgesetzt ist.

Um 15 Uhr 55, immer noch am selben Samstag, nimmt die «Sektion Telephon & Telegraph» der APF ein vom Zürcher Apparat des überwachten Max Leo Keller geführtes Gespräch auf:

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

macht worden sei, wissen Sie, was ich meine?

P-G: Nein!

K: [illegible]

P-G: Ja, aber wann wollen Sie mich sehen?

K: [illegible]

P-G: Das soll natürlich in Ruhe behandelt werden

K: Ganz richtig, unbedingt.

P-G: [illegible]

zu mir kommen?

K: Würde es Ihnen passen, etwa um 11 Uhr

P-G: Jawohl

K: Sind Sie immer noch am Scheuerrain?

P-G: Jawohl

K: [illegible]

Wie verabredet reist Keller am Sonntag nach Bern und erscheint bei den Pilets am Scheuerrain. Nach dem Gespräch verfasst er stenografisch eine Aktennotiz. Tut er dies zuhanden des Führerkreises der NBS oder als Gedankenstütze für die von ihm geplanten Besprechungen mit Naziwürdenträgern in Deutschland? In seiner Aufzeichnung schreibt Keller, anlässlich des Empfangs im Bundeshaus habe der Bundespräsident gesagt, er sei sich «der Notwendigkeit einer Fühlungnahme mit Deutschland voll bewusst»:

[illegible]

> [illegible]

Man sprach noch über die Unterredung vom Dienstag. Pilet sagte, die Mitteilung der NBS sei «nicht unrichtig» gewesen, aber sie seien zu rasch vorgestossen, und dadurch sei der «Sturm» entstanden:

> [illegible] zum Ziel kommen.

Welcher Teufel ritt Pilet, dass er derart freimütig und unvorsichtig aus der Schule plauderte? Es stimmt, dass Pilet im Parlament nicht populär ist, und zweifellos hassen ihn einzelne Linksbürgerliche, aber ist es Sache eines Bundespräsidenten, einem Vertreter einer nazifreundlichen Bewegung solche Interna zu verraten?

Der selbstbewusste Keller, der die Situation für ernster hält, als der Bundespräsident dies tut, macht ihn – immer gemäss seiner Aktennotiz – darauf aufmerksam, dass die Schweiz nicht so viel Zeit habe, sich umzustellen. Man müsse der NBS endlich die Möglichkeit geben, «wieder vors Volk zu treten». Dazu hätten sie «nicht nur ein moralisches Recht, sondern dies sei eine politische Erkenntnis».

> [illegible] sonst wie verschaffen

Pilet geht nicht auf diese unterschwellige Drohung ein, sondern beruhigt Keller mit der Feststellung, dass er nicht daran denke, sich von der Unterredung vom Dienstag zu distanzieren:

> [illegible]
> kommen, mehr Ruhe und Geduld, er arbeite dafür.

Plus de calme et de patience, j'y travaille. So wird sich Pilet ausgedrückt haben. In seiner Übersetzung der Äusserungen des Bundespräsidenten mag Keller die eine oder andere pilet'sche Nuance entgangen sein. Es gibt jedoch keinen Grund, daran zu zweifeln, dass der Nazi Keller das Gespräch einigermassen korrekt wiedergegeben hat.

In der Aktennotiz gibt sich Keller das letzte Wort. Er macht Pilet darauf aufmerksam, dass die «Zeit ein wichtiger, ja entscheidender Faktor» sei:

> [illegible]
> falls hätten wir nichts mehr zu verhandeln.

Sollte Hitler den Krieg gewinnen, dann hatte Max Leo Keller sicher recht.

Die Unterredung hatte laut Keller anderthalb Stunden gedauert. Seine Aktennotiz ist viel zu kurz, um das ganze Gespräch wiederzugeben. Keller hat das Gespräch nicht wissentlich verfälscht, aber er hält nur fest, was er für wichtig hält.

Am Montag, 16. September, muss Pilet feststellen, dass die Chefredaktoren der beiden führenden Zeitungen der welschen Schweiz, *Gazette de Lausanne* und *Journal de Genève*, Georges Rigassi und René Payot, ihn zwar verteidigen, aber gleichwohl die Audienz für verfehlt halten. Die *Gazette* erinnert daran, dass *«le sieur Hofmann»* und *«le sieur Keller»* Redaktoren von Blättern sind, die der Bundesrat mit guten Gründen verbot: das *Schweizervolk* wegen Unruhestiftung, die *Neue Basler Zeitung* wegen finanzieller Abhängigkeit von Deutschland. Fazit Rigassi:

> [illegible]
> seiner Gesprächspartner gescheitert.

Im *Journal de Genève* kritisiert Payot die Naivität oder Vertrauensseligkeit des Bundespräsidenten:

> «A[illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> konnte, nicht zugelassen.

Die NBS-Vertreter konnten nun behaupten, sie seien durch den Empfang des höchsten Magistraten gewissermassen rehabilitiert. Allerdings dürfe man nichts dramatisieren und im Empfang kein Zeichen für eine Änderung der Bundespolitik sehen. Dem Bundespräsidenten gibt Payot den Rat, sich künftig an J. J. Rousseau zu halten: «Es sind die kleinen Vorsichtsmassnahmen, welche die grossen Tugenden bewahren.»

Pilet weiss jetzt, dass er einen Fehler begangen hat. Es liegen handschriftliche Notizen vor, die sich der Bundespräsident für ein Rücktrittsschreiben gemacht hat. Es existiert auch eine Schreibmaschinenfassung einer Demissionserklärung, datiert September 1940, aber ohne Angabe des Tages. Pilet hat nach dem vom Frontistenempfang ausgelösten Sturm an Rücktritt gedacht. Schon einmal, am 29. Juli, als er einflussreiche Parlamentarier gegen sich wähnte, bastelte Pilet an einem Demissionsbrief, den er allerdings nie ins Reine schrieb. Ob Pilet in depressiver Stimmung zweimal innert sechs Wochen an Rücktritt dachte oder ob er mit der Demissionsdrohung Druck auf die Bundesratskollegen ausüben wollte, lässt sich nicht klären.

71. Schadensbegrenzung

Auf seinem Pult findet Pilet am Montag, 16. September einen Brief von Jakob Schaffner aus dem Hotel Victoria, Glion sur Montreux. Der Schriftsteller verteidigt sich:

> [illegible]

Das Communiqué sei «im Sinn der Unterhaltung und der letzten Verabredung» gehalten:

> [illegible] September 1940 schreiben und nicht 1939.

Schaffner will «einiges Verständnis» für Pilets Mahnung zur Geduld haben, aber ihm selber sei sie ausgegangen:

> [illegible] von mir aus mit meinen Mitteln zu schaffen.

Eine leise Drohung? Schaffner beruhigt:

> [illegible] achtungsvoll in aufrichtiger Wertschätzung Ihr Jakob Schaffner.

Pilet lässt den Brief unbeantwortet.

Die auf Montag, 15. September, vorverschobene Bundesratssitzung behandelt wichtige Geschäfte: die Volksabstimmung über den obligatorischen Vorunterricht, eine Steueramnestie, die Anpassung des Militärstrafrechts, die Ortswehren, Verhandlungen mit den von Deutschland besetzten Gebieten, die Evakuation des Bundesrats bei einer Invasion des Landes. Pilet teilt mit, dass jetzt Engelberg und nicht Kandersteg als Standort für den Bundesrat vorgesehen ist. Er will keine grosse Distanz zwischen Bundesrat und Armeeführung, die im Kriegsfall von Interlaken nach Altdorf ziehen würde. Für den Augenblick, so Pilet, seien in Engelberg «keine baulichen Arbeiten» vorgesehen.

Letztes Thema ist die «Affaire Pilet-Schaffner». Baumann hat von seinem Departement neue Einzelheiten über die beiden NBS-Führer erhalten. Ernst Hofmann war Boxtrainer einer frontistischen Jugendgruppe und ist wegen handgreiflicher Auseinandersetzungen gebüsst worden. Die Maschinenfabrik Oerlikon unterstützt ihn finanziell. (Einige Zürcher Industrielle glauben, der junge Rabauke Hofmann habe das Zeug, um die Arbeiterschaft hinter sich zu bringen. Die Vorgänger dieser Zunftherren haben schon Hitler hofiert, als dieser vor 17 Jahren Zürich besuchte.) Max Leo Keller steht in Kontakt mit der deutschen Gesandtschaft, die die von ihm präsidierte verbotene *Neue Basler Zeitung* finanziell unterstützte. Keller ist bisher nie gerichtlich belangt worden.

Kanzler Bovet protokolliert Wetters Schlusswort zur Affäre: *«Tempête dans un verre d'eau»*. Wirklich nur ein Sturm im Wasserglas?

Auf dem gemeinsamen Heimweg fragt *La Revue*-Korrespondent Georges Perrin den Bundespräsidenten, wieso er den NBS-Leuten gestattete, die Öffentlichkeit über die Unterredung zu informieren. Pilets Antwort gemäss Perrin:

> [illegible]

für Pilet gibt es nichts zu verbergen. Er wollte herausfinden, wie er dies später einmal ausdrückte, [illegible] was sie auf dem Kasten haben.

Am Nachmittag um 15 Uhr 30 befasst sich die Präsidentenkonferenz der eidgenössischen Räte mit der leidigen Angelegenheit. Pilet berichtet, er habe Minger und Baumann von der bevorstehenden Besprechung mit Schaffner, zu der ihm verschiedene Leute geraten hätten, in Kenntnis gesetzt, allerdings nicht über den Zeitpunkt. Zu dem Treffen hätten ihm verschiedene Leute geraten. Er habe Aufschluss über die Ziele der NBS erhalten wollen. Er habe den Herren die vier Fragen gestellt, die inzwischen schriftlich beantwortet worden seien. Über die politische Stellung der NBS in der Schweiz sei nicht geredet worden. Zusicherungen irgendwelcher Art habe er nicht gegeben. Von der Art der Mitteilung der NBS habe er nichts gewusst. Er habe geglaubt, sie würde sich mit der blossen Bekanntgabe der Zusammenkunft begnügen.

Die Präsidentenkonferenz einigt sich auf ein Vorgehen, das der aussen- und innenpolitisch gefährlichen Affäre ein rasches Ende bereiten soll. Die beiden Ratspräsidenten sollen zuerst eine Erklärung des Bundesrates verlesen und anschliessend eine Erklärung im Namen aller Fraktionen. Debatte soll es keine geben.

Am späten Montagabend diskutiert die BGB-Fraktion die Audienz-Affäre. Feldmann vertritt «ziemlich allein die oppositionelle Kritik». Die Bauern wollen ihren eigenen Vertreter im Bundesrat, Minger, nicht im Stich lassen. Sie heissen das von der Präsidentenkonferenz vorgeschlagene Prozedere gut.

Am frühen Dienstagmorgen, 17. September, behandelt der Nationalrat den Geschäftsbericht von Pilets EPD. Kein Redner erwähnt die Audienzaffäre. Pilet antwortet wie üblich klar und ruhig. Die Verhandlungen zur Befreiung der in Frankreich lebenden Schweizer von französischen Militärsteuern seien schwierig. Die Franzosen hätten gegenwärtig andere Sorgen, aber man werde zu einem *arrangement équitable* kommen.

Wie Nationalrat Arthur Schmid bedauert Pilet, dass die Schweizer in Deutschland unsere Zeitungen nicht erhalten und unsere Radiosender nicht hören können.

> [illegible] weise oder dauerhaft in Deutschland leben.

Man werde das vom Bund herausgegebene Bulletin *Echo der Schweiz* verbessern, meint Pilet, und Vortragsreisen von Schweizern organisieren. Mehr könne man

nicht tun. Der Rat heisst den Geschäftsbericht des Politischen Departements diskussionslos gut.

Gottlieb Duttweiler ist unentschuldigt der Nationalratssitzung ferngeblieben. Der Chef der Unabhängigen ist mit der Abfassung eines Zirkulars beschäftigt, das allen National- und Ständeräten überreicht wird:

> [illegible] halten.

Duttweiler begründet diese Forderung mit Pilets Verfehlungen: Empfang von Schaffner und Keller «ohne vorherige Benachrichtigung des Bundesrats», neutralitätswidrige Auslieferung der 17 in der Schweiz internierten deutschen Flieger. Pilet habe diese hochpolitische Frage der Kommission für auswärtige Angelegenheiten verschwiegen. Dies beweise, «dass er sich der Unzulässigkeit seines Vorgehens bewusst war».

Duttweiler schreibt, einzig Pilets Rücktritt könne die «erforderliche reinigende Wirkung haben»:

> [illegible] fen hat

Auf 12 Uhr hat Pilet eine ausserordentliche Bundesratssitzung einberufen. Er legt einen Entwurf für die beschlossene Erklärung des Bundesrats vor. Minger ist gegen eine Erklärung der Fraktionen, eine solche des Bundesrats genüge: «Wir sollten irgendwie die Missbilligung ausdrücken über das Vorgehen der drei Herren.» Baumann will Pilets Entwurf hinzufügen:

> [illegible]

Und:

> [illegible]

Etter und Celio wollen ausdrücklich festhalten, dass das Communiqué dem Bundespräsidenten nicht vorgelegt wurde.» Minger, Etter, Wetter und Stampfli wollen einen Passus in Pilets Entwurf streichen, in dem die Worte «Erneuerung», «Evolution» und «Nachbarstaaten» vorkommen. Pilet verliest den korrigierten Text, den der Bundesrat einstimmig billigt.

In Pilets Nachlass liegen Notizen, in denen er seine Haltung in der Audienz-Affäre rechtfertigt: «Ich empfange oft Leute, deren Ideen ich nicht teile, selbst Kommunisten, von denen einige im Nationalrat sitzen.» Wenn man ihm vorwerfe, dass er eine Delegation der bernischen Kantonsregierung nicht empfangen wollte, habe er sich an die gängige Praxis des Bundesrats gehalten. Er betreibe keine persönliche Politik.

Die Wiederzulassung des *Völkischen Beobachters* habe nichts mit dem Empfang zu tun. Der Bundesrat habe sie schon vorher beschlossen. Pilet reagiert damit auf scharfe Kritik im *Volksrecht* an der Aufhebung des Verbots für den Verkauf des Nazi-Parteiorgans. Bundeshauskorrespondent Otto Pünter wertete dieses vom Bundesrat verschwiegene einseitige Zugeständnis an Berlin (zusammen mit der Frontenaudienz) als ein «Überschreiten des Rubikons».

Eine in den Notizen nachträglich eingefügte Zwischenzeile bezieht sich auf Duttweilers Analogie zum Fall Hoffmann von 1917:

> [illegible]

Pilets Notizen enden mit den Worten:

> [illegible] ihnen, dies zu beurteilen, und nicht an mir, da es mich betrifft.
>
> [illegible] machen würde.

Gestützt auf diese Notizen verteidigt sich Pilet am Dienstagnachmittag an der Vorstandssitzung der freisinnig-demokratischen Fraktion. Die dem linken Parteiflügel angehörenden ehemaligen Jungliberalen Ludwig Rittmeyer und Victor Emil Scherer verlangen Pilets Rücktritt. Die Fraktion stimmt jedoch für das vom Bundesrat vorgeschlagene Prozedere.

Die katholisch-konservative Fraktion bedauert, «dass die Angelegenheit durch agitatorische Ausbeutung eine übertriebene Bedeutung erhalten hat». Sie wünscht, «dass streng an den Grundsätzen einer Politik des Gesamtbundesrates festgehalten und auch jeder Schein persönlicher Sonderaktionen einzelner Mitglieder des Bundesrats vermieden werde». Ein sanfter Seitenhieb gegen Pilet.

H. F. Meyer, Nietlispach und Grimm entwerfen die gemeinsame Erklärung der Fraktionen. Grimm hat in solchen Dingen Erfahrung. Im März 1938 redigierte er die gemeinsame Stellungnahme der Parteien zum Anschluss Österreichs, die er in der Vereinigten Bundesversammlung mit Nachdruck verlas.

In der Erklärung der Fraktionschefs heisst es:

> [illegible]

Was ist mit dieser mysteriösen «Reihe von Einzelerscheinungen» gemeint? Die Rede vom 25. Juni? Die Freilassung der deutschen Flieger? Der Vorwurf richtet sich gegen Pilet, den Bundespräsidenten und Aussenminister. Die Fraktionschefs können in der Audienz mit «Vertretern einer Bewegung, die sich bisher als Gegner der demokratischen Staatsordnungen betätigt hat» keinen «Ausfluss politischer Notwendigkeit» erkennen:

> [illegible]

Die gemeinsame Erklärung ist eine geharnischte Kritik am Bundesrat. Immerhin nennt sie Pilet nicht beim Namen und fordert nicht seinen Rücktritt.

Es folgt ein unerwarteter Paukenschlag. Die SP-Fraktion wirft alles über den Haufen. Der für die gemeinsame Erklärung der Parteien mitverantwortliche Grimm dominiert seine Fraktion nicht mehr so wie früher. Oprecht und die neue Zürcher Parteiführung geben den Ton an. Die Mehrzahl der SPS-Parlamentarier will es nicht Duttweilers Unabhängigen überlassen, als einzige den Rücktritt Pilets zu fordern. Schliesslich bleibt die SPS die bei weitem wichtigste Oppositionspartei! Sie beschliesst, eine eigene, viel schärfere Erklärung abzugeben. Die Fraktion desavouiert ihren Chef Grimm.

Die beiden Räte ziehen am Mittwoch, 18. September einen Schlussstrich unter die Audienz-Affäre. Die Ratspräsidenten Albert Züst und Hans Stähli verlesen die bundesrätliche Erklärung. Die freisinnigen Fraktionschefs L. F. Meyer und Ernest Béguin geben anschliessend die gemeinsame Stellungnahme der bürgerlichen Gruppen wieder. Im Ständerat liest Gustav Wenk, im Nationalrat Oprecht den eigenen Text der SP-Fraktion. Pilet wird darin persönlich aufs Korn genommen:

> [illegible] antwortung.

Oprecht und seine Gesinnungsgenossen *bedauern*, dass Pilet nicht demissioniert hat, verzichten jedoch auf eine ausdrückliche Rücktrittsforderung.

Im Nationalrat verliest Hermann Walder eine Erklärung des Landesrings, die mehr oder weniger mit Duttweilers Rundschreiben übereinstimmt:

> [illegible] des zur Neutralität anerkennen müssen.

Es meldet sich noch Léon Nicole von der linken FSS zu Wort, doch Präsident Stähli schneidet ihm das Wort ab. Diskussion gibt es keine. Das Ganze hat 20 Minuten gedauert. Im Parlament ist die Sache vom Tisch. In Presse und Öffentlichkeit noch lange nicht.

72. Manöverluft

Am selben Mittwoch, 11. September, an dem das Parlament die Audienzaffäre begräbt, laufen an einem geheimen Ort im bergigen Gebiet zwischen Zentral- und Ostschweiz grosse, von Labhart geleitete Manöver des 4. Armeekorps. Zweck der Übung ist die Schulung der Truppe für den Abwehrkampf im Réduit. Lehren aus dem Norwegen- und dem Frankreichkrieg sollen gezogen, den Soldaten moderne flexible Gefechtsmethoden beigebracht werden. Weil alles vor ausländischen Augen abgeschirmt werden soll, ist selbst der Bundesrat erst am Vortag zum Manöverbesuch eingeladen worden. Die Regierung hat an ihrer ausserordentlichen Mittagssitzung Minger und Etter an die Manöver delegiert. Pilet würde ihnen sobald wie möglich nachfolgen.

Die wichtigste Lektion der deutschen Blitzkriegsführung besteht darin, dass ein Angriff überraschend und mit höchster Geschwindigkeit erfolgt. Es muss also schnell reagiert werden. Am Sonntag bringt ein Motorfahrer dem Kommandanten von «Rot» den Angriffsbefehl. In Windeseile wird seine Truppe aus dem mehrwöchigen Urlaub aufgeboten. In der nächsten Nacht schon marschiert sie ins Manövergebiet.

Der General hat das Ziel festgelegt: Ein Sektor des Réduits soll im Rahmen einer grossen Einheit angegriffen und verteidigt werden. Innert Rekordfrist hat Oberst Robert, Labharts Stabschef, das Szenario und die Befehle für die Übung ausgearbeitet. Das für die kriegsmässige Übung gewählte Gebiet Schindellegi gilt als eines der verwundbarsten im Réduit. Stabschef Barbey, der den General begleitet, hält ein Manöver von derart grossem Umfang für nötig:

> [illegible]
> digung unserer neuen Réduitstellungen.

Der General, die Manöverleitung, eingeladene hohe Offiziere und Einheitskommandanten logieren in dem am Zürichseeufer gelegenen Hotel Schwanen in Rapperswil. An der grossen Abendtafel, an der auch die Bundesräte Minger und Etter

teilnehmen, sorgt der [illegible] für Stimmung. Um 11 Uhr abends taucht Pilet auf. Barbey im Tagebuch:

> [illegible]
> oder an die Prunkuniform des alten Königs von Schweden.

Beim Anblick der hohen Militärs macht sich Barbey so seine Gedanken. Ist ihr Auftreten anachronistisch? Ist ihr jungenhaftes, fast pueriles Auftreten, ihr Gelächter bei Tisch bloss die Folge einiger guter Flaschen? Barbey weiter:

> [illegible]
> an den Schützenfesten von einst.

In der Nacht gibt es für die Manöverbesucher wenig Schlaf. Bei einem zufälligen Zusammentreffen im Gang bittet Bundesrat Etter seinen schriftstellernden Zimmernachbar Major Barbey, ihm eine Widmung in seinen neusten Roman zu schreiben.

Donnerstag, 17. September. Frühe Tagwacht. Die Truppe hinterlässt bei den Kämpfen an den waldigen Hängen des Etzels einen guten und disziplinierten Eindruck. Labhart, «wie immer intelligent und perfekt didaktisch», macht Manöverkritik. Tagebuch Berbey:

> [illegible]
> und Fähigkeit zur Synthese, die wir brauchen.

Labhart und Guisan mögen sich nicht leiden. Barbey, Guisans treuer Stabschef, bemüht sich um eine gerechte Beurteilung auch der Gegner seines Generals.

Das Mittagessen nimmt Barbey mit den drei Bundesräten und Verbindungsoffizier Bracher ein. Die Fünf sind auch während des Nachmittags immer zusammen. Minger gibt seine berühmten Dialektgeschichten zum Besten. Pilet ist froh, die *ambiance de troupe* wiederzufinden. Nach dem Wirbel um die Audienzaffäre kann er eine Weile aufschnaufen. Barbey notiert:

> [illegible] Fall, um ein Argument *ad hominem*.

Hptm. Edmund Wehrli, der auf Seite Rot an den Kämpfen teilnimmt, beschreibt in einem Brief an Frau und Eltern die Stimmung im Landvolk. Am Montagabend richtet sich sein Bataillon in Wollerau zur Übernachtung ein:

> [illegible] vorstellen.

Wehrli schläft den Schlaf des Gerechten. Sein Bataillon marschiert wie befohlen in der Morgenfrühe los. Indessen rasiert sich der Kommandant gemütlich. Als er mit seinem Adjutanten aufs Pferd will, ist dieses schon vom Bataillon mitgenommen worden:

> [illegible]

> [illegible] wieder in Bewegung und alles klappte

Bei einem Bauernhaus in der Nähe von Feusisberg war die Strasse gesperrt.

> [illegible] gewesen des Bundesrats mit den nationalen Kreisen!

Helvetische Idylle. Die Bundesräte, die in der Herbstsonne Blumensträusse entgegennehmen, werden für kurze Zeit vergessen haben, dass im Süden und Westen der Schweiz der Krieg tobt.

Bei nächtlichen Bombenangriffen auf London und Südengland sind 90 Menschen getötet worden. Die Royal Navy stoppt die italienischen Truppen in Libyen auf ihrem Vormarsch zum Suezkanal. Ribbentrop ist an der Stazione Termini in Rom feierlich empfangen worden. Die gespannte Lage auf dem Balkan, ein Angriff auf Gibraltar und der vor dem Abschluss stehende Dreimächtepakt Deutschland–Italien–Japan sind Themen der Römer Gespräche. Die United Press veröffentlicht den Bericht eines amerikanischen Konteradmirals:

> [illegible] nicht vermieden werden kann.

Ähnlich wie die helvetischen Magistraten Pilet, Etter und Minger besuchen auch britische Royals an jenem Spätsommerdonnerstag ihre Schäfchen. König Georg VI. sieht sich die Schäden besonders betroffener Quartiere des East End an, tröstet Verletzte und beglückwünscht Helfer. Glück hat der Herzog von Kent auf ähnlicher Mission. Sein zum Stillstand gekommenes Auto wird von einem durch eine explo-

[illegible] Hagel von Steinen und Erde zugedeckt. Der Duke entsteigt unversehrt dem Wagen und begutachtet die Explosionsstelle. Londoner Alltag.

Derweil trudelt in Etters Zugerland die bundesrätliche Limousine dem Ägerisee entlang. Etter lässt den Wagen anhalten. Eine um den 85-jährigen Grossvater gescharte Fischerfamilie lädt Bundesräte und General, die noch das opulente Mittagessen verdauen, zu einer knusprigen Friture von Zugerseefischen ein, *arrosé de* [illegible]. In Neuägeri Zwischenhalt mit weiteren *verres d'amitié*. Minger gerät immer mehr in Schwung.

Bundespräsident und General besteigen endlich den offenen Buick und fahren nach Gümligen. Worüber reden die beiden Waadtländer? Im Schloss wird bei Kerzenschein gespiesen. Ein nachdenklicher Barbey schreibt:

> [illegible]

73. M Pilet-Golaz glaubte nicht an einen deutschen Endsieg

Nach Ende des geselligen Zwischenspiels in der Innerschweiz kann Pilet am nächsten Morgen, Freitag, 20. September, in der *Gazette* Pierre Grellets Schlussbetrachtung zur Audienzaffäre lesen:

> [illegible] meln kaum zu erraten sind.

Ein grosser Teil der Parlamentsabgeordneten konnte es nicht ertragen, dass ein Bundesrat sich vom üblichen Typ des Magistraten unterscheide:

> [illegible] scheinenden Typen herkommend, erstaunt.

Für Grellet ist die parlamentarische Abrechnung mit dem «ersten Magistraten der Eidgenossenschaft» eine Boulevardkomödie. Er erinnert daran, dass Pilets Ankläger Oprecht aus der Finanzdelegation ausgeschlossen wurde, weil er vertrauliche Armeepapiere preisgab, und dass sein anderer Ankläger Duttweiler in seinem Rundschreiben an die Parlamentarier «Nachrichten von internationaler Bedeutung» ausplauderte, die er nur als Mitglied der zur Geheimhaltung verpflichteten Vollmachtenkommission kennen konnte. Der Clou des Schwanks ist für Grellet die von L. F. Meyer, Nietlispach und Grimm – *ce dernier évidemment l'esprit fort de cette trinité* – verfasste Erklärung der fünf Fraktionen, die versuchte, Unvereinbares unter einen Hut zu bringen. Man habe es dem «unqualifiziertesten unter den drei» –

Meyer [illegible] überlassen, dem Bundespräsidenten Lehren über korrektes Verhalten zu geben.

Am selben Tag legt Pilet der Bundesratssitzung einen Bericht Frölichers vor. Der Gesandte weiss nicht, ob die in Frankreich gefundenen Dokumente, die unsern Generalstab belasten, zu einer diplomatischen Aktion benutzt oder zur späteren Verwendung vorerst auf Eis gelegt werden. Die Mitteilungen aus Berlin sind wenig ermutigend:

> [illegible]
> Lage

Frölicher meint, man solle eine Lösung suchen, solange man noch eine gewisse Bewegungsfreiheit hat, und nicht erst dann, wenn man aus dem letzten Loch pfeift. Der Bundesrat solle mit der von ihm vorgeschlagenen «Methode der Bausteine» zur Verbesserung der Beziehungen zu Berlin fortfahren.

> [illegible]
> nen ehrenvollen Aufenthalt in der Schweiz ermöglicht.

Die neuen Ratschläge Fröhlichers für «Veränderungen in der Umgebung des Generals» und Schliessung der polnischen und norwegischen Gesandtschaften» finden beim Bundesrat so wenig Gnade wie sein früheres Eintreten für ein Verlassen des Völkerbunds.

Den zweiten, für ihn persönlich ermutigenden Teil von Fröhlichers Mitteilung enthält Pilet der Bundesratssitzung vor. Darin spricht der Gesandte von einem «Lichtblick: dass die deutsche Presse von den Äusserungen des Bundespräsidenten in Lausanne auf Weisung des Auswärtigen Amtes in freundlicher Weise Kenntnis nahm, ebenso von der Tatsache, dass der Herr Bundespräsident Vertreter der sogenannten nationalen Erneuerung empfangen und angehört hat». Fröhlicher hofft, der Bundesrat lasse sich durch die Kritik der Parteipresse nicht irremachen.

> [illegible] Herrn Motta [illegible] die Existenz unseres Landes [illegible] Umständen verhindert werden.

Hinter die Worte «kluge Nachkriegspolitik» hat Pilet mit Blaustift ein Fragezeichen gesetzt. Für Fröhlicher ist der Krieg vorbei, das Reich hat ihn gewonnen. Pilet hingegen sieht, dass die Royal Navy, unterstützt durch die Vereinigten Staaten mit ihren unversiegbaren Ressourcen, nach wie vor Herr über dem Atlantischen Ozean ist. Wer die Meere beherrscht, beherrscht die Welt.

Eine Woche später, nach der Bundesratssitzung vom Freitag, 27. September, begleitet Bundeshauskorrespondent Georges Perrin, immer noch Verbindungsmann des Bundesrats zum Radio, den Bundespräsidenten auf seinem Heimweg. Perrin wird das Gespräch, das er an jenem Mittag mit Pilet geführt hat, nie vergessen.

Als er, mittlerweile 65 Jahre alt, im *Journal de Genève* in einer dreiteiligen Serie den eben erschienenen Bonjour-Bericht zum 2. Weltkrieg bespricht, endet er (27. Februar 1970) mit einer Reminiszenz:

> [illegible] Monsieur Perrin [illegible] gewonnen [illegible] gewonnen werden.

Perrin, einer der zuverlässigsten Berichterstatter, die je im Bundeshaus gearbeitet haben, schliesst den Artikel mit den Worten:

> In der Stimme des [illegible]
> habe ich die unerschütterliche [illegible]
> der Achse glaubte [illegible]

74. Schützenhilfe

Nicht alle sind gegen ihn. Theodor Gut in der *Zürichsee-Zeitung* hat Verständnis für Pilets Aussenpolitik. Gut, jetzt Präsident der nationalrätlichen aussenpolitischen Kommission, versucht den Lesern zu erklären, wieso der Bundesrat wegen einer nebensächlichen Sache derart in Misskredit gerät. In der Schweiz sei man gewohnt, über alle den Staat betreffenden Fragen zu diskutieren. Seit Kriegsausbruch habe die Presse eine «notwendige Einschränkung erfahren». Nicht abgenommen habe jedoch das Bedürfnis, «nicht nur über jeden Schritt, sondern auch über jeden Beweggrund der Regierung ins Bild gesetzt zu werden». Man wolle die Äusserung der Behörden «deuten oder auch missdeuten». Dies sei kein Schaden, «solange rechtmässige Sorge nicht ausartet in Kritisierwut».

Diese «Kritisierwut» sei gefährlich, «weil sie ausnahmslos in Unkenntnis oder nicht voller Kenntnis der Sachlage erfolgt»:

> [illegible] nen[1]

Gut kennt als Offizier in der Abteilung Presse und Funkspruch die Zusammenhänge, das Volk nicht:

> [illegible] Bundesrat hat unser Vertrauen

Der Bundespräsident erhält neben wüsten Schimpfbriefen auch ermutigende Zuschriften. Der 40-jährige Nationalrat Pierre Rochat, aufgehender Stern der Waadtländer Radikalen, ist empört über die «dumme und grausame Kampagne».

> [illegible] verdienen nicht die geringste Beachtung

Frédéric Fauquex, Weinbauer und liberaler Nationalrat, ist während der *journées pénibles* in Gedanken bei Pilet gewesen:

> [illegible] unheilvoll ist

Tröstend ist für Pilet ein Brieflein seines väterlichen Freunds und Förderers, Ferdinand Porchet, des starken Manns in der Waadtländer Kantonsregierung:

> Cher ami,
>
> [illegible]
>
> [illegible] heit ist
>
> [illegible]
>
> *Très amicalement*
>
> *F. Porchet*

Auch aus der Deutschschweiz gibt es positive Reaktionen. Hans Sulzer war Schweizer Gesandter in Washington 1917–20, ist Verwaltungsratsvorsitzender der Gebr. Sulzer AG und Chef der Sektion Eisen und Maschinen im Kriegs-, Industrie- und Arbeitsamt. Da er den auf Manöverbesuch weilenden Pilet nicht treffen konnte, schreibt er ihm, «was ich auf dem Herzen habe»:

> [illegible]
> noch wie vor ihr volles Vertrauen entgegenbringen.

Schulthess ermuntert seinerseits Pilet zum Weitermachen:

> [illegible]
> müssen Sie aus patriotischer Pflicht ausharren.

Die Frontistenaudienz hat auch Gonzague de Reynold zu denken gegeben. Der 60-jährige Schlossherr von Cressier, «zu mager und zu nervös, um die Kälte zu ertragen», erholt sich standesgemäss im Hotel Esplanade in Locarno. Er sieht in der Affäre eine «tiefe historische Bedeutung»: das Land stehe in einem «Prozess der Vergreisung und der Auflösung». Die bisherigen Parteien «weder auf ihrer Linken noch auf ihrer Rechten» liessen etwas Neues zu. In einem langen Brief an Pilet vergleicht de Reynold die Entwicklung mit derjenigen in den Patriziaten der Kantone Fribourg und Bern, wo die dort herrschenden Familien zu sterilen Oligarchien verkamen.

De Reynold findet, *le Président* habe wahrscheinlich eine nebensächliche Ungeschicklichkeit begangen, aber es sei schlimm, wenn man von einem Regierungschef Unfehlbarkeit erwarte. Bilanz de Reynold:

> [illegible]
> [illegible] sie – und diejenige der Schweiz – in der Aussenpolitik gestärkt.
> [illegible] der Schweiz – nutzen, wenn die Stunde kommt.
> Und haltet mit ihm durch!

Freude dürfte Pilet der Brief eines jungen Soldaten gemacht haben, den er in den Tagen nach seiner Demütigung durch das Parlament zu lesen kriegt:

> Herr Präsident
> [illegible]
> [illegible]
> terte Aufnahme gefunden.

Der Briefschreiber schildert dem Bundespräsidenten die Stimmung in seiner militärischen Einheit:

> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> ruhmreichen Geschichte

Im Namen von «Kameraden, die sich um mich scharen und unter meiner Führung stehen» bittet der junge Soldat Pilet um eine Audienz:

> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> Traditionen wiedergeborenes Vaterland
> Roman Brodmann
> [illegible]
> 24/5. Zug. Feldpost

Ob Pilet den 20-jährigen [illegible] empfangen hat, ist nicht bekannt. Brodmann wird in den Nachkriegsjahren ein vielseitiger «nonkonformistischer», vor allem armeekritischer Journalist, Cabaretautor, Filmemacher und Fernsehmoderator, dessen preisgekrönte Arbeit nicht zuletzt in Deutschland Beachtung finden wird.

Auch unter hohen Offizieren findet Pilet Verteidiger. Der als hervorragender Truppenlehrer geschätzte Oberst i Gst Hans Frick hat als einer der Ersten das Réduit als strategische Lösung vorgeschlagen. Er schickt Pilet den Entwurf eines für die

NZZ gedachten Artikel, der den Frontistenempfang verteidigt, und bittet Pilet um die Erlaubnis, den Artikel zu veröffentlichen. Pilet antwortet:

> [illegible]
> sind, von der wir uns befreien müssen.

Pilet würde es vorziehen, wenn Fricks Artikel nicht erschiene. Er befindet, wobei ihm die Metaphern durcheinandergeraten:

> [illegible]
> nicht wieder an. Wir wissen nicht, welches ihr Widerhall sein könnte.

Ein weiterer Brief auf dem Tisch des Bundespräsidenten ist datiert «Hotel Baur au Lac, Zürich 20.9.». Der Absender, Eugen Bircher, Kommandant der 5. Division, hat anlässlich der Armeemanöver Pilet in Rapperswil getroffen und ihm ein Broschüre seines neusten Vortrags überreicht. Divisionär Bircher ist auch Militärhistoriker und Chefredaktor der *Allgemeinen Schweizer Militärzeitschrift*.

Bircher, im Privatleben Chefarzt am Aargauer Kantonsspital, hat eben in Zürich den mit ihm befreundeten Berliner Chirurgen Prof. Sauerbruch gesprochen. Er erinnert in seinem Brief Pilet daran, dass Sauerbruch «ein grosser Verehrer und Freund der Schweiz» sei. Da der Professor (der auch Hitler behandelt) in höchsten deutschen Führungskreisen verkehre, wäre er ein nützlicher Gesprächspartner für den Bundesrat:

> [illegible]

Pilet antwortet:

> [illegible]

Der vom Frontistenempfang gebrannte Pilet schiebt den berühmten Prof. Sauerbruch lieber an einen Beamten ab, als ihn selber zu empfangen.

Der Bundespräsident schuldet Bircher noch in einer andern Frage Antwort. Der Divisionär möchte eine Einladung zu einer privaten Studienreise nach Deutschland annehmen. Als Pilet dem Bundesrat den Wunsch Birchers vorlegt, hat der Rat nichts dagegen. Immerhin hält es der Bundesrat für nötig, dass der General Bircher präzise Instruktionen gebe. Pilet schreibt deshalb Guisan einen persönlichen Brief:

> Mon cher Général,
> [illegible] politischen Diskussionen [illegible] pen geschlossen halten.

Der gesellige Truppenführer Bircher haut gelegentlich über die Stränge, Pilet schreibt Guisan in ungezwungenem Ton. Beim Besuch der Septembermanöver sind sich die oft zerstrittenen zwei Waadtländer offenbar wieder nähergekommen. Im gleichen ironischen Stil geht es in Pilets Brief weiter. Bircher könne nach seiner Heimkehr das Entgangene – Pilet meint damit «das Schwatzen und Schöppeln» – «bei Ihnen oder mir nachholen»:

> [illegible] und körperliche Nüchternheit das Kamel besiegen kann.

Das Schlusswort des Bundespräsidenten ist wiederum nüchtern:

> [illegible] alles.

75. Es wird dunkel

Die Parlamentarier sind nach Hause gegangen. Mit ihrem Aufstand gegen Pilet haben sie Bundesrat und Volk gezeigt, dass sie immer noch da sind. Vollmachten hin oder her. Sind sie sich bewusst, was sie mit ihren Tadelserklärungen angerichtet haben? Der »Kronrat« ist gestorben. Wochenlange intensive Bemühungen zur Schaffung eines interparteilichen Beratungsgremiums sind für die Katz. Undenkbar, dass der Bundespräsident mit Leuten zusammensitzt, die seinen Kopf wollen. Ein zweites Opfer der Audienzaffäre sind Etters »Richtlinien«, die dem Parteienausschuss hätten vorgelegt werden sollen. Das Regierungsprogramm bleibt in der Schublade.

Die Blicke der Zeitungsredaktionen richten sich auf die Vorgänge in der Welt. Die schweren Bombardierungen von Südengland halten an, ebenso britische Nachtangriffe auf Berlin. Ihr Schaden ist gering, aber die Bewohner werden um den Schlaf gebracht.

Am 27. September wird im Grossen Saal der Neuen Reichskanzlei der Dreimächtepakt zwischen dem Deutschen Reich, Italien und Japan unterzeichnet. Das Bündnis, das Japan den ostasiatischen Raum als Einflussgebiet zuspricht, droht, im Pazifischen Ozean einen neuen Kriegsschauplatz zu eröffnen. Hitler will mit dem Pakt den Kriegseintritt der USA auf Seite Grossbritanniens verhindern oder zumindest aufschieben. Moskau hat keinen Einwand gegen den Dreierpakt erhoben. Stalin sieht zu, wie der andauernde Krieg Kapitalisten und Nazis schwächt.

Hitler hat begriffen, dass er ohne Lufthoheit keine Truppen in England landen kann. Das Unternehmen »Seelöwe« wird am 17. September verschoben und am 12. Oktober abgeblasen. Hitlers geheimes Ziel ist jetzt die Eroberung der Festung Gibraltar. Ein Treffen mit Franco soll den spanischen Diktator überzeugen, an deutscher Seite in den Krieg zu treten.

Berlin, Rom und London bereiten sich auf einen zweiten Kriegswinter vor. In Bern sieht man ein, dass der Friede in die ferne Zukunft gerückt ist.

Der Bundesrat beschäftigt sich mit Versorgungsfragen. Walther Stampfli, der neue Volkswirtschaftschef, führt sich gut ein und wird zu einer Stütze für Pilet, der jetzt nicht mehr allein die Aussenhandelspolitik leiten muss. An der Fiera in Luga-

no am 21. September, redet Stampfli über Schwierigkeiten unserer Gütereinfuhr. Zur Ergänzung unserer Reserven sei es nötig, die eigene Produktion zu steigern. Die Devise lautet: «Kein Quadratmeter kulturfähigen Bodens ungenutzt.» Der Solothurner Bundesrat schliesst seine Luganer Rede mit der festen Zusicherung, dass die Schweiz «die heftigste Erschütterung, die unser Kontinent je durchzustehen hatte, heil und gesund überstehen wird».

Der für Armee und Wirtschaft unentbehrliche flüssige Brennstoff kann nur noch aus Rumänien eingeführt werden, und Rumänien gerät zusehends unter deutsche Kontrolle. Am 7. Oktober begründet das Volkswirtschaftsdepartement einen Kreditantrag zur Umrüstung von Motorlastwagen.

> [illegible] treffen.

Die Welt rätselt über das Treffen zwischen Mussolini und Hitler am 4. Oktober auf dem Brenner. Selbst Goebbels weiss nicht, was die beiden Diktatoren ausgeheckt haben.
Rossier schreibt in der Gazette, dass Hitler und Mussolini mächtiger seien als selbst die grossen Vier, die einst den Vertrag von Versailles aushandelten.

> [illegible] sich auch der Zeit gewiss?

Beim Schreiben seines Artikels gingen Rossier die Verse eines von ihm verehrten, aus der Mode gekommenen Dichters durch den Kopf. Sich an Napoleon wendend dichtete Victor Hugo:

> *Dieu garde la durée et vous laisse l'espace;*
> *Vous pouvez sur la terre avoir toute la place,*
> *Être aussi grand qu'un front peut l'être sous le ciel.*

Sire, vous pouvez prendre à votre fantaisie
L'Europe à Charlemagne, à Mahomet l'Asie,
Mais tu ne prendras pas demain à l'Eternel

[illegible] wirst dem Ewigen nicht die Zukunft nehmen.

Für die Schweiz ist die Gefahr einer Invasion, wenn sie denn überhaupt je bestand, in die Ferne gerückt. Zwar ergehen sich deutsche Zeitungen und deutsche Gesprächspartner in orakelhaften Drohungen über eine Aufteilung der Eidgenossenschaft, aber die einflussreichsten Persönlichkeiten in der Regierung, der Partei und der Wehrmacht wünschen bloss, dass die Schweiz sich dem Reich gegenüber freundlich zeigt.

Hitler bestimmt ohnehin alles. Der Führer verschwendet seit der Schliessung des Waffenstillstands mit Frankreich keine Gedanken mehr an die Schweiz. In den Kriegstagebüchern Halders und des Oberkommandos der Wehrmacht, die nach 1945 zugänglich werden, taucht das Wort Schweiz in den letzten drei Monaten des Jahres 1940 nie auf. In den Geheimprotokollen der Gespräche, die Hitler in der zweiten Jahreshälfte mit ausländischen Staatsmännern führt, kommt die Schweiz nicht vor. Solange sich die Eidgenossen stillhalten und Deutschland ihre Produkte liefern, lässt Berlin sie in Ruhe.

Die Beruhigung der Lage erlaubt dem Bundespräsidenten eine zehntägige Erholungspause:

[illegible]

Am 2. November notiert Pilet in seinem *Livre de raison* das Wesentliche, das sich im Oktober auf seinem Bauernhof abgespielt hat. Befriedigt stellt er fest, dass 25% mehr Getreide gedroschen wurde als im Vorjahr. Die *sélectionneurs* hatten für das Jahr 5050 Kilogramm angenommen, die den Bauern von Essertines übergeben wurden. Die Kartoffeln (Erdgold) sind von mittlerer Qualität, aber besser als der Durchschnitt. Die Sau hat neun Schweinchen geworfen. Eines war sofort tot und zwei wur

den an den folgenden Tagen von ihrer Mutter erstickt. Für die Metzgerei im November hat Pilet ein 13–14 monatiges Schwein und für April zwei weitere.

Meisterknecht Friedérich und seine Frau haben Pilets neue Bedingungen angenommen. Der Hofbesitzer, skeptisch wie üblich, will sehen, ob sie sich daranhalten. Marie ist schwanger und erwartet im Mai ein zweites Kind. Sie klagt über Herzbeschwerden. Willy, ihr Sohn, ist gesund, lautig, wild, frech und grausam zu den Tieren. Die Eltern sind zu wenig streng mit ihm. Vielleicht könnte ein zweites Kind ein ausgezeichnetes Korrektiv sein. Emil Stauffer, der den im Militärdienst weilenden Friedérich für 25 Franken Wochenlohn vertreten hat, ist bereit, den Winter hindurch für 60–70 Franken monatlich zu bleiben. Vorausgesetzt, er darf Französischstunden nehmen. Emil hat genug vom Militärdienst, dessen gegenwärtige Notwendigkeit er nicht einsieht. Im Dienst werde man bloss faul. Pilet im Rechnungsbuch:

> [illegible] mittieren würde.

In gutem Zustand sind die Kühe, aber Linotte hinkt.

> [illegible]

Landwirt Pilet schreibt über getätigte oder geplante Käufe von gemahlenem Kalkstein, von Potassiumsalz und von Nitrophosphaten. Es gilt sich vorzusehen, denn die Preise werden steigen, und die Ware wird rar werden. Reparaturen am Dach, das im vergangenen strengen Winter sehr mitgenommen wurde, verursachen Kosten.

> [illegible] kau wartet und wacht.

Die drei letzten Sätze im Büchlein fassen Pilets Meinung über den Krieg zusammen. Weil er französisch denkt, hier seine genaue Formulierung:

> [illegible] *Moscou attend et veille.*

In der Nacht auf den Montag, 21. Oktober, überfliegen Staffeln von Whitney-Bombern auf dem Weg nach Italien schweizerisches Gebiet. Der Bundesrat verschiebt die bei einer neuen Neutralitätsverletzung angekündigte automatische Verdunkelung. Für den Wiederholungsfall beschliesst der Bundesrat:

> [illegible] zwar durch den Herrn General.

Thurnheer überbringt der britischen Regierung ein Memorandum, das die von ihr für die Neutralitätsverletzungen ins Feld gebrachten Argumente entkräften will:

> [illegible] Schweiz eingegangenen Verpflichtungen sicherzustellen.

Schon in der Nacht auf Mittwoch, 6. November, kommt es zu einer neuen schweren Verletzung der Schweizer Neutralität durch die Royal Air Force. Die Protestnote an Lord Halifax ist detailliert:

> [illegible] Leone und Ofenhorn, Mesocco und Poschiavo.

Es konnte sich demnach nicht um eine irrtümliche Verirrung der britischen Flieger handeln. Wie vom Bundesrat beschlossen, ordnet der General schon auf die kommende Nacht die Verdunkelung an.

Minister Kelly reagiert und schreibt Pilet:

> [illegible] wendigerweise zunehmen muss

Pilet antwortet umgehend:

> [illegible]

Die Neutralitätserklärung von 1815 verpflichte die Schweiz, «in keiner Weise eine kriegführende Partei zugunsten der anderen zu begünstigen». Sie werde sich daran halten. Dank der Beleuchtung hätten die britischen Flieger beim Überflug der Alpen gute Bedingungen gehabt. Nachdem die Regierung Seiner Majestät sich über die legitimen Proteste der Schweiz hinweggesetzt habe, müsse sie gerechterweise die Verantwortung übernehmen.

Pilet hat mit Kelly ein freundschaftliches Verhältnis. (Er hat, wie Jacques Pilet später berichten wird, den Gesandten sogar einmal abends zu sich nach Les Chanays eingeladen, damit er selber sehen kann, wie britische Bomber das Waadtland überfliegen.) Pilet schliesst seine Worte mit der persönlichen Bitte an Kelly, seiner Regierung klarzumachen, dass die von ihr zugelassene straflose Überfliegung der Schweiz für das Land grosse Gefahren in sich birgt. Sie möge «endlich die geeigneten Massnahmen» treffen, um neue Zwischenfälle zu vermeiden.

> Verfehlungen, die sich ereignet haben, uns aufzwingen

Die Überflüge werden weitergehen, die Verdunkelung bleibt

76. Herr Schulthess möchte nochmals nach Berlin

Die Verdunkelung ist militärisch sinnlos, wie das Flieger- und Flabkommando schon früh feststellt. Sie soll vor allem den Deutschen zeigen, dass wir es mit der Neutralität genau nehmen. Pilet bemüht sich um gute Beziehungen zu allen Staaten, aber Vorrang hat Deutschland. Berlin kann die Schweiz aushungern oder arbeitslos machen. Wie viele seiner Landsleute fragt er sich: Was hat Deutschland mit uns vor?

Einen deutlichen Fingerzeig erhält der Bundespräsident, als ihm die Kopien eines Briefwechsels zwischen Reichswirtschaftsminister Walther Funk und Reichsmarschall Göring vorgelegt werden. Wie der Bundesrat zu diesen Dokumenten kam, bleibt unklar, aber jedenfalls geben sie Aufschluss über die Pläne Berlins für das «neue Europa». Göring hat bereits am 22. Juni, dem Tag, an dem in Compiègne den Franzosen die Waffenstillstandsbedingungen diktiert wurden, Reichswirtschaftsminister Funk beauftragt, ein Arbeitsprogramm über die künftige Gestaltung der europäischen Wirtschaft auszuarbeiten.

Als Funk am 6. August antwortet, geht er davon aus, dass der Krieg weitergeht, bis England mit einem Vernichtungsschlag in die Knie gezwungen wird. Er kann folglich Göring keine definitiven Angaben machen, behandelt aber in seinem geheimen Brief die «grundsätzliche Seite» eines künftigen europäischen Wirtschaftssystems:

> [illegible]
> deutschen Wirtschaft zu verflechten

Die europäischen Volkswirtschaften sollen für den «deutschen Bedarf» arbeiten. Ein europäisches Zahlungssystem (Zentralclearing) auf der Grundlage der Reichsmark soll geschaffen werden. In Pilets Kopie sind einzelne Worte in diesem Programm – vermutlich von ihm selber – unterstrichen:

> 1. [illegible] Betätigung an die deutschen Normen.

Was unter dem «Einsatz der deutschen Machtmittel» zu verstehen ist, kann sich Pilet denken. Die bedrohliche Anwesenheit deutscher Truppenverbände in Nähe der Schweizer Grenze ist ein solches Machtmittel. Langfristig stellt sich Funk eine «europäische Gesamtorganisation unter deutscher Führung» so vor:

> a) [illegible]
> b) [illegible]
> c) [illegible] mit geeigneten deutschen Fachleuten.

Ermutigend für die Schweiz ist folgender Punkt:

> [illegible] industriellem, rohstofflichem und agrarischem Gebiet.

Zwei Wochen später antwortet Göring dem «Parteigenossen Funk»:

> [illegible]

> [illegible] sen schnellstens getroffen werden.
>
> [illegible] Sicherung den höchstmöglichen Lebensstandard zu geben.

An der Wiener Messe stellt die Schweiz im September Uhren, Stoff und Spitzen aus. Messebesucher Minister Frölicher hält den schweizerischen Messepavillon für ein «Meisterwerk». Der Gesandte kann am Schweizer Stand Reichswirtschaftsminister Funk und den für die «Ostmark» zuständigen Reichsstatthalter Baldur von Schirach begrüssen:

> [illegible] sind die Granatzünder?»

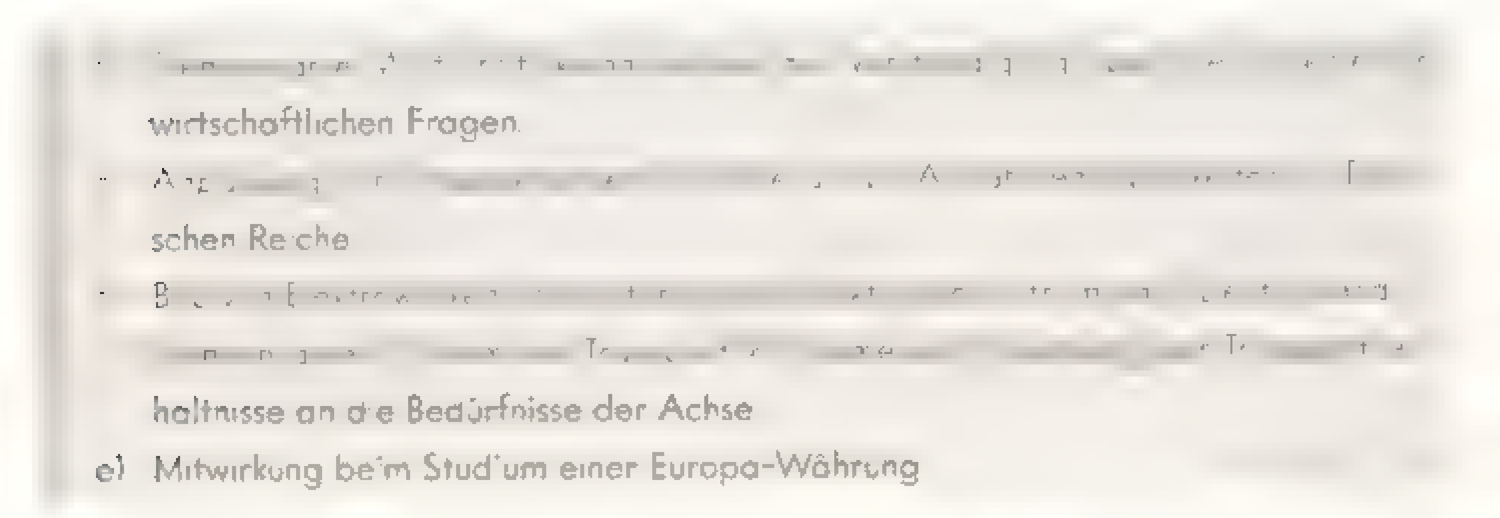
Es ist Funk nicht verborgen geblieben, dass die Schweiz weiter Granatzünder nach England schmuggelt. Der Reichswirtschaftsminister gibt sich wohlwollend:

> [illegible] pathisch gewesen.»

Über deutsche Zukunftspläne hat sich auch Dr. jur. und Oberstleutnant Wilhelm Frick, Mitglied des Volksbunds, erkundigt. Er hat Pilet einen Bericht über seine Geschäftsreise nach Berlin zugeschickt. Bevor er ihn liest, erkundigt sich Pilet über W. Frick. Er sei im Schweizer Juristenverein «sehr bekannt» und habe für «Be-

wegungen der Rechten Sympathien gezeigt, ohne die tolerierbaren Grenzen zu überschreiten».

In Berlin erfährt Frick, was «massgebende deutsche Kreise» über die «Einordnung der Schweiz in die Wirtschaft der Achse Berlin–Rom» denken:



- [illegible] wirtschaftlichen Fragen.
- [illegible] schen Reiche
- [illegible] hältnisse an die Bedürfnisse der Achse
- e) Mitwirkung beim Studium einer Europa-Währung

Diese angeblichen deutschen Wünsche gehen weiter, als dies Pilet lieb sein kann. Eine «Europa-Währung», die auf die Reichsmark gestützt wäre, kommt für die neutrale Schweiz nicht in Frage.

Frick ist Kunde der Bodenkreditanstalt (SBKA), der von der Schweizer Kreditanstalt kontrollierten Hypothekarbank, die in Deutschland vermögende Klienten hat. Ein anderer Kunde der SBKA ist der schwerreiche Geheimrat Oeding, den Alt-Bundesrat Edmund Schulthess im Sommer im Grand Hotel Gurnigelbad kennen gelernt hat. Oeding hat Zugang zu höchsten politischen und militärischen Kreisen in Berlin. Er hat Willy Schulthess, den Neffen des Alt-Bundesrats, mit General Bodenschatz, einem engen Vertrauten von Reichsmarschall Göring, zusammengebracht. Willy Schulthess ist Direktor der SBKA und zuständig für deren Deutschlandgeschäft.

Auf Wunsch Frölichers empfängt Bonna – Pilet ist in den Ferien – am 17. Oktober den aus Deutschland zurückkehrenden, von seinem 72-jährigen Onkel begleiteten Willy Schulthess. Aus dem Gespräch zu dritt ergibt sich, dass General Bodenschatz eine baldige Berlin-Reise «einer Schweizer Persönlichkeit wie Herr Bundesrat Schulthess» vorgeschlagen hat. Er würde ihm «auf der Stelle ein Rendez-vous mit Herrn Göring verschaffen». Bonna berichtet Pilet, Monsieur Ed. Schulthess habe ihm gesagt, «er habe keine besondere Lust», diese Rolle zu spielen, wäre aber bereit, dies zu tun. Pilet, der im Juli mit Schulthess geredet und korrespondiert hat, weiss, dass Schulthess darauf erpicht ist, als Sonderemissär nach Berlin zu reisen.

Sofort nach seiner Rückkehr aus Les Chanays trifft sich Pilet am 23. Oktober mit dem Alt-Bundesrat und ein zweites Mal eine Woche später mit ihm und dessen Nef-

ten. Von dieser Unterredung am 30. Oktober merkt sich Pilet ein paar Hauptpunkte: Die Reise des Alt-Bundesrats soll geheim bleiben, sie soll nicht über das Auswärtige Amt gehen, Weizsäcker sei erst nachträglich zu treffen. Schulthess soll in der Gesandtschaft logieren. Zur neuesten Situation in Berlin notiert Pilet:

> [illegible]
>
> Atmosphäre in Deutschland besser
>
> Pressekorrespondent recht gut empfangen.

Beim erwähnten Pressekorrespondenten handelt es sich um Peter Dürrenmatt, der künftig für die Schweizer Mittelpresse aus Berlin berichten soll. Er ist eben von einer dreiwöchigen Erkundungsreise aus der Reichshauptstadt zurückgekehrt und hat Pilet über die dort gemachten Erfahrungen berichtet. Dürrenmatt, Sohn von Regierungsrat Hugo und Cousin von Schriftsteller Friedrich, ist ein zuverlässiger Journalist. Er erlebte als Lehrer in Deutschland die Machtübernahme der Nazis und hat keine Sympathien für sie. Dürrenmatt glaubt, wie er später auch Feldmann erzählt, «dass die NSDAP es nach wie vor auf die Schweiz abgesehen hat, während im Auswärtigen Amt und in der Wehrmacht Leute sind, die für uns grosses Verständnis haben.» Dies ist für Pilet keine Neuigkeit. In seinen vorbereitenden Notizen für das Gespräch mit den beiden Schulthess findet sich das Stichwort «Hitler». Unklar ist, ob Schulthess den Führer treffen soll oder kann.

Eine Reise nach Berlin von *Monsieur le Président Schulthess* – wie Pilet ihn nennt – wäre nicht vergleichbar mit Deutschlandbesuchen von Geschäftsleuten, Parlamentariern wie E. E. Meyer, hohen Offizieren oder wenig bekannten Bundesbeamten. Auch nicht vergleichbar mit der Reise von Alt-Bundesrat Musy, dem der Bundesrat wegen seiner Nazifreundlichkeit misstraut. Musy hat Anfang September in Berlin den mit ihm befreundeten SS-Chef Himmler, die graue Eminenz Hjalmar Schacht und Weizsäcker getroffen. Weizsäcker soll Musy mit der ironischen Bemerkung herauskomplimentiert haben, er, Musy, sei doch Jäger und er täte gut, nach Hause zu gehen, um englische Flieger, die das schweizerische Gebiet verletzten, herunterzuholen.

Am 31. Oktober, dem Tag nach seinem Besuch bei Pilet, verfasst Schulthess, der überzeugt ist, dass Deutschland den Krieg bereits gewonnen hat, ein Memorandum, in dem er die Hauptlinien seines Programms für Berlin zusammenfasst:

> [illegible]

Es ist kein Zufall, wenn Pilet die drei Worte in erster Linie unterstreicht: «diplomatischen Charakter» soll die Reise haben, d.h. Schulthess soll vor allem zuhören. Der Alt-Bundesrat will sich jedoch nicht darauf beschränken.

> [illegible] ständigkeit nicht antasten.
>
> [illegible] verkehrs durch Herstellung von Autostrassen.

Zum Vorschlag von Schulthess, Deutschland elektrische Energie zur Verfügung zu stellen, macht Pilet, wie auch zu anderen Punkten, ein Fragezeichen. Er fürchtet, dass Schulthess weiter gehen möchte, als dem Bundesrat lieb ist. Auf einem Karton, das der Alt-Bundesrat seinem Dokument angeheftet hat, schreibt er: *«Mon cher Président, voilà les notes approuvées aujourd'hui par Messieurs Wetter et Stampfli. Bien à vous.»*

Als er übers Wochenende von Pilet nichts hört, wird der alte Herr ungeduldig. Am Montag geht er ins Bundeshaus, wo ihm Bonna gesteht, er sei *«pas exactement*

mente», ob der Bundesrat jetzt in der Frage seiner Berlin-Reise entschieden habe. Pilet entschuldigt sich später schriftlich bei Schulthess. An den letzten beiden Sitzungen habe der Bundesrat nichts beschlossen, weil er nicht vollzählig gewesen sei. Pilet fügt hinzu:

> [illegible] Willen des Rats im Klaren sein werde.

Die BR-Sitzung vom 8. November wird dominiert von Pilets Meldung, dass die Kollegen Baumann und Minger ihren Rücktritt erklärt haben, und bringt Schulthess immer noch keine Antwort. Die Verzögerung lässt den Alt-Bundesrat ahnen, dass diese negativ ausfallen wird. Enttäuscht schreibt er Pilet am selben Tag:

> [illegible] schiedener Meinung und unentschieden ist.

Er hält das Verhalten des Bundesrats für falsch:

> [illegible] dies vielleicht anders sein.

Ungeduldig verlangt Schulthess von Pilet «baldmöglichst» Auskunft darüber, was man General Bodenschatz, der schliesslich ja «nicht der erstbeste» sei, sondern «ein Mann von grossem Einfluss und hoher Stellung», antworten solle. Es sei dies eine «Höflichkeitspflicht». Pilet antwortet erst am 12. November, unmittelbar nach Ende der Bundesratssitzung. Der Bundesrat habe die Frage «*qui vous intéresse*» eben diskutiert und sei zum Schluss gekommen, dass der Moment, in dem die Ersetzung zweier seiner Mitglieder offenstehe, für eine delikate Aktion im Ausland nicht günstig sei:

> [illegible]

[illegible]

[illegible] Reise von Schulthess ist überflüssig.

77. Für den General wird es ungemütlich

Oberstleutnant Wilhelm Frick hat auf seiner Deutschlandreise im Oktober Näheres über die vom Auswärtigen Amt ausgewerteten sogenannten La-Charité-Dokumente erfahren. Er vertraut diese Informationen neben dem Bundespräsidenten auch seinem Vorgesetzten Oberstkorpskommandant Labhart an. Unter den gefundenen belastenden Dokumenten befanden sich Schriftstücke mit dem Namen oder der Unterschrift eines Oberstleutnant Gonard. Labhart war bis Anfang 1940 Chef des Generalstabs. Als solcher hätte er von schweizerisch-französischen Militärabsprachen wissen müssen. Der in den Dokumenten vorkommende Namen Gonard gibt Labhart die Gewissheit, dass der General hinter seinem Rücken, dem Rücken des Generalstabschefs, mit den Franzosen paktiert hat. Unerhört. Gonard, Chef der Operationsabteilung, war bis Juli 1940 Leiter von Guisans persönlichem Stab. Am 1. November informiert Labhart persönlich den General über die Mitteilung, die er von Frick erhalten hat. Er beantragt, dass Oberrichter Oberst Trüssel Gonard dazu einvernehmen soll.

Es ist Feuer unterm Dach. Das Auftauchen von Gonards Namen bedeutet, dass es sich bei den Nachrichten aus Berlin nicht mehr um reine Gerüchte handelt. Guisan reagiert. Am Montag, 4. November, hält er einen Kriegsrat ab – eine Krisensitzung, wie man heute sagen würde. Dabei ist neben den an den Absprachen mit Frankreich direkt beteiligten Gonard und Barbey auch Oberst Claude Du Pasquier. Du Pasquier hätte als Kommandant der Ad-hoc-Division «Gempen» im Kriegsfall direkt mit den der Schweiz zu Hilfe eilenden französischen Einheiten operieren müssen. Im Privatleben ist Du Pasquier Professor der Rechte an der Universität Neuenburg. Er gilt als sehr fähiger, einfallsreicher und populärer Truppenführer.

Guisan fragt ihn, was er von der Untersuchung der La-Charité-Angelegenheit durch Oberauditor Trüssel halte, die Labhart vorschlug. Du Pasquier ist dafür. Eine solche Untersuchung bringe nur Vorteile. Gonard, der kategorisch abstreitet, irgendetwas schriftlich festgehalten zu haben, erhalte die Gelegenheit, sich zu rechtfertigen.

Für Du Pasquier muss jeder Anschein, etwas verstecken zu wollen, vermieden werden. Auf die – reichlich naive – Frage Guisans, ob man nicht bei den Deutschen

präzisierende Auskünfte einholen solle, antwortet Du Pasquier laut seinem Tagebucheintrag:

> [illegible]

Der General folgt Du Pasquiers Rat. Er beauftragt Oberauditor Trüssel mit einer militärischen Voruntersuchung gegen Gonard und erteilt ihm Instruktionen. Gonard übergibt Trüssel am 8. November eine handschriftliche Erklärung:

> [illegible] kompromittieren konnte.

Gonard sagt die Wahrheit, auch wenn es nicht die ganze Wahrheit ist. Er verschweigt, dass er an der Vorbereitung einer militärischen Zusammenarbeit mit Frankreich führend beteiligt war.

Trüssel befragt auf Wunsch des Generals noch drei Personen: Oberstleutnant W. Frick, Nationalrat und Oberst J. F. Meyer und den Rechtsanwalt Dr. Albert Riedweg, dessen Bruder Franz in der SS in Deutschland eine hohe Stellung innehat. Am 17. November wird Trüssel seinen Bericht vorlegen. Fazit: Nichts sei vorgefallen, «welches geeignet sei, die absolut neutrale Haltung der Schweiz in Zweifel zu ziehen». Es sei «vollkommen ausgeschlossen», dass sich unter den Akten des französischen Generalstabs Aufzeichnungen über die Kooperation der schweizerischen und der französischen Armee bestehen könnten. Die «Behauptung, dass Dokumente oder Aufmarschpläne ausgetauscht worden sein sollen», sei «eine reine Erfindung».

Nach dem Krieg vom Militärdepartement durchgeführte Untersuchungen werden Gonards Aussage und Trüssels Befund insofern bestätigen, als sich unter den «Akten des französischen Generalstabs» – den auf dem Bahnhof La Charité erbeuteten Kisten – keine die Schweiz belastenden Dokument befanden. Die existierenden detaillierten Kooperations- und Aufmarschpläne waren in den Händen von General Besson, dem für eine militärische Hilfe an die Schweiz zuständigen Kommandanten der Heeresgruppe 3. Die Dokumente fielen den heranstürmenden deutschen Truppen in der Kaserne Dampierre in Dijon in die Hände, wo die in Panik fliehenden Franzosen sie zurückgelassen hatten.

Trüssel spricht Gonard und den General von jedem Verdacht frei. Der Oberauditor hat getan, was Guisan von ihm erwartete. Die Deutschen jedoch sind besser informiert als der schweizerische Armeeoberauditor. Sie besitzen die Dokumente. Botschafter Hans-Adolf von Moltke, Leiter der Archivkommission zur Auswertung erbeuteter Akten, schreibt einen Bericht über die in Dijon gefundenen Dokumente. Seine sorgfältige Aufzeichnung, datiert vom 7. November, vermittelt ein sachliches «Gesamtbild» der Verbindung zwischen der französischen und der schweizerischen Armee:

> [illegible] abzusenden sind, wird festgelegt.

Beide Seiten, heisst es im Bericht von Moltke, hatten grossen Wert auf strikte Geheimhaltung gelegt. Verabredungen durften «nur mündlich getroffen» werden:

> [illegible] arbeit in Abrede stellen können.

Genau dies tat Oberst Gonard, als er von Trüssel befragt wurde. Die deutsche Aufzeichnung vom 7. November, versehen mit der Notiz «hat dem Führer vorgelegen», kommt zum Schluss:

> [illegible]

Für die Schweiz entlastend ist immerhin die in der Aufzeichnung gemachte Feststellung, dass Frankreich nie beabsichtigte, «zu Offensivzwecken in schweizerisches Gebiet einzumarschieren». Eine französische Intervention war nur «für den Fall eines vorherigen Einmarsches deutscher Truppen in die Schweiz vorgesehen».

Wenn Hitler die ihm vorgelegte Aufzeichnung vom 7. November genau gelesen hat – interessiert ihn dies überhaupt noch? –, kann er sie verschieden auslegen

Praktisch liegt eine schweizerische Neutralitätsverletzung vor, völkerrechtlich nicht.

Aus seiner Sicht hätte er dies als schweizerische Neutralitätsverletzung behandeln und bei Bedarf allenfalls als Kriegsgrund verwenden können. In einem früheren Bericht des Auswärtigen Amts vom 11. September heisst es:

> [illegible]

Dies entspricht den Vorstellungen von Bundespräsident Pilet. Er war bereit, bei «Eröffnung des deutschen Feuers» gegen die Schweiz unverzüglich per Funk mit Paris in Verbindung zu treten und einen von Oberst Logoz vorbereiteten völkerrechtlich verbindlichen schweizerisch-französischen Militärpakt telegrafisch abzuschliessen.

Am Ende der ersten Novemberwoche, die General Guisan bei Manövern im Feld zubringt, trifft ihn ein neuer Schlag. An der Bundesratssitzung vom 8. November erklärt Minger seinen Rücktritt auf Ende Jahr. Guisan wird seinen einzigen treuen Freund, Verbündeten und Verteidiger im Bundesrat verlieren. Barbey im Tagebuch:

> [illegible]

Minger ist sechzig, aber rüstig. Eigentlich wollte er nur zehn Jahre im Amt bleiben und Ende 1939 ausscheiden. Der ausgebrochene europäische Krieg bewog ihn, noch ein Jahr weiterzumachen. Er hat seine Aufgabe erledigt, alle wichtigen militärischen Entscheidungen liegen beim General. Mit gutem Gewissen geht er «zurück zur Scholle», zu seinem geliebten Bauernhof in Schüpfen.

> [illegible] Pasquier. Der General würde sie sehr glücklich finden

Am 9. November, dem Samstag, an dem die Zeitungen über Mingers Rücktritt aus dem Bundesrat schreiben, schickt General Guisan dem *Chef du Département politique M. Pilet-Golaz* einen als *secret personnelle* bezeichneten Brief. Guisan macht darin auf einen «sehr bedeutsamen und in verschiedener Hinsicht alarmierenden Bericht» Frölichers vom 1. November aufmerksam. Er zitiert aus Frölichers Bericht eine dem deutschen Staatssekretär a. D. von Rheinbaben zugeschriebene Aussage:

> [illegible]

Guisan erinnert daran, dass Frölicher in seinem Bericht den Namen Schulthess genannt hat, und fährt fort:

> [illegible] dass ich nicht das Recht empfinde zu schweigen.

Guisan behauptet, sich ungern in Angelegenheiten der Politik einzumischen, auch wenn er es – zum Ärger Pilets – die ganze Zeit tut.

Guisan befürwortet eine Mission Schulthess, «aus dem Grund des Ansehens, das der frühere Bundespräsident in Deutschland geniesst, der Beziehungen, die er dort besitzt, und seiner Erfahrung in wirtschaftliche Angelegenheiten». Er wäre der Erste, der sich darüber freuen würde, wenn man Schulthess beauftrage, «auf diesem Gebiet für unsere Sache zu plädieren». Nach diesen Vorbemerkungen kommt der General zu seinem eigentlichen Anliegen:

> [illegible]

Der General beschreibt – in praktisch gleichen Worten wie in seinem persönlichen Brief an Minger vom August – die Vorzüge Burckhardts, sein Verständnis für Zivilisationsströmungen, «die sich heute durch das Dritte Reich hindurch als die charakteristischsten Bekundungen germanischer Zivilisation und Macht bekräftigen». Guisan schliesst mit der Anregung, Burckhardt könne in Berlin über «kulturelle, künstlerische und touristische Austausche» reden. In der vergifteten Pressefrage könne er «eine Befriedung suchen und eine Zusammenarbeit einleiten». Dabei bedient er sich des wörtlich gleichen Satzes wie in seinem … von Barbey verfassten Brief an Minger vom 14. August.

Der General machte damals seinen Burckhardt-Vorschlag, weil für ihn persönlich eine «heikle Situation» aufgetreten war. Er war in Berlin wegen seiner «säbelrasselnden» Rütli-Rede und wegen aufgefundener Dokumente über eine schweizerisch-französische Militärkooperation unter Druck geraten. Wenn Guisan im Brief an Pilet von «kritischen Tagen» spricht, die vielleicht gekommen seien, dann denkt er weniger an die Situation der Schweiz als an seine eigene. Er hat Kenntnis von einem «Geheimbericht» des Nachrichtendiensts (Verfasser Hausamann), wonach Deutschland Guisans Ersetzung als Oberkommandierender verlangen werde. Anfangs Oktober hatte Legationsrat von Bibra in Anwesenheit von Militärattaché von Ilsemann Brigadier Rudolf von Erlach gesagt, das schweizerische Armeekommando sei in deutschen Regierungskreisen sehr schlecht angeschrieben. Auf von Erlachs Frage, ob eine nach Berlin geschickte schweizerische Militärmission zur Klärung der Situation beitragen könnte, erhielt er die Antwort, dies sei ausgeschlossen. Bibra fügte hinzu: «Jedenfalls nicht, solange Guisan General und Huber Generalstabschef seien.»

Wie schon zuvor im August hofft Guisan, dass sich der diplomatisch gewandte Burckhardt in Berlin anwaltschaftlich für ihn einsetzen und dazu beitragen werde, seine Stellung als Oberkommandierender zu retten. Pilet goutiert die Einmischung des Generals in die Aussenpolitik nicht. Überdies hält er eine Reise Burckhardts nach Deutschland für überflüssig, wenn nicht gar kontraproduktiv. Er beantwortet Guisans Brief nicht. Ein Eintrag Bovets in seinen Notizen zur Bundesratssitzung vom 12. November zeigt, wie der Bundespräsident die Frage der von ihm weiterhin abgelehnten Mission Burckhardt taktvoll gelöst hat:

> [illegible]

Wenn Pilet vorläufig niemanden nach Berlin schickt (*propose de n'envoyer personne en ce moment*), fällt mit der Mission Schulthess auch die von Guisan vorgeschlagene Entsendung Burckhardts unter den Tisch.

78. Der Bundesrat handelt

Als Hitler am 28. Oktober um 11 Uhr in Florenz Mussolini trifft, steht er vor vollendeten Tatsachen: Italienische Truppen sind wenige Stunden zuvor über Albanien nach Griechenland eingedrungen. Der Duce will mit dieser Überraschungsaktion dem Krieg im Mittelmeer und Nordafrika eine günstige Wende geben.

Die Schweizer sympathisieren zwar mit dem kleinen hellenischen Volk, dessen ruhmvolle Geschichte jeder Schüler kennt. Doch die Begeisterung ist weniger leidenschaftlich als diejenige für die Finnen in ihrem Abwehrkampf gegen die Sowjetunion. Die Zeitungen sind vorsichtiger. Mussolini gilt als Freund der Schweiz. Ohne italienische Häfen, die für Schiffe mit Waren aus oder nach der Schweiz offenstehen, wäre die Eidgenossenschaft verloren. Dies weiss man auf der *Thurgauer Zeitung*:

> [illegible] seinem Wege auf, was ihm hinderlich scheint.

Die Schweiz hat keine eigene Handelsflotte. Die meisten von ihr gecharterten Schiffe sind griechisch und segeln unter griechischer Flagge. Wird Italien diese Schiffe gewähren lassen?

Am 2. November titelt *La Suisse*: «Die Beschränkung der Wolle hat neue rücksichtslose Käufe provoziert.» Ein Schneider klagt: «Ich muss morgen zwei Anzüge liefern, einen für eine Hochzeit, was tun?» Schuhläden werden gestürmt. Leute, welche die Regale der Läden leeren, werden als «5. Kolonne» beschimpft. Die *Thurgauer Zeitung* warnt, die Eintracht der Bürger könne man weder befehlen noch «mit Aufrufen herbeizaubern»:

> [illegible]

> [illegible]
> will und erwartet, dass der Staat für gute Ordnung sorgt.

Pierre Grellet hat bemerkt, dass in der Bundesstadt Bern der Ansturm auf die Läden besonders heftig ist, und stellt in der *Gazette* mit [illegible] fest:

> [illegible]

Pilets Abstecher nach Les Chanays – Mitte November anlässlich der herbstlichen *boucherie*, schweizerdeutsch *Metzgete* – lässt ihm verstehen, wo das «einfache Volk» der Schuh drückt.

Es ist dem Bundesrat seit Pilets Rede am 25. Juni immer wieder vorgeworfen worden, er rede viel und handle nicht. Die Schelte ist ungerecht. So plant das Volkswirtschaftsdepartement seit 1938 die Sicherstellung der Lebensmittelversorgung im Notfall. Diese Pläne sehen eine staatliche Lenkung und Beaufsichtigung der Landwirtschaft vor. In normalen Zeiten lassen sich derartig drastische Eingriffe in der Schweiz nicht durchführen. Im November 1940 sind die psychologischen Voraussetzungen für eine radikale Umstellung da. Der Bund will die gesamte Anbaufläche des Lands gewaltig ausweiten. Die Getreideanbaufläche soll um 157 %, die Ackerbaufläche gar um 172 % gesteigert werden. Der bis in die Einzelheiten ausgetüftelte Plan ist das Kind des 41-jährigen Direktors der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Zürich-Oerlikon, Friedrich Traugott «Fritz» Wahlen, der im eidgenössischen Kriegsernährungsamt die «Sektion für landwirtschaftliche Produktion und Hauswirtschaft» leitet.

Am 15. November stellt Wahlen seinen Anbauplan in einem viel beachteten Vortrag der Öffentlichkeit vor. Gleichzeitig publiziert der Gotthard-Bund, dem Wahlen angehört, ein geschickt illustriertes und allgemein verständlich geschriebenes Büchlein «Die Anbauschlacht – Die Aufgaben unserer Landwirtschaft in der Kriegszeit». Prof. Wahlen (bald wird er an der ETH über Pflanzenbaulehre lesen) hat aus

rechnen lassen, welche Mindestrationen die Menschen brauchen, um ein nützliches Leben führen zu können. Beispiel:

> Brot: 250 g pro Kopf und Tag (bei 10 % Kartoffelbeimischung).
> [illegible]
> Kranke, stillende Frauen etc. Vollmilch ohne Rationierung
> [illegible]

Wahlen, ein volkstümlicher Berner aus [illegible], der in Deutschland, England, den Niederlanden und Kanada tätig gewesen ist, kann seinen Plan gut erklären. Einem Journalisten des *Journal de Genève*, der von Wahlen «mit extremer Einfachheit und Herzlichkeit» in seinem Büro am [illegible] empfangen wird, erscheint der Agronom als ein «Mann, der weiss, was er will, der die Realität kalt betrachtet und sich um alle Gefühlsduselei schert». Als guter Familienvater wolle Wahlen nicht, dass wir hungern, aber er glaube, dass wir zu viel essen. Die Umstellungen auf Produktion von Lebensmitteln mit hohem Kaloriengehalt macht eine Reduktion des Viehbestands nötig: [illegible] der Rinder, [illegible] der Schweine sollen verschwinden. Der Bestand an Federvieh soll zeitweise vermindert werden, was immerhin «Huhn im Topf» auf den Sonntagstisch bringt.

Das *Journal de Genève* ist begeistert von Wahlens Synthese von Wirtschafts- und Militärverteidigung:

> [illegible]

Mit der Lancierung der Anbauschlacht nimmt der Bundesrat auch sonst das Heft in die Hand. An der Sitzung vom 15. November genehmigt die Regierung im Eiltempo Beschlüsse über:

> a) [illegible] auf kriegswirtschaftlichem Gebiet;
> b) [illegible]
> c) die Getreide- und Futtermittelversorgung;
> d) die Einsparung flüssiger Brennstoffe im Postautoverkehr;
> e) [illegible]

An der gleichen Sitzung erhält Pilet den Kredit für ein neues Gesandtschaftsgebäude in Washington zugesprochen. Auf seinen Antrag wird ein Wunsch der Filmwochenschau um «cinematographische Aufnahme» der angekündigten «Konferenz mit den Regierungspräsidenten» abgelehnt. Der Bundespräsident will für vertrauliche Besprechungen keine Publizität. Er will auch, dass das bevorstehende Urteil gegen die deutschen Flugplatz-Saboteure so wenig Aufsehen wie möglich erregt. Im August hatte Pilet bezweifelt, ob ein militärgerichtliches Verfahren, das «sogar mit einer Todesstrafe enden könnte», «im gegenwärtigen Augenblick politisch zweckmässig sei». Die Angeschuldigten, die «ohnehin eine lange Zuchthausstrafe gewärtigen könnten», in Untersuchungshaft bleiben, einzelne eventuell gegen schweizerische Häftlinge in Deutschland ausgetauscht werden. Im Oktober willigte Pilet dann in die Durchführung des Verfahrens ein, «sofern die nötige Diskretion und Zurückhaltung geübt wurde». Daran hält sich der Bundesrat, als er den Wortlaut der Mitteilung beschliesst, die der Presse nach der Urteilsverkündung zugestellt werden soll. Das aufs Nötigste beschränkte Communiqué berichtet, dass 9 Angeklagte – 7 Ausländer und 2 Auslandschweizer – wegen militärischem Landesverrat zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden sind.

> Die Angeklagten [illegible] [illegible] [illegible] griffsobjekte gescheitert ist.

Verschwiegen wird, dass es sich bei den sieben «Ausländern» um deutsche Wehrmachtssoldaten handelte. Wie Pilet gehofft hat, übergeht Berlin die Verurteilung seiner Agenten mit Schweigen. Die Reichsregierung unternimmt nichts, um ihre Freilassung zu erwirken. Es ist ihr willkommen, dass die Sache unter den Teppich gekehrt wird. Der von Hitler persönlich gebilligte, kläglich gescheiterte Terroranschlag war kein Ruhmesblatt für die Wehrmacht.

An der Sitzung vom 15. November berichtet Bundesrat Baumann von neuen polizeilichen Abklärungen über die Nationale Bewegung der Schweiz. Er stellt den Antrag auf ihr Verbot in Aussicht. Auf seine Frage, ob es dagegen Einwände aussen- oder innenpolitischer Natur gäbe, erklären sich alle Mitglieder für ein Verbot. Pilet (gemäss Notizen Bovet) erklärt:

> [illegible]
> tervenieren lässt.

Tags darauf, am 19. November verbietet der Bundesrat die Nationale Bewegung der Schweiz.

Für Pilet war der Empfang von Schaffner, Max Leo Keller und Hofmann und die darauf folgende landesweite Erregung eine heilsame Lehre. Er nahm nachher persönlich die drei Herren genauer unter die Lupe und verfolgte ihr weiteres Treiben aufmerksam. Der aktivste der NBS-Führer, Ernst Hofmann, veröffentlichte am 25. September ein Rundschreiben zur Audienz, die «im Auftrag des Bundesrats erfolgt» sei und die er als «erfolgreiches Vorpostengefecht» bezeichnet.

> [illegible]
> kommen noch welche.

Die Bundesanwaltschaft liess das Pamphlet beschlagnahmen.

Am 5. Oktober schrieb Schaffner an Weizsäcker einen Brief, in dem er sich zu den «Vorgängen mit dem Bundespräsidenten» äussert:

> [illegible]
> deutsche Okkupation arbeiten soll.

Das Reich könne unmöglich mit einem Land in Vertragsbeziehungen bleiben, «dessen politische Führung eine offen feindliche gegenüber dem deutschen Volk und dessen Bekenntnis einnimmt»:

> [illegible] neuen Ordnung

Schaffner mochte dem Führer Vortrag halten und Vorschläge unterbreiten. Weizsäcker hielt nichts davon. Er schrieb Ribbentrop, die Schweiz «sei zu einer gewaltsamen Umformung nicht reif»:

> [illegible]

Max Leo Keller, zur gleichen Zeit ebenfalls in Deutschland, konnte mindestens Hess treffen. Ausser schönen Worten brachte seine Unterredung mit Hitlers Stellvertreter, dessen Einfluss beim Führer im Schwinden ist, nichts. Pilet, dem Keller über seine Deutschlandreise hatte berichten sollen oder wollen, empfängt ihn nicht mehr.

Am 5. November liess Hofmann Pilet ein Bändchen der in seinem Verlag erschienenen «Schriftenreihe grosser Schweizer Dichter» zukommen – mit einer beiliegenden Notiz:

> [illegible] und lässt Sie bis dahin freundlich grüssen.

Zu diesem Satz macht Pilet am Rand ein Ausrufe- und ein Fragezeichen mit der Bemerkung *Elle est bonne, celle-là!*

Am 11. November soll Hofmann im Gespräch mit Bundesanwalt Stämpfli diesem gedroht haben: «In 14 Tagen werden Sie nicht mehr auf Ihrem Posten sein.» Vollends überspannt der NBS-Führer den Bogen, als er am 12. November «Bundespräsident Pilet z.H. des Gesamt-Bundesrates» einen Brief schickt, in dem er die alten Forderungen der NBS wiederholt. Hofmann fragt zum Schluss, ob der Bundesrat gedenke, die Verleumdungskampagne gegen die NBS weiterhin zu dulden, und ob er gedenke, der NBS wie allen anderen Parteien volle Versammlungsfreiheit und Pressefreiheit zu gewähren:

> [illegible] zu finden.

«Im Laufe des Monats» – das heisst: die NPS gibt dem Bundesrat 18 Tage Zeit für eine Antwort. Ein Ultimatum.

Am Montag, 17. November, schicken M. L. Keller und E. Hofmann im Namen der NPS einen eingeschriebenen persönlichen Expressbrief an die Privatadresse von «Bundespräsident Dr. Marcel Pilet-Golaz». Er beginnt:

> [illegible] Lügen straft.

Der zweifellos von Keller verfasste Brief erinnert daran, dass die NPS zu Pilets 4 Punkten umgehend eine verbindliche Erklärung abgegeben habe. Trotzdem seien jetzt zwei Monate vergangen, «ohne dass auch nur das geringste Entgegenkommen in Erscheinung trat, dafür aber eine geradezu abgefeimte und von Beleidigungen und Verleumdungen strotzende Diffamierungskampagne». Deshalb bleibe ihnen nichts anderes übrig, als in «einer bestimmten, aber doch sehr vorsichtigen und zurückhaltenden Weise den Bundesrat öffentlich an die gegebenen Zusicherungen zu erinnern». Der Brief endet mit einem eindringlichen Appell an Pilet:

> [illegible]

[illegible]

den.

Pilet beantwortet den Brief nicht. Stattdessen reagiert der Bundesrat. Er verbietet die Nationale Bewegung der Schweiz.

79. Die Schweiz atmet auf

Wie wird Deutschland auf die Auflösung der NBS, des Schweizer Ablegers der NSDAP reagieren? Der Bundesrat rechnet zwar nicht mit einem deutschen Einmarsch, aber ausschliessen kann er ihn nicht. Er weiss, dass die militärähnlichen Jugendgruppen der NBS bewaffnet sind. «Zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Friedens» werden Polizei und Truppen in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt. Die Radio-Spätnachrichten geben die Auflösung der Bewegung bekannt. Um 22.50 schreibt Feldmann ins Tagebuch: «Bisher ist trotz des Verbots der Nationalen Bewegung alles ruhig geblieben.»

Es bleibt auch am nächsten Tag ruhig. Die Zeitungen bringen die Nachricht von der Auflösung der NBS auf der Titelseite. In *La Suisse* erinnert Pierre Béguin die Leser, dass die NBS im Juni gegründet wurde, als man merkte, dass «Europa eine Seite seiner Geschichte gedreht» habe. Die ehemaligen Frontistenführer, deren Truppen sich zerstreut hatten, setzten sich wieder in den Sattel. Ein Zirkular der neuen Gruppierung hatte manch guten Bürger verleitet, diesen Frontistenchefs Vertrauen zu schenken. Inzwischen habe man erkannt, wo die wirklichen Ziele der NBS liegen. Béguin:

> [illegible] September nicht, sie zu empfangen.

Béguin schreibt, Recherchen hätten gezeigt, dass die Herren der NBS Meister der Verkleidungskunst waren:

> [illegible] nisationen zu schaffen.

Die NBS sei eine revolutionäre Bewegung.» Deshalb habe der Bundesrat sie aufgelöst:

> [illegible]

La Suisse-Journalist Béguin, der bald zum *Journal de Genève* wechseln wird, geniesst Pilets Vertrauen. Sein Artikel gibt die Gedanken des Bundespräsidenten wieder.

Pilet erklärt Kocher, das Verbot der NBS sei eine interne Angelegenheit und kein unfreundlicher Akt gegenüber Deutschland. Der Gesandte erwidert, der Entscheid sei offenbar «unter … unverständlicher Ausserachtlassung aussenpolitischer Gesichtspunkte» auf Betreiben der «herrschenden demokratischen Interessengruppen» getroffen worden. Pilet bestreitet, dass aussenpolitische Gesichtspunkte im Spiel waren. Die Führer der NBS hätten sich ihm gegenüber wenig loyal verhalten und sich im Ton stark vergriffen. Ihre Organisation sei unstatthaft, es bestehe eine Verbindung zwischen Frontisten und Kommunisten.

Verbindung zwischen Frontisten und Kommunisten? Dies ist neu. Pilet greift die Behauptung nicht aus der Luft. Unter den ihm zugestellten Telefonabhörberichten ist ihm einer aufgefallen, in dem der Genfer Frontistenchef Martin den Führer der moskauhörigen FSS Léon Nicole anruft und mit ihm eine Zusammenkunft vereinbart.

Pilet sagt Kocher, seine Stellung sei jetzt viel gefestigter, er werde nun manches tun können, um die von ihm gewünschte Annäherung an Deutschland herbeizuführen. Kocher antwortet, Deutschland werde sich jetzt vielleicht nicht weiter über das Verbot auslassen, aber es werde «im geeigneten Moment gegen die Schweiz vorgebracht» werden.

In Berlin ist Frölicher wütend über die unerwartete Nachricht aus Bern. Am 21. November, am Tage nach der Bekanntgabe der Auflösung der NBS, schreibt er Pilet:

> [illegible]

> [illegible]

Der Gesandte berichtet, die Presse habe das Verbot als die «Legalisierung der Deutschlandfeindlichkeit der Schweiz» bezeichnet. Der *Völkische Beobachter* befand, dass Massnahmen wie diejenige des Bundesrats «nichts gegen die unwiderstehliche Kraft eines geschichtlichen Gesetzes» könnten. An dessen Ablauf könne man auch nichts ändern, «indem man sich aus dem Jahre 1940 in den Schatten von 1315 [Morgarten] flüchtet».

Propaganda ist eines, Aussenpolitik etwas anderes. Hitler fährt am Donnerstag, 21. November, den ganzen Tag im Sonderzug von Wien nach Berlin. Sein Interesse gilt dem Balkan. Tags zuvor hat er mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Teleki und dem italienischen Aussenminister Ciano einen Drei-Mächte-Pakt abgeschlossen. Am Freitag ist der rumänische Ministerpräsident Antonescu in Berlin, der sich diesem Pakt anschliesst. Hitler und Ribbentrop sind von den Balkan-Fragen voll in Anspruch genommen; das Verbot eines unbedeutenden Nazi-Ablegers in der Schweiz wird sie nicht kümmern. Der Schweiz-Kenner Weizsäcker ist sich seit langem im Klaren, dass mit den Nazifreunden in der Schweiz kein Staat zu machen ist. Was die deutsche Politik gegenüber der Schweiz anbelangt, bestehen zwischen der Wilhelmstrasse und der Reichskanzlei kaum Unterschiede. Berlin will einen Bundesrat, der bereit ist, mit dem Reich wirtschaftlich zusammenzuarbeiten, und eine weltanschaulich neutrale, wenn möglich weniger deutschfeindliche öffentliche Meinung vertritt.

Und die Wehrmacht? An verschiedenen, in den letzten Novemberwochen abgehaltenen Besprechungen unter OKH-Generalstabschef Halder referieren Fachkräfte über die Lage in Rumänien, Bulgarien, Albanien, Ungarn, Jugoslawien, Griechenland, Italien, Russland, Türkei, Irland, Spanien, Japan, Portugal. Kein Wort zur Schweiz. Auch kein Wort zur Schweiz im Tagebuch Goebbels', der am 20. November – Tag nach Ankündigung des Verbots – bei einem «in bester Stimmung und Haltung» befindlichen Führer ist. Am 27. November hat der Propagandaminister einen prominenten Schweizer, den weltbekannten Verfasser des Erfolgsromans «Via Mala» zu Gast.

> [illegible]
> artig! Ein enragierter Englandfeind

Am selben Tag ist Frölicher in Bern bei Pilet, den er nicht umstimmen kann. Der Bundesrat hat das Verbot der NBS durchgesetzt. Immerhin – dies mag Frölicher ein wenig beruhigt haben – ist keiner der NBS-Führer verhaftet und unter Anklage gestellt worden.

Der aus dem besetzten Belgien zurückgekehrte Gesandte Maxime de Stoutz verfasst im Auftrag Pilets zuhanden der Gesandtschaften in Berlin, Rom und Vichy einen Bericht über die Auflösung der NBS. Das Verhalten der NBS hatte dem Bundesrat bestätigt, dass «weitere Erörterungen mit einer Bewegung, die sich bereits als ebenbürtig verhandelnde Macht aufführte, zu keinem praktischen Ergebnis führen konnten». Die NBS-Leute hatten mit zum Teil illegalen Mitteln ein illegales Ziel, nämlich den Umsturz der öffentlichen Ordnung verfolgt. Es sei dem Bundesrat nichts übrig geblieben, als die Organisation zu verbieten.

Vor der Abfassung seines Berichts hat de Stoutz erfahren, dass anlässlich eines Empfangs der italienische Gesandte in Bern das NBS-Verbot missbilligte. Dazu schreibt ihm Pilet in einer kurzen Notiz: «Den *conversations de dîner* nicht zu viel Bedeutung beimessen. Nervenkrieg.» Pilet weiss, dass dem Gesandten Tamaro die NBS egal, wenn nicht gar zuwider ist. Italien will keine nationalsozialistische Schweiz.

Der Bundespräsident ist wieder selbstsicher geworden. Die innen- und aussenpolitischen Entwicklungen im späten Oktober und im November bestätigen ihn in seiner Meinung, dass er sich auf dem richtigen Weg befindet. Hauptsorge sind für ihn die englischen Überflüge. Er fragt sich auch, ob London ihn für einen unsicheren Kantonisten hält, der deutschen Forderungen nachgeben könnte. Ein Telegramm Thurnheers vom 13. November gibt ihm zu denken:

> [illegible] Die Schweiz [illegible] Erfolg des Britischen Reiches [illegible] Haltung [illegible] Demokratien [illegible] der Diktaturstaaten [illegible] Entscheidung [illegible] ne Zurückhaltung üben.

Pilet setzt zum letzten Satz einen Randstrich und ein Fragezeichen. Zweifelt Thurnheer am Neutralitätswillen des Bundesrats? Am Sonntag, 17. November, tut Pilet etwas Ungewöhnliches. Er *schreibt seinem Gesandten einen langen handgeschriebenen Brief.*

> Monsieur le Ministre
> [illegible]
> sieren möchte, absolut entsprechen.
> [illegible]
> Reise aufbürden, die beinahe zu einer Expedition geworden ist.

Ausserdem könnte eine Reise Thurnheers in die Schweiz, «von welcher Seite auch immer», als politischer Schritt interpretiert werden, was falsch wäre – *«ce serait faux bien entendu, complètement faux»*:

> [illegible]

Pilet hat Verständnis für das gegenwärtig schwierige Leben in London, das kaum ruhiges Nachdenken erlaube:

> [illegible]
> nehme es an, weil ich keine andere Erklärung dafür habe.

Albernste Gerüchte – *«bruits les plus saugrenus»*? *«Intrigues machiavéliques ou césariennes»*? Pilet wird nicht verborgen geblieben sein, dass persönliche Gegner wie

Hausamann und Lindt Zugang zu deutschen Diplomaten oder Geheimdienstleuten in Bern haben. Es ist ihm ein Anliegen, Thurnheer über seine wahren Ideen und Absichten aufzuklären:

> [illegible] rechtzuerhalten.

Pilet betont, dass, entgegen den Behauptungen gewisser Sensationsblattmacher oder leidenschaftlicher Stimmen, Bundesrat und öffentliche Meinung sich in einem Punkt einig seien:

> [illegible]

Pilet schliesst seinen «lange gewordenen» Brief mit der Hoffnung auf ein persönliches Gespräch in nicht allzu langer Ferne und mit dem Dank an Thurnheer und seine Mitarbeiter «für alles, was Ihr unter schwierigen Bedingungen tut». Seine Gedanken seien oft «*avec une affectueuse sollicitude*» – mit herzlicher Fürsorglichkeit – bei ihnen.

In ähnlich entschlossener Stimmung wie bei der Abfassung seines Briefs an Minister Thurnheer macht sich Pilet Notizen für seinen Vortrag, den er an der Konferenz der kantonalen Regierungspräsidenten halten will. Diese Konferenz hat der Landammann von Aargau, Rudolf Siegrist, dem Bundesrat vorgeschlagen. Siegrist ist der erste Sozialdemokrat, der in eine aargauische Kantonsregierung gewählt wurde und sitzt dort seit 1932. Aargau ist ein wichtiger Kanton. Siegrist wünscht eine solche Konferenz des Bundesrats mit den Regierungspräsidenten, weil seine Kantonsregierung «einen Mangel an genügendem Orientiertsein über die momentane politische und militärische Lage der Schweiz» verspürt. Zudem würden «Gerüchte militärischer und politischer Natur herumgeboten, welche geeignet sind, eine gewisse Unruhe zu schaffen».

Der Bundesrat hat dem Vorschlag Stegrists zugestimmt und delegiert Pilet, Minger und Stampfli als seine Vertreter an die Tagung. Als Pilet seine Notizen aufsetzt, ist er sich der Bedeutung der anstehenden Konferenz bewusst. Er wird nicht zu Journalisten oder zu Parlamentariern reden, die ihm ein Bein stellen möchten. Es sind verantwortungsbewusste Regierungsmänner, die auf die Sorgen und Wünsche ihrer Mitbürger acht geben müssen, an die Pilet seine Worte richten wird. Auf der Liste der teilnehmenden kantonalen Regierungsmänner – Zürich: Nobs, Bern: Grimm, Luzern: Renggli, Uri: Walker, Schwyz: Bürgi, etc. – befinden sich viele von politischer Statur, die in ihren Kantonen eine starke Stellung haben. Ernst Nobs und Robert Grimm sind zwei Sozialdemokraten, die in ihren Regierungen mit Kollegen anderer Parteien konstruktiv zusammenarbeiten.

An der Konferenz am Donnerstag, 21. November, trifft Pilet alte Bekannte wieder wie seinen Waadtländer Parteifreund Norbert Bosset, den Ausserrhoder Walter Ackermann, den Thurgauer Paul Altwegg, alles freisinnige Schwergewichte, die in Kommissionen des Ständerats eine führende Rolle spielen.

In seinem einführenden Referat betont der Bundespräsident, wie üblich, die Notwendigkeit der absoluten Diskretion:

> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> renwörtliche Verpflichtung, dass dem so sein wird.

Methodisch spricht Pilet zur a) militärischen, b) politischen und c) wirtschaftlichen Lage.

Die militärische Lage hat sich erschwert. «Strategische Entspannung, aber kein Flankenschutz mehr.» Pilet hat sich bloss Stichworte notiert, weil er schon bei anderen Anlässen darüber doziert hat. Sein Ceterum censeo:

> [illegible]
> [illegible]

Zur politischen Weltlage hat sich Pilet notiert: «Ausweitung des Kriegs. Vereinigte Staaten. Russland.» Seine Gesandten in Washington und Bukarest, Carl Bruggmann und René de Weck, gehen davon aus, dass die USA und die UdSSR früher oder später – eher später – auf Seite Englands in den Krieg hereingezogen werden. Brugg-

mann war bis 1938 Gesandter in Prag und hat als Schwager des US-Vizepräsidenten Henry Wallace Zugang zu verlässlichen Quellen. Er ist überzeugt, dass Roosevelt eine Herrschaft Hitlers über Europa nie zulassen wird. Der Präsident rüstet gewaltig auf, hat die allgemeine Wehrpflicht verordnet und unterstützt das Vereinigte Königreich massiv mit Waffenlieferungen. Da die Schweiz keine diplomatischen Beziehungen zu Moskau unterhält, ist Bukarest der Horchposten des Bundesrats im Osten. De Weck hat im knapp noch neutralen, allerdings immer mehr unter deutsche Knute geratenden Rumänien gute Kontakte zu den wichtigen Botschaften Grossbritanniens, Frankreichs, der Sowjetunion und der USA sowie zu allen führenden rumänischen Politikern, von denen er viel Vertrauliches erfährt. Beide, Deutschland und Russland, streben die Vorherrschaft auf dem Balkan an. Die Rivalität wird in einem Krieg enden, dessen ist sich de Weck gewiss.

Pilet zählt die noch verbleibenden neutralen Länder auf – «Spanien, Portugal, Balkan, Jugoslawien, Finnland, Schweden, Schweiz» – und bemerkt dazu:

> [illegible]

Zum Thema «Presse, ausländische Propaganda, Überwachung» notiert sich Pilet:

> [illegible]

Zur Wirtschaftslage:

> [illegible] vertrauensvoller werden. Frankreich?

Fazit des an die Regierungspräsidenten gerichteten Referats (wörtlich aus seinen Notizen):

> [illegible] die Realitäten. Die [illegible] ten ruhig bleiben.

In der anschliessenden Diskussion, zu der sich Pilet Stichworte macht, werfen die Regierungspräsidenten verschiedene Fragen auf. Siegrist (Aargau) erkundigt sich, ob bezüglich Neutralität und Landesverteidigung im Bundesrat eine einheitliche Meinung herrsche und wie das Verhältnis zwischen ziviler und militärischer Behörde sei. Carl Ludwig (Basel-Stadt) hält das in Aussicht genommene Verbot der Kommunisten für «einen nicht sehr glücklichen Entscheid». Fünf Tage später, am 27. November, wird der Bundesrat die Auflösung der Kommunistischen Partei beschliessen, die Büros der Partei durchsuchen lassen und ihre Mitglieder ihrer Ämter entheben. Ackermann (Appenzell Ausserrhoden) interessiert das Finanzprogramm des Bundesrats. Nobs (Zürich) ist besorgt um die Aufrechterhaltung der Ordnung und wird Pilet wegen des Bundesanwalts schreiben. Grimm (Bern) erwähnt, dass der Mangel an Rohmaterial Arbeitslosigkeit verursache. Bosset (Waadt) fragt, ob die Bevölkerung in den Kantonen, die sich ausserhalb des Réduits befinden, im Kriegsfall evakuiert werden. Bosset kommt aus Avenches, das ausserhalb des Réduits liegt.

Viele Stichworte sind schräg durchgestrichen, was bedeutet, dass er, Stampfli oder Minger die Fragen beantwortet haben. Was die Bundesräte den Regierungspräsidenten geantwortet haben, ist unbekannt.

Tags darauf, Freitag, 22. November, erstattet Pilet dem Bundesrat – auch den vier Kollegen Baumann, Etter, Wetter und Celio, die nicht dabei waren – Bericht über den Verlauf der Konferenz:

> [illegible]

Nach dem Scheitern eines Arbeitsausschusses der Parteiführungen, eines «Kronrats», sieht der Bundesrat jetzt in der Konferenz der kantonalen Regierungspräsidenten das geeignete Mittel zum besseren Kontakt mit dem Volk.

80. Wahltheater

Am 1. Dezember, an der einzigen eidgenössischen Volksbefragung des Jahres, wird über ein Gesetz zur Einführung eines obligatorischen militärischen Vorunterrichts abgestimmt. Der Bundesrat und alle massgeblichen Parteien einschliesslich der Sozialdemokraten unterstützen das Gesetz. Gegner sind Pazifisten und eingefleischte Föderalisten in den katholischen Kantonen und der Waadt. Die *Gazette de Lausanne* unter Chefredaktor Rigassi gibt die Ja-Parole aus, aber Bundeshausredaktor Pierre Grellet kriegt die Freiheit, an prominenter Stelle das Gesetz zu bekämpfen.

> [illegible]

Grellet zweifelt daran, dass der obligatorische militärische Turn- und Schiessunterricht der 16- bis 19-Jährigen die Widerstandskraft des Landes stärkt. Wenn das Gesetz angenommen werde, lege der Staat seine schwere Hand auf die Jugend.

Für die Befürworter, darunter praktisch alle Zeitungen der Deutschschweiz, ist der obligatorische Vorunterricht ein Ausdruck der ungebrochenen Verteidigungsbereitschaft der Schweiz. Doch einmal mehr ist das Volk – vor allem auf dem Land – störrisch. Man will keinen eidgenössischen «Turnvogt». Soldaten, die monatelang unter dem militärischen Leerlauf gelitten haben, meinen, man solle zuerst im Militärdienst die Zeit vernünftig ausnützen, bevor man die Jugend zur körperlichen Ertüchtigung zwinge. Das Gesetz wird mit 56 zu 44 Prozent verworfen. Nur drei Kantone stimmen dafür – nicht einmal Mingers Bern.

Als Waadtländer Föderalist wird Pilet über die Niederlage des Bundesrats kaum enttäuscht gewesen sein. Mehr als der Vorunterricht beschäftigt die am 10. Dezember anstehende doppelte Bundesratswahl ihn und das Land. Kaum ist am 9. November der Rücktritt von Minger und Baumann bekannt geworden, spekulieren die Zeitungen über mögliche Nachfolger. Zwar bedauert man Mingers Abtreten, aber man sieht die Möglichkeit einer Blutauffrischung. Die gegenwärtige Zeit verlange Bun-

desräte mit «einem Höchstmass von physischer und seelischer Spannkraft», die im «Vollbesitz staatsmännischer Eigenschaften» sind, befindet die *NZZ*. Von «der zupackenden Energie und der Entschlusskraft der Regierung» hänge das Schicksal des Landes ab.

«Das alte Spiel», mahnen die Intellektuellen der Neuen Helvetischen Gesellschaft, sei nicht weiter zu treiben:

> [illegible]
> [illegible]
> Wahl der besten Männer.

Der Gotthard-Bund fordert «für ausserordentliche Zeiten ausserordentliche Männer». Für René Payot, Chefredaktor des *Journal de Genève*, ist C. J. Burckhardt der Mann der Stunde. Er habe seine Danziger Mission als Hochkommissar «auf magistrale Weise» erfüllt:

> [illegible]
> [illegible]
> ihre Dankbarkeit ausgedrückt.

Auf Wunsch von IKRK-Präsident Prof. Max Huber wirbt in der *NZZ* Prof. Dieter Schindler für den parteilosen Burckhardt. Schindler ist der neue Präsident des mächtigen Verwaltungskomitees der Zeitung. Da kaum jemand der BGB Mingers Berner Sitz streitig machen will, müssten die Freisinnigen Baumanns Sitz zugunsten von Burckhardt aufgeben. Dies jedoch will die FDP, wollen erst recht die Welschen nicht. Das Scheitern der Romands bei den Nachwahlen Motta und Obrecht im Februar und im Juli 1940 – spornt sie zu raschem Handeln an. Sie heben den Neuenburger Staatsrat Ernest Béguin, Präsident der Schweizer FDP, auf den Schild. «*Un choix heureux*», findet das Lausanner Parteiblatt *La Revue*. Am 2. Dezember wird Béguin von der Freisinnigen Fraktion offiziell nominiert.

Béguin ist schon 61 Jahre alt und hat als Ständerat keine Stricke zerrissen. Viele Deutschschweizer Nationalräte kennen ihn kaum. Dieser ältere Herr soll nun die energiegeladene neue Kraft in der Regierung sein? In der FDP-Fraktion droht eine Gruppe von Linksfreisinnigen dem Sozialdemokraten Bratschi die Stimme zu geben, wenn nicht auf die Nomination Béguin verzichtet werde. Der Neuenburger gibt der Fraktion die Handlungsfreiheit zurück. Am 9. Dezember, Vortag der Wahl, ringt

sich die Fraktion auf die Nomination des Wallisers Camille Crittin. Kopfschütteln vor allem bei den KK. Das Parteiorgan *Vaterland* am Montag:

> [illegible] fer

Grellet meint in der *Gazette*: «die eidgenössischen Radikalen müssen von den Göttern und den Menschen verlassen worden sein, um in letzter Stunde der Öffentlichkeit einen solchen Fehdehandschuh hingeworfen zu haben.»

Inzwischen hat sich bei der BGB die Frage der Nachfolge Mingers geklärt. Der anfänglich klare Favorit, der 43-jährige Nationalrat und Chefredaktor Markus Feldmann, ist ausgeschieden, obschon ihn seine Berner Kantonalpartei mit deutlicher Mehrheit vorschlug. In den übrigen Kantonen ebenso wie bei den Freisinnigen und den KK regten sich seine politischen und persönlichen Gegner. Sie führten einen wahren Feldzug gegen ihn: Feldmann sei ein Hitzkopf, habe ein schwaches Herz (dienstuntauglich!) und stehe zu weit links. Es wurde geflüstert, dass der Nazifeind Feldmann für Deutschland untragbar sei. Pilet, der nicht vergessen hat, dass Feldmann in der Audienzaffäre seinen Rücktritt forderte, agierte hinter den Kulissen, um dessen Kandidatur zu Fall zu bringen. Schliesslich nominierte die BGB-Fraktion den kaum bekannten Berner Gemeinderat von Steiger, dessen Wahl im ersten Wahlgang Königsmacher Walther garantiert hatte.

Die Vereinigte Bundesversammlung vom 10. Dezember wählt von Steiger im 1. Wahlgang mit 130 Stimmen. Bratschi erhielt 56, der vom Landesring portierte parteilose Vater der «Anbauschlacht» Wahlen 13, Feldmann 12 und der von verschiedenen Zeitungen ins Spiel gebrachte Freisinnige Stucki, Gesandter in Vichy, 7 Stimmen.

Die Ersatzwahl Baumann beginnt mit einem Paukenschlag. Crittin, der offizielle Kandidat, erhält im 1. Wahlgang bloss 62 Stimmen. Sein Schicksal ist besiegelt. Mit grösster Spannung verfolgt der General das sich jetzt abzeichnende Duell zwischen den beiden Obersten, dem freisinnigen St. Galler Kobelt und dem liberalen Neuenburger Du Pasquier. Dieser ist sein Vertrauensmann, der ihn im Bundesrat wie bisher Minger stützen würde. Mit Kobelt, so befürchtet Guisan, würde einer seiner Gegner das Militärdepartement übernehmen, ist doch Kobelt der Stabschef von

Oberstkorpskommandant Labhart, den Guisan als Generalstabschef abgesetzt und ins 4. AK verbannt hat. Der General telefoniert zwischen den Wahlgängen ins Bundeshaus und heisst den freisinnigen Waadtländer Ständerat Louis Chamorel, «le Colonel», unbedingt gegen Kobelt zu stimmen. KK-Nationalrat und Generaladjutant Dollfus bearbeitet Offiziere unter seinen Ratskollegen. Er fordert sie dringlich auf, ihre Stimme Du Pasquier zu geben. Im 4. Armeekorps bestehe eine «Fronde gegen den General», und es wäre deshalb «nicht gut», Kobelt zu wählen.

Du Pasquier scheidet jedoch im 4. Wahlgang aus, und in der Schlussausmarchung siegt Kobelt mit 117 gegen Crittin mit 98 Stimmen.

Pilet und der Gesamtbundesrat können mit dem Wahlergebnis zufrieden sein. Die bisherige Regierungsformel 4-2-1 bleibt. Zwei solide, eher konservative Verwaltungsmänner, die als tüchtig und konziliant gelten, werden die Kreise der fünf Bisherigen nicht stören. Der Jurist von Steiger scheint der geeignete Mann für das Justiz- und Polizeidepartement, der hohe Offizier Kobelt für das Militärdepartement.

Pilet wird eine erste Enttäuschung über das Scheitern seiner Freunde Béguin und Crittin rasch verwunden haben. Er kann froh sein, dass Feldmann, der sich von einem politischen Freund zum scharfen persönlichen Gegner entwickelt hat, auf der Strecke blieb. Es wird ihn nicht gestört haben, dass das Projekt C.J. Burckhardt gescheitert ist. Burckhardt hatte einige Tage vor der Bundesratswahl Pilet und Etter in Bern besucht. Pilet liess ihn dabei im Glauben, dass er seine Kandidatur befürworte. In einem Brief nach geschlagener Schlacht (15.12.) berichtete Pilet dem gescheiterten IKRK-Gewaltigen, er und Etter hätten beraten, was für ihn getan werden könnte. Sie seien übereingekommen, «nur à coup sûr zu handeln, um jeden Misskredit für Sie selber, für Ihre Institution und das Land zu vermeiden». Eine Ausrede. Einem Bundesrat Burckhardt hätte Pilet auf öffentlichen Druck das Aussenministeramt überlassen müssen. Für ihn undenkbar.

Die Wahl von Präsident und Vizepräsident des Bundesrats für 1941 gibt den Unzufriedenen die Möglichkeit zu einer Unwillensdemonstration. Während Ernst Wetter als künftiger Bundespräsident sehr gute 176 Stimmen macht, muss sich Philipp Etter als Vize mit mickrigen 120 begnügen. Eine Quittung für ihn persönlich und für den angeblich autoritären «Kurs Pilet-Etter».

81. Feldgrüne Intrigen

Am 17. Dezember erscheint Carl Friedrich von Weizsäcker am Wohnsitz seines Schwiegervaters Oberstkorpskommandant Ulrich Wille in Meilen. Der 28-jährige Physiker ist am geheimen deutschen Atomwaffenprojekt beteiligt und ein feuriger Anhänger Hitlers. Er ist im Auftrag seines Vaters Ernst, des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, in die Schweiz gefahren, um Wille vertrauliche Mitteilungen zu machen. Es geht um die in Dijon gefundenen, seither ausgewerteten Dokumente, die eine geplante militärische Zusammenarbeit zwischen der Schweizer und der französischen Armee belegen – die in der Schweiz immer noch unter der ‹falschen› Bezeichnung «La Charité Papiere» laufen. Der Staatssekretär hat C. F., wie man ihn nennt, beauftragt, die Schweiz zu warnen oder – was wahrscheinlicher ist – Druck auf den Bundesrat auszuüben. Kernpunkt seiner Botschaft: Berlin hält die belastenden Schriften geheim, um sie zu gegebener Zeit zu verwenden.

Wille diskutiert die Angelegenheit in Anwesenheit von C. F. mit dem aus Wallenstadt herbeizitierten Schiessschulkommandanten Oberst Gustav Däniker. Wille und Däniker beschliessen später, dass Däniker den Bundespräsidenten warnen solle. Der Oberst ist vorher noch nie bei Pilet gewesen. Dänikers einziger Kontakt mit dem Bundespräsidenten war ein brieflicher: Nachdem Sohn Jacques Pilet seinem Vater erzählt hatte, bei einer Handgranatenübung in Wallenstadt seien Vorsichtsmassnahmen missachtet worden, verlangte der Bundespräsident vom Schiesskommandanten eine Erklärung, die dieser ihm lieferte.

Wie mit Wille verabredet, bittet Däniker den Bundespräsidenten schriftlich um eine Audienz. Er möchte über eine «dringende Mitteilung» aus Deutschland berichten. Bovet notiert zur Bundesratssitzung vom Freitag, 20. Dezember:

> [illegible]

Pilet hat gelernt. Er holt vorgängig die Erlaubnis des Gesamtbundesrats zu einem Treffen mit Däniker ein. Am Montag, 23. Dezember, meldet sich Däniker um 17 Uhr

beim Bundespräsidenten. Er berichtet Pilet über die brisante Mitteilung des «absolut vertrauenswürdigen Gewährsmannes», dessen Name er verschweigt, und schlägt ihm drei mögliche Massnahmen zur Entschärfung der Angelegenheit vor:

> [illegible]

Tags darauf, am Heiligen Abend, bestätigt Däniker schriftlich seine Mitteilungen. Der Bundespräsident leitet Dänikers Brief an Oberauditor Trüssel weiter, der schon im Oktober Guisan von jeder Verfehlung in der «Affaire La Charité» freigesprochen hat. Pilet lädt zudem den General auf den Morgen des 31. Dezember zu sich ins Bundeshaus.

Der Oberbefehlshaber holt sich einmal mehr bei Du Pasquier Rat. Der Oberst, der eben in der Bundesratswahl Kobelt unterlegen ist und den Guisan jetzt für das Kommando der 2. Division vorsieht, schlägt vor (Tagebuch Du Pasquier, 30. Dezember):

> [illegible] Verpflichtungen eingegangen sind.

Die beste Taktik, empfiehlt der Neuenburger Rechtsprofessor, sei immer noch, sich möglichst nahe an die Wahrheit zu halten.

Zur Vorbereitung der Aussprache mit Pilet am Sylvestermorgen macht sich der General Notizen. Er sei im Hinblick auf eine mögliche deutsche Aggression vom französischen Oberkommando über eventuelle militärische Vorkehren unterrichtet worden. Diese Auskünfte seien ohne Gegenleistung und ohne Verpflichtung erfolgt. Nichts sei vereinbart worden, das einer Militärkonvention gleichkomme. «Geheim und persönlich» solche Erkundigungen einzuziehen, sei seine Pflicht als Oberkommandierender.

Guisan – immer gemäss Notizen – ist erstaunt darüber, dass der Bundespräsident einen Generalstabsoffizier – gemeint ist Däniker – empfangen habe, ohne ihn zu benachrichtigen. Dies dürfe Pilet zwar, sei aber kein Zeichen von Vertrauen. Unkorrekt und «wenig elegant» sei es allerdings, eine ihn, den General, betreffende Aussage an den Oberauditor weiterzuleiten, ohne ihm eine Kopie zuzustellen. Er, der General, werde dies in Zukunft nicht mehr zulassen. Oberst Däniker sei in der Schweiz und im Ausland als Gegner des Generals bekannt. Man dürfe sich durch dessen Behauptungen aus deutscher Quelle nicht ködern lassen.

Es ist unbekannt, ob der General diese geplante heftige Attacke gegen den Bundespräsidenten geritten hat. Das Gespräch Pilet–Guisan fand unter vier Augen statt. Auch über Pilets allfällige Reaktion weiss man nichts. Der Bundespräsident will eine Eskalation des Konflikts zwischen ziviler und militärischer Behörde vermeiden. Er gibt sich mit der Erklärung Guisans zufrieden, wonach «nichts, das einer Militärkonvention ähnlich schaut» von ihm abgeschlossen wurde. Auf Wunsch Pilets hält Guisan noch am selben Abend schriftlich fest:

> [illegible] schlossen habe. *Je n'ai fait aucune communication à ce sujet*

Damit können der am nächsten Tag abtretende Bundespräsident und der General unbelastet ins neue Jahr gehen. Die Angelegenheit «La Charité» liegt weiter beim Armeeauditor, der den naiven Vorschlag macht, die Deutschen dazu zu befragen. An der Bundesratssitzung vom 31. Januar wird jedoch Pilet einen Schlussstrich unter die leidige Affäre setzen:

> [illegible]

Nicht nur «La Charité» belastet das Verhältnis zwischen Armeeleitung und Regierung. Schon Mitte Dezember ist es zu einem Machtkampf zwischen General und Bundesrat gekommen. Es ging um vom General vorgeschlagene Beförderungen im hohen Offizierskorps und seinen Antrag auf Schaffung eines 5. Armeekorps.

An der Sitzung vom 13. Dezember sind Etter und Baumann gegen ein 5. Armeekorps und Pilet schlägt Nichteintreten vor. Pilet hält den als Kommandanten der (Waadtländer) 1. Division vorgeschlagenen Oberst Edouard Petitpierre zwar für einen «exzellenten Generalstabsoffizier», aber er zweifelt, ob dieser «einen guten Divisionskommandanten» abgeben werde. Pilet misstraut auch Guisans Antrag. Ge-

neralstabschef Huber zum Korpskommandanten zu ernennen. Es geht ihm nicht in den Kopf, dass die Schweiz künftig sieben Korpskommandanten haben soll. Er hält auch ein 5. Armeekorps für überflüssig:

> [illegible]
> sektiererischen Apparat des Militärs vergrössern.

«Falls im nächsten Frühling die Lage sich ändern sollte, könne man immer noch …» Hier fällt Minger dem Bundespräsidenten ins Wort:

> [illegible]
> Ablehnung mit meiner Demission antworten.»

Es ist selten, dass Pilet und Minger derart aufeinanderprallen.

Bis zur nächsten Sitzung am Dienstag, 17. Dezember, beruhigen sich die Gemüter. «Aus allgemeinen politischen Motiven» gibt Pilet seinen Widerstand gegen die Beförderungen der Divisionäre Borel und Huber auf. Bezüglich Verteidigungsstrategie bestehen zwischen Regierung und Armeekommando keine ernsthaften Meinungsverschiedenheiten mehr. Guisan hat sich der Réduit-Lösung angeschlossen, die ursprünglich von seinen germanophilen Gegnern vorgeschlagen worden war und für die auch Minger und Pilet eintraten.

Dank seiner Beliebtheit in Volk und Truppe kann Guisan seine Stellung als Oberkommandierender mühelos halten. Bezüglich Charisma und politisches Geschick ist der General seinen germanophilen Gegnern weit voraus, auch wenn diese ihm in militärisch-strategischen Fragen überlegen sein mögen.

82. Hausamanns Erzählungen

Der General ist über alle gegen ihn gerichteten Machenschaften gut informiert. Die Anführer der Offiziersverschwörung, die Nachrichtenleute Ernst, Waibel und Hausamann, sind wieder auf freiem Fuss und beliefern den General regelmässig mit Berichten über das Treiben Willes, Dänikers etc. Die Verschwörer von Luzern bleiben in Amt und Würden, obgleich Ernst am Tag seiner Verhaftung melodramatisch seiner Frau geschrieben hat:

> [illegible] rer Sache gedient ist?

Ernsts dunkle Befürchtungen bewahrheiteten sich nicht. Generalstabschef Huber und der General legten ihre schützende Hand über Ernst, Waibel und Hausamann. Huber hielt ihnen zugute, dass sie ihre Vorbereitungen nur für den Fall trafen, «dass Bundesrat oder Armeeleitung kapitulieren würden».

> [illegible]

Oberauditor Friedrich Trüssel fand zwar das Vorgehen der Offiziere «hätte sich für die Armee gegebenenfalls in verhängnisvoller Weise auswirken können» und sei «nicht unbedenklich» gewesen. Gleichwohl beantragte er dem General, «der Angelegenheit keine weitere militärgerichtliche Folge zu geben, sondern sie disziplinarisch abzuhandeln».

Der General verfügte darauf die Bestrafung von Ernst mit 15, Waibel mit 10, Hausamann mit 5 und Weder mit 3 Tagen scharfem Arrest. Am Donnerstag, 29. September, befahl Guisan die Radeisli-Hirten ins Schloss Gümligen und hielt ihnen eine Strafpredigt, die eher einer Laudatio gleichkam. Ernst wird sich später erinnern:

> [illegible] Er wolle uns sein Vertrauen weiterhin schenken.

Dies geschah auch. Zwar äusserte Oberauditor Trüssel «ernsthafte Bedenken» an der «Wiedereinsetzung der Hauptleute Ernst, Waibel und Hausamann in den Nachrichtendienst», und Generalstabschef Huber meinte, «dass diese Offiziere unter keinen Umständen wieder im Nachrichtendienst Verwendung finden sollten». Masson hingegen hielt die Dienste der «erfahrenen Nachrichtenoffiziere» für unentbehrlich. Die Gemassregelten hätten geheime Verbindungen zu Vertrauensleuten im Ausland aufgebaut und seien deshalb unverzichtbar. Da Masson versprach, seine Untergebenen künftig schärfer zu überwachen, konnten Waibel, Ernst und Hausamann an ihren Posten bleiben.

Im Oktober sassen sie ihre Strafen ab. Für Waibel war der Arrest in der Kaserne Thun «eine geruhsame Zeit, in der wir uns von den Strapazen des Nachrichtendienstes erholen konnten». Auch Ernst empfand die Arresttage als «angenehm»:

> [illegible]

Während seines Arrests forderte Ernst in einem Bericht über die Tätigkeit seines Nachrichtendienstes den Ausbau einer Organisation gegen «alle künftigen schweizerischen Hächas und Quislinge». Diese sollten wissen, dass ihnen eine «gut schweizerische Kugel» warte.

Hausamann schmiedete seinerseits einen neuen Plan, wie Defaitismus und Anpassung zu bekämpfen seien. Er wollte aus Männern und Frauen, «die sich im Widerstand bewährt hatten», einen zivilen Bund gründen, dessen Mitglieder nach dem Schneeballsystem rekrutiert werden sollen. Jeder der Geheimbündler darf nur den kennen, der ihn angeworben hatte. Für jedes Mitglied gilt «absolute Geheimhaltung». Heissen soll der Bund «Aktion Nationaler Widerstand».

Am 7. September luden Hausamann, Hans Oprecht und August Lindt eine Anzahl vertrauenswürdiger Personen ins Bahnhofbuffet Zürich ein. Dort wurde ihnen eine von Lindt und dem ebenfalls im Nachrichtendienst tätigen Philosophen und Dichter Ernst von Schenck verfasste feierliche Erklärung vorgelegt.

> [illegible]
> Eidgenossen gegen jeden Defaitisten, stehe er, wo er wolle.

Dr. Lindt in Bern, Dr. von Schenck in Basel und Dr. Oprecht in Zürich, alles Ehrenmänner, ist es seither gelungen, aufrechte Schweizer Patrioten für ihre Aktion Nationaler Widerstand (ANW) zu gewinnen. Zu den über 500 aus verschiedenen politischen Lagern stammenden Mitgliedern der Organisation gehören einflussreiche Persönlichkeiten aus allen Landesgegenden, darunter die Journalisten Albert Oeri, Markus Feldmann, Paul Meierhans, Hermann Böschenstein, die Politiker Emil Klöti, Albert Picot, Pierre Graber (der spätere Bundesrat), Akademiker wie Prof. Karl Meyer, Prof. David Lasserre, Prof. William E. Rappard und der Basler Theologe von Weltruf Karl Barth. Sie setzen sich zum Ziel,

> [illegible]
> an die Grundlage der Unabhängigkeit rührten.

In diesem Sinn sollen die Mitglieder Einfluss auf die Behörden und ihre Mitbürger ausüben. Dies geschieht in Zusammenkünften oder Versammlungen von Bürgern, Gewerkschaftern, Soldaten. Ein von der Führung der ANW ausgewählter Vortragsredner macht den Zuhörern im Sinne der geistigen Landesverteidigung Mut und

warnt sie vor den Machenschaften der Nazifreunde und der «Anpasser» in Armee, Wirtschaft und Politik.

Das Reich will jedoch den patriotischen Widerstandskämpfern keine Chance zur Selbstaufopferung geben. Es stellt keine Zumutungen, welche die Ehre der Eidgenossenschaft antasten. Hitler hat sein Interesse an einem Einmarsch in die Schweiz, mit dem er Ende Juni höchstens ein paar Tage lang gespielt hat, verloren. Die von ihm jetzt vertretene Politik der Schaffung des «neuen Europa» erfordert weder eine Aufteilung der Schweiz noch eine Änderung ihrer Staatsform. Im Auswärtigen Amt kennt man die Schweiz gut genug, um zu wissen, dass man ihr keine unzumutbaren Forderungen stellen kann. Sie ist ein nützlicher Handelspartner, der Deutschland wichtige Industriegüter auf Kredit liefert.

Pilet ist ungleich besser über die Weltlage informiert als die wohlmeinenden «Widerstandskämpfer». Sorgfältig liest er die Berichte, die ihm die meist gut informierten und klugen Schweizer Gesandten im Ausland per Kurier zuschicken: Stucki in Vichy, Geschäftsträger de Torrenté in Paris, Thurnheer in London, Bruggmann in Washington, Ruegger in Rom und selbst der stark angefeindete Frölicher in Berlin sind versierte Diplomaten, auf deren Kenntnisse ihres Gastlands und deren Urteil sich schon Motta verlassen hat. In Bern stützt sich Pilet auf bewährte Kräfte, die schon unter Motta ihre Sporen abverdient haben, und auf ehemalige Gesandte wie Paravicini.

Im Vergleich zu dem Reservoir an Fachwissen, aus dem Pilet schöpft, nehmen sich die aussenpolitischen Kenntnisse der führenden Köpfe in der Aktion Nationaler Widerstand – vom Weltreisenden Lindt vielleicht abgesehen – bescheiden aus. Oprecht und Hausamann haben nie im Ausland gelebt. Ed. von Schenck, der in Deutschland aufgewachsen ist, weilt seit seiner Gymnasialzeit ununterbrochen in Basel.

Hans Hausamann kennt das Nachrichtengeschäft besser als seine Gesinnungsgenossen Waibel, Ernst und Lindt. Der an Militärfragen brennend interessierte Fotogeschäfts-Besitzer betreibt schon seit Jahren ein privates Pressebüro, das Artikel an verschiedene Zeitungen und Zeitschriften verkauft. Seine Mitverschwörer können nicht wissen, dass der Teufner kurz nach der Machtergreifung Hitlers, am 8. April 1933, dem Auswärtigen Amt in Berlin einen langen Brief schrieb, in dem er das Unvermögen der nationalsozialistischen Propaganda kritisierte und mit dem Angebot schloss:

> [illegible] Aus-
> landpropaganda nutzen kann

Der Teufner Fotohändler kam von seiner anfänglichen Begeisterung für die Nazis bald weg. Als Pressechef der entlassenen [illegible] Schweizerischen Offiziersgesellschaft baute er ein Netz von Vertrauensleuten auf, die 1935 mithalfen, die Volksabstimmung über Mingers Wehrvorlage zu gewinnen. Das von ihm gegründete private «Büro Ha» – letztlich ein Einmannbetrieb – arbeitet mit dem Nachrichtendienst Massons zusammen, ist ihm jedoch nicht unterstellt. Hausamann pendelt zwischen seinem Haus in Teufen und der für sein Büro vom Militär gemieteten Villa in Luzern-Kastanienbaum hin und her. Er kommt regelmässig nach Bern, wo er mit alliierten Gesandtschaften einen einträglichen Handel mit angeblichen Geheimnachrichten treibt. Von der Eidgenossenschaft wird Hausamann monatlich mit stattlichen 10 000 Franken entlöhnt, über deren Verwendung er keine Rechenschaft ablegen muss.

Nach Absitzen seiner kurzen Arreststrafe wegen seiner Beteiligung an der Offiziersverschwörung hat Hausamann vom General die Bewilligung erhalten, ihm seine «Spezialberichte» ohne Umweg über Masson direkt zuzusenden. Er nutzt dieses Privileg aus, indem er den Oberkommandierenden mit «politischen» Berichten versieht, bei denen es nicht selten um eine Ansammlung von Gerüchten geht.

Hausamanns «Spezialberichte» enthalten meist [illegible] Material, das ein schlechtes Licht auf Pilet wirft. «Ha» ist nicht verborgen geblieben, dass negative Meldungen über den hochmütigen Bundespräsidenten bei vielen Journalisten und Militärs – nicht zuletzt auch beim General – gut ankommen. In einer Meldung vom November 1940 gibt Hausamann – echte oder angebliche – Meinungsäusserungen von Bürgern über Pilet wieder:

> [illegible] mehr an einem Tisch sitzen wollten.
>
> [illegible] Laval.

Am 12. Dezember, zwei Tage nach seiner immer noch schmerzenden Niederlage in der Bundesratswahl, trifft Markus Feldmann «im Vorzimmer des Nationalrats zufällig Dr. Lindt», der ihm Folgendes erzählt:

> [illegible]
> mit den Worten: «Jetzt müssen wir erst recht zusammenhalten.»

Ernst hat den angeblichen Beweis für Pilets Fehltritt, die Fotokopie einer maschinengeschriebenen Seite, von Hausamann erhalten. Das Blatt ist am Ende abgeschnitten und hat keine Signatur. Oben auf der Seite neben dem Datum «*October 2 1940*» stehen in der Handschrift des amerikanischen Legationsrats Donald F. Bigelow die Worte «*strictly confidential*». Bigelow hat den ursprünglichen Titel «*Memorandum of Conversation with Mr Pilet Golaz*» in «*Excerpts of Conversation with Mr Pilet Golaz*» abgeändert. Unten an der Seite steht in Hausamanns Handschrift: «Kopie einer Note der Amerikaner.»

Schon die ersten Sätze in den «Auszügen aus einem Gespräch» zeigen, dass es sich dabei um keine Note und auch um keine diplomatische Unterredung handelt. Die Berichterstatterin ist keine Diplomatin, sondern Bigelows Gattin:

> [illegible]

Pilet hatte offenbar «ein unbequemes Gefühl» wegen der den Bigelows ausgesprochenen Kündigung ihrer Wohnung im «De Watteville-Haus». Er begründete die von ihm veranlasste Aufhebung des Mietvertrags damit, dass der Bundesrat in ihm gehörenden Gebäude oft Sitzungen abhalte. Er könne in diesen Kriegszeiten keine fremden Diplomaten in der Villa dulden, besonders nicht Diplomaten einer Nation, «die in den europäischen Krieg involviert sein könnte».

Pilet war 1934 Bundespräsident, als der ohne einen Nachfahren gebliebene Zweig der Berner Patrizierfamilie von Wattenwyl sein «Palais» der Eidgenossenschaft ver-

schenkte. Die verschiedenen Wohnungen, die zum fürstlichen, ans Münster grenzende Haus gehören, sind seither vom Bund vermietet worden.

Pilet, der seit zwei Jahren am Scheuerrain wohnt und dort gelegentlich informelle Bundesratssitzungen abhält, ist aus verschiedenen Gründen auf die Idee eines Wohnungswechsels gekommen. Das Von-Wattenwyl-Haus liegt erstens nahe beim Bundeshaus. Zweitens macht die Kohlenrationierung eine Heizung des alten Hauses am Scheuerrain praktisch unmöglich. Drittens ist im Untergeschoss des Gebäudes ein Geheimsender eingerichtet worden, der es dem Bundesrat ermöglicht, jederzeit mit dem Ausland Verbindung aufzunehmen oder zum Volk zu sprechen. Davon sagt Pilet Frau Bigelow nichts. Staatsgeheimnis.

Die Bigelows müssen zügeln, die Pilets werden im Januar in die Parterrewohnung des Palais einziehen. Der Bundespräsident trifft die Diplomatengattin zufällig auf dem Weg zum Mittagessen.

Nachdem Pilet erklärt hat, wieso den Bigelows gekündigt worden ist, fragt ihn die Diplomatengattin, ob er persönlich glaube, «dass wir bald im Krieg sein werden». Der Wortlaut von Pilets französischer Antwort ist nicht bekannt. Mrs. Bigelows Aufzeichnung gibt sie so wieder:

> [illegible]

Dieser Ansicht ist Pilet seit mehr als zwei Jahrzehnten. Als glühender Frankreich-Freund ärgerte sich Hptm. Pilet im Krieg 1914–18 über das Zögern der Amerikaner vor einem Eintritt in den Krieg. Er schreibt die Schwächen des unbefriedigenden Versailler Vertrags der verspäteten amerikanischen Kriegsteilnahme zu. Frau Bigelow entgegnet, ihrer Meinung nach sei dies damals nicht der Fall gewesen. Sie glaube auch nicht, es sei zu spät, um die demokratischen Nationen «mit sozialen Prinzipien wie unsern» zu unterstützen. Als Amerikanerin glaube sie ans Überleben der Demokratie. Pilet will das letzte Wort behalten:

> [illegible]

Als Mrs Bigelow entgegnet, es gehe jetzt weniger um das *bonheur* der andern, als um ihr *malheur*, meint Pilet, dies sei «lobenswert», aber wir sollten – die Deutschen und

die Franzosen und alle Völker nach ihrem eigenen Glauben leben und ihre eigenen Bedürfnisse erfüllen lassen».
Jede Nation soll nach eigener Façon selig werden. Diese Ansicht ist dem jungen Studenten Pilet in Leipzig aufgegangen. Als er am 11. Juni 1911 von einer Militärparade zu Ehren des Sachsenkönigs nach Hause kam, erzählte er seiner Verlobten das Erlebte. In seinem Brief nahm er als «Sohn, Enkel und Urenkel von Republikanern» die Monarchie in Schutz! Dabei würde er es nie wagen, seinem Vater dies zu gestehen:

> [illegible] mich hörtest?

Fast drei Jahrzehnte später hat Pilet seine Meinung nicht geändert. Um nichts in der Welt möchte er in der Schweiz eine Diktatur, aber wenn die Deutschen, Italiener und jetzt die Franzosen damit leben können, ist es ihre Sache.

Das Gesprächsprotokoll von Mrs. Bigelow endet mit Pilets Aussage. Es ärgert die Bigelows, dass Pilet sie aus ihrer Wohnung geworfen hat. Sie haben kein Verständnis für Pilets Ansicht, dass «möglichst bald Frieden gemacht werden solle». Seine Skepsis gegenüber ihren eigenen Weltverbesserungsideen ist ihnen unbegreiflich. Sie überlassen Hausamann die Abschrift der Gesprächsnotizen. Die Aufzeichnung einer zwanglosen Plauderei ist keine «Note», wie Hausamann das Dokument nennt. Und schon gar nicht ein «Telegramm» über eine «Stellungnahme» des Bundespräsidenten, die «flugs nach Washington geschickt» wurde, wie der Historiker Bonjour nach dem Krieg schreiben wird.

Die Rede vom 25. Juni, die Frontistenaudienz und der Bigelow-Bericht werden Pilet weiterverfolgen. In der deutschen Schweiz ist er als Anpasser, wenn nicht gar als Verräter abgestempelt. Der Spruch «*Me sött de Pilet goh la*» macht die Runde.

83. Jongleurakt

Die in Lagern untergebrachten 30 000 französischen und 12 000 polnischen Internierten fallen der Eidgenossenschaft zur Last. Der Bundesrat sucht nach einem Ausweg, um die unerwünschten Gäste loszuwerden. Am 25. Oktober schreibt Guisan dem Bundesrat:

> [illegible]
> Hoffnungen gegeben haben.

Die Internierung kostet die Schweiz eine Million die Woche. Die 10 000 vom 45. Armeekorps mitgeführten Pferde fressen die knappen schweizerischen Futtervorräte weg. Unter den Territorialtruppen, welche die Internierten überwachen, sind viele in der Landwirtschaft benötigte Bauern.

Guisan hat vom französischen Militârattaché in Bern erfahren, dass in Wiesbaden eine Einigung über die Rückschaffung der französischen Soldaten aus der Schweiz erzielt worden sei. Die Schweiz müsse nun die nötigen Schritte unternehmen. Zwei Wochen später liess Pilet den General wissen, dass trotz der Haltung der Waffenstillstandskommission kein «Ende der Internierung in einer sehr nahen Zukunft» ins Auge gefasst werden könne.

Für den Chef des Politischen Departements kompliziert sich die Rückschaffungsfrage durch die in der französischen Botschaft entstandene Vakanz. Die Regierung in Vichy hat den der Schweiz wohlgesinnten Spitzendiplomaten Robert Coulondre zurückgerufen. Vichy will den Mann, der Ribbentrop die Kriegserklärung übergeben hat, loshaben. Nach der Abberufung Coulondres bereist ein in Vichy prominenter Politiker, Gaston Bergery, die Schweiz. Am 28. Oktober um 15 Uhr 30 wird er vom Bundespräsidenten empfangen. Zuvor hat Pilet seinen Freund Robert Jaquillard, Chef der Waadtländer Polizei und Chef der Spionageabwehr, ange-

[illegible], um von ihm Nachrichten über den französischen Gast einzuholen. Jaquillard berichtet:

> [illegible]

Jaquillard glaubt, der Reisende aus Vichy sei auf der Suche nach einer Botschaft und habe vermutlich diejenige in der Schweiz im Auge. Man könnte sich also in der Gegenwart eines künftigen Botschafters in Bern befinden, einem Posten, für den ihn seine Sympathien für Deutschland offenbar besonders geeignet machen. Eine zusätzliche Notiz von unbekannter Hand besagt, Bergerys Vater sei vermutlich deutscher Herkunft. Ursprünglich Mitglied von Herriots Kabinett sei er *«socialisant de tendance autoritaire»*. Ein «Politiker von eher opportunistischer Wesensart», der in regelmässigem Kontakt mit dem deutschen Botschafter Abetz in Paris stehe. Nicht der Mann, den Pilet in Bern will.

Selbst in der welschen Schweiz, in der man den greisen Marschall bewundert, beginnt man sich über die Entwicklung in Pétains unbesetztem Frankreich zu beunruhigen. Am 18. Oktober veröffentlichte die Vichy-Regierung ein Judenstatut, das mit den berüchtigten Nürnberger Gesetzen vergleichbar ist. Juden werden aus allen politischen und höheren Verwaltungsämtern, aus dem Offizierskorps und aus den Lehrberufen entfernt. Auch aus der Presse sollen sie verschwinden.

> [illegible]

Das Berufsverbot gilt für Film, Theater und Radio. Vichy duldet keine jüdischen Produzenten, Regisseure, Drehbuchautoren, Kino- oder Theaterdirektoren mehr.

Die deutschen Besatzer Frankreichs, die sich im Sommer noch ziemlich korrekt verhalten haben, nehmen immer weniger Rücksicht. Gauleiter Josef Bürckel schiebt 70 000 Unerwünschte aus Lothringen ins unbesetzte Frankreich ab. «Franzosenfreunde», ausländische Arbeiter und andere Missliebige werden aus ihren Häusern vertrieben. Ein rein deutscher Gau Westmark soll geschaffen werden. Die Regierung in Vichy erfährt erst nachträglich von der Aussiedlungsaktion.

Glücklicherweise bleibt Bern ein *Ambassadeur* Bergery erspart. Der Mann wird zum Botschafter in Moskau ernannt, einem Posten mit mehr Prestige. Die Angst Pilets, dass er nach Bern geschickt würde, erweist sich als unbegründet. Er konnte nicht wissen, dass bereits Ende September ein anderer Mann zum neuen Botschafter in Bern ernannt wurde: Graf Robert Renom de la Baume, ein 55-jähriger Berufsdiplomat, Hauptmann mit Kriegskreuz, Spezialist für Handelsfragen. Nach Auskunft von Minister Stucki in Vichy ist de la Baume «in jeder Beziehung eine Persönlichkeit von tadellosem Charakter, verheiratet und Vater von fünf Kindern.»

Im Mai war de la Baume von Ministerpräsident Reynaud nach Spanien geschickt worden, um dort den nach Paris zurückgerufenen Marschall Pétain als Botschafter zu ersetzen. In Madrid hielt er nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und England den Draht zu London offen. Pétain und Aussenminister Baudouin wussten von seiner Rolle als Mittelsmann, die andern Minister hatten keine Ahnung. De la Baume traf sich in Madrid regelmässig mit dem britischen Botschafter Sir Samuel Hoare. In seinen Memoiren beschreibt Hoare de la Baume «als hoch ausgebildeten Diplomaten in der besten Tradition des Quai d'Orsay», als Mann von «unerschütterlicher Würde», der eben im Krieg zwei seiner Söhne verloren hat.

Bei der Übergabe seines Beglaubigungsschreibens am 22. November geht de la Baume über die üblichen Höflichkeitsfloskeln hinaus:

> [illegible] ralische Hilfe zu geben.

Pilet drückt seinen «von ganzem Herzen» kommenden Wunsch aus, dass die Prüfungen, die Frankreich durchgemacht hat, bald ein Ende nehmen. Dies sei im Interesse Frankreichs, der Schweiz und ganz Europas, «das ohne Frankreich nicht vorstellbar ist». Bereits am Nachmittag dieses 22. November verhandeln der Bundespräsident und der neue Botschafter über die Heimschaffung der französischen Internierten.

Seit seiner Jugend interessiert sich Pilet brennend für Frankreich. Zwei der wenigen Bücher, die er im Spätherbst 1940 kauft, sind Tagebuchaufzeichnungen französischer Politiker. Auf Pilets Bitte schickt Stucki ihm 50 Exemplare des Buchs von Jean Montigny *«Toute la vérité sur un mois dramatique de notre histoire»*, in dem der radikalsozialistische Abgeordnete die Ereignisse zwischen dem französischen Gesuch um Waffenstillstand und der Machtübernahme Pétains schildert. Montigny

beschreibt das Dilemma der Regierung, die entscheiden musste, ob sie von Algerien aus den Kampf weiterführen oder um Waffenstillstand bitten solle. Montigny gesteht den Anhängern beider Thesen ehrenwerte Absichten zu, schlägt sich selber aber auf die Seite Pétains:

> [illegible] tragen wird.

Als Pilet sich bei Stucki für die Übersendung der Bücher bedankt, besteht er darauf, die Rechnung aus der eigenen Tasche zu bezahlen. Nicht auf Staatskosten. Pilet hält auf korrektes Verhalten. Am 3. Dezember kauft er in der Berner Librairie Payot für Fr. 4.40 das «Journal de la France» des für seine unabhängige Meinung bekannten Schriftstellers und Journalisten Alfred Fabre-Luce, in dem dieser scharfsinnig und [illegible] das französische Debakel nacherzählt.

In die Interniertenfrage, die Pilet als «dornenvoll» beschreibt, kommt Bewegung. Hitler hat den in Vichy für die Kriegsgefangenen zuständigen Botschafter Georges Scapini informiert, dass die über 1,5 Millionen in deutscher Gefangenschaft befindlichen Soldaten als Zwangsarbeiter in Deutschland bleiben müssen. Ein harter Schlag für das Pétain-Regime. Als Trostpflaster für Vichy werden etwa 70 000 Kranke, Invalide und Familienväter mit vier oder mehr Kindern nach Frankreich zurückgeschickt. Deutschland hat gegen eine Rückführung der in der Schweiz Internierten nichts einzuwenden. Ein Vorbehalt allerdings:

> [illegible] worden ist.

Für Pilet stellen sich damit heikle politische und juristische Probleme. Ist eine Heimkehr internierter Soldaten mit der Neutralität der Schweiz vereinbar, wenn Deutschland und Frankreich sich immer noch im Kriegszustand befinden? Der Waffenstillstand kann jederzeit gebrochen werden. Wie verhält es sich mit dem Kriegsmaterial, das Deutschland anfordert? Wird England eine Auslieferung dieses Materials als Neutralitätsverletzung sehen? Pilet lässt sich von seinen Kronjuristen Schindler und Logoz völkerrechtliche Gutachten erstellen.

Am [illegible]. Dezember kommt der im Weltkrieg erblindete Botschafter Scapini nach Genf, um dem IKRK für seine «bewundernswerte Arbeit» zu danken. Auf eine Journalistenfrage über die Rückkehr der französischen Internierten antwortet Scapini, eine Rückführung von 30 000 Mann sei keine «grande affaire», es gebe Detailfragen zu lösen. Der Botschafter ist jedoch zuversichtlich, «dass eine Mehrzahl der Internierten an Weihnachten ihr Heim wiedergefunden haben». Am nächsten Tag ist Scapini bei Pilet, um auch dem Bundesrat zu danken und ihn über seine Gespräche mit den Deutschen ins Bild zu setzen.

Die Verhandlungen Pilets mit den diplomatischen Vertretern Frankreichs, Deutschlands und Englands nehmen Fahrt an. Am 11. Dezember macht Kocher Pilet klar, dass seine Regierung die Rückführung der französischen Internierten verlangt und an der Auslieferung des Materials an Deutschland festhält. Pilet sieht eine juristische Lösungsmöglichkeit für die Rückführung der Internierten, nicht jedoch für das Kriegsmaterial.

Ein Streitpunkt betrifft die internierten Polen. Selbst die Deutschen verlangen nicht, dass sie in das von ihnen besetzte, als Staat verschwundene Polen zurückkehren. Pilet argumentiert, dass das 45. Armeekorps Daille eine Einheit darstellt, der auch die 12 000 Polen angehören. Diese müssten deshalb nach Frankreich zurückgeschickt werden. Verhandlungstaktik: Pilet weiss, dass Vichy die Polen nicht will und Berlin sich gegen ihre Entlassung stemmt. Deutschland will vermeiden, dass polnische Soldaten durch das unbesetzte Frankreich den Weg nach England finden, um sich dort den freien polnischen Streitkräften anzuschliessen. Pilet und Kocher einigen sich, das Thema der Polen zu verschieben.

Tags darauf verhandelt Pilet mit de la Baume. Aus neutralitätspolitischen Gründen verlangt er von Frankreich die schriftliche Garantie, dass die zurückgekehrten Soldaten nicht wieder für «Kriegszwecke verwendet» werden. Pilet liefert dem Botschafter eine für die Schweiz akzeptable juristische Formulierung: «Die Internierten, die Frankreich zurückgegeben werden, werden in Erwartung des Friedensabschlusses in eine Stellung der Demobilisation placiert werden.» Die Frage des Kriegsmaterials wird verschoben. Pilet muss vorerst bei Kelly abklären, ob das Vereinigte Königreich eine Auslieferung dieses Materials an den Feind zulässt. Hier liegt die Crux der Angelegenheit.

Am 18. Dezember berichtet Pilet dem General, die Rückführung der 12 000 Polen bereite «beträchtliche Schwierigkeiten». Nach Auffassung der Juristen Schindler und Logoz könne die Schweiz die Übergabe des Materials an Deutschland à la rigueur zulassen:

> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> [illegible]
> dringend benötigten Männer und Pferde vorenthalten.
> [illegible]
> haben, bestehen weiterhin Schwierigkeiten.

Am 23. Dezember teilt Kocher Pilet mit, die Frage der «Rückkehr der übergetretenen Soldaten ehemals polnischer Staatsangehörigkeit» könne «nicht behandelt werden». Die Heimkehr der Franzosen erfolge, sobald die schweizerische Regierung die rechtsgültige Abtretung des Materials an Deutschland amtlich versichere. Deutschland hält also an der Übernahme des französischen Materials fest. Pilet muss nun die Engländer davon überzeugen, dass eine solche Massnahme mit der schweizerischen Neutralität vereinbar ist. Am 2[illegible]. Dezember erhält der Bundesrat eine seltsame Note von Kelly, die von «Gerüchten» spricht, wonach eine Auslieferung französischer militärischer Ausrüstung an Deutschland geplant sei. Sollten die Gerüchte stimmen, wäre dies ein «klarer Bruch» der von der Schweiz eingegangenen Neutralitätsverpflichtungen. Die Regierung Seiner Majestät hätte «starke Einwände» dagegen.

Am 3[illegible]. Dezember erklärt Pilet Kelly, die Rückführung der Internierten hänge ganz allein von der Auslieferung des Kriegsmaterials an Deutschland ab. Nach Auffassung des Schweizer Generalstabs sei das französische Material «von wenig Wert, ausser einigen kleinen Fahrzeugen und ein paar hundert Pferden». Pilets juristische Berater glaubten, die Schweiz habe das Recht, das Material an Deutschland auszuliefern, sofern Frankreich dem zustimme. Pilet verspricht Kelly, ihn zu informieren, sobald der Bundesrat in der Frage entschieden habe. In der Zwischenzeit bitte er ihn, die Folgen zu überdenken, wenn der Bundesrat auf einen britischen Protest eingehen müsste. Dies würde heissen, dass Zehntausende unzufriedener Internierter in der Schweiz blieben.

Was die Polen angehe, behalte der Bundesrat den «humanitären Aspekt» im Auge. Er werde nie einer Lösung zustimmen, die eine persönliche Gefahr für die polnischen Truppen darstelle. Es sei besser, so Pilet, wenn die Polen sich in ihrem eigenen Interesse vorläufig aus der Diskussion heraushielten und sich mit der von ihm hiermit gegebenen Garantie begnügten. Kelly versteht dies.

Das alte Jahr bringt keine Lösung. Am 7. Januar 1941 trifft Pilet, jetzt nur noch Chef des Politischen Departements und nicht mehr Bundespräsident, erneut Kelly

Pilet sagt ihm, eine «volle Erklärung der Fakten» werde die britische Regierung davon überzeugen, dass die Schweiz die «humanitäre Pflicht» habe, der deutsch-französischen Vereinbarung «keine Hindernisse in den Weg zu legen».

Pilet gibt Kelly eine Liste des fraglichen Kriegsmaterials: 4500 Pferde und Maultiere, die alle nach Frankreich zurückgehen, 418 Motorwagen, 309 Motorräder, 10 500 Gewehre und Karabiner, 1022 automatische Gewehre, 250 Maschinengewehre, 22 Panzerabwehrkanonen, 40 Feldgeschütze, 8 schwere Geschütze, 20 Haubitzen, 15 Fliegerabwehrkanonen und 11 Fahrräder. Pilet hofft, dass die britische Regierung es akzeptiere, wenn die Schweiz auf die in ihrer Note gemachten britischen Vorbehalte nicht antworte. Damit würde das Vereinigte Königreich die Rückführung der französischen Soldaten stillschweigend tolerieren. So würde man vermeiden, dass in Frankreich «eine grosse populäre Erregung» hervorgerufen werde.

In London teilt das War Office dem Foreign Office mit, dass nach Meinung seiner Deutschlandabteilung die in die Schweiz gebrachte französische militärische Ausrüstung für die Wehrmacht wenig Wert habe:

> [illegible] gegenüber der Schweiz weitere Massnahmen zu ergreifen.

Am 15. Januar teilt Kelly Pilet mit, dass seine Regierung in der Frage der Rückführung der französischen Internierten und des Materials «nicht insistieren» werde. Dies ohne Präjudiz für die Zukunft. Pilet hat das von ihm angestrebte Ziel erreicht. Ein Erfolg seiner hartnäckigen Diplomatie. Noch am selben Tag gibt der Bundesrat die Bewilligung zur Heimschaffung der Internierten.

Eine Woche später entschuldigt sich Pilet bei Kelly, dass er ihm aus Zeitdruck für die «gute Nachricht» nicht gedankt habe, und holt dies nach:

> [illegible] werde.

84. Brot und Arbeit

Im Dezember 1940 ist die militärische und politische Gefahr, in der sich das Land während Monaten befand oder zu befinden schien, abgeklungen. Alltagsfragen beschäftigen das Volk fast wie zu Friedenszeiten. Zu reden gibt der Mangel an Waren für den Tagesgebrauch, seien es Kleidungsstücke oder Nahrungsmittel, Kohle zum Heizen, Benzin fürs Auto. Vieles ist rationiert. Angebliche Ungerechtigkeiten an der Kartenzuteilung werden kritisiert. Alles wird teurer. Zwischen Juni und Dezember ist der Lebenskostenindex von 109 auf 117 Punkte angestiegen.

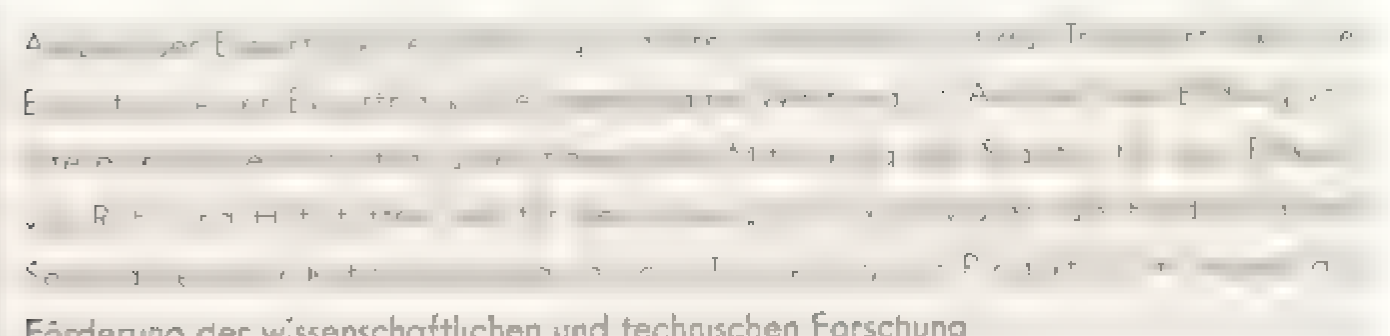
Der Bundesrat hat viel unternommen, um die Versorgungslage zu verbessern und die Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Handelsabkommen mit Deutschland, Italien und (am 23. Oktober) mit Frankreich sind unter Dach und Fach. [illegible] Thurnheer und Paul Keller bemühen sich in London um die Lockerung der Blockade. Mindestens für den Winter ist für den Lebensunterhalt der Bevölkerung gesorgt. Niemand muss hungern. Für den immer wahrscheinlicher werdenden Fall, dass der Krieg länger dauern wird, steht der Plan Wahlen bereit.

Noch am Tag der Rede vom 25. Juni beschloss der Bundesrat die Einsetzung einer [illegible]köpfigen Arbeitsbeschaffungskommission unter dem sozialdemokratischen Fraktionsführer Robert Grimm. Diese Kommission hat ein detailliertes Programm zur Arbeitsbeschaffung zusammengestellt. Ende November übergibt Grimm die 25[illegible]seitige Schrift der Presse. Im Vorwort schreibt die Kommission:

> [illegible] gend.

Ein Sofortprogramm sei nicht mehr unmittelbar dringlich. Deshalb prüft die Kommission das Arbeitsbeschaffungsproblem langfristig und in seiner Gesamtheit. Sie betrachtet die Exportwirtschaft als das Hauptmittel zur Erhaltung der «Be

rufs- und Quantitätsarbeit» und will sie mit allen tauglichen Mitteln «fördern». Zu diesen Mitteln zählt sie:


Förderung der wissenschaftlichen und technischen Forschung

Das Alpenstrassenprogramm soll «unter Fühlungnahme mit der Armee» revidiert und den «veränderten militärpolitischen Verhältnissen» angepasst werden. Grösstenteils soll es dabei um den Ausbau bereits existierender Strassen gehen.

Gleich zu Beginn der Dezembersession redet Bundesrat Stampfli über das Thema Arbeit:

> [illegible]

Stampfli berichtet, dass gegenwärtig im Baugewerbe und in der Landwirtschaft gar ein Mangel an Arbeitskräften herrsche. Man habe für den geplanten Ausbau der Susten- und der Oberalpstrasse keine Arbeiter gefunden. Die Ernte im Herbst habe man nur dank der Hilfe von Studenten und Schülern einbringen können. Wenn man sage «nicht mehr diskutieren, sondern handeln», sei daran zu denken, dass vor anderthalb Jahren eine vom Volk angenommene «gewaltige Arbeitsbeschaffungsvorlage» Kredite von 4[illegible]0 Millionen vorsieht, die «zum grossen Teil noch unverwendet zur Verfügung stehen». Die Arbeit der Kommission Grimm sei für sein Departement «ein wertvoller Leitfaden, eine wertvolle Direktive für die weitere Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen».

In der Session hatte Grimm Gelegenheit zu einer Rede, die selbst in der Berichterstattung des [illegible] positiv vermerkt wird.

> [illegible] men werden.

Grimm schlug Töne an, die an Pilet erinnerten, waren Worte, die Pilet hätte sprechen können:

> [illegible]

Stampfli machte in seiner Schlussrede die Nationalräte darauf aufmerksam, dass die Schweiz von der Weiterführung des mit unverminderter Heftigkeit und steigender Erbitterung andauernden Wirtschaftskrieges schwer getroffen wird.

> [illegible] immer noch unter seiner Herrschaft stehen.

In England wisse man,

> [illegible]

> [illegible]
> über 150 000 Tonnen Gütern zurückgehalten worden.

Stampflis Schlussworte erinnern an Pilets Versprechen, «dem Volk die Wahrheit zu sagen»:

> [illegible]
> genug zu sein, um durchhalten zu können.

Walther Stampfli, der von Parteifreunden überredet werden musste, sich in den Bundesrat wählen zu lassen, erweist sich als würdiger Nachfolger seines verstorbenen Vorgängers Obrecht. Er beherrscht seine Dossiers und dominiert die Ratssitzungen.

85. «Dutti» schlägt die Tür zu

Nationalrat Duttweiler ist aus der Vollmachtenkommission ausgeschlossen worden. Er hat aus der Schule geplaudert, das heisst, Nachrichten veröffentlicht, die er nur als Mitglied dieser zur Geheimhaltung verpflichteten Kommission kennen konnte. An der Nationalratssitzung vom 10. Dezember verlangt der Unabhängige Walder im Namen seiner Fraktion die Aufhebung des am 4. Oktober vom Kommissionsbüro gefassten Entscheids zum Ausschluss Duttweilers. Er beruft sich auf zwei juristische Gutachten, wonach das Parlament sich über geltendes Recht hinweggesetzt habe, «um unbequeme Mahner auszuschalten».

> [illegible] zukommen zu lassen.

Es sei beanstandet worden, Duttweiler habe eine Äusserung Pilets nicht richtig wiedergegeben. Pilet habe sich allgemein zur Lage geäussert und zu keinem bestimmten Vorkommnis. Jedes Ratsmitglied, sagt Walder, sollte «Anspruch darauf haben, wie unser Aussenminister diese Lage beurteilt, welches seine grundlegenden Auffassungen in dieser Sache sind». Als sich im Juli dieses Jahres «in manchen Kreisen ein politischer Defaitismus bemerkbar» gemacht habe, sei Duttweiler als Erster «mit einem gut schweizerischen» aktuellen Programm aufgetreten. «Ausgerechnet dieser Mann soll aus der Vollmachtenkommission entfernt werden.»

Der freisinnige Thurgauer Nationalrat Alfred Müller findet, Duttweilers Ausplaudern von «streng vertraulichen» Mitteilungen Pilets rechtfertige den Ausschluss. Kein Mitglied der Kommission habe Ratspräsident Nietlispachs Ermahnung zu «strengster Diskretion» widersprochen, auch Duttweiler nicht.

Walder erhält von unerwarteter Seite Schützenhilfe. Für den «Kronjuristen» der Sozialdemokraten, Johannes Huber, hat keine Kommission das Recht, ein Mitglied

[illegible] Dies könne nur der Rat tun. Wieder endet sein Schlusswort mit einem Seitenhieb gegen den Bundespräsidenten:

> [illegible]
> hat.

Kurz vor 13 Uhr hält der Rat – vor gelichteten Reihen – mit 59 zu 52 am Ausschluss des Chefs der Unabhängigen aus der Kommission fest. Unmittelbar darauf tritt **Duttweiler aus dem Nationalrat zurück.**

Am 12. Dezember, zwei Tage nachdem der im Volk populäre «Dutti» die Türe des Bundeshauses zugeschmettert hat, ist er noch einmal Gegenstand einer Debatte. Es geht um ein Postulat des freisinnigen Waadtländer Nationalrats Henri Cottier, eines Freunds Pilets. Cottier ist Sekretär des Verbands Schweizerischer Spezereihändler, der mit der Migros auf Kriegsfuss steht. Er habe sein Postulat eingereicht, sagt Cottier, als sich der «Obmann» der Unabhängigen noch nicht aus dem Staube gemacht habe. Er rede jetzt in seiner Abwesenheit, werde aber Duttweiler das Gleiche sagen, wenn er ihn «anderswo als in diesem Saal» persönlich wiedertreffe. Cottier erinnert an die Angriffe Duttweilers gegen den verdienten verstorbenen Bundesrat Obrecht:

> [illegible]
> fe avec *philosophie*. Nur seine Nächsten wissen, was er gelitten hat.

Dann habe Monsieur Stampfli, noch vor seiner Wahl als Nachfolger Obrechts, die Prosa der Zeitung *Die Tat* kennengelernt. Und in welchen Ausdrücken! Als nächster sei «unser Kollege M. Grimm» an die Reihe gekommen:

> [illegible]

Cottier kämpft jetzt mit nackten Fäusten:

stellt eine grosse Gefahr für unser Land dar.

Der Waadtländer Freisinnige verlangt scharfe Massnahmen der Abteilung Presse und Funkspruch gegen die verleumderischen Pressekampagnen der *Tat*. Man dürfe die wertvolle Pressefreiheit, die es zu schätzen und zu schützen gelte, nicht mit der Freiheit zu verleumden und zu diffamieren verwechseln. Bundesrat Baumann nimmt das Postulat Cottier «ohne Freude zur Prüfung entgegen». Eine Antwort wird später erfolgen – Baumann wird dann nicht mehr im Amt sein. Darauf schliesst der Ratspräsident um 10 Uhr 35 Sitzung und Session. Alle können schon am Donnerstagmittag getrost nach Hause gehen.

86. Bukarest, Lissabon, Washington

Aussenminister Pilet darf die beiden nichtkriegführenden Grossmächte Russland und Amerika nicht aus den Augen verlieren. Auch die Entwicklungen auf dem Balkan geben ihm zu denken.

Rumänien, das für die Schweiz wegen seiner Erdöl- und Getreidelieferungen wichtig ist, hat Ende Juni unter russischem militärischem Druck ein Drittel seines Territoriums abgeben müssen und sechs Millionen Einwohner verloren. Mittlerweile hat sich Bukarest unter den Schutz Hitlers begeben. Um die 10 000 «deutsche Militärberater» sind im Oktober einmarschiert. Sie sorgen dafür, dass die Regierung des Diktators General Antonescu tut, was Berlin ihm befiehlt. Doch selbst die deutschen Truppen und die Gestapo haben die brutale Eiserne Garde nicht im Griff. Man hört von Pogromen gegen Juden, Plünderungen und brutalen Morden an ehemaligen Ministern und Generälen.

Der Schweizer Gesandte René de Weck hat erfahren, dass in einer einzigen Nacht zwischen 1 und 2 Uhr früh 64 politische Gefangene und 4[illegible] Offiziere ermordet wurden, darunter ein ehemaliger Ministerpräsident, ein ehemaliger Justizminister, ein ehemaliger Polizeikommandant und andere hohe Magistraten.

> [illegible] Graben

De Weck, der seit 1933 den undankbaren Posten in Bukarest ausfüllt, sondierte schon zwei Wochen zuvor bei Pilet, ob er nicht nach Paris oder Athen versetzt werden könnte:

Pilet antwortet am 15. Dezember:

> Mon cher,
>
> [illegible]
>
> ich habe grosse Mühe, sie zu placieren

Pilet denkt hier an die Gesandten, die ihre Posten in den von den Deutschen besetzten Polen, Niederlande und Belgien verloren:

> [illegible]

Pilet meint, glücklicherweise herrsche gegenwärtig «Flaute». Man wisse nicht, wie lange de Weck die relative Ruhe «geniessen» könne

> [illegible]
>
> von einer Ära der armen Ziegen gefolgt werden.

Schliesslich rät Pilet Freund de Weck nur zu telefonieren, wenn es absolut nötig ist. «Nicht nur sind die Drähte stumm, sondern überdies – oh Paradox – geschwätzig.»

Von Tag zu Tag leben. Die zweite Dezemberhälfte bringt dem Chef des Politischen Departements einige nicht zu unterschätzende Erfolge. An der Sitzung vom 17. Dezember erhält er vom Bundesrat die Ermächtigung, Minister Henri Martin,

nominell noch Botschafter in Warschau) zum ständigen Geschäftsträger in Lissabon zu ernennen. Portugal hat eine politische und vor allem wirtschaftliche Bedeutung erhalten, die ihm, so das EPD, «in normalen Zeiten seit Jahrhunderten kaum je zugekommen ist»:

> [illegible]

An der gleichen Sitzung vom 17. Dezember stimmt der Bundesrat einem vom Departement Pilet entworfenen Brief an den Kanton Basel-Stadt zu, der sich über den Stand der schweizerisch-sowjetischen Beziehungen erkundigt hat. Das EPD betont, das Fehlen diplomatischer Beziehung bedeute keineswegs, dass zwischen der Schweiz und der UdSSR «besondere Spannungen» bestanden. Dieses Fehlen stehe der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen nicht im Wege. Schon mehrfach seien Abmachungen geschlossen worden, die korrekt durchgeführt wurden. Eine Intensivierung der Handelsbeziehung mit der Sowjetunion wäre für die Schweiz selbstverständlich vorteilhaft. Der Bundesrat wäre glücklich, in Russland «die Lebensmittel, die uns fehlen, und eine breitere Absatzmöglichkeit für unsere Produkte zu finden». Aber er warnt vor «übermässigen Hoffnungen». Die Verbindungen zwischen der Schweiz und Russland treffen wegen des Kriegs auf «beinahe unüberwindbare Hindernisse».

Italien verlangt von der Schweiz Verhandlungen über die Verdoppelung des ihm gewährten Vorschusskredites von 75 Millionen Franken. Pilet möchte auch über die «Verweigerung von Einreisevisa für Schweizer Bürger», den erhöhten Rechtsschutz von Schweizern, «namentlich gegen Verhaftungen ohne Grundangabe und Ausweisungen», und die Entschädigung für erlittene Kriegsschäden verhandeln. Diskret soll in Rom angetönt werden, «dass Polemiken gewisser Zeitungen, wie sie sich noch vor kurzem ereignet haben, auf Anordnung der Regierung unterbleiben». Für einmal beklagt sich nicht das «Ausland» über schweizerische Zeitungen, sondern es ist der Bundesrat, der reklamiert. Pilet zeigt sich als harter Unterhändler.

Der Gesandte Bruggmann ist beunruhigt, weil Washington die neutralen Guthaben in den USA angeblich sperren will. Er hat den Bankier Felix Somary ersucht, ihm zuhanden der Administration Roosevelt ein Memorandum über die Sonderstellung der Schweiz zu verfassen. Felix Somary ist im Herbst 1939 von Bundesrat Obrecht als Leiter einer Sonderdelegation nach Washington entsandt worden. Dort

handelte er einen wichtigen Kriegswirtschaftsvertrag zwischen der Schweiz und den USA aus. Der in Wien geborene, mit Schumpeter und Max Weber befreundete Nationalökonom Somary beriet im Weltkrieg die Achsenstaaten. Nach dem Krieg rettete er Effekten des Wiener Rothschild-Bankhauses in die Schweiz. Seit 1919 leitet Somary die Bank Blankart. In viel beachteten Vorträgen sah er die Weltwirtschaftskrise und den neuen Krieg voraus. Von ihm stammt die Idee einer halbprivaten parallelen Kriegswirtschaftsverwaltung, die Obrecht umsetzte. In Washington hat der Bankier Zugang zu den höchsten Kreisen im Staatsdepartement und im Schatzamt.

Am 14. Dezember schickt Bruggmann Unterstaatssekretär Sumner Welles Somarys Exposé und schreibt:

> [illegible]

Somarys Aufsatz trägt den Titel «Switzerland's Unique Financial Situation and its Significance for the United States». Der Bankier weist darauf hin, dass von 45 Staaten, die sich einst an den Goldstandard hielten, nur zwei ihm treu geblieben sind, die USA und die Schweiz. Eine Blockade der Schweizer Guthaben würde den Goldstandard zerstören. Die Schweiz, schreibt Somary, sei «eines der ärmsten Länder Europas, ohne eigene Rohmaterialien und ohne Zugang zur See, mit weniger Einwohnern als Kolumbien und einer Fläche, die kleiner ist als die der zentralamerikanischen Länder»:

> [illegible] die entferntesten Täler der Schweiz durch [illegible] der Welt vergleichen lässt.

Eine Blockade der Schweizer Guthaben würde dem Land «irreparablen Schaden» zufügen:

> [illegible]

Am 17. Dezember antwortet Sumner Welles Bruggmann. Er habe das Exposé sorgfältig gelesen und er könne die Schweiz bezüglich einer Blockierung ihrer Konten beruhigen. Keine «Aktion dieser Art» stehe in Aussicht. Sollte sie aktuell werden, würde alles versucht werden, um eine «schädliche Beeinträchtigung der schweizerischen finanziellen und wirtschaftlichen Stellung abzuwenden».

In der Nacht auf den 17. Dezember werfen Bomber erstmals seit drei Monaten über Schweizer Gebiet wieder Spreng- und Brandbomben ab. Getroffen werden der SBB-Güterbahnhof in Basel, Wohnhäuser im Quartier Gundeldingen und in Binningen. Bilanz: vier Tote, mehrere Verletzte und bedeutende Sachschäden. Die Untersuchung ergibt, dass es sich um britische Bomben gehandelt hat. Aufgefangene Funkmeldungen der beteiligten Flieger bestätigen den Befund. Sie glaubten, sie hätten Ziele in Mannheim getroffen. Schon am 16. Dezember übergibt Minister Thurnheer Aussenminister Lord Halifax persönlich eine Note betreffend eine «neue und sehr schwerwiegende Verletzung der schweizerischen Neutralität durch die Royal Air Force».

Am 22. Dezember fallen um 20 Uhr 35 – bei Mondschein und vor Beginn der Verdunkelung – Bomben auf Zürich. Getroffen wird das Eisenbahnviadukt an der Josefstrasse, wobei eine Person getötet wird. Wiederum haben sich die englischen Flieger verirrt. Es geht bald das falsche Gerücht um, wonach die in der Nähe der Bombenabwürfe liegende Firma Maag, die Rüstungsgüter nach Deutschland liefert, und die Bahnlinien nach Italien das Ziel der Bomber gewesen seien. Selbst Feldmann schliesst nicht aus, dass das Gerücht stimmen könnte.

> [illegible] che für deutsche Rüstungszwecke arbeiten.

Am 24. Dezember geht Minister Thurnheer ins Foreign Office, um eine Protestnote abzuliefern. Er trifft dort nicht Lord Halifax, sondern die Nummer 2, Unterstaatssekretär R. A. Butler. Halifax ist eben zum Botschafter in Washington ernannt worden und hat sein Amt an Anthony Eden abgegeben. «Rab» Butler kennt die Schweiz

[illegible] seiner [illegible] vorgetragen und hat Sympathien für sie. Thurnheer sagt [illegible], dass er am Heiligen Abend zu ihm kommen müsse, um über [illegible] in der [illegible]testen Stadt der Schweiz» zu berichten. Thurnheer erzählt [illegible], was er Butler vorgehalten hat:

> [illegible]

Butler sagt, er habe geahnt, weswegen Thurnheer seinen Besuch angemeldet habe. Er habe deshalb zuvor mit dem neuen Chef im Foreign Office, Mr. Eden, der tags zuvor sein Amt angetreten habe, darüber geredet. Eden habe eine eingehende Untersuchung angeordnet. Butler fragt Thurnheer, ob er denn «ganz sicher» sei, dass es **sich um britische Flieger handle:**

> [illegible]

Das Verhältnis des Schweizer Gesandten mit seinen britischen Gesprächspartnern ist vertrauensvoll. Die Schweiz hat bei den Engländern immer noch einen guten Ruf. Dies geht auch aus einer persönlichen Mitteilung von Roger Makins, dem Chef der Westeuropa-Abteilung im Foreign Office, hervor. Makins schreibt am 25. Dezember einem Kollegen im Ministerium für Wirtschaftliche Kriegsfüh-

tung (MEW). Er missbilligt die unnachgiebige Haltung des MEW gegenüber der Schweiz:

> [illegible] tun mussten.

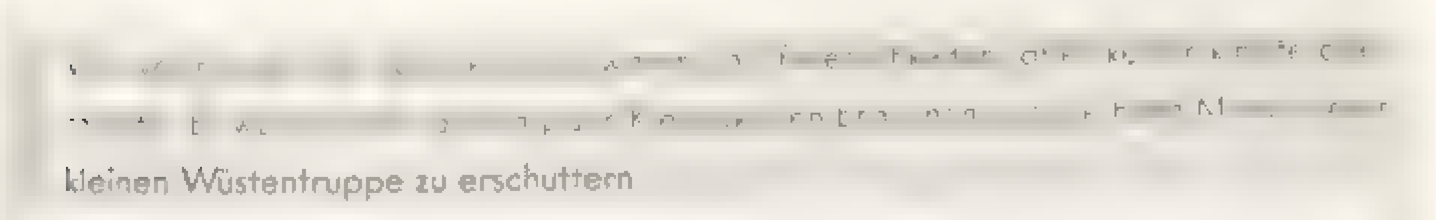
Der 36-jährige Makins ist ein Diplomat mit Zukunft. 1943 wird ihn Churchill als Verbindungsmann zum amerikanischen General Eisenhower nach Nordafrika schicken. Nach «Ikes» Wahl zum Präsidenten übernimmt er 1953 den Botschafterposten in Washington. In seiner weihnachtlichen Notiz von 1940 erinnert Makins das MEW an die Bedeutung der Schweiz für das Vereinigte Königreich.

> [illegible]

87. Bürde abgelegt

Christmas 1940. Es sind die ersten wirklichen Kriegsweihnachten im neuen Weltenringen. 1939 war *drôle de guerre*. Jetzt gibt es eine zweitägige informelle und nicht abgesprochene Waffenruhe zwischen den verfeindeten Lagern. Man erinnert sich an 1914. Damals waren die Soldaten auf den Schlachtfeldern Flanderns an Weihnachten aus ihren Schützengräben gekrochen, um ihre Toten einzusammeln und zu begraben. Damals grüssten sich die verfeindeten *Tommies* und *Jerries*, warfen sich Scherzworte zu und schenkten sich Bier. Sie grillierten zusammen einmal ein Schwein. Sie spielten im Schlamm gegeneinander Fussball. 1940 stehen sich an keiner Front mehr deutsche und britische Infanteristen gegenüber. Es kommt zu keinen weihnachtlichen Verbrüderungsszenen.

Captain Healy, der in der libyschen Wüste die italienische Garnison von Bardia belagert, beschreibt den Weihnachtstag »als gleich wie irgendein anderer, ausser dass jeder Mann eine eigene Büchse *bully beef* erhielt«. General Wavell schickte den Soldaten seine Grüsse, aber mangels Transportmöglichkeiten weder *turkeys* noch *Christmas puddings*:


kleinen Wüstentruppe zu erschüttern

Werner Mork, ein damals 19-jähriger Wehrmachtssoldat, wird sich später an die Weihnachten – »das deutscheste und zugleich auch das rührseligste aller Feste der Deutschen« – erinnern, die er 1940 im Kreise der Kameraden in Frankreich feierte: »Es war ein stimmungsvolles Fest, die so schönen deutschen Weihnachtslieder wurden mit echter Ergriffenheit gesungen. Der Hauptmann hielt eine kleine zu Herzen gehende Rede, wobei auch des Führers und des deutschen Volkes gedacht wurde

Wenn sie gekommen wären, hätten die Tommies leichtes Spiel gehabt. Es gab jedoch keine Tommies mehr in Frankreich:

Und in der Schweiz? Man schnallt den Gürtel ein wenig enger, aber von den Opfern, die Pilet gerne erwähnt, ist nicht viel zu spüren. Die Zeitungen überquellen von Inseraten, die Warenhäuser, Delikatessenläden, Restaurants, Hotels und Wintersportorte aufgegeben haben. Es liegt viel Schnee, das Wetter ist schön, aber kalt. Man hat die Verdunkelung zwei Nächte lang aufgehoben. Wie im Frieden wird gefestet und gereist. Die SBB fahren über die Festtage mehr Sonderzüge als im Vorjahr, mehr sogar als 1938, und machen stolze Einnahmen.

Im trauten Heim wird nach Schweizerart der Heilige Abend begangen. Sanitätsoffizier Hans Richard von Fels hat Urlaub und feiert in St. Gallen mit Familie und Dienstmädchen. Er schreibt ins Tagebuch:

> [illegible] kunft.

Noch steht ein Drittel der Armee im Aktivdienst. In Kirchen und Kantonnementen werden die Kerzen der Christbäume angezündet. Viele sind in Gedanken daheim bei den Lieben und manchem versagt es beim «Stille Nacht, heilige Nacht» die Stimme. Der General eilt von Soldatenfeier zu Soldatenfeier. Am 21. Dezember Weihnachten beim Nachrichtendienst, an der auch Massons Chauffeur teilnimmt. «Demokratische Armee ist kein leeres Wort», notiert Barbey. Am 22. Dezember gibt es eine Feier im Hauptquartier Schloss Gümligen.

> [illegible] aber bereits eine gut zusammengeschweisste Equipe.

Am Heiligen Abend reist Guisan nach Zürich, um sich die Bombenschäden anzuschauen und die Verwundeten zu besuchen. Die am Bahnhof zusammengelaufene Menge gibt dem General den Weg frei. Er grüsst, die Leute bestaunen ihn mit Zuneigung und Respekt. Der Anblick der aufgerissenen Häuser zeigt ihnen besser als Bilder oder Filmleinwand das Unheil des Krieges, der jetzt ein Arbeiterquartier getroffen hat.

Weiter geht's nach Basel zu den beschädigten Häusern in Binningen und dann über hohen Schnee zur Weihnachtsfeier der Territorialen in Oberkirch.

> [illegible] setzt ein.

Barbey denkt an die nahe gelegene Grenze zum besetzten Elsass, «gleiches Land, gleiche Rasse, gleiche Kirchen und vielleicht die gleichen Gesänge».

> [illegible]
> General scharen, um Weihnachten zu feiern?

Beim Einsteigen in den Sonderzug, der den General nach Gümligen zurückbringt, beobachtet Barbey den Chef. Er bewundert die Art, wie er sich hält, aber er sorgt sich um ihn – Müdigkeit, Abnützung, die grenzenlose Anstrengung dieses Kriegs, der dauert.

Während der General feiert und sich feiern lässt, ist Pilet im Bundeshaus mit Arbeit überhäuft: Verhandlungen mit den Diplomaten Deutschlands, Englands und Frankreichs, Studium der Berichte der Gesandtschaften aus aller Welt, Verfassen von Glückwunsch- und Dankesbriefen zum Jahresende. Ein am Weihnachtstag von seinem geschätzten Mentor und lieben Freund Alt-Bundesrat Häberlin geschriebener Brief wird Pilet besonders gefreut haben:

> [illegible]
> nachtsfreude trübt.

An der letzten Bundesratssitzung 1940, am Samstag, 28. Dezember, wird noch vieles abgehakt. Stichworte: Der schweizerische Rhein-Rhone-Kanal, Strassenausbau, Schlichtungsgericht USA-Schweiz, Vergütung für Erfindungen, Wehropferzulage und Vermögensentwertung, Wirtschaftsverhandlungen mit Ungarn, Subventionen für die Stickerei-Industrie, Verdunkelung an der Grenze.

Es geht um Straf- und Zensurfälle sowie um Beförderungen und Ernennungen. Major Bracher, ein Vertrauensmann Guisans, wird Sekretär des Militärdepartements, Nationalrat Armin Meili, der Vater der Landi, Direktor der Verkehrszentrale Zürich. Zu reden gibt die Frage der Öffnungszeiten für die Bahnhofbuffets, die bisher an

ders als andere Wirtschaften bis 23 Uhr offen haben durften. Auf Antrag Stampflis und unter Berücksichtigung Pilets müssen auch diese um 22 Uhr bei Verdunkelungsbeginn schliessen. Am Schluss der Sitzung verabschiedet der Bundespräsident mit warmen Worten die scheidenden Kollegen Munger und Baumann. Die Sitzung ist harmonisch verlaufen wie fast immer. Wird es mit den Neuen von Steiger und Kobelt ebenso gut gehen?

Nach der Sitzung spaziert man zum Von Wattenwyl-Haus an der Junkerngasse, wo im 1. Stock das traditionelle Jahresendessen wartet. Mit von der Partie sind auch der General und Mme Guisan. Pilet ist jetzt Hausherr im stilvollen barocken Von Wattenwyl-Haus. Er wird künftig bloss von seiner Parterrewohnung die Treppe hinaufsteigen müssen, um im grossen Sitzungssaal an bundesrätlichen Besprechungen und Essen teilzunehmen. Die Bigelows sind ausgezogen. Aber die von Hausamann, Wahlen und Lindt angefachte «Affäre» um die «amerikanische Note» mottet weiter.

Dem Tagebuch des wegen seiner Nichtwahl in den Bundesrat verbitterten Feldmann ist zu entnehmen, dass in der Deutschschweiz das Misstrauen gegen Pilet anhält. Am 2[illegible]. Dezember versieht ihn Lindt mit neuen Informationen über Pilet:

> [illegible]

Das neue Jahr steht vor der Tür. Die Schweiz singt den von Teddy Stauffer auf Telefunken aufgenommenen Ski-Jodel: *[illegible] fahre und d Maitli lache / As git kai [illegible] Schnee [illegible]!* Ob Krieg oder nicht, man hat das Recht auf Singen, Tanzen und Sport. Auf der KaWeDe in Bern drängen sich die Schlittschuhläufer. Die Wintersportorte veranstalten Wettbewerbe jeder Art, Skispringen, Slaloms, Abfahrten. Die Skirennen in Mürren und Wengen gewinnt Heinz von Allmen, in Zermatt ein Julen. In Gstaad versuchen sich die Gäste am Eggli in einer «Abfahrt ohne umzufallen».

Auf der Pontaise verliert Pilets Lausanne-Sports im letzten Meisterschaftsspiel der Nationalliga A gegen Grasshoppers 1:0. Bickel dribbelt, flankt vom Flügel, Amado übernimmt volley und setzt einen rasanten Flachschuss in die linke Ecke, unhaltbar für Ballabio. Jeder Bub kannte den rundlichen Ballkünstler Fredy Bickel, den instinktsicheren Torjäger «Lajo» Amado und den «schwarzen Panther» Erwin Ballabio – drei heute vergessene Legenden des Schweizer Fussballs.

Auch die Handballsektion des Grasshopper Clubs ruht über die Festtage nicht. GC, das keine Juden in den Verein aufnimmt, spielt in Berlin gegen den brandenburgischen Meister Elektra. Zu seinem Leidwesen erfährt Frölicher dies zu spät, so dass er «nichts für die Spieler tun kann». Er berichtet Pilet, «deutschen Zeitungsberichten zufolge» hätten die Schweizer einen «guten Eindruck» gemacht. Schade, dass er dies zwecks Pflege gutnachbarlicher Sportbeziehungen propagandistisch nicht auswerten konnte:

> [illegible]
> zu lindern.

Vermutlich geht hier Pilet, wie der gesamte Bundesrat und der General, mit Frölicher einig. An einer Sitzung hat die Regierung kürzlich beschlossen, der offiziellen Schweizer Beteiligung an einer Pferdesportveranstaltung in Meran und an einem Militärpatrouillenlauf in Cortina zuzustimmen.

Zum Jahresende bringen die Zeitungen ihre Rückblicke und Ausblicke. Die *Gazette* stellt dem ehrwürdigen, 75-jährigen Professor Edmond Rossier dafür die ganze Frontseite und Seite 2 zur Verfügung. «Wohin gehen wir?», fragt Rossier:

> [illegible]
> zwischen leidet der Kontinent tausend Schmerzen.

Hoffnung in diesem «grässlichen Krieg, der die Resten der Zivilisation zu ruinieren droht», sieht Rossier im «Schauspiel der Geschichte»:

> [illegible]
> leuchtet, oder im Nebel der Zukunft. Hoffen wir trotzdem.

Im Hexenkessel von Bukarest kann René de Weck nicht wie Rossier vom sichern Lausanner Port gemächlich raten. Wütend schreibt er: «Es sind die Deutschen, die uns gelehrt haben, sie zu hassen.» Er hasst sie mit Leib und Seele. Trotzdem bleibt der Freiburger Diplomat und Literat zuversichtlich:

> [illegible]

Pilet kann sich als Bundesrat solche Worte nicht erlauben. Selbst mag er die Deutschen aber nicht besonders. Seine in der Gymnasialzeit gefasste negative Meinung änderte er während seiner Studienmonate in Leipzig nicht. Doch schon damals bemühte er sich, objektiv zu sein. Die «*germains*» haben ihre Qualitäten: Sie sind fleissig, tüchtig, diszipliniert, entschlossen.

Der Silvester, Pilets Geburtstag, ist für den Waadtländer immer ein besonderer Tag gewesen. Er schaut gerne zurück, er schreibt auch gerne auf Neujahr Karten und Briefe [illegible] seiner Zeit [illegible]. Am 31. Dezember 1940 fehlt ihm die Zeit dafür. Etter hat vorgeschlagen, dass Pilet als abtretender Bundespräsident und Wetter als sein Nachfolger am Neujahrstag am Radio zur Mittagszeit eine kurze Ansprache halten. So setzt Pilet an seinem 51. Geburtstag wieder einmal eine Rede auf. «*Suisses, Suissesses, enfants de mon pays*», beginnt er. Er sagt, er habe sein Amt als Bundespräsident nicht mit leichtem Herzen und nicht mit unbeschwerter Seele angetreten. Auch er habe sich gefragt: «Wird der Krieg unser Vaterland verschonen?»

> [illegible] hat Gott geruht, mich anzuhören.

Pilet erinnert sich an seine Rede vom 25. Juni und die teils kritischen Reaktionen darauf. Er sucht diesmal Zweideutigkeiten zu vermeiden, aber er steht zu seinen damaligen Worten. Pilet meint, man habe die «unablässig neuen und ständig wachsenden Schwierigkeiten der letzten zwölf Monate nicht immer in ihrer harten Realität» erkannt. Der Krieg 1914–1918 habe die Sicht der Dinge verfälscht.

Mit den «gewissen Feststellungen», die sich «seither bestätigt haben», bezieht er sich auf seine Rede vom 25. Juni. Der Rechthaber hat Recht behalten, auch wenn ihm immer noch viele gerade wegen seiner angeblichen «Anpasserrede» misstrauen.

Es folgt Pilets übliche Liste der erwünschten Tugenden: Opferwille, Solidaritätsgeist, Gemeinschaftsgefühl, Disziplin schliesslich, ohne die der Rest nichts ist. Mut, Wille, Ruhe und Vertrauen sind gefragt:

> sie zu verkünden.

Wenn er von den Verdächtigungen und ach so schädlichen «falschen Gerüchten» spricht, denkt er an das Getuschel über seinen angeblichen Wunsch, den Deutschen willfährig zu sein oder gar vor ihnen zu kapitulieren. Wer solches behauptet, hat Pilet einmal gesagt, dem werde er es nie verzeihen.

Hören ihm seine Gegner überhaupt zu? Hat man am Neujahrstag nichts Besseres zu tun? Feldmann, der Unermüdliche, hat hingehört. Er spottet:

> vom Schweizervolk Abschied genommen.

Stöhnrede? Tatsächlich fällt es Pilet schwer, den Predigerton zu lassen:

[illegible] ten Anfangsworten des Lobgesanges des Simeon aus dem Lukas-Evangelium: »Nun lässt du, Herr, deinen Knecht in Frieden scheiden«. Auf Latein, wie es sich gehört:

Et nunc dimittis servum tuum, Domine.



Nachwort

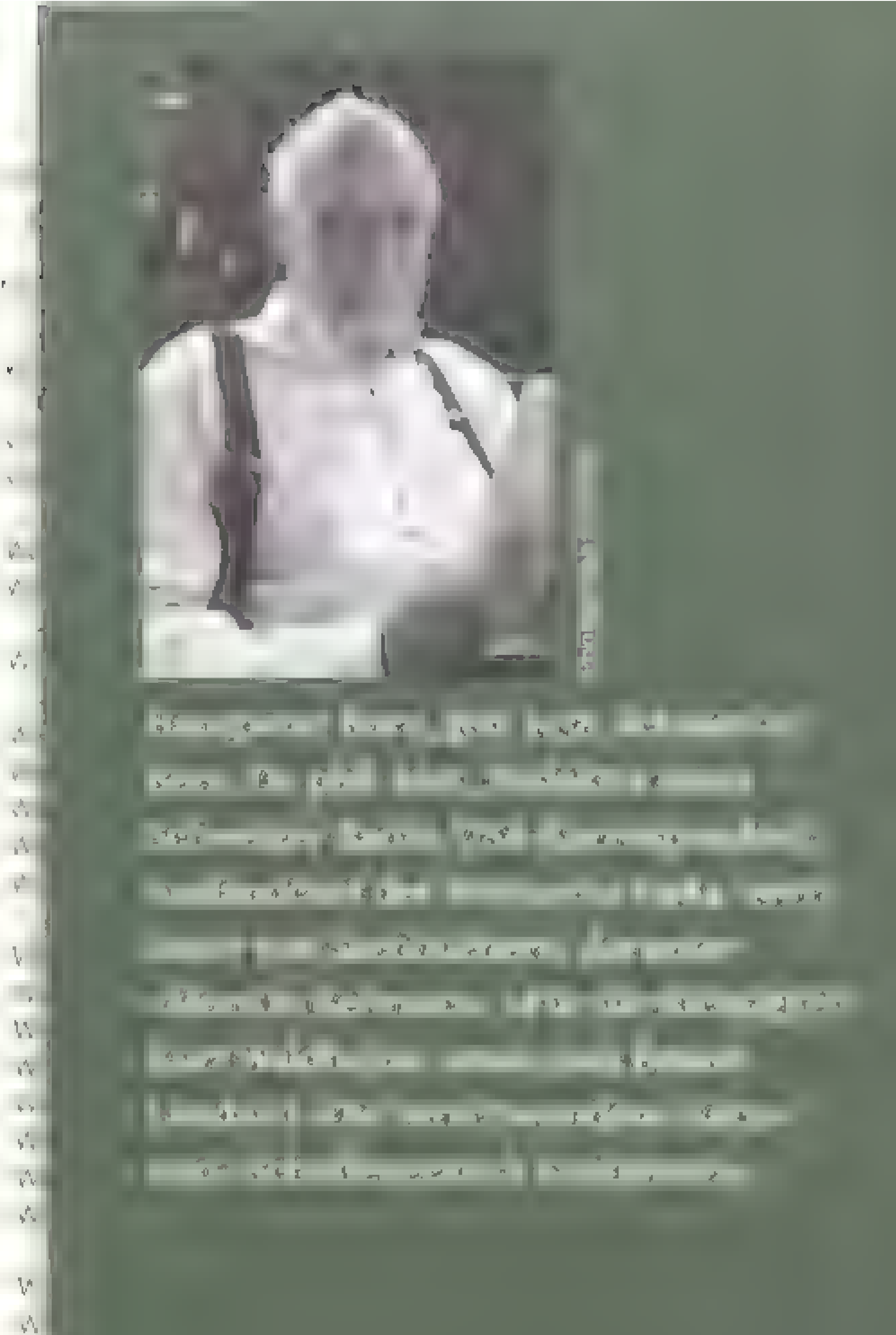
«Staatsmann im Sturm» stützt sich vorwiegend auf Primärquellen, die in öffentlichen Archiven und Bibliotheken frei zugänglich sind. Dazu kommen Dokumente aus dem unbearbeiteten Nachlass von Marcel Pilet-Golaz, den mir Jacqueline Pilet, seine Enkelin, grosszügig zur Verfügung gestellt hat. Weitere Quellen sind Tagebuchaufzeichnungen und Originalzeitungsberichte, vorwiegend aus welschen Blättern wie *Gazette de Lausanne*. «Staatsmann im Sturm» ist keine für Historiker bestimmte akademische Dissertation, sondern ein Sachbuch, das sich an eine breitere Leserschaft richtet. Auf einen wissenschaftlichen Apparat mit Fussnoten und umfassender Bibliographie habe ich bewusst verzichtet.

Die historische Literatur über die Schweiz im Zweiten Weltkrieg hat natürlich dieses Buch beeinflusst, und ich verdanke ihr manche Erkenntnisse. Als studierter Anglist und auf internationale Politik spezialisierter Journalist habe ich der Schweizer Politik während meines Berufslebens wenig Beachtung geschenkt. Der Zufall hat mich auf das Thema «Pilet-Golaz» gestossen. Die Lektüre von Erwin Buchers «Zwischen Bundesrat und General» stachelte mich an, das von der herkömmlichen Geschichtsschreibung gezeichnete Bild Pilets als eines «Anpassers» zu überprüfen.

Zwei Lektoren, meine Kollegen Rolf Hürzeler und Max Wey, haben ihr Möglichstes getan, um «Staatsmann im Sturm» lesbar zu machen. Merci! Dank gebührt Manfred Hiefner, der gewagt hat, ein aus dem Rahmen fallendes Buch zu verlegen. Schliesslich danke ich von Herzen meiner Frau Anna, die sich über Jahre hinweg meine Belehrungen über eine ferne Epoche der Schweizer Geschichte klaglos anhörte.

Schultern von Bundesprä-





Hitlers Blitzsiege machten 1940 zum gefährlichsten Jahr in der jüngeren Geschichte der Schweiz. Das völlig eingeschlossene Land war auf Gedeih und Verderb Nazi-Deutschland ausgeliefert. Die Last seiner Aussenpolitik lag auf den Schultern von Bundespräsident Marcel Pilet-Golaz. Mit viel Geschick steuerte er die Schweiz unbeschadet durch stürmische Monate. In der Geschichtsschreibung gilt der Waadtländer als «Anpasser», der den Nazis zu Gefallen war. Hanspeter Born zeichnet ein anderes Bild des Juristen, Schöngeists und Landwirts aus der Romandie. Seine auf Primärquellen, teils unbekannte Dokumente aus dem Familienarchiv Pilet, beruhende Studie wertet den Umstrittenen als klugen und standfesten Staatsmann.


ISBN 978-3-907146-72-9
9 783907 146729





